

## Postwachstumsstadt - Konturen einer solidarischen Stadtpolitik

Brokow-Loga, Anton (Ed.); Eckardt, Frank (Ed.)

Veröffentlichungsversion / Published Version

Monographie / monograph

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Brokow-Loga, A., & Eckardt, F. (Hrsg.). (2020). *Postwachstumsstadt - Konturen einer solidarischen Stadtpolitik*. München: oekom verlag. <https://doi.org/10.14512/9783962386962>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

### Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>

Anton Brokow-Loga, Frank Eckardt (Hrsg.)

# Postwachstumsstadt

Konturen einer solidarischen  
Stadtpolitik





**ROSA LUXEMBURG STIFTUNG**

**Bauhaus-Universität Weimar**

Fakultät Architektur und Urbanistik

**Bauhaus-Universität Weimar**

**Open-Access-Publikationsfonds**

Gefördert durch die Rosa-Luxemburg Stiftung, die Fakultät Architektur und Urbanistik der Bauhaus-Universität Weimar sowie aus Mitteln des Open-Access-Publikationsfonds' der Bauhaus-Universität Weimar und vom Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft (TMWWDG)

Dieses Werk ist unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung-Nicht kommerziell 4.0 International zugänglich. (CC BY-NC 4.0, <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/>)



### *Selbstverpflichtung zum nachhaltigen Publizieren*

Nicht nur publizistisch, sondern auch als Unternehmen setzt sich der oekom verlag konsequent für Nachhaltigkeit ein. Bei Ausstattung und Produktion der Publikationen orientieren wir uns an höchsten ökologischen Kriterien.

Dieses Buch wurde auf 100 % Recyclingpapier, zertifiziert mit dem FSC®-Siegel und dem Blauen Engel (RAL-UZ 14), gedruckt. Auch für den Karton des Umschlags wurde ein Papier, das FSC®-ausgezeichnet ist, gewählt. Alle durch diese Publikation verursachten CO<sub>2</sub>-Emissionen werden durch Investitionen in ein Gold-Standard-Projekt kompensiert. Die Mehrkosten hierfür trägt der Verlag. Mehr Informationen finden Sie unter: [www.oekom.de/nachhaltiger-verlag](http://www.oekom.de/nachhaltiger-verlag)

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2020 oekom verlag München  
Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH  
Waltherstraße 29, 80337 München

Herausgeber: Anton Brokow-Loga, Frank Eckardt  
Layout und Satz: Karlotta Sperling  
Umschlagabbildung: Katharina Scholz, Sandra Bach ([sandruschka.de](mailto:sandruschka.de))  
unter Mitwirkung von Friederike Landau und Anton Brokow-Loga  
Umschlaggestaltung: Mirjam Höschl, oekom verlag  
Druck: CPI Books GmbH, Leck

Alle Rechte vorbehalten  
ISBN 978-3-96238-199-8  
E-ISBN 978-3-96238-696-2  
<https://doi.org/10.14512/9783962386962>



Anton Brokow-Loga, Frank Eckardt (Hrsg.)

# **Postwachstumsstadt**

**Konturen einer solidarischen Stadtpolitik**



## Inhaltsverzeichnis

Anton Brokow-Loga, Friederike Landau Das Manifest der Postwachstumsstadt	8
Danksagung	11
Frank Eckardt, Anton Brokow-Loga Einleitung: Der sozial-ökologische Wandel der Stadtgesellschaft	14
<b>I Stadtgesellschaft zwischen Wachstumskrise und -wende</b>	29
Ulrich Brand Sozial-ökologische Transformation konkret Die solidarische Postwachstumsstadt als Projekt gegen die imperiale Lebensweise	30
Matthias Schmelzer, Andrea Vetter Stadt für alle jenseits des Wachstums Was kann die Stadtforschung aus der Degrowthdebatte lernen?	44
Frank Eckardt Die Postwachstumsstadt – eine politische Stadt Neuverhandlung städtischer Zugehörigkeit	58
Anton Brokow-Loga Eine andere Stadt ist möglich! Realutopische Transformationen zur Postwachstumsstadt	72

<b>II Transformative Planung im Kontext gesellschaftlicher Debatten</b>	89
Christian Lamker, Viola Schulze Dieckhoff Postwachstum + Planung = Postwachstumsplanung?! Erfahrungen aus der Konfrontation zweier Diskurse	90
Julia Gamberini Postwachstums- versus nachhaltige Stadt? Gemeinsamkeiten, Spannungsfelder und deren Auswirkungen auf Städte und Stadtforschung	104
Timmo Krüger Wider den Innovationsimperativ! Eine Kritik am Konzept der sozialen Innovation aus Postwachstums-Perspektive	120
Aylin Yildirim Tschoepe, Susanne Käser Imagin(eer)ing Basel: Praktiken, Bilder und Communities in urbanen Partizipationsprozessen	138
Korbinian Kroiß, Torsten Klafft Chancen der Polyzentralität – Wie gestalten wir ein anderes Leben auf dem Land?	162
Julius Uhlmann, Uwe Plank-Wiedenbeck Ein Verkehrssystem für die Postwachstumsstadt – Erste Thesen zur Gestaltung urbaner Mobilität unter Postwachstumsbedingungen	172
<b>III Stadt durch Bewegung: Konflikte um Gestaltungsmacht</b>	183
Michaela Christ, Jonas Lage Umkämpfte Räume. Suffizienzpolitik als Lösung für sozial-ökologische Probleme in der Stadt?	184
Alexandra Toland, Friederike Landau Spekulation der Sinne – eine Erkundung künstlerischer Strategien der Wachstumskritik in Bezug auf urbane Luftverschmutzung	204



Florian Koch, Lea Hampel, Carsten Keller, Floris Bernhardt StadtTeilen – Öffentlicher Raum und Wohnen als neue Gemeingüter in sozial gemischten Nachbarschaften	224
Anton Brokow-Loga, Franziska Felger, Jannis Koch, Anna-Maria Weber Raus aus der Blase?! Postwachstumsansätze in Weimar zwischen Selbstbehauptung und Strategien des Wandels	238
Evelyn Markoni, Franziska Götze Anspruch und Wirklichkeit bei der Umsetzung eines nachhaltigen städtischen Ernährungssystems – Eine empirische Vorstudie der Berner Ernährungsinitiativen	256
<b>IV Stadt-Utopien zwischen alten Mustern und neuen Erzählungen</b>	273
Saskia Hebert Call me Trimtab: Storytelling, Zeitmaschinen und andere Vehikel	274
Sanna Frischknecht, Moritz Maurer, Dietmar Wetzel Formierungsprozesse »von unten« erforschen. Werkstattbericht einer Spurensuche im Wohnungswesen und der Landwirtschaft	290
Margarete Over, Lars-Avid Brischke, Leon Leuser Das selbstverwaltete Wohnheim Collegium Academicum in Heidelberg: Suffizienz lernen, leben und verbreiten	306
Kris Kroiß Zukunften: Sich das Wünschenswerte vorstellen und es vorleben, um ihm näher zu kommen	320
Wer hat zu diesem Buch beigetragen?	335

# POSTWACHSTUMSSTADT

## Manifest für das gute Leben in der Stadt für alle

von Anton Brokow-Loga und Friederike Landau

### Postwachstumsstadt denken.

*Städtisches Leben ist geprägt von sozialen und ökologischen Konflikten!*

Die Stadt, die immer weiter wachsen und mehr produzieren muss, ist am Ende. Auf Dauer sind ausbeuterische Märkte und Flächenfraß nicht nachhaltig für die Entwicklung von Städten. »**Höher, schneller, weiter**« **funktioniert nicht mehr** - wir sehen, dass Wachstum als unumstößliches Prinzip Natur- und Lebensräume zerstört.

*Eine Stadt für alle, aber nicht auf Kosten weniger!*

Stadtpolitische **Gegen-Entwürfe** wie Commoning, Gemeinwohl-Ökonomie, Kreislaufwirtschaft oder Quartiersräte können unsere Städte gerechter machen! Damit das Bewusstsein zu tatsächlichen **Veränderungen im Alltag** führt, müssen wir diese Konzepte stärker aufeinander beziehen und als Ansätze eines **Ökosystems Stadt** denken. Aus den vielfältigen Ansätzen formen wir die mentalen und materiellen Infrastrukturen der Stadt der Zukunft!

### **Postwachstumsstadt machen.**

#### *Stadtpolitik in Bewegung bringen!*

Unter dem Motto »das gute Leben für alle« versammeln sich **neue Ideen von städtischem Wohnen, Teilen, Zusammenleben**. Die Postwachstumsstadt wird getragen durch Solidarität und Miteinander, auch wenn unterschiedliche Ansichten und Vorstellungen über »das gute Leben« fortbestehen. Für soziale und ökologische Gerechtigkeit brauchen wir **Allianzen** zwischen bestehenden und neuen Gruppen, Initiativen, Akteur\*innen!

#### *Wandel zwischen Graswurzel und Parlamenten*

Das Konzept der Postwachstumsstadt **überwindet den Gegensatz von bottom-up oder top-down**. Stattdessen geht es um die Wechselwirkungen zwischen den verschiedensten Gruppen und Akteur\*innen, egal ob sie im Parlament sitzen, ein Unternehmen führen, zur Schule gehen oder Kinder großziehen. **Städtische Institutionen sind nicht naturgegeben, sondern gemacht** – wir verstehen sie als »geronnene Praxis«. Die Postwachstumsstadt setzt auf Demokratisierung und neue Formen der politischen Organisation und Vertretung.

### **Postwachstumsstadt fühlen.**

#### *Zwischen Depression, Abgas-Schwindel und Roboter-Beziehungen*

Im Zuge von Digitalisierung und Automatisierung von Arbeit fühlen sich manche Menschen zunehmend ausgebrannt, überfordert, überreizt, und im schlimmsten Falle als nutzlose Teile der Gesellschaft. In der Postwachstumsstadt haben alle Menschen ihren Platz und gehen je nach ihren Fähigkeiten einer sinnvollen Beschäftigung nach, die sozial anerkannt wird. **Das Leben in der Postwachstumsstadt riecht und schmeckt nach Erfüllung, Solidarität und Gemeinschaft.**

*Wie könnte sich die Postwachstumsstadt anfühlen?*

Städte könnten fundamental anders sein, aussehen, schmecken, riechen, sich anfühlen. Um uns das vorstellen zu können, brauchen wir neue Ideen, Bilder, Sinne für das Erleben der Städte. Wie könnte eine Stadt ohne Auto-Ver- schmutzung riechen? Wie würde sich eine Stadt ohne Baulärm anhören? Wie fühlt sich die klimagerechte und solidarische Stadt der Zukunft an?

**Das Manifest soll wachsen: Tragt eure persönlichen Impulse, Eindrücke und Ideen auf [postwachstumsstadt.de](http://postwachstumsstadt.de) bei.**

---

*Jede Menge Begegnungen, Debatten und Care-Arbeit ermöglichten dieses Manifest. Es sammelt Eindrücke der Konferenz »Postwachstumsstadt. Perspektiven des sozial-ökologischen Wandels der Stadtgesellschaft« am 10. und 11. Mai 2019 an der Bauhaus-Universität Weimar. Getragen wurde die Konferenz von der Rosa-Luxem- burg-Stiftung Thüringen, RENN.mitte sowie unzähligen Menschen im Spannungsfeld zwischen Wissenschaft, Aktivismus und Politik.*

*Zusammengestellt wurden die Inhalte des Manifests von Anton Brokow-Loga und Dr. Friederike Landau im Sommer 2019. Die graphische Gestaltung erfolgte über Sandra Bach und Katharina Scholz von sandruschka – Raum für Gestaltung. Das Poster als Resultat findet sich in dieser Publikation auf der gegenüberliegenden Sei- te und kann in Farbe und größerem Format unter [postwachstumsstadt.de](http://postwachstumsstadt.de) bestellt werden.*





---

## Danksagung

Am Anfang stand eine Vision. Und im Laufe der letzten Monate haben viele Menschen zur Verwirklichung dieser beigetragen. Dazu gehört natürlich die finanzielle und institutionelle Unterstützung durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin und die Fakultät Architektur und Urbanistik der Bauhaus-Universität Weimar. Wir freuen uns sehr darüber, dass dieses Buch als Open-Access-Version allen Interessierten frei zugänglich ist – eine Chance, die uns durch Mittel des Open-Access-Publikationsfonds' der Bauhaus-Universität Weimar und vom Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft des Freistaats Thüringen ermöglicht wurde. Wir sind außerdem sehr dankbar für die konstruktive und flexible Unterstützung durch den oekom Verlag.

Unser besonderer Dank gilt natürlich den Autorinnen und Autoren der Beiträge, die alle bereits die Postwachstumsstadt-Konferenz mittrugen – und uns auf der Suche nach den Konturen der Postwachstumsstadt nun weiter begleitet haben. Die Zusammenarbeit mit Ihnen und euch war geprägt von Offenheit, gegenseitigem Verständnis und inspirierendem inhaltlichem Austausch. Für die fachliche, organisatorische oder emotionale Unterstützung im Prozess der Publikation bedanken wir uns besonders bei Karlotta Sperling, Sieglinde Meinberg, dem I.L.A. Kollektiv, Carolin Seiberlich, Malena Rottwinkel, Elisabeth und Meta Brokow-Loga.

Wir möchten allen Menschen danken, die in den letzten zwei Jahren auf die eine oder andere Weise Teil des Projekts Postwachstumsstadt geworden sind: Allen referierenden, moderierenden oder teilnehmenden Personen während der Konferenz im Mai 2019 sowie allen Workshopteilnehmenden auf diversen Veranstaltungen. Nicht zuletzt danken wir auch allen Studierenden verschiedener Fachrichtungen, die in Seminaren und Semesterprojekten an der Bauhaus-Universität Weimar die Postwachstumsstadt mitgedacht und mitgestaltet haben. Für die konsequente Unterstützung der Konferenz sind wir Bernd Löffler und Paul Wellsow (Rosa-Luxemburg Stiftung Thüringen), Josef Ahlke (RENN.mitte), Friederike Landau und Alexandra Toland, Sandra Bach und Katharina Scholz (sandruschka – Raum für Gestaltung), Franziska Felger, Leon Claus und Miriam Neßler besonders dankbar.

Anton Brokow-Loga und Frank Eckardt  
Weimar im Januar 2020

# Einleitung: Der sozial-ökologische Wandel der Stadtgesellschaft

von Frank Eckardt und Anton Brokow-Loga

Weltweit handeln Städte im Angesicht eines Klimanotstands. In Deutschland war Konstanz die erste Stadt, die diesen 2019 auch offiziell ausgerufen und Gegenmaßnahmen beschlossen hat. In vielen anderen Städten haben sich lokale Bündnisse gegründet, die von ihrem Stadtrat dasselbe einfordern. Und nicht wenige Städte, darunter Leipzig, Berlin und München, sind mittlerweile diesem Beispiel gefolgt. In manchen Fällen mag dies als reine Symbolpolitik verstanden werden, doch es werden auch Maßnahmen auf die stadtpolitische Agenda gesetzt, die das Ziel verfolgen, die Klimaneutralität früher als bereits vereinbart zu erreichen. Dennoch wird meistens eher allgemein festgelegt, alle kommunalen Entscheidungen nach ihrer Klimaverträglichkeit abzuwägen.

Mit der Ausrufung des Klimanotstands reagiert die lokale Politik auf die anhaltenden Proteste der Kinder und Jugendlichen von *Fridays for Future* und anderer sozialer Bewegungen für Klimagerechtigkeit. Dies geschieht aber sicherlich auch aus dem eigenen Bewusstsein heraus, dass Städte entscheidend sind, wenn es um die Anpassung an den Klimawandel und auch die Verantwortung für die Verringerung des globalen Klimaschadens geht – besonders vor dem Hintergrund unzureichender Handlungsfähigkeit auf globaler und nationaler Ebene. Zu beobachten ist, dass diese Anstrengungen vereinzelt auch mit einem breiteren Engagement verbunden sind, dass auch andere ökologische Probleme wie die schwindende Biodiversität damit angegangen werden sollen. Eine Anbindung an die sozialen Probleme der Städte fehlt hingegen weitestgehend. Das ist zunächst ein strategischer und konzeptioneller Fehler und gleichzeitig



eine Gefahr für den Erfolg der lokalen Bewegungen gegen den Klimawandel. Man mag einwenden, dass immerhin etwas bewegt werden soll und nicht den Engagierten und Aktiven alles aufgebürdet werden kann. Eine moderne Gesellschaft funktioniere nun einmal arbeitsteilig und für soziale Themen seien dementsprechend andere zuständig. Das Manko der Nicht-Einbeziehung sozialer Fragestellungen der Stadt verweist allerdings auf tiefergehende Probleme unserer Gesellschaft. Zu befürchten ist, dass der Zusammenhang zwischen sozialen, ökonomischen und ökologischen Problemen nach wie vor den Akteur/innen<sup>1</sup> des Klimaschutzes nicht so offensichtlich ist, dass sie sich lokal in integrierten Handlungskoalitionen und Zukunftsstrategien vermitteln. Die Fragmentierung unserer Gesellschaft in unterschiedliche Milieus, soziale Lagen und kommunikative Blasen setzt sich dadurch weiter fort, bestehende Privilegien und Ungleichheit werden nicht problematisiert und wirken möglicherweise sogar noch stärker.

### **Es geht ums Ganze: Holistische Stadtplanung**

Wir halten es demgegenüber für notwendig, dass Menschen die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Bereichen und Sektoren der Stadt und Gesellschaft zusammendenken, weil nur ein holistisches Verständnis der Stadt wie der Gesellschaft die Möglichkeit bietet, um unerwünschte Effekte der Bewegung gegen den Klimawandel zu verhindern. In den Mittelpunkt dieser holistischen Perspektive rücken wir die Suche nach den Konturen der Postwachstumsstadt als ein Ausdruck solidarischer Politikformen, Inhalte und Prozesse auf städtischer Ebene. Lokaler Klimaschutz sollte dafür eingebettet werden in eine Perspektive, die sich gegenüber einem Denken verabschiedet, die den Klimawandel lediglich als eine unerwünschte Nebenerscheinung einer ansonsten richtigen und wünschenswerten Gesellschaft betrachtet. Viele Autor/innen haben bereits darauf hingewiesen, dass die ökologischen Katastrophen ursächlich mit anderen gesellschaftlichen Krisen zusammenhängen. Wer über die voranschreitende Klimakrise redet, darf dementsprechend auch über diese Problemlagen nicht schweigen:

- Unhinterfragte gesellschaftliche Machtverhältnisse, die auf intransparenten

---

<sup>1</sup> Um alle Menschen gleichermaßen sichtbar zu machen, wird in großen Teilen dieser Publikation auf die Verwendung des generischen Maskulinums verzichtet. Stattdessen wird der Vielfalt menschlicher Gender zwischen weiblich, männlich und darüber hinaus mit verschiedenen Mitteln Raum gegeben. Die Wahl dieser Mittel wurde den Autor/innen überlassen.

und unbeeinflussbaren Mechanismen der gesellschaftlichen Steuerung beruhen;

- einer kapitalistischen Ökonomie, die nur auf kurzfristige und private Profitmaximierung anstelle des Vorrangs der Produktion von Gemeingütern ausgerichtet ist;
- eine soziale Ungleichheitsdynamik, in denen die Kosten für den Zuwachs von Wohlstand einem abgekoppelten Teil der Gesellschaft aufgebürdet werden;
- eine politische Krise der Repräsentation, in denen das Vertrauen in die Lösungskompetenz der Institutionen dramatisch abgenommen hat;
- eine Rückkehr der autoritären Kultur, die persönlichen Nimbus über Argumente, Kompromisse und pragmatische Herangehensweise stellt und Spielräume für die Diversität von kreativen, sexuellen und religiösen Minderheiten einschränken will;
- eine Restauration der Genderrollen, in denen maskuline Arbeiten und Lebensstile präferiert und vermeintlich weibliche Tätigkeiten der Sorge abgewertet werden.

Nirgendwo werden die Zusammenhänge zwischen den Ursachen der verschiedenen Krisen deutlicher als in der Stadt. Zumindest könnte dies so sein, wenn man sich von einigen Sichtweisen distanziert, mit denen wir es gewöhnt sind, über die Stadt nachzudenken. Hierzu gehört in erster Linie die Vorstellung, dass Städte sich durch fortgesetztes Planen, Bauen und Wachsen weiterentwickeln und dadurch die unterschiedlichen Probleme bearbeiten, wenn nicht gar lösen lassen. Wir fassen diese Haltung gegenüber Städte und Stadtplanung als durch das Paradigma des Wachstums geprägt zusammen. Die Wirkung des Wachstumsparadigmas ist in der Forschung zu Degrowth und Postwachstum sowie in den sich darauf beziehenden sozialen Bewegungen bereits für die Gesellschaft im Allgemeinen beschrieben worden, jedoch für Städte bislang nicht. Dabei sind Städte vermutlich der Ort, an dem am anschaulichsten beobachtet werden kann, wie dieses eher allgemeine Paradigma in die Tat umgesetzt wird und wie sich dadurch unsere Lebenswelt direkt vor unseren Augen gestaltet. Eine Verbindung zwischen den Diskursen der Postwachstumsgesellschaft und der kritischen Stadtforschung in Gestalt einer wissenschaftlich fundierten Orientierung für Stadtpolitik und (trans-)lokalen Aktivismus jenseits des Wachstumsparadigmas steht folglich noch aus.

Mit dem vorliegenden Buch wollen wir einen Schritt in diese Richtung gehen. Als Herausgeber und Autoren ist uns bewusst, dass auf den folgenden Seiten keine Blaupause ausgearbeitet wird, wie eine Postwachstumsstadt auszusehen hat oder zu erreichen wäre. Diese Erwartung ist aufgrund der verschiedenen

Kontexte, in denen sich das Anliegen einer neuen Stadtpolitik beschreiben lassen müsste, hochkomplex, anspruchsvoll und umfassend. Wichtiger als eine detail- und handlungsorientierte Anleitung für den konkreten Umbau der Städte erscheint uns demgegenüber ohnehin eher eine orientierende Unterstützung aller beteiligten Akteur/innen zu sein. Auch dieser Anspruch kann nicht in der Weise ausgearbeitet werden, dass eine stringente und allumfassende Positionierung aus diesem Buch mitgenommen werden kann. Wir hoffen aber, dass sich den Leser/innen zumindest die Konturen einer alternativen Stadt der Postwachstumsgesellschaft abzeichnen. Das Buch soll Unterstützung anbieten, um sich der eigenen Wissensbasis versichern zu können und sich im Rahmen bestimmter intellektueller und diskursiver Leitplanken auf den Weg zu einer Postwachstumsstadt zu machen. Anstelle überall geltender theoretischer Ansätze oder gar neoliberalisierender Best-Practice-Ideen soll dazu ermutigt werden, im eigenen urbanen Kontext nach Koalitionen für eine zukunftsorientierte Planung und Gestaltung der Stadt zu suchen. Die Postwachstumsstadt ist vor allem eine politische Stadt, in der die Stadtplanung (wieder) zu politisieren ist und darum in erster Linie politisch-gesellschaftliche Konstellationen entstehen müssen, damit die Sorge um das Gemeinwohl und für ökologische und soziale Gerechtigkeit in den Vordergrund treten können.

### **Stadtpolitik: Sozial versus ökologisch?**

Wir sind davon überzeugt, dass die schlimmste Folge der neoliberalisierenden Politik der letzten Jahrzehnte darin besteht, dass die Überbetonung des Individualismus, der Selbstoptimierung und der Produktion diskursiver Blasen die Fragmentierung der Gesellschaft befördert hat. Dadurch ist die dringend notwendige kollektive Lern- und Handlungsfähigkeit verloren gegangen, die die hauptsächlich in Städten organisierte Menschheit bräuchte, um die ökologischen und alle anderen Krisen noch in den Griff zu bekommen. Nur die (Wieder-)Herstellung einer lern- und handlungsfähigen Kommune kann die Grundlage dafür sein, dass die Möglichkeiten für ein reflektiertes, gemeinwohlorientiertes und zukunftsorientiertes Planen der Stadt gelingen kann. Dazu bedarf es eines Verständnisses von Politik und Gesellschaft, in der die Stadt als solche Ziel und Gegenstand von Handeln und Planen sein muss.

Dem Selbstverständnis von Lokalpolitik und Stadtplanung nach ist dies heute schon der Fall. Eine kritische Bestandsaufnahme weist allerdings auf viele Bruchstellen zwischen diesem Selbstbild lokaler Akteur/innen und der stadt-

gesellschaftlichen Wirklichkeit hin. Die Diskrepanz wird schnell offensichtlich. Eine »Stadtpolitik« in unserem Sinne ist nur bis zu einem gewissen Grade identisch mit der politischen Verankerung der Kommunen im gegenwärtigen Föderalismus, in dem die Städte als institutionelle Ebene anders als die Bundesländer kein Mitspracherecht im politischen Entscheidungsprozess haben. Die Abwälzung von Kosten von der nationalen auf die lokale Ebene kann dadurch nicht systematisch verhindert oder korrigiert werden. Vielleicht noch wichtiger zu kritisieren ist, dass den lokalen Nöten und auch Lösungsvorschlägen der Städte auf diese Weise kein Gehör geschenkt werden kann. Das Leben in der Stadt als Ziel politischen Handelns ist im politisch-öffentlichen Diskurs kein eigenständiges Thema. Stattdessen werden einzelne Aspekte wie die Klimaanpassung der Städte herausgegriffen, für die dann fachlich (und zumeist technisch) Antworten gesucht werden, die aber ob ihrer »Stadtverträglichkeit« nicht abgewogen werden.

Das Ergebnis der fehlenden Stadtpolitik ist, dass einzelne Politikbereiche nebeneinander agieren und zum Teil für die anderen Aufgabenfelder negative Folgen haben. Das auffälligste Beispiel hierfür ist die Auseinanderentwicklung von sozialen und ökologischen Planungen. Vollkommen ohne jeden Bezug zueinander wird einerseits die weitere Ausweisung von Bauland beschlossen – wie etwa im neuen Landesentwicklungsplan von Nordrhein-Westfalen – um auf den fehlenden Wohnraum in den Städten zu reagieren, andererseits sollen Stadtteile grüner gestaltet werden. Am Ende ergeben sich auf diese Weise stadtplanerische Dilemmata, in denen Entweder-Oder-Entscheidungen auftauchen. Mehr Wohnraum und mehr Ökologie sollen gleichzeitig erreicht werden, wobei der ökologische Fußabdruck dann gegen den Mangel an sozialverträglichen Mietwohnungen steht. In der Praxis stellt sich dies nicht nur als planerisches Dilemma dar, sondern auch als Interessenskonflikt, bei dem sich der bestehende Klassenunterschied zwischen Mittel- und Unterklasse verschärft. Deutlich wird dies insbesondere dort, wo sich ökologische Aufwertungen wie mehr Bäume, die Einrichtung einer Verkehrsberuhigung oder die Veränderung der Einkaufsmöglichkeiten (von Aldi zum Bio-Laden) durchsetzen. In der sozialen Konsequenz bedeutet dies, dass der Stadtteil hinsichtlich Mieten, Unterhalt und Versorgung teurer und für ärmere Menschen unbezahlbar wird. Mehr noch bedeutet es auch, dass die bereits sozial benachteiligten Stadtteile noch mehr belastet werden. Diese Form der grünen Gentrifizierung entsteht einerseits durch die erhöhte Nachfrage nach den weniger werdenden Sozialwohnungen, andererseits aber auch dadurch, dass in den begrüntem und entschleunigten Stadtteilen nun wesentlich weniger Durchgangsverkehr aufzufinden sein wird. Da aber das

Paradigma des Wachstums nicht in Frage gestellt wird, wird dieser Verkehr sich anders seinen Weg bahnen müssen – nämlich durch die eher ärmeren Wohngegenden. Da die Mietpreise in den Städten dort am niedrigsten sind, wo der meiste Auto-Verkehr fließt, wird die Belastung jener Durchgangsstraßen durch Lärm und Feinstaub die ärmeren Bewohner/innen der Stadt daher am meisten treffen. Ausgerechnet jene Bürger/innen, die als Hartz 4-Empfänger/innen nie fliegen, weder Geld für Auto noch Avocados haben und somit unterdurchschnittlich zum Klimawandel beitragen, werden durch die Ökologisierung der Mittelschichten-Stadtteile benachteiligt.

Was sich als ein ethisch-moralisches Dilemma in stadtplanerischen Diskussionen, als ein Wertekonflikt zwischen ökologischer und sozialer Stadtentwicklung und zugleich als sozialer Interessenkonflikt herauskristallisiert, hat damit zu tun, dass in dieser Perspektive systematisch andere Aspekte der Stadt ausgespart werden. Diskussionen nach diesem Dilemma-Schema führen dazu, dass eine kritische Debatte weder über die Stadtgestaltung noch über Indikatoren gelingender Planung geführt wird. Ausgeblendet werden kritische Fragen danach, wie sich eine Stadt in einer Dilemma-Situation planerisch und politisch verstricken konnte. Wie konnte es dazu kommen, dass trotz eines seit Jahren ungebremsten Wirtschaftswachstums die sozialen Ungleichheiten in den Städten zugenommen haben? Die soziale Entmischung und die gewachsene Segregation zwischen armen und reichen Stadtteilen schreitet fort, obwohl die sozialen Ausgaben in Deutschland steigen. Zumindest die Beobachtung, dass mancherorts die Kinderarmut jeden dritten Aufwachsenden betrifft, müsste zu einem kritischen Nachdenken über die Gültigkeit des Wachstumsparadigmas führen.

Vollkommen ausgeblendet wird zudem, dass die Belastung durch die wachsende Mobilität die eigentliche Ursache für die ökologischen Probleme der autogerechten Stadt, wie sie seit dem Zweiten Weltkrieg als selbstverständliche Planungsorientierung gilt, ist. So stellen sich viele Begrünungsprojekte und Programme der »nachhaltigen Stadt«, die auf einer lokalen – aber eben nicht städtisch-holistischen – Ebene angesiedelt sind, eher als Bestätigung des Wachstumsparadigmas dar, als dass dieses in Frage gestellt wird. Man könnte diese Nachhaltigkeitsstrategie als eine Spielart der NIMBY-Politik bezeichnen. In der Stadtforschung versteht man unter NIMBY (= Not In My Backyard) das Phänomen, dass eine Nachbarschaft dagegen protestiert, dass etwa eine Müllkippe nicht vor der eigenen Haustür gebaut wird. Davon kann unseres Erachtens immer die Rede sein, wenn eine Straße oder ein Stadtteil für sich versucht, eine Lösung für die Probleme des Klimawandels zu suchen, ohne dabei zu fra-

gen, ob diese lokale Anpassungsstrategie nur die Probleme auf andere Stadtteile abschiebt. In letzter Konsequenz muss selbstverständlich genauso kritisch hinterfragt werden, ob durch ökologische Modernisierungen hervorgerufene Probleme nur auf andere Erdteile im globalen Süden abgeschoben werden. Von solchen Insel-Lösungen und grüner NIMBY-Politik geht eine doppelte Gefahr aus: Sie vergrößern die sozialen Unterschiede und sie externalisieren die ökologischen Probleme.

Eine Postwachstumsstadt muss strukturell das Entstehen solcher Dilemmasituationen vermeiden. Das ist nicht möglich, so lange wichtige Bereiche der Stadt in der Betrachtung ausgespart werden und am heutigen Verständnis von Stadtplanung festgehalten wird. Das Planen von Städten wird zu einer immer wichtiger werdenden Kompetenz, die unsere Gesellschaft benötigt, um kollektiv und solidarisch trotz der sich verschärfenden Krisen überleben zu können. Allerdings ist hierfür ein Paradigmenwechsel notwendig, der sich nicht in erster Linie auf die Institution des Amtes für Stadtplanung richtet, sondern das Planen und Gestalten der Stadt als Chance dafür versteht, die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Differenzen einzuhegen und ansatzweise zu überwinden. Der geteilte Lebensraum bietet die einzigartige Gelegenheit, gemeinsam für etwas Sorge zu tragen und eine Möglichkeit der Verbundenheit herzustellen, die sich in der ausdifferenzierten Moderne sonst kaum noch bietet. Vorrangiges Ziel einer Stadtplanung jenseits des Anspruchs vom permanenten (und: grünen) Wachstums muss es deshalb sein, dass die Soziabilität der Gesellschaft wiederhergestellt wird – also die prinzipielle Fähigkeit kollektiven Lernens und Handelns, vor allem die gesellschaftliche Kommunikation zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen. Ziel dieser Wiedergewinnung von Sprache im urbanen Raum ist die neue Verhandlung gesellschaftlicher Rechte. Die heutige Stadtplanung privilegiert die Eigentümer/innen von Autos und Wohnungen, ohne dass es eine Möglichkeit für alle anderen gäbe, über diese Vorrechte zu reden und sie mit den eigenen Interessen zu konfrontieren. Wer ein Auto hat, hat scheinbar ein Grundrecht darauf, dass die Verkehrsplanung überall in der Stadt für ihn oder sie Parkplätze bereitstellt. Wer zu Fuß geht, kann nicht damit rechnen, dass ihm oder ihr auch nur annähernd viele staatliche Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Im Narrativ der unendlich wachsenden Stadt werden solche Privilegien zur Selbstverständlichkeit und als erstrebenswertes Ziel für alle vorgespiegelt. Wer kein Auto und kein Haus besitzt, kommt in dieser Erzählung von der Stadt allerdings nur als Randfigur vor und hat nicht die Chance, seine Vorstellungen von einer anderen Stadt einzubringen. Wir müssen diese Erzählung anders schreiben!

## **Städte planen, nicht entwickeln**

Die Betrachtung von Stadtplanung anhand der Narrative, mit denen sie agiert, ist der Schlüssel für die Veränderung der Art und Weise, wie Städte geplant werden. Die Aufdeckung des narrativen Charakters von Stadtplanung ist im Kern das, was mit der oben eingeforderten Re-Politisierung gemeint ist. Damit ist eindeutig keine Ideologisierung von Stadtplanung gemeint, vor der viele zu Recht Angst haben. Ideologien begründen den Geltungsanspruch eines partikularen Interesses, zumeist einer bestimmten sozialen Gruppe bzw. deren Elite. Ganz im Gegenteil dazu ist das Aufdecken von narrativen Strukturen der Stadtplanung ein anti-ideologisches Vorgehen, d.h. sie will deutlich machen, dass durch das Entstehen einer vermeintlich rationalen und unpolitischen Planung bestimmte intellektuelle Weichenstellungen betrieben werden, von dem am Ende nur bestimmte Gruppen in der Stadt profitieren.

Narration bedeutet, dass komplexe gesellschaftliche Problemstellungen in die Form einer Darstellung überführt werden, die wie in einer richtigen Erzählung nur auf bestimmte Handlungen beschränkt ist und somit Komplexität so reduziert, dass auch eine Handlung erkennbar – und in der Planung: möglich – wird. Erzählungen funktionieren nach dem Prinzip des Vorher/Nachher und der linearen Reihenfolge. Die Erzählstruktur der Stadtplanung identifiziert von daher immer einen Zustand, der dann durch planerisches Handeln verbessert werden soll. Wie in jeder Erzählung kann es dabei nur eine überschaubare Anzahl von Akteur/innen geben, dreht sich der »Plot« um wenige Handlungsalternativen und Konflikten zwischen den handelnden Personen.

Die Gemeinsamkeiten zwischen der literarischen und der stadtplanerischen Erzählung sind geistesgeschichtlich nicht zufällig. Der Bildungsroman ist wie die moderne Stadtplanung im 19. Jahrhundert entstanden und folgt der aufklärerischen Idee, dass Menschen ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen und sich von der Unmündigkeit eigenständig zu mündigen Bürgern entwickeln können. Die Vorstellung von der »Entwicklung« einer Person wurde in der Stadtplanung buchstäblich mit dem Begriff der »Stadtentwicklung« übernommen, die als per se positiv und problemlösend gilt. Ohne Zweifel hat die Stadtplanung dadurch eine beeindruckende Erfolgsgeschichte vorzuweisen, die mit der Idee der Entwicklung etwa die hygienischen Probleme der Großstädte effektiv angehen konnte. Effizienz und Reaktionsfähigkeit haben dazu geführt, dass diese Form der Stadtplanung als »rational« und unpolitisch gilt.

Die Kritik an diesem Narrativ von der zu entwickelnden Stadt sind vielfältig: Die Auswahl der handelnden Akteur/innen wird durch die Einforderung von

Partizipation und Bürgerbeteiligung seit den 1970iger Jahren weltweit als einseitig kritisiert. Die vermeintliche Vorgabe, das allgemeine Interesse zu vertreten, kann nicht funktionieren, wenn in einer Erzählung nur manche Personen auch handelnd auftreten dürfen. Außerdem ist die Fokussierung auf eine Handlung – also die Frage, was eigentlich geplant wird – eine politische Wahl. Wer bestimmt die urbane Agenda, warum wird dieses Problem angegangen und jenes nicht? Die Handlungsstruktur der Stadtplanung mit dem Bild eines Vorher/Nachher führt dazu, dass eine lineare Kausalität stadtplanerischer Maßnahmen suggeriert wird, die komplexere Wirkungszusammenhänge stark reduziert. So geraten etwa Zusammenhänge zwischen Mobilität und Wohnungsbau nicht angemessen in den Blick, wodurch die Abkoppelung von sozial benachteiligten Wohngebieten deren prekäre Lage verschärft. Schließlich kommt in diesem Narrativ die Zukunft nicht als ein noch zu zeichnendes Bild vor, dass durch Planung herzustellen wäre, sondern sie reagiert lediglich auf die aktuellen Probleme. Wie eine ökologische, gerechte oder solidarische Stadt auszusehen hätte, wird in zumeist vagen Leitbildern der jeweiligen Stadt beispielsweise im Jahr 2030 festgehalten – Bilder, auf die nur Wenige Einfluss hatten und die im Alltagsgeschäft nur sehr begrenzt Bedeutung haben.

Der Abschied vom Narrativ der Entwicklung und des Wachstums bedeuten, dass städtische Planung und Politik in vielerlei Hinsicht gesellschaftlich neu zu arrangieren wäre. Als wichtige Punkte einer Postwachstumsstadt-Agenda erscheinen uns vor diesem Hintergrund die folgenden:

- Die Aufdeckung selbstverständlicher Annahmen darüber, was »Stadtplanung« zu sein und zu leisten hat, hierzu gehört insbesondere die Verengung der Stadtplanung auf Städtebau und technische Vorhaben;
- Stadtplanung in den sozialen Interessenskonflikten zu verorten und mit der Aufgabe zu versehen, schwache Interessen in ihrer gesellschaftlichen Artikulation zu unterstützen;
- Die Diskussion über die Rolle der professionellen und amtlichen Stadtplanung zu führen, der eine gesellschaftlich moderierende und ermöglichende Aufgabenstellung gegeben werden müsste;
- Stadtpolitische Formen, Inhalte und Prozesse als Klammer zu begreifen, um insbesondere Belange ökologischer und sozialer Gerechtigkeit als ineinander integriert und voneinander abhängig zu betrachten;
- Unterschiedlichen Lebensweisen und (Re-)Produktionskonzepten Raum zu geben, die Alternativen zur individualistischen Eigentumsfalle popularisieren;
- Möglichkeiten des substanziellen Austauschs zwischen städtischen Bewe-



gungen und Institutionen zu ermöglichen, um mittelfristige Strategien gegen krisenhafte Entwicklungen zu entwerfen;

- Die Vielfalt der Narrative für eine lebenswerte Zukunft in der Stadt sichtbar zu machen und aufzuzeigen, wie solidarische Logiken der Teilhabe und Sorge schon jetzt Teilbereiche der Stadtgesellschaft prägen.

## Das Projekt Postwachstumsstadt

Um die Selbstverständlichkeit der relativ ungestört agierenden lokalen und überregionalen Institutionen der Wachstumsgesellschaft irritieren zu können, braucht es einen Paradigmenwechsel. Daher haben wir im Mai 2019 eine Konferenz an der Bauhaus-Universität Weimar zum Thema »Postwachstumsstadt« organisiert, die mit mehr als 200 Teilnehmer/innen von nah und fern und aus den unterschiedlichsten disziplinären Zusammenhängen stattfinden konnte. Wir frag(t)en: Wie können städtische Räume und Gesellschaften unter und jenseits von ökonomischen Wachstumswängen gestaltet werden? In welcher Stadt wollen und können wir leben? Mit der Bauhaus-Universität fand die Suche nach Antworten auf diese Fragen an einem Ort statt, der sich wie kaum ein anderer auf Traditionen der modernen Gestaltung und Planung bezieht. Genau einhundert Jahre nach seiner Gründung rückten damit auch die Chancen von gesellschaftsgestaltendem Anspruch und politischer Verantwortung des Bauhauses in den Mittelpunkt.



Abb. 1: Die Facetten der Postwachstumsstadt. Assoziationen der Konferenz-Teilnehmenden im Vorfeld der Postwachstumsstadt-Konferenz. Eigene Grafik erarbeitet mit wortwolken.com.

Um den Horizont von Postwachstumspolitiken für Stadtgesellschaften zu erweitern, konnten wir auf der Konferenz auch wissenschaftliche und politische Impulse aus bereits bestehenden Diskursräumen der Nachhaltigkeits-, Stadt- und Bewegungsforschung aufgreifen und verknüpfen. Ähnliches passiert in diesem Buch: Auf den Beitrag einer Architektin folgt der Beitrag eines Gestalters, auf den wiederum ein Beitrag von Soziolog/innen folgt, von Planer/innen und so weiter und so fort. Da wir davon ausgehen, dass die derzeitigen Herausforderungen nur ohne Scheuklappen bearbeitet werden können, arbeiten wir am Projekt Postwachstumsstadt transdisziplinär und zwischen akademischer Praxis und aktivistischer Theorie. Die Kapitel dieses Buchs spiegeln diese Grundhaltung wider und stellen eine Auswahl der auf der Konferenz gehaltenen Beiträge dar. Das Buch ist, wie die Konferenz auch, entlang dreier Grundideen organisiert: Von der Rolle einer transformativen Planung geht es über städtische soziale Bewegungen und Aushandlungsprozesse letztlich zum Utopie-orientierten Horizont der Postwachstumsstadt.

Das erste Teil des Buches verortet Stadtgesellschaft zwischen Wachstums-krise und -wende. Ökologische, soziale und kulturelle Krisen machen deutlich, dass Städte, geformt von kapitalistischer Expansion und imperialer Lebensweise, zunehmend an Grenzen stoßen. Gleichzeitig werden die Rufe nach Postwachstum lauter – und damit nach einem gesellschaftlichen Umbau, der nicht technisch effizient umgesetzt, sondern vielmehr gesellschaftlich erprobt und politisch erstritten werden muss. Ulrich Brand untersucht in seinem Beitrag, wie die imperiale Lebensweise durch postwachstumsorientierte Stadtpolitik zurückgedrängt und grundsätzlich verändert werden kann. Anschließend skizzieren Matthias Schmelzer und Andrea Vetter die Grundzüge der Wachstumskriken, die sich unter den Schlagworten Degrowth und Postwachstum sammeln und verknüpfen diese mit stadtpolitischen Perspektiven und gegenwärtigen Konflikten. Frank Eckardt stellt die Frage nach den Aushandlungsprozessen um städtische Zugehörigkeit in den Mittelpunkt seiner Überlegungen zum Wandel der (post-)fordistischen Stadt und deren Rolle für Migration und Integration. Die Bedeutung realer Utopien für die Postwachstumsstadt sowie die Pluralität der Transformationsstrategien zwischen Kompromissen, Freiräumen und Brüchen schätzt Anton Brokow-Loga in seinem Beitrag am Beispiel wohnungspolitischer Aushandlungsprozesse ein.

In einem zweiten Teil soll die transformative Planung im Kontext gesellschaftlicher Debatten verortet werden. Insbesondere städtische Institutionen wie Stadtverwaltungen oder kommunale Unternehmen sind auf verschiedene Weise Bestandteil von Wachstumslogiken, etwa über Standortwettbewerbe.

Daher liegt hier der Fokus auf Fragen nach Handlungsspielräumen von kommunalen und planenden Akteur/innen: Welche Veränderungen von Rahmenbedingungen braucht es, um diese Zwänge abzubauen? Christian Lamker und Viola Schulze Dieckhoff setzen sich in ihrem Beitrag mit ihren Erfahrungen an der Schnittstelle der Diskurse um räumliche Planung und Postwachstum auseinander. Anhand von sechs partizipativ erarbeiteten Thesen zeigen sie auf, dass die Postwachstumsstadt eine neue Art der Planung benötigt. Den Bogen zwischen nachhaltiger Entwicklung und Postwachstumsansätzen in der Stadtentwicklungsdebatte spannt Julia Gamberini und macht damit deutlich, wie diese sich immer wieder gegenseitig beeinflussten und bedingten. Ein deutliches Spannungsfeld zwischen diesen beiden Konzepten zeichnet Timmo Krüger in seinem Beitrag anhand des Imperativs sozialer Innovationen nach: Statt ökologischer Modernisierung und Innovationskraft von Initiativen rückt er dabei Machtfragen in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen um eine verwirklichte Postwachstumsstadt und -gesellschaft.

Wie eine konkrete andere Planung in der bestehenden Praxis aussehen kann, zeigen Beispiele aus der Schweiz und aus Kleinstädten in Österreich und Brandenburg. In ihrem Beitrag weisen Susanne Käser und Aylin Yildirim Tschoepe anhand eines Prozesses der städtebaulichen Mitwirkung die Bedeutung von Netzwerken, Akteuren und Bildern nach, die diese für die partizipative Planung der Postwachstumsgesellschaft haben. Torsten Klafft und Korbinian Kroiß hingegen weisen auf die Bedeutung lokaler Akteur/innen hin, die für die Wiedergewinnung von lokalem Leben jenseits der »Donut«-Struktur notwendig sind – auch und besonders in ländlich geprägten Räumen. Nur wie bewegen wir uns in diesen Räumen oder zwischen Städten? Julius Uhlmann und Uwe Plank-Wiedenbeck entwickeln zum Abschluss des Kapitels erste Perspektiven zur Gestaltung und systemischen Planung urbaner Mobilität unter Postwachstumsbedingungen.

Der thematische Schwerpunkt des dritten Buchteils liegt auf den städtischen Bewegungen. Dieser Diskussionsstrang behandelt das städtische Mosaik der Alternativen, also die Möglichkeitsräume, die von sozialen Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Initiativen ausgehandelt und eröffnet werden. Hier fragen wir: Welche Rolle spielen urbane Pionier/innen, Nischenprojekte und alternativ-ökonomische Strömungen für die Transformation von Nachbarschaften, Stadtteilen oder ganzen Städten? Zunächst zeigen Michaela Christ und Jonas Lage in ihrem Beitrag auf, in welchem konflikträchtigen Feld sich die Akteur/innen der Postwachstumsgesellschaft bewegen. Dabei wird die enge Verknüpfung von sozialen und ökologischen Problemlagen der Stadt eindringlich ver-

deutlich. Friederike Landau und Alexandra Toland präsentieren mit Beispielen aus der internationalen Kunst, wie kreativ und künstlerisch mit den ökologischen und sozialen Dimensionen der Krise des Anthropozän umgegangen werden kann.

Teilen als Antwort auf die sich verschärfende Ressourcenknappheit und als Element urbaner Postwachstumsstrategien thematisieren Florian Koch, Lea Hampel, Carsten Keller und Floris Bernhardt in ihrem Text. Sie untersuchen, wie der umkämpfte Zugang zu Wohnraum und öffentlichem Raum in Berlin-Kreuzberg dekommodiziert und als Gemeingut organisiert werden kann. In diesen Prozessen vollziehen Initiativen des Wandels meist den schwierigen Spagat, sich in einer Nische organisieren und gleichzeitig (Stadt-)Gesellschaft transformieren zu wollen, ergänzen Anton Brokow-Loga, Franziska Felger, Jannis Koch und Anna-Maria Weber in ihrem Beitrag. Sie gehen dabei der Frage nach, wie Projekte in Weimar sich inner- und außerhalb einer wahrgenommenen »Blase« bewegen. Dass Initiativen im Bereich nachhaltiger Ernährung in diesen Auseinandersetzungen zwischen Anspruch und gesellschaftlicher Wirklichkeit agieren, zeigen Evelyn Markoni und Franziska Götze in ihrem Beitrag anhand eigener Forschungen zur Stadt Bern.



Abb. 2: Wodurch wird die Postwachstumsstadt konturiert? Leitmotiv der Konferenz in Weimar. Grafik gestaltet von Alessa Dresel.


Im vierten Teil des Buches geht um Utopien und neue Erzählungen für die Stadt jenseits des Wachstumsparadigmas. In unserem Alltag hat sich eine Vorstellung unendlichen Wachstums tief verinnerlicht, das als mentale Infrastruktur unsere Wünsche und Anforderungen an das Wohnen, Bewegen und Kommunizieren innerhalb der Städte beeinflusst. Die Beiträge dieses Abschnitts untersuchen daher, wie Postwachstumsansätze lokal in die Tat umzusetzen sind – und welche andere Erzählungen dessen, was zu einer guten Stadt oder einem guten Leben wichtig ist, dabei benötigt werden. Storytelling, Zeitmaschinen und andere konkrete Konstellationen und Projekte bietet Saskia Hebert in ihrem Beitrag als eine Perspektive an, um zu anderen Erzählungen über die Stadt der Zukunft zu kommen. Wichtige Alternativen des besseren Lebens beziehen sich auf das Zusammenleben und Zusammenwohnen: Sanna Frischknecht, Moritz Maurer und Dietmar Wetzl zeigen anhand eines schweizerischen Genossenschaftsprojekts, welche Möglichkeiten sich durch Bottom-Up-Initiativen dazu ergeben können. Lars-Arvid Brischke, Margarete Over und Leon Leuser schließen hieran ebenfalls an. Ihr Beitrag diskutiert das Thema des gemeinschaftlichen Lebens und Wohnens am Beispiel des selbstverwalteten Studierendenwohnheim Collegium Academicum Heidelberg, das sich dem Motto »Suffizienz lernen, leben und verbreiten« verschrieben hat. Zum Abschluss zeigt der visuelle Essay von Kris Krois auf, auf welchen Wegen sich die Postwachstumsstadt »zukunften« lassen kann: Wir müssen uns das gesellschaftlich und Wünschenswerte vorstellen, es entwerfen und vorleben, um es zu vergegenwärtigen.

Dieses Buch verstehen wir als einen Schritt auf der Suche nach neuen Paradigmen in der ökologischen, sozialen und kulturellen Krise der Wachstumsgesellschaft. Es soll irritieren und inspirieren, Denk- und Machanstöße geben, zu Diskussionen einladen.<sup>2</sup> Diese Debatte an den Hochschulen und Planungsämtern zu führen, ist notwendig. Gleichzeitig braucht es auch eine öffentliche, gesamtgesellschaftliche Verständigung darüber, was das gute Leben in der Stadt für alle sein kann und sein soll. Denn nur gemeinsam und offen lässt sich die Postwachstumsstadt in den Konturen einer solidarischen Stadtpolitik verwirklichen.

---

<sup>2</sup> Das Portal [postwachstumsstadt.de](http://postwachstumsstadt.de) soll Diskussionen und Vernetzung auch online ermöglichen: <http://postwachstumsstadt.de>



A stylized, isometric illustration of a city street scene. The scene is rendered in shades of gray and white. In the foreground, a large, bold, black letter 'S' is prominent. To the left, a person sits on a ledge with a basket. In the middle ground, several figures are walking along a path, some carrying items. To the right, a person is sitting on the ground, and another is walking. The background features stylized trees, buildings, and a car. The overall style is modern and graphic.

# I Stadtgesellschaft zwischen Wachstumskrise und -wende

# **Sozial-ökologische Transformation konkret Die solidarische Postwachstumsstadt als Projekt gegen die imperiale Lebensweise<sup>1</sup>**

von Ulrich Brand

Die Stadt- und Urbanisierungsforschung kann beim Thema Postwachstumsstädte und sozial-ökologische Transformation auf einen unglaublich großen Korpus zurückgreifen, was Postwachstum angeht. Nämlich die ganzen Entwicklungen und begleitenden Forschungen zu den »Schrumpfenden Städten« in Ostdeutschland und Osteuropa in den 1990er Jahren. Interessanterweise finden sich in diesem Sammelband wenig explizite Bezugnahmen darauf. Das ist kein Vorwurf, sondern offensichtlich dem zeithistorischen Kontext geschuldet. In den 1990er Jahren hätten wir hier wahrscheinlich sehr viele Beiträge zu schrumpfenden Städten gehabt. Eine Anekdote: Ich erinnere mich, dass ein Freund und Kollege aus Frankfurt am Main im Jahr 2004 oder 2005 eine Stelle am Umweltforschungszentrum in Leipzig antrat. Er habe in dieser Stadt ganz viele schöne und frisch renovierte Altbauwohnungen bei einer unglaublich günstigen Miete angeboten bekommen. Die Maklergebühr wurde damals vom Vermieter bezahlt.

---

<sup>1</sup> Frank Eckardt und Anton Brokow-Loga und ihrem Team danke ich für die Einladung und Organisation der spannenden Konferenz im Mai 2019. Ich habe viel gelernt! Miriam Neßler danke ich sehr für die Transkription meines Vortrags, der die Grundlage für diese schriftliche Ausarbeitung ist.



Im Jahr 2019 befinden wir uns in einer anderen Situation, wenn wir heute nach Leipzig nach Weimar kommen. Die Problematik ist nicht mehr unbedingt die der »Schrumpfenden Städte«.

Es hat sich aber noch etwas geändert. Und das ist vermutlich der Anlass für Konferenz und Sammelband. Es gibt eine breite wissenschaftliche, aber auch gesellschaftspolitische Anerkennung dafür, dass im Zeichen von multiplen Krisen sehr unbedingt Antworten auf die sozio-ökonomischen, ökologischen, politischen Herausforderungen gefunden und umgesetzt werden müssen. Man denke nur an die dynamisch sich entwickelnde Bewegung der *Fridays for Future* mit ihrem Insistieren darauf, dass die herrschenden Formen von Politik die Krise eher verschlimmern als effektive Maßnahmen gegen die Klimakrise zu entwickeln und umzusetzen. Wissenschaftlich läuft diese Diskussion unter dem Label einer »sozial-ökologischen Transformation« (Brand 2016a) oder, in Anlehnung an die starke Semantik von Karl Polanyi, einer neuen »Großen Transformation« (Polanyi 1995/1944). Aber diese Debatte, die jetzt zunehmend an Kontur gewinnt, gibt es noch gar nicht so lange und muss zunächst in den verschiedenen Bereichen durchgearbeitet werden, so eben auch in der Stadtplanung und Stadtforschung.

Wenn ich also die Absichten der Veranstaltenden richtig deute, wollen sie den Begriff »Postwachstum« für die Städte fruchtbar machen. Das ist Neuland. Ich zitiere an dieser Stelle aus dem Call for Papers: »Ein ›Weiter so‹ gibt es nicht. Ökologische, soziale und kulturelle Krisen machen deutlich, dass Städte, geformt von kapitalistischer Expansion und imperialer Lebensweise, zunehmend an Grenzen stoßen. Gleichzeitig werden die Rufe nach einer *großen Transformation* lauter. In diesem Kontext wollen wir mit der Konferenz aktivistische und akademische Perspektiven auf die bereits stattfindenden und gesellschaftlich nötig werdenden Transformationen urbaner Räume und Gesellschaften einnehmen« (Brokow-Loga/Eckardt 2018). Es ist etwas wirklich Neues, die Städte und die Urbanität in der Anerkennung dieser multiplen Krise zu denken und mit der Transformationsdebatte zusammenzubringen. Auch die Akademie für Raumforschung und Landesplanung in Kassel veranstaltet eine Tagung zu Postwachstum und Transformation (*Mehr oder weniger? Raumentwicklung braucht Postwachstum!* im Juni 2019 in Kassel). Und einige werden das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats Globale Umweltveränderungen von 2016 kennen (Umzug der Menschheit. Die transformative Kraft der Städte), das von einer radikalen Diagnose ausgeht: »Auf der globalen Agenda steht mithin die *Transformation* der in die Existenzkrise geratenen Moderne ganz oben«, so das Beratungsgremium der deutschen Bundesregierung. Das ist eine radikale Problem diagnose.

»Und nur wenn die wichtigsten urbanen Zentren«, so sagen sie, »die Kraft für diese Transformation aufbringen, kann sie weltweit gelingen« (WBGU 2016: 4). Das sind einige sehr spannende Erkenntnisse, die ich als Nicht-Fachmensch bei der Entwicklung dieses Beitrags hatte.

Zu diesem sehr aktuellen und relevanten Thema möchte ich vier Bemerkungen machen: Erstens: Was verstehen wir eigentlich unter einer sozialökologischen Transformation(en)? Ich verwende den Singular, wenn ich von dem umfassenden gesellschaftspolitischen Projekt spreche, und die entsprechenden Transformationen benenne ich im Plural, um die Mannigfaltigkeit und Ungleichzeitigkeit der grundlegenden Veränderungsprozesse in den Blick zu nehmen. Zweitens: Was ist spannend am Begriff »Postwachstum«? Es gibt ja genug andere Begriffe, die ich mir in der Vorbereitung bewusst angeschaut habe und gleich einführen werde. Ich würde einerseits empfehlen, an dem Begriff »Postwachstum« festzuhalten, schlage aber am Ende eine kleine Erweiterung vor. Mit meiner dritten Überlegung möchte ich jene, die sich wissenschaftlich oder praktisch mit Veränderungen von Städten auseinandersetzen, dazu einladen, sich damit zu beschäftigen, wie wir mit dem Begriff der »imperialen Lebensweise« das Urbane noch einmal anders denken sollten. Ich denke, darin liegt eine sehr große analytische und politische Herausforderung, wenn wir uns eine solidarische Produktions- und Lebensweise vorstellen und realisieren wollen. Abschließend habe ich noch einige Schlussbemerkungen.

### **Sozial-ökologische Transformation(en)**

Den Begriff der »sozialökologischen Transformation« wurde erst vor wenigen Jahren in der Fachdebatte prominent. 2011 ist er in Deutschland mit dem damaligen Gutachten »Die große Transformation« des Wissenschaftlichen Beirats für Globale Umweltveränderungen (WBGU) sehr bekannt geworden (kritisch dazu Biesecker/von Winterfeld 2013). Manche kennen Karl Polanyis große und sehr lesenswerte Schrift von 1944, in der er den Übergang zum Industriekapitalismus analysiert. Der Begriff der »Transformation« hat ja inbegriffen die »Form« und geht schon in der Semantik deutlich über Begriffe wie »Innovation«, »Transition« und »ökologische Modernisierung«, wie es oft in den Politikwissenschaften genannt wird, hinaus. Transformation bedeutet einen ganz grundlegenden Wandel – und zwar nicht nur ökonomischer oder politischer oder kultureller Art, sondern im gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang. Matthias Schmelzer und Andrea Vetter (in diesem Band) – und dem würde ich mich anschließen –

unterstreichen die de facto post-kapitalistische Perspektive wichtiger aktueller Begriffe. Und dies nicht nur im ökonomischen, sondern eben auch im kulturellen Sinne. Man denke nur an die mentalen Infrastrukturen: Die kapitalistische Expansion hat sich ja in das Denken und das Begehren der Menschen eingeschrieben. Die Herausforderung einer tiefgreifenden Transformation betrifft auch das Politische, wenn etwa bedacht wird, dass auch ein Staat in seinem Funktionieren und Handlungsspielraum stark von einer expandierenden kapitalistischen Ökonomie abhängt, wie zum Beispiel über Steuer- oder Zolleinnahmen und anderem.

Also erstmal ist »sozial-ökologische Transformation« ein Begriffsterrain, ein begriffliches Angebot, das gefüllt werden muss. In seiner grundlegenden Semantik liegt aber etwas Radikales. In der Literatur besteht weitgehender Konsens darüber, dass der Umbau vor allem die energetische und Ressourcenbasis unserer Gesellschaften betrifft. Fridays for Future haben das in den letzten Monaten noch einmal stark politisiert, nämlich den Einstieg in eine post-fossile Ökonomie oder gar eine post-fossile Gesellschaft. Es muss das reduziert und mittelfristig abgestellt werden, was den Klimawandel antreibt. Doch auch die Ressourcenbasis – fossile Energieträger, Metalle, ressourcenintensive Agrargüter – mit ihren oft dramatischen Implikationen in anderen Weltregionen muss verändert werden.

Trotz der radikalen Problemdiagnose bleiben viele Ansätze zu einer Transformation in einer Logik, in der die bestehenden Märkte »grüner« werden müssen. Dafür soll die Politik Investitionsanreize und andere Rahmenbedingungen schaffen, damit insbesondere Unternehmen und die Menschen in ihren Lebensalltag sich anders verhalten. Prominent ist etwa die ökologische Steuerreform, aber auch die Förderung bestimmter Forschungsprogramme. Das erwähnte Gutachten der WBGU proklamiert: »It's politics, stupid!«, also die Politik solle es richten. Das ist sehr eng an Vorstellungen einer »Grünen Ökonomie« die auch vor etwa zehn Jahren im Rahmen des Umweltprogramms der UNO entwickelt wurden. Im Grunde genommen wird damit über Kapitalismus und die tief verankerten Herrschaftsverhältnisse entlang von Klassen-, Geschlechter-, rassifizierten oder internationalen Linien nicht gesprochen. Es gibt am Ende ein Vertrauen in die bestehenden Institutionen. Ich habe das mal in einem Aufsatz für die Zeitschrift »GAIA« eine »neue kritische Orthodoxie« genannt (Brand 2016b). Kritisch, weil die Beiträge sich vom neoliberalen Mainstream und *business-as-usual*-Vorstellungen abheben.

Ein erstes Zwischenfazit lautet daher, dass es nicht *den* Begriff der sozial-ökologischen Transformation gibt, sondern dass dieser immer noch umkämpft

ist. Das dominante Wissen, die neue kritische Orthodoxie, bleibt an den bestehenden Institutionen von Markt und Staat orientiert und umgeht Fragen von Macht, Herrschaft, aber auch der tief in Alltag und Institutionen eingeschriebene Produktions- und Lebensweise. Es gibt keine Vorstellung davon, wie wir Gesellschaft jenseits von kapitalistischer Ökonomie, kapitalistischem Staat und kapitalistischer Kultur organisieren.

### **Postwachstum als aktivistisch-akademische Perspektive**

Die Initiative der Herausgeber, einen Horizont des Städtischen mit dem Begriff »Postwachstum« zu entwickeln, halte ich für sinnvoll. Zunächst möchte ich eine wichtige Unterscheidung einführen (vgl. auch Anton Brokow-Loga in diesem Band): Postwachstum bedeutet nicht, anzunehmen, wir befinden uns heute bereits in Postwachstumskonstellationen, die unter kapitalistischen Bedingungen tendenziell krisenhaft ist; *change by disaster* (vgl. etwa Dörre 2019). Das meint Postwachstum meines Erachtens überhaupt nicht. Denn Postwachstum ist wirklich »*change by design*« oder ein intentionales, strategisches Projekt. Einer der Protagonisten der Debatte, Giorgos Kallis, argumentiert: Es ist “a multi-faceted political project that aspires to mobilise support for a change of direction, at the macro-level of economic and political institutions and at the micro level of personal values and aspirations. Income and material comfort is to be reduced for many along the way, but the goal is that this is not experienced as welfare loss” (Kallis 2011, vgl. den Überblick von Schmelzer/Vetter 2019 und Schmelzer/Vetter in diesem Band). Normative Prinzipien wie Kooperation und soziale Gerechtigkeit werden als zentral erachtet. Das ist ein zentraler Aspekt, den es den Kritiker(inne)n entgegenzuhalten gilt: Postwachstum als Horizont bedeutet nicht, sich an Krisen zu laben und über den Niedergang industrieller Produktion politisch zufrieden zu sein. Postwachstum ist ein gesteuerter Prozess hin zu einer anderen, sozial-ökologisch nachhaltigen, gerechten und solidarischen Produktions- und Lebensweise (Eversberg 2017).

Postwachstum ist ein gesellschaftspolitisches Projekt, der insbesondere die Abhängigkeit vom kapitalistischen Akkumulationszwang, von der Tatsache, dass unsere Gesellschaft, unsere Städte, unsere Ernährungs-, unsere Mobilitäts- und Kommunikationssysteme stark entlang von kapitalistischen Profitinteresse organisiert sind: Facebook, Amazon, den großen Agrarkonzerne, Supermarktketten usw. Eine Postwachstumsgesellschaft geht nicht mit privatkapitalistischen Internetkonzernen oder Supermärkten. Denn in Supermärkten ist derma-

ßen das Profitprinzip eingeschrieben. Stattdessen müssten ganz andere Formen der Produktion und Distribution entstehen, die es in Ansätzen ja längst gibt (vgl. die vielen Beispiele in Konzeptwerk Neue Ökonomie / DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften 2017). Hinter Postwachstum stehen m.E. deutliche kapitalismuskritische Annahmen. Und als Wissenschaft ist Postwachstums- bzw. Transformationsforschung durch den engen Zusammenhang mit sozialen Bewegungen und alternativen Erfahrungen eine *activist-led science*.

Das ist der Kontext des begrifflichen »Angebots« Postwachstumsstadt. Es differenziert sich bzw. kritisiert andere, oft noch schillernde Angebote. Das eine ist die »Smart City«. Die Smart City Debatte ist unabhängig davon, was dort umgesetzt wird, häufig grüne Prosa. Diese setzt stark auf Technologien und knüpft an Sicherheitsdiskurse an: Ein aktuelles Beispiel für die Technologiefixierung sind das »autonome« Fahren und E-Autos mit großen Versprechen. Auch in den Debatten der UNO um eine »Global Urban Agenda« bei der Habitat-III-Konferenz 2016 in Quito (UNO 2016) oder in den »Sustainable Development Goals« von September 2015<sup>2</sup> wird Stadtentwicklung häufig aus stark technischer und Planungsperspektive gesehen. Ein wichtiger Punkt ist daher: Das Projekt einer »Postwachstumsstadt« bedeutet, nicht zuvorderst auf Technologie zu setzen.

Ein anderer Begriff ist die »Resilient City«, die resiliente Stadt. Dabei geht es eher um die Annahme, wir müssten uns auf Umweltgefahren wie Überschwemmungen und anderes einstellen, vor allem in Städten des globalen Südens. Zudem gibt es Begriffe wie die »Low-carbon City«, die »Post-oil City« – das sind eher Semantiken und Annahmen, dass wir unsere Energiebasis umbauen müssen.

Dazu gibt es Begriffe und Ansätze, die eher »von unten« Experimentierräume schaffen (wollen). Ein Beispiel dafür sind »Transition Towns«, »Sharing City« und »Urban Mining«. Das ist sehr wichtig, doch es besteht die Gefahr, zu sehr auf bottom up-Initiativen zu setzen und übergreifende politische und wirtschaftliche Kontexte, die eben auch verändert werden müssen, abzuschatten. Umgekehrt kann den Initiativen zugutegehalten werden, dass sie sich auf eine konkrete Ebene beziehen und Handlungsspielräume und –möglichkeiten aufzeigen (vgl. Brokow-Loga/Felger/Koch/Weber in diesem Band).

Das bringt mich zu einem anderen Punkt: Soziale Veränderung geht oft mit Konflikten und sozialen Bewegungen einher, die weiterführende Veränderungen anstoßen können. Hier scheinen mir die Bewegungen für ein »Recht auf Stadt«

---

2 Für unser Thema ist das Ziel II zentral: »Nachhaltige Städte und Siedlungen – Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten«. Interessantes Material dazu findet sich auf: <https://www.un.org/sustainable-development/cities/>

interessant, eng verbunden mit einer Postwachstumsperspektive und auch eine enge Verbindung von Wissenschaft und Aktivismus. Bei Eigentumsfragen - denken wir an das aktuelle Volksbegehren in Berlin -, geht es wirtschaftlich und politisch ans »Eingemachte«, nämlich um Bodenrenten, Verfügung über Eigentum und die damit verbundene Macht.<sup>3</sup> Recht auf Stadt und Postwachstum gehen Hand in Hand mit ihrem Ziel, das Verwertungsinteresse an Boden und Grund einhegen und zurückdrängen zu wollen.

Um diesen zweiten Gedanken abzuschließen: Zusammenfassend denke ich, dass der Begriff der Postwachstumsstadt Sinn macht. Eine Stärke ist dabei, dass er schwer zu vereinnahmen ist und kritisch aufgeladen werden kann. Ich würde vorschlagen, den Begriff mit einem Adjektiv aufzuladen: solidarisch. Eine solidarische Postwachstumsstadt – das ist eine Qualität. Denn bei Postwachstumsstadt denkt man nur allzu leicht an schrumpfende oder periphere Städte. Aber durch den Begriff der Solidarität wird der Begriff wissenschaftlich und politisch genauer (nicht eindeutig; das werden solche Begriffe nie).

## **Jenseits der imperialen Lebensweise**

Drittens geht es in dieser urbanistisch-stadtpolitischen Publikation um die Frage, wie die lokale urbane Ebene verändert werden kann. Wie stellen wir uns stadtpolitische Interventionen von sozialen Bewegungen vor, daran anknüpfende gesellschaftliche und politische Institutionalisierungen (im Sinne der Aufdauerstellung von Errungenschaften) und andere Narrative vor? Meine Anregung für die weitere Diskussion ist, dass diese lokale Ebene, die tiefgreifend sozial-ökologisch transformiert werden soll, enorm voraussetzungsvoll ist in Bezug auf Strukturen und Prozesse jenseits dieser konkreten lokalen Ebene. Auch wenn ich die städtischen Planungsdebatten nicht kenne. Diese Voraussetzungshaftigkeit anzuerkennen ist so banal wie schwierig.

Meine Kritik an der Postwachstumsdebatte ist, dass sie oft auf die lokale oder nationale Ebene bezogen wird, maximal als europäisches Projekt gedacht.<sup>4</sup> Veränderung wird tendenziell ohne die Implikationen für China, Lateinamerika und andere Weltregionen gedacht. Um dieses Problem der globalen Voraussetzungshaftigkeit des Lokalen genauer zu verstehen, haben Markus Wissen und

---

3 Einen instruktiven Überblick über die »Wohnungsfrage« in Ländern des Globalen Südens und das systemische Versagen des formellen Wohnungsmarkts gibt Berner 2016.

4 Gemeinsam mit Alberto Acosta, einem ecuadorianischen Ökonomen, habe ich ein Buch geschrieben, in dem wir versuchen, die Postwachstumsdebatte in Europa und die Debatte um »Buen Vivir« in Lateinamerika aufeinander zu beziehen (Acosta/Brand 2018). Denn wir denken, wir können voneinander lernen.

ich den Begriff der »imperialen Produktions- und Lebensweise« vorgeschlagen (Brand/Wissen 2017; vgl. auch I.L.A. Kollektiv 2017). Der Begriff soll verdeutlichen, dass die Strukturen der Globalisierung, die ökonomische, politische und auch kulturelle, sich im Arbeits-, Produktions- und Konsumalltag der Gesellschaften des Globalen Nordens niederschlägt. Der Alltag ist systematisch auf andere Regionen, Menschen und Natur ausgreifend, das nennen wir imperial. Es wird systematisch auf die billigen Ressourcen und die billige Arbeitskraft der Welt zurückgegriffen: Wenn wir bestimmte, nämlich industriell hergestellte Nahrungsmittel essen, ein Handy haben, ein Auto fahren, aber auch den ÖPNV benutzen (wenn etwa die dafür verwendeten Fahrzeuge mit nicht-nachhaltig gewonnenen Rohstoffen produziert wurden). Diese Produktions- und Lebensweise, die so tief in unsere Begehren, Mentalitäten, in die Politik, in die Ökonomie usw. eingeschrieben ist, braucht permanent ein Äußeres, ein »Anderenorts«. Das kann das Zurückgreifen von der Stadt aufs (Um-)Land sein, aber eben auch und vor allem auf den globalen Süden. Diese imperiale Lebensweise wird politisch, ökonomisch und ideologisch abgesichert. Aber sie ist eben auch ein Alltagsverhältnis.

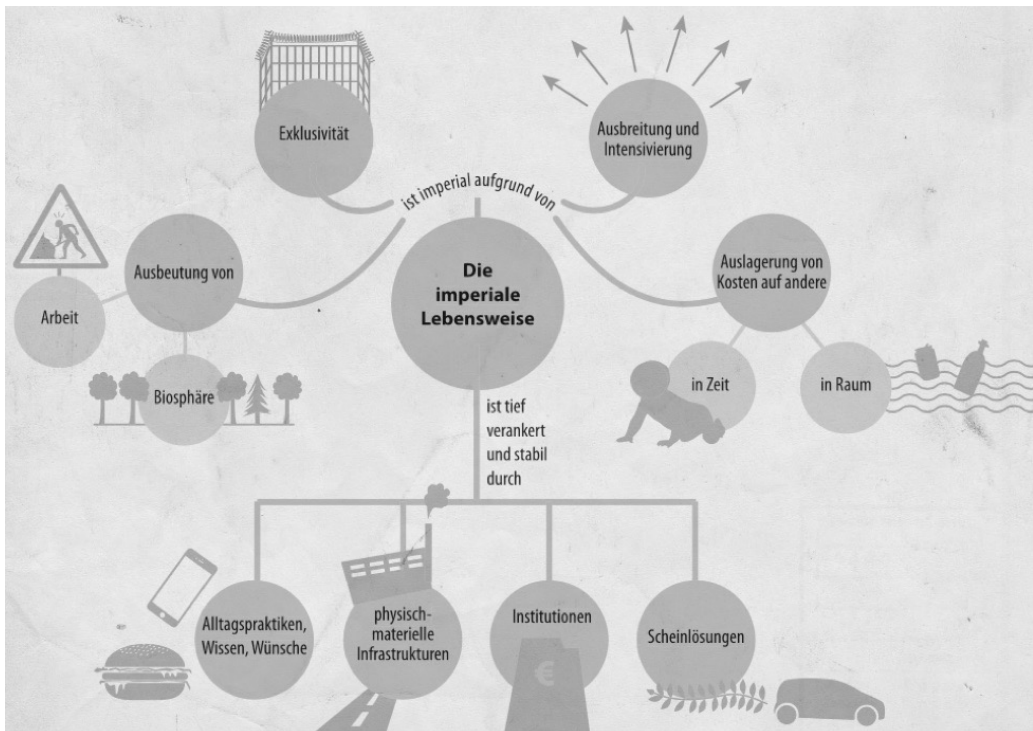


Abb. 1: Das Konzept der imperialen Lebens- und Produktionsweise (I.L.A.-Kollektiv 2017: 9)

Die imperiale Lebensweise vertieft sich im Globalisierungsprozess. Der Ressourcenverbrauch nimmt zu; es gibt grundlegend keine Entkopplung von materieller Entwicklung und Ressourcenverbrauch und Emissionen (Santarius 2015). Und: Die imperiale Lebensweise weitet sich auch in den Ländern des globalen Südens, in den Schwellenländern, dramatisch aus. Aus einer Veränderungsperspektive ist zudem wichtig: Die imperiale Lebensweise ist für viele Menschen attraktiv. »Wie im Westen, so auf Erden«, wie Wolfgang Sachs gesagt hat. Das Modell des Westens wird dort gelebt oder angestrebt.

### **Hin zu einer solidarischen (Produktions-) und Lebensweise**

Eine Voraussetzung, die imperiale (Produktions-) und Lebensweise in Richtung einer solidarischen zu verändern, ist das Sichtbarmachen des wenig oder nicht sichtbaren. Doch das reicht natürlich nicht, denn die Lebensweise ist mit viel politischer Macht, ökonomischen Interessen verbunden.

Was heißt es also für eine kritische Urbanistik und für ein kritisches Projekt einer solidarischen Postwachstumsstadt, diese Konstellation in den Blick zu nehmen? Das ist der Ausgangspunkt für Überlegungen zu dem, was Markus Wissen und ich »solidarische Produktions- und Lebensweise« nennen (vgl. auch I.L.A. Kollektiv 2019 und Abbildung 2). Es geht nicht um Verzicht. Das halte ich daher für eine völlig falsche Semantik, denn weniger vom Bestehenden ist ja auch nicht gut. Eine solidarische Produktions- und Lebensweise muss ein anderes, ressourcenleichtes Wohlstandsmodell entwickeln. Das hat viel mit Konflikten zu tun, etwa damit, die kapitalistische Verfügung über Produktionsmittel, über städtische Räume und über Grund und Boden in Frage zu stellen und zu verändern. Das solidarische Wohnen, der solidarische Verkehr, die solidarische Aufteilung von Grünflächen und Freiräumen, aber auch die vielfältigen Formen der Produktion in Städten – das bleibt in einer solidarischen Postwachstumsstadt unabdinglich. Umzugestalten wären auch die Beziehungen zwischen Städten und jenen Orten, von denen die ihre Mittel zum Funktionieren beziehen. Das impliziert auch ein anderes Kräfteverhältnis und andere Interessensstrukturen bei Planungsprozessen, die immer im Blick behalten werden sollten, wenn es um die Postwachstumsstadt geht.



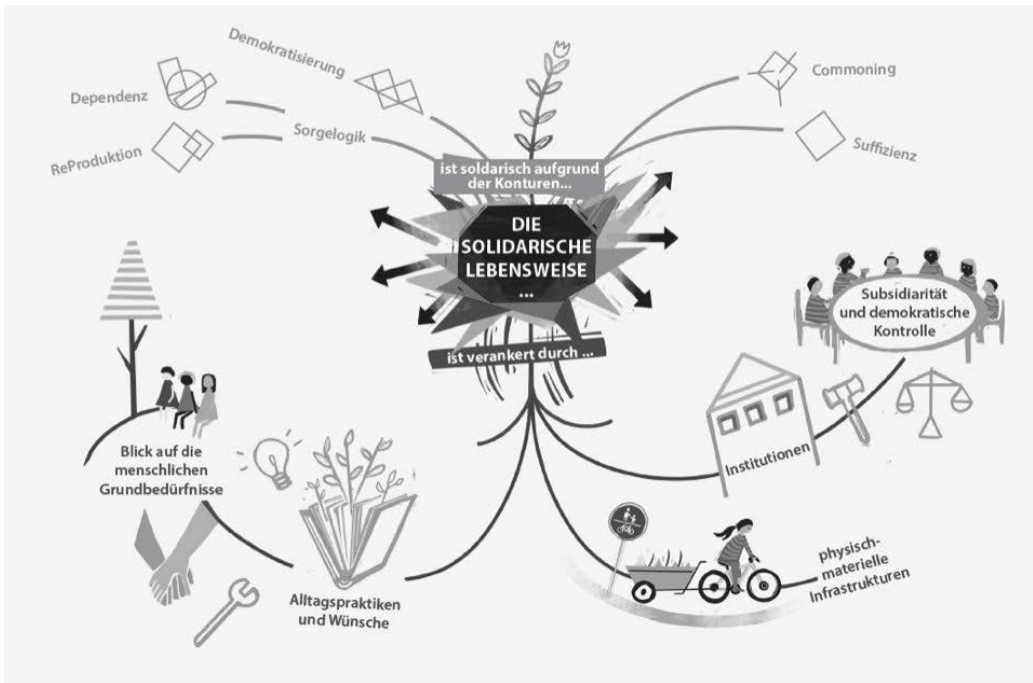


Abb. 2: Das Konzept der solidarischen Lebens- und Produktionsweise (I.L.A.-Kollektiv 2019: 19)

Wenn eine Postwachstumsstadt viel mit Gerechtigkeit, Gleichheit, ökologischer Nachhaltigkeit zu tun hat, eben mit einer solidarischen Produktions- und Lebensweise, stellt sich – mit Antonio Gramsci gesprochen – die Frage der Hegemonie. Wie werden die bestehenden Konsense, die bestehende Zustimmung zur imperialen Lebensweise aufgebrochen? Mit Michel Foucault gesprochen: Was wäre der Wille zu einem anderen Städtischen? Was wären der Wunsch und das Begehren von Menschen, die Stadt wirklich anders zu nutzen?

Das sind große Fragen, auf die ich keine Antwort habe. Ich möchte es abschließend auf zwei Punkte zuspitzen.

Erstens: Das Projekt wurde an der Bauhaus-Universität begonnen, es geht also neben Forschung auch um Bildung. Wie entstehen eigentlich im Prozess hin zu einer solidarischen Postwachstumsstadt die Kompetenzen bei den Individuen und Kollektiven, die solidarische Postwachstumsstadt ganz konkret zu machen? Was heißt das für das Studium der Architektur, Urbanistik und Politikwissenschaft, in technischen und auch sozialen Berufen? Diese Frage nach den Kompetenzen ist meiner Meinung nach bisher zu wenig gestellt und beantwor-

tet. Wie bilden wir uns um? Wie wird anderes Wissen geschaffen? Vielleicht ist es ja sinnvoll, dass jeder ein paar Stunden am Tag Tätigkeiten ausübt, die nicht zu seiner Kernprofession gehören.

Ein weiterer wichtiger Punkt, der meiner Meinung nach zu wenig betrachtet wird, ist die Frage der Politisierung und damit einhergehender Konflikte. Es sind aus meiner Sicht Initiativen wichtig, welche die imperiale Lebensweise ganz konkret politisieren, also zum gesellschaftlichen Problem und damit zum Gegenstand von Auseinandersetzungen machen. Das ist auch und gerade in Städten möglich. Ein Beispiel sind die im Zuge des Sommers der Migration und der offenkundigen Krise der europäischen Flüchtlingspolitik von Stadtregierungen geschaffenen Netzwerk »Solidarische Städte« (Christoph/Kron 2019). Wenn es um grundlegende Alternativen geht, dann geht deren Schaffung auch mit Konflikten einher (vgl. Beiträge von Frank Eckardt und von Michaela Christ und Jonas Lage in diesem Band). Denn viele werden zunächst an der Schaffung von Alternativen nicht mitmachen wollen. Viele wollen keine andere Gesellschaft. Aus meiner Sicht können gesellschaftliche Lernprozesse initiiert werden über »emblematische« Konflikte. Das sind Konflikte, an denen deutlich wird, dass es hier um viel mehr geht als nur den konkreten Konflikt. Ein gutes Beispiel hierfür sind die Auseinandersetzungen um den Ausbau des Wiener Flughafens: Vor gut zwei Jahren gab es die weltweit erste Entscheidung eines Bundesgerichtshofes, den Ausbau des Flughafens zu untersagen mit der Begründung, dass ansonsten die Klimaziele Österreichs gerissen werden würden. Das Land – die Regierung, die Flughafenbetreibenden, die Gewerkschaften, alle Parteien außer die Grünen – stand Kopf, obwohl der Flughafen sowieso nur zu 55% ausgelastet war. Das wurde und wird zu einem Konflikt, bei dem es ja um viel mehr geht, als den Bau einer dritten Piste. Es geht um die Zukunft des europäischen Mobilitätssystems. Wird den Fliegenden irgendwann gesagt, dass es nicht geht, sich zum Wochenendshopping in Mailand in den Flieger zu setzen? Dafür bedarf es der entsprechenden Rahmenbedingungen und der Schwächung mächtiger Akteure, in diesem Fall der Interessen der Luftfahrtindustrie. Es ist aber auch eine Frage kultureller Selbstverständlichkeiten: Es muss lächerlich werden, auf kurzen Distanzen das Flugzeug zu benutzen. Oder, ein anderes Beispiel, generell einen SUV zu fahren. Diese Aspekte stark zu machen und diese Konflikte zu suchen und auszubrechen, könnte also meiner Meinung nach wichtig für die Entwicklung eines gegen-hegemonialen Projekts sein.

## **Literatur:**

Acosta, A.; Brand, U. (2018): Radikale Alternativen. Warum man den Kapitalismus nur mit vereinten Kräften überwinden kann, München.

Berner, E. (2016): "Zur Wohnungsfrage" im 21. Jahrhundert: Marktversagen, hilflose Politik und die globale Ausdehnung der Slums, in: *Pripherie* 36 (141), 10-32.

Biesecker, A.; von Winterfeld, U. (2013): Alte Rationalitätsmuster und neue Beharrlichkeiten. Impulse zu blinden Flecken der Transformationsdebatte, in: *GAIA* 22(3), 160–165.

Brand, U. (2016a): How to get out of the multiple crisis? Towards a critical theory of social-ecological transformation, in: *Environmental Values* 25 (5), 503-525.

Brand, U. (2016b): "Transformation" as New Critical Orthodoxy. The Strategic Use of the Term "Transformation" Does Not Prevent Multiple Crisis, in: *GAIA – Ecological Perspectives for Science and Society* 25(1), 23-27.

Brand, U.; Wissen, M. (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus, München.

Brokow-Loga, A., Eckardt, F. (2018): Postwachstumsstadt. Perspektiven des sozial-ökologischen Wandels der Stadtgesellschaft. Call for Papers zur Konferenz. Weimar: Bauhaus-Universität Weimar (<http://postwachstumsstadt.de/>)

Christoph, W.; Kron, S. (Hrsg.) (2019): Solidarische Städte in Europa. Urbane Politik zwischen Charity und Citizenship, Berlin.

Dörre, K. (2019): Neosozialismus. Oder: Acht Thesen zu einer überfälligen Diskussion, in: Dörre, K.; Schickert, C. (Hrsg.): Neosozialismus. Solidarität, Demokratie und Ökologie vs. Kapitalismus. Book Series „Bibliothek der Alternativen“, München, 17-32.

Eversberg, D. (2017): Nach der Revolution. Degrowth und die Ontologie der Abwicklung, in: Birkner, M.; Seibert, T. (Hrsg.): Kritik und Aktualität der Revolution, Wien, 231–252.

I.L.A. Kollektiv (2017): Auf Kosten anderer? Wie die imperiale Lebensweise ein gutes Leben für alle verhindert, München.

I.L.A. Kollektiv (2019): Das Gute Leben für Alle. Wege in die solidarische Lebensweise, München.

Kallis, G. (2011): In defence of degrowth, in: Ecological Economics 70(5), 873-880.

Polanyi, K. (1995/1944): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Frankfurt am Main.

Konzeptwerk Neue Ökonomie / DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften (Hrsg., 2017): Degrowth in Bewegung(en). 32 alternative Wege zur sozial-ökologischen Transformation, München (<https://www.degrowth.de/de/dib/degrowth-in-bewegungen/>)

Santarius, T. (2015): Der Rebound-Effekt. Ökonomische, psychische und soziale Herausforderungen für die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch, Marburg.

Schmelzer, M.; Vetter, A. (2019): Degrowth/Postwachstum zur Einführung, Hamburg.

UNO - United Nations General Assembly (2016): The New Urban Agenda, New York.

WBGU - Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen (2011): Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, Berlin.

WBGU – Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen (2016): der Umzug der Menschheit. Die transformative Kraft der Städte, Berlin.

## Platz für Ideen

A series of horizontal dotted lines for writing.

## **Stadt für alle jenseits des Wachstums Was kann die Stadtforschung aus der Degrowthdebatte lernen?**

von Matthias Schmelzer und Andrea Vetter

»Der Traum vom ewigen Wachstum ist geplatzt. Reduktion ist keine modische Attitüde, sondern Überlebensnotwendigkeit. Ökologisches Umsteuern braucht Ideen und Kreativität.« Mit diesen Worten beginnt das 2019 vom Bund Deutscher Architekten veröffentlichte Positionspapier »Das Haus der Erde«. Das Papier plädiert für eine Abkehr vom Wachstumsparadigma und ruft Stadtplanende dazu auf, Wiederverwenden, Umnutzen, Nachnutzen und Mitnutzen in den Vordergrund ihrer Arbeit zu stellen – die Stichworte sind Intelligenz des Einfachen, Erhalt des Bestehenden, und Verzicht auf fossile Baumaterialien. Bisher ist diese Diskussion weitgehend losgelöst von der Frage nach der Postwachstums-gesellschaft – und diesen Verbindungen wollen wir in diesem Aufsatz nachgehen. Denn unter dem Stichwort »Degrowth« oder »Postwachstum« hat sich seit 2008 ein neues internationales Feld wissenschaftlicher und politischer Debatte und Forschung etabliert, das wir überblicksartig vorstellen.<sup>1</sup> Wir diskutieren dabei sieben zentrale Wachstumskritiken, drei gemeinsame Zieldimensionen für eine Postwachstumsgesellschaft, fünf Politikfelder und drei Transformationsstrategien. In kurzen Impulsen reißen wir zudem an, was diese jeweils für das Themenfeld »Stadt« bedeuten.

Als wissenschaftliches Feld weist Postwachstum einige Besonderheiten auf.

---

<sup>1</sup> Dieser Artikel basiert in Teilen auf unserem Buch »Degrowth/Postwachstum zur Einführung« (Schmelzer/Vetter 2019). Teile der hier vorgestellten Argumentation sowie weitere Literatur kann dort ausführlich nachgelesen werden.

Wissenschaftliche und gesellschaftspolitische Debatten sind in diesem Feld eng verzahnt, wissenschaftliche Beiträge beziehen sich direkt auf gesellschaftspolitische Kontroversen. Daher zeichnen sich auch die großen internationalen Degrowth-Konferenzen, bei denen seit 2008 alle zwei Jahre der Stand der Debatte sichtbar wird, durch starke aktivistische Elemente und eine enge Verbindung zu sozialen Bewegungen und konkreten Projekten aus. Die wissenschaftliche Diskussion selbst ist darüber hinaus sehr interdisziplinär ausgerichtet – wichtige Argumente und Debatten kommen neben vielen anderen Disziplinen aus der Ökonomik, den Umwelt-, aber auch den Sozial- und Geisteswissenschaften.

Das französische »Décroissance«, mit dem die Debatte eröffnet wurde, ist wie die Übersetzungsversuche »Degrowth« oder »Postwachstum« aber auch ein provokanter politischer Slogan. Er stellt die Selbstverständlichkeit von Wachstum als politischem Ziel infrage und macht Vorschläge für theoretische und praktische Alternativen. Postwachstum führt dabei vielfältige und teils widersprüchliche Strömungen und Positionen zusammen. Es ist ein begrifflicher Rahmen, der in den letzten Jahren wesentlich dazu beigetragen hat, Nachhaltigkeits- und Entwicklungsdiskussionen zu politisieren sowie wachstums- und technikfokussierte Zukunftsnarrative zu hinterfragen, die Suche nach grundlegenden und systemischen Alternativen zu stärken und vielfältige Akteure aus sozialen Bewegungen und alternativ-ökonomischen Strömungen zusammenzuführen.

Postwachstum bzw. Degrowth – so unsere Argumentation – ist zum einen eine grundlegende Kritik an der Hegemonie des Wirtschaftswachstums, in der sich auf produktive Art und Weise unterschiedliche Stränge der Wachstums- und Gesellschaftskritik verbinden. Andererseits ist Postwachstum ein Vorschlag – eine Vision oder Utopie – für eine andere Gesellschaft und die systemische Transformation, die diese voraussetzt.

Auch wenn das oft so verstanden wird: Postwachstum ist kein deskriptives Konzept, das einfach nur Gesellschaften beschreibt, die nicht (mehr) wachsen. Es geht mit diesem Begriff nicht darum, die Stagnationstendenzen in spätkapitalistischen Industrieländern zu beschreiben – das, was in der Ökonomie als »säkulare Stagnation« oder in der Soziologie als »regressive Moderne«, »Abstiegsgesellschaften« oder eben als real existierende, krisengeschüttelte und zu neofeudaler Ausbeutung tendierende »Postwachstumsgesellschaften« charakterisiert wurde (Dörre et al. 2009). Postwachstum, wie es in der internationalen und deutschsprachigen Degrowth- bzw. Postwachstumdiskussion eingeführt wurde, ist ein explizit normatives Konzept – es geht um die Konturen eines wünschenswerten, demokratischen Transformationsprozesses.

## Postwachstum als Fluchtpunkt verschiedener Wachstumskritiken

Postwachstum lässt sich verstehen als der Versuch, unterschiedliche Stränge der Wachstums- und Gesellschaftskritik zusammenzudenken und nach Alternativen zu suchen, die sich hieraus ergeben. Die vielfältigen wachstumskritischen Argumente, die in der Postwachstumsdiskussion eine Rolle spielen, lassen sich analytisch in *sieben Stränge der Gesellschafts- und Wachstumskritik* aufteilen: 1. ökologische, 2. sozial-ökonomische, 3. kulturelle, 4. Kapitalismus-, 5. feministische, 6. Industrialismus- sowie 7. Süd-Nord-Kritik. Sie tauchen in der Literatur und in Diskussionen nicht immer alle zusammen auf. Sich auf jeweils spezifische Stränge und Traditionen der Wachstumskritik zu berufen ermöglicht es, unterschiedliche Strömungen von Postwachstum voneinander zu unterscheiden.

Wirtschaftswachstum zerstört menschliche Lebensgrundlagen und kann nicht ökologisch nachhaltig gestaltet werden – das ist die Kernaussage der *ökologischen Wachstumskritik*, die in allen Strömungen der Postwachstumsdebatte eine zentrale Rolle spielt. Sie kritisiert einen Technikoptimismus, der mit dem Versprechen, Wachstum und Umweltverbrauch zu entkoppeln, seit den 1990er Jahren den Nachhaltigkeitsdiskurs beherrscht. Die ökologisch notwendige absolute Reduktion des Ressourcen- und Materialverbrauchs, so ein Kernargument dieser grundlegenden Kritik am »grünen Wachstum«, sei nicht möglich, wenn gleichzeitig die Wirtschaft weiter wächst. Deshalb setze Nachhaltigkeit neben technologischem Fortschritt auch eine Verringerung der biophysikalischen »Größe« der Wirtschaft und daher ein Ende weiteren Wirtschaftswachstums in den Industrieländern voraus. In Bezug auf die Gestaltung von Städten heißt das einerseits, dass auch Städtewachstum mit weiterer Versiegelung und Vergrößerung der Distanzen kaum mit Ressourcen- und Materialreduktion einhergehen kann. Ökologisch gesehen ist nicht nur das Wirtschaftswachstum problematisch, sondern auch das der Städte. Statt Neubau braucht es einen ökologisch-sozialen Umbau der bestehenden Städte, in denen weniger Ressourcen- und Material verbraucht werden muss – ein Ende der Suburbia (Alexander/Gleeson 2018).

Die *sozial-ökonomische Kritik*, die zweite der sieben Formen der Gesellschafts- und Wachstumskritik, argumentiert mit einem anderen Fokus: Weiteres Wirtschaftswachstum im globalen Norden steigern die Lebensqualität nicht mehr, sondern stehe sogar dem Wohlergehen und der Gleichheit aller entgegen. Die sozialen und ökologischen Kosten von Wachstum seien ab einem bestimmten individuellen oder gesellschaftlichen Einkommensniveau höher als dessen Vor-



teile. Diese These wird vor allem durch wirtschaftswissenschaftliche Untersuchungen gestützt und ist damit sehr anschlussfähig an internationale politik- und wirtschaftswissenschaftliche Debatten um Wohlstand und Lebensqualität. Dies zeigt sich in der Stadt geradezu exemplarisch: Während bis Ende des 19. Jahrhunderts in Mitteleuropa das Leben in der Stadt als weitaus ungesünder galt als auf dem Land, was sich statistisch deutlich zeigte und vor allem den mangelnden Hygieneverhältnissen geschuldet war, änderte sich dies grundlegend mit der »Städtehygiene« – also vor allem dem Bau von Wasser- und Abwasserleitungen und der Einführung einer geregelten Müllabfuhr. Fortan war die Stadt durch die bessere Erreichbarkeit von medizinischer Hilfe sogar gesünder als das Landleben. Dies kehrte sich mit steigendem Wachstum und Industrialisierung jedoch wieder um: Autoverkehr, Smog, Feinstaubbelastung und Gentrifizierung sorgen bis heute dafür, dass die Lebensqualität in Städten wieder abgenommen hat. Die lebenswerte Stadt für alle, die Wohlfahrt jenseits von Steigerung und Expansion sichert, ist eine der Schlüsselaufgaben des 21. Jahrhunderts.

Die dritte Kritikform, die *kulturelle Kritik*, beschäftigt sich mit Entfremdung und den Steigerungslogiken, die Menschen verinnerlicht haben. Die kulturelle Kritik fragt danach, inwiefern Menschen durch Wachstumsgesellschaften entfremdet arbeiten oder leben müssen und ob es subjektive Wachstumsgrenzen geben kann. Sie vollzieht nach, wie Menschen von Steigerungslogiken geformt werden und wie sie als Subjekte selbst zu Wachstumstreibern werden. Diese Motive sind – mit etwas unterschiedlichem Fokus – vor allem in den romanisch- und deutschsprachigen Diskussionen prominent, sowohl in den Sozialwissenschaften als auch in den öffentlichen Medien. Das Leben in der Stadt wird seit über hundert Jahren geradezu als Prototyp von Vereinzelung, Entfremdung, Beschleunigung und Nervosität beschrieben (Rosa 2005). Daher ist die Frage nach nicht-entfremdeten Lebensformen in der Stadt weitaus schwieriger zu beantworten, als die nach entschleunigten Lebensstilen auf dem Land – und sie ist gleichzeitig ausgesprochen bedeutend, da nach Schätzungen der Vereinten Nationen im Jahr 2050 mehr als zwei Drittel der Menschen weltweit in Städten leben werden.

Viertens argumentiert die *Kapitalismuskritik*, dass Wachstum von kapitalistischer Ausbeutung und Akkumulation abhängt und nicht unabhängig von diesen verstanden und verändert werden kann. Deshalb müsse eine emanzipatorische Postwachstumsgesellschaft eine postkapitalistische Gesellschaft sein. Diese Sichtweise gewinnt in den internationalen Degrowth-Diskussionen zunehmend an Prominenz und vereint akademische Strömungen mit aktivistischen linken Bewegungen. Wie sich Landnahme und Akkumulationsdynamiken

in urbanen Kontexten auswirken, und wie dabei die Rolle des »lokalen Staates« bei der Verfolgung von Wachstum als zentralem Ziel von Stadtpolitik aussieht, ist ausführlich erforscht worden (u.a. Harvey 2013). Aus Degrowth-Perspektive geht es darum, die urbanen Commons zu verteidigen und auszubauen sowie die Stadt grundsätzlich zu demokratisieren. Dies schließt auch an »Recht auf Stadt«-Bewegungen an, die grundsätzlich unter anderem das Eigentum an nicht selbst bewohnten Immobilien als Kapitalanlage in Frage stellen (vgl. Beitrag von Anton Brokow-Loga in diesem Band).

Fünftens hebt die *feministische Wachstumskritik* hervor, dass das bisherige Wachstumsregime auf einer Abwertung und Ausbeutung von Reproduktionsarbeit wie Pflege, Erziehung, Haus- und Gartenarbeit basiere, die meist »weiblich« konnotiert ist und vor allem von Frauen<sup>2</sup> erledigt wird. Wachstum profitiere von ungleichen Geschlechterverhältnissen und bringe diese immer wieder neu hervor. Dabei sind vor allem (öko-)feministische Diskussionen, die sich mit dem Zusammenhang zwischen der Ausbeutung von »weiblicher« Arbeit und jener von »Natur« beschäftigen, für Postwachstum besonders einschlägig (Mies/Shiva 1995). Diese Kritikform wurde und wird trotz ihrer Bedeutung für die Debatte in vielen Darstellungen bislang nur unzureichend rezipiert. Wie selbstverständlich beispielsweise die Kleinfamilienstruktur immer noch als Grundlage für Wohnungs- und Städtebau genommen wird, erschwert oder verunmöglicht an vielen Stellen das Herausbilden neuer tragfähiger Sorgebeziehungen zwischen verschiedenen Menschen, weil es in gewöhnlichen Mietshäusern keine Gemeinschaftsräume gibt, die Wohnungen sehr klein sind, und Möglichkeiten des Austauschs zwischen den Bewohnenden weitgehend fehlen (Nelson/Scheider 2018).

Die *Industrialismuskritik* zeigt sechstens, dass Wirtschaftswachstum auf Infrastrukturen und Techniken basiert, die nicht »neutral« für ein anderes Gesellschaftssystem übernommen werden können, sondern selbst bestimmte Formen von Herrschaft bedingen. Sie ist eine für viele Formen der Postwachstumsdiskussion grundlegende Kritik, die Postwachstumsentwürfe häufig von anderen linken und emanzipatorischen Gesellschaftsentwürfen unterscheidet. Zahlreiche Bauvorschriften und Regularien verunmöglichen den Einsatz von Low Tech oder nachhaltigen Materialien im Städte- und Wohnungsbau, weil die komplette Gesetzgebung und Normierung sich an

---

2 Wir gehen davon aus, dass Geschlecht gesellschaftlich konstruiert ist. Wir nutzen »Frau« als politische Kategorie, weil es um geteilte Arbeits- und Ausbeutungserfahrungen geht. Dies beziehen wir auf diejenigen Menschen, die im patriarchalen, auf binären Geschlechteridentitäten basierenden Kapitalismus als »Frau« identifiziert werden – also auch auf als »weiblich« gelesene Inter- oder Trans-Personen.

industriellen Standards orientiert. Im Kontext der Smart City wird aktuell in ganz neuem Stil die Technologisierung von Stadtverwaltungen mit den Mitteln der monopolisierten Digital Economy vorangetrieben (Morozov/Bria 2017). Auch das viele Jahrzehnte die Stadtplanung dominierende Leitbild der autogerechten Stadt hat Infrastrukturen produziert, die einer Postwachstumsstadt (buchstäblich) im Wege stehen (Gorz 2009; vgl. auch den Beitrag von Frank Eckardt in diesem Band).

Die *Süd-Nord-Kritik* schließlich verdeutlicht siebtens, dass Wirtschaftswachstum in den Ländern des globalen Nordens notwendig mit einem peripheren Status der Länder des globalen Südens zusammenhängt – als abhängige Rohstofflieferanten und zur Ausbeutung billiger Arbeitskräfte. Daher, so das Argument, könne die imperiale Lebensweise der Wachstumsgesellschaften auch nicht verallgemeinert werden (vgl. Beitrag von Ulrich Brand in diesem Band). In ihrer radikalsten Form hinterfragt diese Kritik Begriffe wie »Zivilisation«, »Entwicklung« und »Fortschritt« selbst. Die Süd-Nord-Kritik hat zentral die Anfänge der *Décroissance*-Bewegung in Frankreich inspiriert und ist in verschiedenen Ausprägungen bestimmend für viele aktivistische Formen von Postwachstum über Ländergrenzen hinweg. Stadtpolitisch sind hier vor allem zwei Argumente zentral – zum einen die Frage nach den Zusammenhängen zwischen der imperialen Lebensweise und der Urbanisierung, also danach, was wachstumsorientierte Städte alles externalisieren (Brand/Wissen 2018). Zum anderen führt gerade im globalen Süden die »Entwicklungspolitik« zu massiver Verstädterung unter häufig schlechten Bedingungen. Hier stellt sich die Frage, ob und wie der Blick umgekehrt werden kann, und gerade Netzwerke, die in Favelas oder Slums entstehen, als Beispiele für ökonomische und solidarische Selbstorganisation im globalen Norden herangezogen werden können (Max-Neef 1992)?

Die Besonderheit und das teilweise noch weiter zu entwickelnde Potenzial der Postwachstumsdiskussion bestehen darin, diese diversen Kritikformen aufzugreifen, anzuerkennen, in gegenseitigen produktiven Austausch zu bringen und als Teile eines gemeinsamen Diskursraums zu begreifen. Eine postwachstumsinformierte Perspektive auf Stadtplanung und -entwicklung, wie sie mit dem Projekt der Postwachstumsstadt konturiert werden soll, muss sich notwendigerweise auch mit den Kritiken des Wachstums und der Steigerungsdynamiken moderner Gesellschaften in ihrer Vielfalt auseinandersetzen.

## Postwachstum als Vision

Auch wenn die verschiedenen Formen der Wachstumskritik eine zentrale Basis der Postwachstumsdiskussion darstellen, geht diese deutlich über sie hinaus. Es geht jenseits der Kritik um den Versuch, »konkrete Utopien« (Muraca 2014) zu entwerfen und diese mit widerständigen Praktiken und alternativen Lebensweisen im Hier und Jetzt zu verbinden. Postwachstum ist dabei ein Dachbegriff, der einen Rahmen bietet für Menschen, die sich mit dem Zusammenspiel der oben vorgestellten sieben Kritikformen und möglichen Antworten darauf auseinandersetzen – sowohl theoretisch als auch praktisch (D’Alisa et al. 2016).

Im Kern geht es bei Postwachstumsvorschlägen darum, die dominante ökonomische Logik und das ökonomische Kalkül – also die Frage, ob es sich in Geld rechnet – als in vielen Kontexten alleinige Entscheidungsgrundlage zurückzudrängen. Ziel ist damit ebenso die Repolitisierung und Demokratisierung von gesellschaftlichen Institutionen wie von Macht- und Eigentumsverhältnissen und die Erkämpfung von selbstbestimmten Freiräumen, um dadurch die gesellschaftliche Dominanz und Logik »der Ökonomie« zu verlassen.

Trotz verschiedener politisch-strategisch ausgerichteter Strömungen gibt es zentrale Gemeinsamkeiten, die so etwas wie den Kern der Postwachstumsperspektive darstellen. Wir schlagen vor, diese als drei Zieldimensionen von Postwachstum zu fassen, die es in einem demokratischen Transformationsprozess zu erreichen gilt.

*1. Globale ökologische Gerechtigkeit:* Eine Postwachstumsgesellschaft sorgt langfristig weltweit für den Erhalt der ökologischen Grundlagen für ein gutes Leben. Sie externalisiert nicht ihre Kosten in Raum und Zeit – sie ist nachhaltig und global verallgemeinerbar. Dabei wird in der Postwachstumsdebatte davon ausgegangen, dass die dafür notwendige radikale Verringerung des Durchsatzes an Materie, Energie und Emissionen in Gesellschaften des globalen Nordens nur durch eine Reduktion der Wirtschaftsleistung und einen tiefgreifenden Umbau von Produktion und Konsum möglich ist. Auch wenn es oft so verstanden wird: Wirtschaftliche Schrumpfung ist nicht das Ziel von Postwachstum, und ebenso wenig ist Postwachstum das Gegenteil von Wachstum. Die Reduktion von Produktion und Konsum ist vielmehr eine notwendige Konsequenz der Tatsache, dass es unmöglich ist, Wirtschaftswachstum von Materialdurchsatz – also dem Verbrauch von Rohstoffen und Energie – ausreichend zu entkoppeln. Die Wachstumsrücknahme muss dabei differenziert geschehen: Es geht um das selektive Wachstum – einige sagen lieber das Prosperieren oder »Blühen« – be-

stimmter zukunftsfähiger, sozialer und ökologischer Sektoren sowie Aktivitäten und den gleichzeitigen Rückbau jener Bereiche gesellschaftlicher Aktivität, die dies nicht sind (D'Alisa et al. 2016). Insgesamt zielt Postwachstum damit auf eine Deprivilegierung derjenigen ab, seien dies Menschen im globalen Norden oder die zunehmend an solchen Lebensweisen teilnehmenden Eliten des globalen Südens, die aufgrund der imperialen und nicht verallgemeinerbaren Lebensweise aktuell auf Kosten anderer leben.

2. *Gutes Leben*: Ziel einer Postwachstumsgesellschaft ist es, soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Selbstbestimmung zu stärken und unter Bedingungen eines veränderten Stoffwechsels ein gutes Leben für alle Menschen zu ermöglichen. Unter welchen Bedingungen kann Reduktion so gelingen, dass die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte, die in den letzten Jahrhunderten erkämpft worden sind, erhalten und ausgebaut werden? Dass diese Frage nach den Möglichkeiten einer »reduktiven Moderne« ausgesprochen komplex ist und weitreichende Auswirkungen hat, liegt auf der Hand. Dies gilt vor allem, wenn man berücksichtigt, wie umfassend die Produktions- und Lebensweise, die derzeit in den Industrieländern auch den sozialen Errungenschaften von der Demokratie bis hin zum Sozialstaat zugrunde liegt, mit Wirtschaftswachstum, mit gewaltförmiger Expansion, Herrschaft und Naturzerstörung verwoben und daher strukturell nichtnachhaltig ist. Postwachstumsvorschläge beschäftigen sich daher zum einen damit, wie ohne Wachstum soziale Gerechtigkeit gestärkt werden kann – durch Politiken der radikalen Umverteilung von Einkommen, Vermögen und Arbeit sowie durch eine für alle zugängliche umfassende Daseinsvorsorge. Zum anderen wird die Vertiefung demokratischer Prozesse angestrebt und die Ausweitung des Raums demokratischer Mitbestimmung in Richtung einer Vergesellschaftung zentraler Wirtschaftsbereiche und Wirtschaftsdemokratie angesprochen. Und schließlich geht es um die Suche nach einem umfassenden Verständnis eines guten und gelingenden Lebens, von dem das materielle Wohlbefinden nur ein Teil ist. Konzepte aus Postwachstumdiskussionen dazu sind Zeitwohlstand, Konvivialität als positives Aufeinanderbezogen-Sein und Resonanz als »antwortende« Selbst- und Weltbeziehung.

3. *Wachstumsunabhängigkeit*: Die Institutionen und Infrastrukturen einer Postwachstumsgesellschaft werden so umgestaltet, dass sie nicht auf Wirtschaftswachstum und Steigerung angewiesen sind und diese auch nicht erzeugen. Denn Wachstumsgesellschaften sind strukturell wachstumsabhängig. Innerhalb von Wachstumsgesellschaften führt die Reduktion der Wirtschaftsaktivität

– diskutiert als Rezession, Stagnation oder Depression – zu sozialen Kürzungen, Verarmung und weiteren Begleiterscheinungen kapitalistischer Krisen. Aber Postwachstum heißt gerade nicht, die Wirtschaft innerhalb der bestehenden wachstumsabhängigen Strukturen und Verteilungsverhältnisse zu schrumpfen. Vielmehr geht es um strukturelle gesellschaftliche Veränderungen, um die Überwindung der Wachstumsgesellschaft. Wachstumsabhängigkeiten wurden dabei in der Postwachstumsdiskussion der letzten Jahre vor allem auf vier Ebenen identifiziert und entsprechende Vorschläge zu deren Überwindung diskutiert: materielle Infrastrukturen und technische Systeme; gesellschaftliche Institutionen; mentale Infrastrukturen; und schließlich das Wirtschaftssystem als Ganzes. Wachstumsunabhängigkeit heißt, dass die Gesellschaft nicht auf Wachstum und Steigerung angewiesen ist, um ihre zentralen Strukturen und ihre Funktionsweise zu reproduzieren. Wachstumsunabhängigkeit ist damit eine grundlegende Bedingung für gesellschaftliche Autonomie.

Dies, so unser Vorschlag, sind die drei Kernanliegen der Postwachstumsperspektive. Sie formulieren auf einer makro-ökonomischen und gesamtgesellschaftlichen Ebene eine Zielperspektive, die in verschiedenen gesellschaftlichen Feldern und Bereichen durch- und umgesetzt werden soll. Und sie rahmen die Konturen einer Postwachstumsstadt. Wie aber könnte das konkret aussehen, was wären Politiken für Postwachstum und eine Postwachstumsstadt?

### **Postwachstumspolitik – Politiken für eine Postwachstumsstadt?**

Zahlreiche *politische Vorschläge* beschäftigen sich mit den vielfältigen Fragen, die sich aus diesen drei Zieldimensionen ergeben. Neben abstrakteren Zielbestimmungen zeichnet sich die Postwachstumsdiskussion durch vielfältige konkrete Vorschläge für »nicht-reformistische Reformen« (André Gorz) oder eine »revolutionäre Realpolitik« (Rosa Luxemburg) aus. Gemeint sind damit Politiken, die zwar an bereits bestehende Strukturen, Instrumente und Regelungen anknüpfen, aber besonders in ihrem Zusammenspiel über die kapitalistische, wachstumsorientierte Produktionsweise hinausweisen und Räume für deren Überwindung verteidigen und erweitern. Wir fokussieren auf politische Vorschläge in fünf Bereichen: Abwicklung, Demokratisierung der Wirtschaft, Technik, Arbeit und soziale Sicherung.

1. Abwicklung: Zum einen geht es um Vorschläge zur gerechten Gestaltung des notwendigen Rück- und Umbaus von Produktion und Konsum. Aus Postwachstumsperspektive reicht es nicht aus, gemeinwohlorientierte, grüne, faire

und soziale Wirtschaftsakteure, -produkte oder -bereiche zu unterstützen. Zusätzlich geht es darum, sich der Herausforderung zu stellen, die Teile der Wirtschaft, die nicht sozialökologisch umgebaut werden können, zurückzudrängen und abzuwickeln. So soll es beispielsweise zwar selektives Wachstum im Bereich der sozialen und öffentlichen Infrastrukturen (öffentlicher Nahverkehr, Pflege oder Bildung), den Ausbau einer ökologischen Kreislaufwirtschaft, dezentraler und erneuerbarer Energiequellen in Gemeineigentum, sowie die Stärkung der solidarischen Ökonomie geben. Gleichzeitig sollen jedoch die globalisierten, profitorientierten, fossilistisch-industriellen Wirtschaftssektoren, die nicht dem Gemeinwohl dienen und nicht nachhaltig umgebaut werden können (z.B. motorisierter Individual- und Flugverkehr, industrialisierte Landwirtschaft, Rüstungsindustrie, Werbung, Teile des globalisierten Handels), rückgebaut bzw. deprivilegiert werden. Als Mittel dafür werden unter anderem globale und nationale Obergrenzen für Ressourcen- und Landverbrauch sowie Emissionen diskutiert, aber auch Moratorien für neu geplante fossilistische und extraktivistische Megaprojekte oder Infrastrukturen, Konversion, gerechte Übergänge sowie Vergesellschaftung in Industriesektoren, die reduziert werden sollen, eine sozial-ökologische Steuerreformen, die eher Naturverbrauch statt Arbeit besteuert, sowie eine »offene Relokalisierung« oder Deglobalisierung der Wirtschaft. Dies würde eine Stadtentwicklung unter völlig veränderten Rahmenbedingungen bedeuten: Wie können automobile, konsumfixierte und finanzkapitalistische Infrastrukturen in der Stadt erfolgreich rückgebaut werden, um Freiräume für urbane Commons und kommunale Selbstverwaltung zu schaffen? Wie kann die Energieversorgung der Stadt auf eine ganz neue Basis gestellt werden?

2. Demokratisierung der Wirtschaft, Commoning und solidarische Ökonomie: Weitere Postwachstumspolitiken zielen darauf ab, die Formen des solidarischen Wirtschaftens, die schon heute als Kooperativen, lokale Nischenunternehmen, als Gemeingüter oder Commons wirtschaften, zu verteidigen, aufzuwerten und politisch-rechtlich zu stärken (vgl. Beitrag von Florian Koch, Lea Hampel, Carsten Keller und Floris Bernhardt in diesem Band). Dadurch soll eine Commonisierung und tiefgreifende Demokratisierung der gesamten Wirtschaft vorangetrieben werden. Diese ist vielfältig, sozial-ökologisch, demokratisch-partizipativ, kooperativ, bedürfnisorientiert, vorsorgend, die Trennung von Produktion und Reproduktion überwindend, offen aber regional verankert. Konkret heißt das, mehr Menschen – wie die Arbeiterinnen einer Fabrik, die Konsumenten des Produkts, das Nahumfeld der Produktionsstätte – daran zu beteiligen, was genau wie und wo produziert wird. Hierzu haben Städte in Deutschland mit der Gewerbesteuer und der öffentlichen Beschaffung zwei sehr starke Hebel, um gezielt

gemeinwohlorientierte, soziale, solidarische und ökologische Unternehmen zu fördern und steuerlich und vergaberechtlich zu bevorzugen. Auch die Überführung von großen Immobilienkonzernen in Gemeineigentum, wie es das Grundgesetz denkbar macht und ein Volksentscheid in Berlin fordert, könnte Spielräume für eine völlige Umgestaltung solcher Unternehmen nach sozialen und ökologischen Prinzipien ermöglichen. Eine demokratische Investitionslenkung und demokratische und kooperative Banken in kommunaler oder genossenschaftlicher Hand könnten erheblich zu einem sozialökologischen Umbau der Städte beitragen – auch hier haben die Kommunen mit den Sparkassen einen direkten Hebel, der mit entsprechendem politischem Willen genutzt werden könnte.

3. Konviviale Technik und demokratische Technikentwicklung: Gesellschaftliche Naturverhältnisse, die nicht ausbeuterisch sind, bedingen andere technische Entwicklungen. Angesprochen ist hier die öffentliche Finanzierung von offenen, sozialen und ökologisch verträglichen Technologien. Dezentrale und verteilte Produktionsweisen können durch digitale Unterstützung lokale Produktion global ermöglichen. Kriterien wie Verbundenheit, Zugänglichkeit, Anpassungsfähigkeit, Bio-Interaktion und Angemessenheit sollen technische Entwicklung lenken, nicht marktorientiertes Gewinnstreben. Dies beinhaltet beispielsweise für Neuentwicklungen eine Open-Source-Lizenzierung als Regelfall sowie politische Moratorien auf Risikotechnologien. Die Universitäten und Fachhochschulen könnten hier in direkter Partnerschaft mit Kommunen neue Wege beschreiten, um Städtebau, Gebäudesanierung und Infrastrukturentwicklung nach sozialen und ökologischen Kriterien auf eine andere technologische Basis zu stellen. Forschungsförderung und Wirtschaftspolitik greifen immer gestaltend in Technikentwicklung ein – warum nicht zugunsten sozialökologischer Projekte?

4. Neubewertung und -verteilung von Arbeit: Hier geht es um eine Abkehr vom verengten Lohnarbeitsbegriff hin zu einer Einbeziehung der vielfältigen Sorgetätigkeiten als Arbeit. Dies kann über mehrere Wege geschehen: Vorschläge reichen von einer radikalen Lohnarbeitszeitverkürzung über ein bedingungsloses Grundeinkommen bis hin zu kollektiv organisierten Infrastruktur- und Sorgedienstleistungen, teilweise auch in Kombination der Vorschläge. Die Daseinsvorsorge auf kommunaler Ebene – so der Vorschlag der »bedingungslosen Autonomiegabe« oder auch ähnlich der der Universal Basic Services – wie Gesundheitsversorgung, Kulturbetriebe, öffentlicher Nahverkehr, vielleicht auch ein gewisses Maß an Energie, lokalen Nahrungsmitteln und Wohnraum soll für alle Menschen kostenlos sein. Gleichzeitig sind alle Menschen im Rahmen ei-



nes zivilen Dienstes daran beteiligt, diese Einrichtungen auch mitzugestalten (Liegey et al. 2013; Gough 2019). Alle diese Rechte sollen durch Prozesse der Wiederaneignung und Demokratisierung der kollektiven Infrastrukturen gewährleistet werden – ganz im Sinne der »Recht auf Stadt«-Bewegung. Gerade im Bereich der Nachbarschaftshilfe gibt es zahlreiche Modellprojekte in vielen Städten – unter welchen Bedingungen dienen diese nicht der Privatisierung und Kostenersparnis von Pflege- und Erziehungstätigkeiten, sondern einer wirklichen Selbstermächtigung und guten Versorgung der Beteiligten?

5. Soziale Sicherung, Umverteilung und Maximaleinkommen: Grundforderung ist dabei eine Umverteilung von Einkommen und Vermögen, beispielsweise über ein Maximaleinkommen, das nur ein bestimmtes Vielfaches des Mindesteinkommens sein darf. Gleichzeitig sollen Infrastrukturen der Daseinsvorsorge grundsätzlich in öffentlicher Hand und für alle Menschen zugänglich sein. Gerade das Maximaleinkommen ist in der Praxis in den Tarifen des öffentlichen Dienstes weitgehend umgesetzt – damit könnten Städte und Kommunen selbstbewusst werben. Über eine entsprechende Besteuerung ließe sich das durchaus auch für die freie Wirtschaft umsetzen. Noch grundlegender stellt sich hier die Frage danach, inwiefern nicht die Stadt als Gemeingut allen zur Verfügung stehen sollte und so die Basis einer Gesellschaft mit mehr Gleichheit schafft – mit einem solidarischen Lebensstil, der auch global die ökologischen Grenzen nicht sprengt. Städte sollten dabei sichere Häfen für alle sein, die nicht zuletzt als Folge der imperialen Lebensweise in die kapitalistischen Zentren flüchten oder einwandern. Wer eine solidarische Postwachstumsökonomie oder eine Postwachstumsstadt demokratisch erreichen will, muss Antworten auf die extremen Verteilungsungerechtigkeiten und Armutprobleme geben. Politische Legitimität gewinnt das Projekt nur dann, wenn ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit wirklich für alle spürbar wird.

### **Städte als Keime und Labore der Transformation**

Wie aber können diese vielfältigen politischen Vorschläge tatsächlich umgesetzt werden? Wer setzt sich dafür ein? Vor allem angesichts der Dimension der Herausforderung – eines grundlegenden Umbaus der gesamten Produktions- und Lebensweise, vergleichbar der Industrialisierung im 19. Jahrhundert – steht die Diskussion hier erst am Anfang. In Anlehnung an Erik O. Wright (2017) unterscheiden wir drei verschiedene, sich ergänzende Transformationsstrategien, die sich in der Postwachstumsdiskussion und -praxis ausmachen lassen:

*Freiraumstrategien*, die innerhalb bestehender Strukturen Räume schaffen, die einer nicht-ökonomischen Logik folgen, *nicht-reformistische Reformen*, die auf gesamtgesellschaftlicher Ebene Politiken und Institutionen transformieren und Strategien des *Aufbaus* von *Gegenhegemonie und Gegenmacht*, die den Bruch mit der Wachstumslogik in einzelnen gesellschaftlichen Sektoren und Regionen ermöglichen. Diese Überlegungen sind häufig verbunden mit kollektiven Praxen oder sozialen Bewegungen, aber auch mit Akteur\*innen innerhalb von institutionalisierten Verbänden oder Gewerkschaften, die der Degrowth-Bewegung nahestehen oder sich selbst als Teil dieser verstehen.

Ein übereinstimmendes Merkmal aller Postwachstumsüberlegungen zu Transformationspfaden besteht darin, dass sie es als notwendig ansehen, im Hier und Jetzt mit der Transformation zu beginnen und den Wandel nicht in einer fernen Zukunft »nach der Revolution« zu verorten. Diese Überzeugung führt dazu, dass Postwachstumsdenker\*innen sich häufig auch als Aktivist\*innen verstehen. Auch eine Veränderung der wissenschaftlichen Praxis selbst macht hierbei ihrer Ansicht nach einen wichtigen Teil des Einsatzes für Veränderungen aus.

Gerade Städte sind vielfach Kristallisationspunkte solch übergreifender Strategien. Ein Beispiel dafür ist Barcelona: Aus der Tradition des Anarchismus, des Neuen Munizipalismus und einer starken Degrowth-Bewegung sind nicht nur zahlreiche kommunale Modellprojekte entstanden, wie die Cooperativa Integral Catalonia, sondern die neu gegründete Partei Podemos hat auch in den Bezirksversammlungen, im Stadtparlament und in den Rathäusern nicht-reformistische Reformen angestoßen. Ein internationales Bündnis von Städten im Wandel – ähnlich der Bündnisse von Sanctuary oder Solidarity Cities – würde für die Transformation zu einer Postwachstumsgesellschaft einen entscheidenden Anstoß geben. Denn die Veränderungen beginnen schon an vielen konkreten Orten. Jetzt geht es darum, sie sichtbar zu machen und zu vertiefen.

## **Literatur:**

Alexander, S.; Gleeson, B. (2018): *Degrowth in the Suburbs: A Radical Urban Imaginary*, New York.

Mies, M.; Shiva, V. (1995): *Ökofeminismus. Beiträge zur Praxis und Theorie*, Zürich.

Dörre, K.; Lessenich, S.; Rosa, H. (2009): *Soziologie - Kapitalismus - Kritik: eine Debatte*, Frankfurt am Main.

Gorz, A. (2009): *Auswege aus dem Kapitalismus: Beiträge zur Politischen Ökologie*, Zürich.

Gough, I. (2019): *Universal Basic Services: A Theoretical and Moral Framework*, in: *The Political Quarterly* 90(3), S. 534–542.

Harvey, D. (2013): *Rebel Cities: From the Right to the City to the Urban Revolution*, London.

Liegey, V.; Madelaine, S.; Ondet, C.; Veillot, A.-I.; Ariès, P. (2013): *Un projet de décroissance. Manifeste pour une Dotation inconditionnelle d'autonomie*, Paris.

Max-Neef, M. (1992): *From the Outside Looking in: Experiences in Barefoot Economics*, London.

Morozov, E.; Bria, F. (2017): *Die smarte Stadt neu denken. Wie urbane Technologien demokratisiert werden können*, Berlin.

Muraca, B. (2014): *Gut leben: Eine Gesellschaft jenseits des Wachstums*, Berlin.

Nelson, A.; Schneider, F. (Hrsg.) (2018): *Housing for Degrowth: Principles, Models, Challenges and Opportunities*, Abingdon.

Rosa, H. (2005): *Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne*, Frankfurt am Main.

Schmelzer, M.; Vetter, A. (2019): *Degrowth/Postwachstum zur Einführung*, Hamburg.

Wright, E. O. (2017): *Reale Utopien: Wege aus dem Kapitalismus*, Berlin.

## **Die Postwachstumsstadt – eine politische Stadt**

### ***Neuverhandlung städtischer Zugehörigkeit***

*von Frank Eckardt*

Die Zukunftsfähigkeit der Stadt hängt davon ab, in welcher Weise es ihr gelingt, sich als ein politisches Gemeinwesen zu verstehen. Im Gegensatz zu anderen Vorstellungen von der Stadt, die diese vor allem als administrative, technisch-infrastrukturell oder räumlich-städtebaulich verstehen, kann eine Stadt jenseits des Paradigmas des Wachstums nur dann gedacht, geplant, entworfen, gestaltet und gelebt werden, wenn diese durch den politischen Willen der Bürgerschaft neu erfunden wird. Die Alternativen zur Wachstumsstadt sind in der akademischen und öffentlichen Debatte im Prinzip vorhanden und werden durch die Stichworte Commons, Kreislaufwirtschaft und Suffizienz argumentativ gegen die bestehende wirtschaftliche Ordnung ins Spiel gebracht. Um diese Ordnung gesellschaftlich zu ändern, sind Strategien der Freiwilligkeit, Einsicht, Moralisierung und des individuellen guten Beispiels bis lang im Wesentlichen gescheitert. Aktivist/innen werden gegenüber dieser These auf bestimmte Erfolge verweisen und keineswegs soll hier eine (kultur-)pessimistische Position vertreten werden, die nur zu einer weiteren Dramatisierung und Radikalisierung von Protest führt. Die unbequeme Wahrheit ist aber, dass trotz der intensiven Bemühungen von vielen Bürger/innen und Aktivist/innen entscheidende politische Weichen in Richtung Postwachstum nicht gestellt wurden. Das politische System und andere Bereiche des gesellschaftlichen und vor allem wirtschaftlichen Lebens vermeiden es weitgehend, die Produktion und Konsumtion des

gesellschaftlichen Wohlstands in Frage zu stellen. Das bedeutet insbesondere für Städte, dass die Frage nach ihrer Versorgung mit (über-)lebenswichtigen Gütern wie Wasser, Luft, Nahrung, Wohnung, Kleidung oder Medikamente weitgehend aus der öffentlichen Debatte herausgefallen ist. In der Wachstumsgeellschaft kann man diese sicherstellen, in dem diese durch den Mehrgewinn der industriellen Aufwertung von Produkten bezahlt werden. Mit der Krise der natürlichen Grundlagen schwindet diese Möglichkeit, weswegen Städte dazu gezwungen sein werden, wieder die Grundversorgung direkt leisten zu müssen, ohne diese importieren zu können. Die Selbstverständlichkeit der erkaufte Selbstversorgung schwindet zusehends.

Obwohl die ökonomischen, ökologischen und sozialen Grundlagen der Städte nicht mehr mit dem Modus Vivendi der bisherigen gesellschaftlichen Ordnung sichern lässt, folgt daraus aber nicht, dass eine Steuerung in eine andere Richtung anzunehmen ist. Das hat viel damit zu tun, dass Städte nicht in ihrer Komplexität im politischen Diskurs wahrgenommen werden und somit auch die Möglichkeiten der Steuerung urbaner Prozesse nicht erkannt werden. In diesem Beitrag soll deshalb hervorgehoben werden, dass ein anderes Verständnis von »Stadt« notwendig ist, damit anschließend eine Strategie für eine politische Steuerung jenseits der und gegen die bestehenden Wachstumskoalitionen möglich wird. Das hier vertretene Hauptargument ist, dass Städte nicht als abgeschlossene Räume zu denken sind, in denen etwas stattfindet, sondern dass sie als Ergebnis von Weltmarkt und neoliberalen Deregulierungen globalisiert sind und die Frage des Ortes und der Zugehörigkeit entscheidend ist.

## **Die fordistische Stadt**

Es gibt inzwischen unzählige Versuche, um Städte in irgendeiner Weise zu definieren. Schon der Blick in jedes andere Nachbarland verweist darauf, dass es keine universelle Definition von Städten gibt und die Festlegung von administrativen Grenzen, innerhalb dessen dann ein Stadtrecht erteilt wird, Akte politischen Handelns sind. Historisch, so wird oft behauptet, seien Städte »natürlich« und im Zusammenhang mit einer Überschuss produzierenden, agrarischen Umwelt gewachsen. Entscheidend war aber immer, inwieweit die Stadt etwas für die Versorgung durch das Land zurückgeben konnte. Da dies oftmals nicht viel war, blieb Europa jenseits der Handelswege bis zur Industrialisierung weitgehend ländlich. Insbesondere für Deutschland kann man die Urbanisierung und Industrialisierung als zwei Seiten einer

Medaille betrachten. Die Stadt der Moderne, deren Existenzberechtigung die industrielle Produktion von Mehrwert darstellte, konnte sich von der Abhängigkeit von der direkten ländlichen Umgebung befreien und begann diese zu suburbanisieren. Mit der sich steigernden Massenproduktion wurde die Stadt zudem einem Regime unterworfen, das den Interessen der Industrie folgte. Die sogenannte *fordistische Stadt* ermöglichte es, dass die Produktion über einen längeren Zeitraum sichergestellt war und alle Bereiche der Stadt der Produktionslogik großer Unternehmen oder Branchen folgten. Die fordistische Stadt kennzeichnet sich dadurch, dass lokale Interessen (Kapital und Arbeit) über einen unbegrenzten Zeitraum eine sichere Zusammenarbeit organisierten. Weil Henry Ford mit seinem Slogan »5 Dollars a Day« und vielen sozialen Unterstützungen dieses Versprechen gegenüber den Wanderarbeitern in ein umfassendes System von effizienter und autoritärer Arbeitsorganisation und -psychologie umgesetzt hat, wird diese Form der kapitalistischen Ordnung als »fordistisch« bezeichnet. Doch dieses Produktionssystem ist im hohen Maße voraussetzungsvoll. Kurz gefasst kann man sagen, dass sie die Unterordnung von Staat, Stadtplanung, Politik und im Grunde aller anderen gesellschaftlichen Bereiche unter die Planungsnotwendigkeiten der fordistischen Produktion bedeutete. Dieser Deal zwischen Arbeit und Kapital funktionierte in dem Sinne, dass nach den chaotischen Wachstumsphasen der Städte bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts nun zum ersten Mal eine Planungssicherheit und -perspektive überhaupt entstand. Großunternehmen begannen für ihre Arbeiter Wohnhäuser zu bauen, Verkehrsverbindungen wurden an Industriestandorten ausgerichtet. Die räumlichen Einteilungen erlaubten es, auch Ver- und Entsorgungsaufgaben zu planen und medizinische Einrichtungen zu finanzieren und zu professionalisieren.

Der fordistische Grundkonsens bestand darin, dass der erzeugte Mehrwert der Produktion lokal verblieb. Mit der Idee, dass die Arbeiter auch die Konsumenten ihrer Produkte sein sollten, gab den Unternehmen die Sicherheit eines längerfristig gesicherten Absatzmarktes. Auf diese Weise erreichten die klassischen Industriesektoren wie die Auto-, Textil-, Kohle-, Chemie-, Stahl- oder Glas-Industrie, dass die Städte über Jahrzehnte hinweg planen konnten. Der Masterplan gilt hierfür als das Instrument jener Jahre, mit dem über Jahrzehnte hinweg Planziele bis ins Detail bestimmt wurden. Die fordistische Stadtplanung schloss an Vorstellungen der modernen Architektur und deren funktionalen Aufteilung der Stadt auf, wonach die Bereiche Verkehr, Wohnen, Arbeit und Freizeit voneinander getrennt sein sollten. Das führte zu einer städtischen Geographie, die modellhaft so beschrieben werden kann, dass die fordistische

Stadt eine Zentralisierung von steuernden Institutionen (Rathaus, Firmensitze, Hochkultur, Hauptbahnhof, Zeitungsbüros) und eine Dezentralisierung von Werken und Wohngebieten produzierte. Je länger der Fordismus wirkte und Arbeiter und Angestellter davon profitierten, konnten dies durch Wohnsuburbanisierung sich von den Werkstätten entfernt ansiedeln. Damit generiert die fordistische Stadt eine systemische Notwendigkeit des Pendelns. Das fordistische Stadt-Konzept ist deshalb inhärent auf Wachstum ausgerichtet, da es die soziale Notwendigkeit produziert, sich möglichst von der gesundheitsschädlichen Industrie zu entfernen und sich sozial gegenüber denjenigen zu distanzieren, die noch nicht so lange arbeiteten und sich einen besseren Wohnort nicht leisten können. Der Fordismus funktioniert nur, wenn das Versprechen auf ein besseres Leben und eine bessere Wohnung auf Dauer möglich erscheint. Aufrechterhalten wird diese Verheißung vor allem durch eine sich unendlich fortsetzende Suburbanisierung und Eigenheimbau, wobei der Stadtplanung nur noch die Rolle von Bauland-Entwicklung vulgo *Stadtentwicklung und Verkehrsplanung* zufällt. Wichtig ist zu verstehen, dass diese Idee von der Stadt so erfolgreich gewesen ist, weil es an das Versprechen besserer Lebensverhältnisse gekoppelt ist. Dass es auf immer wachsenden Land- und Ressourcenverbrauch beruht, gehört zur unhinterfragten und zumeist unbewussten Grundvoraussetzung der fordistischen Stadt.

### **Die postfordistische Stadt**

Nach wie vor ist das fordistische Grundkonzept der lokalen Mehrwert-Produktion das dominierende Modell für Stadtplanung weltweit, zumindest hinsichtlich der Orientierung auf die räumlichen und technischen Voraussetzungen von großen Unternehmen der produzierenden Branchen. Ab den 1970er Jahren geriet das fordistische Wachstumsmodell in die Krise, was erhebliche Folgen für die Städte nach sich zog. Durch die global geöffneten Märkte wurde das fordistische Planungsverständnis in jene Länder wie den asiatischen Tigerstaaten oder Südamerika exportiert, die nun ebenfalls solche dominierenden Unternehmen aufbauten. In der westlichen OECD-Welt setzte aber zugleich ein De-Industrialisierungsprozess ein, dem die meisten der betroffenen Städte nicht durch eine Ansiedlung durch eine vergleichbare Industriebranche begegnen konnten. Die stattfindenden Re-Industrialisierungen schafften sich teilweise neue Räume (und Städte), teilweise produzierten sie neue städtische Geographien mit anderen Regeln der Anordnung, Vernetzung und Hierarchisierung der Räume. Seit

den 1990er Jahren hat sich insbesondere die L.A. School mit diesen, oft als postmodern bezeichneten Stadtgeographien beschäftigt und zurecht festgestellt, dass das Postmoderne darin besteht, dass es nicht mehr die eine Art und Weise gibt, wie sich die Städte entwickeln, sondern wir es mit gleichzeitig stattfindenden unterschiedlichen Logiken der Raumproduktion zu tun haben. Das bedeutet, dass eine Einteilung von »fordistisch« und »postfordistisch« uns nicht viel darüber sagen kann, mit welcher Form von Stadt- und Raumproduktion wir es zu tun haben. Zu beobachten sind sich fortsetzende Industrialisierungsprozesse und zugleich aber auch Entleerungs- und neue Konzentrationsprozesse. Heutige Städte lassen sich nicht mehr mit einem modernen Stadt-Verständnis beschreiben, weil in dem Konzept der sich von innen-nach-außen vollziehenden Entwicklung für die Beobachtung der neuen Vielfältigkeit der Raumproduktionen kein Platz ist. Um diese in ein postmodernes Stadtverständnis zu integrieren, müssten nach Edward Soja (2000) neue Diskurse mit neuen urbanistischen Kategorien entstehen, die eine differenziertere Betrachtung der postfordistischen Stadt ermöglichen. Eine intellektuelle Neu-Konzeptionierung ist notwendig, weil die Terminologie des »Post-Fordismus« fälschlicherweise suggeriert, es gäbe ein alles integrierendes neues Stadt-Modell, das schlichtweg dem alten fordistischen folge. Soja insistiert darauf, dass es sich nicht schlichtweg um eine post-industrielle Stadt handelt, in der nun etwa die Dienstleistungsgesellschaft, die kreative Klasse oder die Smart City die neue dominante Stadtlogik ausmachen. Eine solche branchenorientierte Sichtweise nach dem Motto »Von der industriellen zur kreativen Stadt« verkennt, dass der wesentliche Unterschied zwischen der fordistischen und der post-fordistischen Stadt darin liegt, dass sich die Verhältnisse zwischen Kapital und Arbeit zu Ungunsten der Arbeitnehmer/innen geändert haben, weil das Kapital nun durch Ortslosigkeit mehr profitiert als von einer auf Dauer beruhenden Standort-Anbindung.

Das bedeutet nicht, dass das fordistische Stadt-Modell nicht mehr vorhanden ist. Insbesondere dort, wo lokale Bindungen, etwa durch kulturelle und soziale Beziehungen, nationale und regionale Regulierungen und die Abhängigkeit von lokalen Märkten weiter vorherrschen, kann sich das fordistische Wachstumsmodell weiter behaupten. Andere wirtschaftliche Bereiche versprechen aber mehr und schnellere Profite, weshalb die Globalisierung vor allem die Dominanz der Finanz- und Real Estate-Industrien hervorgebracht hat. Der entscheidende Wandel, der stattgefunden hat, ist nicht der Austausch einer Industrie durch eine andere, sondern des sogenannten Akkumulationsregimes, also dem gesamten Prozess, wie sich die Wirtschaft in die Gesellschaft integriert. Der diagnostizierte Regimewechsel beschränkt sich nicht auf einen Bedeutungswandel



der Städte als Standorte der Industrie, sondern es vollzieht sich insgesamt ein Übergang von der fordistisch-stadtplanerischen »Regulation des Raumes« hin zu den globalisierten und post-fordistischen »Räumen der Regulation« (Benko/Lipietz 1995). Es geht deshalb nicht mehr (nur) darum, dass Städte sich als potentielle Standorte für Industrie-Ansiedlungen planen, sondern Raum – zu meist als Immobile – wird aus den lokalen Kontexten herausgelöst, um global gehandelt werden zu können. Die miteinander verknüpften globalen Finanz- und Immobilien-Industrien wirken darauf hin, dass Städte eine Aufwertung der Lagen betreiben, damit die Immobilien mit möglichst hohem, symbolischen Kapital aufgewertet werden können (Sassen, 2015).

### **Von Kommunalpolitik zu Stadtpolitik**

Kommunalpolitik in der fordistischen Stadt ist weitgehend geprägt von einer, lokalen Mehrwert generierenden Wirtschaftsförderung ausgerichtet, deren Erträge dann aber mittel- bis langfristig im Interessensausgleich zwischen Arbeit und Kapital angesiedelt ist. Die soziale Befriedung der Stadt durch die Aushandlung der unterschiedlichen Interessen wurde durch eine gemeinsame Perspektive darauf möglich, was in der Stadt der Zukunft den gesellschaftlichen Status Quo aufrecht halten würde. Zur Repräsentation der verschiedenen Ansprüche hat die fordistische Kommunalpolitik im Prinzip die institutionellen Regeln und Vorbilder der nationalen Politik widergespiegelt. Man könnte es auch anders herum sehen: In der Lokalpolitik wurden schon im deutschen Kaiserreich demokratische Prozesse und Spielregeln eingeführt, die es beispielsweise den Sozialdemokraten trotz Dreiklassenwahlrecht Möglichkeiten eröffneten, um in manchen Städten Mehrheiten zu organisieren. Die räumliche Nähe zu den zu lösenden Problemen und zu den Bewohner/innen lassen Städte darüber hinaus seit der Antike als Orte erscheinen, die sich genuin für Formen bürgernaher Politik zu eignen scheinen. In Städte lässt sich für viele Menschen deshalb gut nachempfinden, ob ihre gewählten Vertreter tatsächlich die eigenen Interessen vertreten und sie sich noch von »der« Politik vertreten fühlen können.

In der fordistischen Modell-Stadt ist die politische Repräsentation einerseits in das vorherrschende Akkumulationsregime eingebettet, andererseits erfüllt es auch eine soziale und sozialräumliche Integrationsfunktion. In stereotypischer Weise betrachtet, entsteht eine Kongruenz zwischen dem sozialen Status, der politischen Orientierung, der sozialen Nachbarschaft und der kulturell-religiösen Lebenswelt. Die politische Unterstützung für das repräsentative System der

Interessensaushandlung schaffte durch diese über Zeit gesehen beständige Allumfassenheit einen sozialisatorischen Raum, in dem Interpretationsmuster für die wahrgenommenen Probleme und Lebenschancen erlernt wurden. In einem solchen politischen Milieu war die gesellschaftliche und politische Position – aber auch Zugehörigkeit – transparent und emotional gesichert.

Die gesellschaftliche Akzeptanz der fordistischen Kommunalpolitik insgesamt beruht auf einem hohen Maß an Einbettung der verschiedenen politischen Milieus in die sozialen, kulturellen und planerischen Aktivitäten der Stadt, wozu aber auch ein übergeordnetes Narrativ gehört, in dem sich alle wiederfinden konnten. In unterschiedlichen Nuancierungen begründet die lokalen Narrative des Fordismus den Glauben an eine rationale, nur dem Allgemeinwohl verpflichteten und effizienten Stadtplanung. Eingewoben ist darin das Paradigma von Wachstum und sozialem Aufstieg, der Teilhabe am produzierten Mehrwert. Gegen eine zu schematische Lesart des Zusammenhangs von Ökonomie und Politik muss die fordistische Kommunalpolitik differenzierter betrachtet werden, auch um die unterschiedlichen Formen von Kommunalpolitik erkennen zu können, die sich empirisch auffinden zu lassen. Dazu ist es notwendig, sie im Kontext von Mehrebenen-Politik (vgl. Benz 2009) und auch nationalen Pfadentwicklungen zu sehen, bei denen etwa die Frage nach der staatlichen Einbindung der Stadt und ihrer Autonomie unterschiedlich ausfallen kann. Dies zeigt bereits ein oberflächlicher Vergleich zwischen Städten im föderalistischen Deutschland und etwa im zentralistischen Frankreich (vgl. Le Galès, 2009)

Die Einordnung von Kommunalpolitik als Ausdruck des fordistischen Akkumulationsregime kann einer genaueren Analyse lokaler Politik im Wege stehen, wenn dem politischen System und anderen gesellschaftlichen Bereichen nicht auch eine Eigenentwicklung zugesprochen wird. Das ist beispielsweise der Fall, wenn etwa die erkämpften und über das 20. Jahrhundert weiterentwickelte Systeme der institutionellen und repräsentativen lokalen Demokratie in ihrer Diversität nicht berücksichtigt werden. Politik erscheint dann nicht mehr als von politischen Lagern (Cleavages), etwa zwischen Links und Rechts, geprägt, sondern lediglich als eine einheitliche Funktionsebene. Historisch gesehen ist dies selbst für das Parade-Beispiel des Fordismus, also Detroit, nie der Fall gewesen (Sugrue, 2000).

Eine Verkürzung von Kommunalpolitik auf die Art Rolle der Steigbügelhalterin für den fordistischen Kapitalismus muss deshalb vermieden werden, da ansonsten ein Diskurs von »Top down-bottom up« entsteht, in dem die Möglichkeiten der politischen Repräsentation und des institutionellen Wandels nicht auftauchen. Wenn man aber den Erfolg und die weitverbreitete Unterstützung

des Fordismus als entscheidend anerkennt, ist auch der sozialisatorische Effekt des Wachstumsnarrativ nachvollziehbar: Wünsche, Hoffnungen und Ansprüche der Bewohner/innen sind die Quellen für die emotional-politische Legitimation der fordistischen Stadt.

Seit den Krisen des fordistischen Wirtschaftsmodells in den 1970er Jahren ist auch die Legitimation der gesellschaftlichen Ordnung insgesamt in Frage gestellt, wie schon Habermas (1977) erkannte. Das Versprechen der sozialen Teilhabe kann von der Wirtschaft nicht mehr eingelöst werden und staatliche Programme sollen dies kompensieren. Eine lange Geschichte des sogenannten »Strukturwandels«, beispielhaft in den Städten des Ruhrgebiets bis heute zu beobachten, beginnt. Die euphemistische Terminologie des Strukturwandels bedeutet eine Entwertung der Arbeiterleben, das Ende der Hoffnungen auf soziale Mobilität, anomische Unsicherheiten und Entwurzelung aus den angestammten Milieus.

Nachdem sich nationale Unterstützungspolitiken erschöpft haben, werden im Sinne neoliberaler Politikansätze die Städte für ihr wirtschaftliches und finanzielles Auskommen weitgehend allein verantwortlich gemacht (vgl. Neumann 2018, Morel Journal und Pinson, 2017). Die Stadt soll sich unternehmerisch verhalten, (soziale) Kosten sparen, Eigentum privatisieren und die Werbung für den Standort als wichtigstes Ziel kommunalen Handelns verstehen. Damit realisieren Städte die veränderte politische Ökonomie der Weltwirtschaft, die Zielstreben einer sozialen Marktwirtschaft zugunsten staatlicher Austerität (»Schwarze Null«) präferiert. Doch aus diesem Wandel ergeben sich lokalpolitisch nicht unbedingt die gleichen Optionen. Ein Vergleich deutscher Städte, die durch die De-Industrialisierung in der Schuldenfalle feststecken, zeigt auf, dass sich unterschiedliche Strategien im Umgang mit den Bedingungen des postfordistischen Kapitalismus andeuten (Eckardt 2017). Wenn man die verschiedenen Ansätze der Lokalpolitik in Zeiten von Globalisierung, Austeritätsparadigma und Neoliberalismus unterscheiden will, so lassen sich erstens Städte finden, die mit einer *Vogel-Kopf-in-den Sand-Haltung* weiter auf die nächste große Branche warten, die den Fordismus wiederbeleben. Ansiedlungserfolge, die eine solche Politik angeblich belohnen, haben allerdings nirgendwo neofordistische Verhältnisse erwirken können, weil dafür der internationale Standort-Wettbewerb die alte Ortsgebundenheit höchstens vorgaukelt. Im Kern ist dies der postfordistischen Stadtpolitik zuzuschreiben, die die lokale Kommunalpolitik »marktkompatibel« gemacht hat. Konflikte, Dissens, Interessenausgleich und nicht-ökonomisierte Lebensbereiche soll es dabei besonders dann nicht mehr geben, wenn es Investitionen verhindern oder erschweren könnte.

Politisch wird diese Eintracht nicht mehr durch repräsentative Interessensverhandlung, sondern durch Governance-Formen des Regierens, die mit »soften Mitteln« wie der Vernetzung, Diskurse, Symbolpolitik und Festivalisierung und durch »Growth Coalitions« (Lamour 2016) funktionieren.

Zweitens haben viele Städte anerkannt, dass sie nur noch eine zurückgenommene Rolle im Leben vieler Bewohner/innen haben können und den gesellschaftlichen und politischen Raum insoweit aufgegeben, als dass die Steuerungsfähigkeit der Politik auf das aktuell Machbare reduziert wird. Das ist eine *Haltung des Durchwuschtelns* ohne weitere zukunftsorientierte Ambition. Bei Vorherrschaft eines solchen Ansatzes werden viele, teilweise von Bürger/innen erzwungene Ansprüche zu Papiertigern oder nur halbherzig verfolgten politischen Agenden. In solchen Städten setzen sich hinterrücks oftmals die starken Interessen weiter ungehindert fort. Der Unterschied besteht darin, wie Timothy Weaver (2016) anhand von Vergleichsstudien von englischen und amerikanischen Städten den Unterschied beschreibt, ob es sich um neoliberale Städte *by design or by default*, absicht- oder versehentlich, handelt.

Drittens kann man auf Städte verweisen, in denen eine mehr oder weniger offensiv betriebene *Ablehnung dieser Formen von Stadtpolitik* betrieben wird. Das ist überall dort zu beobachten, wo unterschiedliche und gegensätzliche Interessen nach wie vor in einem öffentlichen Raum kommuniziert und Konflikte ausgetragen werden. Durch deren Öffentlichkeit konstituiert sich ein politischer Raum der realen Alternativen, wodurch Politik wieder als Opposition organisierbar und erfahrbar wird. Im Gegensatz zu den beiden anderen politischen Reaktionen auf die post-fordistische Gesellschaftsordnung wird dabei politische Diversität zum zentralen Konfliktfeld.

## **Die Politik der Zugehörigkeit**

Wo politische Differenz eingeklagt wird, wird dies entweder in einer universellen und auch solidarischen Intention – also für die Rechte anderer politischer Positionen – oder aber mit der Klage nach eigenen Rechten auf Differenz getan. Dieser Unterschied macht sich nicht an sozialen Differenzen oder bestimmten Themen fest, sondern ist Ausdruck eines präpolitischen Verständnisses, wer eigentlich zur »Sprechergemeinschaft« in der Stadt dazu gehört oder gehören darf. Diskurshistorisch knüpft dies an die Frage nach dem Bürgerbegriff, also wer eigentlich Teil des Staatsvolkes ist, an.

Zugehörigkeit zur Stadt kann als die grundlegende Voraussetzung dafür ge-

sehen werden, dass überhaupt politische Entscheidungen getroffen werden, jedoch reicht eine Verengung auf diesen Akt der politischen Willensäußerung nicht aus, um der Komplexität einer solidarischen Stadtpolitik gerecht zu werden. Von herausragender Bedeutung dürfte die Teilnahme an der politischen Willensbildung sein. In den gegenwärtigen Debatten um die Bedeutung von »urban citizenship« (Eckardt, 2019) soll darauf verwiesen werden, dass es keine einfache Dualität von Drinnen und Draußen gibt, sondern es gerade im städtischen Raum durch unterschiedliche Logiken der Zugehörigkeit viele Graubereiche gibt, in denen citizenship durch Handlungen zumindest teil- und zeitweise erreicht werden kann. Das trifft etwa zu, wenn Schulen Kinder aufnehmen, ohne deren Aufenthaltsstatus zu überprüfen (oder Illegalität weiterzumelden). Eine solche performative Zugehörigkeit (Isin 2017) kann letztlich aber nicht erfolgreich sein, wenn sie nicht auf eine Mehrebenen-Politik ausgerichtet ist, in der sich universalistische und solidarische Konzepte von Zugehörigkeit in rechtliche und politische Prinzipien übersetzen, die nicht nur solche Grauzonen erlauben, sondern die die Frage der Zugehörigkeit generell neu ausrichtet.

Zurecht greifen soziale Bewegungen und die kritische Öffentlichkeit jene Effekte der gegenwärtigen Begrenzungen der Zugehörigkeit auf, die sich in der Festung Europa durch ein menschenfeindliches Regime von Lagern und Grenzen, ausgrenzenden Heimen und diskriminierenden Alltagspraktiken auszeichnen. Das Prinzip dieser Ausgrenzung beruht auf einer utilitaristischen Idee der Verwertbarkeit von Menschen, einer funktionalen Idee von Belastung durch Migration und vor allem einem nativistischen Zugehörigkeitsverständnis, wonach die politische Gemeinschaft durch eine Zugehörigkeit durch Geburt an einem Ort hergestellt wird. Eine solche Verkürzung des Zugehörigkeitsprinzips muss im Kontext einer post-fordistischen Stadt betrachtet werden, in der Politik wie oben dargestellt eine Erosion der Bürgerrolle zugunsten der Koalition von Akteuren erfahren hat und die nicht mehr auf langfristigen Prozessen von Vergemeinschaftung, sondern auf einer sozialen Fragmentierung der Stadt und Gesellschaft beruhen. Die post-fordistische Funktionslogik der Stadt beruht auf einer ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Vernetzung, die im Wesen globaler Natur ist und in der es dementsprechend eine potentielle Vergrößerung durch Akteure aus aller Welt gibt.

Das populistisch-nativistische Zugehörigkeitsverständnis reklamiert die Unkontrollierbarkeit dieser Ausweitung der (ehemals lokalen) Sprechergemeinschaften und Wachstumskoalitionen, aber es zielt dabei lediglich auf die Ärmsten und Schwächsten, die für sich ein Recht auf Zugehörigkeit beanspruchen. Eine solidarische Stadtpolitik kann aber nur dann erfolgreich das Wachstums-

modell, wie es heute in der post-fordistischen Stadt umgesetzt wird, überwinden, wenn es neue Prinzipien der Zugehörigkeit propagiert und erkämpft. Die Diskussion darüber, wer zur Stadt gehört, sollte sich danach richten, in welcher Weise Menschen im Sinne von Max Weber (Kemper 2012) in der Art mit einander verbrüdern, dass sie die Fremdheit untereinander überwinden und gemeinsam einen Beitrag für das Allgemeinwohl leisten. Weber hatte als Beginn des Städtischen das gemeinsame Essen von Fremden an einem Tisch als Bild bemüht, wobei sich durch Routinen und gemeinsame Handlungen sogenannte *conjuraciones* (Schwurgemeinschaften) entstehen, die die Gesellschaft von unten neu aufbauen. Weber hatte dies für mittelalterliche Städte beschrieben und eine simple Übertragung auf die post-fordistische Stadt wäre naiv. Was man aber daran lernen kann ist, dass eine Zugehörigkeit zur Stadt gesellschaftlich funktionieren muss und dass diese nur im lokalen Handeln entstehen kann. Multilokalität, Mobilität, Kosmopolitismus und Migration sind deshalb keine Widersprüche zur urbanen Zugehörigkeit, insofern Menschen in die lokalen Prozesse der Solidarisierung und Vergemeinschaftung eingebunden sind. Auf diese Weise wird ein ausgrenzender Lokalismus ebenso vermieden wie eine soziale Ortslosigkeit.

Angesichts der Verstrickung lokaler Produktions- und Konsumtionssysteme in die globalen Zulieferer- und Ausbeutungsketten ist eine Öffnung der lokalen politischen Gemeinschaften für jene Menschen notwendig, die Opfer dieser Prozesse sind. Welche Schlussfolgerungen, etwa die vermehrte Aufnahme von Klima-Flüchtlingen, daraus gezogen werden, obliegt der lokalen politischen Gemeinschaft, die sich diesen Diskussions- und Entscheidungsraum aber gegenüber nationalen und globalen Mächten erst erkämpfen muss. Dies wird nur möglich sein, wenn sich nicht nur lokale, sondern auch überregionale und globale Koalitionen bilden, die eine solche Re-Territorialisierung von lokaler Politik anstreben. Die Wiedergewinnung von politischer Handlungsfähigkeit in der post-fordistischen Stadt kann deshalb nicht als ein lokalistisches Projekt verstanden werden. Es wird keine Stadt geben können, die eine vorzeigbare und nachahmenswerte Postwachstumsstadt ist. Die Postwachstumsstadt ist grammatisch ein Singular, politisch kann es sie nur im maximalen Plural geben. Fragen nach globaler Gerechtigkeit und lokaler Selbstbestimmung fallen zusammen und müssen so angegangen werden, dass sie nicht in lokalen Nischen verschwinden, in denen sie durch Ausschluss die Reichweite ihrer Aktionen für eine selektive Teilnehmer/innen-Zahl begrenzen. Das ist zum Beispiel bei Gemeinschaftsprojekten sichtbar, die zwar nachhaltig-gesunde

Nachbarschaften aufbauen, aber sehr selbstverständlich durch Miet- und Eigentumspreise viele Menschen ausschließen.

Angesichts der Fragmentierung der Gesellschaften müssen erst die Voraussetzungen für eine Willensbildung geschaffen werden, in der eine solidarische Stadtpolitik entschieden werden kann. Dazu gehört die Vergrößerung der Sprechergemeinschaft, die Kritik an den Privilegien der Akteur/innen, die Analyse der global-lokalen Verstrickungen, der Kampf um eine re-lokalisierte Steuerungsfähigkeit, die Ausrichtung des Zugehörigkeitsprinzips am Gemeinwohl und letztlich der lokale Ausstieg aus der globalen Komplizenschaft mit einem selbstzerstörerischen Wirtschafts- und Lebensmodell.

## Literatur:

Benko, G.; Lipietz, A. (1995): From the régulation of space to the space of regulation, in: R. Boyer; Y. Saillard (Hg.), *Régulation Theory. The state of the art*, London, S. 190-196.

Benz, A. (2009): *Politik in Mehrebenensystemen*, Wiesbaden.

Eckardt, F. (2017): Austerity and Urban Crisis: Insights from German Cities, in: *Planum*, 35, 77-92.

Eckardt, F. (2019): Urban citizenship in times of gentrification, in: G. Fitzgi; B. S. Turner; J. Mackert (eds) *Urban change, neoliberal policies and urban citizens' resistance*, London (fc).

Habermas, J. (1977): Was heißt heute Krise? Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, in: W. Oelmlüller (Hg.): *Weiterentwicklungen des Marxismus*. Darmstadt, S. 408-434.

Isin, E. (2017): Performative citizenship, in: A. Shachar et al. (eds): *The Oxford handbook of citizenship*. Oxford, S.500-523.

Kemper, J. (2012): Max Weber, in: F. Eckardt (Hg.) *Handbuch Stadtsoziologie*. Wiesbaden, S. 31-57.

Lamour, C. (2016): The Growth Coalition in the (Post)-Fordist City, in: *Urban affairs*, 54, 6, S. 1053-1080.

Le Galès, P. (2009): *European cities: social conflicts and governance*, Oxford.

Morel Journel, C.; Pinson, G. (eds) (2017): *Debating the neoliberal city*, London.

Neumann, A. (2018): *Unternehmen Hamburg: eine Geschichte der neoliberalen Stadt*, Göttingen.

Sassen, S. (2015): *Ausgrenzungen: Brutalität und Komplexität in der globalen Wirtschaft*. Frankfurt.

Soja, E. (2000): *Postmetropolis. Critical studies of cities and regions*, Oxford.



Sugrue, T. J. (2014): *The origins of the urban crisis: race and inequality in postwar Detroit*, Princeton.

Weaver, T. P. R. (2016): *By Design or by Default: Varieties of Neoliberal Urban Development*, in: *Urban Affairs Review*, 54 /2, S. 234-266.

## **Eine andere Stadt ist möglich! Realutopische Transformationen zur Postwachstumsstadt**

von Anton Brokow-Loga

Unisono schallt es aus allen Ecken der Transformationsdebatte: Der Wandel städtischer Systeme und Infrastrukturen ist das Herzstück einer sozial-ökologischen Transformation der globalen Gesellschaft. Ob nun Aktivistin für ein Recht auf Stadt oder Diplomat in der Internationalen Klimaschutzinitiative – alle scheinen sich darüber weitestgehend einig zu sein: »Fortgang und Erfolg der Großen Transformation hängen im Wesentlichen von den Entscheidungen ab, die in den nächsten Jahren in den Städten getroffen werden« (WBGU 2016, S. 417).

Vor diesem Hintergrund überrascht es, dass die Stadtforschung selbst sich so schwer damit tut, Theorien der Transformation städtischer Politik, Gesellschaft oder Räume über das Stadium von Ansätzen hinaus zu entwickeln. Oft bemüht wird allenfalls die Transition Theory bzw. Multi-Level-Perspective (vgl. Knieling und Engel 2018, S. 16; siehe in Anwendung auch Beitrag von Markoni/Götze und Brokow-Loga/Felger/Koch/Weber in diesem Band). Transitionen in verschiedenen Feldern werden in diesem Schlüsselkonzept der Transitionsforschung als das Zusammenspiel von drei Ebenen begriffen: Makro-Veränderungen auf *Landschaftsebene* (bspw. Fukushima) erhöhen den Druck auf und destabilisieren bestehende *Regime* (bspw. Atomenergie) und verhelfen dabei *Nischen* (bspw. Erneuerbare Energien) zum Durchbruch. Der Fokus liegt dabei auf evolutionären Veränderungen von sozio-technischen Systemen durch verbesser-

te Policies, Innovationen oder strategisches Nischen-Management (Geels und Schot 2007; Raven und Geels 2010).

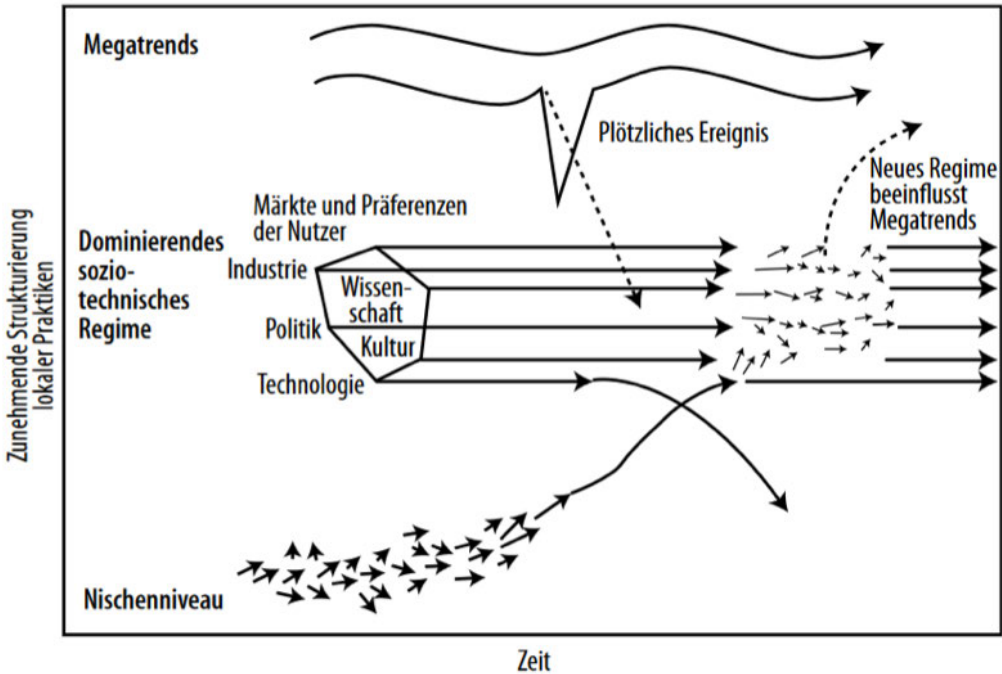


Abb. 1: Multi-Level-Perspektive der Transition Theory (WBGU 2016, S. 100; Knieling und Engel 2018, S. 17)

Bei der Anwendung des Konzepts drängen sich allerdings einige Fragen auf: Welche Handlungsmacht haben Initiativen in der Nische, um Einfluss auf Landschafts- und Regime-Ebene zu nehmen? Wie kann das fortwährende Ausbleiben substantieller Veränderungen erklärt werden – nur mit dem Fehlen eines »Windows of opportunity«? Nicht zuletzt: Inwiefern ist das Modell blind für Prozesse der Exnovation und des Widerstands, beispielsweise gegenüber nicht-nachhaltigem Verhalten oder sozialer Ungerechtigkeit, wenn als Triebkräfte des Wandels grundlegend Innovation und Marktförmigkeit identifiziert werden (siehe zur Diskussion des Innovationsbegriffs auch Beitrag von Timmo Krüger in diesem Band).

Die Multi-Level-Perspektive kommt daher an die Grenzen ihrer Erklärungskraft und Praktikabilität. Dies wird gerade im Hinblick auf die sich zuspitzenden ökologischen, sozialen, ökonomischen, kurz: multiplen Krisen und den dadurch

unumgänglich erscheinenden fundamentalen Wandel des Städtischen deutlich. Für die kritische Urbanistik erscheint also die Erarbeitung eines kritisch-emanzipatorischen Transformationsbegriffs angebracht. Dieser sollte eingebunden sein in eine Transformationstheorie, die zum einen gesellschaftliche Pfadwechsel statt bloße Modifikation des eingeschlagenen Pfads untersucht und dabei die eingreifende Gestaltung zur Veränderung von Grundstruktur und Lebensweise der Menschen anerkennt. Nicht zuletzt sollte diese Theorie auf Zukunft als Suchprozess nach Alternativen orientieren (Reißig 2015, S. 20).

»Eine gute Theorie ist sicherlich nicht die praktischste Sache auf der Welt, aber eine schlechte Theorie kann eine gute Praxis unmöglich machen, da sie geistig spaltet und strategisch falsche Kriterien für reales Handeln aufstellt«, schreiben Michael Brie und Dieter Klein (2004, S. 1–2) in Anlehnung an Robert Kirchhoff. Für die Postwachstumsstadt-Debatte erscheint die Verknüpfung von Möglichkeiten realen Handelns mit Theorie zentral – und daher ein Rückgriff auf Argumente und Modelle des Anfang 2019 verstorbenen US-amerikanischen Transformationsforschers Erik Olin Wright (2010/2015/2017) vonnöten.

### **Mit Erik Olin Wright zu einer Transformationstheorie des Städtischen**

In Anlehnung an die Aufgaben einer emanzipatorischen Sozialwissenschaft, wie sie von Wright vorgeschlagen werden (Wright 2015, S. 70), besteht die Agenda einer kritischen Transformationstheorie des Städtischen darin, erstens die (eigenen) moralischen Prinzipien der Bewertung von gesellschaftlichen Institutionen zu schärfen; zweitens die Diagnose und Kritik existierender Institutionen auf Grundlage dieser moralischen Prinzipien; drittens die Entwicklung solidarischer Alternativen als Antwort auf diese Kritik; und viertens die Ausarbeitung einer Theorie der Transformation zur Verwirklichung dieser Alternativen. Wright selbst hat umfassende Arbeiten zu den ersten beiden Aufgaben geleistet und vehement auf die moralischen Prinzipien Gleichheit, Demokratie, Nachhaltigkeit gedrungen – Prinzipien, die in diesem Band und insgesamt vom Projekt Postwachstum aufgegriffen werden (vgl. Beitrag von Schmelzer/Vetter in diesem Band). Insbesondere die Arbeiten von Brand/Wissen zur imperialen Lebensweise führen die Problemdiagnose konzeptuell weiter, indem sie auch internalisierte Ausbeutungsmuster in die Kritik miteinbeziehen (Brand und Wissen 2017).

Die Identifizierung von Alternativprojekten als Realutopien nimmt insgesamt einen großen Stellenwert in der Postwachstums- und Commons-Debatte

ein (vgl. präfigurative Initiativen in I.L.A. Kollektiv 2019), auch in diesem Band gibt es einige Vorschläge dazu. Der Schwerpunkt dieses Beitrags besteht jedoch darin, konkrete Wege und Strategien der Transformation städtischer Politik zu identifizieren, zu theoretisieren und zur Anwendung zu bringen (Wright 2015, S. 98).

Wright unterscheidet zwischen drei verschiedenen gesellschaftlichen Transformationsstrategien: Zunächst kristallisiert sich eine *rupturale Strategie* heraus, die mit bestehenden staatlichen Institutionen radikal bricht und durch gesellschaftliche Ermächtigung nach einem Bruchmoment neue Institutionen errichtet – eine Perspektive, wie sie der klassische Marxismus vertreten hat (ebd., S. 101). Die davon zu unterscheidende *interstitielle Strategie* setzt an den Zwischenräumen, Rissen und Nischen kapitalistischer Gesellschaftsordnungen an, entwirft in ebenjenen Räumen alternative Formen des Zusammenlebens und wurde traditionell dem Anarchismus zugeordnet (ebd.). Gesellschaftlich meist deutlich dominanter, geht die *symbiotische Strategie* davon aus, dass mit Reformen und Anpassungen institutioneller Strukturen das Leben der Menschen im Kapitalismus verbessert werden kann. Für diese Strategie stehen im historischen Rückblick meist klassische sozialdemokratische Positionen. Da jede dieser Strategien für sich genommen Nachteile aufweist – wie die Frage der Machtverteilung nach dem Bruch in rupturalen Strategien oder die Gefahr, kapitalistische Ausbeutung unangetastet zu lassen oder als »Lückenfüller« zu stärken im Fall der anderen beiden Strategien – geht es Wright nicht um einen privilegierten Pfad, sondern vielmehr um ein Kombinieren und Aufeinander-Beziehen der verschiedenen Transformationsformen (Wright 2017, S. 486-496).

Diese Transformationsstrategien wurden bisher vornehmlich in Bezug zur Maßstabsebene (*scale*) des Nationalstaats gesetzt und verstanden. Doch gerade vor dem Hintergrund oben beispielhaft aufgeführter Lobeshymnen auf die transformative Fähigkeit der Städte im Kontext multipler Krisen, müssen Aushandlungsprozesse um Handlungsmacht auch innerhalb des (städtischen) Lokalstaats gedacht und untersucht werden. Transformationstheorien auf städtischer Maßstabsebene konzeptuell zu bearbeiten begegnet daher auch immer einem »methodologischen Nationalismus«, also der Fixierung auf einen dadurch quasi naturalisierten Nationalstaat (Wissen 2008, S. 19–20). Im Umkehrschluss geht es dabei aber keineswegs um die Überhöhung der lokalen/städtischen Maßstabsebene, sondern vielmehr um »Relativität und Reflexivität räumlicher Maßstäblichkeit, d.h. Skalen müssen im Verhältnis zueinander verstanden werden« (Hölzl 2015, S. 90).

Für die Verwirklichung einer solidarischen Postwachstumsstadt – in Wrights Terminologie vermutlich am ehesten als demokratischer Sozialismus in der Stadt zu übersetzen – ist eine vielfältige Transformationsstrategie notwendig, die auf den drei identifizierten Wegen fußt. Dafür ist wiederum ein Verständnis dafür wichtig, wie diese Strategien voneinander abgegrenzt und doch zueinander in Beziehung gesetzt werden können. In den scharf geführten Debatten um Mietenpolitik und Wohnraum kann dies deutlich nachgezeichnet werden. Während auf städtischer Maßstabsebene die Untersuchung von Nischen und Experimentierfeldern besonders dominant wirkt, stellt ein kritisch-emanzipatorisch gewendetes Transformationsverständnis vor allem auf Krisen, Widersprüche und Konflikte ab (vgl. Brand 2016; siehe auch Beitrag von Christ/Lage in diesem Band). Aus diesem Grunde wird im Folgenden die theoretische Debatte um städtische Transformationsstrategien durch empirische Erkenntnisse aus den wohnungspolitischen Debatten in Leipzig fundiert.<sup>1</sup>

Dort finden Konflikte um die soziale und ökologische Gestaltung städtischer Räume wie unter einem Brennglas statt – denn die Stadt galt lange als schrumpfend, unattraktiv, kaum der Rede wert. Seit einigen Jahren wächst Leipzig jedoch besonders rasant, was mit hohem Verwertungs- und Verdrängungsdruck einhergeht (vgl. u.a. Rink 2015, S. 88). Insbesondere die Frage nach bezahlbarem und gerecht verteiltem Wohnraum wird stadtpolitisch mit besonderer Vehemenz diskutiert. Leipzig dient als (forschungstheoretischer) »Extremfall« (Gläser und Laudel 2010, S. 98) da durch die rasche Abfolge von Schrumpfung und Wachstum Konflikte um Aneignung und Inwertsetzung deutlich zu Tage treten: sowohl der Verwertungsdruck auf innenstadtnahe Lagen, als auch die Reaktionen emanzipatorischer stadtpolitischer Akteur\*innen scheinen in der Stadt besonders stark ausgeprägt. Hier erkennen Stellmacher und Brecht (2017, S. 338) Verbindungslinien zwischen urbanen sozialen Bewegungen der Degrowth- und Recht auf Stadt-Perspektive: »Degrowth und Recht auf Stadt begegnen sich in der Praxis, aber diese findet sich vor allem in Nischen. [...] Denn die Projekte, die Degrowth als Beispiele für das gute Leben heranzieht, sind oft dieselben wie jene für eine Stadt für alle«. Doch wie sie sich gegenseitig systematisch ergänzen, um Ansätze mittlerer Reichweite und radikale (stadt-)gesellschaftliche Transformationen zu entwickeln, bleibt unklar (ebd.: 342).

Nebenbei soll damit am Beispiel Leipzigs ein prominentes Missverständnis der Postwachstums(stadt)debatte aufgelöst werden: Auch wenn sich Leipzig gemessen an wichtigen Indikatoren wie Arbeitsplatz- oder Einwohner\*innenzu-

---

<sup>1</sup> Die empirische Analyse dieses Artikels basiert auf (Gruppen-)Interviews mit und Primärdokumenten von stadtpolitischen Akteur\*innen Leipzigs 2016-2019.

wachs als wachsende Stadt versteht, sind Transformationsstrategien zur Postwachstumsstadt nicht weniger relevant. Der Postwachstums(stadt)perspektive geht es nicht um Politik, die einzig auf schrumpfende Gemeinden angewendet werden kann: »Leur récession n'est pas notre décroissance!«<sup>2</sup> Stattdessen steht die Überwindung unternehmerischer Stadtpolitik und der alleinigen Orientierung an der Generierung von Wirtschaftswachstums im Mittelpunkt – gerade in Zeiten rasanten städtischen Wachstums.

### **Reale Utopien in den Nischen: Haus- und Wohnprojekte vergegenwärtigen**

»Interstitielle Transformationen streben danach, neue Formen sozialer Ermächtigung in den Nischen und Grenzbereichen der kapitalistischen Gesellschaften aufzubauen, oft dort, wo sie keine unmittelbare Bedrohung für die herrschenden Klassen und Eliten darzustellen scheinen« (Wright 2015, S. 100–101). Die zentrale Idee dabei ist die Vergegenwärtigung, dass alternative Arbeits-, Wohn- oder Lebensweisen möglich und schon unter den gegebenen Bedingungen machbar sind. Die Schaffung dieser Realen Utopien in der Nachbarschaft, im eigenen Quartier (vgl. Hellriegel und Schmitt Pacifico 2019) zeigt: Eine andere Stadt ist möglich.

Gegenüber dieser »Freiraumstrategie« (Wright 2017, S. 436; Hervorh. im Orig.), die Projekte gesellschaftlicher Ermächtigung in den Nischen des vorherrschenden kapitalistischen Wirtschaftssystems realisieren, wird häufig Kritik geübt (Wright 2015, S. 105): So kommen die Ansätze – Urban Gardening Projekte werden an dieser Stelle wohl am häufigsten gescholten – oft nicht über den Rahmen einer Insel der Glückseligkeit hinaus, in der gesellschaftliche Privilegien eher verstärkt denn abgebaut und keine direkten Konfrontationen gesucht werden. Doch neben der oben beschriebenen Potenz dieser Experimente, »präfigurativ« schon heute andere Praxen zu verwirklichen, lässt sich außerdem einwenden, dass »diese Art von interstitiellen Initiativen zudem den Vorteil [hat], unmittelbare handgreifliche Resultate nach sich zu ziehen, bei denen der Beitrag jeder und jedes Einzelnen ganz offensichtlich zählt« (ebd.).

Leipzig, Stadt der Hausprojekte – in kaum einer anderen Stadt in Deutschland gibt es eine solch hohe (auch politische) Präsenz kollektiver oder kooperativer Wohnformen wie in Leipzig. So findet sich in Leipzig die zweithöchste Anzahl (nach Berlin) von Hausprojekten im Verbund des Mietshäuser Syndikats. Dabei

---

2 Slogan bei den Krisenprotesten 2009 in Frankreich: »Ihre Rezession ist nicht unser Postwachstum!«

geht es vielen Bewohner\*innen der Projekte neben den vielfältigen Vorteilen des gemeinschaftlichen Wohnens um langfristige Sicherung von Wohnverhältnissen: »Sinn und Zweck der Sache dieser Hausprojekte [ist] ein sicheres Wohnumfeld zu haben. Und günstige Mieten. Da sind zumindest keine Leute dabei, die direkt von Verdrängung betroffen sind« (Interview C 2018, S. 260–261).

Die Wirkung der Projekte als Ausgangspunkte für Vernetzung und Organisation sollte dabei nicht unterschätzt werden: »Wenn wir von Netzwerkarbeit in dem Sinne sprechen, läuft das zumindest aus meiner Perspektive viel über ›Ich kenn dich‹, oder ›Ich habe dich schon einmal gesehen oder da und da kennengelernt‹ – da läuft es schon innerhalb der Stadtteile« (Interview C 2018, S. 328–331). Für die stadtpolitische Vernetzung zwischen den Hausprojekten sorgt dann gerade der praktische, dezentrale Austausch in Bezug auf Solidaritäts-Aufrufe oder pragmatischen Support am Bau.

Tatsächlich kann mit der Schaffung von gemeinschaftlichem Wohnraum aber auch eine bewusste und ernstzunehmende Strategie begriffen werden, Immobilien dem Wohnungsmarkt langfristig zu entziehen und städtische Wohnungspolitik jenseits (lokal)staatlicher oder marktförmiger Logik zu organisieren. So zeigen die Ansätze auch, wie durch genossenschaftliche oder sogar unternehmerische Rechtsformen neue Eigentumsmodelle konstruiert werden können. Herkömmliche Mieter-Vermieter-Beziehungen, die monetär und über den Markt vermittelt werden, erodieren durch diese interstitiellen Strategien.

### **Schritt für Schritt: Symbiotische Strategien für die Veränderung der städtischen Wohnungspolitik**

Die symbiotische Transformation bezieht Strategien ein, die auch als »nicht-reformistische Reformen« bezeichnet werden: »Reformen, die zugleich das Leben innerhalb des existierenden Systems verbessern und das Potenzial für zukünftige Fortschritte demokratischer Macht ausbauen« (Wright 2015, S. 101). Es geht dabei um die demokratische und institutionelle Ermächtigung des Staates und der Zivilgesellschaft und um die Lösung konflikthafter Konstellationen. Zentrales Ziel ist dabei, die Allokation der Ressourcen über den (Lokal-)Staat so zu organisieren, dass zivilgesellschaftliche Kontrolle über Wirtschaft erlangt werden kann. Diese Form des zivilen Aktivismus fußt maßgeblich auf Verhandlung, Kooperation und der Vermittlung von Kompromissen.

Kritiker\*innen wenden gegen diese Strategie die vielen Erfahrungen mit der Kooptation von gewerkschaftlichen, sozialdemokratischen oder Errungenschaf-



ten sozialer Bewegungen ein: Die Art und Weise dieser zumindest intendierten Transformationen hat in beispielloser Manier kapitalistische oder marktförmige Machtstrukturen unangetastet gelassen und diese sogar stabilisiert. So zeige sich laut Margit Mayer (2011), dass »Kooptation bzw. partielle Integration von Bewegungsorganisationen in ein neoliberales Urbanitätsmodell [...] nur schärfer geworden« ist (Mayer 2011, S. 68). Gleichzeitig sorgten symbiotische Strategien in vergangenen Auseinandersetzungen auch für den Abbau von Ungleichheiten und Unsicherheiten und sicherten bestimmte gesellschaftliche (Klassen-)Kompromisse institutionell ab (Wright 2015, S. 102).

Die Untersuchungen in Leipzig zeigen, dass die Forderungen der Wohnraumaktivist\*innen tatsächlich in einem »inhaltlich konstruktive[n] Widerstand« (Interview B 2018, Rn. 137) bestehen, d.h. der Suche nach Kompromissen, die den Rahmen von konkreten Alternativen erweitern. Dabei spielen Selbstverwaltung und die Schaffung von Kollektiveigentum in Immobilien eine große Rolle, um diese dem freifinanzierten Immobilienmarkt zu entziehen. Daher besteht eine zentrale Forderung in der Anerkennung selbstorganisierter Projekte als verlässliche, gemeinwohlorientierte und organisierte Partner der Stadt(-verwaltung). Diesen Wandel beschreibt eine Wohnprojektberaterin:

*»Das war tatsächlich so das Bild in der Stadt – »Hausprojekte, das sind doch alle Hippies oder Punks, die kriegen doch sowie nichts auf die Reihe, und kümmern sich auch nicht um die Häuser und es sieht alles dreckig aus usw.« – das war so das Bild, was vorgeherrscht hat. Ich glaube, das wandelt sich gerade und da sind wir auch dran, mit unterstützend zu wirken. Dass da einfach ein anderes Bild auch in Stadtverwaltung erzeugt wird« (Interview C 2018, Rn. 165–169).*

Diese Forderung wird mit dem Motiv des Auftritts als legitime Verhandlungspartner\*innen und zur Stärkung der Verhandlungsposition gegenüber der Stadt und anderen institutionellen Akteur\*innen begründet – beispielsweise gegenüber dem städtischen Liegenschaftsamt, das als marktwirtschaftlich orientiert dargestellt wird (Interview C 2018, Rn. 356). Konkrete gemeinwohlorientierte Projekte bräuchten »einfach einen bestimmten Rahmen, damit das möglich ist, und den muss man halt schaffen« (Interview B 2018, S. 376–378), weswegen Plattformen, Freiräume, Flächen und Möglichkeiten eingefordert werden (NL-Sfa 2018). Gerade die geschaffenen Plattformen und damit Institutionalisierungserfolge der Wohnprojekteszene erscheinen bemerkenswert: Besonders die Schaffung des Netzwerk Leipziger Freiheit als »Anlaufstelle und Drehscheibe« (NLF o.J.) zwischen Stadtverwaltung

und kooperativen Wohprojektinitiativen konnten durch Verhandlungen<sup>3</sup> im Zuge der Entwicklung des Leipziger Wohnungsmarktkonzepts erreicht werden (Stadt Leipzig 2015). Diese und weitere (teil-)institutionalisierte Strukturen schaffen nicht nur Beratungsleistungen, sondern lassen auch übergreifende Bündnisse mit Genossenschaften oder Positionspapiere wie zum Beispiel die Thesen zum Mietenpolitischen Ratschlag (Haus- und Wagenrat 2016) zu. Damit vergrößern sie Handlungsspielmöglichkeiten für eine andere Wohnungspolitik auch über die Bildung von Freiräumen hinaus.

### **Stadt für alle: Auf den Bruch mit den (stadtpolitischen) Verhältnissen hinarbeiten**

Neue emanzipatorische Institutionen werden aus der Perspektive rupturaler Strategien durch einen scharfen Bruch mit den existierenden sozialen Strukturen und Institutionen erzeugt (Wright 2015, S. 100). Meist schließt diese meist als »revolutionär« gerahmte Transformationsstrategie die Übernahme staatlicher Gewalt ein, um den raschen Umbau der staatlichen wie wirtschaftlichen Strukturen zu forcieren. Auf den Bruch orientierte Akteurskonstellationen stehen in ihren Handlungen im offenen, direkten Konflikt mit dominanten Institutionen des Staats oder der Wirtschaft und stellen durch politische Aktionen das gesellschaftliche System in Frage.

Leitbild dieser Strategie ist Wright zufolge der Krieg, »in dem der Sieg letztlich von der entscheidenden Niederlage des Feindes [...] abhängt« (ebd.). Die Kritik daran ist leicht formuliert: Eine an Demokratie, Gleichheit und Nachhaltigkeit orientierte Organisation der Verhältnisse war selten bis nie Ergebnis rupturaler Bestrebungen – ganz im Gegenteil scheinen diese Strategien anfälliger für Machtmissbrauch und Autoritarismus zu sein. Außerdem münden rupturale Ansätze aufgrund fehlender konkreter Ideen für den Weg des Übergangs sehr viel wahrscheinlicher in einem Zustand, den Bini Adamczak so eindrücklich als »postrevolutionäre Depression« beschreibt (Adamczak 2017, S. 11). Wenn wir allerdings den Moment des Bruchs nicht mit einem Ende jeglicher Form kapitalistischer Dominanz gleichsetzen, sondern mit dem Schaffen größerer Spielräume für die Symbiose- und Freiraum-Strategien, zeigt sich das spezifische Potenzial dieser Strategie.

---

3 Auf die Kräfteverhältnisse im Stadtrat während des untersuchten Zeitraums kann an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden. Für den Zweck einer umfangreicheren Untersuchung müssten diese selbstverständlich ausgiebig diskutiert werden.

Politische Gruppen im Spektrum der Leipziger Recht auf Stadt-Bewegung experimentieren mit radikalen Formen der Wiederaneignung des städtischen Raums – verstanden als komplexes Konstrukt aus physischer Form und soziale Beziehungen und Praxen. Der Slogan birgt damit (gerade für postautonome Gruppierungen) eine »Chance auf soziale Mobilisierungen und neue Bündnisse, die Perspektiven einer Vergesellschaftung jenseits von Staat und Markt verfolgen« (Holm 2013, S. 8). Dabei richtet sich die von Recht-auf-Stadt-Gruppen vorgetragene Kritik am schärfsten auf das Feld der Wohnraumversorgung und -schaffung. Der vermeintlich bedürfnisgerechten Verteilung von Wohnraum in einem neoliberal organisierten, »freien« Markt wird mit Verweis auf Verdrängungsprozesse und grassierende Wohnungsnot gekontert. Die Ablehnung dieser These ist »ein Grundkonsens der verschiedenen Gruppen« (Stellmacher und Brecht 2017, S. 335).

Als konkrete Handlungsfelder können die Unterstützung von Verdrängung betroffener Mieter\*innen und die Schaffung solidarischer Nachbarschaften genauso gezählt werden wie das Einfordern aktiver Stadtpolitik oder die Kritik an renditeorientierten Wohnungsunternehmen (ebd.). Ihre Aktionsformen sind dabei vielfältig und meist gewaltfrei: Mieter\*innenberatung, Demonstrationen, Hausbesetzungen, Aktionen zivilen Ungehorsams wie Sit-Ins, Blockaden oder Platzbesetzungen oder Vernetzungsarbeit über Veranstaltungen. »Das Potenzial, Kämpfe zu bündeln, hat einen Wert an sich, sonst würden die partikularen Kämpfe in ihrer Partikularität verharren und keine generelle Perspektive der Emanzipation eröffnen« (Mullis 2013, S. 66). Die Recht-auf-Stadt-Akteur\*innen in Leipzig richten sich gegen Ausgrenzungen und Ungleichheiten, die durch Kommodifizierung von Wohnraum in der kapitalistisch organisierten Stadt entstehen. Die damit in Verbindung stehenden Phänomene Gentrifizierung und hohe Mieten, Bau von Prestigeprojekten und eine »Stadtplanung von oben« werden von den Initiativen als Systemlogiken kritisiert (Stellmacher und Brecht 2017: 333–334).

Wichtige politische Erfolge, sowohl in der Regulierung des Leipziger Wohnungsmarkts durch die Einführung von sozialen Erhaltungssatzungen oder die Unterstützung besonderer Bedarfsgruppen (symbiotische Strategie) als auch die institutionelle Stärkung der Hausprojekteszene, zum Beispiel durch Konzeptvergabeverfahren oder die Förderung von Projektberatungen (interstitielle Strategie) könnten auf diesen erzeugten Druck der Recht auf Stadt-Bewegung zurückzuführen sein. Politische Interventionen beschränkten sich dabei nicht nur auf Demonstrationen für kollektive Anliegen, sondern äußerten sich auch in Solidaritätsforderungen für (scheinbar) individuell Betroffene:

*»Für eine solidarische Gesellschaft werden wir uns nicht auf irgendjemanden verlassen können, sondern müssen selbst handeln. Jeden Tag ist es an uns, Solidarität zu leben und diejenigen zu unterstützen, die akut von Verdrängung und Mietensinn betroffen sind. Eine Stadt für alle Menschen [...] wird nur dann möglich, wenn wir alle solidarisch handeln« (Lfa 2018).*

### **Zur Postwachstumsstadt führt strategischer Pluralismus**

In den letzten Jahren konnten emanzipatorisch-solidarisch orientierte Akteur\*innen in der Leipziger Stadtpolitik einige, wenn auch wenige Erfolge für sich verzeichnen. Deutlich wird hierbei das Wechselspiel aus interstitiellen und symbiotischen Transformationsansätzen: Nur durch die Präsenz von Wohnprojekten als sichtbare und vor allem funktionierende Alternativen konnten diese in wegweisende Konzepte und Abläufe von Stadtpolitik und -planung Eingang finden. Andersherum wäre die weitere Verbreitung der Nischen-Initiativen – besonders angesichts des gleichzeitig stattfindenden dramatischen Anstiegs der Flächen- und Immobilienpreise – ohne Instrumente der kommunalen Förderung kaum denkbar gewesen. Dieses Möglichkeitsfenster öffnete sich (zu spät?), weil die Situation auf dem Leipziger Wohnungsmarkt als problematische Verdrängung geframed (vgl. Benford und Snow 2000) und über stadtpolitische Netzwerke Druck ausgeübt werden konnte. Bei aller Notwendigkeit, symbiotische und interstitielle Strategien zu nutzen, um Stadtgesellschaft und -politik zu transformieren, bleibt ein zentraler Moment auch die Orientierung auf Situationen des Bruchs. Die Wahl konfrontativer Aktionen hat dabei jedoch nicht den Zweck des womöglich endgültigen Bruchs mit kapitalistischer Dominanz bzw. imperialer Lebensweise, sondern das Schaffen größerer Spielräume für die anderen beiden Strategien (Wright 2010, S. 104–105).

Dennoch sind die hier dargestellten Zusammenhänge zwischen den Strategien im wohnungspolitischen Spektrum nicht unumstritten. Auffallend ist, dass innerhalb dieser Strategien oft auch sektorenübergreifend Politik gestaltet wird – so sind kooperative Wohnprojekte als interstitielle Freiraumprojekte häufig auch mit Projekten in den Nischen des Ernährungssektors verbunden, das Ladenlokal im Erdgeschoss des Hausprojekts dient also als Sammel- und Verteilerstation für FoodCoop oder Solidarische Landwirtschaft. Auch radikal emanzipatorische Bündnisse mit eher rupturalen Ansätzen funktionieren zunehmend über Sektorengrenzen hinweg und verknüpfen beispielsweise die Wohnraumdebatte mit Asyl- und Migrationsfragen. Im untersuchten, spezifischen Sektor

Wohnungspolitik nehmen Akteur\*innen aber deutlich weniger Bezug auf andere Strategien in demselben Sektor – so als würden sich verschiedene Wege zum Ziel einer solidarisch organisierten Wohnungspolitik teilweise in der Praxis ausschließen.

Die realutopische Transformation zur Postwachstumsstadt kann in Anlehnung an die von Wright identifizierten Strategien in einer Kombination dieser Vorgehensweisen bestehen. Solidarische Institutionen werden durch interstitielle Strategien in den Nischen der auf Wachstum ausgerichteten Stadt aufgebaut und erprobt sowie durch symbiotische Strategien zugleich vom Lokalstaat gestärkt, abgesichert und unterstützt – bei gelegentlichen (mittleren) Brüchen mit bestehenden wirtschaftlichen wie politischen Institutionen (vgl. I.L.A. Kollektiv 2019, S. 80–98). Akteur\*innen, die sich im Spektrum emanzipatorischer, solidarischer und klimagerechter Politik verorten, kurz: auf Degrowth orientieren (vgl. Burkhart et al. 2017), brauchen dafür gemeinsam entwickelte Taktiken. Auch wenn diese Untersuchung vornehmlich außerparlamentarische Bewegungs-Akteur\*innen thematisierte, braucht es diese Taktiken besonders als Austausch zwischen Gruppen inner- und außerhalb der (Stadt-)Parlamente. Für diese Arbeit liefert Wright selbstverständlich keinen Masterplan. Stattdessen ist es von der jeweiligen Situation abhängig, welches Vorgehen entwickelt wird und in welchem Verhältnis interstitielle, symbiotische und rupturale Strategien zueinander stehen:

*»Die angemessene strategische Orientierung sozialer Transformation ist es deshalb, heute jene Dinge zu tun, die uns in die bestmögliche Position versetzen, darüber Hinausgehendes später zu tun, d.h. jetzt daran zu arbeiten, Institutionen und Strukturen zu schaffen, die die Chancen dafür eher erhöhen als verringern, zukünftig entstehende historische Möglichkeiten welcher Art auch immer zu nutzen. Die Verwirklichung von Realutopien kann zugleich weit umfassendere Alternativen vorwegnehmen und uns in Richtung auf die Verwirklichung dieser Alternativen voranbringen« (Wright 2015, S. 102).*

In welche Richtung weisen diese ersten Erkenntnisse? Meines Erachtens sind drei Linien zu erkennen, die nach dieser Konturierung weiterer Auseinandersetzung bedürften: Eine analytische, eine konzeptionell-realpolitisch und eine langfristig-strategische Linie. Erstens scheint es analytisch vielversprechend, die in der kritischen Stadtforschung momentan dominant wirkende Transition Theory herauszufordern. Widerstände und Konflikte können mit der Transformationstheorie von Wright sehr viel besser abgebildet werden – genauso wie die Tatsache, dass strategische Vernetzungen und Brüche vielfach überhaupt den Boden dafür bereiteten, dass substantielle politische Lösungen gefunden

wurden, die akute Probleme zumindest eindämmen. Die Tatsache, dass stadtgesellschaftliche Strukturen jenseits von Kapitalismus (Vorherrschaft Markt/Unternehmen) und jenseits von Etatismus (vorrangig staatliche Machtausübung) entworfen werden können, wird nur sichtbar, wenn blinde Flecken der Transformationsdebatte überwunden werden. Dafür ist es unabdingbar, Beiträge zur kritischen Transformation (bspw. von Polanyi zu Fraser; von Carroll zu Candeias usw.) auf ihre Multiskalarität bzw. Übertragbarkeit auf die *scale* städtischer Räume und Politik zu überprüfen.

Zweitens scheint es konzeptionell notwendig, den institutionellen Pluralismus der Praxen der Transformation zu stärken und dabei Heterogenität und Diversität der Akteurskonstellationen hervorzuheben. Doch auch für dieses plurale Mosaik muss ein gewisses Maß an Abstimmung, gar Koordination und Planung als notwendig anerkannt werden. Auch wenn sich Transformationen gewiss weder planen lassen noch planmäßig vollziehen. Gegenstand dieser Bündnisarbeit sollte letztlich die Herstellung einer Gegen-Hegemonie sein (vgl. Beitrag von Ulrich Brand in diesem Band) – selbst wenn sie nur temporär oder im spezifischen städtischen Politikfeld gelten soll. Es geht letztlich bei diesen Verknüpfungen auch um das Stellen der Machtfrage: »To forge an alternative hegemony, counter-hegemonic movements must wed justice with ecology« (Carroll und Ratner 2010, S. 12).

Die langfristig-strategische Perspektive fragt, drittens, nach der Rolle gemeinsam entwickelter Narrative, Utopien und Visionen für diese Zielsetzungen. Der Rückgriff auf reale Utopien erlaubt der Debatte um die Verwirklichung der Postwachstumsstadt den meist schwierigen Spagat zwischen Träumen und Praxis:

*»Utopie bedeutet, Visionen von Alternativen zu den dominanten Institutionen zu entwickeln, die unsere tiefsten Sehnsüchte nach einer Welt verkörpern, in denen alle Menschen Zugang zu den Bedingungen eines gedeihlichen Lebens haben; real meint, dass es darauf ankommt, Alternativen vorzuschlagen, die die Probleme nicht-intendierter Folgen, selbstzerstörerischer Dynamiken und die schwierigen Dilemmata von normativen Trade-Offs (gegenläufige Abhängigkeiten; d. Verf.) ernst nehmen« (Wright 2015: 62-63).*

Die Stärke dieser Perspektive besteht in der Vergegenwärtigung des radikalen Gedankens, dass eine andere Stadt möglich, notwendig und machbar ist.

## **Literatur:**

Adamczak, Bini (2017): Beziehungswise Revolution. 1917, 1968 und kommende. Erste Auflage, Originalausgabe. Berlin: Suhrkamp (edition suhrkamp, 2721).

Benford, Robert D.; Snow, David A. (2000): Framing Processes and Social Movements: An Overview and Assessment. In: Annual Review of Sociology 26, S. 611–639. Online verfügbar unter <http://www.jstor.org/stable/223459>.

Brand, Ulrich (2016): "Transformation" as New Critical Orthodoxy. The Strategic Use of the Term "Transformation" Does Not Prevent Multiple Crisis. In: GAIA – Ecological Perspectives for Science and Society 25 (1), S. 23–27.

Brand, Ulrich; Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus.

Brie, Michael; Klein, Dieter (2004): Die Wege – Revolution, Reform, Transformation – marxistisch inspirierte Überlegungen. Beitrag zu den Thesen der Rosa - Luxemburg - Stiftung für das Seminar „Reform oder Revolution? Gesellschaftliche Konflikte, Konzepte, Akteure, Strategien des Kampfes gegen den Neoliberalismus“. Rio de Janeiro. Online verfügbar unter [https://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Themen/Ausland/rio2004/2Brie.pdf](https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Themen/Ausland/rio2004/2Brie.pdf).

Burkhart, Corinna; Schmelzer, Matthias; Treu, Nina (Hg.) (2017): Degrowth in Bewegung(en). 32 alternative Wege zur sozial-ökologischen Transformation. Konzeptwerk Neue Ökonomie; Friedrich-Schiller-Universität Jena. München: oekom. Online verfügbar unter [http://www.khsb-berlin.de/fileadmin/user\\_upload/Bibliothek/Ebooks/1%20frei/Degrowth\\_in\\_Bewegung.pdf](http://www.khsb-berlin.de/fileadmin/user_upload/Bibliothek/Ebooks/1%20frei/Degrowth_in_Bewegung.pdf).

Caroll, William K.; Ratner, R. S. (2010): Social Movements and Counter-Hegemony: Lessons from the Field. In: New Proposals: Journal of Marxism and Interdisciplinary Inquiry 4 (1), S. 7–22.

Geels, Frank; Schot, Johan (2007): Typology of sociotechnical transition pathways. In: Research Policy 36 (3), S. 399–417.

Gläser, Jochen; Laudel, Grit (2010): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen. 4. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag (Lehrbuch). Online verfügbar unter <http://d-nb.info/1002141753/04>.

Haus- und Wagenrat (2016): Thesen Haus- und WagenRat zu „87%“ – Mietenpolitischer Ratschlag Leipzig. Leipzig, 2016. Online verfügbar unter [https://www.hwr-leipzig.org/wp-content/uploads/sites/30/2015/07/mietenpolitischer-ratschlag\\_thesen-hwr.pdf](https://www.hwr-leipzig.org/wp-content/uploads/sites/30/2015/07/mietenpolitischer-ratschlag_thesen-hwr.pdf).

Hellriegel, Max; Schmitt Pacifico, Sara (2019): Kompass für ein solidarisches Quartier – Reale Utopien für eine andere Stadtentwicklung. Frankfurt am Main: Selbstverlag des Instituts für Humangeographie der Goethe-Universität Frankfurt am Main.

Holm, Andrej (2013): Recht auf die Stadt – Soziale Bewegungen in umkämpften Räumen. In: *participate. kultur aktiv gestalten* (3), S. 1–10.

Hözl, Corinna (2015): Protestbewegungen und Stadtpolitik. Urbane Konflikte in Santiago de Chile und Buenos Aires. Bielefeld: Transcript (Urban studies).

I.L.A. Kollektiv (2019): Das gute Leben für alle. Wege in die solidarische Lebensweise. München: oekom.

Interview B (2018): Interview (anonymisiert) mit stadtpol. Akteur\*innen. In: Auf Anfrage verfügbar.

Interview C (2018): Interview (anonymisiert) mit stadtpol. Akteur\*innen. In: Auf Anfrage verfügbar.

Knieling, Jörg; Engel, Toya (2018): "Große Transformation" und nachhaltige Raumentwicklung. Stand der Diskussion und theoretische Zugänge. In: Jörg Knieling (Hg.): Wege zur großen Transformation. Herausforderungen für eine nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung : Ergebnisse des interdisziplinären Doktorandenkollegs Dokonara. München: oekom verlag, S. 13–31.

LfA - Leipzig für alle (2018): Für einen Mieter\*innenblock auf der Global Space Odyssey. Online verfügbar unter: <http://leipzigfueralle.de/2018/07/11/fuer-einen-mieterinnenblock-auf-der-global-space-odyssey/>, zuletzt geprüft am 31.01.2020.



Mayer, Margit (2011): Recht auf die Stadt-Bewegungen in historisch und räumlich vergleichender Perspektive. In: Andrej Holm und Dirk Gebhardt (Hg.): Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignungen. Hamburg: VSA-Verl., S. 53–78.

Mullis, Daniel (2013): Recht auf die Stadt. Facetten und Möglichkeiten einer Parole. In: emanzipation 3 (2).

NLF (o.J.): Über das Netzwerk Leipziger Freiheit. Netzwerk Leipziger Freiheit. Leipzig. Online verfügbar unter <https://www.netzwerk-leipziger-freiheit.de/wir/>, zuletzt geprüft am 31.01.2020.

NL-Sfa (2018): Netzwerk Leipzig - Stadt für alle: Netzwerk und Forderungen. Online verfügbar unter <http://leipzig-stadt fuer alle.de/netzwerk/>, zuletzt aktualisiert am 10.09.2018, zuletzt geprüft am am 31.01.2020.

Raven, Rob; Geels, Frank (2010): Socio-cognitive evolution in niche development: Comparative analysis of biogas development in Denmark and the Netherlands (1973–2004). In: Technovation 30 (2), S. 87–99. DOI: 10.1016/j.technovation.2009.08.006.

Reißig, Rolf (2015): Gesellschaftstransformation heute – gewonnene Erkenntnisse und offene Fragen. In: Rosa Luxemburg Stiftung Paper. Online verfügbar unter Reißig, R. (2015). Gesellschaftstransformation heute - gewonnene Erkenntnisse und offene Fragen. [https://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/rls\\_papers/Papers\\_9-2015\\_Gesellschaftstransformation.pdf](https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/rls_papers/Papers_9-2015_Gesellschaftstransformation.pdf).

Rink, Dieter (2015): Zwischen Leerstand und Bauboom: Gentrification in Leipzig. In: Frank Eckardt (Hg.): Leipzig. Die neue urbane Ordnung der unsichtbaren Stadt. 1. Aufl. Münster: Unrast-Verl., S. 88–107.

Stadt Leipzig (2015): Wohnungspolitisches Konzept. Fortschreibung 2015. Unter Mitarbeit von Dezernat Stadtentwicklung und Bau. Leipzig: Hausdruckerei der Stadt Leipzig. Online verfügbar unter [https://www.leipzig.de/fileadmin/mediendatenbank/leipzig-de/Stadt/02.6\\_Dez6\\_Stadtentwicklung\\_Bau/61\\_Stadtplanungsamt/Stadtentwicklung/Leipzig\\_weiter\\_denken/Wohnen/Wohnungspolitisches\\_Konzept.pdf](https://www.leipzig.de/fileadmin/mediendatenbank/leipzig-de/Stadt/02.6_Dez6_Stadtentwicklung_Bau/61_Stadtplanungsamt/Stadtentwicklung/Leipzig_weiter_denken/Wohnen/Wohnungspolitisches_Konzept.pdf).

Stellmacher, Michael; Brecht, Norma (2017): Degrowth in Boomtowns oder das gute Leben in der Stadt für alle. In: Corinna Burkhart, Matthias Schmelzer und Nina Treu (Hg.): Degrowth in Bewegung(en). 32 alternative Wege zur sozial-ökologischen Transformation.

München: oekom, S. 332–343.

WBGU (2016): Der Umzug der Menschheit: die transformative Kraft der Städte. Zusammenfassung. Berlin: Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU).

Wissen, Markus (2008): Zur räumlichen Dimensionierung sozialer Prozesse. Die Scale-Debatte in der angloamerikanischen Radical Geography - eine Einleitung. In: Markus Wissen, Bernd Röttger und Susanne Heeg (Hg.): Politics of Scale. Räume der Globalisierung und Perspektiven emanzipatorischer Politik. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 8–31.

Wright, Erik Olin (2010): Envisioning real utopias. I. publ.

Wright, Erik Olin (2015): Durch Realutopien den Kapitalismus transformieren. In: Michael Brie (Hg.): Mit Realutopien den Kapitalismus transformieren? Hamburg: VSA-Verl. (Beiträge zur kritischen Transformationsforschung, 2), S. 59–106.

Wright, Erik Olin (2017): Reale Utopien. Wege aus dem Kapitalismus. Unter Mitarbeit von Michael Brie. Berlin, Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft, 2192). Online verfügbar unter [http://www.content-select.com/index.php?id=bib\\_view&ean=9783518748732](http://www.content-select.com/index.php?id=bib_view&ean=9783518748732).

# **II Transformative Planung im Kontext gesellschaftlicher Debatten**



## **Postwachstum + Planung = Postwachstumsplanung?!**

### ***Erfahrungen aus der Konfrontation zweier Diskurse***

*von Christian Lamker und Viola Schulze Dieckhoff*

Eine Postwachstumsstadt muss entwickelt, hergestellt und organisiert werden – sie braucht eine neue Art der Planung. Räumliche Planung und Postwachstum sind bisher aber weitgehend getrennte Diskurse, deren Schnittstellen erst seit etwa 2016 in der Wissenschaft entwickelt werden. Dieser Beitrag gründet sich auf Erfahrungen aus dem Zeitraum 2016 bis 2019 im Spannungsfeld dieser Diskurse. Im Jahr 2019 haben unter anderem zwei große Konferenzen der Bauhaus-Universität Weimar (›Postwachstumsstadt‹) und der Akademie für Raumforschung und Landesplanung in Kassel (›Postwachstum und Transformation‹) dazu beigetragen, die Suche nach Postwachstum und Transformation in den Fokus raumwissenschaftlicher Debatten zu setzen. In sechs Thesen eröffnet sich hier das Feld, in dem sich eine Postwachstumsplanung bewegt und arbeitet deren Grundlagen sowie die Reaktionen auf diese Thesen aus Planungswissenschaft und Planungspraxis auf.

#### **Komplexe räumliche Transformationen**

Die gesellschaftliche und wissenschaftliche Debatte wird insbesondere seit der Finanz- und Wirtschaftskrise geprägt durch *komplexe Transformationsprozesse* und durch Konflikte um *Ressourcen und demokratische Repräsentation*. Wirt-

schaft und Gesellschaft verändern sich in einer so tiefgreifenden Art und Weise und einer Geschwindigkeit, die eine wachsende Anzahl an Menschen ratlos, oft hilflos und sogar mittellos zurücklässt. In strukturschwachen Räumen fehlen klare Zukunftsaussichten, die Menschen eine Perspektive aufzeigen können, die sie selbst als lebenswert und erstrebenswert erachten. Politische Diskussionen nehmen das zwar durchaus auf, liefern aber bisher nur beschränkt tragfähige Antworten oder scheitern an deren Umsetzung. Ein Mehr an Geld, Investitionen und Infrastruktur kann diese tief liegende Krise nicht mehr auflösen. Der Glaube an die Rückkehr zu ›altem Wachstum‹ ist bei vielen Menschen verloren – und noch mehr der Glaube daran, dass das überhaupt die eigenen Lebensverhältnisse positiv betrifft. Alexander Hagelüken, leitender Redakteur Wirtschaftspolitik der Süddeutschen Zeitung, zeigt im Jahr 2017 in seinem Buch »Das gesplante Land: Wie Ungleichheit unsere Gesellschaft zerstört – und was die Politik ändern muss« zwei bedenkliche Entwicklungen auf. Erstens durchzieht die Gesellschaft eine wachsende Polarisierung in sozialer wie in räumlicher Hinsicht. Er nutzt hierfür die Unterschiede zwischen Pirmasens und dem Landkreis Starnberg, die sich bis auf die Lebenserwartung der Einwohnerinnen und Einwohner auswirken. Wir müssen uns kritisch fragen, warum in einem reichen Land der Wohnort über Bildung, Gesundheit und Zukunftschancen entscheidet. Zweitens, viele Menschen fühlen sich zunehmend verlassen von ›der Politik‹, von der sie repräsentiert werden wollen. Vor allem in peripheren Regionen mit tiefgreifenden strukturellen Veränderungen fühlen sich Menschen nicht respektiert oder vergessen. Eine riskante Mischung für gesellschaftlichen Zusammenhalt, Teilhabe und für die kollektive Gestaltung einer positiven Transformation. Geeignete Handlungsmuster zum Umgang mit dieser Polarität für die Deutschland zunehmend prägenden ›Ungleichheitsräume‹ fehlen noch (Heinrich-Böll-Stiftung 2017, S. 262 bis 265).

Der Postwachstumsdiskurs eröffnet gerade hier mit seiner Kraft ein Gelegenheitsfenster, obwohl er sich bisher nicht zu einem einheitlichen Diskussionsstrang verdichtet hat (siehe beispielsweise Schmelzer & Vetter 2019). Postwachstum zielt in unterschiedlichen Facetten darauf ab, bestehende systemische Strukturen oder in Institutionen und Denkweisen eingeschriebene Muster grundlegend zu kritisieren. Angesichts komplexer Transformationsprozesse ist Postwachstum gerade deshalb wertvoll, weil der Blick ausgeweitet wird auf ganz andere Möglichkeiten, räumliche Situationen zu erkennen und zu bearbeiten. Vor diesem Hintergrund ist Ende 2016 eine kleine Gruppe junger Menschen aus dem Kontext des Jungen Forums der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) zusammengekommen, um Postwachstum mit Stadt- und

Raumplanung zu verknüpfen. Darunter waren vor allem Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der Raum- und Planungswissenschaft sowie Aktive aus zivilgesellschaftlichen Initiativen in Nordrhein-Westfalen. Die Autoren dieses Beitrags gehören zu den Initiatoren. Die ersten Ideen zur hoffnungsvollen Verbindung von Postwachstum und Planung sind im Rahmen des Jungen Forums Nordrhein-Westfalen der ARL von 2017 bis 2019 auf Workshops und Diskussionsveranstaltungen entwickelt und getestet worden (eine Übersicht bieten die Dokumentationen von Schulze Dieckhoff und Lamker auf dem Blog [postwachstum.de](http://postwachstum.de)). Zeitgleich hat ein Arbeitskreis Postwachstumsökonomien in der ARL die Arbeit aufgenommen (siehe auch ARL 2019; Schulz 2018).

## **Postwachstum**

Eine Stärke des Postwachstumsbegriffs ist, dass er über verschiedene Bereiche von Wissenschaft und Praxis zum intensiven und kritischen Nachdenken anregt (vgl. Beitrag von Ulrich Brand in diesem Band). Die inhaltlichen Zielrichtungen unterscheiden sich beachtlich, aber es gibt einen gemeinsamen Kern in vier Punkten. Erstens richten sich alle mit einer Kritik an vorherrschende Lehrmeinungen oder unhinterfragte Wahrheiten. Am deutlichsten wird das in der Ökonomie mit der Abkehr vom Modell des *homo oeconomicus*, in der sich alle entwickelten Alternativen einig sind. Menschen sind folglich keine rein rational handelnden Wesen, die nur nach ökonomischer Nutzenmaximierung agieren. Kate Raworth (2018, S. 40) weist in ihrem Modell der Donut-Ökonomie darauf hin, dass die menschliche Natur sozial, reich und vielfältig ist. Vor allem aber setzen verfügbare Ressourcen und gemeinsame Lebensgrundlagen dem ökonomischen Handeln erkennbare Grenzen. Im deutschsprachigen Raum gehörte hier Niko Paech zu den Vorreitern (Paech 2012), aber auch Modelle wie die Gemeinwohlökonomie von Christian Felber (2018) weisen deutlich auf eine gesellschaftliche Funktion der Ökonomie hin und Forschungsprojekte suchen nach gesellschaftlichem Wohlergehen innerhalb der planetaren Grenzen (Petschow et al. 2018). Zweitens gibt es einen großen Wunsch nach entweder einem Meinungspluralismus oder einer kritischen Debatte. In der Ökonomie fordert die Plurale Ökonomie die Abkehr von einer dominanten Lehrmeinung in der Ökonomie sehr aktiv ein. Drittens geht es um die Suche nach alternativen Systemstrukturen oder alternativen Handlungsweisen, die Gemeinwohl und das gute Leben für alle Menschen oder auch allgemein Lebewesen in den Mittelpunkt rücken und sich von herkömmlichen ökonomischen Indikatoren

und Wachstumszielen verabschieden (Acosta 2017; Haake et al. 2019). Darin enthalten ist die Grundeinstellung, dass eine (mitunter radikale) Veränderung möglich ist und erreicht werden muss. Viertens und letztens ist damit ein starker Appell für eine Systemveränderung (insbesondere in der Ökonomie, beispielsweise Paech 2012) und/oder alle Handelnden (insbesondere in der Psychologie, beispielsweise Welzer 2019) verbunden.

Für räumliche Planung gilt noch zu häufig, dass mehr kapitalistisches Wirtschaftswachstum (gemessen vor allem am Bruttoinlandsprodukt, aber auch rein quantitativ an der Anzahl an Unternehmen oder Arbeitsplätzen) oder mehr zur Verfügung gestellte Fläche als wichtigste Erfolgskriterien herangezogen werden. Nicht zuletzt deshalb sind die Erfolge in der Reduzierung der Flächenneuinanspruchnahme bis heute weit hinter den gesetzten gesamtdeutschen Zielen (30 Hektar pro Tag zuerst bis 2020, jetzt bis 2030) zurückgeblieben (siehe auch Lamker 2019, S. 132). Eine Sättigung der Nachfrage nach Fläche ist bis heute nicht erkennbar. Im Gegenteil tauchen sogar Begriffe wie ›Entfesselungspaket‹ der Landesregierung Nordrhein-Westfalen oder Gesetzesnovellen zum beschleunigten Bebauungsplanverfahren im Außenbereich (§ 13b BauGB) auf, um das Ausweisen neuer Flächen und das Bauen zu erleichtern. Die Ressourcen bleiben aber endlich und angesichts zugleich steigender Nachfrage ist ein Gleichgewicht nur im weiteren Flächenwachstum möglich. Etwas, was Hartmut Rosa für die Gesellschaft auch als dynamische Stabilisierung oder rasenden Stillstand bezeichnet (Rosa 2019, S. 40). Problematisch ist dabei, dass sich Nachfrage und Bedarf entkoppeln. Einerseits entsteht eine Nachfrage für größere Wohnungen, Zweitwohnungen oder Kurzzeitvermietungen (beispielsweise über Airbnb oder andere Plattformen). Andererseits besteht ein Bedarf bei sozialen Gruppen, die gerade wegen der Nachfrage finanzstarker Akteure Schwierigkeiten bekommen, ihr Grundbedürfnis nach Wohnen überhaupt zu erfüllen. Auch im Mobilitätssektor konkurrieren die verschiedenen Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer um die knappe Fläche (beispielsweise Gössling et al. 2016) und die Lage verschärft sich durch die steigende Anzahl an größeren PKW.

Stadt- und Raumplanung innerhalb dieser komplexen und nicht eindeutig beschreibbaren Umgebung zu positionieren fällt zunehmend schwer. An dieser Stelle wird Planung vor allem allgemein aufgrund damit verbundener Tätigkeiten definiert als »a field of action and reflection with an interest in the organization of space« (van Assche et al. 2017, S. 223). In den nachfolgend hergestellten Bezügen wird dies eingeschränkt in erster Linie auf öffentliche Planungsakteure und insbesondere Städte und Regionen mit ihren formalen Planungskompetenzen. Beschleunigte Dynamiken fordern nicht zum Rückzug auf – das wäre eine

Entwicklung auch im Sinne neo-liberaler Stadtpolitik, in der Verlierer aus dem Blickfeld geschoben werden. Stadt- und Raumplanung können (wieder) aktiver gedacht werden mit angepassten Wegen der Nutzung dieser Kompetenzen und Erfahrungen.

### **Traditionelle und zukünftige Planungsaufgaben**

Die Grundlagen der heutigen institutionalisierten Stadt- und Raumplanung liegen vor allem im 19. Jahrhundert infolge der radikalen Veränderungen durch die Industrialisierung. Ein vorher unbekanntes städtisches Wachstum gekoppelt mit enormen ökologischen und gesundheitlichen Herausforderungen bildeten den Ausgangspunkt für erste baupolizeiliche Regelungen. Negative Auswirkungen des Wachstums wurden mit Fluchtlinienplänen, Bauzonenplänen und Grünzügen gelindert. In den Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg hat sich der Anspruch darauf ausgedehnt, die Nachfrage nach begrenzter Fläche zu koordinieren und bis in die 1970er-Jahre zunehmend umfassend Raum und Gesellschaft zu planen. Der umfassende Planungs- und Steuerungsanspruch wurde zwar zurückgefahren. Eine Orientierung an Wachstum ist aber darin geblieben, Perspektiven für Wachstum von kapitalistischer Wirtschaft und Bevölkerung zu erhalten oder aufzuzeigen. Diese Wachstumsorientierung spiegelt sich in vielen Leitbildern wider (vgl. Beitrag von Frank Eckardt in diesem Band) und zeigt sich auch im Fokus der nachhaltigen europäischen Stadt der Leipzig-Charta 2007, die vor allem Wachstum und Innovation fördern soll (BMU 2007, S. 2). Samuel Stein fasst seine eigene Perspektive auf Boden als handelbare Ware und den Immobilienmarkt besonders kritisch zusammen als »growth is good – in fact, growth is god« (Stein 2019, S. 39).

Viele grundlegende Planungsinstrumente wurden entwickelt, um Land und Entwicklungsoptionen für eine wachsende kapitalistische Wirtschaft und Bevölkerung bereitzustellen (Rydin 2013). Das findet sich bis heute im Vokabular wieder, wenn beispielsweise die Wirtschaftsförderung Dortmund mit dem »Heimvorteil: Wachstum in der Fläche« (Stadt Dortmund 2019) wirbt und damit meint, dass sie über die schnelle Bereitstellung von Flächen für Neuansiedlungen eine attraktive und innovative Stadt schaffen kann. Einerseits brauchen viele Städte und Regionen einen Wandel und Postwachstum darf nicht mit Stillstand oder einem Verzicht auf jede Entwicklung verwechselt werden (vgl. Matthias Schmelzer und Andrea Vetter in diesem Band). Andererseits fällt es schwer, echte positive Alternativen zu denken oder sie in einem großräumigeren bis



zu einem globalen Umfeld tatsächlich umzusetzen. Gute Beispiele sind oft räumlich oder zeitlich eng begrenzt (siehe beispielsweise Konzeptwerk Neue Ökonomie & DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften 2017).

Ökologische Strömungen haben einerseits tiefen Niederschlag in der Stadt- und Raumplanung gefunden – bis zur Verankerung von Nachhaltigkeit in ROG und BauGB 1998. Andererseits sind durch reduzierte finanzielle Spielräume bei Städten und Gemeinden in den 1990er- und 200er-Jahren und eine Reduzierung des Steuerungsanspruchs Handlungsmöglichkeiten verloren gegangen, die ohne Wachstum funktionieren. Für Planerinnen und Planer bleibt oft nur die Suche nach Wegen, aus ökonomischem Wachstum positive Effekte auf den Raum zu generieren (Rydin 2013). Damit bleibt Wachstum der Ausgangspunkt jeder Veränderung. Stadt- und Raumplanung sind auf der unmöglichen Suche, in jeder Entscheidung das Positive in Wachstum zu suchen und zu stärken, ohne die grundlegenden Probleme dieser Wachstumsorientierung anzugehen. Das Baugesetzbuch (BauGB) fordert Städte und Gemeinden in ihrer Bauleitplanung zu einer generationenübergreifenden Perspektive, dem Wohl der Allgemeinheit sowie einer sozialgerechten Bodennutzung auf. Für Planerinnen und Planer in der Stadtplanung geht es in Bauleitplänen um »eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung, die die sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen miteinander in Einklang bringt« (§1 Abs. 5 BauGB). Adressiert wird damit zugleich eine umfassende und integrierende Perspektive mit einer langfristigen generationenübergreifenden Ausrichtung. Dabei geht der Auftrag noch weiter und wird ergänzt darum, »eine dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodennutzung unter Berücksichtigung der Wohnbedürfnisse der Bevölkerung [zu] gewährleisten« (§1 Abs. 5 BauGB). Stichworte aus dem Postwachstumsdiskurs können also durchaus anknüpfungsfähig bis hinein in formalisierte Planungsinstrumente sein oder werden. Stadt- und Raumplanung sind bereits sehr erfolgreich bei der Suche nach Mittelwegen und Veränderungen in Richtung von Verdichtung und Innenentwicklung, kompakter Städte und Nutzungsmischung – oft allerdings noch mehr auf der strategischen Ebene als im tatsächlich Sichtbaren. Schwierig ist der Umgang mit dem Bestand und damit eine Veränderung städtischer Strukturen, die über einzelne neue Projekte hinausgeht. Eine größere Veränderung braucht mehr Mut und einen entsprechenden Einsatz von Personal- und Finanzressourcen.

Die neue gesamtdeutsche Debatte um Daseinsvorsorge und gleichwertige Lebensverhältnisse (siehe bspw. BBSR 2017) sucht nach einem neuen nachhaltigen Ausgleich zwischen ökonomischer Leistung und sozial-

ökologischen Interessen. Strukturwandel und politische Strömungen in peripheren und ländlichen Räumen haben (wieder) die Notwendigkeit hervorgebracht, über gesamtäumliche Versorgungsstandards zu sprechen. Zugleich fällt die kollektive Suche nach ›Inseln des Postwachstums‹ auf. Bewegungen wie Transition Towns (Ehnert et al. 2019), Città Slow (Sept 2018) oder Urban Commons (Helfrich & Bollier 2019) sind zunehmend präsent in raumwissenschaftlichen Debatten. Neben diesen räumlich begrenzten Inseln stehen auch zeitlich begrenzte Initiativen wie der Tag des guten Lebens (für alle) (zum Beispiel in Köln, [www.tagdesgutenlebens.de](http://www.tagdesgutenlebens.de)) oder der Park(ing) Day. Auf kleinem räumlichem oder zeitlichem Maßstab wird hier gezeigt, wie eine andere Organisation und Nutzung von Raum möglich sind (Brocchi 2019). Als größte Herausforderung zeigt sich die Integration in die Logiken bestehender Planungsinstrumente und das Handeln öffentlicher Verwaltungen im Spannungsfeld eines gesetzlichen Auftrags, lobbygetriebenem Kalkül und politischen Entscheidungen, die gegenwärtig insbesondere dem Wunsch nach Machterhalt entspringen.

### **Sechs Thesen einer Postwachstumsplanung in der Debatte**

Postwachstum und Planung zusammenzudenken bedeutet konstruktive Konfrontation und kreativer Konflikt. Stadt- und Raumplanung wird in ihren Grundannahmen hinterfragt und umgedacht. Zugleich müssen sich aber auch Aktive im Postwachstumsdiskurs mit einem Feld befassen, das für viele mehr als monolithischer Block denn als aktive Kraft erscheint. Die folgenden sechs Thesen sollen die Debatte darüber anreichern, wie die damit umrissene Postwachstumsplanung ausgestaltet werden könnte (siehe mit Hintergrund bei Lamker & Schulze Dieckhoff 2019).

- Postwachstumsplanung braucht neue Erfolgskriterien als Handlungsgrundlage!
- Postwachstumsplanung bedeutet gerechte und demokratische Entscheidungen!
- Postwachstumsplanung stößt große Transformationen durch kleinteilige Veränderungen an!
- Postwachstumsplanung braucht experimentelles und künstlerisches Handeln!
- Postwachstumsplanung muss aus Scheitern lernen!
- Postwachstumsplaner\*innen sind wir alle!

Grundlegend für die Verbindung von Postwachstumsgedanken in die Stadt- und Raumplanung sind neue Erfolgskriterien, die sozial-ökologische Faktoren abbilden können. Klassische Wachstumsindikatoren wie das Bruttoinlandsprodukt oder ein quantitativer Zuwachs von Arbeitsplätzen sind keine hinreichenden Kriterien für eine bessere Lebensqualität von Menschen. Dazu gehört zweitens die Herausforderung, gegen autoritäre Tendenzen, post-politische Entwicklungen oder demokratiefeindliche Räume zu agieren und gerechte und demokratische Entscheidungen zu ermöglichen. In diesem Kontext sind es drittens oft gerade kleinteilige Entscheidungen, die unmittelbar getroffen werden können und die auch aus der Stadt- und Raumplanung heraus als aktiver Treiber einer größeren Transformation wirken können. Vielversprechend sind dafür viertens experimentelle und künstlerische handlungsbezogene Ansätze, die mit Ideen im Raum experimentieren – aber auch aktiv mit dem Scheitern umgehen. Postwachstum fordert Meinungspluralismus und kritische Debatte heraus, sodass fünftens das Lernen aus Fehlern und Scheitern viel wichtiger ist als das ängstliche Vermeiden im Grunde unvermeidbarer Konflikte im begrenzten Raum. Als sechsten Punkt heißt das auch, dass Postwachstumsplanung nur funktionieren kann, wenn sie zum Anliegen aller im Raum handelnden wird und wir alle gemeinsam aktiv sind.

Diese sechs Thesen sind in ihren ersten Versionen aus drei Workshops zu Räumen, Akteuren und Prozessen einer Postwachstumsplanung in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2017 hervorgegangen. Sie wurden in der Folgezeit weiterentwickelt und in ihrer Wirkung in Wissenschaft und Praxis getestet. Die Reaktionen werden im Folgenden ausgearbeitet. Sie erstrecken sich in einer Bandbreite von vollständiger Ablehnung bis zur aktiven Mitentwicklung. Die kritischen Reaktionen lassen sich vor allem in vier Stichpunkten zusammenfassen: veraltet, unangemessen, überflüssig und exklusiv. Die Debatte ist demnach veraltet, weil sich Stadt- und Raumplanung damit bereits intensiv in der Folge des Berichts des Club of Rome 1972 beschäftigt hat und Nachhaltigkeit heute bis zur Leitvorstellung im § 1 des ROG und § 1 des BauGB verankert ist. Planung ist demnach an sich in der vorhandenen Form bereits sehr gut ausgereift und es geht darum, Implementationsdefizite zu bearbeiten. Das Argument wurde vor allem von Personen mit langjähriger planerischer Berufserfahrung und einem Alter ab ca. 50 Jahren geteilt. Das Thema sei unangemessen, weil es an den Notwendigkeiten der Praxis vorbeigeht, in der die räumliche Allokation von Wachstum im Zentrum steht. Postwachstum wird als Denkweise offenbar auch als Schuldzuweisung aufgrund von Untätigkeit oder falschen Zielsetzungen und damit Angriff auf die eigene Person verstanden. Diese Annahme teilen durchaus vehe-

ment einige Planungswissenschaftler sowie Praktiker aufgrund von Zwängen ihrer täglichen Arbeit oder der Hierarchie, in die sie eingebettet sind. Sie sehen sich dann unbegründet im Fokus, weil verändernde Handlung von anderen ausgehen muss (typischerweise aus politischen Gremien). So haben sich angefragte Personen aufgeschlossen den Themen gegenüber gezeigt, durften aber auf Weisung von Vorgesetzten nicht auf einer Veranstaltung zum Titel Postwachstum auftauchen. Zu diesem Argument ist zugleich eine große Dynamik festzustellen und die Debatte scheint spätestens ab 2019 in der Breite akzeptierter zu sein. Zuletzt sprachen auch traditionelle planungsrelevante Institutionen wie ARL (Hülz 2019) und der Bund Deutscher Architekten (BDA 2019) vom notwendigen Ende des Wachstumstraums und diskutieren Postwachstum öffentlich als mögliche neue Planungsprämisse.

Einige Begründungen für die geäußerten Schwierigkeiten mit der Postwachstumsdebatte waren unerwartet. Begründet wurden diese Kritiken mit dem erwarteten technischen Fortschritt und dadurch mögliche Effizienzgewinne. Reaktionen gingen aber auch weiter dahin, dass es außerhalb unserer Erde beispielsweise auf Mond und Mars genügend Ressourcen gäbe und wir zeitnah einen Weg finden werden, diese zu nutzen. Ein so weitreichender Optimismus kam allerdings von kaum einer in der Planungspraxis tätigen Person. Vielen ist sehr bewusst, dass sie bereits heute an Grenzen stoßen und unter anderen Stichworten (wie ›Überschwappeneffekte‹, stadregionales Wachstumsmanagement, interkommunales Flächenmanagement) finden sich bereits klare Ansätze, die absolute Grenzen von Wachstum in Kernstädten erkannt oder erreicht haben. Zuletzt wird das Zusammenführen von Postwachstum und Planung als exklusiv kritisiert. Die Debatte wird vor allem von jüngeren Personen und in akademischen Kreisen angestoßen und geführt. Allerdings ist schwer nachzuvollziehen, warum aufgrund so einfacher Zuschreibungen eine inhaltliche Auseinandersetzung selbst in der Wissenschaft unterbleiben sollte und warum deshalb kein Erkenntnisgewinn zu erwarten sei. Immerhin teilen sich gerade diese Gruppen maßgeblich berufliche, private und zukunftsorientierte Verantwortung und Möglichkeiten für eine sozialgerechte Transformation.

Auf der positiven Seite steht ein großes Interesse an dem Thema, bei dem für viele Akteure aus Wissenschaft und Praxis noch große Unsicherheit herrscht. Viele fragen sich, was sie in ihren Handlungsbereichen mit der Debatte tun können und was sie bedeutet. Es dauert, bis sich die Debatte soweit verdichtet, dass sie für Außenstehende einfach zu verstehen ist. Ebenso ist bisher die Frage noch schwer zu beantworten, wie konkret eine Postwachstumsplanung im Einzelfall aussehen könnte, wenn sie einerseits Grundfragen neu denkt, an-

dererseits aber noch im bestehenden Planungssystem eine Verankerung sucht. Eine letzte Gruppe von Rückmeldungen fühlt sich aktiv angesprochen, motiviert oder inspiriert. Rückfragen hierzu beinhalten vor allem den Wunsch, selbst aktiv zu werden in einer praktischen Tätigkeit oder gemeinsam Ideen weiterzuentwickeln. Viele starten deshalb schon heute im eigenen Alltag und privaten Umfeld, durch einen Verzicht auf Flugreisen und ein eigenes Auto, durch eine fleischarme Ernährung und das Engagement im Sozialraum. Im Sinne der oben genannten sechs Thesen ist es wichtig, dass alle Menschen aktiver Teil der Veränderung in der Gesellschaft sein können und alle im Raum handelnden Akzfristige Verwertungslogiken von Wissenschaft (oder in ähnlicher Form der Praxis) passen.

Zukünftige Planungsaufgaben sollten darauf aufbauend darin bestehen, Ziele und Stimmen jenseits von Wachstum in den Fokus zu nehmen, auch bei der Abwägung. Komplexe gesellschaftliche und räumliche Transformationsprozesse sind schwer zu überblicken und fordern dazu heraus, auch die Verlierer etablierter Logiken und Verhaltensweisen in den Blick zu nehmen. Dazu brauchen Planerinnen und Planer geeignete Ansätze, um Prozesse so inklusiv zu führen, dass ein gutes Leben für alle möglich werden kann. Stadt- und Raumplanung muss, der oben genannten Definition folgend, die Grenze zwischen öffentlicher Verwaltung und privater und zivilgesellschaftlicher Initiative neu denken und öffentlich verhandeln. In der Stadt- und Raumplanung stehen wichtige Instrumente zur Verfügung, die auch eine wachstumsunabhängige Transformation unterstützen können. Zugleich ist die Herausforderung aber so komplex, dass es nur eine gemeinsame Aufgabe sein kann, die in geteilter Verantwortung bearbeitet wird. Viele Akteure und Organisationsformen (beispielsweise Urban Commons, Raumunternehmen oder Nachbarschaftsinitiativen) verbinden ihre intrinsische Motivation mit raumbezogenem Handeln und besetzen ihre Rollen bei der Veränderung von Städten und Regionen. Es ist wichtig, das Zusammenspiel besser zu verstehen, unterschiedliche Rollen zu erkennen und den gemeinsamen Prozess aktiv und mutig anzuführen.

## **Ausblick**

Ansätze der Postwachstumsdebatte haben eine unerwartet große Resonanz in der Stadt- und Raumplanung gefunden. Im Rückblick zeigt sich eine deutliche Verschiebung der Debatte über einen kurzen Zeitraum von nur etwa zwei Jahren. Noch im Jahr 2017 war Postwachstum ein absolutes Nischenthema in der

Postwachstum und Planung sollten von allen Akteuren in ihrer Kombination zu einer Postwachstumsplanung für Veränderungen in den Rahmenbedingungen für raumbezogenes Handeln und für jede Aktion selbst genutzt werden. Die sechs Thesen greifen vor allem die Suche nach veränderten Zielen auf, die sich von einseitigem Wachstumsdenken lösen. Dazu fokussieren sie sich auf unmittelbares Handeln und transformative Aktion, deuten aber auch auf das inhärente Scheitern von Möglichkeiten und die Verantwortung aller heute und in Zukunft handelnden Personen, die nicht delegiert werden kann. Postwachstumsplanung ist damit nicht abschließend definiert, sondern offen für die kritische Interpretation in konkreten Situationen. Sie setzt aber Hoffnung in die Fähigkeiten und Denkweisen, die bereits erdacht wurden, die heute genutzt werden können und mit denen kollektiv eine Veränderung angestoßen wird.

Insbesondere seit dem Jahr 2019 werden die Reaktionen nuancierter. Teilweise sind es die gleichen Personen, die von einer Frontalopposition abgerückt sind und nun nach Schnittstellen suchen. Hier öffnet sich ein positives Fenster für eine konstruktive Debatte, das jetzt genutzt werden muss. Samuel Stein fasst das Paradox von räumlicher Planung aus einer US-amerikanischen Perspektive zusammen: »While planning is surely a tool of the powerful, it is also essential part of any strategy to challenge them« (Stein 2019, S. 199). Stadt- und Raumplanung kann damit einen bedeutenden Beitrag leisten, Postwachstum in seinen räumlichen Dimensionen weiterzudenken und mithilfe der sechs Thesen einer Postwachstumsplanung sowohl Probleme anzusprechen, geeignete Rollenverständnisse vorzudenken sowie Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln. Postwachstumsstadt und Postwachstumsplanung gehören damit eng zusammen und verbinden Gestaltung, Organisation und Entwicklung einer Stadt der Zukunft.

Für die kommenden Jahre bleibt die Frage danach offen, wie Stadt- und Raumplanung die Diversität von Stadt und Gesellschaft besser in der eigenen Disziplin abbilden kann. Postwachstum fordert zwar nach klarem Handeln, aber auch nach Vielfalt und einem Pluralismus von Meinungen und Perspektiven. Wachstumskritische Diskussionen sollen institutionelle Grenzen wie Planungssysteme und -regeln überwinden helfen, mentale Grenzen reduzieren und administrative und staatliche Grenzen durchlässig gestalten. Der Appell einer Postwachstumsplanung geht damit weit über die Handlungsmöglichkeiten innerhalb der Stadt- und Raumplanung hinaus. Dennoch liegt hier viel Potenzial für die kollektive Produktion wachstumsunabhängiger lebenswerter Räume in vielfältigen Rollen und einer gemeinsamen Verantwortung in individueller Arbeitsteilung. Wir hoffen, dass mit Postwachstumsplanung ein Nährboden ent-

steht, mit dem wiederum andere Disziplinen ihre Perspektiven auf räumliche und raumplanerische Dimensionen von Postwachstum erweitern können.

## **Literatur:**

Acosta, A. (2017): Buen Vivir: Die Welt aus der Perspektive des Buen Vivir überdenken, in: Konzeptwerk Neue Ökonomie e.V. & DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften (Hrsg.): Degrowth in Bewegung(en): 32 alternative Wege zur sozial-ökologischen Transformation, München, S. 70–83.

ARL, Akademie für Raumforschung und Landesplanung (2019): Postwachstumsökonomien: Unsere Motivation. [<https://www.arl-net.de/de/projekte/postwachstumsökonomien>; 09.12.2019].

BDA, Bund Deutscher Architekten (2019): Das Haus der Erde: Positionen für eine klimagerechte Architektur in Stadt und Land. Auf dem 15. BDA-Tag am 25. Mai 2019 in Halle /Saale. Berlin. [[https://www.bda-bund.de/wp-content/uploads/2019/04/20190819\\_Das-HausDerErde\\_Monitor.pdf](https://www.bda-bund.de/wp-content/uploads/2019/04/20190819_Das-HausDerErde_Monitor.pdf); 10.12.2019].

BMU, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2007): LEIPZIG CHARTA zur nachhaltigen europäischen Stadt. Angenommen anlässlich des Informellen Ministertreffens zur Stadtentwicklung und zum territorialen Zusammenhalt in Leipzig am 24./25. Mai 2007, Leipzig.

BBSR, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2017): Raumordnungsbericht 2017. Daseinsvorsorge sichern. Vorlage des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung zur Unterrichtung des Deutschen Bundestages. Bonn.

Brocchi, D. (2019): Große Transformation im Quartier: Wie aus gelebter Demokratie Nachhaltigkeit wird, München.

Ehnert, F.; Egermann, M.; Höcke, C. (2019): Neue Partnerschaften in der nachhaltigen Stadtentwicklung? Kooperationsansätze zwischen Transition-Town-Initiativen und Kommunen, in: vhw Forum Wohnen und Stadtentwicklung (5), S. 265–268.

Felber, C. (2018). *Gemeinwohl-Ökonomie* (Aktualisierte und erweiterte Taschenbuchausgabe), München.

Gössling, S.; Schröder, M.; Späth, P.; Freytag, T. (2016): Urban Space Distribution and Sustainable Transport, in: *Transport Reviews*, 36(5), S. 659–679.

Haake, H.; Ludwigs, K.; Schneidewind, U.; Lohmann, A. (2019): *Glücklich in Wuppertal. Ein urbanes Wohlbefindens-Panel*, Düsseldorf. [[http://www.fgw-nrw.de/fileadmin/user\\_upload/FGW-Studie-ISE-07-Haake-2019\\_01\\_10-komplett-web.pdf](http://www.fgw-nrw.de/fileadmin/user_upload/FGW-Studie-ISE-07-Haake-2019_01_10-komplett-web.pdf); 15.12.2019].

Hagelüken, A. (2017): *Das gespaltene Land. Wie Ungleichheit unsere Gesellschaft zerstört - und was die Politik ändern muss*, München.

Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.) (2017): *Geteilte Räume. Strategien für mehr sozialen und räumlichen Zusammenhalt*, Berlin.

Helfrich, S.; Bollier, D. (2019): *Frei, fair und lebendig – die Macht der Commons*, Bielefeld.  
Hülz, M. (2019): *ARL-Kongress 2019 im Rückblick. Mehr oder weniger? Raumentwicklung braucht Postwachstum!* Hannover. [<https://www.arl-net.de/de/blog/arl-kongress-2019-im-r%C3%BCckblick>; 11.12.2019].

Konzeptwerk Neue Ökonomie e.V.; DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften (Hrsg.). (2017): *Degrowth in Bewegung(en). 32 alternative Wege zur sozial-ökologischen Transformation*, München.

Lamker, C. (2019): *Stadt- und Raumplanung*, in: Zemanek, E; Kluwick, U. (Hrsg.): *Nachhaltigkeit interdisziplinär: Konzepte, Diskurse, Praktiken. Kompendium*, Stuttgart, S. 127–144.

Lamker, C.; Schulze Dieckhoff, V. (2019): *Sechs Thesen einer Postwachstumsplanung*. FRU-Preis 2019, Sonderpreis, Dortmund. [<http://www.postwachstumsplanung.de>; 15.12.2019].

Paech, N. (2012): *Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie*, München.

Petschow, U. et al. (2018): *Gesellschaftliches Wohlergehen innerhalb planetarer Grenzen. Der Ansatz einer vorsorgeorientierten Postwachstumsposition. Zwischenbericht des Projektes »Ansätze zur Ressourcenschonung im Kontext von Postwachstumskonzepten«*, Dessau-Roßlau.



- Raworth, K. (2018): Die Donut-Ökonomie. Endlich ein Wirtschaftsmodell, das den Planeten nicht zerstört, München.
- Rosa, H. (2018): Available, accessible, attainable: The mindset of growth and the resonance conception of the good life, in: Rosa, H.; Henning, C. (Hrsg.): The good life beyond growth: New perspectives, London, New York, S. 39–53.
- Rydin, Y. (2013): Future of planning. Beyond growth dependence, Bristol.
- Schmelzer, M.; Vetter, A. (2019): Degrowth/Postwachstum zur Einführung, Hamburg.
- Schulz, C. (2018). Postwachstum in den Raumwissenschaften, in: ARL Nachrichten, 47(4/2017), S. 11–14.
- Sept, A. (2018): Entschleunigung in Klein- und Mittelstädten. Cittaslow als soziale Innovation in der Stadtentwicklung, Detmold.
- Stadt Dortmund (2019): Heimvorteil Wachstum in der Fläche. Neues Wachstum in der Fläche mit Magnetwirkung! [<https://www.wirtschaftsfoerderung-dortmund.de/heimvorteil/wachstum-in-der-flaeche>; 15.12.2019].
- Stein, S. (2019): Capital city. Gentrification and the real estate state, London, New York.
- Van Assche, K.; Beunen, R.; Duineveld, M. (2017): Witchcraft, oracle, and magic in the kingdom of planning. A reflection on planning theory and practice inspired by Ernest Alexander, in: Planning Theory, 16(2), S. 223–226.
- Welzer, H. (2019): Alles könnte anders sein. Eine Gesellschaftsutopie für freie Menschen, Frankfurt am Main.

## **Postwachstums- versus nachhaltige Stadt? Gemeinsamkeiten, Spannungsfelder und Auswirkungen auf Städte und Stadtforschung.**

*von Julia Gamberini*

In der Kritik des Wirtschaftswachstums der 1970er Jahre haben sich zwei unterschiedliche Haupthaltungen gebildet, um die Zukunft der Städte, ihrer Gesellschaften und ihrer Umwelt zu gestalten: das Postwachstum und die nachhaltige Entwicklung. Was haben diese zwei Visionen gemeinsam? Was unterscheidet diese zwei Haltungen? Und was sind ihre Auswirkungen auf die Stadtpolitik und auf das urbane (kollektive) Handeln? In diesem Artikel werden die Gemeinsamkeiten und die Hauptunterschiede zwischen Postwachstum und nachhaltiger Entwicklung, sowie ihre beiden unterschiedlichen Übersetzungen in der Vision der Stadtentwicklung beleuchtet. Am Beispiel der Suffizienz wird gezeigt, dass man die Grenze zwischen rein nachhaltiger Stadtentwicklung und Postwachstumsstadt nicht immer eindeutig ziehen kann.

## **Postwachstum und Nachhaltigkeit: gemeinsame Wurzeln und Anfangsfeststellungen**

### *Entstehung des Postwachstumsdiskurses*

Der Diskurs über eine Begrenzung der Ressourcen kam bereits in der Nachkriegszeit auf. In den 1950er Jahren entwickelte der amerikanische Geophysiker Marion King Hubbert eine Theorie des globalen Ölfördermaximums. Mit seiner Theorie wurde zum ersten Mal festgelegt, dass alle fossilen Ressourcen einen Anfang, einen Mittelpunkt und ein Ende in der Produktion kennen, wo ein sogenannter Produktionshöhepunkt erreicht wird. Diese Feststellung bestätigt zum ersten Mal wissenschaftlich die Erkenntnis der Endlichkeit fossiler Rohstoffe. In den 1960er und 1970er Jahren änderten sich die Grundvoraussetzungen und der Zugang zu Ressourcen grundlegend: die Dekolonisation, die neuen geopolitischen Spaltungen und Konflikte, die beiden Ölpreiskrisen, die die 1970er Jahre geprägt haben, sowie die Entstehung junger Umweltbewegungen trugen zu einer veränderten Wahrnehmung hinsichtlich eines angeblich unendlichen Zugangs zu Ressourcen bei.

Erst im Jahr 1972, mit der Erscheinung des Berichtes »Die Grenze des Wachstums« vom Club of Rome, der sich als erste Kritik des Wachstums versteht, taucht die Notwendigkeit auf, eine Postwachstumsgesellschaft zu erdenken. Der sogenannte Meadows Report gilt als erster Bericht, der das Wachstum mit Hilfe einer komplexen Szenarien- und Modellierungsmethode hinterfragt (Meadows et al. 1972). Das Hauptargument des Meadows-Berichtes ist, dass das demographische Wachstum und das Wirtschaftswachstum seine Grenze erreicht hat. Ein unendliches Wachstum wäre unmöglich und auch nicht wünschenswert. Das Wort »declining«, das auf Deutsch als »Postwachstum« übersetzt wird, wurde aber erst 1979 vom Ökonom Nicholas Georgescu-Roegen formuliert, um sich die Endlichkeit der fossilen Ressourcen vorstellen zu können. Damals betrachtete der Autor Wachstum als eine Ausnahme in der Weltgeschichte. Allerdings bleibt der Begriff zu dieser Zeit und bis in die 2000er Jahren unbemerkt (Semal 2012) und wird bald von dem Syntagma der nachhaltigen Entwicklung überholt.

### *Die Entstehung der nachhaltigen Entwicklung*

Die Anerkennung des begrenzten Zugangs zu Ressourcen und der Gefahr von Wachstum und Konsumgesellschaft, die die Idee des Postwachstums begründet hat, scheint etwa 20 Jahre später über die Diskussionen zur nachhaltigen Entwicklung neue Relevanz zu erlangen. Im Laufe der 1960er Jahre erleben

die Hauptindustrieländer eine ökologische Revolution (Radkau 2011). Die aufkommende Ökologie-Diskussion der 1960er Jahre wird zunächst hauptsächlich dazu verwendet, Warnungen vor den ungenügend kalkulierten Auswirkungen des technologischen Fortschritts zu formulieren (Beck 1999). Die rachsüchtige Ökologie, die die 1970er Jahre charakterisiert hat, macht schon in den 1980er Jahren Platz für eine Ökologie der Vorschläge (Ascher 2009). Dieser Wendepunkt kann als ein »Reifen des ökologischen Bewusstwerdens« (Lascoumes 1994, S. 48) verstanden werden. In diesem Kontext entsteht die Versöhnungs-idee zwischen Ökonomie und Ökologie durch nachhaltige Entwicklung. 1987 schlägt der Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen »Our common future« (oder der Brundtland-Bericht) offiziell die Idee einer nachhaltigen Entwicklung vor. In der allgemeinen Definition von nachhaltiger Entwicklung, nämlich »eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können«, (WCED 1987, n.p.) befinden sich zwei Schlüsselbegriffe: die Bedürfnisse, insbesondere die Grundbedürfnisse der Ärmsten der Welt, die Priorität haben sollten; der Gedanke der Beschränkungen bedeutet, dass die Technologien und die sozialen Organisationen sich anpassen müssen, um gegenwärtige und zukünftige Bedürfnisse gleichzeitig zu befriedigen (A.a.O.).

Der Brundtland-Bericht kann als eine Form der Ablehnung des Null-Wachstums-Diskurses angesehen werden, den der Club of Rome 15 Jahren zuvor eingeführt hatte. Der neue Bericht schlägt eine Vereinbarkeit von Wirtschaftlichkeit und Umwelteffizienz vor, wobei das Thema Ressourcen und ihre Erhaltung im Mittelpunkt stehen. Diese Idee stimmt mit der des Wachstums überein und führt nicht zu einer totalen Infragestellung der kapitalistischen Wirtschaft. In Gegenteil betont sie aber die Möglichkeiten des kapitalistischen Systems sich zu erneuern. Nachhaltigkeit ist somit ein Ansatz, der darin besteht, die negativen externen Effekte, die durch die wirtschaftlichen, industriellen und Wachstumsaktivitäten hervorgerufen werden zu kontrollieren oder sogar zu verbessern. Sie verweist vor allen Dingen auf die extreme Flexibilität des Kapitalismus. Die Idee der nachhaltigen Entwicklung gründet auf verschiedenen Strömungen auf internationaler Ebene (NGO, Vereinte Nationen). Wenn die Stockholm-Weltumweltkonferenz im Jahr 1972 der Beginn einer nachhaltigen Entwicklung war, ohne dies damals genau zu beschreiben, institutionalisierte die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung in Rio 1992 die nachhaltige Entwicklung endgültig und gab ihr einen operativen Rahmen (Mosseri & Jean-del 2013).

*Rückgriff des Postwachstums in den 2000er Jahren*

In den 2000er Jahren wird eine Rückkehr des Postwachstumsgedankens beobachtet, der sich aus sozialen Bewegungen, politischen Parteien und Initiativen herauskristallisiert und institutionalisiert hat. Mit Postwachstum soll ein Ideal in einer begrenzten Welt erreicht werden. Tatsächlich baut der Postwachstumdiskurs auf dem Axiom auf, dass man nicht in einer endlichen Welt wachsen kann. Kern der Wachstumskritik ist, dass nachhaltige Entwicklung das Versprechen einer Versöhnung zwischen Mensch und Natur nicht gehalten hat. Die Vertreterinnen und Vertreter des Postwachstumsgedankens wollen ihre Meinungsverschiedenheit gegenüber dem Konsensdiskurs der Nachhaltigkeit zeigen und sich gegenüber der sozio-ökologischen Katastrophe positionieren (Semal 2012). In diesem Sinne – und wie im Fall der Transition Towns-Bewegung – wird eine Wiederlokalisierung der Aktivitäten wegen des globalen Ölfördermaximums und des Klimawandels angestrebt.

Ökonomisches Wachstum scheint der Menschheit mehr Probleme als Vorteile zu bringen: Umweltverschmutzung, Entfremdung, Stress in der Arbeit, Unsicherheit (unsichere Arbeitsverhältnisse, Arbeitslosigkeit usw.). In diesem Zusammenhang wird auch das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Hauptindikator für Wohlstand in Frage gestellt und führt zur Notwendigkeit, ein anderes Bewertungssystem einzuführen, das eine Reihe von Postulaten integrieren würde, die besser mit den menschlichen Lebensbedingungen auf der Erde in Einklang zu bringen sind (Méda 2015, S.112). Im Gegensatz zum Wachstum wird Postwachstum als soziales Engagement und als soziale Bewegung mit bestimmten Forderungen verknüpft: Neue Lebensweisen experimentieren, Genügsamkeit und eine Ethik des einfachen Lebens, Unabhängigkeit von Wachstum und von fossilen Energien, Wiederlokalisierung und die Ablehnung des grünen Wachstums sind alles Wege, die zu einer Postwachstumsgesellschaft und einer besseren Lebensqualität führen sollen. Zusammengefasst beschreibt die Idee einer Postwachstumsgesellschaft ein Projekt, in dem die soziale Organisation Nüchternheit in die Gesellschaft einführen und zugleich die Antizipation einer Zukunft, die nach einer Zeit der Ausgelassenheit das Ende der fossilen Ressourcen mitbeachten muss, um eine Weltkrise zu vermeiden, ermöglichen soll. In diesem Sinne ist Postwachstum auch eine philosophische und anthropologische Reflexion über die Zukunft der Menschheit sowie ein politischer Gedanke, der als sine qua non Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit und Umverteilung gilt (Semal 2015).

## **Konfliktfelder und Kritik an Nachhaltigkeit - Spannungsfelder und Konflikte**

### *Kritikpunkte (in der Theorie)*

In der akademischen Literatur sind die Spannungsfelder zwischen Postwachstum und Nachhaltigkeit relativ klar dargestellt. Die Vertreter und Vertreterinnen des Postwachstums werfen der Idee der nachhaltigen Entwicklung vor, dass diese sich vom Wachstumsparadigma nicht getrennt wurde, dass sie vielmehr einen Avatar des Neoliberalismus verkörpert oder, dass sie ein schwacher Kompromiss ist. Nachhaltige Entwicklung, mit einem Diskurs basierend auf grünem Wachstum und Ökoeffizienz, habe dazu beigetragen, die Idee eines Postwachstums zu entlegitimieren. Nicholas Georgescu-Roegen behauptete in der Zeit der Entstehung der nachhaltigen Entwicklung: »Es gibt keine Zweifel, dass nachhaltige Entwicklung einer der schädlichsten Begriffe ist.« (1991, zitiert in: Duval 2005).

Oft wurde argumentiert, dass nachhaltige Entwicklung ein Oxymoron sei. Manche gehen darüber hinaus und betrachten nachhaltige Entwicklung als eine schizophrene Idee, weil es darum gehe, Probleme mit den Ursachen der Probleme erledigen zu wollen, wie zum Beispiel das grüne Wachstum (Rognon 2009). Anders gesagt bedeutet nachhaltige Entwicklung eine Sache und das Gegenteil zugleich. In diesem Sinne scheint nachhaltige Entwicklung, selbst in der semantischen Konstruktion »(...) ohne zu riskieren, dass (...)«, als geeignetes Mittel, um Widersprüche zu neutralisieren oder zu entpolitisieren, die sie normalerweise klar herausstellen sollte (Krieg-Planque 2010).

Nachhaltige Entwicklung resultiere auch aus einem umfassenderen Paradigmenwechsel – wie bereits durch den Soziologen Daniel Bell in den 1960er Jahren prophezeit –, der ein Ende der Ideologie in der Politik sowie im territorial begrenzten politischen Handeln voraussetzte. Diese Veränderung des politischen Paradigmas ist gekennzeichnet durch eine stärkere Betonung von Pragmatismus und Konsens (Levasseur 2006). In diesem Zusammenhang wird auch argumentiert, dass nachhaltige Entwicklung wie eine Doxa funktioniert, die Gegendiskurse und Gegenargumente hemmt. Nachhaltigkeit betritt den politischen Raum als berechnete, kodierte und modellierte Vision der Natur. In diesem Sinne sei Nachhaltigkeit als ein dringendes Problem anzusehen, das dann durch einvernehmliche und partizipative Vereinbarungen gelöst werden kann. Diese Charakteristiken eines postpolitischen Umweltpopulismus würden es jedoch unmöglich machen, sozio-ökologische Alternativen ins Auge zu fassen (Swyngedouw 2007). Nachhaltige Entwicklung sei nichts anderes als ein

Marketingwerkzeug, das die Tiefe der Umweltprobleme und/oder der sozialen Ungleichheiten relativiere. Außerdem würde die Mehrdeutigkeit der nachhaltigen Entwicklung die Idee der nachhaltigen Entwicklung selbst schwächen und ihre politische Aneignung sowie ihren Erfolg in der Industrie auch erklären.

Von wissenschaftlicher Seite wird zudem vorgeworfen, dass das Konzept der nachhaltigen Entwicklung zu normativ und nicht für eine Objektivierung geeignet sei (im Gegenteil zum Begriff der Umwelt). Eine Wissenschaft der nachhaltigen Entwicklung sei in diesem Sinne nicht wirklich möglich (Normative Ambiguität) (Theys 2014). Aus einer pragmatischen Perspektive wird Nachhaltigkeit für ihre Lage zwischen unklaren Zielen und bürokratischen Befehlen sowie für ihre Diskrepanz zwischen Hoffnungen und den effektiven Ergebnissen kritisiert (A.a.O.).

*Aber was könnte nachhaltige Entwicklung sonst sein?*

#### *Das Ende der großen Erzählungen*

Das Ende der Ideologien knüpft an die Idee eines postmodernen Erwachens an, das ein Ende der vereinheitlichenden großen Erzählungen, die das 19. und 20. Jahrhundert tief geprägt haben, darstellt. Damit ist eine Haltung des Unglaubens angesichts der Moderne, der Erbschaft der Aufklärung, deren Projekt auf dem Glauben an die Vernunft und den metaphysischen Möglichkeiten der Vernunft beruhte, gemeint (Besse 2004). Diese gemeinsamen Erzählungen stützten sich auf universelle und einheitliche Legitimationserzählungen – wie Gerechtigkeit, Klassenkampf, aber auch auf das seit dem 19. Jahrhundert vermittelte rationalistische und moderne Ideal der Stadtplanung – die ein normales Funktionieren der kognitiven und moralischen Denkweisen sicherstellten. Angesichts der Überfülle sprachlicher Besonderheiten und ihrer Instabilität scheinen die großen Erzählungen jedoch nicht mehr zu funktionieren (Lyotard 1979). Im Kontext des Endes der Ideologien und der großen Erzählungen würde nachhaltige Entwicklung als neue (große) zeitgenössische Erzählung (Hourcade et al. 2007; Levy 2006), als Meta-Erzählung oder als Erzählung eines gemeinsamen Projektes (Rumpala 2010) dienen, die eine neue Form des politischen Projekts schafft. Nachhaltige Entwicklung würde dann die großen Erzählungen ersetzen, die den Modernismus begründeten, und damit wahrscheinlich ihren aktuellen Erfolg, zumindest in der 1990er und 2000er Jahre, erklären. Noch in den 1990er Jahren wurde die nachhaltige Entwicklung als latentes Paradigma angesehen, da es anscheinend keine ausreichend kohärenten und festgelegten Grundsätze gab, um das kollektive Handeln wirklich zu lenken (A.a.O.).

### *Vielfalt an kleinen Geschichten?*

Die Anwendung des Konzepts der nachhaltigen Entwicklung und der ihr zugrundeliegenden Prinzipien in allen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und territorialen Bereichen könnte über eine neue einigende Geschichte hinaus auch als Aussage vieler ›kleiner Geschichten‹ verstanden werden (Vulbeau 2006). Die Oszillation zwischen großen Erzählungen und kleinen Geschichten bringt aber den Status einer nachhaltigen Entwicklung ins Wanken. Noch bevor nachhaltige Entwicklung zu einem Projekt wurde, diente sie als Terminus mehr als Methode, die einen Rahmen für Interpretation, Entwicklung und Umsetzung menschlicher Entscheidungen in allen Gebieten bot (Villalba 2013, S. 26). In diesem Sinne kann nachhaltige Entwicklung als dominierender Referenzrahmen des kollektiven (und urbanen) Handelns betrachtet werden. Der Begriff des Referenzrahmens wirft drei Dimensionen auf: eine kognitive (kausale Interpretation der zu lösenden Probleme), eine normative (Definition von Werten für den Umgang mit Problemen) und eine instrumentelle (Definition von Handlungsprinzipien) (Jobert 1992). Manchmal beschuldigt als ›weicher‹ Referenzrahmen, der an mangelnder Lesbarkeit leiden würde (Mancebo 2009), scheint nachhaltige Entwicklung heute die Domäne der öffentlichen Ideen zu dominieren (Keil 2007). Für manche ist sie in den letzten Jahren zugunsten anderer Ausdrücke (wie Resilienz, Post-Carbon-Gesellschaft, sozio-ökologische Wende) ins Stocken geraten, da ihre semantische Ambiguität dazu beigetragen habe, eine schwache Version von sich selbst zu liefern. In diesem Sinne hätte die nachhaltige Entwicklung ihr ganzes Potential als politisches Projekt noch nicht ausgeschöpft. Eine zweite Etappe in der Geschichte des Konzepts, in der man sich mehr auf die Essenz des Brundtland-Reports fokussieren könnte (Multi-dimensionalität, zukünftige Generationen, globale und lokale Perspektiven, die Entwicklung neu definieren) und sich an den neuen Kontext der post-2008-Krise anpassen könnte, würde notwendig (Theys 2014).

### **Zwei unterschiedliche Visionen für die Städte**

Über Städte, Funktionen der Städte und Stadtpolitik können wir ein paar Feststellungen machen. Die Tatsache, dass Städte sich Mühe geben müssen, um bewohnbar und angenehm zu sein oder zu werden und dass die Stadtverwaltung und -politik die Garanten für diese Bewohnbarkeit und für ein sicheres Lebens- und Arbeitsumfeld ist generell anerkannt. Im Gesamtdiskurs bezüglich der Ressourcenknappheit, des Klimawandels und der ökologischen Krise spielen Städte



eine besondere Rolle, wenn es darum geht, mit Ressourcen umzugehen und den ökologischen Fußabdruck (Wackernagel & Rees 1996) zu reduzieren. Dennoch kann man feststellen, dass Theorie und Planungsinstrumente seit der Zeit der Industrialisierung bis heute auf Wachstum ausgerichtet sind (Indikatorensystem, Leitbilder und so weiter). Auch in schrumpfenden Städten ist das Wachstumsparadigma immer präsent, auch wenn oft empfohlen wurde, sich von diesem Muster zu entfernen, um eigene Strategien ohne Wachstum zu entwickeln. Außerdem basiert das Überleben von Städten auf besonderen Infrastrukturen. Auch das Immaterielle (Kultur, aber vor allem Internet) basiert auf jenen Infrastrukturen, die auch ressourcenverbrauchend sind. Diese Überlegungen führen zu der Notwendigkeit, Konsum in Bezug auf Energie und Werkstoffe zu begrenzen. Es gibt keine ernsthaften Konflikte zwischen Postwachstum und Nachhaltigkeit über die Frage, wie ernst die Situation ist. Beide Visionen oder Projekte teilen die Absicht, den ökologischen Fußabdruck zu reduzieren. Dennoch gibt es verschiedene Meinungen und Konflikte hinsichtlich der Wege und Mittel, um dorthin zu gelangen.

Es profilieren sich zwei unterschiedliche Visionen für die Städte, nämlich die nachhaltige Stadt und die Postwachstumsstadt.

### *Die Vision der nachhaltigen Stadt*

Die Literatur über nachhaltige Stadtentwicklung hat sich seit den 1990er Jahren stark in der praxisorientierten Sphäre entwickelt, die konkrete Lösungen umsetzen möchte, sowie in der wissenschaftlichen Sphäre, die damit manchmal kritisch umgeht. Für manche repräsentiert nachhaltige Entwicklung eine echte urbanistische Wende (Emelianoff 2007) oder erscheint als relevante Lösung um die negativen Effekte der Metropolisierung und der Ausbreitung der Stadt zu kontrollieren bzw. ihr entgegenzuwirken (Da Cunha 2005). In diesem Sinne unterscheidet sich das Projekt der nachhaltigen Stadtentwicklung von den großen Prinzipien des Funktionalismus, die im 20. Jahrhundert dominierten. Die Vision einer nachhaltigen Stadt scheint aber auch ein besonderes Feld zu sein, um technischen Fortschritt, ökologische Modernisierung oder grünes Wachstum zu verbreiten (wie zum Beispiel mit dem Konzept der Smart City). Hinten dem Thema nachhaltige Stadt sind daher sehr viele verschiedene Kategorien (Post-Carbon, Resilienz, Smart City und so weiter), verschiedene materielle Produktionen (Ökoviertel, Labelisierung von Techniken wie Passivhaus) und Instrumente, die auch oft freiwillig von Städten und Kommunen adoptiert wurden (Agenda 21, Klimaschutzkonzepte unter anderem) zu betrachten und einzuordnen.

### *Die Vision der Postwachstumsstadt*

Über die Postwachstumsstadt und wie sie konkret aussehen könnte, wurde bisher weniger geforscht und geschrieben als über nachhaltige Stadtentwicklung. Dennoch scheinen Städte ein relevanter Maßstab zu sein, um die Vision einer Postwachstumsgesellschaft zu verwirklichen. Diese Vision lässt sich auf das Denken des Philosophen Ivan Illich zurückführen, der für die Kontraproduktivität und für eine gesellige Gesellschaft (Conviviality) plädierte. Der Vater der Postwachstumsreflexion in Frankreich, Serge Latouche, benutzt die Metapher der Krebs-Krankheit, um das Wachstum zu erklären. So zerstört der Krebs »nicht nur die Stadt, er zerstört auch das Territorium, nagt am Ortsgefühl und beeinträchtigt das soziale Gefüge« (Latouche 2013, S.261). Produktivismus, Modernismus und Wachstum (sprich die Erbschaft des 19. und 20. Jahrhunderts) hätten nichts Anderes gemacht, als ein »urbanes und ländliches Desaster« (Latouche 2013, S. 260) zu produzieren. Dieses urbane Desaster sei ein Produkt der Wachstumsgesellschaft. Um aus dem Produkt der Wachstumsgesellschaft zu entfliehen, müsste eine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Wohlstand geschaffen und Anti-Produktivismus praktiziert werden.

Aspekte der sozialen Innovation, die alternative Lebensstile und Konsummuster, Partizipation, Genossenschaften usw. fördern, sind im Postwachstumsdiskurs stark ausgeprägt und werden teilweise auch mit der Vision der nachhaltigen Stadt geteilt. Das Projekt des Postwachstums setzt auf Mitmenschlichkeit, Mäßigkeit und Schlichtheit. Dafür plädiert Latouche (2007) für eine Wiederlokalisierung der Aktivitäten oder das Schaffen urbaner Bio-Regionen, die mehr Autonomie als eine komplette Autarkie erlauben, sowie mehr Resilienz und Diversität statt Spezialisierung schaffen. Laut Latouche (2013, S. 264) sollte eine Postwachstumsstadt »eine Stadt mit einem reduzierten ökologischen Fußabdruck sein, die eine enge Beziehung zum Ökosystem (eine Bioregion) unterhält. Die Stadt verbraucht niedrige Entropie (Energie, Ressourcen, Lebensmittel usw.) und exportiert massiv hohe Entropie (Abfall, Verschmutzung). (...) Sie ist ein ökologisches Raubtier, das wie eine Geisteroberfläche viel mehr als seine eigene Fläche verbraucht.« Der Autor des Postwachstums kritisiert die verbreitete funktionelle und moderne Stadt sowie den Einzelwohnraum und plädiert für eine kompakte Stadt ohne Hochhäuser aber mit Gemeinschaftsunterkünften, die auch energetische Vorteile mit sich bringen.

Postwachstum	Nachhaltige Stadt
Reaktion gegen das uneingelöste Versprechen der nachhaltigen Entwicklung Soziale Bewegung - Freiwilliges Engagement	Netzwerksarbeit Europäisierung und Rolle der EU Pragmatische Utopie
Antiwachstum = sehr starke Nachhaltigkeit Nicht lösbar im Kapitalismus	Ökologie der Vorschläge Versöhnungsbotschaft zwischen Wachstum, Entwicklung, Natur und Menschen Lösbar im Kapitalismus

Tabelle 1: Zusammenfassung – Unterschiede und Gleichartigkeiten Postwachstums- und nachhaltige Stadt. Quelle: Eigene Darstellung.

Für beide Visionen spielen Städte eine zentrale Rolle und sind sie ein relevanter Maßstab, um Änderungen zu bewirken und den ökologischen Fußabdruck zu reduzieren. Trotz der gemeinsamen Wurzeln von Postwachstum und Nachhaltigkeit und ihrer gemeinsamen Intention, weniger Ressourcen auszubeuten, scheint die Idee von Nachhaltigkeit und ihre logische Folge, die nachhaltige Stadt, mehr Aufmerksamkeit in der gesellschaftlichen und der politischen Debatte geweckt zu haben und dabei mehr Konkretisierung und Aneignung in der Stadtplanung und im kollektiven Handeln zu erlangen.

#### **4. Eine Hybridisierung in der urbanen Praxis? Das Beispiel der Suffizienz**

In der Praxis scheint die Trennung zwischen dem Nachhaltigkeits- und dem Postwachstumsprojekt nicht so klar zu sein. Heute wird zum Beispiel das Thema Suffizienz oder die suffiziente Stadt sowohl im Postwachstumsdiskurs (Schneidewind 2013) als auch im Nachhaltigkeitsdiskurs als Notwendigkeit erachtet. Der Begriff, der schon auf die griechische Philosophie der Antike zurückgeht und dessen Hauptvertreter Diogenes war, hat einen neuen Weg in die politischen Nachhaltigkeitsstrategien gefunden. Jedoch ist Suffizienz neben Effizienz und Konsistenz die dritte, wenngleich vernachlässigte Säule der Nachhaltigkeitsstrategie Deutschlands. Während Effizienz sich auf die Produktivität von Ressourcen konzentriert und Konsistenz auf das Einsetzen von Kreisläufen

ohne die Zerstörung der Ökosysteme bedeutet, meint Suffizienz eine Reduzierung von Verbrauch, die oft mit Verzicht assoziiert wird. Allerdings gehört das Thema Suffizienz insbesondere im Energiebereich zu den politischen Strategien der Energiewende in Deutschland, um den Energieverbrauch drastisch zu reduzieren, da Effizienz und Konsistenz alleine nicht helfen können, die ehrgeizigen Klimaschutzziele zu erreichen (zur Zeit in Deutschland: weitgehend treibhausgasneutral bis 2050 zu werden; international: das Pariser Übereinkommen den Anstieg der weltweiten Durchschnittstemperatur auf deutlich unter zwei Grad Celsius gegenüber vorindustriellen Werten zu begrenzen).

In sozialen Bewegungen und freiwilligen Initiativen hat Suffizienz meistens eine klare Aneignung gefunden. Bewegungen wie Transition Town und Città Slow, die sich im Laufe der 2000er Jahren entwickelt haben, arbeiten für urbane systemische Veränderungen. Alle diese Initiativen können unter dem Begriff der »Stadt der Commonisten« zusammengefasst werden, die den städtischen Lebensunterhalt durch privilegierte Aktionen namens

»Do it yourself/Do it together« fördern und dabei eine echte Alternative zur kapitalistischen Stadt darstellen (Baier et al. 2013). Diese Bewegungen, die vornehmlich aus der Zivilgesellschaft hervorgehen, plädieren grundsätzlich für eine Ablehnung eines technozentrischen Ansatzes und für mehr Suffizienz, ohne sich der Postwachstums- oder der Nachhaltigkeitsdebatte eindeutig anzuschließen.

Nichtsdestotrotz ist Suffizienz nicht nur eine Idee sozialer Bewegungen und Initiativen, sondern wurde in den letzten zehn Jahren mit mehr Ernsthaftigkeit betrachtet, wie zum Beispiel während der Veranstaltung »Klimaherbst: Suffizienz«, die 2014 in München stattgefunden hat und unter dem Motto »Wie viel Haben braucht das Sein?« die Herausforderungen der Genügsamkeit auf die öffentliche Sphäre thematisiert hat. Das Thema Suffizienz wurde ebenso auf den politischen Agenden der Städte mitgenommen, thematisiert und oft in konkrete strategische Maßnahmen gewandelt, sei es um energiesuffiziente Gesellschaften und Städte zu schaffen, etwa entsprechend dem Modell der 2000-Watt-Gesellschaft (in der Schweiz), oder in der Implementierung des Masterplans 100 Prozent Klimaschutz (am Beispiel der Stadt Heidelberg).

Im Rahmen ihres Masterplans 100 Prozent Klimaschutz hat die Stadt Heidelberg, die schon seit 1992 über große Erfahrungen im Bereich Klimaschutz verfügt, das Thema Suffizienz eingeführt, um ihre Ziele der CO<sub>2</sub>-Neutralität bis 2050 zu erreichen (Stadt Heidelberg 2011). Mit dem Zweck, die Bürger und Bürgerinnen in Klimabürger und Klimabürgerinnen zu verwandeln, wird mehr und mehr versucht, das Bewusstsein der Genügsamkeit zu fördern und auch alterna-

tive suffiziente Wohnformen wie Wohnungstauschbörsen zu entwickeln (Leuser und Brischke 2017).

Die Stadt Zürich in der Schweiz kann von dem Einfluss der ETH Zürich, die das Konzept der 2000-Watt-Gesellschaft 1997 entwickelt hat, profitieren. 2008 hat sie sich für dieses energiepolitische Ziel in der Hoffnung entschieden, die Bedürfnisse der heutigen Gesellschaft bis 2050 um zwei Drittel zu reduzieren. Dabei spielt Suffizienz eine entscheidende und zentrale Rolle (Gessler et al. 2013). Die Strategie der Stadt Zürich zeigt, wie die Herausforderung der Energiesuffizienz sich in verschiedenen stadtpolitischen und stadtplanerischen Bereichen wie Konsum, Mobilität, Gebäudebereich, Siedlung, Energieversorgung sowie Kommunikation durchsetzen kann (econcept 2012; Stadt Zürich 2014).

Diese Beispiele liefern den Beweis, dass Städte, die nach wie vor in einem Referenzrahmen von Wachstum und Nachhaltigkeit bleiben, das Thema Genügsamkeit dennoch als ernsthafte (umwelt)politische Strategie sehen können. Ob und wie sich diese zwei a priori widersprüchlichen Ansichten kombinieren lassen, um konkrete Ergebnisse gegen Ressourcenverschwendung zu erzielen, wird sich mit der Zeit zeigen. Generell erscheint Suffizienz für beide Seiten essentiell. Inspiriert von Wolfgang Sachs zeigt Uwe Schneidewind (2013), wie das »4 E-Modell« (Entrümpelung, Entschleunigung, Entflechtung und Entkommerzialisierung) für Suffizienzstrategien der Städte adaptiert werden kann (siehe Tabelle 2). Die Stadt der kurzen Wege ist Teil des Leitbildes der kompakten Stadt, die sich in den 1990er Jahren als Avatar der nachhaltigen Entwicklung profiliert hat. Die Vielfalt an konkreten Beispielen oder Aktionen zeigt die Schwierigkeit, die verschiedenen Initiativen als rein Postwachstum oder rein nachhaltig zu kategorisieren.

### Beispiele

#### **Entrümpelung**

Nutzen statt Besitzen (Carsharing...)  
Reduzierung von Wohnraum (flexible Flächen- und  
Raumnutzungskonzepte)

#### **Entschleunigung**

Ruheinseln  
Priorität an Fußgänger und Fahrradfahrer

#### **Entflechtung**

Stadt der kurzen Wege  
Regionalisierte Logistik

#### **Entkommerzialisierung**

Selbst-machen  
Selbstversorgung, Stadtgärten  
Mehrgenerationenhäuser und -wohnanlagen

Tabelle 2: Die »4 E« als Suffizienzstrategien für Städte. Quelle: Schneidewind 2013, S.17.

## Schlussfolgerungen

Die Politik der nachhaltigen Entwicklung wurde auf internationaler Ebene initiiert und hat neue Impulse für das öffentliche und urbane Handeln gesetzt. Dabei haben sich Städte neuen Fragen in Bezug auf ihr eigenes Wachstum gestellt, neue lokalen und fachübergreifende Instrumente adoptiert und versucht, neue ad hoc Lösungen zu finden. Demgegenüber wurde der Ansatz von Postwachstum mehr von der zivilen Gesellschaft und durch Bürger- und soziale Bewegungen reaktiviert. Ihr Argument ist in der Kritik des Wachstums und der Konsumgesellschaft und deren Auswirkungen auf die Produktion der Städte weiter als der Nachhaltigkeitsdiskurs begründet.

Für die Stadtforschung scheint es nicht so leicht zu ergründen, was aus der nachhaltigen Entwicklung und was aus dem Postwachstum kommt. Aber ist das wirklich die Frage? Soll sich die Stadtforschung auf eine potenzielle analytische Trennung konzentrieren oder eher eine pragmatische Haltung adoptieren? Die aktuelle Hybridisierung, die wir als Produkt des urbanen Handelns beobachten können, zeigt die verschiedenen Tendenzen der (Stadt)Politik und der Gesellschaft auf und die Komplexität der Frage, in welcher Gesellschaft wir leben wollen. Interessant wird zu sehen, wie sich das kollektive bzw. urbane Handeln in Zeiten der Ressourcenbeschränkung und des Klimawandels organisiert und wie die städtischen Akteure und Akteurinnen Kompromisse finden können, um Alternativen anzubieten, die mehr Lebensqualität, neue Solidaritätsformen, sowie Sozial- und Umweltgerechtigkeit zu schaffen und dabei die negativen Effekte des Wachstums und der Globalisierung zu vermindern. In diesem Sinne sollten Städte mehr denn je als Reallabore betrachtet werden (Schneidewind 2013), als Felder in denen sich viele verschiedene Initiativen entfalten können, die wir auch ernst nehmen müssen und die mehr Beobachtungen und Analysen verlangen, um die derzeitige Veränderungsprozesse zu verstehen.

## **Literatur:**

Arnaud, L.; Lebart, Ch.; Pasquier, R. (2006): Does ideology matter ? Standardisation de l'action publique territoriale et recompositions du politique, in : Arnaud, L.; Lebart, Ch.; Pasquier, R. (Hrsg.): *Idéologie et action publique territoriale. La politique change-t-elle encore les politiques ?*, Rennes, S. 11–31.

Ascher, F. (2008): Effet de serre, changement climatique et capitalisme cleantech, in: *Esprit*, 342 (2), S. 150–164.

Baier, A.; Müller, C.; Werner, K. (2013): *Stadt der Commonisten. Neue urbane Räume des Do it yourself*, Bielefeld.

Besse, J.-M. (2004): Le post-modernisme et la géographie. Éléments pour un débat, in: *l'Espace géographique*, 33(1), S. 1–5.

Duval, G. (2005): *Décroissance ou développement durable?* [<https://www.alternatives-economiques.fr/dcroissance-developpement-durable/00056159>; 10.04.2019]  
econcept (2012): *Grundlagen für ein strategisches und handlungsleitendes Prinzip «Suffizienz» als Element der nachhaltigen Entwicklung in der Stadt Zürich*, Zürich.

Emelianoff, C. (2007): La ville durable: l'hypothèse d'un tournant urbanistique en Europe, in: *L'information géographique*, 71(3), S. 48–65.

Euzen, A. (2013): A propos du développement durable..., in: Euzen, A.; Eymard, L.; Gaill, F. (Hrsg.): *Le développement durable à découvert*, Paris, S. 23–24.

Gessler, R.; Gugerli, H.; Altenburger, A. (2013): Suffizienz als Standbein der 2000-Watt-Strategie, in: *Tec21*, 139, S. 8–12.

Hourcade, J.-Ch.; Larrere, C.; Radane, P. (2007): Le développement durable: une utopie ou un chantier? in: *Revue Projet*, [<http://www.revue-projet.com/articles/2007-5-une-utopie-ou-un-chantier>; 3.05.2019].

Leuser, L.; Brischke, L.-A. (2017): *Suffizienz im kommunalen Klimaschutz*, Heidelberg.

Jobert, B. (1992): Représentations sociales, controverses et débats dans la conduite des politiques publiques, in: *Revue française de science politique*, 42(2), 219–234.

Levasseur, C. (2006): *Incertitude, pouvoir et résistance. Les enjeux du politique dans la modernité*, Laval.

Keil, R. (2007): *Sustaining Modernity, Modernizing Nature: The Environmental Crises and the Survival of Capitalism*, in: Krueger, R.; Gibbs, D. (Dir.): *The Sustainable Development Paradox: Urban Political Economy in the United States and Europe*, New York, S. 41–65.

Krieg-Planque, A. (2010): La formule “développement durable” : un opérateur de neutralisation de la conflictualité, in: *Langage et société*, 134(4), S. 5–29.

Lascoumes, P. (1994): *L'eco-pouvoir: Environnements et Politiques*, Paris.

Latouche, S. (2013): La décroissance comme projet urbain et paysager, in: *Études de Lettres*, 1(2), S. 259–274.

Latouche, S. (2007): *Petit traité de la décroissance sereine*, Paris.

Levy, A. (2006): Quel urbanisme face aux mutations de la société postindustrielle? in: *Esprit* 329 (11), S. 61–75.

Lyotard, J.-F. (1979): *La condition postmoderne*, Paris.

Méda, D. (2015): Quelle(s) science(s) et quel système de représentation au service de la transition écologique? in: Wieviorka, M.; Lévi-Strauss, L.; Lieppe, G. (Hrsg.): *Penser global. Internationalisation et globalisation des sciences humaines et sociales*, Paris, S. 103–116.

Rognon, F. (2009): Développement durable ou décroissance? Repenser l'économie à partir du souci du bien être des générations futures, in: *Bulletin de l'observatoire des politiques économiques en Europe*, 21(1), 3-5.

Rumpala, Y. (2010): Développement durable: du récit d'un projet commun à une nouvelle forme de futurisme? in: *A contrario*, 2(14), S. 111–132.

Schneidewind, U. (2013): Postwachstum, Wohlstand und die neue Rolle der Stadt, in: *TEC21*, 139, S. 14–18.



Schulz, C. (2017): Postwachstum in den Raumwissenschaften, in: Nachrichten der ARL, 04, S. 11–14.

Semal, L. (2015): La décroissance ou les limites du développement durable, [[https://www.canal-u.tv/video/canal\\_uved/3\\_la\\_decroissance\\_ou\\_les\\_limites\\_du\\_developpement\\_durable.19771;12.04.2019](https://www.canal-u.tv/video/canal_uved/3_la_decroissance_ou_les_limites_du_developpement_durable.19771;12.04.2019)]

Semal, L. (2013): Chapitre 6. Politiques locales de décroissance, in: Agnès Sinäi (Hrsg.), *Penser la décroissance*, Paris, S. 139–158.

Semal, L. (2012): *Militer à l'ombre des catastrophes: contribution à une théorie politique environnementale au prisme des mobilisations de la décroissance et de la transition*, Dissertation, Université du Droit et de la Santé Lille II.

Stadt Heidelberg (2011): *Masterplan 100% Klimaschutz*. Projektantrag, Heidelberg.

Stadt Zürich (2014): *Suffizienz. Ein handlungsleitendes Prinzip zur Erreichung der 2000-Watt-Gesellschaft*, Zürich.

Swyngedouw, E. (2007): Impossible Sustainability and the post-political condition, in: Krueger, R.; Gibbs D. (ed.): *The Sustainable Development Paradox: Urban Political Economy in the United States and Europe*, New York, S. 13–40.

Theys, J. (2014): Le développement durable face à sa crise: un concept menacé, sous-exploité ou dépassé? in: *Développement durable et territoires*, 5(1), [<https://journals.openedition.org/developpementdurable/10196;10.10.2018>].

Villalba, B. (2013): La dimension politique refoulée du développement durable, in: Euzen, A.; Eymard, L.; Gaill, F. (Hrsg.): *Le développement durable à découvert*, Paris, S. 26–27.

Vulbeau, A. (2006): Grands récits et petites histoires, in: *Informations sociales*, 7(35), S. 65–66.

Wackernagel, M.; Rees, W. (1996): *Our ecological footprint: reducing human impacts on earth*, New Haven.

World Commission on Environment and Development (WCED) (1987): *Our common future*, [<http://www.un-documents.net/wced-ocf.htm;21.03.2019>].

# **Wider den Innovationsimperativ! Eine Kritik am Konzept der sozialen Innovation aus Postwachstums- perspektive**

von Timmo Krüger

## **Das Konzept der sozialen Innovation und die Postwachstums- perspektive**

Das Konzept der sozialen Innovation ist in der Stadtforschung (und insgesamt in der Nachhaltigkeits- und Transformationsforschung) sehr präsent.<sup>1</sup> Unter sozialen Innovationen werden ganz allgemein neue Organisationsformen, Geschäftsmodelle, Konsumpraktiken usw. verstanden, die zu einem gesellschaftlichen Wandel in Richtung Nachhaltigkeit führen (sollen) (für einen Überblick und eine Diskussion verschiedener Definitionen und Anwendungen des Begriffs vgl. Marques, Morgan, Richardson 2018; Moulaert, MacCallum, Hillier 2013).<sup>2</sup>

---

1 Ich danke Lisa Kuhley für ihre Anmerkungen und Ideen zu diesem Aufsatz. Der Artikel basiert auf einem gemeinsamen Vortrag, den wir auf der Postwachstumsstadt-Konferenz in Weimar hielten. Lisa Kuhley ist Mitgründerin und Koordinatorin des Café kaputt in Leipzig. Im genannten Vortrag erörterte sie die praktischen Folgen des Innovationsimperativs auf die Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliche Grassroots-Initiativen im Allgemeinen und auf die Förderlandschaft im Besonderen. Am Beispiel des Café kaputt zeigte sie die Schwierigkeiten und Herausforderungen auf, die sich aus dem Innovationsimperativ für Degrowth-Initiativen wie das Leipziger Reparatur-Café ergeben.

2 Die normative Dimension der Definition gilt spezifisch für den Bereich der Nachhaltigkeits- und Transformationsforschung. In anderen Forschungsbereichen wird der Begriff der sozialen Innovationen durchaus weiter gefasst – ohne den Bezug zu einem gesellschaftlichen Wandel in Richtung Nachhaltigkeit.

Dahinter steht die Annahme, dass eine sozial-ökologische Transformation nicht allein durch technisch-ökonomische Innovationen erreicht werden könne, sondern dass es neuer sozialer Praktiken bedürfe, einerseits um die technisch-ökonomischen Potenziale überhaupt ausschöpfen zu können, andererseits aber auch um darüber hinaus gehende Transformationsprozesse einzuleiten (Hohwaldt & Schwarz 2017, S. 240f). In der Stadtforschung wird (die Hoffnung auf) das Zusammenspiel von technischen und sozialen Innovationen unter Schlagworten wie *Smart City* oder *Sharing Economy* verhandelt. Darunter werden ganz unterschiedliche Ideen, Geschäftsmodelle und Praktiken gefasst, beispielsweise *Airbnb*, *Carsharing*, *Co-Working Spaces*, Energiegenossenschaften, offene Werkstätten, *Urban gardening* usw. In diesem Aufsatz soll es nicht darum gehen, diese Bandbreite an Initiativen zu systematisieren oder zu diskutieren, inwieweit diese Innovationen ihren erklärten Anspruch – zur Lösung von sozialen und ökologischen Problemen beizutragen – einlösen können. Stattdessen werde ich im Folgenden argumentieren, warum *das Konzept* der sozialen Innovation aus Postwachstums- bzw. Degrowth-Perspektive<sup>3</sup> einige problematische Aspekte mit sich bringt (unabhängig davon, inwieweit konkrete Praktiken, die als soziale Innovationen bezeichnet werden, positiv oder negativ zu beurteilen sind).

Mit der Forderung nach Degrowth wird das Primat des Wirtschaftswachstums kritisiert. Die Senkung des Wirtschaftswachstums wird dabei nicht als eigentliches Ziel verstanden. Vielmehr wird davon ausgegangen, dass eine Reduktion des Durchsatzes einer Volkswirtschaft (des Durchflusses von Energie, Material und Abfällen) notwendig ist, um soziale und ökologische Gerechtigkeit (sowohl innerhalb von einzelnen Gesellschaften als auch auf globaler Ebene) erreichen zu können. Die Senkung des Durchsatzes führt wiederum – so die Annahme – aller Wahrscheinlichkeit nach zu einer Reduktion des Wirtschaftswachstums (Kallis 2018, S. 9).

Die Forderung nach Degrowth impliziert eine Kritik am Paradigma der ökologischen Modernisierung, in dem marktconforme Anreizstrukturen, Effizienz-

---

<sup>3</sup> In vielen deutschsprachigen Texten wird auf das englische Degrowth anstelle von Postwachstum zurückgegriffen, um an die gesellschaftstheoretische Dimension der Degrowth-Forschung und die Auseinandersetzung mit Gerechtigkeitsfragen anzuschließen, die in der deutschsprachigen Debatte um Suffizienz und Postwachstum etwas weniger präsent ist. Im vorliegenden Artikel werden Degrowth und Postwachstum synonym verwendet. Inhaltlich schließt der Artikel an die internationale Debatte an, in der Degrowth mit Gesellschaftstheorie verknüpft und als Orientierungspunkt für (angestrebte) gesamtgesellschaftliche Transformationsprozesse verstanden wird.

steigerungen<sup>4</sup> und die Entwicklung neuer Technologien im Vordergrund stehen (Hajer 1995; Krüger 2013, 2015; Mol, Sonnenfeld, Spaargaren 2009). Das in der Klima- und Umweltpolitik dominante ökomoderne Paradigma wird von einflussreichen Akteuren aus Politik und Wirtschaft unterstützt, weil es sogenanntes grünes Wachstum<sup>5</sup> verspricht. Es wird ein Sachzwang zur »Erzielung eines ökologisch-ökonomischen Doppelnutzens« (Jänicke 1988: 23) unterstellt, allerdings halten sich die zählbaren Erfolge, vor allem die ökologischen, in Grenzen. Bislang haben die Strategien der ökologischen Modernisierung nicht zu einer Reduktion der globalen Emissionen und des Ressourcenverbrauchs geführt (IPCC 2014, S. 6; Lorek 2015; Secretariat of the Convention on Biological Diversity 2014, S. 12), geschweige denn soziale Ungerechtigkeit und Machtverhältnisse verringert (Zweiteres ist allerdings auch nicht erklärtes Ziel des ökomodernen Ansatzes, Ersteres durchaus). Vor diesem Hintergrund postuliert die Degrowth-Perspektive das Primat einer schnellen und signifikanten Reduktion der globalen Emissionen und des Ressourcenverbrauchs. Der dafür notwendige absolut geringere Verbrauch von Energie, Rohstoffen und Land kann – in der gebotenen Dringlichkeit – nur durch eine verringerte Produktion und Konsumtion von ressourcen- und emissionsintensiven Gütern und Dienstleistungen erreicht werden. Folgerichtig müssen energie- und ressourcenintensive Sektoren schrumpfen, andere Sektoren wiederum – wie beispielsweise Bildung und Gesundheit – dürfen und sollen ausgebaut werden, um soziale und ökologische Gerechtigkeit voranzutreiben (Kallis, Demaria, Dalisa 2015). In dem Zusammenhang ist wichtig zu betonen, dass ein ungesteuerter Einbruch des Wirtschafts-

---

4 Die Effizienzstrategie strebt eine Verringerung des Inputs (der Rohstoffe und/oder der Primärenergie) bei Beibehaltung oder Steigerung des Outputs (an Gütern und Dienstleistungen) an. Allerdings führen Effizienzsteigerungen bislang nur zu relativen Einsparungen (pro Produkt oder Dienstleistung), die durch Reboundeffekte und Wirtschaftswachstum mehr als aufgewogen werden (Santarius 2015). Die Effizienzstrategie hat somit – auf globaler Ebene – bislang nur zu einer relativen Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Ressourcenverbrauch und von Treibhausgasemissionen geführt. Um nennenswerte Erfolge im Sinne der Ziele der Umweltgerechtigkeit erzielen zu können, wäre allerdings eine sofortige und signifikante absolute Entkopplung nötig. Im Falle einer relativen Entkopplung wachsen Ressourcenverbrauch und Treibhausgasemissionen langsamer als das Wirtschaftswachstum. Erst bei absoluter Entkopplung kommt es trotz Wirtschaftswachstum zu einer tatsächlichen Verringerung des Ressourcenverbrauchs und der Treibhausgasemissionen. Die Frage nach der relativen oder absoluten Entkopplung kann nur auf globaler Ebene beantwortet werden. Ein Fokus auf ausgewählte Staaten würde die Ergebnisse verzerren, da die Verlagerung verbrauchs- und emissionsintensiver Industriezweige in andere Teile der Welt nicht beachtet werden würde (Lorek 2015; Sommer & Welzer 2014, S. 89).

5 Als Antwort auf die Wachstumskritik, die in den 1970er Jahren artikuliert und durch die Degrowth-Bewegung in den letzten Jahren wiederbelebt wurde, vertritt der ökomoderne Ansatz die These des nachhaltigen Wachstums. Die Annahme lautet, dass Umweltschutz und Wirtschaftswachstum miteinander in Einklang gebracht werden können (Huber 2011, S. 279). Der ökomoderne Ansatz geht sogar so weit, den von Kritiker(inne)n postulierten Gegensatz in sein Gegenteil zu verkehren und Wirtschaftswachstum als Bedingung für effizienten Umweltschutz sowie umgekehrt Umweltschutz als Wachstumsmotor zu begreifen (Krüger 2015, S. 107f).

wachstums, bei sonst gleichbleibenden sozialen Verhältnissen, nicht Degrowth bedeutet. Dies verdeutlicht der folgende, in der südeuropäischen Degrowth-Bewegung geprägte Slogan »Votre récession n'est pas notre décroissance!« (sinngemäß: Eure Rezession entspricht nicht unseren Vorstellungen von Postwachstum.) Die in dem Slogan transportierte Kritik an der Austeritätspolitik verweist darauf, dass Wachstumsrücknahme in der Debatte um Degrowth nicht als Selbstzweck angesehen wird. Im Zentrum von Degrowth steht die Forderung einer demokratisch kontrollierten, drastischen Reduktion des Ressourcenverbrauchs und der Treibhausgasemissionen, um den Zielen der sozialen und ökologischen Gerechtigkeit (insbesondere auf globaler Ebene) näher zu kommen – und dabei eine, aller wahrscheinlich nach unvermeidliche, Wachstumsrücknahme in Kauf zu nehmen (D'Alisa, Demaria, Kallis 2015; Kallis 2018, S. 9).

Diese Kernforderung der Postwachstumsperspektive bildet den Hintergrund vor dem ich das Konzept der sozialen Innovation diskutiere. Aufgrund des transformativen Anspruchs der Nachhaltigkeits- und Transformationsforschung – und der tatsächlich großen Praxisrelevanz des Begriffs der sozialen Innovation (die sich beispielsweise in dem von Barack Obama gegründeten *Office of Social Innovation and Civic Participation*, im *Innovation Union Programme* der Europäischen Kommission, aber auch in vielen anderen politischen Programmen sowie in diversen zivilgesellschaftlichen Initiativen und Kampagnen zeigt) – gehe ich dabei, neben dem analytischen Wert des Konzepts, auch auf dessen politische Wirkung ein.

Wie der Titel bereits andeutet, fokussiert der vorliegende Artikel auf die Kritik am Konzept der sozialen Innovation. Um Missverständnisse zu vermeiden, möchte ich aber eingangs explizit betonen, dass außer Frage steht, dass unter dem Schlagwort der sozialen Innovation auch gute Forschung durchgeführt wurde und dass es für bestimmte Fragestellungen weiterhin zielführend sein kann, mit dem Konzept zu arbeiten. In diesem Sinne möchte ich zunächst einmal drei wesentliche Gründe nennen, weshalb das Konzept der sozialen Innovation für viele Wissenschaftler(innen) attraktiv erscheint.

- Es erhöht die Aufmerksamkeit für die komplexen sozialen Erfordernisse sozial-ökologischer Transformationsprozesse (Grimm et al. 2013).
- Als Orientierung für Politikinstrumente (z. B. Förderprogramme) und als strategischer Bezugspunkt diverser Organisationen ist das Konzept der sozialen Innovation äußerst praxisrelevant (Jessop et al 2013: 110; Grimm et al. 2013; Marques, Morgan, Richardson 2018, S. 496; Moulaert et al. 2013, S. 1).
- Das Konzept trägt zu einer Wertschätzung von gesellschaftlichen Nischen und damit zu einer Aufwertung von zivilgesellschaftlichen Grassroots-Ini-

tiativen bei (Pellicer-Sifres et al. 2017). Unter Überschriften wie Commoning und Solidarische Ökonomie werden dabei auch Akteure und Initiativen ins Zentrum gerückt, denen in Postwachstumsdebatten großes Transformationspotenzial zugesprochen wird (Biedermann & Ripperger 2017; Exner & Lauk 2012; Faber & Oswalt 2013; Noack 2015).

Diesen Erfolgsfaktoren stehen allerdings vier Aspekte gegenüber, die aus Postwachstumsperspektive negativ zu bewerten sind.

### **Überstrapazierung des Innovationsimperativs**

Dem Konzept der sozialen Innovation ist eine Überstrapazierung des Innovationsimperativs inhärent. Es unterstellt, dass es stets die (vermeintlichen oder tatsächlichen) Neuerungen von sozialen Praktiken und Initiativen sind, die relevant sind für die sozial-ökologische Transformation (Jaeger-Erben, John, Rückert-John 2017, S. 248). Diese Annahme wirkt sich in zweierlei Hinsicht problematisch aus. Erstens lenkt es die Wahrnehmung zwangsläufig auf die Phänomene der Neuerung. Dabei entgeht der (wissenschaftlichen) Beobachtung unter Umständen, dass das Transformationspotenzial bestimmter Praktiken und Initiativen evtl. auf ganz anderen Ebenen zu finden sind – beispielsweise in Erfahrungen von Selbstermächtigung und Selbstwirksamkeit (ebd.). Zweitens steigert die Innovationserwartung das Prinzip der permanenten Aktivierung von noch nicht gänzlich ausgeschöpften (nicht nur physischer, sondern auch sozialer und kultureller) Energiequellen (Rosa, Dörre, Lessenich 2017, S. 61 bis 64). Insgesamt befeuert der Innovationsimperativ die Steigerungslogik moderner Gesellschaften und damit einhergehende Symptome wie die enge Taktung von Deadlines, die Verkürzung des Planungshorizontes, aber auch die Simulation von Innovationen (Kropp 2015, S. 24).

Ganz praktisch wirkt sich das beispielsweise auf Kriterien bei der Vergabe von Fördermitteln aus. Der durch Fördermittel-Ausschreibungen erzeugte Druck zur permanenten Innovation und zur Projektförmigkeit stellt ein Hindernis für die angestrebte Verstetigung von nichtmarktförmig organisierter Arbeit dar. Zivilgesellschaftliche Initiativen, die auf die Einwerbung von Fördergeldern angewiesen sind, müssen sich entweder ständig neu ausrichten oder sich über ein jährlich wechselndes Angebot finanzieren. Die Weiterführung des Regelbetriebs muss ehrenamtlich nebenbei geleistet werden, da Ausschreibungen ihren Schwerpunkt auf soziale Innovationen legen, wie sich an der häufigen Nennung von Schlagwörtern wie »Innovation«, »Neuheit«, »Modellhaftigkeit« und »Im-

pulse« in Ausschreibungstexten zeigt. Dies widerspricht in den meisten Fällen der Eigenlogik von Initiativen, die implizit oder explizit einen Degrowth-Ansatz verfolgen. In der Regel entfalten zivilgesellschaftliche Initiativen erst durch ihre regelmäßigen, wiederkehrenden Angebote eine große Wirkung. Ein weiteres Problem ist, dass die meistens sehr kurzen Förderperioden zu Burnout und Fluktuation führen. Die (meist ehrenamtlichen) Mitarbeiter(innen) springen ab, weil es keine finanzielle Sicherheit für das Fortbestehen des Projektes gibt – geschweige denn für längerfristige Beschäftigungsverhältnisse. Der Druck zur Innovation verringert die Möglichkeiten, langfristig zu planen und bewährte Angebote zu erhalten – was nötig wäre, um den Kreis der Nutzer(innen) zu erweitern, um aus der Nische heraus zu kommen und tatsächlich Impulse für gesamtgesellschaftliche Transformationsprozesse setzen zu können.

*Als Illustration meiner Argumente werde ich im Folgenden immer wieder auf das Beispiel der Reparatur-Initiative Café kaputt, die 2012 in Leipzig gegründet wurde, eingehen. Der Regelbetrieb des Café kaputt wird von ehrenamtlichen, handwerklich versierten, Mitarbeiter(inne)n gestemmt, die gemeinsam mit den Besucher(inne)n des Cafés die mitgebrachten defekten Gegenstände reparieren. In den Reparatursprechstunden (auf Spendenbasis) steht – neben der Ermöglichung einer langlebigen Nutzung von Gegenständen – das skill sharing, das gemeinsame Erwerben von Reparatur-Fähigkeiten, im Fokus. Darüber hinaus ist das Café kaputt ein Ort des Austausches über Themen wie Wegwerfgesellschaft und Postwachstum, an dem auch Bildungsprojekte durchgeführt werden.*



Abb. 1: »Café kaputt«  
(leben.lernen.leipzig e. V.),

*In den ersten Jahren stellte der starke Fokus auf Innovationen in Ausschreibungen wie dem Innovationspreis Weiterbildung 2018 des Freistaates Sachsen für das Projekt noch kein Hindernis dar. Im Gegenteil, die Idee der Repaircafés kam gerade erst aus den Niederlanden nach Deutschland und in Leipzig gab es eine solche Initiative noch nicht, so dass zu Beginn viele Finanzierungsmöglichkeiten offenstanden. Allerdings wird der Innovationsdruck für das Café kaputt zunehmend zum Problem. Es wird immer schwieriger, den Regelbetrieb zu finanzieren. Für neue Angebote (wie zusätzliche Bildungsprojekte) können zwar weiterhin Fördermittel akquiriert werden, aber weder für die Entlohnung von Verwaltungs- und Koordinationsaufgaben noch für Miete oder verschlissene Werkzeuge.*

### **Vernachlässigung von Konflikten und Machtfragen**

Das Konzept der sozialen Innovation hat eine harmonische Schlagseite. Unterbelichtet bleiben Konflikte und Machtfragen, die in erster Linie nicht in Bezug auf Innovationen, sondern in Bezug auf Exnovationen ausgetragen werden. Exnovation bezeichnet die intendierte Verdrängung (bzw. Rückbau) und Eliminierung von Praktiken, Produkten, Technologien und Infrastrukturen (Gross & Mautz 2015, S. 3; Heyen, Hermvville, Wehnert 2017, S. 326). Exnovationen können durch unterschiedliche Akteure, aus unterschiedlichen Gründen vorangetrieben werden und sie können abrupt oder schrittweise erfolgen. Prozesse der Exnovation gehen – anders als Prozesse der Innovation – nahezu zwangsläufig mit Konflikten einher. Schließlich haben die Nutzer(innen) und Profiteur(innen) der zur Eliminierung auserkorenen Elemente in der Regel ein Interesse an der Fortschreibung ihrer Produktions- und Konsummuster (David 2018, S. 523; Heyen, Hermvville, Wehnert 2017, S. 327f). Es ist jedoch offensichtlich, dass in einer ambitionierten sozial-ökologischen Transformation nicht einfach neue, innovative Praktiken, Produkte, Technologien und Infrastrukturen additiv hinzugefügt werden können, ohne die bestehenden anzutasten (Gross & Mautz 2015, S. 146).

Dies zeigt sich beispielsweise im Fall der Energiewende in Deutschland. Im Stromsektor ist der Zuwachs an erneuerbaren Energien enorm. Jedoch ist die Kohleverstromung relativ konstant geblieben. Die Exnovation der Kohleverstromung stellt allerdings die entscheidende Bedingung für eine signifikante Verringerung der Treibhausgasemissionen dar. Und



genau an diesem Punkt ist die Energiewende in Deutschland noch nicht entscheidend vorangekommen, weil ein Kohleausstieg zwangsläufig mit harten Konflikten einhergeht. Obwohl die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (»Kohlekommission«) Anfang 2019 ihren Abschlussbericht verabschiedete, der nun als Grundlage für ein Kohleausstiegsgesetz der Bundesregierung dient, bleibt das Thema kontrovers. Die im Bericht vorgeschlagene Roadmap, die ein Ende der Kohleverstromung im Jahr 2038 vorsieht, wird von einigen Akteuren als zu ambitioniert und von anderen als zu zaghaft kritisiert. Insofern ist davon auszugehen, dass in Zukunft nicht nur um die im Bericht offen gebliebenen Punkte (die konkreten Schritte der Stilllegung von Kohlekraftwerken ab 2022), sondern weiterhin auch um die großen richtungsweisenden Entscheidungen gestritten wird (David & Gross 2019).

Noch eindrücklicher als das Beispiel des Stromsektors ist das Beispiel der ausbleibenden Mobilitätswende. Verkehr ist der einzige Sektor in Deutschland, in dem im Vergleich zu 1990 die Treibhausgasemissionen nicht zurückgegangen, sondern weiter angestiegen sind (Umweltbundesamt 2019, S. 71). Dies ist zum einen auf die große Bedeutung der Automobilbranche – als Garantin für Profite und gut bezahlte Arbeitsplätze – für die deutsche Wirtschaft zurückzuführen. Zum anderen sind der motorisierte Individualverkehr und das Fliegen in unserer Gesellschaft sehr tief verankert und stellen Symbole für Freiheit und Wohlstand dar. Weil hier die Wachstumsstrategien aus Wirtschaft und Politik mit den Orientierungen und Alltagspraxen vieler Menschen korrespondieren und einer grundsätzlichen Änderung der Produktions- und Konsummuster entgegenstehen, liegen große Hoffnungen auf technischen Innovationen wie Elektromobilität, aber auch auf sozialen Innovationen wie Car-Sharing. Der entscheidende Hebel, um Ressourcenverbrauch und Treibhausgasemissionen in der geforderten Kürze der Zeit drastisch zu senken, ist aber die zumindest partielle Exnovation von Praktiken und Infrastrukturen des motorisierten Individualverkehrs und des Fliegens – und dazu tragen weder Elektromobilität noch Car-Sharing bei. Tatsächlich scheinen profitorientierte Sharing-Modelle im Straßenverkehr (seien es Autos, Fahrräder oder Roller, die oftmals ungenutzt an allen möglichen Orten stehen) zu einem größeren Ressourcenverbrauch und zu mehr Treibhausgasemissionen zu führen. Eine Studie vom Öko-Institut,

dem Frankfurter Institut für sozial-ökologische Forschung und car2go konstatiert, dass es durch das Angebot von car2go zu einer Erhöhung des Pkw-Bestandes (da die Nutzer(innen) weniger Pkws abschafften als durch car2go bereitgestellt wurde) und zu einer Erhöhung der verkehrsbedingten Treibhausgasemissionen (durch eine verstärkte Nutzung des Autos) kam (Öko-Institut & ISOE 2018, S. 84, 116ff).

Um die angedeuteten massiven Beharrungstendenzen erfassen zu können, braucht es wissenschaftliche Konzepte, die sensibel sind für die (Notwendigkeit von) Konflikte(n) und Machtfragen, die mit Exnovations-Bestrebungen verbunden sind. Schließlich ist eine verringerte Produktion und Konsumtion von Gütern und Dienstleistungen, die mit der Verabschiedung von lieb gewonnenen Gewohnheiten und Privilegien einhergeht, aus Postwachstumsperspektive zentral (Arnold et al. 2015).

### **Favorisierung von inkrementellen gegenüber transformativen Politikansätzen**

Das Konzept der sozialen Innovation favorisiert inkrementelle gegenüber transformative Politikansätze. Inkrementalismus bezeichnet die Vorstellung, mit kleinen Schritten in die richtige Richtung zu einer Lösung komplexer sozialer Probleme zu kommen (Smerecnik & Renegar 2010, S. 162). Eine inkrementelle Vorgehensweise vermeidet Umbrüche. Stattdessen sollen die bestehenden Strukturen so lange wie möglich ausgebaut und optimiert werden. Dagegen zielen transformative Ansätze auf einen Bruch mit den hegemonialen Strukturen. Die Praxen und Strategien von Akteuren gelten dann als transformativ, wenn sie sich nicht mit der Einrichtung einer Nische begnügen, sondern auf die eine oder andere Art Konflikte austragen und sich in politischen Auseinandersetzungen positionieren, um zur Transformation gesellschaftlicher Leitbilder, Normen, Institutionen und Infrastrukturen beizutragen (Calvário & Kallis 2017). Laut Howaldt und Schwarz (2017, S. 242f) haben nur wenige derjenigen Initiativen, die gemeinhin als soziale Innovationen verstanden werden, einen transformativen Anspruch in diesem Sinne. Sie konstatieren, dass besagte Initiativen in die Bresche springen, wenn traditionelle Formen wirtschaftlichen und staatlichen Handelns keine adäquaten Lösungen für soziale und ökologische Probleme bieten. Dabei »übernehmen viele soziale Innovationen gewissermaßen Reparaturfunktionen, ohne die

vorherrschenden Praktiken und die damit verbundenen institutionellen Gefüge grundlegend zu verändern« (Howaldt & Schwarz 2017, S. 242).

*Auch für das Café kaputt wird es zunehmend zur Herausforderung, dem eigenen transformativen Anspruch gerecht zu werden, weil es sich den Förder-Ausschreibungen anpassen muss. In dem Zusammenhang lautet ein von externen Personen regelmäßig eingebrachter Vorschlag, dass man ein Sozialunternehmen gründen und die eigenen Angebote so organisieren könne, dass sie Gewinne generieren. Oder man könne einen wirtschaftlichen Betrieb nebenbei laufen lassen (naheliegender sei ein »normales« Café), der die gemeinnützigen Aktivitäten querfinanziere. Diese Optionen lehnen die Betreiber(innen) des Café kaputt ab, weil es aus Postwachstums-Perspektive ein zentrales Charakteristikum von Reparatur-Cafés ist, dass sie Räume jenseits der Markt- und Tauschlogik darstellen. Daran zu rütteln hätte nicht nur zur Folge, dass man die Teilhabe von Menschen mit geringem Einkommen erschweren würde. Darüber hinaus wäre man gezwungen, das Projekt aus betriebswirtschaftlicher Perspektive zu denken und weiter zu entwickeln. Das würde den Charakter des Cafés stark verändern und zu einem weitgehenden Verlust der Transformationskraft führen.*



Abb. 2: »Café kaputt«  
(leben.lernen.leipzig e. V.),  
Fotografin: Lauren-Victoria Mc Kown

Mir scheint, dass das Übergewicht inkrementeller Politikansätze nicht bloß eine Momentaufnahme darstellt. Es ist beileibe kein Zufall, dass soziale Innovationen »in der Regel auf eine Modernisierung bestehender Strukturen« (Howaldt & Schwarz 2017, S. 242) zielen. Schließlich basiert das Konzept der sozialen Innovation letztlich auf modernisierungstheoretischen Prämissen, in denen die fortschreitende Entwicklung als gesellschaftliches Ziel gilt, das durch stetigen Fortschritt – nicht nur technologischer Art, sondern eben auch durch eine Dy-

namisierung des sozialen und kulturellen Lebens – erreicht werden soll (Kropp 2015). Damit verbleibt das Konzept der sozialen Innovation auf dem Terrain der Steigerungsspirale moderner Gesellschaften, deren Wachstumsprinzip und Beschleunigungslogik zur sozial-ökologischen Krise führten (Rosa, Dörre, Lessenich 2017, S. 61). Das Konzept fügt sich somit ein in den Modus dynamischer Stabilisierung, der für moderne Gesellschaften typisch ist (ebd.: 54) und der aus Postwachstumsperspektive als Teil des Problems zu verstehen ist.

### **Ignoranz gegenüber traditionellen Lebensweisen**

Der Fokus auf Innovationen verstellt den Blick dafür, dass es (sowohl lokal als auch global betrachtet) oftmals gerade die sogenannten traditionellen Lebensweisen sind, die tendenziell postwachstumskompatibel sind (Eversberg 2018, S. 35f; Kallis et al. 2018). Wenn man diese vermeintlich triviale Feststellung ernst nimmt, wird die pauschale Innovationsorientierung fragwürdig. Gleichzeitig muss davor gewarnt werden, traditionelle Lebensweisen zu romantisieren oder über Ungerechtigkeiten – beispielsweise in Bezug auf tradierte Geschlechterrollen – hinwegzusehen. Nichtsdestotrotz stellt sich die Frage, ob es nicht zielführend wäre, den Fokus stärker auf den vorhandenen (teilweise aber auch bereits verloren gegangenen) marginalisierten, randständigen, vermeintlich überholten oder schlicht wenig beachteten sozialen Welten zu legen, die sich gerade nicht durch ihre Innovationskraft, sondern durch ihre Immobilität, Passivität und Kontemplation auszeichnen. Weiterhin stellt sich die Frage, inwieweit zeitlich und räumlich entfernte, sogenannte traditionelle oder indigene Gesellschaften Inspirationen bieten können für die Konstruktion von gesellschaftlichen Institutionen, die zwar beweglich und lernfähig sind, aber nicht im Modus einer sich stetig steigernden dynamischen Stabilisierung operieren (Kallis et al. 2018; Nirmal & Rocheleau 2019; Rosa, Dörre, Lessenich 2017, S. 64f).

*Die ehrenamtlichen Mitarbeiter(innen) des Café kaputt stammen aus ganz unterschiedlichen sozialen Milieus, unter ihnen sind Rentner\*innen, Langzeitarbeitslose, arbeitstätige Menschen und Studierende. Werden politische und soziokulturelle Initiativen in der Regel nahezu ausschließlich durch eine dynamische, hoch mobile, gut vernetzte, akademische Klientel getragen, ist das Spektrum im Café kaputt heterogener. Hier übernehmen auch Menschen Aufgaben und Funktionen, die nicht unbedingt den Habitus von Trendsettern aus sogenannten Leitmilieus verkörpern. Personen, die es vielleicht eher nicht gewohnt sind, Ämter zu bekleiden, sich öf-*

fentlich zu positionieren, Networking zu betreiben oder sich international auszutauschen, arbeiten in der Reparaturinitiative als Ehrenamtliche, die sich mit ihrer handwerklichen Expertise und ihrer Affinität zum Reparieren, Tüfteln und selber machen produktiv einbringen. Gerade weil sie – beispielsweise im Vergleich zu der Gruppe der Studierenden, die im Café kaputt selbstverständlich auch vertreten ist – weniger mobil und in weniger Aktivitäten und Netzwerke eingebunden sind, spielen sie eine tragende Rolle für das Leipziger Repaircafé. Sie ziehen nicht um, sie bleiben geduldig bei Rückschlägen, sie widmen sich nicht nach kurzer Zeit schon dem nächsten Projekt und sie sind auch nicht viele Wochen oder Monate im Jahr außer Landes. Sie bilden also eine verlässliche Säule. Sie identifizieren sich mit dem Café kaputt und sind bereit, langfristig Verantwortung zu übernehmen.



Abb. 3: ›Café kaputt‹  
(leben.lernen.leipzig e. V.),  
FotografIn: Lauren-Victoria Mc Kown

## Fluchtpunkte einer transformativen Politik jenseits des Innovationsimperativs

Die erläuterten Kritikpunkte beinhalten zwei Stoßrichtungen. Erstens zielt meine Kritik auf den Nachweis, dass mit dem Konzept der sozialen Innovation nicht unbedingt die Phänomene in den Mittelpunkt gerückt werden, die tatsächlich relevant sind für eine Transformation hin zur Postwachstumsstadt bzw. -gesellschaft. So bleibt die Notwendigkeit der Politisierung modernisierungstheoretischer Prämissen unterbelichtet genauso wie die Bedeutung von Konflikten (um Exnovationen). Zweitens wurde herausgearbeitet, dass das Konzept der sozialen Innovation in seiner Praxisrelevanz ambivalent einzuschätzen ist. Die gestiegene Aufmerksamkeit für die komplexen sozialen Erfordernisse sozial-ökologischer Transformationsprozesse und die Aufwertung von zivilgesellschaftlichen Grassroots-Initiativen geht einher mit einer Reproduktion

der Steigerungslogik moderner Gesellschaften, die als Teil des Problems zu betrachten ist. Deshalb lautet die These dieses Artikels, dass es aus Postwachstumsperspektive geboten ist, das Konzept der sozialen Innovation fallen zu lassen und stattdessen Anschlüsse zu suchen an Debatten um Buen Vivir (Cubillo-Guevara et al. 2018; Krüger 2018), Degrowth (Kallis 2018), Externalisierungsgesellschaft (Lessenich 2016), imperiale Lebensweise (Brand & Wissen 2017), Neo-Extraktivismus (Gudynas 2011), Post-Development (Escobar 1995), Resonanz (Rosa 2016) oder Umwelt- und Klimagerechtigkeit (Martinez-Alier 2014), in denen nicht um alternative Entwicklungspfade, sondern um Alternativen zur (Fixierung auf) Entwicklung gerungen wird (Escobar 2015). Dies bedeutet, bestimmte Grundannahmen, Institutionen und Basisprinzipien der »westlichen« Moderne als Ursache der sozial-ökologischen Krise zu benennen und ihre Überwindung einzufordern.

Die Realisierungschancen einer Postwachstumsstadt bzw. -gesellschaft hängen nicht in erster Linie von der Innovationskraft neuer Initiativen, Praktiken und Akteure ab, sondern von Machtkämpfen, in denen um die Entwicklung und Durchsetzung eines neuen gesellschaftlichen Konsenses,<sup>6</sup> einer neuen Hegemonie gerungen wird. Die damit verbundenen großen Fragen, wie soziale Kräfteverhältnisse, wachstumsbasierte Vorstellungen vom Allgemeinwohl und verstetigte institutionelle Arrangements so verändert werden können, dass Postwachstumspraktiken hegemonial werden, können letztlich immer nur vorläufig und unbefriedigend beantwortet werden. Und doch müssen Akteure immer wieder Antworten auf diese Fragen finden – sofern sie darauf abzielen, fundierte strategische Entscheidungen zu treffen, um ihre Wirkung über die kleinen Nischen alternativer Gemeinschaften oder Projekte hinaus auszuweiten (Calvário & Kallis 2017, S. 601). Diese strategischen Entscheidungen können nur in konkreten Praktiken transformativer Politik ausgehandelt werden. Deshalb möchte ich an dieser Stelle nur mit zwei allgemein gehaltenen Vorschlägen für Orientierungspunkte enden, die sich an politische und soziokulturelle Degrowth-Initiativen sowie an eine sich als *partisan scholarship* (Galis & Hansson 2012), als Partei ergreifend, verstehende Degrowth-Forschung richten. Erstens gilt es, die Hinterfragung und Überwindung modernisierungstheoretischer Annahmen (des Wachstumsprinzips und

---

6 Konsens meint in hegemonietheoretischen Ansätzen in Anschluss an Gramsci einen aktiv hergestellten Konsens, der das Ergebnis von Kämpfen um Hegemonie ist. Insofern sind in einem Konsens stets bestimmte Partikularinteressen privilegiert eingeschrieben und andere Partikularinteressen wiederum marginalisiert (Wullweber 2010, S. 83).

der Dynamisierungslogik) und die sich daraus ergebenden Konflikte (um Exnovationen) immer wieder ins Zentrum (der Analyse von) transformativer Politik zu rücken. Zweitens erscheint es mir – wenngleich im Einzelfall oftmals als pragmatische Entscheidung nachvollziehbar – auf lange Sicht fatal, »der Innovationsrhetorik potenzieller Fördermittelgeber das Wort zu reden« (Jaeger-Erben, John, Rückert-John 2017, S. 248), sei es bei Forschungsanträgen im Bereich der Wissenschaft oder bei der Einwerbung von Fördergeldern im zivilgesellschaftlichen Bereich. Stattdessen sollten alternative Begriffe und Narrative gesucht und ausprobiert werden, die geeignet sind, um Prozesse kollektiver Selbstverständigung und Selbstermächtigung (Lessenich 2016, S. 194) einerseits anzustoßen und andererseits als Erfahrungen von Resonanz und Selbstwirksamkeit (Rosa 2016, S. 367 bis 380) erleben und beschreiben zu können.

## Literatur:

- Arnold, A. et al. (Hrsg.) (2015): *Innovation – Exnovation. Über Prozesse des Abschaffens und Erneuerns in der Nachhaltigkeitstransformation*, Marburg.
- Biedermann, A.; Ripperger, A. (2017): *Urban Gardening und Stadtentwicklung. Neue Orte für konflikthafte Aushandlungsprozesse um städtischen Raum*, Wiesbaden.
- Brand, U.; Wissen, M. (2017): *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*, München.
- Calvário, R.; Kallis, G. (2017): *Alternative Food Economies and Transformative Politics in Times of Crisis: Insights from the Basque Country and Greece*, in: *Antipode*, 49(3), p. 597–616.
- Cubillo-Guevara, A. P. et al. (2018): *Die lateinamerikanischen Diskurse zu buen vivir. Entstehung, Institutionalisierung und Veränderung*, in: *Peripherie: Politik, Ökonomie, Kultur*, 38(149); S. 8–28.
- D'Alisa, G.; Demaria, F.; Kallis, G. (eds.) (2015): *Degrowth. A vocabulary for a new era*, Abingdon/ New York.

David, M. (2018): Exnovation as a necessary factor in successful energy transitions, in: Davidson, D. J.; Gross, M.; David, M. (eds.): *Oxford Energy and Society Handbook*, New York, p. 520–537.

David, M.; Gross, M. (2019): Futurizing politics and the sustainability of real-world experiments. What role for innovation and exnovation in the German energy transition?, in: *Sustainability Science*, 14(4): p. 991–1000.

Escobar, A. (1995): *Encountering Development: The Making and Unmaking of the Third World*, Princeton.

Escobar, A. (2015): Degrowth, postdevelopment, and transitions. A preliminary conversation, in: *Sustainability Science*, 10(3), p. 451–462.

Eversberg, D. (2018): Grenzen der Komplexität. Überlegungen zu einer Ökologie flexibel-kapitalistischer Subjekte. Working Paper der DFG-Kollegforscher\_innengruppe Postwachstumsgesellschaften, 1/2018, Jena.

Exner, A.; Lauk, C. (2012): Social Innovations for Economic Degrowth, in: *The Solutions Journal*, 3(4), p. 45–49.

Faber, K.; Oswald, P. (Hrsg.) (2013): *Raumpioniere in ländlichen Regionen. Neue Wege der Daseinsvorsorge*, Leipzig.

Galis, V.; Hansson, A. (2012): Partisan Scholarship in Technoscientific Controversies: Reflections on Research Experience, in: *Science as Culture*, 21(3), p. 335–364.

Grimm, R et al. (2013): Social innovation, an answer to contemporary societal challenges? Locating the concept in theory and practice, In: *Innovation: The European Journal of Social Science Research*, 26(4), p. 436–455.

Gross, M.; Mautz, R. (2015): *Renewable energies*, London/ New York.

Gudynas, E. (2011): Neo-Extraktivismus und Ausgleichsmechanismen der progressive süd-amerikanischen Regierung, in: *Kurswechsel*, 3, S. 69–80.



Hajer, M.A. (1995): *The Politics of Environmental Discourse. Ecological Modernization and the Policy Process*, New York.

Heyen, D.A.; Hermwille, L.; Wehnert, T. (2017): Out of the Comfort Zone! Governing the Exnovation of Unsustainable Technologies and Practices, in: *GAIA - Ecological Perspectives for Science and Society*, 26(4), p. 326–331.

Howaldt, J.; Schwarz, M. (2017): Die Mechanismen transformativen Wandels erfassen. Plädoyer für ein praxistheoretisches Konzept sozialer Innovationen, in: *GAIA - Ecological Perspectives for Science and Society*, 26(3), S. 239–244.

Huber, J. (2011): Ökologische Modernisierung und Umweltinnovation, in: Gros, Matthias (Hrsg.): *Handbuch Umweltsoziologie*, Wiesbaden, S. 279–302.

IPCC (2014): *Summary for Policymakers*, in: *Climate Change 2014. Mitigation of Climate Change. Contribution of Working Group III to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*, Cambridge/ New York.

Jaeger-Erben, M.; John, R.; Rückert-John, J. (2017): Soziale Innovation. Verheißung oder Verführung?, in: *GAIA - Ecological Perspectives for Science and Society*, 26(3), S. 245–248.

Jessop, B. et al. (2013): Social innovation research: a new stage in innovation analysis? In: Moulaert, F. (eds.): *The international handbook on social innovation. Collective action, social learning and transdisciplinary research*, Cheltenham/ Northampton, p. 110–130.

Kallis, G. (2018): *Degrowth*, Newcastle upon Tyne.

Kallis, G.; Demaria, F.; D'Alisa, G. (2015): Introduction, in: D'Alisa, G.; Demaria, F.; Kallis, G. (eds.): *Degrowth. A vocabulary for a new era*, Abingdon/ New York, p. 1–18.

Kallis, G. et al. (2018): Research On Degrowth, in: *Annual Review of Environment and Resources*, 43(1), p. 291–316.

Kropp, C. (2015): Exnovation – Nachhaltige Innovationen als Prozesse der Abschaffung, in: Arnold, A. et al. (Hrsg.) (2015): *Innovation – Exnovation. Über Prozesse des Abschaffens und Erneuerns in der Nachhaltigkeitstransformation (Ökologie und Wirtschaftsforschung)*, Marburg, S. 13–34.

Krüger, T. (2013): Das Hegemonieprojekt der ökologischen Modernisierung, in: *Leviathan. Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft*, 41 (3), S. 422–456.

Krüger, T. (2015): Das Hegemonieprojekt der ökologischen Modernisierung. Die Konflikte um Carbon Capture and Storage (CCS) in der internationalen Klimapolitik, Bielefeld.

Krüger, T. (2018): Politische Strategien des *buen vivir*: Sozialistische Regierungspolitik, indigene Selbstbestimmung und Überwindung des wachstumsbasierten Entwicklungsmodells, in: *Peripherie: Politik, Ökonomie, Kultur*, 38(1), S. 29–54.

Lessenich, S. (2016): Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis, München.

Lorek, S. (2015): Dematerialization. In: D'Alisa, G.; Demaria, F.; Kallis, G. (eds.): *Degrowth. A Vocabulary for a New Era*, New York, p. 83–86.

Marques, P.; Morgan, K.; Richardson, R. (2018): Social innovation in question. The theoretical and practical implications of a contested concept, in: *Environment and Planning C: Politics and Space*, 36(3), p. 496–512.

Martinez-Alier J. et al. (2014): Between activism and science: grassroots concepts for sustainability coined by Environmental Justice Organizations, in: *Journal of Political Ecology*, 21, p. 19–60.

Mol, A. P. J.; Sonnenfeld, D. A.; Spaargaren, G. (eds.) (2009): *The Ecological Modernisation Reader. Environmental Reform in Theory and Practice*, London/ New York.

Moulaert, F.; MacCallum, D.; Hillier, J. (2013): Social innovation: intuition, precept, concept, theory and practice, in: Moulaert, F. et al. (eds.): *The international handbook on social innovation. Collective action, social learning and trans-disciplinary research*, Cheltenham/ Northampton, p. 13–24.

Moulaert, F. et al. (2013): General Introduction: the return of social innovation as a scientific concept and a social practice. in: Moulaert, F. et al. (eds.): *The international handbook on social innovation. Collective action, social learning and transdisciplinary research*, Cheltenham/ Northampton, p. S. 1–6.

Nirmal, P.; Rocheleau, D. (2019): Decolonizing degrowth in the post-development conver-

gence. Questions, experiences, and proposals from two Indigenous territories, in: *Environment and Planning E: Nature and Space*, 2(3), p. 465–492.

Noack, A. (2015): *Soziale Innovationen in Berlin-Moabit. Zur kommunikativen Aushandlung von Neuem durch Raumpioniere im städtischen Kontext*, Wiesbaden.

Öko-Institut; ISOE (2018): *share – Wissenschaftliche Begleitforschung zu car2go mit batterieelektrischen und konventionellen Fahrzeugen. Forschung zum free-floating Car-sharing. Abschlussbericht*, Berlin.

Pellicer-Sifres, V. et al. (2017): *Grassroots Social Innovation for Human Development. An Analysis of Alternative Food Networks in the City of Valencia (Spain)*, in: *Journal of Human Development and Capabilities*, 18(2), p. 258–274.

Rosa, H. (2016): *Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung*, Berlin.

Rosa, H.; Dörre, K.; Lessenich, S. (2017): *Appropriation, Activation and Acceleration. The Escalatory Logics of Capitalist Modernity and the Crises of Dynamic Stabilization*, in: *Theory, Culture & Society*, 34(1), p. 53–73.

Santarius, T. (2015): *Der Rebound-Effekt. Ökonomische, psychische und soziale Herausforderungen für die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch*, Marburg.

Secretariat of the Convention on Biological Diversity (2014): *Global biodiversity outlook 4: A mid-term assessment of progress towards the implementation of the strategic plan for biodiversity 2011-2020*, Montreal.

Smerecnik, K. R.; Renegar, V. R. (2010): *Capitalistic Agency. The Rhetoric of BP's Helios Power Campaign*, in: *Environmental Communication: A Journal of Nature and Culture*, 4(2), p. 152–171.

Sommer, B.; Welzer, H. (2014): *Transformationsdesign. Wege in eine zukunftsfähige Moderne*, München.

Umweltbundesamt (2019): *Berichterstattung unter der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen und dem Kyoto-Protokoll 2019. Nationaler Inventarbericht zum Deutschen Treibhausgasinventar 1990 – 2017*, Dessau-Roßlau.

Wullweber, J. (2010): *Hegemonie, Diskurs und Politische Ökonomie. Das Nanotechnologie-Projekt*, Baden-Baden.

# Imagin(eer)ing Basel: Praktiken, Bilder und Communities in urbanen Partizipationsprozessen

von Aylin Yildirim Tschoepe, Susanne Käser



Abb. 1 (Bild: Aylin Yildirim Tschoepe, Forschungsteam)

Das derzeitige Wachstum Basels ist gekennzeichnet durch Verdichtung, Aufwertung und Umnutzung historischer, gewerblicher, industrieller Flächen. Dies hat bereits zu Gentrifizierung (Lees, Slater & Wyly 2010) geführt und wirkt sich besonders negativ auf bezahlbaren Wohnraum und das Fortbestehen von Kleingewerbe und mittelständischen Unternehmen in zentrumsnahen Gebieten aus.

STOP THE CITY! OK, COOL, WANN? Solche und ähnliche Forderungen und Reaktionen sind im Stadtraum in Basel zu finden. Den Bewohner\*innen ist längst aufgefallen, dass sich Prozesse, Sichtweisen, und die Art des Wandels in der Stadt ändern müssen (Abb. 1): diese sollten auf eine von Menschen bewohnte Stadt als Teil eines komplexen Netzwerks gerichtet sein, dessen Praktiken und Wirken sich als sozialer und städtischer Wandel manifestieren. Wie auf dieser Hauswand verdeutlicht, gibt es zahlreiche Akteur\*innen, die ihre Visionen der Stadt bereits auf unterschiedliche Art und Weise mit- und gegeneinander kommunizieren. Es gibt jedoch auch solche, die aus verschiedenen Gründen (noch) nicht an diesem Kommunikationsprozess ihrer Stadtvorstellungen im Dialog mit anderen mitwirken.

Hier setzen wir mit unserer Forschung zu *Visueller Kommunikation in partizipativen Stadtplanungsprozessen* an.<sup>1</sup> Aus einer interdisziplinären Perspektive zwischen Anthropologie und Visueller Kommunikation befassen wir uns am Beispiel der Transformation des Basler Stadtquartiers Klybeck einerseits mit dem Verständnis von urbanem Raum, das sich aus der gemeinsamen Arbeit mit Bildern entwickelt. Andererseits gilt unser Interesse den Allianzen und Narrativen die im sozialen Aushandlungsprozess verschiedener Akteur\*innen durch den Austausch von Wissen und Praxen im Rahmen dessen entstehen, was wir als *Community of Imagin(eer)ing Practices* bezeichnen. Gedanklich verwandt ist dieses Konzept mit der »Community of Practice« (Lave&Wenger 1991), es beschäftigt sich mit Praktiken des »urban imagineering« (Färber 2018) und hinterfragt diese. In den folgenden Abschnitten gehen wir näher auf diese Zusammenhänge ein.

Eine »Community of Practice« (Lave&Wenger 1991) ist der Zusammenschluss von Individuen zu einer voneinander und miteinander lernenden und praktizierenden Gruppe. Diese setzt sich aus Lernenden zusammen, deren Wissen und Können einander ergänzen. So werden Lernende auch zu Lehrenden. Auf diese Art werden Hierarchien und Machtstrukturen durchbrochen, räumlich wie auch sozial. In einem auf der »Community of Practice« aufbauenden Format organisieren wir Workshops und Interviews mit verschiedenen Teilnehmenden unter Einbezug ihrer bisherigen Kenntnisse, Erfahrungen und Alltagspraktiken. Wir nutzen reflektiert gemeinsame Erfahrungen aus Anthropologie und Design um diese Veranstaltungen inklusiv zu gestalten. Das heisst vor allem, die

---

<sup>1</sup> Das Projekt ist eine Kooperation der Hochschule für Gestaltung und Kunst in Basel mit der Universität Basel und wird gefördert von Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung: SNF 100013\_176459.

Kommunikation unter (teils sehr diversen) Teilnehmenden durch ein Medium zu fördern, welches in verschiedenen sozio-kulturellen Gruppen agieren kann: das Bild, und zwar unter anderem in seiner Eigenschaft als Träger von *imagined* und *imagined realities*.

In der Zusammenarbeit einer *Community of Imagin(eer)ing Practices* sehen wir das eingebrachte Wissen und Praktiken der Beteiligten als wichtige Bestandteile, welche durch Aushandlungen und das gemeinsame Entwerfen von Bildern entstehen. Grundlegend für in dieser Community entstehenden Prozesse sind das *Imagining* und *Imagineering*. Der Begriff »urban imagineering« (Färber 2018) beschreibt das professionelle Erstellen von städtischen Zukunftsvisionen durch Expert\*innen der Bildgestaltung im Bereich der Stadtplanung, des Designs und der Architektur. Führt man den Gedanken weiter, dass *Imagineering* dominante Praktiken und elitäres Wissen umfasst, dann stehen diesem strukturell andere Praktiken gegenüber; für den Moment fassen wir diese unter *Imagining* zusammen. Das *Imagining* wird praktiziert von denjenigen, die ebenfalls Konzeptions- und Vorstellungsarbeit an urbanen Zukünften leisten, allerdings keine durch vorherrschende Normen ausgewiesenen Expert\*innen sind. Durch die entstehende Gegenüberstellung wird diese Art von Bildarbeit missverständlicherweise mit Laienhaftigkeit, fehlender Ernsthaftigkeit und mangelnder Relevanz konnotiert. Diese binäre Opposition möchten wir auflösen um zu einem differenzierten Verständnis von Expertise beizutragen.

Beiden Praktiken, *Imagining* und *Imagineering*, möchten wir in ihrer Komplexität und Anwendung verwoben und als allen Akteur\*innen zugehörig sehen. Deshalb schlagen wir die Bezeichnung *Imagin(eer)ing* vor als das Verschmelzen verschiedener Expertisen und Wissenswelten über auferlegte Normvorstellungen hinaus. Unser Ziel ist ein umfassenderes Verständnis für das Erschaffen von städtischen Zukunftsbildern sowie den zugehörigen Aushandlungsprozessen zu fördern, welches wiederum zu ganzheitlichem, nachwirkendem urbanem Wandel beitragen kann. Entsprechend setzen wir uns mit den methodischen Möglichkeiten in verschiedenen *Participatory Imagin(eer)ing* Prozessen auseinander. Auf diese Prozesse der Bildschaffung in partizipativem Format gehen wir im nächsten Teil näher ein.

In unserer Forschung sehen wir Bilder als flüchtige Medien die sich in einem Prozess ständigen Wandels befinden, in Anlehnung an die stetige Veränderung einer realen Stadt. Hier unterscheidet sich unser Vorgehen von anderen Ansätzen des Co-Designs im städtebaulichen Kontext, in denen Bilder, die in

Mitwirkungsveranstaltungen entstanden sind, oftmals als Entwürfe eingestuft werden, die anschließend von professionellen Bildgestaltenden in kommunizierbare Endresultate übersetzt werden (vgl. Projekte von Iconoclastas oder CityX von Doris Graf). Dies verdeutlicht auch unser abweichendes Verständnis der Zusammenarbeit von professionellen Bildschaffenden / Forschenden und anderen Workshopteilnehmenden. Wir sind daran interessiert, unsere Expertise in der Bildgestaltung zur Förderung des Ausdrucks der Expertisen anderer einzusetzen. Unser Vorgehen ist prozessorientiert, wobei unser Fokus auf der Kommunikation verschiedener Akteur\*innen über die und während der Bildherstellung liegt. Dieser Austausch zwischen Beteiligten führt insbesondere zu grösserem Verständnis anderer Positionen zu Stadtwachstum. Deshalb ist die Kommunikation der entstandenen Bilder als alternativ-planerisches Werkzeug in unserer Forschung sekundär.

Wir präsentieren keine fertigen Lösungen, sondern reflektieren transformative Momente, die Praktiken und das Wissen verschiedener Akteur\*innen und unsere eigene Rolle als Forschende. Partizipative Prozesse und damit verbundene kollaborative Situationen sind durch Aushandlungen und Veränderungen gekennzeichnet, die einen entscheidenden Teil inklusiven städtischen Wachstums bilden. Die Fähigkeit zur Kollaboration, bzw. Co-Produktion sehen wir allen involvierten Beteiligten von partizipativen Prozessen zugehörig. Dies ist ausschlaggebend für unsere Annahmen und Herangehensweise im Sinne von *Participatory Design* in emanzipatorischer Tradition (Huybrechts et al. 2017). Dies unterscheidet sich von Autor\*innen, die sich vor allem mit ausgewiesenen Expert\*innen der Bildherstellung beschäftigen (Carrara 2017, Mcnaught und Amory 2001).

Was unsere Rolle als Forscherinnen im Projekt betrifft, verstehen wir uns nicht nur als teilnehmende Beobachterinnen, sondern als Beteiligte an einem partizipativen Prozess gemeinsam mit Akteur\*innen der Stadtplanung, Politik, der Gesellschaft und sozialen Initiativen. Besonders beschäftigen uns die Herausforderungen alternativer (nicht-hegemonialer) Herangehensweisen seitens verschiedener Institutionen, sowie sozialer Gruppen und einzelner Personen. In unserer angewandten Forschung möchten wir zur Wissensgenerierung und neuen methodischen Ansätzen beitragen, die notwendigerweise einen prozesshaften Charakter haben, in Anbetracht des Forschungsrahmens soziale und städtische Transformation. Wir stellen uns in diesem Zusammenhang folgende Fragen:

- Wie können Verhandlungen alternativer Visionen im derzeitigen Stadtplanungsprozess in Basel derart gestaltet werden, dass sich diverse Akteur\*innen die an Mitwirkung interessiert sind, diese ausüben können und trotz unterschiedlicher politischer, sozialer und kultureller Identitäten ins Gespräch über die Zukunft der Stadt kommen?
- Welche Rolle übernehmen Bilder in solchen städtebaulichen Mitwirkungsprozessen?
- Wie müssen diese Bilder gestaltet und eingebettet sein, um partizipativ wirken zu können?

Um diesen Fragen nachzugehen, betrachten wir und beteiligen uns an Partizipationsprozessen verschiedener Organisator\*innen und tragen selbst zu deren Organisation bei. Uns interessieren die beteiligten Personen, die Orte, in denen Aushandlungen stattfinden, sowie die Medien, d.h. die Bilder, die als Teil dieses »Akteursnetzwerkes« verhandelt werden aber auch zu Handlungen beitragen, indem sie die Meinungsfindung der Betrachtenden beeinflussen können (zur Akteur-Netzwerk-Theorie siehe Latour 1996, 2007).

## **WORKSHOPS / BISHERIGER PROZESS**

Seit Beginn unserer Forschung haben wir mehrere Partizipationsveranstaltungen mit unterschiedlichen Interessensgruppen begleitet und einige selbst durchgeführt. Dies stellt einen wichtigen Lernprozess für uns dar, der sich in jedem neuen Workshop, weiteren Gesprächen mit Beteiligten und der jeweiligen Vor- und Nachbereitung fortsetzt. Anhand dieser Erfahrungen entwickeln wir das thematische Konzept, den Umgang mit Bildmaterial, sowie das Setting laufend weiter um möglichst vielseitige Bildentwürfe zu urbanen Visionen jenseits einer rein ökonomischen Stadtentwicklungsperspektive anzuregen. Richtungsbestimmende Werkzeuge bei diesem Ansatz sind Vorgespräche, Open Interviews als Teil ethnografischer Forschung, zur Abklärung der Bedürfnisse der Teilnehmenden sowie die Dokumentation des Prozesses der Bildherstellung mittels Zeitraffer-Aufnahmen. Zum derzeitigen Stand der Forschung unterscheiden wir zwei Verfahren der partizipativen Bildherstellung:

*Participatory Imagin(eer)ing I:* Designerinnen aus dem Forschungsteam übersetzen in freiem Bildentwurf Narrativen verschiedener Akteur\*innen in Bilder, dabei ist die einzige Vorgabe das Bild-Format. So entsteht ein vielfältiges visu-



elles Repertoire das relevante Themenbereiche sichtbar macht und ein breites Spektrum an Umsetzungstechniken umfasst, wie beispielsweise die Fotografie, Collage, Informationsgrafik oder die Zeichnung. Dieses Vorgehen dient nicht dem Zweck, die Aussagen der Akteur\*innen in möglichst präzise und treffende Visionen umzusetzen. Stattdessen sollen Bilder geschaffen werden, die Anknüpfungspunkte zu relevanten Themenfeldern bieten und so in der Diskussion stimulierend wirken. Auf Basis dieses Bildmaterials werden Interviews mit Einzelpersonen oder in Kleingruppen geführt. Dabei interessiert uns vor allem, ob sich bestimmte Bildqualitäten festmachen lassen, die besonders anregend auf das Gespräch wirken. Die Bilder werden anhand der Rückmeldungen aus dem Interview vom Forschungsteam weiterentwickelt und anderen Akteur\*innen in identischem Interview-Setting vorgelegt. Der Bildpool erweitert und differenziert sich mit jedem Gespräch.



Abb. 2 a/b

a: (Bild: Silvia Balzan, Forschungsteam)

b: (Bild: Susanne Käser, Forschungsteam)

*Participatory Imagin(eer)ing II:* Die eigenen Vorstellungen ohne Hilfestellung in kommensurable Bilder umzusetzen ist für einen Teil der Personen, die wir im Rahmen unseres Projektes getroffen haben, eine Herausforderung, der sie sich nicht täglich stellen. Dementsprechend fehlt die Übung – ein weisses Blatt kann zur unüberwindbaren Hemmschwelle werden. Um den Einstieg in die Bildherstellung zu erleichtern, verfolgen wir einen inkrementellen Ansatz der sich am jeweiligen räumlichen und sozio-kulturellen Kontext sowie der Fragestellung der Partizipationsveranstaltung orientiert: inspiriert vom Prozess selbstgebaut-

ter Architekturen, fusst dieser auf der Idee des Zusammenspiels verschiedener Expertisen, wie in dem Beispiel des Häuserprojekts von Elemental in Chile, welches sich durch die Bewohner\*innen erweitern lässt (Aravena & Iacobelli 2012). Durch design-aktivistische Methoden stellen wir den Teilnehmenden eine Basis zur Verfügung, von der aus nicht nur an eigenen Ideen weitergearbeitet, sondern diese Basis auch selbst verändert werden kann (Zeiger 2011, Shannon 2012).

In diesem Verfahren bieten wir verschiedenartiges Bildmaterial an, das die Teilnehmenden in Gruppenarbeit nach eigenen Vorstellungen transformieren und zu einer Collage zusammenführen können. Des Weiteren stehen Zeichen- und Werkmaterial sowie leere Blätter zur Verfügung, um Einschränkungen durch die Bildwahl zu vermeiden und verschiedene Möglichkeiten der Bildherstellung und -erweiterung anzubieten. Dieses Vorgehen kann sich je nach Zusammensetzung der Teilnehmenden verändern.

So gibt es in einer Version des Participatory Imagin(eer)ing II beispielsweise einen Tisch voller Bildausschnitte, auf deren Grundlage Teilnehmende die Stärken und Potenziale der Stadt aus ihrer eigenen Sichtweise artikulieren. Durch das In-Beziehung-Setzen der individuell ausgewählten Bildteile zu einem mosaikartigen Gesamtbild werden für die Gruppe relevante Themenbereiche herausgearbeitet und diskutiert. In der Regel wirkt der Tisch mit den ausgelegten Bildern anziehend. Oft versammeln sich die Teilnehmenden und vertiefen sich in die Bilder noch bevor die Aufgabenstellung genannt wird. Das »Stadt-Mosaik« eignet sich als Icebreaker bzw. Vorstellungsrunde und zur Sammlung von Themenbereichen, die den Teilnehmenden der jeweiligen Gruppe wichtig sind. Ganz nebenbei machen sich die Teilnehmenden mit dem vorhandenen Bildmaterial vertraut.

Als Erweiterung des Stadt-Mosaiks besteht die Möglichkeit, ein Grundraster für das zukünftige Bild vorzugeben. Die Bildausschnitte werden so beispielsweise als Verlauf zwischen zwei Polen (wünschenswert, unerwünscht) oder auf einer geografischen Grundlage (ein Quartiersplan) ausgelegt.

In einer anderen Version stehen grossformatige Ausdrucke von Kartenausschnitten sowie Querschnittsansichten von relevanten Planungsgebieten als visuelle Grundlage zur Verfügung. Wir bedienen uns bewusst Visualisierungsformaten, die im Rahmen von konventionellen Architekturwettbewerben bereits etabliert sind (Schnitte, Ansichten, Grundrisse als Formate gängigen Imagin(eer)ings). Sie eignen sich, um unterschiedliche Aspekte eines Projekts wie zum Beispiel im Fall der Karte, die geografische Lage und die Einbettung in das umliegende Umfeld darzustellen. Zudem machen sie die Projekte untereinander vergleichbar. In unserem Fall sind sie grafisch sehr zurückhaltend und abstrakt

gestaltet. Auf diese Weise bieten sie Anknüpfungspunkte die mehr Angebot als zwingende Vorgabe sind. Die Teilnehmenden sind dazu eingeladen, eines der Szenarien auszuwählen und ihren Stadtteil in Gruppenarbeit zu visualisieren. Dafür stehen ihnen zusätzlich eine grosse Auswahl an Bildfragmenten als Collage-Elemente zur Verfügung. Wie während der Vorbereitung von unseren jeweiligen Gesprächspartner\*innen und Teilnehmenden vorgeschlagen, haben wir begonnen, diese Elemente durch vereinfachte Kategorien zu inventarisieren. Es sind Bildpools von Menschen, öffentlichem und Individual-Verkehr, Wohn-, Geschäfts- und Bürogebäuden, Pflanzen, Geräuschblasen, und von verschiedenen Alltagssituationen entstanden. Zur weiteren Individualisierung stehen leere Sprech- und Denkblasen, verschiedenfarbige Papierbögen, Kreppbänder und Stifte zur Verfügung.

Im Wechselspiel von intuitivem Bildentwurf und lebendiger Diskussion werden so Kompromisse ausgehandelt und Prioritäten abgewogen, passende Bildelemente ausgewählt, Positionen hinterfragt und Kompositionen angepasst. Die Ergebnisse werden vor der Gruppe präsentiert und bilden die Grundlage für eine vertiefte Diskussion unter allen Teilnehmenden des Workshops.



Abb. 3 a/b

a: Workshop 30.03.2019 in Zusammenarbeit mit Zukunft.Klybeck

(Bild: Forschungsteam)

b: Workshop 08.12.2018

(Bild: Susanne Käser, Forschungsteam)



Abb. 4 a/b  
a: Workshop 18.05.2019 in Zusammenarbeit mit CVP Basel-Stadt, Gewerbeverband Basel-Stadt, Mittelstands-Vereinigung Basel und Zukunft.Klybeck  
b: Workshop 18.05.2019 in Zusammenarbeit mit CVP Basel-Stadt, Gewerbeverband Basel-Stadt, Mittelstands-Vereinigung Basel und Zukunft.Klybeck  
(Bild: Silvia Balzan, Forschungsteam)

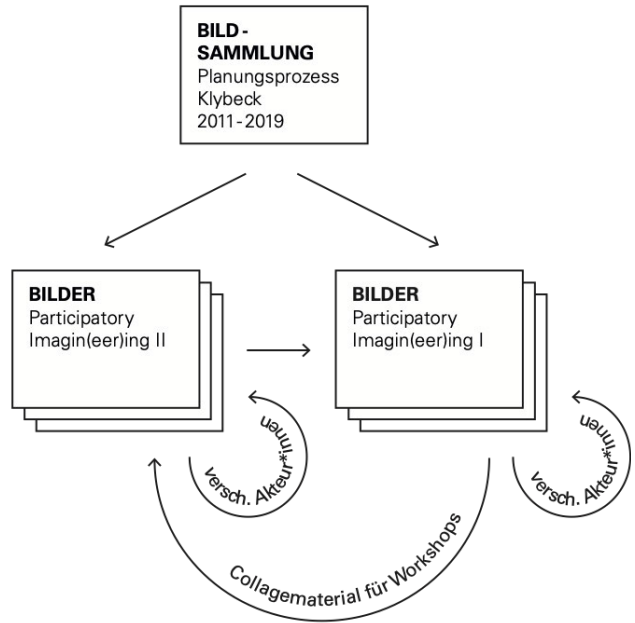
In den beiden Verfahren, Participatory Imagin(eer)ing I und II, gehen wir Möglichkeiten und Mechanismen der Verflechtung verschiedener Expertisen auf den Grund. Dies hat zum Ziel, unterschiedliche Bedürfnisse der Teilnehmenden anzusprechen und co-produktive Bildherstellungsverfahren zu vielseitigen Sichtweisen städtischen Wandels zu testen. Das erste Verfahren sieht keine praktische Beteiligung der Gesprächspartner\*innen vor, schließt diese jedoch nicht aus. Der Austausch findet in einer kleinen Runde in offenen Interviews auf verbaler Ebene auf Basis von Bildern statt. Der Zeitaufwand ist für die Teilnehmenden gering und geht zu Lasten der Bildgestalter\*innen. Da wir uns bisher hauptsächlich mit Participatory Imagin(eer)ing II beschäftigt haben, gilt es, in Zukunft noch weitere Erfahrungen im ersten Verfahren zu sammeln. Im zweiten Verfahren lösen wir mit der Technik der Collage das *Experten-Problem*. Damit meinen wir die Zurückhaltung vieler, sich an Partizipationsanlässen zu beteiligen, weil sie sich nicht befähigt sehen, zur Bildherstellung beizutragen (»ich bin nicht Experte genug«). Die Collage ist intuitiv und spielerisch, lässt viele Kombinationsmöglichkeiten von Bildelementen verschiedener Autor\*innen zu,

und hält gleichzeitig die Hemmschwelle für das emanzipatorische Entwerfen von Stadtbildern niedrig. Sie ist veränder- und erweiterbar und vermittelt dies auch durch ihre Bildsprache.

Wir bedienen uns der Methode der »Practice-led Iconic Research« (Renner 2017) um zu beobachten wie Bilder, die durch verschiedene Akteur\*innen im der urbanen Transformation des Klybeckareals erstellt werden, in einem iterativen Prozess mit weiteren Beteiligten immer wieder neu konfiguriert werden. Bruchstücke ihrer urbanen Vorstellungen aus vorherigen Bildproduktionsprozessen gehen so in die neuen Visionen mit ein (Abb.5). Gleichzeitig nehmen wir selbst an diesen Prozessen teil.

Die Methode Practice-led Iconic Research geht davon aus, dass Bildern eine eigene Logik zur Generierung von Bedeutung innewohnt. Deshalb setzt sie, im Gegensatz zu sprachbasierten Forschungsmethoden wie sie beispielweise in den Geisteswissenschaften Anwendung finden, den Entwurf von Bildern als Mittel zum Gewinn von Wissen über die Wirkung von Bildern ein. Durch die Iteration von Zyklen praktischen Entwerfens sowie der Evaluation der entstandenen Resultate, sind Sinneswahrnehmungen, Gesten und Reflexion gleichermaßen in den Prozess des Erkenntnisgewinns involviert (Renner 2017). In diesem Sinn dient sie uns nebst dem Methodenrepertoire der Anthropologie zur Erforschung der Rolle der Bilder in partizipativen Prozessen sowie der Eigenschaften von bestimmten Bildern, die diese Prozesse insbesondere fördern. In Bezug auf unser Projekt bedeutet dies, dass der praktische Entwurf und die Reflexion auf Bilder in den Workshops den Aushandlungs- und Meinungsfindungsprozessen als Grundlage dienen. Das Abgleichen des vorhandenen Bildmaterials mit den eigenen Vorstellungen, das Kombinieren von Bildfragmenten, das Abwägen von Bildkompositionen in der Gruppe beruhen viel stärker auf der Interaktion von Bewegungs-, Wahrnehmungs- und Denkebene als bei einer Verhandlung auf rein verbaler Ebene. Unsere Forschung hierzu wird 2021 abgeschlossen sein, wir bieten dennoch eine Arbeitsdefinition für das *Partizipative Bild* im letzten Teil dieses Texts an (*Reflektionen und Ausblicke*).

Abb. 5  
(Grafik: Susanne Käser,  
Forschungsteam)



## Bild-Netzwerke



Abb. 6  
(Bild: Kanton Basel-Stadt /  
Schweizerische Rheinhäfen,  
Synthesebericht städtebau-  
liche Testplanung mit Optionen  
Hafenlogistik 2010, MVRDV /  
Cabane / Josephy)

Die Veröffentlichung der Visualisierung zur Testplanung *Hafen- und Stadtentwicklung Klybeck – Kleinhüningen* im Jahr 2010 (Abb. 6) hat in der Basler Bevölkerung grosse Wellen geschlagen. Die Medien prägten den Begriff *Rheinhattan*, welcher dem Bild eine neue Deutungsebene in Anlehnung an Manhattan und

Frankfurt's Bankenviertel *Mainhattan* verlieh und damit einen ökonomisch-orientierten Stadtwechsel implizierte. Aktivist\*innen aus verschiedenen Bevölkerungsschichten formierten sich daraufhin gegen das geplante Projekt und einen solchen Wandel. Verschiedene Mitwirkungsveranstaltungen vermochten den Dialog nicht zu fördern, die Fronten verhärteten sich immer mehr. Die Visualisierung hatte ein grundsätzliches Misstrauen gegen die Verwaltung provoziert (Huser 2015), dies nicht zuletzt aufgrund der Umdeutung des Bildes durch die Presse.

Die Stadt Basel sah dadurch die Notwendigkeit, ihre Bildpraxis bei der Vermittlung von Planungsvorhaben sowie die Form ihrer Partizipationsverfahren zu überdenken. Dies hat uns dazu bewogen, das Bildmaterial näher zu betrachten, welches im Zusammenhang der Stadtplanungsprojekte *3Land* und *klybeck-plus* im Zeitraum von acht Jahren entstanden ist und dabei besonders darauf zu achten, wie sich die Bilder gegenseitig beeinflussen.

Manche Bilder sind in unterschiedlichen Versionen im Repertoire verschiedener Akteur\*innen zu finden. Im Kontext unserer Bild-Analyse haben wir Möglichkeiten, wie sich Bilder aufeinander beziehen, als Formen visueller Dialoge herausgefiltert und analysiert.

So gibt es Bilder, die mit relativ kleinen, in den meisten Fällen reproduktionstechnisch bedingten Abweichungen im Bildausschnitt, Kontrast oder Tonwert im Namen unterschiedlicher Akteur\*innen erscheinen. Daneben sind wir auf gezielte Bildtransformationen gestossen, die eine bewusste Verschiebung der semantischen Ebene zur Folge haben (Binder, Vogel 2009).

Im folgenden Beispiel ist es die Auswahl eines bestimmten Ausschnittes, der die Bedeutung des Bildes wesentlich verändert (Abbildung 7a/b). Während das erste Bild die Baukörper aus Distanz mit weiten Himmel- und Wasserflächen in ihrer Wirkung reduziert, bewirkt der im zweiten Bild gewählte Ausschnitt das genaue Gegenteil.

Im zweiten Beispiel wird das Durchstreichen eines Bildes zu einer kompromisslosen Form der visuellen Verneinung und Ausdruck der Ablehnung einer bestimmten Idee. Im Gegensatz dazu wird ein Bild, das in identischer Form von einer anderen Interessengruppe übernommen wird, als inhaltliche und formale Übereinstimmung gelesen. Die Bildunterschrift, die zum einen Bild hinzugefügt wurde, lenkt jedoch seine Bedeutungsebene in eine ganz spezifische Richtung.

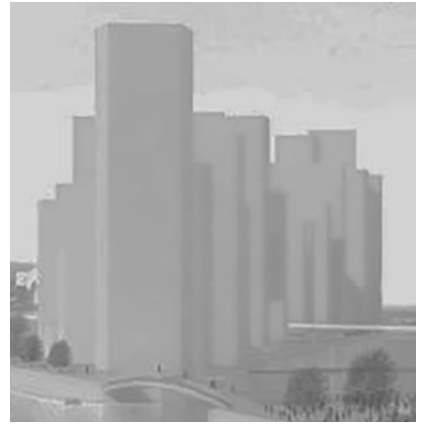


Abb. 7 a/b

a: (Bild: Basel-Stadt / Ville de Huningue / Stadt Weil am Rhein, Entwicklungsvision 3Land 2011, MVRDV / Cabane / Josephy)

Die Aneignung einzelner Bildelemente, die als stimmungsbildende Objekte in einen anderen Kontext übernommen werden, beobachteten wir an verschiedenen Beispielen als *Motivwanderung*, das heisst, die wiederholte Verwendung eines (Bild-)Motivs mit verschiedenen Neu- und Umdeutungen (Bielefeld 1951). Im untenstehenden Bildpaar finden sich beispielsweise Heissluftballons als Elemente einer Informationsgrafik zum Raumkonzept 3Land, die auch in einer frühen Studie der ETH zu sehen sind (Abb. 8a/b).



Abb. 8 a/b

a: (Bild: ETH-Professur für Landschaftsarchitektur Prof. Christophe Girot, Marc Küttel / Allegra Stucki)

b: (Bild: Basel-Stadt / Ville de Huningue / Stadt Weil am Rhein, 3 Land Raumkonzept 2015, Büro LIN) Ausschnitt



Die Neuinterpretation eines bestehenden Bildes, wie das nächste Bildpaar sie zeigt (9 a/b), erstellt einen Bezug zu einem visuellen Statement anderer Autor\*innen, es kann dieses in Teilen übernehmen sowie Änderungen vorschlagen.

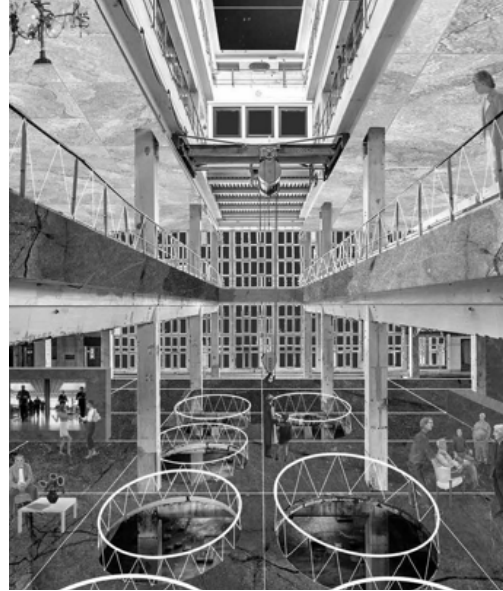


Abb. 9 a/b

a: (Bild: klybeckplus. Planungspartner Kanton Basel-Stadt / BASF / Novartis)

b: (Bild: Jungsozialist\*innen Basel-Stadt)

Gleichzeitig beinhaltet die Visualisierung der Jungsozialist\*innen auch eine Motivwanderung die über den stadtplanerischen Kontext hinausgeht. Anstatt auf der Galerie eines ehemaligen Produktionsgebäudes im Klybeckareal steht das Original des Mannes mit der blassroten Jacke in einer hügeligen Landschaft am Rande eines Swimmingpools im Gemälde »Portrait of an Artist (Pool with Two Figures)« von David Hockney aus dem Jahr 1972 (<https://thedavidhockneyfoundation.org/chronology/1972>). Diese Orientierung an künstlerischen Darstellungsformen spiegelt eine aktuelle Tendenz in der avantgardistischen Architekturvisualisierung wider.<sup>2</sup> Damit signalisieren und schaffen diese Bilder Gruppenzugehörigkeiten, sie sind Artefakte »kultureller Intimität« (Herzfeld 2005), die zunächst nur von Insider\*innen verstanden und gedeutet werden können. Die Jungsozialist\*innen positionieren sich, dank Insiderwissen, im Feld der professionellen Bildschaffenden (Abb. 10 a/b/c).

2 Siehe dazu auch die Visualisierungen des Architekturbüros Kersten Geers David Van Severen. [www.officekgdvs.com](http://www.officekgdvs.com)

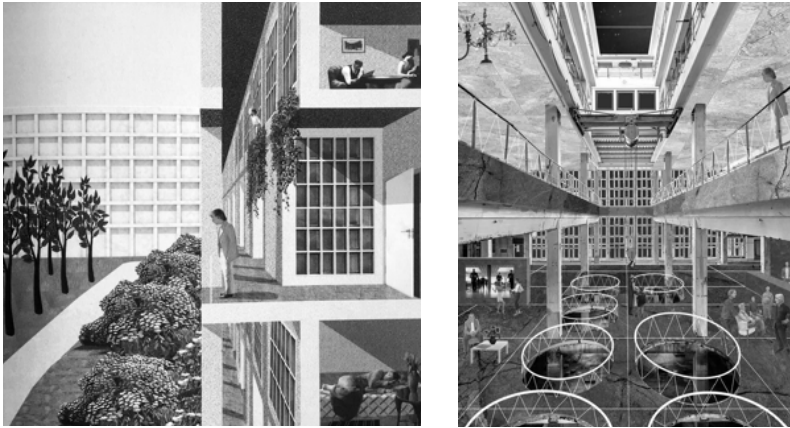


Abb. 10 a/b Orientierung an künstlerischen Darstellungsformen  
a: (Bild: FHNW Institut Architektur, MA, Stadtlabor Klybeck)  
b: (Bild: Jungsozialist\*innen Basel-Stadt)

Nebst der Visualisierung der Entwicklungsvision 3Land wurde das untenstehende Bild (Abb. 11a/b/c/d) von klybeck-plus in diesem Bild-Netzwerk mit Abstand am meisten zitiert. Ein Screenshot mit Google Earth zeigt einen Überblick über das Gelände und seine Einbettung, mit einem in Karten eher unüblichen Detailreichtum. Eine zusätzliche grafische oder fotografische Ebene addiert weitere Inhalte oder subtrahiert überflüssige Information. Diese Bildwelt wirkt professionell, ist für die meisten Menschen lesbar und erfordert keine teuren Bildprogramme oder spezielles Fachwissen. Interessensgruppen, die sich verbal in ihrer Identität unterschiedlich positionieren, haben sich diese Bildsprache angeeignet, sie kopiert und weiterentwickelt. Dadurch transportieren sie auf visueller Ebene, manche intuitiv, andere reflektiert, eine Form von Übereinstimmung.



Abb. 11 a/b  
a: (Bild: klybeckplus. Planungspartner Kanton Basel-Stadt/ BASF/Novartis)  
b: (Bild: Zukunft.Klybeck)



Abb. 11 c/d  
 c: (Bild: TagesWoche 16.11.2017, Hans-Jörg Walter)  
 d: (Bild: BastA!)

Zudem untersuchten wir Bilder die sich auf rein inhaltlicher Ebene aufeinander beziehen, sich aber formal stark unterscheiden können. Nur durch den Begriff *Rheinhattan* der am brennenden Gebäude zu lesen ist, schafft die Gruppe »Rheinhattan versenken« (<https://rheinhattanversenken.noblogs.org>) den Bezug zur Visualisierung der Entwicklungsvision Dreiland (Abb. 12 a/b).

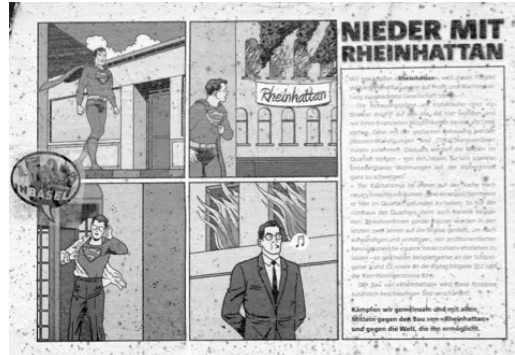


Abb. 12 a/b  
 a: (Bild: Kanton Basel-Stadt / Schweizerische Rheinhäfen, Synthesebericht städtebauliche Testplanung mit Optionen Hafenlogistik 2010, MVRDV / Cabane / Josephy)  
 b: (Bild: Rheinhattanversenken)

Generell lässt sich feststellen, dass die Publikation der 3Land Entwicklungsvision eine Sensibilisierung der Bildkommunikation vieler Akteur\*innen zur Folge hatte, woraufhin Bildaussagen präziser formuliert wurden. Im Spannungsfeld von Identifikation und Abgrenzung konnten wir verschiedene Grade der Differenzierung aufzeigen, die Hinweise auf die Qualitäten von partizipatorischen Bildern liefern. Zudem erhielten wir Einblick in die Konstellation verschiedener

Bildnetzwerke, deren Existenz unsere Annahme bestätigt, dass Bilder eine aktive Rolle in partizipatorischen Stadtplanungsprozessen übernehmen können und damit selbst zu Agierenden werden.

## **REFLEXIONEN UND AUSBLICKE**

Bilder haben bereits eine grosse Präsenz in städtischen Transformationsprozessen und werden von verschiedenen Akteur\*innen als Beitrag zur Stadtvision erstellt. Als Abschluss der Analyse der Bildnetzwerke und in Vorbereitung der bildschaffenden Prozesse hatten wir verschiedene Vertreter\*innen der Stadtplanung, Architektur, Designanthropologie, Design eingeladen. Es entstanden unterschiedliche Narrativen zu einzelnen Bildern, zu Bildfolgen und zu den Räumen die zwischen Bildern entstehen. Derzeit befinden wir uns in der zweiten der drei Projektphasen. Wir setzen die Analysephase fort und testen in weiteren Workshops die im folgenden zusammengefassten Aussagen zum Bildprozess, Partizipationsverständnis und zu den Communities, die aus emanzipatorischen Teilnahmepraktiken entstehen.

Über verschiedene Workshops sind wir durch Anpassungen an die Bedürfnisse der Teilnehmenden von ausführlichem Bildpool zu inventarisierten Bildelementen (in Abstimmung mit den Teilnehmenden) übergegangen um diese für Collagen bereitzustellen.

Die entstandenen Bilder sind keine statischen Endresultate zu urbanen Visionen des Wandels. Sie sind Spuren eines Aushandlungsprozesses, der ohne diese Bilder in einer solchen Form nicht möglich gewesen wäre. Sie agieren innerhalb einer bestimmten Interessensgruppe, können aber auch gruppenübergreifend verstanden, weiterverhandelt und -entwickelt werden. Bilder dienen als Medien zur Formulierung und Widerspiegelung einer urbanen Vision, bieten Inspiration, Reibungsflächen und Anknüpfungspunkte für kommende Diskussionen in Planungsprozessen wie dem des Klybeck-Areals in Basel.

### *Partizipative Bilder in urbanen Aushandlungsprozessen*

Die Stärke bestimmter Bilder lag darin, Aushandlungs- und Meinungsfindungsprozesse in und zwischen den Akteur\*innen besonders zu fördern, sowie mit anderen Bildern in Dialog zu treten indem sie sich auf verschiedene Weise aufeinander beziehen. Was den iterativen Bildprozess und das von uns gewählte

Bildmaterial betrifft, sind wir besonders interessiert an dieser Art von Bildern, die wir als *partizipative Bilder* bezeichnen. In Anlehnung an die Stadt als »promissory assemblage« (Färber 2018) kann das partizipative Bild als ein *promissory object* gedeutet werden: als vielschichtiges Artefakt enthält es Wünsche, Versprechungen und Zielsetzungen für eine Zukunft und agiert damit selbst als Teil eines Netzwerkes. Es ist auch ein »boundary object,« (Star 2010) welches in verschiedenen sozialen Welten verstanden wird. Über Barrieren der verbalen und disziplinären Kommunikation hinaus, können partizipative Bilder von verschiedenen Akteur\*innen gleichzeitig oder in zeitlicher Abfolge entwickelt, gedeutet und neu verhandelt werden. Es ist vor allem jedoch ein *processual object* und trägt Interaktionen zur gleichen Zeit oder temporär versetzt in sich. Damit sehen wir das partizipative Bild als einen Teil und die Verdeutlichung einer *Multi-Author\*innen-Narrative* die sich durch verschiedene Bildprozesse zieht.

Das *partizipative Bild* muss also die Beteiligung verschiedener Akteur\*innen in sich tragen: durch diese Auflösung beziehungsweise Vielzahl der Autor\*innenschaft wird die Möglichkeit erhöht, dass die entstandenen Bilder in verschiedenen sozialen Kontexten angenommen werden. Sie ermöglichen und werden selbst Teil eines co-produktiven, kollaborativen Prozesses zur Entstehung neuer Handlungsräume und -praktiken sozialen und städtischen Wandels. Solche Bilder haben eine eigenständige Identität: jedes so entstandene Bild ist in sich selbst auf seine Weise ein Original, welches von verschiedenen Personen teils sehr unterschiedlich gedeutet werden kann.

Durch unsere Forschung haben wir festgestellt, dass die kommunikative Funktion, die Bilder in städtebaulichen Mitwirkungsverfahren übernehmen können, sich keineswegs nur darauf beschränkt, abstrakte Fakten anschaulich darzustellen oder Planungsprojekte in ein möglichst vorteilhaftes Licht zu rücken. Reflektierend auf unsere eigene Rolle als Teilnehmende sowie Organisierende von Partizipationsveranstaltungen stellen wir uns der Kritik, dass Bilder in diesem Prozess zwar grösstmögliche Kombinations- und Vorstellungsräume offenlassen sollen, dennoch nicht frei sind von eigenen Ausrichtungen, die wir durch unsere Positionalität einbringen. Ein bewusster, reflektierter Umgang mit dieser Problematik und offene Kommunikation mit Beteiligten sehen wir als wichtigen Teil unserer Vorgehensweise und unseren Bemühungen, Transparenz zu schaffen. In diesem Zusammenhang ist die Untersuchung und Bewusstwerdung unterschiedlicher Partizipationsverständnisse ein notwendiger Schritt um emanzipatorische Praktiken stärker fördern zu können. Im nächsten Teil gehen wir auf die Situation näher ein.

Partizipationsverständnisse und Emanzipartizipation <sup>3</sup>

Zunächst trennen sich Partizipationsverständnisse weitgehend in zwei Vorstellungen: In der ersten tragen Agierende und Beitragende zu einer gemeinsamen Vision durch individuelle und zeitlich versetzte Massnahmen bei (Participatory Imagineering I). In der zweiten wird Partizipation durch gemeinschaftlich Agierende verwirklicht, die durch konflikt-, kompromiss- und konsensbestimmte Aushandlungen gleichzeitig zu einer gemeinsamen Vision beitragen (Participatory Imagineering II, vorwiegend gleichzeitig). Des Weiteren weichen unter verschiedenen Akteur\*innen die Definitionen, Vorstellungen und Ausübung von Partizipation voneinander ab. Dies haben wir zum derzeitigen Stand unserer Forschung vereinfacht im Diagramm (Abb. 13) zusammengefasst.

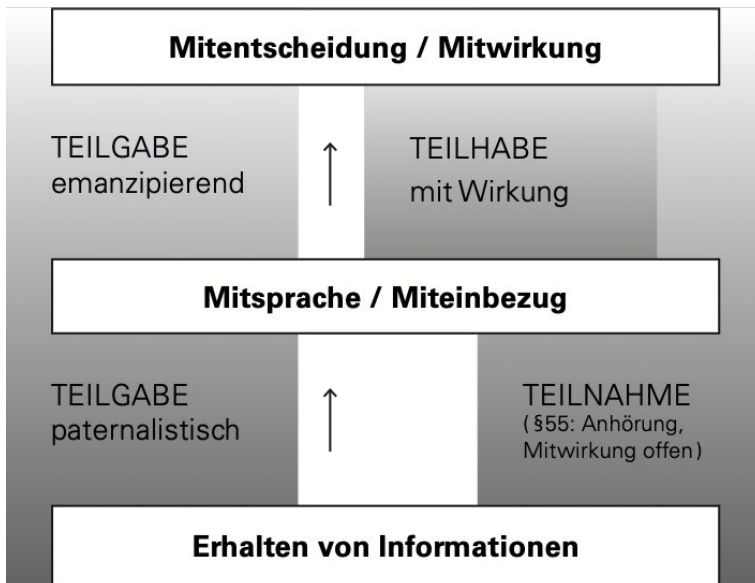


Abb. 13  
Partizipationsverständnisse (Grafik: Aylin Yildirim Tschoepe / Susanne Käser, Forschungsteam)

Es findet im jeweiligen Partizipationsverständnis eine Interaktion zwischen Teilgebenden (Organisierenden) und Teilnehmenden statt. Auf unterer Ebene wird die Art der Partizipation stark durch die Art der Teilgabe kontrolliert: es kommt lediglich zum Mitteilen von Informationen mit wenig bis keinen Feedbackmöglichkeiten als Bestandteil der Teilnahme. Dies passiert vor allem in

3 Zu diesen vorläufigen Erkenntnissen sind wir unter anderem durch das Feedback zu dieser Forschung seitens der »Stadtcluster«-Gruppe am Seminar für Kulturwissenschaft und europäische Ethnologie, Universität Basel, 2018-2019, gekommen.

Präsentationsformaten, welche die Teilgebenden stark von den Teilnehmenden trennen und Teilgabe einen paternalistischen Charakter hat, wie beispielsweise in sogenannten Powerpoint-Viewing Communities (Besmer und Dietzsch 2016).

Auf der im mittleren Teil (Abb. 13) dargestellten Ebene verschiebt sich das Kräfteverhältnis und verteilt sich Kontrolle über die Interaktion: Partizipation wird als Mitsprache und Miteinbezug aller Beteiligten verstanden. Teilgebende werden zu *Facilitators*, Teilgabe hat einen emanzipierenden Charakter und befähigt die Beteiligten zur aktiven Teilhabe. Dies geschieht beispielsweise in Workshops, die zwar Organisierende als Facilitators haben, die Interaktion jedoch durch die gesamte Gruppe und deren soziale Aushandlungen bestimmt werden.

Die Steigerung dieser Interaktion bedeutet auch das Aufbrechen von Kontrolle und Hierarchien zwischen Teilgabe und Teilhabe und führt zur Mitwirkung mit Wirkung wie im oberen Bereich der Grafik dargestellt (Abb. 13). Wir verstehen die daraus entstehende *Emanzipatorische Partizipation* bzw. *Emanzipartizipation* als ein Kräftegleichgewicht, dh. die gleichberechtigte Zusammenarbeit aller beteiligter Akteur\*innen. Hierbei wird die Mitentscheidung über und Mitgestaltung von Prozessen von einer durch diese Form der Partizipation entstehenden Community getragen. Die dazugehörigen Praktiken haben dementsprechend einen emanzipatorisch-partizipativen Charakter, und eine Art solcher Praktiken ist das *Imagin(eer)ing*.

Was sich in der Grafik (Abb. 13) klar darstellt, ist tatsächlich weitaus komplexer und wird in unserer Forschung weiterhin untersucht. Durch Positionierungs-, Strategie- und Definitions-Praktiken wird ständig verhandelt, besonders weil Uneinigkeit über das Partizipationsverständnis weiter besteht und Auslegungsspielraum in der Gesetzgebung herrscht. Exemplarisch hierfür ist die im Grossen Rat (Kantons- und Stadtparlament) von Basel vorgebrachte *Motion* (Auftrag an den Regierungsrat) 18.5314.01,<sup>4</sup> die den Mitwirkungsparagrafen 55 kritisch betrachtet:

»Der Staat bezieht die Quartierbevölkerung in seine Meinungs- und Willensbildung ein, sofern ihre Belange besonders betroffen sind.« (Verfassung des Kantons Basel-Stadt, §55)

4 »... Artikel I der Basler Verfassung lautet: «Die Staatsgewalt beruht auf dem Volk. Sie wird durch die Stimmberechtigten und die Behörden ausgeübt.» Dabei ist der Grosse Rat die »gesetzgebende und oberste aufsichtsführende Behörde« und der Regierungsrat die »leitende und oberste vollziehende Behörde« im Kanton. Das Verhältnis zwischen den beiden Gewalten ist oft ein Zusammen-, manchmal auch ein Gegenspiel. ...» <http://www.grosserrat.bs.ch/de/>

In der Motion werden folgende Änderungen gefordert um rechtliche Schlupflöcher zu schliessen: Die Inhalte müssen konkretisiert werden: Es bedarf Klärung, u.a. was »besonders betroffen« bedeutet, welche administrative Ebene sich konkret mit der Thematik befasst, wer zur »Quartiersbevölkerung« gehört und welche »Belange« als solche definiert sind.

Es wird gefordert, dass die Anwendung des Paragraphen 55 sowie Entscheidungen und Ergebnisse nachvollziehbar, transparent und verbindlich sein sollen. Die Kantons- und Stadtentwicklung hat ihre Position zu einem der klärungsbedürftigen Punkte, der Definition von Quartierbevölkerung, bereits auf ihrer Homepage dargestellt:

»Die Quartierbevölkerung, auch Migrantinnen und Migranten, können in Meinungs- und Entscheidungsprozesse der Behörden einbezogen werden. Die Stadtteilsekretariate Kleinbasel und Basel-West sowie die Quartierkoordination Gundeldingen stehen als offizielle Anlaufstellen für die Quartierbevölkerung zur Verfügung. In Kooperation mit weiteren Quartiersorganisationen und der interessierten Bewohnerschaft können sie einen schriftlichen Antrag für ein Mitwirkungsverfahren an die Kontaktstelle für Quartierarbeit stellen (Stadtteilentwicklung, Kantons- und Stadtentwicklung).« (<https://www.entwicklung.bs.ch/integration/integrationsfoerderung/partizipation.html>)

An der Klärung aller weiteren Punkte muss gearbeitet und es muss erläutert werden, welches Partizipationsverständnis im Detail zugrunde liegen soll. Je mehr sich das Verständnis an die emanzipatorische Partizipation annähert, desto inklusiver ist der Raum, die sogenannten *Commons*, der sich einem möglichst grossen Kreis an Teilnehmenden öffnet. »Urban Commons« (Stavrides 2016) beschreiben Orte und Institutionen, sowie damit einhergehende Praktiken (*commoning*) die der Gemeinschaft dienen. Commons beschreiben ein Raum, der von klaren Regeln einer bestimmten Gemeinschaft definiert wird, weshalb es immer auch zu Ausgrenzungen führt. Da das Ziel der Commons ist, ein inklusiver Handlungsraum zu sein, werden die Regeln ständig verhandelt (Stavrides 2016). Ungeachtet politischer, ideologischer oder anderer Gesinnung haben Ausgrenzungspraktiken immer auch mit dem Vorherrschen bestimmter Expertisen zu tun. Diesen wirkt das Entstehen verschiedener Akteurs-Gemeinschaften, bzw. Allianzen entgegen.

Wir setzen unsere Forschungsarbeit fort, um weiterhin neue Räume und unerwartete Allianzen zwischen Akteur\*innen durch Bildprozesse zu begleiten und anzuregen. Das Neuartige »alternativer« Herangehensweisen und Partizipationsprozesse sehen wir in der Kollaboration scheinbar oppositioneller Gruppen.



Eine solches Vorgehen gilt dem Hinterfragen binärer Strukturen und Voreingenommenheit und dem Aufdecken von Ausgrenzungspraktiken. Dadurch entsteht die Möglichkeit, dass sich Beteiligte zu (neuen, teils temporären) Gemeinschaften zusammenfinden und ihre vielschichtige Persönlichkeit innerhalb von bestimmten Interessensgruppen und darüber hinaus realisieren können.

Die Stadt ist Projektionsfläche, Aushandlungsort und Gegenstand von Zukunftsvisionen, die durch produktive Konflikte gefördert werden. Der gemeinsame Entwurf solcher Visionen hat das Potential, gegenseitiges Verständnis dafür entstehen zu lassen, was es bedeutet, Teil der Stadt zu sein und zu bleiben.

### **Literatur:**

Aravena, Alejandro; Iacobelli, Andres. 2012. *Elemental: manual de vivienda incremental y diseno participativo = Incremental housing and participatory design manual*. Ostfildern : Hatje Cantz

Besmer, Christina; Dietzsch, Ina. 2016. «Superdiversität als Herausforderung für partizipative Stadtentwicklung.» *Berliner Blätter*, Heft 72, S. 163–173

Bielefeld, Erwin. 1951. *Amazonomachia; Beiträge zur Geschichte der Motiwanderung in der antiken Kunst*. Halle (Saale): M. Niemeyer.

Binder, Ulrich; Vogel, Matthias. 2009. *Bilder, leicht verschoben: zur Veränderung der Fotografie in den Medien*. Zürich: Limmat, S.107

Carrara, Gianfranco. 2017. *Knowledge, collaboration, design : theory techniques and applications for collaboration in architecture*. Roma: Gangemi editore SpA international.

Esch, Philipp. 2013. «Mit etwas Abstand betrachtet. Möglichkeiten des Vermittelns» In: Spiro, Annette, und Ganzoni, David. *Der Bauplan: Werkzeug des Architekten*. Zürich: Park Books, S. 306

Färber, Alexa. 2018. «The city as promissory assemblage or: how to think and study the non-/transformative. Keynote Lecture, Kosmos Workshop Beyond Urban Transformation: Interdisciplinary Perspectives on Urban Everyday Life, <https://urban-ethnography.com/2018/09/06/kickoff-keynote-the-city-as-promissory-assemblage-prof-alexa-farber/>, Organizers: Carolin Genz, Aylin Yild-irim Tschoepe, September 5 – 8, 2018, Berlin

- Herzfeld, Michael. 2005. *Cultural Intimacy: Social Poetics in the Nation-State*. New York: Routledge
- Huser, Petra. 2015. In: Bürgin, Reto, und Petra Huser: *Urbane Widerständigkeit am Beispiel des Basler Rheinhafen Areals*. Basel: edition gesowip, S. 211
- Huybrechts, Liesbeth; Benesch, Henric; Geib, Jon. 2017. «Co-Design and the public realm.» *CoDesign*, Sep 2017, Vol. 13(3), S. 145-147
- King, Stanley. 1989. *Co-design : a process of design participation*. New York: Van Nostrand Reinhold.
- Latour, Bruno. 1996. «On Actor-network Theory. A few Clarifications» in: *Soziale Welt* 47, 1996, Heft 4, S. 369–382.
- Latour, Bruno. 2007. *Eine neue Soziologie für eine neue Gesellschaft. Einführung in die Akteur-Netzwerk-Theorie*. Frankfurt am Main: Suhr-kamp.
- Lave, Jean; Wenger, Etienne. 1991. *Situated Learning: Legitimate Peripheral Participation*. Cambridge University Press.
- Lees, Loretta; Slater, Tom; Wyly, Elvin K., eds. 2010. *The Gentrification Reader*. London: Routledge.
- Mcnaught, C.; Amory, A. 2001. «Collaboration, design, and technology: themes in the architecture of interactive learning environments.» *Journal of Interactive Learning Research*, 0, 2001, Vol. 12(2/3), S. 149-152
- Renner, Michael. 2017. «Practice-Led Iconic Research: Towards a Research Methodology for Visual Communication.» In Zender, Mike (2017). *Visible Language, The Journal of Visual Communication Research*. University of Cincinnati, Cincinnati.
- Scheidegger, Tobias. 2009. *Flanieren in ArCAADia: digitale Architekturvisualisierungen - Analyse einer unbeachteten Bildgattung*. Bd. Band 19. *Zürcher Beiträge zur Alltagskultur*. Zürich: Institut für Populäre Kulturen
- Shannon, Kelly. 2012. «Design for the Other 90%/Design with the Other 90%: Cities.» *Journal of Landscape Architecture*, 01 December 2012, Vol. 7(2)

Söderström, Ola; Zepf, Marcus. 1998. L'Image négociée. DISP 132 Dokumente und Informationen zur Schweizerischen Orts-, Regional- und Landesplanung, Januar 1998.

Star, Susan Leigh. 2010. «This is Not a Boundary Object: Reflections on the Origin of a Concept.» Science, Technology, & Human Values. Vol. 35, No. 5 (September 2010), S. 601-617

Stavrides, Stavros. 2016. Common Space: The City as Commons. Zed Books, London

Zeiger, Mimi. 2011. «The new design activism.» Azure, September 2011, Vol.27(210), S. 90-95

Weblinks:

BastAI, <https://basta-bs.ch>

Das Modell, <http://www.dasmodell.org>

Grosser Rat, Motion 18.5314.01, <http://www.grosserrat.bs.ch/de/> (aufgerufen 23.09.2019)

Hockney, David, "Portrait of an Artist (Pool with Two Figures)," <https://thedavidhockney-foundation.org/chronology/1972> (aufgerufen am 18.10.2019)

Jungsozialist\*innen Basel-Stadt, [https://bs.juso.ch/wp-content/uploads/sites/12/2017/07/Laboratoire-Klybeck\\_JUSO-BS\\_2017\\_Web-1.pdf](https://bs.juso.ch/wp-content/uploads/sites/12/2017/07/Laboratoire-Klybeck_JUSO-BS_2017_Web-1.pdf) (aufgerufen 25.09.2018)

Kantons- und Stadtentwicklung, Partizipation, <https://www.entwicklung.bs.ch/integration/integrationsfoerderung/partizipation.html> (aufgerufen 30.08.2019)

klybeckplus, [www.klybeckplus.ch](http://www.klybeckplus.ch)

Motion betreffend Konkretisierung der "Mitwirkung durch die Quartierbevölkerung" auf Gesetzesebene, <http://www.grosserrat.bs.ch/dokumente/100388/000000388248.pdf> (aufgerufen 12.08.2019)

Rheinhattan Versenken, <https://rheinhattanversenken.noblogs.org/rheinhattan-in-bildern/> (aufgerufen 25.09.2019)

Zukunft.Klybeck, <http://zukunftklybeck.allyou.net>

## **Chancen der Polyzentralität – Wie gestalten wir ein anderes Leben auf dem Land?**

*von Korbinian Kroiß und Torsten Klafft*

### **Stadt – Land – StadtLand**

Die Begriffe Stadt und Land bezeichnen im allgemeinen Sprachgebrauch bauliche Erscheinungsformen. Mit Stadt wird gemeinhin »Urbanität« oder das »Städtische« bezeichnet, assoziiert mit Dichte, Synergie und Gleichzeitigkeit von Informationen, Kulturen und Lebenskonzepten. Stadt steht für eine hohe Dynamik und das permanente Erfinden von Neuem. Mit Land wird der Raum außerhalb der Ballungszentren bezeichnet, der größtenteils als Naturraum mit kleineren, verstreuten Siedlungen charakterisiert wird. Das Landleben steht für gewöhnlich für Lebensmittelproduktion, dünne Besiedelung und Traditionen. Geprägt von Langsamkeit und etwas abseits vom Puls der Zeit.

Aber die Grenze zwischen Stadt und Land ist eine politisch gezogene und somit künstliche, die mit der Realität der Lebensverhältnisse wenig zu tun hat. Und sie verschiebt sich permanent. Wer drinnen und wer draußen wohnt, das erkennt man nur an den Nummernschildern der Autos vor den Häusern. Die Siedlungsformen und Dichten ändern sich innerhalb der Stadtgrenzen stärker als mit dem Sprung über die formale Stadtgrenze. Bei genauerer Betrachtung wird deutlich, wie sehr gerade in diesen Übergangsbereichen zwischen städtischen und ländlichen Räumen gegenseitige Abhängigkeiten bestehen, die symbiotisch miteinander ausbalanciert und nicht mehr so leicht beschreibbar sind.

Man kann hier vielleicht Anschluss an den Architekturtheoretiker Aldo Rossi finden, für den Stadt alles umschließt, was der Mensch zu einer Kulturlandschaft transformiert hat. Für ihn machte es daher keinen Sinn über Städte im Plural zu sprechen, sondern die Stadt bezeichnet bereits alle gemeinsam. Immer häufiger wird hierfür in der einschlägigen Literatur der Begriff *StadtLand* verwendet, der vielleicht noch direkter deutlich macht, dass alles gemeinsam gemeint ist und daher auch gemeinsam betrachtet werden muss.

In diesem Sinne muss sich auch die Postwachstumstadt auf alle Räume beziehen, unabhängig ob hochverdichtet und urban oder landschaftlich geprägt, da gerade die oft unsichtbaren Produktionswelten die Grenzen überschreiten und alles miteinander verweben. Insbesondere die Bewegungslinien von Waren machen die gegenseitigen Abhängigkeiten deutlich und zeigen, wie stark sie StadtLand überformen und prägen. So entstehen an günstigen Autobahnlagen riesige Logistikkomplexe, in denen die Pakete organisiert werden, derweil die Konsumentinnen und Konsumenten nach der Online-Bestellung auf die Zustellung warten. Während die Agrarflächen zu Spekulationsobjekten für internationales Finanzkapital werden, bieten die Gemüseregale in den Supermärkten ganzjährig maximale Angebotsvielfalt. Der Postwachstumdiskurs muss zwingend über die isolierte Insellage der Stadt hinausgehen, um gesamtgesellschaftliche Relevanz zu erhalten.

### **Der Donut-Effekt frisst die Ortskerne leer**

Die modernistischen Planungsparadigmen zur Funktionstrennung – im Sinne der Charta von Athen – sehen vor, dass die alltäglichen Hauptfunktionen Wohnen, Arbeiten und Freizeitgestaltung voneinander getrennt werden müssen, um eine negative Beeinflussung untereinander zu vermeiden. Zum Beispiel sollen keine Wohnungen in einem Industriegebiet entstehen. Im Falle einer Industrie mit starken Emissionen (Abgase, Lärm, Geruch, etc.) mag diese räumliche Trennung sinnvoll erscheinen. Mittlerweile arbeiten die meisten Menschen jedoch im Dienstleistungssektor und somit im emissionsarmen, wenn nicht sogar Emissionsfreien Gewerbe. Die räumliche Trennung von Wohnort und Arbeitsplatz zur Vermeidung einer negativen Beeinflussung ist somit hinfällig.

Während in den Großstädten und den urbanen Gebieten heutzutage räumliche Überlagerungen der oben genannten Funktionen bewusst geplant werden, lassen sich seit Anfang der 1990er Jahre in den ländlich geprägten Gebieten die Spätfolgen der modernistischen Planungsparadigmen ablesen. Diese Spätfol-

gen beschreibt der *Donut-Effekt*. Gemeint ist damit die Verlagerung von Alltagsfunktionen aus dem Ortskern an die Ortsränder, was zu zunehmendem Leerstand im Ortskern führt.

Durch das Erstarren des motorisierten Individualverkehrs entstand die Notwendigkeit, die historischen engen Straßen und die Menschen im Zentrum zu schonen und den Verkehrsfluss um die Zentren herumzuleiten. Es wurden leistungsstarke Umgehungsstraßen gebaut, auf welchen der Verkehr viel besser fließt als durch einen verwinkelten Ortskern. Doch dadurch wurde auch die Kaufkraft an den Rand ausgelagert, denn auf den gut erreichbaren freien Grundstücken am Ortsrand entstanden sogenannte Fachmarktzentren. Diese bestehen meist aus einem Baumarkt, einem großen Lebensmitteldiscounter, einer Drogerie und weiteren Filialen von Einzelhandelsketten wie Getränkemärkten oder Schuh- und Bekleidungsgeschäften im niedrigen Preissegment. Große anonyme Verkaufshallen mit großen Hinweisschildern und weiträumigen Parkplatzflächen prägen nun das Erscheinungsbild vieler Ortseinfahrten.

Neben den Fachmarktzentren wurden vielerorts auch Wohngebiete – meist Einfamilienhaussiedlungen – weit außerhalb des Ortskernes ausgewiesen. Ebenso monofunktional wie die Fachmarktzentren unterscheiden sie sich von Region zu Region – wenn überhaupt – nur noch in stilistischen Ausformungen von Dächern und Fassaden.

Wenn sich die Funktionen Wohnen und Einkaufen an den Ortsrändern konzentrieren, entstehen lange Wege zu Arbeit, Schule und Freizeiteinrichtungen. Die Straße oder vielmehr das Auto wird zum verbindenden Glied zwischen den Funktionen. Und so wird ganz selbstverständlich eine große Fläche vor dem Eigenheim als Stellplatzanlage für das oder die Autos angelegt, welche die räumliche Mobilität der gesamten Familie gewährleisten. Ein Großteil des erträumten und oft teuer erkauften eigenen Grundstücks wird somit für versiegelte Auffahrten, Carports und Garagen geopfert. Mobilität im ländlich geprägten Raum ist fast ausschließlich Automobilität, während ÖPNV und Fahrrad nur für Kinder und Senioren gedacht sind, die noch nicht oder nicht mehr mit dem eigenen Auto fahren können.

Diese Entwicklungen haben für die Ortskerne fatale Folgen. Die alteingesessenen Läden und Geschäfte können mir ihrer vergleichsweise kleinen Verkaufsfläche und oftmals schwierigen räumlichen Bedingungen in der bestehenden Bausubstanz nicht mit dem kundenorientierten »Einmal hin, alles drin«-Angebot der Fachmarktzentren mithalten. Die zunehmende Popularität des Onlinehandels zwingt spezialisierte Fachgeschäfte zur Aufgabe und die Digitalisierung ersetzt serviceorientierte Institutionen wie Post- und Bankfilialen. In der

Folge stehen viele Ladenlokale in der Erdgeschosszone leer. Der demographische Wandel trägt weiter zu dieser negativen Entwicklung bei. Viele Gebäude in den Ortskernen werden nur noch von einer oder zwei Personen bewohnt, die Kinder sind in einen anderen Ort oder ins Einfamilienhausgebiet gezogen. Somit stehen vielerorts nicht nur die Erdgeschosse leer, sondern auch die darüber liegenden Wohngeschosse. Dies hat zur Folge, dass das öffentliche Leben schleichend aus dem Ortskern verschwindet. Es verlagert sich dorthin, wo man noch Menschen zufällig begegnet: Auf den Parkplatz des Fachmarktzentrum, draußen vor dem Ortsschild oder gleich zehn Kilometer weiter im Nachbarort mit dem größeren Fachmarktzentrum.

Abstrahiert von oben betrachtet erscheint der gesamte Ort wie ein Donut, das Zentrum ist leer, das Leben spielt sich draußen ab, in den Fachmarktzentren und Einfamilienhausgebieten am Ortsrand. Dabei fehlt jedoch das zufällige Aufeinandertreffen zwischen Personen, welche ihren Erledigungen nachgehen, Anwohner(inn)en und Besucher(inn)en von außerhalb. Das Spiel von Sehen und Gesehenwerden läuft in einem Ortskern viel besser ab als auf dem Parkplatz eines Fachmarktzentrum oder zwischen den Hecken eines Einfamilienhausgebietes.

Was aber bedeutet es längerfristig für einen Ort, wenn das Zentrum leer ist? Nicht selten wird ein städtisches Gefüge mit einem lebendigen Körper verglichen: Die Ortsmitte hält eine Stadt oder ein Dorf zusammen und versorgt sie beziehungsweise es wie das Herz einen Körper versorgt. Es liegt auf der Hand, dass ein Körper ohne Herz nicht lange überleben kann, doch diese Metapher einfach auf einen Ort oder eine Stadt zu übertragen wäre zu kurz gegriffen. Eine Ortschaft wird sehr wohl auch ohne lebendiges Ortszentrum weiterhin existieren. Allerdings bieten die leeren Zentren ein großes Potential, um auf drängende Fragen unserer Zeit eine Antwort zu finden.

### **Vom Donut-Effekt zum Krapfen-Effekt – Gibt es einen »Zurück aufs Land«-Trend?**

Immer wieder berichten überregionale Tageszeitungen über Leute, die »aufs Land gehen«, um dort eine bessere Zukunft zu suchen. Immer wieder tauchen ähnliche Argumente auf, warum Menschen den großen Ballungsräumen entfliehen: günstigere Wohnungspreise, mehr soziale Kontakte mit Nachbarschaft und Mitmenschen, alternative Versorgung mit Lebensmitteln (Eigenanbau) und schließlich die Chance, sich persönlich besser entfalten zu können.

Für diese Menschen bieten die leeren Stadtkerne ein ideales Angebot. Leerstände lassen sich individuell renovieren, vereinsamte ältere Menschen suchen sozialen Anschluss und Bürgermeisterinnen und Bürgermeister freuen sich über eine investitionswillige Jungunternehmerschaft. Es gibt einige Beispiele, welche aufzeigen, wie der Donut-Effekt durch ein erfolgreiches Zusammenspiel unterschiedlicher Interessensgruppen überwunden beziehungsweise abgewendet werden kann.

In der Tiroler Gemeinde Fließ wurde ein Nutzungsdurchmischtes Ensemble mit Wohnen, Arbeiten, Einkaufen und Freizeit auf dem Areal mehrerer leerstehenden Gebäude im Ortskern entwickelt, wofür die Gemeinde mit dem Baukulturgemeinde-Preis und dem Europäischen Dorferneuerungspreis ausgezeichnet wurde. Ähnliche Projekte mit Strahlkraft zur Rückkehr des Lebens in die Ortsmitten wurden in der Tiroler Gemeinde Mils sowie in der niederösterreichischen Kleinstadt Haag umgesetzt, wobei hier kulturelle Aktivitäten in der wiederbelebten Mitte den Ausgang bildeten und einen Schneeball-Effekt erzeugten. Eine ähnliche Entwicklung kann auch in Blaibach in der Oberpfalz beobachtet werden, wo ein Kammermusiksaal im Zentrum errichtet wurde. In Munderfing in Oberösterreich steht derzeit die Umwandlung des seit 40 Jahren leerstehenden Wirtshauses am Dorfplatz zu einem Multifunktionsort für Seminare, Kulinarik und temporäres Wohnen im Mittelpunkt.

Diese Orte mögen oftmals unscheinbar oder als zu unbedeutend erscheinen, um als Lösung eines so vielfältigen Problems herzuhalten. Dennoch zeigen sie, wie durch eine angemessene Gestaltung unter Berücksichtigung von gesamtgesellschaftlichen Trends auch außerhalb der großen Ballungsräume ein »urbaner Lebensstil« möglich ist. Die Nutzung von leerstehenden Gebäuden und Brachflächen im Ortskern trägt zudem zu einem sparsamen Umgang mit Grund und Boden bei. Die Anwendung des Prinzips der »Stadt der kurzen Wege«, welches Wohnen, Arbeiten, Handel und Freizeit möglichst kompakt durch funktionale Überlagerungen vereint, führt auch in kleineren Städten und Dörfern zum Entstehen eines intakten Sozialraumes und hat ein lebendiges Ortsbild zur Folge. Dabei darf nicht vergessen werden, dass es für die erfolgreiche Belebung eines Ortskernes mehr braucht als nur tolle gebaute Architektur. Auch weiche Faktoren sind ausschlaggebend. Anstatt des teigigen Donuts, muss für den Ortskern eine multifunktionale Mischung gefunden werden, die eine ganz eigene Attraktivität entwickelt: aus dem Donut muss ein Krapfen mit einer süßen Marmeladenfüllung werden. Neben der Versorgung mit Bedarfsgütern und einer medizinischen Infrastruktur sind vor allem Arbeitsplätze in den »neuen Arbeitswelten« ausschlaggebend für einen belebten Ortskern. Doch diese »neuen



Arbeitswelten« erfordern nicht weniger als einen Kulturwandel im Verständnis von Arbeit.

### **Kulturwandel der Arbeit als treibende Kraft bei der Belebung des Ortskernes**

Mit dem Kulturwandel der Arbeit beschäftigte sich im Oktober 2018 die Leerstandskonferenz im Brandenburgischen Luckenwalde. Ausgehend von leerstehenden Produktionsstätten industriell geprägter Kleinstädte wurde deutlich, dass diese neben ihrer Eigenschaft als materielle und räumliche Ressource vor allem eins sind: Hinterlassenschaften von überkommenen Arbeitswelten. Die Produktionsweisen und die gesellschaftlichen Umstände, die zu ihrem Bau geführt haben, funktionieren in dieser Form nicht mehr und werden nicht mehr gebraucht. Die Gründe sind vielfältig und haben sich oftmals in das kollektive Gedächtnis der Ortschaften, teilweise sogar ganzer Landstriche eingeschrieben. So können leerstehende Fabrikgebäude auch derart gelesen werden, dass den Menschen vor Ort vor Augen geführt wird: das, was hier einmal mit der eigenen Arbeit produziert wurde, wird nicht mehr gebraucht und somit wird auch die Arbeit, also werden die Menschen nicht mehr gebraucht.

Allerdings verändern sich die Produktionsweisen ständig, sodass es sich jederzeit lohnen sollte, am Zahn der Zeit zu fühlen, ob nicht etwas Neues passen könnte. Zwar hat sich die Industrieproduktion schon vor Jahrzehnten zugunsten der Dienstleistungsgesellschaft immer weiter aus dem ländlichen Raum zurückgezogen, doch innerhalb des Dienstleistungssektors gibt es Veränderungen, die einen Standortwechsel raus aus den Ballungszentren wieder attraktiv machen könnten. Eine der zentralen Veränderungen ist die Digitalisierung der Kommunikation, aber auch die Hinwendung zu flacheren Hierarchien und eigenverantwortlicheren Arbeitnehmerverhältnissen.

Abgesehen von den 20- bis 30-jährigen ist der Drang in die Großstädte überschaubar und das Leben außerhalb der Ballungszentren aus vielen Gründen attraktiv. Wenn es Möglichkeiten gäbe, den Lebensunterhalt zu verdienen und in einer Gemeinde oder Kleinstadt zu leben und zu arbeiten, dann wäre das für viele eine reizvolle Gelegenheit über einen Umzug nachzudenken. Sicher ist das keine Alternative für alle Wohnungssuchenden in den Großstädten, aber für einen bedeutenden Teil könnte es dazu werden. Das Ziel der Leerstandskonferenz war es auch, herauszufinden, was die neuen Spezifika einer Arbeitswelt sind, die dezentral und digital ist und somit auch im ländlichen Raum funktionieren

kann. Die Stärkung neuer Arbeitswelten an Stelle der Hinterlassenschaften des Industriezeitalters ist demnach auch ein direkter Beitrag zur Wohnungsfrage in den Ballungszentren!

### **Wie kann ein lebendiges Quartier auch in ländlich geprägten Räumen entstehen?**

Wie bereits weiter oben beschrieben, darf jedoch nicht der Fehler gemacht werden, das in den Städten gescheiterte Modell der Funktionstrennung noch weiträumiger auf die Orte in ländlichen Räumen anzuwenden. Es geht nicht mehr um ein suburbanes Modell des Fordismus (siehe dazu auch Beitrag von Eckardt in diesem Buch), bei dem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus den ländlichen Siedlungsgebieten zum Arbeitsplatz pendeln. Die Chance der dezentralen Kommunikation besteht darin, dass direkt vor Ort auch gearbeitet werden kann. Bei Arbeitsmodellen, die nur für einen Bruchteil der Arbeitszeit eine Präsenz im urban vernetzten Ballungsraum verlangen, kann abgesehen von ein oder zwei Pendlertagen, die Hauptarbeit im Home-Office oder im örtlichen Co-Working-Space erledigt werden. Je mehr solche Arbeitsmodelle ausprobiert, variiert und etabliert werden, desto eher kann der Wohnstandort nach persönlichen Vorlieben ausgewählt werden und ist weniger an eine urbane Ballung von Arbeitsplätzen in urbanen Zentren gebunden.

Diese Modelle können für viele Gemeinden und Städte eine große Chance bedeuten. Gerade im Hinblick auf den Donut-Effekt kann durch die Stärkung von neuen Arbeitsmodellen eine funktionale Aufwertung des Ortskerns eingeleitet werden, die oft eine Positivspirale von Folgenutzungen verursacht. Zum Beispiel suchen Berufstätige oft nach einem schnellen und guten Mittagstisch oder Kaffee im direkten Umfeld des Arbeitsplatzes, was für viele aussterbende Gasthöfe eine neue Einkommensquelle sein könnte. Es gibt also eine realistische Chance einige Orte derart weiterzuentwickeln und zu stärken, dass sie es für bestimmte Zielgruppen auch mit den urbanen Stadtquartieren aufnehmen können und so zum Lebensmittelpunkt für Wohnen, Arbeiten und Freizeit werden.

### **Das Beispiel Trofaiach**

Trofaiach ist eine Kleinstadt im Bezirk Leoben in der Steiermark in der rund 12.000 Menschen leben und kämpft wie so viele ehemalige Standorte der Schwerindustrie gegen Abwanderung und einen verödeten Ortskern – etwa 30 Leerstände waren noch im Jahr 2015 in der einst belebten Hauptstraße zu finden. Als zum wiederholten Male ein Innenstadtgeschäft – in dem Falle die Bank – ihren Laden dichtmachte und an die Peripherie zog, wachten die Verantwortlichen auf und nahmen die Sache in die Hand. Als erstes wurde in einem umfassenden Beteiligungsprozess der nonconform ideenwerkstatt mit rund 1.000 Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam ein Rezept zur Belebung des Ortskernes entwickelt. Von Anfang an war spürbar: Die Trofaiacherinnen und Trofaiacher wollen wirklich etwas verändern. Schnell wurde klar, dass das Ziel der Ortskernbelebung nicht durch schnelle Renovierungsmaßnahmen erreicht werden kann, sondern verschiedenste Maßnahmen gesetzt werden müssen und zur Umsetzung eine Kümmerer-Person für das Zentrum eingesetzt werden soll.

Drei Jahre später kann eine positive Bilanz gezogen werden: Beinahe die Hälfte aller Leerstände wurden mit neuen, teils sehr innovativen Nutzungen und Nutzungskombinationen befüllt. Auch das zuvor viele Jahre leerstehende Wirtshaus öffnete wieder seine Tore und eine Begegnungszone wurde von den beauftragten Architekten sehr mutig gestaltet. Mit privaten Eigentümerinnen und Eigentümern werden Immobilien für zentrumsnahes Wohnen reaktiviert.

Das Konzept der Kümmerer-Person hat sich bewährt – seit dem Jahr 2018 wird mit der Ortskernkonferenz in Trofaiach ein jährliches Vernetzungstreffen für Kümmerer-Personen veranstaltet.

Der gelebte Krapfen-Effekt im Sinne innovativer Gemeindeentwicklung, welche von Anfang an auf eine breite Bürgerbeteiligung setzte, ist die Basis für all die positiven Veränderungen in Trofaiach. Vier wesentliche Erfolgsfaktoren haben sich herauskristallisiert:

#### *1. Strategisches Ziel: Innenentwicklung vor Außenentwicklung*

An oberster Stelle steht das Bekenntnis von Politik und Verwaltung zur Devise »Innenentwicklung vor Außenentwicklung«. Das bedeutet: volle Konzentration auf die Stärkung der Ortsmitten und die Potenziale der Nachverdichtung im Bestand sowie eine klare Absage an die Zersiedelung in der Peripherie, welche den Donut befördert.

### *2. Innovative und lustvolle Öffentlichkeitsbeteiligung*

Die Bürgerinnen und Bürger mit mutigen Beteiligungsprozessen zum gemeinsamen Weiterdenken zu motivieren und mit ihnen eine Vielzahl an Ideen gemeinsam zu entwickeln, ist ein entscheidender Schritt in Richtung eines umfangreichen Raumrezeptes, mit dem sich am Ende die ganze Gemeinde wohlfühlt.

### *3. Installierung einer Kümmerer-Person für das Ortszentrum*

Für eine erfolgreiche Zentrumsbelebung braucht es eine sogenannte Kümmerer-Person, die dauerhaft vor Ort dafür Sorge trägt, dass die im Masterplan vorgesehenen Projekte bedarfsorientiert und zeitgemäß umgesetzt werden.

### *4. Ermöglichung neuer Arbeitswelten*

Die Lebendigkeit eines Ortskernes hängt auch von der Zahl der dort angesiedelten Arbeitsplätze und dem wirtschaftlichen Erfolg ab. Neue Formen von Arbeitsmodellen und Arbeitsplätzen wurden gezielt gefördert. Wie etwa der Multifunktionsladen »Trofaiach Tandler« oder eine Art Fab-Lab aus Töpferei und Nähwerkstatt. Zudem legte die Stadt ein eigenes Förderprogramm für Unternehmensgründungen auf.

## **Beteiligung als Schlüssel gelebter Baukultur**

Deutlich wird bei der Betrachtung der erfolgreichen Beispiele, wie verwoben und vernetzt die Probleme des Wohnraummangels in den Großstädten mit den demographischen Entwicklungen der ländlichen Regionen sind. Der Aufbau attraktiver und heterogener Standorte ist dabei keine rein logistische oder funktionale Aufgabe. Hierbei ist ein Zusammenspiel aus Politik, Raumentwicklung, aktiver Bürgerschaft, Infrastrukturplanung, kreativer Pionierarbeit und Mut zu neuen Wegen gefragt, die sich um unsere gebaute und belebte Umwelt bemüht machen, kurzum ein umfassendes Verständnis von Baukultur in die ländlichen Räume bringen.

Mehr Beteiligung der Bürgerschaft sowie der Nutzerinnen und Nutzer gerade bei komplexen räumlichen Fragestellungen und Bauaufgaben ist heute notwendiger denn je. Baukultur ist viel mehr als nur Bauen. Baukultur besteht nicht nur aus fertiggestellten Bauwerken, sondern aus einer Vielzahl von Faktoren, die unseren Lebensraum in seiner Qualität beeinflussen können. Baukultur umfasst soziale, ökologische und gestalterische Fragestellungen, von der Lebensqualität eines Ortes über die Bodenpolitik bis zur Organisation der Mobilität.

Vor allem beim Bauen auf dem Land besteht die Chance auf einen intensiven Austausch mit der Akteursstruktur vor Ort, mit den unmittelbaren Nutzerinnen und Nutzern. Dabei spielt das Ehrenamt eine große Rolle: Manche kommunalen Bauprojekte wären ohne den Einsatz engagierter Bürgerinnen und Bürger nie begonnen worden oder nicht umsetzbar gewesen. Die Identifikation mit dem eigenen Ort ist in der Regel höher und bauliche Veränderungen werden gerade in kleinen Gemeinden sehr viel stärker wahrgenommen als im urbanen Kontext und sind daher sehr emotional besetzt.

Im Zeitalter der Politikverdrossenheit sind Bauaufgaben zudem ein überaus geeigneter Weg, die Bürgerschaft »hinter dem Ofen« hervor zu locken. Denn was eignet sich besser als ein Bauprojekt, um Menschen an Entscheidungen und Entwicklungen in ihrem unmittelbaren Umfeld mitwirken zu lassen? Das Entstehen von gelebter Bürgernähe ist dabei ein angenehmer Nebeneffekt.

### **Die Postwachstumsdebatte im StadtLand, eine vielfältige Herausforderung**

Wir müssen den ländlich geprägten Raum in die Überlegungen zu einer Postwachstumsstadt mit einbeziehen, denn gerade in Deutschland lebt ein Großteil der Bevölkerung in Gemeinden und Kleinstädten. Doch gerade diese binäre Unterscheidung zwischen Stadt und Land muss im Konzept der Postwachstumsstadt überwunden werden. Die gegenseitigen Abhängigkeiten sind zu groß. Und während in den Städten experimentierfreudig an Alternativen für ökologische und soziale Fragen des nachhaltigen Konsums und der Mobilität gearbeitet wird, wird schnell deutlich, dass es im ländlichen Raum andere Lösungen braucht. Für viele technische Lösungen fehlt hier die kritische Masse. Oft wird in Diskussionen klar, dass noch nicht jede und jeder überzeugt ist, sich auch anders verhalten zu müssen. Die Einsicht in die Notwendigkeit des Wandels erfordert aber ebenso die Toleranz gegenüber pluralistischen Lebensmodellen in der Nachbarschaft.

Dem sozialökologischen Wandel muss ein Diskurs über die Kultur der Arbeit, der Mobilität und der Selbstverständlichkeiten des Wohnens und Konsumierens vorausgehen. Werden diese Diskussionen nicht geführt, wird der Ruf nach einem ökologischen und sozial verträglichen Zusammenleben ungehört verhallen. Doch gerade hier sollte die Debatte der Postwachstumsstadt geführt werden: an den Stammtischen, bei den Bürgerversammlungen, auf Dorf- und Stadtteilstellen. Dort, wo man noch tüchtig darüber streiten kann!

# **Ein Verkehrssystem für die Postwachstumsstadt – Erste Thesen zur Gestaltung urbaner Mobilität unter Postwachstumsbedingungen**

*von Julius Uhlmann und Uwe Plank-Wiedenbeck*

## **Einleitung**

Die aktuellen Diskurse in Stadtplanung und Umweltschutz befassen sich immer mehr mit Mobilität und Verkehr. Insbesondere die Diskussionen um Schadstoffemissionen, die Umbrüche in der Automobilindustrie oder die wachsende Zahl von Städten, die aus Umweltgründen dieselbetriebene Fahrzeuge aus ihren Städten verbannen, haben den Verkehr in den letzten Jahren wiederholt in das öffentliche Bewusstsein gebracht. Daher ist eine Auseinandersetzung mit dem Thema gerade auch im Kontext einer Postwachstumsstadt sinnvoll. Denn, egal wie das Leben in der Postwachstumsgesellschaft ausgestaltet wird, ein starkes Bedürfnis nach Mobilität wird stets existieren. Um dieses Mobilitätsbedürfnis zu befriedigen, benötigt auch die Postwachstumsstadt ein Verkehrssystem. An dieses Verkehrssystem werden allerdings zahlreiche, auch neue Anforderungen gestellt: Kernaufgabe wird es sein, zur Subsistenz der Postwachstumsstadt beizutragen, während das Verkehrssystem selbst den Regeln der Suffizienz unterliegen muss. Dieses bedeutet vor allem eine Reduzierung des Ressourcenverbrauchs und eine Verlängerung der Lebenszyklen von Fahrzeugen und

Infrastruktur. Aber wie kann ein Verkehrssystem für die Postwachstumsstadt aussehen? In diesem Text werden erste Gedanken als eine Grundlage für eine Weiterentwicklung im Planungsprozess der Postwachstumsstadt präsentiert.

## **Grundlagen**

Das erste Bild, wenn man an »Verkehr« denkt, ist oftmals der Straßenverkehr mit seinen Ausprägungen, wie zum Beispiel Stau. Auch Begriffe wie »Verkehrsfunk« befassen sich in sehr direkter Weise mit dem motorisierten Individualverkehr. Der Duden definiert Verkehr als: »Beförderung, Bewegung von Fahrzeugen, Personen, Gütern, Nachrichten auf dafür vorgesehenen Wegen« sowie »Kontakt, Umgang mit jemandem im Hinblick auf Gedankenaustausch, wechselseitige Mitteilung, als gesellschaftliche Beziehung« (DUDEN). Auch wenn diese Definition weitreichender ist als die bloße Betrachtung des motorisierten Individualverkehrs, ist diese Definition aus Blick der Verkehrsplanung zu ungenau, da hier der Unterschied zwischen Verkehr und Mobilität nicht klar herausgearbeitet wird. Mobilität und Verkehr sind zwei Begriffe, die sehr oft synonym und auswechselbar verwendet werden, wobei sie zwei verwandte, aber unterschiedliche Sachverhalte beschreiben.

Im »Kleinen Begriffskanon der Mobilitätsforschung« definieren Schwedes et al. (2018, S. 5) Verkehr als: »zeitliche Ausprägung der realisierten Ortsveränderung. Dieser Prozess resultiert aus den zeitlichen Rahmenbedingungen der Ortsveränderungen von Personen, Gütern und Daten.« Diese Definition macht deutlich, dass der Verkehr die zeitlich und räumliche Ausführung von Etwas ist, nämlich einer Ortsveränderung. Mobilität wird von Schwedes et al. (2018, S. 5) definiert als: »die subjektive Ausprägung der Ortsveränderungsmöglichkeiten. Dieser individuelle Möglichkeitsraum resultiert aus räumlichen, physischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und deren subjektiver Wahrnehmung«. Während Verkehr die Realisierung einer Ortsveränderung ist, beschreibt Mobilität eher die Möglichkeit hierfür. Hierbei ist eine Abgrenzung zum Begriff der »sozialen Mobilität« vorzunehmen, welcher in der Soziologie vornehmlich eine Änderung des sozio-ökonomischen Status beschreibt (Manderscheid 2012, S. 551).

Zwischen der Mobilität, dem Verkehr und der Infrastruktur gibt es Zusammenhänge, welche in Abbildung 1 dargestellt sind. Die Mobilität, beziehungsweise genauer das Mobilitätsbedürfnis löst den Verkehr aus, in welchem dem Bedürfnis nach einer Ortsveränderung nachgegangen wird. Dieser Verkehr fin-

det auf der (Verkehrs-)Infrastruktur statt, deren Ausprägung wiederum in hohem Maße die Mobilität beeinflusst.

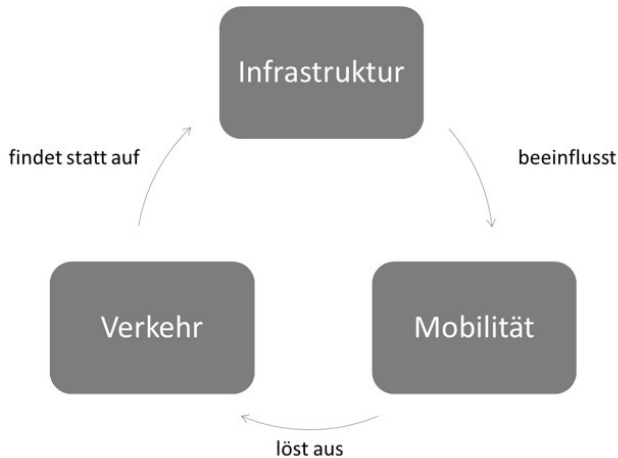


Abb. 1: Zusammenhang von Mobilität, Verkehr und Infrastruktur

### Anforderungen an ein Verkehrssystem für die Postwachstumsstadt

Ein starkes Mobilitätsbedürfnis wird es auch in einer Postwachstumsgesellschaft noch geben. In einer idealisierten Gesellschaft der Selbst-Subsistenz könnte zwar jeder Haushalt eine »eigene Scholle« bewirtschaften, wäre damit komplett autark und hätte keinerlei Notwendigkeit für eine Ortsveränderung.<sup>1</sup> Allerdings lebt jede Gesellschaft von einem Austausch, dies kann neben dem persönlichen Treffen sowohl auch der Austausch von Waren als auch der Austausch von Ideen sein. Erst diese Interaktionen ermöglichen einen angemessenen Lebensstandard und formen aus Individuen eine Gesellschaft. Die Abwicklung dieses Austauschs findet über Verkehr statt und benötigt ein Verkehrssystem. Ein Verkehrssystem für eine Postwachstumsstadt muss dabei allerdings Anforderungen erfüllen, die es von dem heutigen Verkehrssystem unterscheidet:

Es muss die Postwachstumsstadt in ihrer Subsistenz unterstützen und den Bewohnenden helfen ihr Bedürfnis nach Mobilität zu erfüllen. Dies bedeutet,

<sup>1</sup> Wenn das eigene Anwesen hierbei als ein Ort betrachtet wird. Auf dem Anwesen finden durchaus noch Wege z.B.: zwischen Haus und Feld statt.



dass der Verkehr eine Dienstfunktion für eine größere Sache wahrnimmt und nicht Selbstzweck ist. In dieser Schlüsselrolle ist ein Controlling des Verkehrssystems notwendig, um das Funktionieren des Systems und die Einhaltung der Zielstellungen sicherzustellen. Das Verkehrssystem kann als eine Art gemeinsame Einrichtung (Commons) angesehen werden. Jeder benutzt es, deshalb sollte es auch von jedem gepflegt werden.

Das Verkehrssystem muss den Regeln der Suffizienz unterliegen. Für die gleiche Relation können verschiedene Verkehrsträger mit unterschiedlichen Kosten wie Zeit, Energie und Raum zur Verfügung stehen. Das aktuelle Mantra der Wahl des Modus, der am bequemsten oder billigsten für den oder die Einzelne ist, muss durch eine Betrachtung der Kosten für die Gesellschaft ergänzt oder ersetzt werden. Während die private Nutzung eines Autos durch eine Person für eine innerstädtische Fahrt für das Individuum die schnellste und bequemste Lösung sein könnte, ist es aus einer breiteren Perspektive nicht die beste Alternative. Der gewählte Modus muss sich in das von Profijt (2018, S. 82) definierte Konzept der Mobilitätssuffizienz einfügen. Die mit der Wahl eines Modus verbundenen externen Kosten, wie Raumnutzung, Kraftstoffverbrauch und Emissionen, sind zu gewichten und mit anderen möglichen Verkehrsmodi zu vergleichen und der Modus mit den geringsten verallgemeinerten Kosten für die Gesellschaft zu wählen. Umgesetzt heißt das: möglichst kurze Wege, möglichst geringer Energieverbrauch und möglichst geringer Flächenbedarf. Diese Abwägung sollte bestimmte Verkehrsmittel nicht ausschließen, da auch ein PKW unter bestimmten äußeren Bedingungen (hohe Auslastung, Route mit geringer Nachfrage, lange Strecke oder anspruchsvolle Topographie) ein sinnvolles Verkehrsmittel sein kann.

### **Ansätze für eine Transformation des Verkehrssystems**

Der erste Impuls in der Debatte über nachhaltige Verkehrsplanung ist in der Regel ein starker Fokus auf öffentlichen Personennahverkehr und Fahrräder. Dies ist durchaus gerechtfertigt, da diese beiden Verkehrsmodi (und das Gehen) in Bezug auf Energie, Raumverbrauch und Emissionen im Vergleich zum motorisierten Individualverkehr viel besser abschneiden. Aktive Modi (Radfahren und zu Fuß gehen) können außerdem zur Gesundheit beitragen (Litman 2019, S. 17–19; Oja et al. 2011) und sind erschwinglich: Die Kosten eines gebrauchten Fahrrads liegen in der gleichen Größenordnung, wie eine Tankfüllung eines

PKW.<sup>2</sup> Für die Reparatur von Fahrrädern und Schuhen sind in der Regel keine Spezialmaschinen erforderlich, so dass deren Lebensdauer verlängert werden kann. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass öffentliche Verkehrsmittel, Radfahren und Gehen die Verkehrsmodi sind, die am besten zu einer Postwachstumsgesellschaft und zu den zuvor beschriebenen Anforderungen an ein Verkehrssystem passen. Wenn eine Postwachstumsgesellschaft von Grund auf neu aufgebaut werden würde, wären diese die primär zu fördernden Modi. Wegen der Bestandssysteme ist es jedoch notwendig, über eine Transformation des Verkehrssystems nachzudenken. Es bieten sich insbesondere drei sich ergänzende Ansätze für den Übergang hin zu einem nachhaltigeren Verkehrssystem an: höhere Effizienz, weniger Verkehr durch veränderte Mobilitätsmuster und eine Verringerung der Wegelängen.

### *Höhere Effizienz*

Der Gedanke an eine Effizienzsteigerung mag in einem Postwachstums-Kontext überraschend klingen, ist aber in gewissem Maße eine sinnvolle Lösung für einen Übergang zu einem nachhaltigeren Verkehrssystem. Eine höhere Effizienz kann vor allem erreicht werden, wenn der Verkehr so weit wie möglich gebündelt wird. Eine Anwendung dieses Ansatzes ist der öffentliche Verkehr, der eine hohe Anzahl von Personen bei minimalem Kraftstoff- und Flächenverbrauch transportiert. Aktuelle Trends im öffentlichen Verkehr wie »Mobility as a Service« und Automatisierung können diese Effizienz weiter steigern.

Unter einer höheren Effizienz kann auch eine bessere Ausnutzung der bereits vorhandenen Infrastruktur verstanden werden: Unsere heutigen Landschaften sind stark durch Verkehrsinfrastruktur geprägt und belastet. Im Jahr 2017 waren in Deutschland 18.046 Quadratkilometer für den Verkehr gewidmet, eine Zahl, die seit 1992 um 9,7 Prozent gestiegen ist (Umweltbundesamt 2019). Ein Verzicht auf diese Infrastruktur wäre nicht sinnvoll, aber ein weiterer Ausbau der Infrastruktur zur Deckung der Nachfrage widerspricht den Zielen der Nachhaltigkeit. Der Schlüssel liegt in der effizienteren Nutzung dieser Infrastruktur. Gerade beim Thema PKW wird deutlich, dass viel Potenzial der Infrastruktur nicht genutzt wird, da der durchschnittliche Besetzungsgrad in Deutschland bei rund 1,5 Personen pro Auto liegt (Follmer und Gruschwitz 2018, S. 7). Laut Randelhoff (2015) nutzt ein Auto mit einem durchschnittlichen Besetzungsgrad von 1,4 bei einer Geschwindigkeit von 50 Kilometer pro Stunde circa 140 Quadratmeter Fläche – eine Erhöhung des Besetzungsgrades kann also zu ei-

---

2 Zum Zeitpunkt der Recherche (Januar 2020) kostet ein Liter Diesel 1,28 Euro. Der Tank eines VW Golf VII fasst 50 Liter (Silvestro 2012, S. 15). Der Preis einer Tankfüllung beträgt demnach 64 Euro.

ner besseren Ausnutzung der bestehenden Infrastruktur und einem geringeren Flächenverbrauch pro Verkehrsteilnehmer(in) beitragen und die Notwendigkeit des weiteren Infrastrukturausbaus verhindern. Eine solche Erhöhung des Besetzungsgrades ist zum Beispiel über Mitfahrgelegenheiten möglich. Die Straßeninfrastruktur kann insbesondere in den Städten auch auf andere, nicht motorisierte Verkehrsträger umverteilt werden. Mit einer angestrebten Verkehrsverlagerung hin zu mehr Fahrrad- und Fußgängerverkehr muss auch eine Umverteilung der Flächen zu Gunsten dieser Modi einhergehen. Diese ist oftmals ohne großen Aufwand umsetzbar, wie z.B. die Verringerung der Anzahl der PKW-Fahstreifen auf einer Straße im Austausch gegen einen (breiteren) Radweg oder die Umwandlung bestimmter Straßen in Fußgänger- und Radfahrerzonen.

Eine höhere Effizienz in der Nutzung sollte sich nicht nur auf die Infrastruktur konzentrieren, sondern auch die Fahrzeuge miteinschließen. Ein privater PKW ist nur circa fünf Prozent der Zeit in Bewegung und steht den Rest des Tages und verbraucht dennoch Fläche (Barter 2013). Eine höhere Auslastung der vorhandenen Fahrzeuge kann nicht nur die Anzahl der benötigten Parkplätze, sondern auch die Anzahl der benötigten Fahrzeuge reduzieren. Dies ist ein wichtiger Punkt, denn weniger benötigte Fahrzeuge bedeuten weniger herzustellende Fahrzeuge, was zu einer Verringerung des Materialbedarfs und der produktionsbedingten Emissionen führt. Hier bietet sich Carsharing als ein alternatives Konzept zum privaten Besitz von Fahrzeugen an. Ein System des gemeinsamen Besitzes, nicht nur von Autos, ist daher ein zentraler Aspekt einer Postwachstumsgesellschaft (vgl. Paech 2017, S. 45). Dies kann den Nutzenden auch insofern zugutekommen, als dass ein spezielles Auto für bestimmte Anlässe, wie Urlaubsreisen oder Umzüge, leicht für einen bestimmten Zeitraum beschafft werden könnte. Auch das automatisierte und autonome Fahren bietet Chancen für eine Effizienzsteigerung, wenn die geteilten Fahrzeuge von Fahrenden unabhängig nachfragegerecht eingesetzt werden können.

Bei einer Diskussion über eine höhere Effizienz sollte auch eine erhöhte Energieeffizienz der Fahrzeuge mit bedacht werden. Die Dekarbonisierung des Verkehrs ist ein großes Thema, sowohl im Kontext der Postwachstumsgesellschaft als auch darüber hinaus (Haas 2018; Hutton 2013; Becker et al. 2019; Iwer und Strötzel 2019). Eine Anforderung an das Verkehrssystem für eine Postwachstumsstadt ist ein möglichst geringer Energieverbrauch und eine Reduktion der mit der Energieerzeugung verbundenen Emissionen. Im Zusammenhang mit der Postwachstumsthematik sollte allerdings auch die möglichst lange Nutzung der vorhandenen Fahrzeuge Priorität haben. Es ist hierbei also nicht nur der

Energieverbrauch im Betrieb, sondern über den ganzen Lebenszyklus zu betrachten. Wenn ein Fahrzeug aber ausgetauscht werden muss, ist ein Fokus auf die Verwendung von Antriebsformen die mit erneuerbaren Energien betrieben werden zu legen (beispielsweise Elektro- oder Brennstoffzellenfahrzeuge).

#### *Weniger Verkehr durch veränderte Mobilitätsmuster*

Eine so radikale Veränderung, wie die Abkehr von einem wachstumsorientierten Wirtschaftssystem, könnte auch die derzeitigen Mobilitätsmuster nachhaltig verändern, solange das Grundbedürfnis nach Mobilität noch erfüllt wird. Ein verändertes Arbeitssystem, das wesentlicher Bestandteil vieler Konzepte einer Postwachstumsgesellschaft ist (Schmelzer und Vetter 2019, S. 197–202), wird mit einer Veränderung des alltäglichen Verkehrsverhaltens einhergehen. Die derzeitige Zahl der täglichen Wege pro Person, die in Deutschland in etwa zwischen 3,1 (Follmer und Gruschwitz 2018, S. 8–9) und 3,6 (Ahrens et al. 2015, S. 30) liegt, geht zu einem Anteil auf berufsbezogene Fahrten zurück (Ahrens et al. 2015, S. 87; Follmer und Gruschwitz 2018, S. 18–19). Eine Reduzierung der Arbeitstage würde auch eine Reduzierung der Fahrten in ähnlicher Größenordnung bedeuten. Neue Technologien für eine ortsunabhängige, kooperative Arbeitsumgebung könnten den Anteil der Menschen erhöhen, die - vielleicht nur in Teilzeit - von zu Hause aus arbeiten, anstatt zu ihrem Arbeitsplatz zu pendeln.

Die wichtige Frage bei diesem Konzept ist, was mit der gewonnenen Freizeit gemacht wird? Wenn, anstatt mit dem Auto zur Arbeit zu fahren, mit dem Auto zum Einkaufen oder ans Meer gefahren wird, könnte der Effekt am Ende sogar negativ sein (vgl. Profijt 2018, S. 30–33 und Beitrag von Michaela Christ und Jonas Lage in diesem Band). Ein sinnvolles Mobilitätsmanagement (nicht nur) für den Freizeitverkehr ist für ein nachhaltiges Verkehrssystem von großer Bedeutung.

#### *Reduzierung der Wegelängen*

Ein dritter Ansatz betrifft die Reduzierung der Wegelängen im System. Dies könnte durch Änderungen in der Siedlungsstruktur und Änderungen in den Produktionsketten erreicht werden. Eine Postwachstumsstadt muss eine Stadt der kurzen Wege sein. Dies erfordert eine Veränderung der Siedlungsstruktur hin zu einem Nutzungskonzept, das es ermöglicht, das Mobilitätsbedürfnis in unmittelbarer Nähe des Wohnortes zu erfüllen (vgl. Beitrag von Korbinian Kroiß und Torsten Klafft in diesem Band). Überwiegend werden Städte heute in verschiedene Zonen eingeteilt, z.B.: Wohnen oder Gewerbe. Dies ist zwar aus

Gründen der Lärm- und Luftverschmutzung und zur Schaffung eines »gemütlichen« Wohnraums sinnvoll, führt aber zu einem Zwang, die Zone zu verlassen, um die eigenen Bedürfnisse zu erfüllen. Die Veränderung der Siedlungs- und Geschäftsstruktur hin zu einem System der gemischten Nutzung in der Stadt kann die Wegelängen verkürzen und das Gemeinschaftsgefühl in kleinen lokalen Geschäften im Gegensatz zur Anonymität der Einkaufszentren stärken. Hinsichtlich des Güterverkehrs könnten kürzere Wegezeiten durch eine verstärkte Fokussierung auf regionale Produktionsketten erreicht werden (Haas 2018, S. 19). Die verstärkte Regionalisierung der Produktion ist ein prominenter Gedanke in den Diskursen zur Postwachstumsgesellschaft (vgl. Schmelzer und Vetter 2019, S. 181; Woynowski et al. 2012, S. 127; Paech 2017, S. 45). Eine Postwachstumsstadt wird hinsichtlich der Güterversorgung in einer engeren Verbindung mit dem Umland stehen.

### **Fazit und Ausblick**

Ein Mobilitätsbedürfnis wird immer vorhanden sein, so dass es die Aufgabe der Planenden in den nächsten Jahren sein wird, Lösungen für eine Erfüllung dieses Bedarfs mit möglichst externen Effekten zu finden. In diesem Kapitel wurden einige Ideen skizziert, die in den folgenden Thesen zusammengefasst werden können:

- Die bessere Nutzung aller Arten oder bereits vorhandener Infrastrukturen und Fahrzeuge sollte ein Hauptziel sein. Dies bedeutet eine Erhöhung der Auslastung von Fahrzeugen durch Maßnahmen, wie Fahrgemeinschaften, aber auch die Verlagerung auf räumlich und energetisch effizientere Verkehrsmittel.
- Der derzeitige Standard des Privateigentums eines Kraftfahrzeugs sollte für ein System mit überwiegend kollektiven Fahrzeugflotten aufgegeben werden.
- Wenn Fahrzeuge ausgetauscht werden müssen, sollte ein Schwerpunkt auf der Verwendung von mit erneuerbaren Energien betriebenen Antriebsformen liegen.
- Die Möglichkeiten für ein verändertes Mobilitätsverhalten durch Veränderungen im Arbeits- und Wirtschaftssystem bieten Potenziale zur Reduzierung der Anzahl der Fahrten und Wegelängen.
- Ziel der Stadtplanung sollte es sein, gemischte Städte zu schaffen, die es

ermöglichen alle Mobilitätsbedürfnisse mit möglichst kurzen Wegen zu erfüllen.

- Mit einer stärkeren Fokussierung auf regionale Produktionsketten können die Wegelängen des Güterverkehrs reduziert werden.

Die Umsetzung der vorgeschlagenen Verkehrsplanungskonzepte unterliegt der Entscheidung politischer Steuerungs- und Planungsorgane, die die Konzepte von Postwachstum unterstützen müssten. Die Frage, wie und wo wir uns bewegen, ist für die Gesellschaft von erheblicher Bedeutung und sollte daher integraler Bestandteil der Diskussionen über einen Übergang zu einer Postwachstumsgesellschaft sein.

### **Literatur:**

Ahrens, G.-A.; Wittwer, R.; Hubrich, S.; Wittig, S.; Ließke, F. (2015): Sonderauswertung zum Forschungsprojekt „Mobilität in Städten – SrV 2013“. Stadtgruppe: SrV-Städtepegel. aktualisierte Version vom 21.05.2015. Dresden [[https://tu-dresden.de/bu/verkehr/ivs/srv/ressourcen/dateien/2013/uebersichtsseite/SrV2013\\_Stadtgruppe\\_SrV-Staedtepegel.pdf](https://tu-dresden.de/bu/verkehr/ivs/srv/ressourcen/dateien/2013/uebersichtsseite/SrV2013_Stadtgruppe_SrV-Staedtepegel.pdf), 01.10.2019].

Barter, P. (2013): "Cars are parked 95% of the time". Let's check! (Reinventing Parking) [<https://www.reinventingparking.org/2013/02/cars-are-parked-95-of-time-lets-check.html>, 30.09.2019].

Becker, K.; Ehrlich, M.; Holzschuh, M.; Engel, T.; Sittel, J. (2019): Das Wertschöpfungssystem „Automobil“ im Umbruch. In: Dörre, K., Rosa, H., Becker, K., Bose, S. und Seyd, B. (Hrsg.): Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften. Wiesbaden, S. 245–258. DUDEN:Verkehr [<https://www.duden.de/rechtschreibung/Verkehr>, 28.05.2019].

Follmer, R.; Gruschwitz, D. (2018): Mobilität in Deutschland – MiD. Kurzreport Verkehrsaufkommen - Struktur - Trends. Ausgabe September 2019. Hg. v. Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur [[http://www.mobilitaet-in-deutschland.de/pdf/infas\\_Mobilitaet\\_in\\_Deutschland\\_2017\\_Kurzreport.pdf](http://www.mobilitaet-in-deutschland.de/pdf/infas_Mobilitaet_in_Deutschland_2017_Kurzreport.pdf), 30.09.2019].

Haas, T. (2018): Verkehrswende und Postwachstum -. die Suche nach Anknüpfungspunkten, In: Working Paper der DFG-Kollegforscher\_innengruppe Postwachstumsgesellschaften, (4).

Hutton, B. (2013): Planning sustainable transport. London, New York.

Iwer, F.; Strötzel, M. (2019): Verkehrswende und ökologischer Umbau der Automobilindustrie. In: Dörre, K., Rosa, H., Becker, K., Bose, S. und Seyd, B. (Hrsg.): Große Transformation?

Zur Zukunft moderner Gesellschaften. Wiesbaden, S. 259–276.

Litman, T. A. (2019): Evaluating Active Transport Benefits and Costs. Guide to Valuing Walking and Cycling Improvements and Encouragement Programs. Victoria Transport Policy Institute. Victoria [https://www.vtpi.org/nmt-tdm.pdf, 09.01.2020].

Manderscheid, K. (2012): Mobilität. In: Eckardt, F. (Hrsg.): Handbuch Stadtsoziologie. Wiesbaden, S. 551–570.

Oja, P.; Titze, S.; Bauman, A.; Geus, B. de; Krenn, P.; Reger-Nash, B.; Kohlberger, T. (2011): Health benefits of cycling: a systematic review, In: Scandinavian journal of medicine & science in sports 21 (4), S. 496–509. DOI: 10.1111/j.1600-0838.2011.01299.x.

Paech, N. (2017): Postwachstumsökonomik. Wachstumskritische Alternativen zu Karl Marx, In: Aus Politik und Zeitgeschichte 67 (19-20), S. 41–46.

Profijt, M. (2018): Mobilitätssuffizienz. München.

Randelhoff, M. (2015): Vergleich unterschiedlicher Flächeninanspruchnahmen nach Verkehrsarten (pro Person) [https://www.zukunft-mobilitaet.net/78246/analyse/flaechenbedarf-pkw-fahrrad-bus-strassenbahn-stadtbahn-fussgaenger-metro-bremsverzoeigerung-vergleich/, 07.02.2019].

Schmelzer, M.; Vetter, A. (2019): Degrowth/Postwachstum zur Einführung. Hamburg.

Schwedes, O.; Daubitz, S.; Rammert, A.; Sternkopf, B.; Hoor, M. (2018): Kleiner Begriffskanon. Der Mobilitätsforschung, In: IVP Discussion Paper.

Silvestro, D. (2012): Autotest. VW Golf 2.0 TDI BlueMotion Technology Highline (DPF). Hg. v. ADAC e.V. [https://www.adac.de/\_ext/itr/tests/Autotest/AT4849\_VW\_Golf\_2\_0\_TDI\_BlueMotion\_Technology\_Highline\_DPF/VW\_Golf\_2\_0\_TDI\_BlueMotion\_Technology\_Highline\_DPF.pdf#page=4, 08.01.2020].

Umweltbundesamt (2019): Siedlungs- und Verkehrsfläche [https://www.umweltbundesamt.de/daten/flaechen-boden-land-oekosysteme/flaechen/siedlungs-verkehrslaechen#text-part-1, 30.09.2019].

Woynowski, B.; Becker, P.; Betram, A.; Bhandari, S.; Burger, J.; Haver, M. et al. (Hrsg.) (2012): Wirtschaft ohne Wachstum?! Notwendigkeit und Ansätze einer Wachstumswende. Notwendigkeit und Ansätze einer Wachstumswende. Freiburg (Reihe Arbeitsberichte des Instituts für Forstökonomie, 59), 30.09.2019.





# III Stadt durch Bewegung: Konflikte um Gestaltungsmacht



# **Umkämpfte Räume. Suffizienzpolitik als Lösung für sozial-ökologische Probleme in der Stadt?**

von Michaela Christ und Jonas Lage

## **Einleitung**

Überall auf der Welt zieht es immer mehr Menschen vom Land in die Stadt. Schätzungen zufolge werden etwa zur Mitte des Jahrhunderts drei Viertel der Weltbevölkerung in Städten leben (WBGU 2016, S. 51, 64). In Deutschland gewinnen vor allem Großstädte und Großstadtregionen stetig neue Einwohnerinnen und Einwohner dazu, aber auch viele Mittelstädte mit bis zu 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern verzeichnen seit Jahren deutliche Zuwächse. Dies verursacht erhebliche soziale und ökologische Probleme wie zum Beispiel Wohnungsnot und Verdrängung, weitere Flächenversiegelung und in der Folge Biodiversitätsverluste oder eine zunehmende Anfälligkeit gegen Extremwetterereignissen wie Starkregen oder Hitzewellen. Dass Städte und die Frage, wie das Leben dort gestaltet wird, große Zukunftsherausforderungen sind, ist weitgehend Konsens und zudem Gegenstand politischer Zielsetzungen auf allen Ebenen. So ist in den *Sustainable Development Goals* (SDGs) der Vereinten Nationen der nachhaltigen Entwicklung von Städten und Gemeinden ein eigenständiger Themenkomplex gewidmet (SDG 11). Formuliertes Ziel ist es bis 2030 Städte inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig zu entwickeln. Diesen Zielen hat sich auch die Bundesregierung in ihrer Nachhaltigkeitsstrategie angeschlossen. Konkret soll zum Beispiel durch

nachhaltige Flächennutzung, sichere, bezahlbare und nachhaltige Mobilität, eine Reduktion der Umweltbelastung und preiswerter Wohnraum für alle erreicht werden. Dementsprechend kommt inzwischen hierzulande kaum ein auf Städte abzielendes Förderprogramm oder ein größeres Stadtentwicklungsprojekt ohne den Verweis auf die Notwendigkeit sozialer *und* ökologischer Nachhaltigkeit aus.

In der politischen und städtebaulichen Realität allerdings werden soziale und ökologische Zielsetzungen nicht selten getrennt voneinander verfolgt. Mitunter kollidieren die unterschiedlichen Agenden und daraus folgenden politischen Programme sogar miteinander. Die Bundesregierung hat in der Neuauflage ihrer Nachhaltigkeitsstrategie 2017 beschlossen, die Flächeninanspruchnahme bis 2030 auf 30 Hektar pro Jahr zu beschränken (Die Bundesregierung 2017). Mit dem im Jahr 2018 in Kraft getretenen Gesetz zum Baukindergeld indes, das Familien mit Kindern beim Kauf einer Immobilie durch staatliche Förderung unterstützt, schuf dieselbe Regierung ein Instrument, das die weitere Flächeninanspruchnahme eher stützt, als eindämmt. Denn insbesondere Familien mit Kindern investieren in besonders flächenintensive Ein- oder Zweifamilienhäuser in suburbanen Räumen.

Vor allem auf kommunaler Ebene geraten die unterschiedlichen Politikziele – klimafreundliches Flächensparen hier, Förderung von Familien und (Immobilien-)Wirtschaft dort – miteinander in Konflikt. Denn viele Kommunen wollen beides: Klimaschutzziele einhalten und neue Einwohnerinnen und Einwohner gewinnen. Für deren Niederlassungsentscheidung ist oftmals ausschlaggebend, wo Baufelder für Einfamilienhäuser ausgewiesen werden. Was dazu führt, dass Klimaschutzziele, wie ein sparsamer Umgang mit Flächen, zugunsten der aus fiskalischen Gründen notwendigen Gewinnung von Einwohnerinnen und Einwohnern kurzfristig hintangestellt wird.

Wir diskutieren in diesem Beitrag, ob und in welcher Weise Suffizienzpolitik in der Lage ist, soziale und ökologische Zielsetzungen in der Stadtentwicklung miteinander zu verbinden. Wir erläutern, was unter Suffizienz und Suffizienzpolitik verstanden wird und zeigen auf, warum diese Nachhaltigkeitsstrategie bislang kaum Beachtung findet. Danach skizzieren wir am Beispiel der Flächennutzung, dass soziale und ökologische Probleme im städtischen Raum eng miteinander verschränkt sind. In einer abschließenden Betrachtung versuchen wir abzuschätzen, inwieweit Suffizienzpolitik geeignet ist, um eine sozial-ökologische urbane Transformation voranzutreiben.

## **Suffi – was? Politik für Viele statt für viele Einzelne?**

Die Forschung zur Nachhaltigkeit kennt drei Strategien, die alle auf die Reduktion des Ressourcen- und Naturverbrauchs abzielen: Suffizienz, Konsistenz und Effizienz. Während Effizienz und Konsistenz durch im weitesten Sinn technische Maßnahmen erreicht werden, umfasst die Suffizienz soziale oder Nutzungsinnovationen. An einem Beispiel aus dem Bereich nachhaltiger Mobilität lässt sich dies verdeutlichen: Effizient werden Fahrzeuge genannt, die bei gleicher Leistung weniger Ressourcen verbrauchen, also etwa weniger Benzin pro gefahrene Kilometer nutzen oder deren Leistung bei gleichem Verbrauch höher ist. Autos etwa, die einen durchschnittlichen Kraftstoffverbrauch haben, dafür aber größer, schneller oder in anderer Hinsicht leistungsstärker sind, als vergleichbare Vehikel. In den Bereich der konsistenten Nachhaltigkeitsstrategie fallen Fahrzeuge, die anstatt mit fossilen Brennstoffen durch Strom aus erneuerbaren Energiequellen angetrieben werden können oder deren Bestandteile sich wiederverwerten lassen. Suffizient hingegen wäre ein Mobilitätsverhalten, bei dem das Auto seltener oder gar nicht genutzt wird, sondern das Ziel mit öffentlichen Verkehrsmitteln, mit dem Rad, zu Fuß oder gar nicht mehr angesteuert wird.

Alle drei Strategien sind notwendig, um eine gesellschaftliche Transformation in Richtung ökologischer Nachhaltigkeit zu erreichen. Es bedarf sowohl Veränderungen in der Produktion von Dingen, von Konsumgütern, Maschinen und Materialien aller Art durch Effizienzsteigerungen und die Erhöhung des Wirkungsgrades bei der Nutzung von Ressourcen und Senken,<sup>1</sup> als auch Veränderungen alltäglicher Praktiken und Konsummuster sowie des Nutzungsverhaltens, um die globalen Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. Das ist in der Nachhaltigkeitsforschung unbestritten und wird nicht zuletzt durch die Zusammenstellung wissenschaftlicher Erkenntnisse in den verschiedenen Sachstandsberichten des Weltklimarates (IPCC) sowie durch die Politik- und Handlungsempfehlungen der zentralen nationalen und internationalen Institutionen zu Klimaschutz und Nachhaltigkeit bestätigt (IPBES 2018; IPCC 2018; WBGU 2016).

Die technischen Neuerungen, derer sich Effizienz und Konsistenz bedienen, sind für die ökologische Nachhaltigkeit moderner Gesellschaften notwendige, jedoch allein nicht hinreichende Bedingungen. »Soll das Zusammenleben in dieser eng gewordenen Welt ökologisch und sozial gelingen, sind auch ver-

---

<sup>1</sup> Als Senken werden natürliche Systeme bezeichnet, die sogenannte Schadstoffe aufnehmen. Die Atmosphäre beispielsweise ist eine Senke für CO<sub>2</sub>, genauso wie Wälder, die Kohlendioxid dauerhaft binden und damit die Atmosphäre entlasten.

nünftige Anspruchsgrenzen notwendig – also Suffizienz« (Linz et al. 2002, S. 5). Gemeint ist damit, dass es nicht ausreicht, bestehende Produktionsweisen und Produkte immer weiter zu optimieren, um Ressourcen zu schonen. Vielmehr bedarf es auch einer absoluten Begrenzung des Konsumniveaus und damit des Ressourcenverbrauchs. Die Begrenzung resultiert aus der Anerkennung nicht unendlich verfügbarer und vermehrbare Ressourcen und unterscheidet die Suffizienz von den beiden anderen Nachhaltigkeitsstrategien, die keine absolute Deckelung des Verbrauchs kennen. Sie streben danach, aus dem Vorhandenen mehr zu machen, denn »wer immer mehr hervorbringen kann, muss das Vorhandene nicht teilen« (von Winterfeld 2011, S. 59). Mit anderen Worten: Wenn die Endlichkeit von Ressourcen keine Limitation des Verbrauchs markiert, entfällt die Notwendigkeit über Grenzen von Konsumniveaus nachzudenken.

Das aber ist einer der Kernbestandteile des Suffizienzgedankens. In Gesellschaften unseres Typs, in denen Wachstumsdenken und Steigerungslogik fest verankert sind, (und sich in der fordistischen Vergangenheit ja tatsächlich als probates Mittel zur Befriedung sozialer Konflikte erwiesen haben), wird jede Erwähnung von Grenzen und Beschränkungen mit der Einschränkung von Freiheiten und Selbstbestimmung assoziiert. Die Diskussionen um Tempolimits auf Autobahnen oder Tempo-30-Zonen in Innenstädten zur Minderung von Stickoxid- und Feinstaubbelastung geben darüber genauso beredet Auskunft wie die Debatte um den von den Grünen im Bundestagswahlkampf 2013 vorgeschlagene Veggie-Day. Mit ihm wollte die Partei eine Reduktion des Fleischkonsums erreichen. In der Debatte changierten die Argumente für und gegen diesen Vorschlag zwischen sinnvoller Klimaschutzmaßnahme einerseits und Bevormundung, Einschränkung der individuellen Freiheiten und Ökodiktatur andererseits. Während Suffizienzmaßnahmen oft mit Verbot oder Verzicht assoziiert werden, sind die beiden anderen Strategien weitaus weniger umstritten. Effizienz- und Konsistenzstrategien wirken häufig deutlich attraktiver, da sie die Hoffnung nähren, Lebensstile und Konsummuster können weitgehend unangetastet bleiben. Dementsprechend sollen Dinge in der Herstellung und der Gestaltung durch technische Innovationen nachhaltiger und insgesamt *besser* werden. Das heißt auch, dass die dem momentanen Gesellschaftsmodell eingeschriebene Wachstumsorientierung nicht grundsätzlich in Frage gestellt wird.

Gleichwohl werden im Zusammenhang mit Suffizienz in den letzten Jahren nicht mehr nur Verhaltensänderungen auf individueller Ebene angesprochen, sondern Suffizienzpolitik – auch auf kommunaler Ebene – diskutiert (Kopatz 2016; Linz 2015, 2017; Linz et al. 2002; Schneidewind & Zahrnt 2013). Gemeint sind damit Politiken, die Menschen in die Lage versetzen, sich in ihrem Alltag

so verhalten zu können, dass sie weniger Ressourcen verbrauchen und dennoch ein (in der Regel nicht näher definiertes) gutes Leben führen können. Uta von Winterfeld beschreibt Suffizienzpolitik als die Verteidigung des Rechts darauf, sich »dem Spiel des unendlichen Wachstums, der unendlichen Bedürfnisse bei immerwährender Knappheit« (von Winterfeld 2002, S. 30) verweigern zu dürfen. Die Politikwissenschaftlerin grenzt Suffizienz und Suffizienzpolitik ab von staatlich angemahnter Bescheidenheit oder von moralisierenden Aufrufen zur Selbstbeschränkung. Sie schreibt: »Der Gedanke einer eigensinnigen und sich ihrer selbst bewußten Suffizienz wäre nicht gehorsam gegenüber sozial oder ökologisch motivierten Appellen zum Maßhalten. Er würde sich nicht in den angeforderten Leistungen zum Verzicht erschöpfen. Sondern er würde Suffizienz zu einer politischen Angelegenheit machen, die dem Vorhandenen entgegensteht und über die verhandelt werden muß« (von Winterfeld 2002, S. 30).

So gerahmt zielt Suffizienzpolitik nicht darauf ab, individuelle Verbräuche durch technische Innovationen zu senken oder mit Appellen zur Verbrauchsreduktion aufzurufen. Vielmehr versucht suffizienzorientierte Politik durch veränderte Rahmenbedingungen ressourcenschonende und energiesparende soziale Praktiken zu fördern. Die Verantwortung für den Ressourcenverbrauch wird damit nicht dem Einzelnen überlassen und von seinen individuellen Konsumentscheidungen abhängig, sondern wird zur gesellschaftlichen Aufgabe. Damit einher geht quasi automatisch ein Perspektivwechsel. Die Herausforderung besteht nicht darin, Menschen durch Apelle dazu zu bewegen, sich anders zu verhalten, sondern durch geänderte Rahmenbedingungen. Daher lautet die Frage, wie Infrastrukturen, Produktionsprozesse und Dienstleistungen verfasst sein müssen, damit Menschen möglichst wenige Ressourcen verbrauchen und dennoch ihre Bedürfnisse befriedigen können.

Dass eine begrenzende Inanspruchnahme von Ressourcen, die zugleich gemeinwohlorientiert ist, stärker als bisher durch Infrastrukturveränderungen, gesetzliche Rahmungen oder Veränderung im Steuersystem Berücksichtigung finden muss, hat neben den sozial-ökologischen Zielsetzungen einen wichtigen Grund: In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass Effizienzsteigerungen, mitnichten zu weniger, sondern oftmals sogar zu höheren Verbräuchen führen. Technische Innovationen gehen meist mit günstigeren Preisen einher, was wiederum mehr Nachfrage und Konsum (desselben Produkts oder anderer Dinge oder Dienstleistungen) erzeugt. Die Ressourcen oder die Energie, die durch Effizienzsteigerungen eingespart werden können, werden daher nicht selten durch Mehrkonsum aufgezehrt oder gar überkompensiert (Höfner & Santarius 2017; Santarius 2015a; UBA 2015). Beispiele solcher Rebounds gibt es in allen Lebens-

bereichen sowie auf unterschiedlichen Ebenen von direkten, über indirekte bis hin zu gesamtwirtschaftlichen Rebound-Effekten. So ist etwa die Leistungsfähigkeit von Verbrennungsmotoren in den vergangenen 70 Jahren deutlich gestiegen. Die Einsparungen bei den Kosten für Treibstoff wurden durch die Zunahme der gefahrenen Personenkilometer jedoch mehr als kompensiert (Kümmerer & Ruck 2014). Die Fahrzeuge wurden zudem größer und schwerer, so dass sich der Kraftverbrauch nicht verringert hat, sondern im Gegenteil seit 1960 annähernd verdreifacht (Santarius 2015b). Neue Bautechniken und Baumaterialien sowie Energieeinsparungen durch bessere Dämmung und geringere flächenspezifische Wärmeverbräuche wurden komplett durch wachsende Wohnflächen pro Kopf aufgewogen. Auch die Geschichte der künstlichen Beleuchtung lässt sich als eine Aneinanderreihung von Rebound-Effekten erzählen: In den vergangenen rund 100 Jahren wurde zum einen Energie immer günstiger, zum anderen stieg die Leistungsfähigkeit der Leuchtmittel mit dem Ergebnis, dass die Welt heute in der Nacht heller strahlt als jemals zuvor. So hell, dass in vielen Stadtzentren – vor allem im Globalen Norden – nachts, wenn es eigentlich dunkel sein sollte, beim menschlichen Auge keine Dunkeladaption mehr stattfindet, da die Umgebungshelligkeit für das Sehen wie bei Tag ausreicht (Falchi et al. 2016).

Mit der Suffizienz als Nachhaltigkeitsstrategie ist häufig die Erwartung verbunden, dass sie deutlich geringere Rebound-Effekte nach sich zieht. Direkte Rebound-Effekte, also die Verbrauchssteigerung desselben Produkts, sind bei Suffizienzmaßnahmen seltener zu erwarten, da jene absolute Grenzen setzen. Mit indirekten oder gesamtwirtschaftlichen Rebound-Effekten, darauf weisen verschiedene Studien hin (Buhl 2016; Profijt 2018), muss hingegen gerechnet werden. Denn auch bei Suffizienzmaßnahmen kann der reduzierte Verbrauch in einem Bereich, beispielsweise der Nutzung des Fahrrads anstelle des Autos, zu einer wachsenden Nachfrage in einem anderen Bereich führen, indem womöglich das eingesparte Geld in Flugreisen investiert wird. Anders als Effizienz und Konsistenz ist die Suffizienz jedoch geeignet, die Kompensation der Einsparungen durch Mehrkonsum an anderer Stelle zu minimieren. Dafür bedarf es bewusster Konsumentinnen und Konsumenten, die ihr Leben absichtlich maßvoll gestalten wollen, eines kulturellen Wandels, in dem Weglassen und Verzicht nicht mit einem Verlust von Lebensqualität identifiziert werden sowie entsprechende politische Rahmenbedingungen, die ein ressourcenschonendes Leben normalisieren und institutionell absichern. Uta von Winterfeld hat geschrieben, Suffizienz solle Menschen ermöglichen, nicht immer mehr haben wollen zu müssen (von Winterfeld 2011, S. 58). Veränderte Rahmenbedingungen, rechtlicher, institutioneller oder baulicher Art, können die Voraussetzun-

gen für Verbrauchssenkungen schaffen. Ohne Bürgerinnen und Bürger aber, die auch weniger verbrauchen *wollen*, das heißt, die bereit sind, die Einsparungen, die sie durch alternative Praktiken und soziale Innovationen erzielen könnten, nicht in zusätzlichen Konsum zu reinvestieren, wird es auch bei der Suffizienzstrategie Rebound-Effekte geben. Suffizienzpolitik kann durch die Veränderung von Rahmenbedingungen zu einem eben solchen Subjektivierungsprozess beitragen, da Menschen dann andere Alltagspraxen einüben können.

### **Umkämpfte Räume: Die Stadt als sozial-ökologisches Konfliktfeld**

Eine Ressource, bei der die Endlichkeit auch auf kommunaler Ebene offensichtlich und damit ein maßvoller, ein suffizienter Umgang unumgänglich ist, ist die Fläche. Fläche ist in vielen Städten ein immer knapper werdendes Gut. Zwar ist seit Mitte der 1990er Jahre ein Rückgang bei der jährlich neu in Anspruch genommenen Fläche zu verzeichnen, doch noch immer werden täglich über 60 Hektar Land in Siedlungs- und Verkehrsflächen umgewandelt, vornehmlich für den Wohn- und den Mobilitätsbereich (UBA 2019). Das Ziel der Bundesregierung, die Neuinanspruchnahme bis 2020 auf 30 Hektar pro Tag abzusenken, ist nicht mehr erreichbar und wurde daher bereits auf das Jahr 2030 verschoben (Die Bundesregierung 2017). Soll die Flächeninanspruchnahme aus sozialen und ökologischen Gründen eingedämmt werden, gilt es zu verstehen, wofür und durch wen Fläche genutzt wird.

Schaut man auf den Wohnsektor, dem Haupttreiber der Flächeninanspruchnahme, zeigt sich eine rapide steigende Wohnfläche pro Kopf. Seit 1960 hat sich die individuelle Wohnfläche mehr als verdoppelt. Lebte eine Person damals im Durchschnitt noch auf rund 16 Quadratmetern, so sind es heute bereits 46,7 Quadratmeter (Statistisches Bundesamt 2018b, S. 7). Auch steigt die Zahl der Wohnungen pro 1.000 Einwohner und Einwohnerinnen kontinuierlich. 1990 kamen auf 1.000 Menschen 425 Wohnungen, 2018 zählte das Statistische Bundesamt bereits 557 Wohnungen (Statistisches Bundesamt 2018b, S. 5). Trotz mehr oder weniger stagnierender Bevölkerungszahlen kam es dadurch zu einer anhaltend hohen Flächeninanspruchnahme im Wohnbereich, sodass in Deutschland heutzutage genügend Wohnfläche für rund 200 Millionen Menschen vorhanden ist, falls diese auf gleicher Fläche pro Kopf wie in den 1960er Jahren wohnen würden (Noll & Weick 2017; Statistisches Bundesamt 2018b). Diese Entwicklung ist eingebettet in große gesellschaftliche Veränderungsprozesse. Zu nennen sind wachsender gesellschaftlicher Wohlstand, zunehmende Indivi-



dualisierung, der Wandel der Geschlechterverhältnisse, demographischer Wandel, Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, wie die Erosion des Alleinverdienermodells, und auch sich mit den materiellen Verhältnissen verändernde Werte, Normen und Normalitätsvorstellungen, wie sie sich etwa in der Entwicklung des Einfamilienhauses zum Statussymbol zeigen.

Besonders bedeutsam für diese Entwicklung ist die Zunahme an Ein- und Zweipersonenhaushalten, wodurch trotz stagnierender oder gar schrumpfender Bevölkerung die Anzahl der benötigten Wohnungen zunimmt. Darüber hinaus liegt die Wohnfläche pro Kopf bei kleinen Haushalten höher als bei größeren und steigt zudem schneller an (Kabisch und Haase 2013). Neben dem Trend zu kleineren Haushalten treiben Ein- und Zweifamilienhäuser die zunehmende Inanspruchnahme von Wohnfläche. Knapp 67 Prozent der Wohngebäude in Deutschland sind Einfamilienhäuser, jedoch nur ein Viertel der Bevölkerung wohnt darin (Eurostat 2016; Statistisches Bundesamt 2018b, S. 16). Die politisch gewollte und geförderte Ausweisung von Einfamilienhausgebieten trug erheblich zur Suburbanisierung bei. Bereits »in den 1960er Jahren begannen großzügige Baulandausweisungen an den Rändern der Großstädte und vieler kleinerer Orte die inter- und intraregionalen Wanderungsmuster zu Ungunsten vieler Großstädte zu verändern. Die Trägergruppen dieser Suburbanisierung waren vor allem Familien der Kernstädte« (Steinführer & Haase 2018, S. 67). Während die Mittelschichten das Eigenheim im Grünen beziehen konnten (und noch immer können), bleiben die unteren Einkommenschichten in kleineren Wohnungen in städtischen Randlagen, Großsiedlungen oder in unsanierten Altbauten wohnen.

Differenziert man dementsprechend die Wohnfläche nach Einkommen, zeigen sich sehr ungleiche Wohnflächen pro Kopf. Menschen mit hohem Einkommen<sup>2</sup> wohnen auf rund doppelt so großem Fuß wie Menschen mit niedrigem Einkommen (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2019). Das heißt, Flächeninanspruchnahme und soziale Ungleichheit sind eng miteinander verknüpft. Der große Einfluss des Einkommens auf den Ressourcenverbrauch, zeigt sich auch in anderen Bereichen. Eine Studie des Umweltbundesamts, die den Einfluss des Einkommens auf die individuellen Energieverbräuche in den Blick nimmt, kommt zu dem Schluss, dass es starke positive Korrelationen zwischen der Höhe des verfügbaren Haushaltseinkommens und den Energieverbräuchen sowie den CO<sub>2</sub>-Emissionen gibt (Kleinhüchelkotten et al. 2016). Konkret bedeutet dies, Personen, die ein höheres Einkommen haben, wohnen in größeren Wohnungen, fahren größere Autos oder unternehmen mehr und weitere

---

2 Die Einkommensgrenzen wurden bei 60 Prozent beziehungsweise 200 Prozent des Medianeinkommens gezogen.

Flugreisen. Auch Menschen, »die sich durch überwiegend positive Umwelteinstellungen auszeichnen«, konstatiert die Studie, in der milieuspezifische Unterschiede zwischen den Befragten herausgearbeitet wurden, »weisen den Daten der aktuellen Untersuchung zufolge höhere Energieverbräuche und CO<sub>2</sub>-Emissionen auf« (Kleinhüchelkotten et al. 2016, S. 82).

Während Wohlhabende große Wohnungen finanzieren können, schwindet auf den umkämpften Wohnungsmärkten wachsender Städte die Zahl der Wohnungen, die für Menschen mit geringen (bis mittleren) Einkommen überhaupt erschwinglich sind. Häufig gibt es für sie nur zwei Optionen: Wegziehen, mit allen sozialen Belastungen, die dies mit sich bringt, oder der Umzug in eine kleinere Behausung – so überhaupt verfügbar. Denn was in nahezu allen Städten am dringendsten benötigt wird, sind kleinere, bezahlbare Wohnungen.

Im Verkehrssektor, nach dem Wohnbereich der zweitgrößte Treiber der Flächeninanspruchnahme, zeigt sich ebenfalls eine sehr ungleiche Verteilung der Inanspruchnahme von Fläche. Das flächenintensivste und gleichzeitig in den meisten Städten am häufigsten genutzte Verkehrsmittel stellt das Auto dar (Randelhoff 2014).

Bemerkenswert scheint aus unserer Perspektive: Suffizienzorientierte Mobilitätsformen wie das Fahrrad oder der ÖPNV werden nicht allein von Menschen mit geringem Einkommen genutzt, aber für jene sind diese Arten der Fortbewegung oftmals alternativlos, da sie kein Auto besitzen. Wie groß die einkommensabhängigen Unterschiede sind, zeigen erneut Zahlen des Statistischen Bundesamts. »In 100 Haushalten der untersten Nettoeinkommensklasse [bis 1.300 Euro Haushaltsnettoeinkommen] waren 46 Pkw zu finden, die Haushalte der höchsten Einkommensklasse [ab 5.000 Euro Haushaltsnettoeinkommen] besaßen mit 196 Pkw je 100 Haushalte rund viermal so viele Autos« (Statistisches Bundesamt 2018a, S. 207). Die Nutzung des Autos ist darüber hinaus zwischen Altersgruppen und den Geschlechtern ungleich verteilt. So nutzen vor allem Menschen im berufstätigen Alter das Auto und Männer fahren im Durchschnitt rund doppelt so viele Kilometer mit dem Auto wie Frauen (Nobis & Kuhnimhof 2018).

Diese Zahlen lenken den Blick auf die ungleiche Verteilung sowohl der Inanspruchnahme von Ressourcen als auch der Belastung von Senken im urbanen Raum. Denn nicht nur zwischen den Arenen des Globalen Südens und des Globalen Nordens gibt es erhebliche Unterschiede in Bezug auf die Verursachung und die Betroffenheit von ökologischen Problemen (Biesecker & von Winterfeld 2014; Brand & Wissen 2017; Lessenich 2016), auch heruntergebrochen auf die Ebene der Städte lassen sich deutliche Differenzen ausmachen.

In Quartieren mit hoher Schadstoffbelastung oder Lärmemissionen, zum Beispiel an Autobahnen oder großen Einfahrtsschneisen, aber auch in der Nähe von Fabriken, Flughäfen oder Mülldeponien wohnen vor allem Menschen mit geringen Einkommen oder Angehörige ethnischer Minderheiten (Martuzzi et al. 2010; WHO 2012). Diejenigen also, die aufgrund ihrer eingeschränkten finanziellen Ressourcen und begrenzten Konsummöglichkeiten nur wenig zu den Umweltbelastungen beitragen. Menschen, die es sich leisten können, fliehen vor den innerstädtischen Problemen und ziehen »ins Grüne« oder in ruhigere Viertel. Andere bleiben zurück und wohnen nicht zuletzt an den Einfallsstraßen, über die Menschen aus dem Umland in die Stadt pendeln. So leben an Hauptverkehrsstraßen meist nicht die Menschen, die viel Auto fahren oder in Flughäfen nicht die Menschen, die viel fliegen. Solche Quartiere kennzeichnet eine doppelte Benachteiligung: Trotz geringer eigener Mobilität und – aus ökonomischen Gründen – mangelndem Zugang zu Mobilitätsmöglichkeiten, sind einkommensschwachen Haushalte stärkeren Umweltbelastungen und schlechteren Wohnumfeldern ausgesetzt (Hornberg et al. 2011, S. 61). Die Kombination aus geringen Mobilitätzugängen und mangelnder Motorisierung wiederum mindert die Teilhabe am öffentlichen Leben. Zusammenfassend lässt sich feststellen: Die Kosten für die emissions-, lärm- und flächenintensiven Mobilitätspraktiken werden im städtischen Raum überwiegend von sozio-ökonomisch schwächeren und marginalisierten Bevölkerungsgruppen getragen, mit anderen Worten an sie ausgelagert.

Nicht nur die Belastungen sind ungleich verteilt, sondern auch der Zugang zur Natur, zu Grün- oder Freiflächen, samt der mit diesen Flächen einhergehenden gesundheitsförderlichen Qualitäten. Grün- und Freiflächen dienen als Erholungsgebiete für Gesundheit und Freizeit, sind aber auch Frischluftschneisen und damit wichtig für die Kühlung einer Stadt und deren Temperatenausgleich. Abhängig von der Größe einer Grünfläche und der Klimazone können deutliche Temperaturunterschiede zwischen Grünfläche und städtischen Quartieren gemessen werden (IPBES 2018, S. 78). Der Kühlungseffekt kann in heißzeiten dazu beitragen, Sterblichkeitswahrscheinlichkeiten und Krankheitsraten, die mit großer Hitze einhergehen, zu senken. Diese gefährden besonders Ältere, chronisch Kranke, Menschen mit Atemwegserkrankungen und sozial Verwundbare, in der Regel von Armut betroffene Menschen (IPBES 2018, S. 79).

## **Mehr sozial-ökologische Gerechtigkeit durch Suffizienzpolitik?**

Die sozialräumlich ungleiche Verteilung von Umweltbelastungen und Umweltnutzungsmöglichkeiten, mithin das ungleiche Leiden an und die ungleiche Verletzlichkeit gegenüber Umweltveränderungen und -zerstörungen findet sich auch in urbanen Räumen der Industriegesellschaften und lässt diese, insbesondere in wachsenden Kommunen, zu umkämpften Räumen werden. Unter dem Begriff Umweltgerechtigkeit wird inzwischen auch in Deutschland über die ungleiche Verteilung von Gesundheitsrisiken und Umweltzugängen geforscht (vgl. Böhme et al. 2019; Böhme et al. 2015; Hornberg et al. 2011; Maschwesky 2001). Charakterisiert sind diese Räume, das haben wir eben kurz skizziert, im Wesentlichen durch drei Aspekte. Erstens die sozialräumliche Auslagerung von Umweltbelastungen und, zweitens, den sozialräumlich ungleichen Zugang zur Natur und deren gesundheitsförderlichen Qualitäten. Verteilungsgerechtigkeit (in Bezug auf Umweltbelastungen) und Zugangsgerechtigkeit (in Bezug auf Umweltressourcen) nennt die Umweltgerechtigkeitsforschung diese beiden Dimensionen (Böhme et al. 2015, S. 47). Hinzu kommt, drittens, ein Aspekt, der, weil es hier um Suffizienzpolitik geht, besonders betont wird, nämlich die erheblichen Differenzen bei der Verursachung der Umweltbelastungen.

Wir argumentieren, dass Suffizienzpolitik in bestimmten Varianten dazu in der Lage ist, diese Ungleichheiten zu reduzieren, weil sie Lösungen für die Befriedigung von Bedürfnissen auf einer systemischen Ebene und nicht auf der Ebene des Einzelnen sucht, weil sie nicht an der Optimierung von Dingen ansetzt, sondern soziale Prozesse ins Zentrum politischen Handelns stellt und weil sie schließlich von absoluten Grenzen materieller und ökologischer Ressourcen und Senken ausgeht. Maßnahmen, die im Sinne dieser Prämissen entwickelt werden, lassen sozial-ökonomisch marginalisierte Bevölkerungsgruppen eher in den Blick geraten, als dies bei technikbasierten Strategien der Fall ist.

Dazu im Einzelnen: Suffizienzpolitik schafft Räume für soziale Innovationen im Sinne ressourcenarmer Verhaltensweisen und Alltagspraktiken. In der brandenburgischen Kleinstadt Templin sah sich die Kommune Mitte der 1990er Jahre mit zwei Schwierigkeiten konfrontiert: Einem unausgelasteten und unrentablen öffentlichen Nahverkehr und für einen Kurort zu hohen Umweltbelastungen durch den motorisierten Individualverkehr. Die Herausforderung bestand darin, die Emissionen zu verringern und den ÖPNV attraktiver zu machen (Fraktion Die Linke im Bundestag 2015; Stadtverwaltung Templin 2018).

Die Stadtverordnetenversammlung optierte für einen ungewöhnlichen Weg aus der Misere: Von 1998 bis 2003 war der Busverkehr in der Kleinstadt für die

Nutzerinnen und Nutzer kostenlos. Im selben Zeitraum wurde die Taktung erhöht, neue Haltestellen eingerichtet und die Linienführung neu organisiert. Ungewöhnlich war die Entscheidung der Kommune deshalb, weil sie sich gegen zumindest denkbare technische Lösungen entschieden hat, wie etwa die Anschaffung emissionsärmerer Busse und stattdessen die beiden Probleme ursächlich auf die Nutzung des motorisierten Individualverkehrs zurückführte und dafür nach Alternativen suchte.

Im Ergebnis stiegen die Fahrgastzahlen um das 13-fache an. Nach drei Jahren wurden die Ausgaben für den ticketlosen ÖPNV in der Stadt für zu hoch gehalten und der ÖPNV erneut bepreist. Inzwischen kostet eine übertragbare Jahreskarte 44 Euro, die Fahrgastzahlen haben sich seither halbiert, liegen aber immer noch erheblich über dem Ausgangsniveau von 1997. In Templin wird die Praxis eines ticketlosen bzw. kostengünstigen ÖPNV als sozial und ökologisch erfolgreiche Maßnahme gewertet (Stadtverwaltung Templin 2018), denn das Angebot wird gut angenommen und auch die Feinstaubbelastungen sind gesunken. Ob die Reduktion der Umweltbelastung allein auf den kostengünstigen ÖPNV zurückzuführen ist oder nicht auch andere Ursachen hat, lässt sich nicht feststellen. Die Anzahl der jährlich neu zugelassenen Fahrzeuge hat sich seit der veränderten Preispolitik in Templin jedenfalls nicht wesentlich geändert. In sozialer Hinsicht indes, darauf verweisen die gestiegenen Fahrgastzahlen und -beobachtungen, ermöglicht der kostengünstige ÖPNV auch Menschen mit geringem Haushaltseinkommen und Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen noch nicht oder nicht mehr mit dem (eigenen) Auto fahren können, mindestens einen Teil ihrer Mobilitätsbedürfnisse zu befriedigen. Die soziale Inklusivität des zunächst ticketlosen, später kostengünstigen ÖPNV ist eine nicht-intendierte Nebenfolge der verkehrlichen Maßnahme, nicht ihr Ausgangspunkt.

In Templin zeigt sich neben der systemischen Dimension, die Suffizienzpolitik einnimmt, noch ein weiteres Merkmal, welches der Adressierung von Umweltungerechtigkeit durch Suffizienzpolitik zuträglich ist. Suffizienzpolitische Maßnahmen zielen auf kollektive Verhaltensänderungen. Soziale Praktiken, das heißt, wie Menschen Dinge tun, sind keine rein individuellen Entscheidungen, sondern immer von kulturellen, infrastrukturellen und institutionellen Rahmenbedingungen geprägt. Soziale Räume bringen Praktiken hervor, die ihrerseits Auswirkungen auf diese Räume haben. Suffizienzpolitik versucht infrastrukturelle und institutionelle Rahmenbedingungen so anzupassen, dass sich soziale Praktiken ändern können. Dadurch sind soziale Prozesse, anders als bei Effizienz- und Konsistenzmaßnahmen, unmittelbarer Gegenstand der jeweiligen Maßnahme. In Templin ging es um die Frage, wie und wessen Mobilitätsbe-

dürfnisse befriedigt werden können, damit rückten soziale Praxen in den Mittelpunkt. Demgegenüber wird heutzutage in den Diskussionen um Feinstaub- und Stickoxidbelastungen nicht selten auf die Technik, also die emissionsstarken Fahrzeuge, anstelle auf die Verhaltensweise, also das autofokussierte Mobilitätsverhalten, geschaut. Dadurch kommen Maßnahmen in den Blick, die an den sozialen Problemen wie dem ungleichen Zugang zu Mobilität, zum öffentlichen Raum oder zu Umweltdienstleistungen wenig ändern oder diese gar verschärfen. Die Förderung von Autos mit alternativen Antrieben beispielsweise kommt vor allem Menschen zugute, die ein (teures) Auto unterhalten können. Zwar werden die lokalen Umweltprobleme gelöst – auch dank der Auslagerung von Umweltauswirkungen in andere Teile der Welt –, aber soziale Probleme der hohen Flächeninanspruchnahme oder der Gefährdung im Straßenverkehr werden nicht adressiert (Haas 2018).

Zudem nimmt Suffizienzpolitik aufgrund ihrer wachstumskritischen Dimension Verteilungsfragen in den Blick. Soziale Konflikte wurden und werden häufig mithilfe von weiterem Wachstum behoben oder zumindest abgemildert. Nach der von J. F. Kennedy Anfang der 1960er Jahre popularisierten Fortschrittslogik »die Flut hebt alle Boote« rücken soziale Verteilungskonflikte in den Hintergrund, solange es genügend Wachstum für alle gibt. Diese Logik basiert auf der Annahme, dass ökonomisches Wachstum allen Teilen der Gesellschaft zugutekommt und für sozialen Frieden sorgt. Die Idee der Suffizienz hingegen geht von absoluten ökologischen und materiellen Grenzen aus. Dadurch adressiert die Suffizienz die Verteilungsfrage unmittelbar. Da materielles und damit ökonomisches Wachstum aufgrund ökologischer Grenzen nicht mehr oder nur in sehr begrenztem Maße möglich ist, können Verteilungskonflikte nicht mehr durch ein Versprechen von Wachstum und Fortschritt für alle abgemildert werden. Soll beispielsweise ein Mangel an bezahlbaren Wohnungen behoben werden, wäre eine nicht-suffiziente Möglichkeit, die aktuell vielerorts diskutiert wird, der Neubau von (Sozial-)Wohnungen. Dies hätte wiederum eine zunehmende Flächeninanspruchnahme zur Folge, mit all den oben angesprochenen negativen Folgen. Schaut man aus der Suffizienzperspektive auf dieses Problem, stellt der Neubau keine oder nur eine eingeschränkte Option dar. Stattdessen rückt die Frage nach der Verteilung des aktuellen Wohnraums in den Fokus, eine Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist aus dieser Perspektive nicht ohne eine Deprivilegierung derjenigen zu denken, die aktuell auf *zu großer* Fläche wohnen. Wenn Wachstum keine Option ist, werden soziale Konflikte schneller zu Verteilungsfragen. Dadurch hat Suffizienzpolitik nicht nur eine ökologische Dimension, sondern auch direkte soziale Implikationen und kann bei entsprechender Ausgestaltung dazu beitragen, Ungleichheiten abzubauen.

Allerdings birgt der Umbau städtischer Räume zum Zweck der Ressourceneinsparung, aus Klima- oder Naturschutzgründen, seine Schwierigkeiten, denn diese Maßnahmen – von Tempo-30-Zonen über Straßensperrungen bis hin zu mehr Grünflächen – lassen städtische Räume entstehen, die begehrenswert sind. Dies führt nicht selten zu Verdrängungseffekten, die als *green gentrification* oder *ecogentrification* beschrieben werden (Cole et al. 2017; Wang et al. 2016). Verkehrsberuhigte Straßen oder nahegelegene Grünflächen sind attraktive Wohnorte für viele Menschen. Die erhöhte Nachfrage lässt die Immobilienpreise steigen. Bewohnerinnen und Bewohner, die eventuell sogar Adressatinnen und Adressaten der jeweiligen Maßnahmen waren, können die höheren Lebenshaltungskosten nicht mehr finanzieren und müssen wegziehen.

Wenn es um suffiziente Mobilität geht, gilt Kopenhagen als eine der Vorzeigestädte in Europa. Denn Kopenhagen hat in den vergangenen 40 Jahren einen Prozess durchlaufen, der gegenläufig zum dominanten Modell der flächen- und ressourcenintensiven autogerechten Stadt ist. Sukzessive wurde das Autofahren deprivilegiert, die Nutzung des Fahrrads oder das Zu-Fuß-Gehen hingegen gefördert. Durch Straßensperrungen, Tempolimits und die Wegnahme von Parkplätzen einerseits sowie den erheblichen Ausbau der Fahrradinfrastruktur, auch weit jenseits der Innenstadt, andererseits. Heutzutage fahren über 60 Prozent der Kopenhagenerinnen und Kopenhagener täglich mit dem Fahrrad zur Arbeit oder Ausbildungsstätte.

Aus ökologischer Perspektive kann Kopenhagen als Beispiel gelungener Suffizienzpolitik gelten. Auch ist ein Mobilitätssystem entstanden, welches deutlich inklusiver ist als sein automobiler Vorgänger. Allerdings verursachen diese Entwicklungen auch große soziale Verwerfungen. Aufgrund der Zurückdrängung des Autos ist die Lebensqualität in Kopenhagen rasant gestiegen und mit ihr die Miet- und Immobilienpreise. So wird Kopenhagen nicht nur regelmäßig zu einer der lebenswertesten Städte weltweit gewählt, sondern zählt inzwischen auch zu den zehn teuersten urbanen Räumen der Welt (The Economist 2019).

Ein weiteres prominentes Beispiel für *green gentrification* stellt die *High Line* in New York dar. Hier wurde eine alte, knapp 2,5 Kilometer lange Bahntrasse zu einem Park umgebaut, der jährlich rund sieben Millionen Besucherinnen und Besucher anzieht. Die umgebenden Straßenzüge im Westen Manhattans waren lange Zeit Wohn- und Aufenthaltsort für gesellschaftlich marginalisierte Gruppen und Menschen mit geringem Einkommen. Durch die Umwandlung der Bahnstrecke in einen Park hat sich das Viertel stark gewandelt. Heute sind hier zahlreiche Unternehmen aus der Kreativbranche ansässig und die Wohnungen können sich nur noch wenige New Yorkerinnen und New Yorker leisten. Das

Beispiel der *High Line* zeigt, dass Aufwertung und Verdrängung bei der Schaffung attraktiver öffentlicher Räume nicht alleine eine nicht intendierte Folge darstellt, sondern dass solche Umnutzungen des öffentlichen Raums auch gezielt genutzt werden können, um Gentrifizierungsprozesse anzustoßen. In den Medien wurde die *High Line* daher auch als »trojanisches Pferd« der Immobilienindustrie beschrieben (Kreye 2019). Denn was als Erhöhung des Grünflächenanteils in benachteiligten Stadtvierteln startete, mit dem Ziel die Lebensqualität in den Quartieren zu steigern und die Umweltbelastungen zu minimieren, führte letzten Endes zu einer enormen Profitsteigerung für Wenige und zur Verdrängung von vielen weniger Privilegierten (Haase et al. 2017)

Die Ausführungen zeigen, Suffizienzpolitik hat neben der ökologischen Dimension eine soziale Dimension, die es für eine gelingende Stadtentwicklung zusammenzudenken gilt. Dabei bergen suffizienzpolitische Maßnahmen Potential für mehr sozial-ökologische Gerechtigkeit. Durch ihren systemischen Ansatz, ihren Fokus auf Veränderungen sozialer Praxen und die Anerkennung ökologischer Grenzen nimmt Suffizienzpolitik Verteilungsfragen in den Blick und kann zu mehr sozial-ökologischer Gerechtigkeit beitragen. Allerdings sind auch Suffizienzmaßnahmen kein Allheilmittel und können wie in Kopenhagen oder New York Gentrifizierungsprozesse beschleunigen. Um solche Auswirkungen zu vermeiden braucht es ein sozialpolitisches Framing, welches auch auf höheren politischen Ebenen angesiedelt sein muss. Ökologisch motivierte Umnutzungen des öffentlichen Raums, wie eine Ausweitung von Grünflächen oder eine Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs, brauchen begleitende Maßnahmen, die einer Verdrängung der bisherigen Nutzerinnen und Nutzer vorbeugt. Bisher werden jedoch selbst bei der Evaluation von ökologisch motivierten Stadtentwicklungsprojekten nur sehr selten die Auswirkungen im sozialen Bereich mitbetrachtet (Wang et al. 2016). Wenn dies der Fall ist, kann Suffizienzpolitik nicht nur Umweltbelastungen verringern, sondern auch zu mehr sozial-ökologischer Gerechtigkeit beitragen.



## Literatur:

Biesecker, A.; von Winterfeld, U. (2014): Extern? Weshalb und inwiefern moderne Gesellschaften Externalisierung brauchen und erzeugen, Jena.

Böhme, C.; Franke, T.; Preuß, T. (2019): Umsetzung einer integrierten Strategie zu Umweltgerechtigkeit – Pilotprojekt in deutschen Kommunen (Umwelt & Gesundheit 02/2019, herausgegeben vom Umweltbundesamt), Dessau-Roßlau.

Böhme, C. et al. (2015): Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum – Entwicklung von praxistauglichen Strategien und Maßnahmen zur Minderung sozial ungleich verteilter Umweltbelastungen (Umwelt und Gesundheit 1/2015, herausgegeben vom Umweltbundesamt), Dessau-Roßlau.

Brand, U.; Wissen, M. (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus, München.

Buhl, J. (2016): Rebound-Effekte im Steigerungsspiel. Zeit- und Einkommenseffekte in Deutschland, Baden-Baden.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2019): Armuts- und Reichtumsbericht [<https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/DE/Indikatoren/Gesellschaft/Aequivalenzgewichtete-Wohnflaeche/GI4-Indikator-Aequivalenzgewichtete-Wohnflaeche.html>; 30.10.2019]

Cole, H. et al. (2017): Are green cities healthy and equitable? Unpacking the relationship between health, green space and gentrification, in: Journal of epidemiology and community health, 71(11), S. 1181–1121.

Die Bundesregierung (2017): Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie. Neuauflage 2016, Berlin.

Falchi, F. et al. (2016): The new world atlas of artificial night sky brightness, in: Science Advances, 2(6), e1600377.

Fraktion Die Linke im Bundestag (2015): Plan B konkret. Nulltarif im Öffentlichen Nahverkehr. Eine Offensive für sozialökologische Mobilität und Lebensqualität [[https://www.sabine-leidig.de/wp-content/uploads/150521\\_Plan-B-mobil\\_web.pdf](https://www.sabine-leidig.de/wp-content/uploads/150521_Plan-B-mobil_web.pdf); 30.10.2019].

Haas, Tobias (2018): Vom Regen in die Traufe: die sozial-ökologische Schattenseiten der E-Mobilität, in: GAIA, 27 (3), S. 273-276.

Haase, D. et al. (2017): Greening cities – To be socially inclusive? About the alleged paradox of society and ecology in cities, in: Habitat International, 64, S. 41–48.

Höfner, A.; Santarius, T. (2017): Wertschätzungs- statt Wegwerfgesellschaft. Soziale Innovation dank Digitalisierung – Foodsharing, in: Politische Ökologie, 150, S. 139–144.

Hornberg, C.; Bunge, C.; Pauli, A. (2011): Strategien für mehr Umweltgerechtigkeit. Handlungsfelder für Forschung, Politik und Praxis, Bielefeld.

IPBES (2018): The IPBES regional assessment report on biodiversity and ecosystem services for Europe and Central Asia, Bonn.

IPCC (2018): Global warming of 1.5°C. An IPCC Special Report on the impacts of global warming of 1.5°C above pre-industrial levels and related global greenhouse gas emission pathways, in the context of strengthening the global response to the threat of climate change, sustainable development, and efforts to eradicate poverty [V. Masson-Delmotte, P. Zhai, H. O. Pörtner, D. Roberts, J. Skea, P.R. Shukla, A. Pirani, W. Moufouma-Okia, C. Péan, R. Pidcock, S. Connors, J. B. R. Matthews, Y. Chen, X. Zhou, M. I. Gomis, E. Lonnoy, T. Maycock, M. Tignor, T. Waterfield (Hrsg.)], Genf.

Kleinhüchelkotten, S.; Neitzke, H.-P.; Moser, S. (2016): Repräsentative Erhebung von Pro-Kopf-Verbräuchen natürlicher Ressourcen in Deutschland (nach Bevölkerungsgruppen), Dessau-Roßlau.

Kopatz, M. (2016): Kommunale Suffizienzpolitik. Strategische Perspektiven für Städte, Länder und Bund. Kurzstudie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie, Berlin.

Kümmerer, K.; Ruck, W. (2014): Chemische Stoffe in der Umwelt, in: Heinrichs, H.; Michelsen, G. (Hrsg.): Nachhaltigkeitswissenschaften, Berlin/Heidelberg, S. 175–211.

Lessenich, S. (2016): Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis, Berlin.

Linz, M. (2015): Suffizienz als politische Praxis. Ein Katalog, Wuppertal Spezial Nr. 49, Wuppertal.

Linz, M. (2017): Wie Suffizienzpolitiken gelingen, Wuppertal Spezial Nr. 52, Wuppertal.

Linz, M. et al. (Hrsg.) (2002): Von nichts zu viel. Suffizienz gehört zur Zukunftsfähigkeit, Wuppertal Papers Nr. 125, Wuppertal.

Maschwesky, W. (2001): Umweltgerechtigkeit, Public Health und soziale Stadt, Frankfurt am Main.

Nobis, C.; Kuhnimhof, T. (2018): Mobilität in Deutschland – MiD Ergebnisbericht. Studie von infas, DLR, IVT und infas 360 im Auftrag des Bundesministers für Verkehr und digitale Infrastruktur (FE-Nr. 70.904/15) [<http://www.mobilitaet-in-deutschland.de>; 30.10.2019].

Noll, H.-H.; Weick, S. (2017): DISI: Wohnung 1950-2013. ZA8646 Datenfile Version 1.0.0 (2017), Köln.

Profijt, M. (2018): Mobilitätssuffizienz. Grundlagen – Messung – Förderung, Wuppertaler Schriften Band 11, Wuppertal.

Santarius, T. (2015a): Der Rebound-Effekt: Ökonomische, psychische und soziale Herausforderungen für die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch, Marburg.

Santarius, T. (2015b): Umweltfreundlich mehr verbrauchen, Atlas der Globalisierung, Berlin, S. 56–57.

Schneidewind, U.; Zahrnt, A. (2013): Damit gutes Leben einfacher wird. Perspektiven einer Suffizienzpolitik, München.

Stadtverwaltung Templin (2018): Information "Fahrscheinfreier Stadtverkehr", Templin.

Statistisches Bundesamt (2018a): Datenreport 2018 - Kapitel 6: Private Haushalte - Einkommen, Konsum, Wohnen, Wiesbaden [[https://www.destatis.de/DE/Service/Statistik-Campus/Datenreport/Downloads/datenreport-2018-kap-6.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Service/Statistik-Campus/Datenreport/Downloads/datenreport-2018-kap-6.pdf?__blob=publicationFile); 30.10.2019]

Statistisches Bundesamt (2018b): Gebäude und Wohnungen: Bestand an Wohnungen und Wohngebäuden Bauabgang von Wohnungen und Wohngebäuden, Lange Reihen ab 1969 – 2018 [<https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Wohnen/Publikationen/Downloads-Wohnen/fortschreibung-wohnungsbestand-pdf-5312301>].

pdf?\_\_blob=publicationFile; 30.10.2019]

Steinführer, A.; Haase, A. (2018): Schrumpfung als Trend? Zu den Ursachen, Folgen und Herausforderungen des Schrumpfens von Städten, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Dossier Stadt und Gesellschaft., Bonn [<http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/stadt-und-gesellschaft/216863/schrumpfung-von-staedten-und-dessen-folgen>; 30.10.2019].

The Economist (2019): The world's most expensive cities, in: The Economist [<https://www.economist.com/graphic-detail/2019/03/19/the-worlds-most-expensive-cities>; 27.08.2019].

UBA (2015): Rebound-Effekte: Ihre Bedeutung für die Umweltpolitik, Dessau-Roßlau.

Von Winterfeld, U. (2002): Reflexionen zur politischen Dimension von Suffizienz in sieben Etappen, in: Linz, M. et al. (Hrsg.): Von nichts zu viel. Suffizienz gehört zur Zukunftsfähigkeit, Wuppertal Papers 125, Wuppertal.

Von Winterfeld, U. (2011): Vom Recht auf Suffizienz, in: Rätz, W. et al. (Hrsg.): Ausgewachsen! Ökologische Gerechtigkeit. Soziale Rechte. Gutes Leben, Hamburg, S. 57–65.

Wang, L. et al. (2016): Air Quality Strategies on Public Health and Health Equity in Europe. A Systematic Review, in: International Journal of Environmental Research and Public Health, 13(12), 1196 [[doi:https://doi.org/10.3390/ijerph13121196](https://doi.org/10.3390/ijerph13121196), 30.10.2019].

WBGU (2016): Der Umzug der Menschheit: Die transformative Kraft der Städte, Berlin.



# **Spekulation der Sinne – eine Erkundung künstlerischer Strategien der Wachstumskritik in Bezug auf urbane Luftverschmutzung**

*von Alexandra Toland und Friederike Landau*

*von der ausgedörrten Wiese aus überquere ich die Straße  
vier Autos nebeneinander, mein Fahrrad ist schwächer als sie  
am U-Bahneingang empfängt mich der Geruch von schmelzendem Plastik  
die Menschen starren auf die App ihres Online-Bankings, shoppen Schuhe  
your smartphone never sleeps  
es ist still in der Masse*

*zu Hause wische ich mit Bambus-Kosmetikpads den Staub der Stadt von der Stirn  
und jetzt sind selbst Bambus-Produkte nicht mehr mikropartikelfrei  
warum fühlt sich dieser Wachstumszustand so hoffnungslos an?  
diese Systeme haben keinen (Ab)Grund*

*Aus dem Geldschein bastle ich einen Papierflieger*

*Friederike Landau*

## Einleitung

Wie fühlt sich Wachstum an? Wie riecht, schmeckt, klingt ewigdauernder Fortschritt? Der Versuch, im Sommer in einer vollen, schweißgebadeten U-Bahn das Gleichgewicht zu halten, wenn sie zum Stillstand kommt. Das Gefühl, im früh-abendlichen Berufsverkehr gegen beißenden Schneeregen bergauf Fahrrad zu fahren. Der klirrende Gesang einer einsamen Drossel um vier Uhr morgens auf einem Schornstein. Verstopfte, vierspurige Straßen, konsumhuldigende Einkaufstempel und räumliche Enge sind nur einige Auswüchse der auf Wachstum ausgerichteten Stadt. Bereits in den 1980ern fasste der Philosoph Ivan Illich den olfaktorischen Status Quo der postmodernen Stadt zusammen: »Die ganze Welt riecht zunehmend gleich: Benzin, Waschmittel, Rohrleitungen und Junk Food verschmelzen zu dem katholischen Smog unserer Zeit« (Illich 1986, S. 49-50). Die Konsequenzen ständiger Produktion und Expansion, die zu solchen beklemmenden Gerüchen und Gefühlen unseres Alltags führen, haben negative psychosoziale sowie ökologische Auswirkungen. Unaufhörliche Bebauung und Industrialisierung, sowie eine Zunahme von Kraftfahrzeugen führen zu starken Temperaturschwankungen in innerstädtischen Bereichen (der sog. Urbane Hitzeinsel-Effekt), zunehmende Lärm- und Feinstaubbelastung, welche insbesondere für vulnerable Gruppen wie Kinder und Ältere gesundheitliche Schäden wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Atembeschwerden nach sich ziehen. Auch psychische Probleme wie Erschöpfung, Burn-Out und Depression können durch Umweltverschmutzung hervorgerufen werden (Brunekreef und Holgate 2002). Diese problematischen Implikationen von wachstumsorientierten Städten auf die Lebensqualität sind seit den 1980er Jahren unter dem Sammelbegriff der Umweltgerechtigkeit, oder auch Umweltungerechtigkeit besprochen worden (Walker 2012; Holifield et al. 2017).

Um sich dem Thema Postwachstumsstadt anzunähern, fokussieren wir uns in diesem Beitrag auf die sinnliche und sensorische Erfassbarkeit der Stadt mit ihren durch uneingeschränkte Wachstumslogik verursachten Problemen. In Anbetracht der »multiplen Krise« (Brand et al. 2013) der umweltgerechten Stadt, die politische, ökonomische, ökologische, soziale und institutionelle Ausformungen hat, stellen wir künstlerische und aktivistische Ansätze vor, die die spezifische Krise urbaner Luftverschmutzung mit sinnlicher Wahrnehmung thematisieren und dadurch erfahrbar machen. Über sensorische oder affektive Erfahrungen mit abstrakten Themen wie Feinstaubbelastungen kann ein ›anderes‹ Wissen über Umweltprobleme aufgebaut werden, welches schließlich in die Sensibilisierung und Mobilisierung für eine sozialökologische Wende abseits

des Wachstumsparadigmas münden kann. Das affektive, politisierende Potential dieser Projekte beleuchten wir explizit weder im Sinne einer kausalen, fest bestimmbareren oder vorhersehbaren Bewertung, ob die Projekte ›wirken‹ oder ›helfen‹, Umweltprobleme zu minimieren noch im Hinblick darauf, welche Gefühle oder affektiven Stimulation sie wann, bei wem oder wie genau vorherrufen. Stattdessen präsentieren wir diese kursorischen Beispiele, gerahmt in drei möglichen Strategien, die Teil einer weiterreichenden empirischen Forschung über Praktiken von Künstler\*innen gegen anthropogen verursachten Luftverschmutzung fungieren (Landau und Toland 2020a, 2020b).

Die drei Strategien, die in diesem Beitrag Anwendung finden, – Immersion, Drifting und Re-Claiming – sind nicht als vollständig oder allumfassend zu verstehen, sondern zeigen beispielhaft auf, wie Künstler\*innen und Designer\*innen gesellschaftlich relevante Umweltprobleme wie Luftverschmutzung behandeln können. Schließlich möchten wir mit den hier vorgestellten Projekten konkrete Denkanstöße für weitere Entwicklungen und Experimente bieten, die wir selbst als Autorinnen und Lehrende erproben und bereits in Forschung und Lehre praktiziert haben, und zukünftig praktizieren möchten. Der Fokus der Konferenz Postwachstumsstadt, die im Mai 2019 an der Bauhaus-Universität Weimar durchgeführt wurde, verweist nicht nur auf das Forschungsinteresse der Urbanistik an Wachstumskritik, sondern auch auf die Idee, diese über ökonomische Prozesse hinausgehend zu formulieren und auszutesten, beispielsweise durch die Künste.

Hier ist die Kooperation mit dem Berliner Think-Tank *adelphi* als anregender Einstieg zu erwähnen. Mit interdisziplinären Studierenden des Seminars *Urban Life Beyond Growth – Discovering the Post-Growth City* führten wir mit *adelphi* zum Auftakt der *Postwachstumsstadt*-Konferenz den Workshop *Sense the City* durch. Der Workshop sollte das Stimulieren und Sammeln von Visionen für zukunftsorientierte Städte mit Hilfe von multisensoriellen Methoden und Stimuli sowie künstlerischen Methoden anleiten (Adelphi 2019). Das Seminar führten wir parallel zur Konferenz mit einem Team von vier weiteren Lehrenden der Fakultät Architektur und Urbanistik durch. Im Workshop *Sense the City* beschäftigten sich die Teilnehmer\*innen mit sensorischen, zum Teil künstlerischen Methoden, visueller Ethnographie und Anthropologie (Pink 2013), Podcasts (Pleimfeldner und Bernius 2013), Lauftechniken wie urbanem Drifting (Danilidis 2016), also dem Umherschweifen in der Stadt, und urbanen Explorationen (Pinder 2005a), sowie kreativen Methoden der Kartographierung (Kara 2015). In selbstorganisierten Projekten entwickelten die Studierenden unter anderem sensorische Stadtspaziergänge, um Aufmerksamkeit auf sonst oft unterschwel-



lig wahrgenommene Geräusche, Gerüche und Objekte im Stadtraum zu lenken. Einige der im Workshop diskutierten Strategien des ›Sensing‹, also des sinnlichen Wahrnehmens und Spürens, werden im Folgenden dargestellt, die als Inspiration für die weitere sinnbasierte Erforschung von urbanen Erfahrungen dienen soll. Gemäß unserem Forschungsinteresse, die Möglichkeiten der Postwachstumsstadt als körperlich und sinnlich erfahrbares Phänomen sowohl in der Gegenwart zu erkunden, als auch in der Zukunft zu imaginieren, wandten wir uns dem ›Sensing‹ der Stadt zu. Dieses Forschungsverständnis begreift die Stadt letztendlich nicht nur als gebaute Umwelt und Verkehrs-, Arbeits- und Lebensknotenpunkt, sondern als »Geisteszustand« (Schwanhäüßer 2016), die anhand konkreter Beispiele künstlerische Interventionen erkundet werden kann. Indem die Sinne neu trainiert werden, die einzigartigen Texturen und Konturen der Stadt anders erfahren werden, kann ein Gespür dafür entwickelt werden, wie zugrundeliegende, oft unsichtbare Probleme besser erkannt werden können, um schließlich und hoffentlich anders zu agieren.

### **Strategie I: Immersion – Die Inszenierung des Nebulösen**

»Imagine a fog at sea; for most people it is an experience of acute unpleasantness [...] Nevertheless, a fog at sea can be a source of intense relish and enjoyment [...] the veil surrounding you with an opaqueness as of transparent milk, blurring the outline of things and distorting their shapes [...] the strange solitude and remoteness from the world, as it can be found only on the highest mountain tops. [...] This contrast, often emerging with startling suddenness, is like a momentary switching on of some new current, or the passing ray of a brighter light, illuminating the outlook upon perhaps the most ordinary and familiar objects« (Bullough 1912, S. 88)

Edward Bulloughs Beispiel des ›Nebels auf See‹ wurde in den letzten 100 Jahren in der Ästhetik ausführlich diskutiert (siehe Dickie 1973; Saito 2005) und findet eine besondere Relevanz in der Kunstwelt, da es in verschiedenen Werken mit ähnlichen Effekten immer wieder nachgebildet wurde: Realität wird aufgehoben während die Sinne vollkommen eingetaucht sind. So eine Wirkung ist notwendig, um alternative Realitäten überhaupt erst vorzustellen. Anhand der folgenden Beispiele machen wir uns immersive Umgebungen mit Nebel zu Nutze, um die Sinne als miteinander verbundenes Ganzes zu trainieren, ohne sie getrennt voneinander zu betrachten. Im Idealfall ist die Postwachstumsstadt ein multisensorielles Fest für die Sinne, bei dem Körper von lokalen Farben, Ge-

räuschen und Aromen anstatt von kommerziellem Wachstumsdruck, Beschleunigungslogik und Profitgier genährt werden. Der Nebel unserer gegenwärtigen wachstumsdominierten Städte löst sich nur auf, wenn unsere Sinne den Prozess des Aufklärens als zeitlich begrenztes Phänomen anerkennen. Mit den Worten des Stadtsoziologen Richard Sennett (1994, zitiert in Howes 2011, S. 65): »Nur eine Revolution der Sinne wird eine Revolution der Gesellschaft bewirken.«



Abb. 1: Guggenheim Museum Bilbao, Spanien, mit Nebelinstallation von Fujiko Nakaya und Stück der La Salve-Brücke. Kamera: Pentax K10d. Bildquelle: Phillip Maiwald (Nikopol, 2009). [[https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Guggenheim\\_Museum\\_Bilbao\\_fog\\_installation.jpg](https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Guggenheim_Museum_Bilbao_fog_installation.jpg); 06.01.2020]

Die japanische Künstlerin Fujiko Nakaya hat mit einer ihrer ersten Nebel-Skulpturen auf der Expo 1970 in Osaka die Ästhetik des Sagenumwobenen und Unheimlichen des Nebels auf See beeindruckend nachgebildet. In ihren Arbeiten ist der Nebel das wesentliche künstlerische Medium. Mithilfe von speziell entwickelten Anordnungen von Nebeldüsen kann sie die Menge, Richtung und Intensität von Nebel steuern, und Interaktionen mit anderen atmosphärischen Eigenschaften wie Temperatur, Luftfeuchtigkeit und Luftdruck und ortsspezi-

fischen Merkmalen bekannter Orte wie dem *Guggenheim Bilbao* (Abb. 1), dem *Parc de la Villette* in Paris, oder der *Tate Modern* in London lokalisieren. Der Nebel füllt unterschiedliche Räume aus und schafft ein Bewusstsein für die alltägliche Umgebung. Der von Bullough beschriebene undurchsichtige Schleier kann mit allen Sinnen erlebt, erforscht und vielleicht sogar genossen werden. Diese Art der Inszenierung des Nebels suggeriert Besucher\*innen oder Nutzer\*innen der Skulpturen ein kurzfristiges Gefühl der Unheimlichkeit, solange sie von Nebel umhüllt sind, entlässt sie aber jederzeit jedoch auch wieder unbeschadet aus dieser Situation.<sup>1</sup> Das städtische Leben kann weitergehen. Der Nebel ist ebenso flüchtig wie undurchdringlich. Gleich dem desorientierenden Effekt einer Nebelmaschine in einem Musik-Club schaffen die Nebel-Installationen neue Bezugsrahmen auf das Gewöhnliche.

Immersive Arbeiten mit Nebel trainieren das Zusammenspiel der Sinne, wenn der Sehsinn als primäres Wahrnehmungsorgan beeinträchtigt ist. Diese Verschmelzung von Sinnen ist in urbanen Kontexten besonders wichtig, wo visuelle Erinnerungen Hilfestellungen für die Orientierung in und Navigation durch die Stadt bieten. Humangeographische und kulturtheoretische Ansätze haben sich bereits verschiedentlich mit dem ›Sehen‹ der Stadt beschäftigt (Amin und Thrift 2017; Lynch 2005; Pinder 2005b). Kulturhistorische Zugänge zeigen den geschichtlichen Verlauf von sensorischen Wahrnehmungen von Welt und Gesellschaft auf (Howes und Classen 2014; Tønder 2015). Während visuelle Wahrnehmung und Vermittlung, ob in der Schule, Uni oder Kunstgalerie, oft die primäre Informationsquelle ist, werden andere Sinne wie das Hören, Tasten, Schmecken und Riechen eher selten angeregt, um neue Informationen zu vermitteln und zu speichern. Der Sensorik-Anthropologe David Howes verortet diese Abhängigkeit von visuellen Informationen in modernen westlichen Kulturen innerhalb des Weltbildes der Aufklärung. Howes (2005, S. 324) beobachtet:

»In premodernity, the senses were considered as a set, and each sense was correlated to a different element: sight to fire and light, hearing to air, smell to vapor, taste to water, and touch to earth. [...] This elemental understanding of the architecture of the senses came undone during the Enlightenment, when the association of vision with reason became entrenched, and the progressive rationalization of society became identified with the increasing visualization of society and space.«

---

<sup>1</sup> Die besondere Ästhetik des Nebels wurde z.B. in der Interpretation von Horrorfilmen als Genre in Sip Sipos (2010) behandelt.

Der isländisch-dänische Künstler Olafur Eliasson konzentriert sich in seinem gesamten Schaffen auf den Wiederaufbau einer ›Architektur der Sinne‹. Mit einem visuellen Verweis auf Nakayas Werken hat Eliasson jüngst die ›Nebel auf See‹-Metapher mit seinem 45 Meter langen *Fog Tunnel* aus dichtem, farbigem Nebel an der *Tate Modern* inszeniert (2019), welches als weiterführende sensorische Untersuchung im Anschluss an das Projekt *Your Blind Passenger* (2010) verstanden werden kann. Bereits 2003 hatte Eliasson mit dem *Weather Project* an der *Tate* eine riesige künstliche Sonne installiert, unter der sich die Besucher\*innen sonnen konnten. In einem Interview mit Mark Brown (2019) für *The Guardian* berichtete Eliasson: »Sehr schnell merkt man, dass man doch nicht völlig blind ist, dass man auch viele andere Sinne hat, die sich einschalten [...] Es zeigt, dass die Verbundenheit unserer Sinne viel höher ist als wir ahnen; wir haben die Fähigkeit, uns neu zu kalibrieren, oder zumindest nicht mehr betäubt zu sein« (Übersetzung d. A.). Mit einem elementaren Verständnis der Sinne in seinen Kunstwerken ermöglicht Eliasson es Besucher\*innen, ihre Sinne neu zu auszurichten und mit dem ganzen Körper zu ›sehen‹. Auch wenn sich so viele Stadtbewohner\*innen an den Status Quo von endlosen Einkaufszentren und vierspurigen Autobahnen vielleicht schon gewöhnt haben, scheint es doch ein erster Schritt in Richtung des ›Nicht mehr so betäubt‹-Seins im Sinne von Eliasson zu sein, um dem Wachstum des Überflusses der wachstumsorientierten Stadt entgegenzuwirken.

Durch die Arbeiten von David Howes (2004; 2018a, 2018b), Constance Classen (2005; 2012), Mirko Zardini (2005) und anderen hat sich das Gebiet der Sensory Studies in den Sozial- und Geisteswissenschaften etabliert und bietet für unsere Zwecke einen nützlichen analytischen Rahmen, um die Postwachstumsstadt zu betrachten. Dies bringt das Erkennen von sinnlichen Erfahrungen über am häufigsten beschriebenen fünf Sinne (Sehen, Hören, Riechen, Schmecken und Berühren) hinaus mit sich, und schließt körperliche Reaktionen (z.B. auf Temperatur, Luftdruck, verschiedene Arten von Bewegung wie Gleichgewicht, Beschleunigung und Körperhaltung, Magnetfelder, sowie Lust und Schmerz) mit ein. Bezüglich kultureller und regionaler Unterschiede in der Sinneserfahrung stellt Constance Classen (1997, S. 401, 402) fest, dass »Sinnesbedeutungen und -werte das Sinnesmodell einer Gesellschaft bilden [...] deren Mitglieder von der Welt ›Sinn machen‹ (›make sense‹) oder ihre Sinneswahrnehmungen und -konzepte in eine bestimmte Weltanschauung übersetzen.« Um die gegenwärtige kapitalistische Weltanschauung in Frage zu stellen, müssen wir nicht nur in unsere sensorischen Besonderheiten eintauchen (zum Beispiel den Geruch von Benzin, Waschmittel, Rohrleitungen und Junk Food, auf die Illich anspiel-

te), sondern uns auch sinnlich-sensorische Alternativen vorstellen. Bullough nennt diese Auseinandersetzung ›psychische Distanz‹ oder den Moment, in dem »unser praktisches Interesse wie ein Drahtseil aus purer Überspannung zerreißt und wir beobachten, wie eine bevorstehende Katastrophe mit der erstaunlichen Unbekümmertheit eines bloßen Zuschauers vollzogen wird« (Bullough 1912, S. 88). Sich einfach nur mit der Ästhetik des Nebels oder Smogs zu beschäftigen, ohne alternative Weltanschauungen zu entwickeln, zu erproben oder letztendlich politisch einzufordern.

Während einige das passive Spektakel und die kapitalistische Abhängigkeit von Eliassons Werken kritisieren (siehe Bishop 2012; Meyer 2004), wäre eine weitere künstlerische Arbeit mit Nebel zu nennen, die jüngst eine offene Kritik an der Luftverschmutzung in Großstädten artikuliert. Auf der Klimakonferenz COP25 im Dezember 2019 in Madrid installierte der schottische Künstler Michael Pinsky fünf miteinander verbundene Kapseln, die in synthetischer Form die Atmosphäre von vier am stärksten verschmutzten Städten der Welt nachgebildet, sowie eine fünfte Kapsel als Gegenbeispiel für saubere Luft. Beim Betreten der künstlichen ›Smogscapes‹ tauchen die Besucher\*innen für einen Moment in eine Luftblase ein, die die Luft von London, Beijing, São Paulo und Neu-Delhi darstellt, sowie die saubere Luft aus Tautra, Norwegen, als atmosphärische Alternative. Die eindringliche Installation ist als Serie geodätischer Kuppeln aufgebaut, die auf Buckminster Fullers (1975) utopische Visionen hinweisen. Als einer der ersten Kritiker des Wachstums sind Fullers Ideen, mit weniger mehr zu erreichen, ein ästhetischer Rahmen für die inszenierte Umweltverschmutzung von Pinsky. Pinsky dreht das von Fuller imaginierte Bild energetisch effizienter Kuppeln über New York City jedoch um; statt sauberer Luft sind seine Kuppeln mit üblen Nebeln und Gasen gefüllt. Das Eintauchen in künstliche, oder künstlerische Umwelten, aktiviert sowohl physisch-körperliche als auch emotional-affektive Erfahrungen, die im Idealfall zu Verhaltensänderungen wie mehr Nachhaltigkeitsbewusstsein und -handeln hervorrufen können. Pinsky arrangierte dementsprechend atmosphärische Echtzeitmessungen der Luft in den ausgewählten fünf Städten, die eine erweiterte Vorstellung des Ausmaßes von Luftverschmutzung über den menschlichen Körper hinaus ermöglichen. Die Messungen an entfernten Orten ermöglichen ein körperliches Gefühl, auf das man sonst nicht ohne Weiteres zugreifen könnte. In der gegenwärtigen Realität anthropogener Luftverschmutzung löst Bulloughs Nebel-Metapher nicht nur zeitlich, sondern auch räumlich eine passende Kritik an Wachstumsstädten aus.

## **Strategie 2: Drifting – Postwachstum und die sensorische Erfassung der Stadt durch Spaziergänge**

»An urban drift is an act of simultaneous reading and writing, the contribution to a palimpsest of the personal and the communal. Space is thickened time, and passage through it a pan-chronic communion. Curb-stones will talk to you, as will the smoothly tiled perimeter wall of a biscuit factory, the litter in the undergrowth, the tilled soil of unfinished business, the prosaic chatter of street names, the disposition of the tarmac, the basin of a drained fountain« (Warner 2017).

Ian Warner, Mitgründer und künstlerischer Direktor der *State Design Consultancy* in Berlin, beschreibt das urbane Driften als einen subversiven Angriff auf Technik und als Kritik an jeder Form von aufwertungsorientierter, quantifizierbarer Erholung. Es gibt einfach keine Möglichkeit, den Spaziergang zu verbessern, schreibt Warner (2017) in seinem Essay, in dessen Titel er fragt, wie man einen Spaziergang anders ›verbessern‹ könne als durch das Anerkennen seines inhärenten Widerstands zur Optimierung. Ist es denn möglich, vom Wachstum und den damit verbundenen idealistischen Weltbildern (abgesehen von den unzähligen Problemen, die dieses Wachstumsdenken mit sich bringt) *weg zu driften* bzw. sich abzusetzen?

Während der ursprüngliche französische Begriff der ›*décroissance*‹ in den 1970er Jahren die Gegenbewegung von Wachstum, also Schrumpfung von Produktion und Konsum in den Vordergrund stellte, umschreiben jüngere Bezeichnungen wie das spanische ›*decrecimiento*‹, das italienische ›*decrecita*‹ und das englische ›*degrowth*‹ eher aktivistischer Gruppen in stadtpolitischen Bewegungen. ›*De-growth*‹ wurde 2008 auf der ersten internationalen Postwachstumskonferenz in Paris offiziell vorgestellt (Demaria et al. 2013; Wolfram et al. 2016). Im Deutschen tauchte der Begriff erstmals 2006 auf, als der Ökonom Niko Paech (2016) über ›*Postwachstumsökonomie*‹ sprach. Der lateinische Ursprung der Vorsilbe ›*de*‹ wird überwiegend mit ›*von*‹ oder ›*weg*‹ übersetzt, wohingegen die Vorsilbe ›*post*‹ eine zeitlich versetzte Richtung anzeigt. Während *de-growth* also von einer Entfernung oder Derivation vom ursprünglichen ›*Kern*‹ der Sache, dem Wachstum, aus definiert wird (›*Weg-Wachstum*‹), visiert *post-growth*, oder Postwachstum, eine Zeit *nach* dem Wachstum an.

Bereits in den 1960er und 70er Jahren protestierten Künstler\*innen gegen die Kommodifizierung und Institutionalisierung der (Kunst)Welt, indem sie buchstäblich von Galerieräumen und Museen, und im übertragenen Sinne auch von wachstumsorientierten Großstädten, ›*wegliefen*‹ (siehe Evans 2013). Vor allem

die britischen Landkünstler Richard Long (siehe Roelstraete 2010) und Hamish Fulton (siehe Fulton 1995) machten einsame Spaziergänge zu performativen Gesten gegen eine aus dem Gleichgewicht geratene Welt. Diese Streifzüge fanden meistens auf dem Lande statt; nur ein Foto blieb als Beweis für das Werk. Als Beschreibung seiner künstlerischen Praxis beschreibt Fulton (1995), dass ein Kunstwerk zwar gekauft werden könne, ein Spaziergang aber nie zum Verkauf stünde. Während die Spuren von menschengemachter Umweltzerstörung aber längst an abgelegenen Ufern und unbewohnten Orten weltweit zu spüren sind, kehrten Künstler\*innen der folgenden Generationen aus den wieder in die Städte zurück, um, wie Donna Haraway (2018) es ausdrückt, mit oder bei »der Unruhe zu bleiben«. In den 1990er Jahren beispielsweise unternahm Francis Alÿs symbolische Spaziergänge durch Mexiko-Stadt mit einem magnetisierten ›Hund‹ (*The Collector*, 1990-92), der Metallabfälle, Münzen und andere Rückstände einer Welt voller Exzesse ansammelte. Im Jahr 2006 begann Künstlerin Eve Mosher ihre *High Water Line Walks* (Hochwassermarken-Spaziergänge) in New York, in denen sie die steigenden Wasserpegel markierte, um das Bewusstsein für den steigenden Meeresspiegel und die Verwundbarkeit von Küstenstädten zu schärfen (nach Angaben der Vereinten Nationen leben etwa 40% der Weltbevölkerung innerhalb von 100 Kilometern von einer Küste). Zehn Jahre später verfolgt die Künstlerin und Aktivistin Walis Johnson einen weiteren Ansatz zu Hochwasser-Markierungen, die sich in die gravierenden historischen Ungerechtigkeiten in Bezug auf Rasse, Wirtschaft und Umwelt in New York City einschreibt. Das *Red Line Labyrinth* (2016) ist eine Meditation in Form eines Spaziergangs auf der *Red Line Map* von 1938, die dazu beitrug, segregierte urbane Landschaften heutiger amerikanischer Städte zu schaffen. In der Logik der wachstumsorientierten Stadt kreuzen sich die Linien der *Red Line Map* des vorherigen Jahrhunderts mit denen der aktuellen Hochwasserlinien, in denen sich Immobilienpreise mit Umweltrisiken nahtlos überschneiden.



Abb. 2. Nut Brother beim  
Einsaugen von Smog in  
Beijing, 2015

Einige Orte sind in der weltweiten Ausbreitung des Wirtschaftswachstums so verwurzelt, dass es kaum vorstellbar ist, wegzulaufen oder zu driften. In den mit Smog verstopften Straßen der Metropolen Chinas wird das einfache Gehen zu einem gesundheitlichen Risiko, das kaum vermieden werden kann. Gehen wird zum Akt der Akzeptanz alltäglicher toxischer Umstände, ist aber auch ein Akt des Widerstands oder Nicht-Akzeptanz. Für 100 Tage im Jahr 2015 wanderte der Performance-Künstler Nut Brother mit einem handelsüblichen Staubsauger mit einem selbstgebauten Wagen durch die Straßen von Beijing. Der Künstler, in einen Mundschutz gehüllt, saugt Erlebnisse und Eindrücke aus den Oberflächen der Stadt, aus den Lufträumen dazwischen, aus seinen Begegnungen mit anderen Stadtbewohner\*innen. Er nimmt alles auf und sammelt dabei Einsichten des städtischen Raums. Er saugt den Smog akribisch auf, um aus den gesammelten Feinstaubpartikeln unter Hinzugabe von Lehm einen Backstein zusammenzugießen. Während der Künstler selbst dem Smog nicht entfliehen kann, kann es auf kuriose Art und Weise das Resultat der Performance – der Backstein selbst. Durch die Umwandlung der körperlich-sinnlichen Erfahrung in einen materiellen ›Beweis‹ wird das Paradigma des Wachstums schließlich in Form der unausweichlich präsenten Verschmutzung unleugbar. Obwohl Nut Brother durch den performativen Akt des Gehens nicht von der Wachstumsstadt weglief, lehnte der Künstler das Angebot, den Smog-Backstein für 1.600 US-Dollar (ca. 1.400 Euro) zu verkaufen mit der Begründung ab, dass Ziel der Aktion sei nicht Profitgenerierung, sondern das Anstoßen eines Bewusstseinswandels. Weder der Backstein als Artefakt noch das performative Sammeln von Smogpartikeln allein machen Nut Brothers Aktion zur Kunst; in seiner Spaziergang-Performance wird jedoch mit mikro-politischen Gesten eine Provokation zum Kontrollverlust des Menschen über das globale Wachstum hervorgerufen. Er weckt in seiner Kunst Hoffnung und Hoffnungslosigkeit gleichzeitig, was die Zukunft urbaner Lebensräume sowie die Zukunft unseres Bewusstseins angeht (siehe Landau und Toland 2020b).

Die hier beschriebenen Projekte zeigen, dass in der Kommunikation über Klima- und Umweltprobleme die persönliche Erfahrung oder Identifikation mit diesen Problemen oft hinter kognitiven Kommunikationsformen zurückstehen (Roosen et al. 2018). Klöckner (2014, S. 1) betont, dass »gerade eine emotionale Bindung zu einem Problem jedoch aus psychologischer Sicht notwendig [ist], um zu einer Verhaltensänderung zu motivieren.« Insgesamt sind weitreichende Verhaltensänderungen sowohl im Hinblick auf alltägliche Praktiken wie durch die Stadt gehen auf der individuellen, mikro-politischen Ebene als auch auf meso- und makro-politischer Ebene notwendig, um die umfangreiche Wachs-



tumsfixierung aufzuheben. In diesem Mobilisierungsprozess (laufen, aber auch weglaufen) sind sinnliche, sensorische, emotionale, affektive oder wahrnehmungsbasierte Erlebnis- und Ausdrucksformen von komplexen Umweltproblemen daher wichtig, um neue (An)Reize zur Bewältigung von Umweltproblemen wie Luftverschmutzung in Großstädten zu entwickeln. Angesichts der immanenten regionalen Differenzen der aktivistischen Tendenzen dieser verschiedenen künstlerischen Aktionen, eint der Spaziergang, oder das ›Drifting‹, als Ansatz eine wachstumskritische Haltung und die Forderung, neue soziale, ökonomische und demokratische Narrativen und Praktiken zu suchen. Wie Demaria et al. (2013, S. 208; Übersetzung d. A.) feststellen, ist »Postwachstum keine konkrete und universale Alternative zum Wachstum, sondern eine Matrix verschiedener Alternativen, die einen Raum für menschliche Kreativität wieder eröffnen, nachdem das Wundpflaster des ökonomischen Totalitarismus entfernt worden ist.« In dieser Metapher können wir uns den ›Drift‹ durch diese Matrix vorstellen, in der Wachstumskritik geübt werden kann, ohne davor weg zu laufen.

### **Strategie 3: Re-Claiming – Die Wiederaneignung von Alltagsorten**

Im Anschluss an die Überlegungen zur Gegenwart, Zukunft und Erfahrbarkeit der Postwachstumsstadt stellen wir eine dritte Strategie sensorischer und konzeptueller Intervention vor. Drei Beispiele zeigen, wie Künstler\*innen und Designer\*innen alltägliche Orte und deren sinnliche Aspekte aus dem Leben der postmodernen, wachstumsgetriebenen Stadt zurückgewinnen. In Anlehnung an Christian Felber, Autor des Buches *Gemeinwohl-Ökonomie* (2018), und Mitinitiator der Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung, werden alltägliche Erfahrungen unseres jetzigen Wirtschaftssystems ›auf den Kopf‹ gestellt, um andere Sichtweisen auf das Stadtleben direkt vor uns zu ermöglichen. Die folgenden Beispiele werden zu Symbolen von Luxus sowie zu Platzhaltern alltäglicher Verschmutzung – Parkplätze und Parfüme zeigen sich als Schlüsselmomente von Gemeinschaft und Konvivialität, Orte und Objekte zur öffentlichen Bewusstseinsbildung und als relationale Austauschformen einer Postwachstumsstadt.

Es ist schwer denkbar, Strategien der aktivistischen Wiederaneignung oder Rückforderung von frischer Luft im städtischen Kontext zu diskutieren, ohne die Initiative *Parking Day* zu erwähnen. Seit 2005 wird sie am dritten Freitag im September wiederholt in Städten auf der ganzen Welt inszeniert und gefeiert. Initiiert von John Bela, Blaine Merker und Matthew Passmore (später als *Rebar-*

Gruppe bekannt), ist der *Parking Day* die symbolische Umwandlung von Parkplätzen in San Francisco in temporäre Miniparks oder ›Parklets‹. Das Projekt wurde in den frühen Tagen der sozialen Medien (Facebook wurde im Jahr zuvor gestartet) viral und verbreitete sich zu einer globalen Bewegung, die weit über den ursprünglichen Parkplatz in der 1st Street und Mission Street im Stadtteil East Cut von San Francisco hinausging. Inspiriert von Gordon Matta Clarks Eingriffen auf Bürgersteigen aus den 1970er Jahren in New York City (Schneider 2017) liegt die Kraft des *Parking Day*-Projekts einerseits in seiner relationalen Natur. Es hat Fremde in intimen und unerwarteten Situationen im öffentlichen Raum zusammengebracht, um für einen bestimmten Zeitraum (zum Beispiel während einer Mittagspause) einen wiederangeeigneten Erholungsraum zu teilen. Fünfzehn Jahre später gehört der *Parking Day* zu den sichtbarsten Forderungen nach autofreien und damit emissionsfreien Städten.

Andererseits ist der Erfolg der Intervention stark sinnlich. Jedes Jahr erobern Menschen den Asphalt mit neuen Designs von üppigem grünem Gras und sorgfältig arrangierten Blumen und Pflanzen in sonst staubigen, versiegelten Umgebungen. Viele der Interventionen am *Parking Day* beinhalten Musik und Tanz, Liegestühle, Picknicks, Spiele und andere Vergnügen von Stadtparks und öffentlichen Räumen. Menschen ziehen ihre Schuhe aus und sitzen auf den Boden. Sie bringen Essen und Trinken mit und teilen genussliche Momente. Durch ihre physische, sinnliche Erfahrung, in einer temporären Grünfläche zu verweilen, wird das Straßenbild als Landschaft zurückerobert und als alternative Realität vorgestellt, wenn auch nur für einen Tag. Der Parkplatz, eine Fläche von ca. 15 Quadratmetern, die sonst gegen eine festgelegte Gebühr und einen bestimmten Zeitraum als Haltefläche für Kraftfahrzeuge ausgewiesen ist, wird zu einem Raum der kollektiven, multisensorischen Erfahrung mit politischen Auswirkungen. Mehr als nur eine visionäre Geste hat der *Parking Day* zu realen Veränderungen in Städten geführt, um gemischte Nutzungen zu fordern, beispielsweise als erweiterte Fußgängerzone auf dem *Times Square* in New York im Jahr 2009 oder als ausgewiesene Parkdecks für verkehrsberuhigten Zonen auf der Bergmannstraße in Berlin im Jahr 2018 (nach Protesten von Autobesitzer\*innen der Nachbarschaft wurden diese von lokalen grünen Politikern durch Felsbrocken ersetzt, um das illegale Parken symbolisch zu verhindern).

Welche weitere künstlerisch-aktivistische Aktivitäten gelten als Rückgewinnung der Postwachstumstadt? Eine Wiedergewinnung von Gemeinschaftsorten bedeutet auch die Rückgewinnung einer Fülle an Gerüchen. Mirko Zardini (2005, S. 301) beschreibt die Voreingenommenheit der hygienischen Neutralität als Symptom moderner Städte und weist darauf hin, dass urbane Geruchs-

neutralität nicht immer eine Norm war: »Zur Zeit der Aufklärung (...) wird die Stadt plötzlich als übelriechender Raum wahrgenommen. Zum ersten Mal in der Geschichte taucht die Utopie der geruchlosen Stadt auf.« Die ›verlorenen‹ Gerüche der Stadt zurückzugewinnen, und ein Vokabular für die Beschreibung der Gerüche der Gegenwart zu entwickeln, ist eine wesentliche Aufgabe für die Postwachstumsstadt. Die Zusammenhänge zwischen Emotionen und Gerüchen wurden bereits in verschiedenen sozialwissenschaftlichen Studien untersucht. Beispielsweise wurden lokalspezifische Geruchsprofile in sogenannten ›Smell-scapes‹ kartographiert, um darzustellen, aus welchen olfaktorischen Quellen sich der ›typische‹ Geruch einer Stadt wie London oder Barcelona zusammensetzt, beispielsweise Essensgerüche und Abgasen von Produktion und Verkehr, Tabakkonsum auf der Straße sowie natürlichen und synthetischen Düften (El Helou 2018; Quercia et al. 2016).

Die Verwendung von Parfüm als Medium für politische Transformationen könnte als spekulatives Duftdesign bezeichnet werden. Beispielsweise haben die in Berlin ansässigen Duftforscherinnen und Künstlerinnen Sissel Tolaas und Alexandra Daisy Ginsberg gemeinsam mit synthetischen Biolog\*innen von Ginkgo Bioworks unter der Leitung von Christina Agapakis den hypothetischen Geruch ausgestorbener Blumen zurückgewonnen, die einst in der Erde blühten, die jetzt von Asphalt und Beton versiegelt sind. Die Künstler\*innen und Forscher\*innen extrahierten winzige Mengen an DNA aus Blütenproben, die im *Herbaria* der Harvard University aufbewahrt wurden, und synthetisierten Gen-Sequenzen für duftstoffproduzierende Enzyme. In *Resurrecting the Sublime* (›Wiederbelebung des Erhabenen‹) können die Gerüche von extinkten Pflanzen, die durch koloniale Verbrechen und das Versprechen von Wohlstand und Wachstum verloren gegangen sind, wieder wahrgenommen werden. Als Werk spekulativer Duftgestaltung ist das Projekt sowohl ein Plädoyer für Biodiversität als auch für olfaktorische Vielfalt in der Stadt.

Einem ähnlichen Ansatz folgte das Projekt Smog Parfum, welches die Gründerin der chinesischen Textilrecycling-Nichtregierungsorganisation *BlueSky4Children*,<sup>2</sup> Lingling Zhang, mit einigen Kolleg\*innen 2015 erstmals auf Informationsveranstaltungen ihrer Organisation vorstellte. Das ›Modeprodukt‹ war

2 *BlueSky4Children* operiert implizit nach dem Prinzip Postwachstum: Als nationale Plattform für Bekleidungsrecycling funktioniert die Initiative als Umschlagplatz der Umverteilung, Wieder- und Weiterverwertung von noch tragbaren Altkleidern. Lingling problematisiert die Tendenz von Teilen der chinesischen Gesellschaft hin zu mehr Konsum als Auswirkungen der Steigerung der globalen Produktion (Zhang 2019). In diesem Sinne ist die Organisation als Antwort und Alternative zu einer wachstumsorientierten Gesellschaft und Wirtschaft zu verstehen, die die konstruierte Notwendigkeit entlarvt, immer mehr konsumieren zu müssen. In ihrer Recycling-Logik entziehen sich Lingling und ihre Mitstreiter\*innen nicht nur kapitalistischen Märkten, sondern stärken auch solidarische Gemeinschaften im ganzen Land.

bis Anbeginn unverkäuflich, sondern diente als Informations- und Sensibilisierungsmedium für die starke Luftverschmutzung in der Stadt. Gemeinsam hatten sie die Idee, die unangenehmen Aromen und Gerüche von Shanghai als stark anwachsender bzw. Wachstumsstadt zu destillieren. Durch die Konzentration von unangenehmen, aber auch gesundheitsschädlichen Gerüchen wollte Lingling Aufmerksamkeit auf eine eigentliche dauerhafte olfaktorische Belastung mit Schadstoffen erwecken, die teilweise unterschwellig wahrgenommen werden. Erste Eindrücke und Assoziationen beim Schnuppern des Parfums waren »verfaultes Ei«, »verbrannter Alkohol« oder »gesalzener Fisch«, die Proband\*innen verziehen die Gesichter, lachen peinlich berührt, schauen nachdenklich oder angewidert in die Kamera (Abb. 3 und 4); darüber hinaus erwähnt Lingling selbst den penetranten Geruch von »Teer, Schwefel und Staub«.<sup>3</sup>



Abb. 3 und 4: *Smog Perfume*, Greenpeace East Asia

In diesem Zustand olfaktorischen Unbehagens geht es nicht das Erzeugen positiver Erlebnisse oder Gefühle, die zum Beispiel an jedem Duty-Free-Parfumstand erwartet werden. Im Gegenteil geht es bei diesem Duft um das Erleben des Gestanks von menschengemachter Luftverschmutzung. Die Gerüche sind zwar eindrücklich, haben laut Linglings selbstkritischer Einschätzung aber auch ein gewisses Ablaufdatum – die Erfinderin hält die Wirkung spielerischer Aktionen wie dem *Smog Parfum* für begrenzt, da ständig noch neuere und innovativere Formen der Informationsvermittlung hinzukommen. Dementgegen stehen Erkenntnisse, die einen Zusammenhang zwischen Gerüchen und einer langanhaltenden Erinnerung an Emotionen, egal ob diese angenehm oder unangenehm sind, belegen (Quercia et al. 2016). Dies bedeutet, dass auch unschöne Gerü-

<sup>3</sup> <https://www.youtube.com/watch?v=GLLlq4lsUyk>

che uns nachhaltig daran erinnern können, wie Wachstumsstädte riechen. Im Hinblick auf Entwürfe einer Postwachstumsstadt könnten diese Erinnerungen hilfreich sein, um sich auf die Suche nach wünschenswerteren Gerüchen zu begeben.

## Ausblick

Das gemeinsame Nachdenken über die Postwachstumsstadt ist gleichzeitig Nachdenken über Postwachstumsgesellschaft und Postwachstumspolitik. Es geht also nicht nur darum, ›nur‹ weniger zu produzieren, konsumieren und verbrauchen (was ja bekanntlich schon schwer genug ist), sondern auch darum, neue Formen des sozialen Austauschs, der intergenerationalen, interkulturellen und inter-Spezies Verständigung sowie der politischen Beteiligung und Mitgestaltung- zu erproben. In diesem Beitrag haben wir rekonstruiert, wie die Wachstumsstadt mit allen Sinnen vorgestellt werden kann. Obwohl die hier beschriebenen Projekte keine konkrete Handlungsanleitung bieten, was zu tun ist, um Luftverschmutzung im individuellen und gesellschaftlichen Kontext aufzuhalten oder zu reduzieren, ermöglichen sie körperliche Erfahrungen, die manchmal ›unsichtbare‹ Luftverschmutzung zu erspüren. Während die künstlerischen und gestalterische Positionen eine Diagnose des wachstumsverhafteten Status Quo anbieten, können aus diesen Gerüchen, Bildern und Stimmungen auch neue Ideen, Gedanken und Handlungsansätze für sozialökologische Narrative und Erzählungen für die Postwachstumsstadt entwickeln, die im Sinne von konkreten Utopien bewusst anders sind als die verschmutzte Stadt. Insgesamt bringen uns solche Beispiele komplexe Umweltthemen wie Luftverschmutzung als spezies- und skalenübergreifendes, ökologisches, politisches und ökonomisches Problem nahe. Mit diesen Eindrücken, die vielleicht nachhallen, bewegen wir uns vielleicht auf eine urbane Lebensrealität nach dem Wachstum zu.

## Epilog

*in unserem Garten zahlen Vögel keine Miete  
all we hear is Radio BirdBird  
es riecht nach Zimt, Bratwurst und frisch geschnittenem Gras  
ich schmecke die kurze Distanz  
umsonst und draußen ist die gerechteste Ressource der Stadt  
TKAUFSCH DIR WAS!*

*Friederike Landau*

## Literatur:

Adelphi (2019): Future Factory at the Bauhaus University in Weimar. Internal Document.

Amin, A.; Thrift, N. J. (2017): Seeing like a city. With assistance of Katarina Nitsch. First published. Cambridge, UK, Malden, MA: Polity Press.

Bishop, C. (2012): Participation and Spectacle – Where Are We Now?, in: N. Thompson (ed.) (2012): Living as Form – Socially Engaged Art from 1991-2011. Cambridge: MIT Press and Creative Time Books. S. 34-45.

Brand, U., Brunnengräber, A., Omann, I., Schneidewind, U. (2013): Debating transformation in multiple crises. Paris: OECD Publishing.

Brown, M. (2019): Olafur Eliasson to bring his tunnel of fog work to Tate Modern. [<https://www.theguardian.com/artanddesign/2019/jan/31/olafur-eliasson-your-blind-passenger-tunnel-fog-tate-modern-installation>; 06.01.2020].

Brunekreef, B., Holgate, S.T. (2002): Air pollution and health, in: The Lancet 360 (9341), S. 1233–1242.

Bullough, E. (1912): »Psychical Distance« as a Factor in Art and as an Aesthetic Principle, in: British Journal of Psychology, Vol. 5, 1912, S. 87-117.

Classen, C. (2005): The Book of Touch. London: Bloomsbury Press.

Classen, C. (2012): The Deepest Sense: a Cultural History of Touch. Champaign: University of Illinois Press.

Classen, C. (1997): Foundations for an Anthropology of the Senses, in: International social science journal 153, S. 401–412.

Daniilidis, A. (2016): Urban Drifting: An Approach to City Comprehension and Mapping, in: Sociology Study 6 (7), S. 417–435.

Demaria, F., Schneider, F., Sekulova, F., Martinez-Alier, J. (2013): What is Degrowth? From an Activist Slogan to a Social Movement, in: environmental values 22 (2), S. 191–215.

- Dickie, G. (1973): *Psychical distance: In a fog at sea*, in: *British Journal of Aesthetics* 13 (1), S. 17–29.
- El Helou, M. (2018): *Urban Smellscape: The Pheromones of a City and the Sense of Place*, in: *CCA 2018* (1).
- Evans, D. (2013): *The Art of Walking: a field guide*. London: Black Dog Press.
- Felber, C. (2018): *Gemeinwohl-Ökonomie*. München: Piper.
- Fuller, R. B. (1975): *Synergetics: Explorations in the Geometry of Thinking*, in collaboration with E. J. Applewhite. New York: Macmillan publishing.
- Fulton, H. (1995): *Into a Walk into Nature. Thirty-One Horizons*. München: Lenbachhaus.
- Haraway, D. (2018): *Unruhig bleiben: die Verwandtschaft der Arten im Chthuluzän* (Originaltitel: *Staying with the Trouble: Making Kin in the Chthulucene*, Übersetzung: Karin Harrasser). Frankfurt: Campus Verlag GmbH.
- Holifield, R., Chakraborty, J., Walker, G. P. (Hrsg.) (2017): *The Routledge handbook of environmental justice*. London, New York: Routledge Taylor & Francis Group.
- Howes, D. (Ed.) (2004): *Empire of the Senses The Sensual Culture Reader*. Oxford: Berg Publishers.
- Howes, D. (2005): *Architecture of the Senses*, in: Zardini, M. (Ed.) *Sense of the City – An alternative approach to urbanism*. Zürich: Lars Müller Publishers. p. 324
- Howes, D. (2011): *Vienna: Sensory Capital*, in: Diaconu, M., Heuberger, E., Mateus-Berr, R., and Vosicky, L. M. (ed.) *Sense in the City – An Interdisciplinary approach to urban sense-scapes*. Berlin and Vienna: Lit Verlag.
- Howes, D. (Ed.) (2018a): *Senses and Sensation Critical and Primary Sources*. London: Bloomsbury Academic.
- Howes, D. (2018b): *The Skinscape: Reflections on the Dermalogical Turn*, in: *Body & Society* 24 (1-2), S. 225–239.

Howes, D., Classen, C. (2014): *Ways of sensing. Understanding the senses in society*. London: Routledge.

Illich, I. (1980): *H2O and the Waters of Forgetfulness*. London: Marion Boyars.

Kara, H. (2015): *Creative research methods in the social sciences. A practical guide*. Bristol: Policy Press.

Klößner, Christian et al. (2014): *Klimakunst als Kommunikationsmittel? CLIMART- Ein Projekt das Potenziale und Grenzen auslotet*, in: *Kolleg für Management und Gestaltung nachhaltiger Entwicklung 2014, 2014*. [[http://kmgne.de/wp-content/uploads/2014/10/2014\\_Climart\\_Klimakunst.pdf](http://kmgne.de/wp-content/uploads/2014/10/2014_Climart_Klimakunst.pdf); 06.01.2020].

Landau, F., Toland, A. (2020a): *Sensing the Injustice of Dust: Exploring Activist Artistic Approaches to Politicize Air Pollution*, in: *Environment and Planning C: Politics and Space (EPC)*, im Erscheinen.

Landau, F., Toland, A. (2020b): *Luft sehen, sprechen, schützen – Das Anthropozän der (post)politischen Stadt*, in *sub/urban*, im Erscheinen.

Lynch, K. (2005): *The image of the city*. Cambridge, Mass.: MIT Press.

Meyer J. (2004): *No More Scale: The Experience of Size in Contemporary Sculpture*, in: *Art Forum International*; New York, Vol 42 Issue 10.

Paech, N. (2016): *Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie*. 9. Auflage. München: oekom Verlag.

Pinder, D. (2005a): *Arts of urban exploration*, in: *cultural geographies* 12 (4), S. 383–411.

Pinder, D. (2005b): *Visions of the city. Utopianism, power and politics in twentieth-century urbanism*. New York, NY: Routledge.

Pink, S. (2013): *Doing visual ethnography*. Los Angeles: SAGE Publications.

Pleimfeldner, M., Bernius, V. (2013): *Podcasts als digitale Lernmedien. Didaktische Chancen und methodische Hinweise*. Edited by Computer + Unterricht. Friedrich Verlag GmbH.



Quercia, D., Aiello, L. M., Schifanella, R. (2016): The Emotional and Chromatic Layers of Urban Smells, in: Proceedings of the Tenth International AAAI Conference on Web and Social Media, S. 309–318.

Roelstraete, D. (2010): Richard Long: A Line Made by Walking (One Work). London: Afterall Publishing.

Roosen, L. J., Klöckner, C. A., Swim, J. K. (2018): Visual art as a way to communicate climate change: a psychological perspective on climate change-related art, in: World Art 8 (1), S. 85–110.

Saito, Y. (2005): The Aesthetics of Weather, in: Light, Andrew and Smith, Jonathan M. (eds.) The Aesthetics of everyday Life. New York: Columbia University Press.

Schneider, B. (2017): How Park(ing) Day Went Global. [<https://www.citylab.com/life/2017/09/from-parking-to-parklet/539952/>].

Sipos, T. (2010) Horror Film Aesthetics: Creating the Visual Language of Fear. Jefferson, North Carolina: McFarland.

Schwanhäußer, A. (2016): Sensing the City. A companion to urban anthropology. Basel: Birkhäuser Bauwelten.

Tønder, L. (2015): Political Theory and the Sensorium. Draft article, S. 1–14.

Walker, G. P. (2012): Environmental justice. Concepts, evidence and politics. London: Routledge.

Warner, I. (2017): Meltwater Peregrinations – Part I. SLAB MAG a Heuristic Journal for Gonzo Blurbanism [<http://www.slab-mag.com/2017/10/01/meltwater-peregrinations-pt1-walking-berlin/>; 06.01.2020].

Wolfram, M., Frantzeskaki, N., Maschmeyer, S. (2016): Cities, systems and sustainability: status and perspectives of research on urban transformations, in: Current Opinion in Environmental Sustainability 22, S. 18–25.

Zardini, M. (Hrsg.) 2005: Sense of the City – An alternative approach to urbanism. Zürich: Lars Müller Publishers.

Zhang, Lingling (2019): Interview Transcript.

## **StadtTeilen – Öffentlicher Raum und Wohnen als neue Gemeingüter in sozial gemischten Nachbarschaften**

*von Florian Koch, Lea Hampel, Carsten Keller und Floris Bernhardt*

### **Einführung**

Die Frage nach dem Umgang mit Flächen insbesondere in innerstädtischen Räumen hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Durch immobilienwirtschaftliche Gewinnstrategien, Privatisierung von öffentlichen Liegenschaften, Zuzug neuer Bewohner\*innen in die Stadt, sinkende Haushaltsgrößen, die Nachverdichtung bzw. steigende Bebauungsdichte, die Bedeutung der Innenstadt als Wirtschafts- und Kulturstandort sowie gestiegenen Anforderungen an Grünflächen als Aufenthaltsorte und ökologischen Funktionsflächen konkurrieren unterschiedliche Nutzungen um begrenzte Raum-Ressourcen. Oftmals setzt sich in der Praxis die wirtschaftlich stärkste Nutzung durch und es wird eine rein ökonomische Verwertungslogik von Boden realisiert. In der Folge sind Aspekte wie Raumknappheit, Gentrifizierung und Verdrängung sozial schwächerer Nutzer\*innen aus innerstädtischen Quartieren in den Fokus stadtpolitischer Diskussionen gerückt. Zahlreiche politische und soziale Bewegungen sowie lokale Initiativen reagieren mit zivilgesellschaftlichem Protest auf die gegenwärtige Situation und öffnen Diskurse über die Bodennutzung im Hinblick auf ihre sozialen, politischen und ökologischen Aspekte. In der medialen und politischen Diskussion wird nach geeigneten Instrumenten für eine gerechtere Form der Bodennutzung gesucht und der Frage nach einem neuen Um-

gang mit der begrenzten Ressource Raum in Städten nachgegangen. Ein Diskussionsstrang, der in diesem Zusammenhang oft genannt wird, sind Aspekte des Teilens, der Herstellung neuer Gemeingüter (urban Commons) und geteilter Raum-Ressourcen und Wissen.

Zwischen den Praktiken des Teilens und der Postwachstumsdebatte, bei der es darum geht, wie Gesellschaften gedacht werden können, in denen mit weniger Rohstoffverbrauch ein gutes Leben für alle erreicht wird (Schmelzer/Vetter 2019:12), besteht ein enger Zusammenhang. Unser Artikel bezieht sich auf den »Rohstoff« der urbanen Flächen. Im Rahmen von Postwachstumsstrategien schaffen alternativökonomische bzw. commonsorientierte Initiativen alternative Infrastrukturen außerhalb von kapitalistischen Formen des Wirtschaftens. Dabei verfolgen sie das gleiche Ziel wie suffizienzorientierte Ansätze, welche ihren Schwerpunkt auf die Reduktion des Ressourcenverbrauchs durch Praktiken des Selbermachens und Alternativen des Konsums legen (Schmelzer/Vetter 2019:153). Nach Habermann entspricht Teilen dem Ansatz der Suffizienz und stellt einen Ansatz für eine alternative Form des Wirtschaftens dar, ohne in der Folge Verzicht zu bedeuten (Habermann 2016:58).

Im Rahmen dieses Kapitels versuchen wir, die Bedeutung und das Potenzial des Teilens von Raumressourcen in innerstädtischen, sozial gemischten Nachbarschaften von Großstädten mit angespannten Immobilienmärkten aufzuzeigen und in Bezug zu Postwachstumspolitik zu setzen. Grundannahme ist, dass durch Praktiken des Teilens Dekommodifizierungsprozesse angestoßen werden können, in deren Rahmen eine Herausnahme bestimmter Ressourcen, wie z.B. Wohnungen, Flächen und Räumen aus der Marktlogik ermöglicht wird und insofern Praktiken des Teilens als Elemente einer städtischen Postwachstumspolitik zu verstehen sind. Zur Analyse dieser Frage sind drei Untersuchungsstränge entscheidend:

- Wie können Praktiken des Teilens definiert werden und welche unterschiedlichen Formen des Teilens existieren in innerstädtischen Räumen mit angespannten Immobilienmärkten?
- Inwieweit gelingt durch Teilen eine Herausnahme von Flächen aus kapitalistischen Formen des Wirtschaftens und kann dadurch das Ziel eines guten Lebens für alle bei weniger Rohstoffverbrauch erreicht werden?
- Was sind die Bedingungen, unter denen Teilen in innerstädtischen Gebieten funktioniert?

Aufbauend auf bestehende Arbeiten entwickeln wir einen Definitionsrahmen für Praktiken des Teilens und wenden diesen auf das Untersuchungsgebiet Südliche Luisenstadt in Berlin-Kreuzberg an. Somit sollen erste Hinweise gewonnen

werden, ob durch Praktiken des Teilens Dekommodifizierungsprozesse angestoßen werden können und falls ja, was die Bedingungen hierfür sind. Der Beitrag stellt die ersten Ergebnisse des Projekts »StadtTeilen« vor, eines transdisziplinären Forschungsprojekts, das 2018-2022 von der Robert-Bosch-Stiftung gefördert wird. Assoziierte Projektpartner sind neben den wissenschaftlichen Institutionen ein Architekturbüro (Buzwan Morell Architekten Partnerschaftsgesellschaft mbB) und soziale Träger (Pestalozzi-Fröbel-Haus).

### **Teilen und die Sharing Economy**

Praktiken des Teilens können als Kontinuum verschiedener Praktiken von Tausch-, Sharing-, und Commoning-Prozessen verstanden werden. Klare Abgrenzungen zwischen den einzelnen Praktiken fallen schwer, weshalb wir im Folgenden das Teilen als Oberbegriff verstehen. Ausgangspunkt ist die Definition von Belk (2007), der Sharing definiert als: »the act and process of distributing what is ours to others for their use as well as the act and process of receiving something from others for our use«, ergänzt um die explizite Erwähnung immaterieller Güter (Wissen, Informationen, Erfahrungen), bei denen der Gebrauch und auch die Eigentumsfrage weniger eindeutig definierbar ist wie bei materiellen Gütern. Zum besseren Verständnis des Begriffs Teilens wurden bestehende Systematisierungen analysiert und auf deren Anwendbarkeit im Rahmen des Projekts untersucht.

Ryu et al. (2018) nehmen eine Typisierung von Sharing-Praktiken nach dem Grad der Kommerzialisierung und dem Transfer von Eigentum vor und entwickeln eine Matrix, die zwischen sechs unterschiedlichen Sharing-Formen unterscheidet (Servicing, Renting, Selling, Volunteering, Lending, Gifting). Der Vorteil dieser Matrix besteht darin, dass diese einerseits überschaubar ist, andererseits die Möglichkeit bietet, verschiedene Praktiken zu erfassen und zu unterscheiden. Das von Ryu et al. (2018) vorgenommene systematische Literaturreview zeigt auch, dass das Teilen von Wohnraum eine der weitverbreitetsten Praktiken ist, während das Teilen des öffentlichen Raums in bestehenden wissenschaftlichen Studien kaum explizit erwähnt wird. Ryu et al. diskutieren das Potenzial von Praktiken des Teilens nicht nur aus sozialer Sicht. Ähnlich wie Heinrichs (2013) oder Lange und Sartorius (2017) sehen sie die Möglichkeit, durch Teilen nachhaltigere, ressourcenschonendere Formen des Zusammenlebens zu realisieren.

Abb.1: Types of sharing by the level of commercialization and reliance on ownership. Quelle: Ryu et al. 2018



Georgi et al. (2018) stellen in ihrem Buch *Share City* weitere Systematiken des Teilens vor. Es werden verschiedene Typologisierungskriterien unterschieden:

- Typologisierung bezüglich des Sharing-Gegenstands (Welches Objekt wird geteilt? Z.B. Essen, Raum, Wissen, Geld/Crowdfunding)
- Typologisierung bezüglich der Teilnehmenden (C2C, B2B, B2C, C2B, d.h. unterschiedliche Consumer-Business Beziehungen existieren)
- Typologisierung bezüglich der Organisationsform (Unterscheidung zwischen Eigentumsverteilung, Rolle der Sharing-Plattform, Beziehungsintensität, Formalisierung und Kommerzialisierung)
- Typologisierung bezüglich der Sharing-Nutzung (Zeithorizont: Wie lange wird geteilt, Eigentumswechsel ja oder nein? Und welche Gegenleistung erfolgt: ohne Gegenleistung, mit reeller Gegenleistung oder monetärer Gegenleistung?)

Der Vorteil dieses breiten Ansatzes ist die damit aufzuzeigende Komplexität des Teilens. So können scheinbar vergleichbare Sharing-Praktiken (z.B. unterschiedliche Formen des Teilens eines Autos) differenzierter anhand der unterschiedlichen Kategorien unterteilt werden. Gleichzeitig wird deutlich, dass Sharing nicht per se eine Dekommodifizierung zur Folge hat, sondern auch wirtschaftliche Interessen und neue Unternehmensformen beinhalten kann. Beide Systematisierungsansätze (Ryu et al. 2018 und Georgie et al. 2018) beantworten aber nur bedingt die Frage, welche Gruppen teilen und wie homogen/heterogen diese Gruppen jeweils sind. Auch wird deutlich, dass nach den oben genannten Definitionen nicht jede Aktivität des Teiles automatisch gemeinwohlorientiert ist und in diesem Sinne nicht in jedem Fall sogenannte »Commons« hervorbringt bzw. als Commoning-Prozess zu verstehen ist.

In der Arbeit von Helfrich/Bollier (2019) wird Teilen im engen Bezug zum gemeinwohlorientierten Commoning verstanden. Das Commoning, definiert im Sinne von »zu teilen beziehungsweise gemeinsam zu nutzen und zugleich

dauerhafte soziale Strukturen hervorzubringen, in denen wir kooperieren und Nützlichendes schaffen können« (Helfrich/Bollier 2019: 19, Hervorhebung im Original) besteht aus drei Dimensionen, die Helfrich/Bollier in die sogenannte Commons-Triade einfassen. Die drei Dimensionen, in denen Commoning wirkt, sind:

- im sozialen Leben (Social Life)
  - in der bewussten Selbstorganisation (Peer Governance)
  - und bezüglich der Befriedigung von Bedürfnissen (Commons Provisioning).
- Für alle drei Bereiche werden jeweils Muster bzw. Voraussetzungen dargestellt, die als Handlungsanweisung für Commoning-Prozesse gelesen werden können. Hierzu zählen z.B. im Bereich des sozialen Lebens Aspekte wie »gemeinsame Absichten & Werte zu kultivieren« oder »Konflikte beziehungswahrend zu bearbeiten« (Helfrich/Bollier 2019: 98ff); im Bereich der Peer-Governance werden u.a. genannt: »Wissen großzügig weitergeben und einstimmig entscheiden«, »Regeleinhaltung commons-intern beobachten & stufenweise sanktionieren« sowie »Commons & Kommerz auseinanderzuhalten«. Bezüglich der Befriedigung von Bedürfnissen nennen Helfrich/Bollier (2019: 159) als Handlungsanweisung z.B. »(Für-)Sorge Leisten & Arbeit dem Markt entziehen« oder »Auf verteilte Strukturen setzen«. Dabei wird deutlich, dass auf allen drei Ebenen der Commons-Triade normative Aspekte für ein gutes Gelingen von Commoning genannt werden. Es wird betont, dass die Existenz von gemeinsamen Absichten und Werten eine wichtige Voraussetzung für Commoning-Prozesse bildet.

Analog zu Ryu et al. und Georgie et al. vernachlässigen Helfrich/Bollier die Frage, wie sich Gruppen, die Commoning-Prozesse durchführen, zusammensetzen und wie mit sozialer Heterogenität umgegangen werden soll. Auch werden andere Formen des Teilens (z.B. Praktiken der sogenannten Sharing Ökonomie) im Ansatz von Helfrich/Bollier nicht berücksichtigt.

Einen spezifischen Raumbezug (»space sharing«) wählt Schroer (2019) und zeigt auf, wie bei Wohnungsnutzung (z.B. WGs und temporäre Wohnformen), Büro- und Einzelhandelsnutzung (Co-Working-Spaces und Pop-up Stores), Sonderbauten (z.B. mehrere Nutzungen von Schulhöfen oder Kirchen) sowie Verkehrs- und Grünflächen geteilte Nutzungen der Ressource Raum existieren. Schroer betont die Bedeutung temporärer Funktionen und unterschiedlicher Nutzungsmuster wie z.B. exklusive Mehrzwecknutzung, gemeinsame Nutzung oder die geteilte Mehrzwecknutzung. In Bezug auf Raum zeigt er die Vielfältigkeit bereits existierender Formen von Space Sharing auf und deren ökonomische, öko-

logische und soziale Auswirkungen. Inwieweit die Kategorisierungen allerdings auch auf immaterielle Formen des Teilens übertragen werden können, bleibt offen.

### **Vorschlag einer Sharing-Typologie**

Aufbauend auf den vier oben beschriebenen Typisierungen wurden folgende Kategorisierung vorgenommen, nach denen sich Prozesse des Teilens unterscheiden können:

#### *1. Gegenstand des Teilens:*

Unterscheidung zwischen materiell und nicht-materiell

In der Kategorie materiell: Unterscheidung zwischen Wohnraum/öffentlichen Raum und anderen materiellen Ressourcen (z.B. Lebensmittel, Werkzeuge o.ä.).

In der Kategorie nicht-materiell: Unterscheidung zwischen Wissen und Diensten.

#### *2. Teilnehmende:*

Unterscheidung zwischen sozial heterogenen und homogenen Gruppen (Gruppenzusammensetzung)

#### *3. Art der Nutzungsrechte:*

Unterscheidung nach kurz- und langfristigen Nutzungsrechten, Eigentumsform und -übertragung, gemeinschaftlicher Nutzung und anderen Formen von Nutzungsrechten (creative commons, open source etc.)

#### *4. Organisation/Peer Governance:*

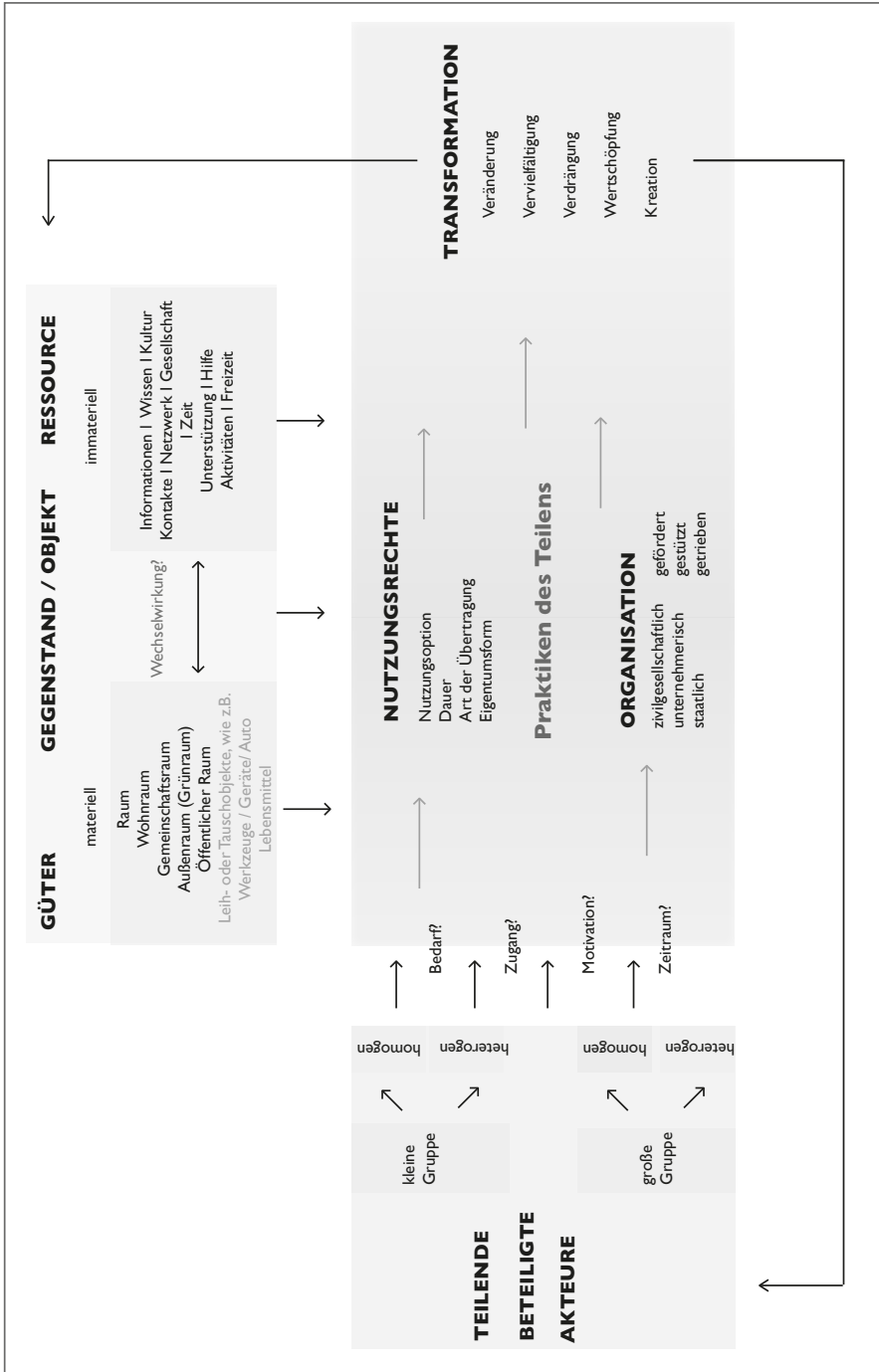
Unterscheidung zwischen wirtschaftlichen, staatlich-unterstützten und rein zivil-gesellschaftlich organisierten Sharing-Praktiken

#### *5. Transformativer Charakter der Sharing-Praktiken*

Unterscheidung zwischen angestrebten Effekten (räumlich begrenzte oder potenziell »upscalebare« Lösungen)

Unterscheidung zwischen Sharing-Praktiken, die Flächenkonkurrenzen adressieren und bestehende Systeme verändern wollen und anderen Praktiken (z.B. gemeinsame Kinderbetreuung o.ä.)

StadtTeilen. Öffentlicher Raum und Wohnen als neue Gemeingüter in sozial gemischten Nachbarschaften.



© Buzwan Morell/Architekten, Josefine Buzwan

Abb.2: Kategorisierung von Praktiken des Teilens. Eigene Darstellung, die im Rahmen des Projekts StadtTeilen



## Die Südliche Luisenstadt in Berlin-Kreuzberg

Im Folgenden sollen nun untersucht werden, welche Praktiken des Teilens in Bezug auf Raum in innerstädtischen Quartieren mit angespannten Immobilienmärkten existieren. Es soll die Verbindung zwischen zunehmender Raumknappheit und Postwachstumsstrategien dargestellt und die Frage adressiert werden, inwieweit durch Praktiken des Teilens eine Herausnahme von Flächen aus kapitalistischen Formen des Wirtschaftens erreicht wird. Das oben dargestellte Konzept zum Begriff Teilen bietet hierfür den analytischen Rahmen. Untersuchungsgebiet ist die in der Berliner territorialen Gliederung als Bezirksregion bezeichnete »Südliche Luisenstadt«, die im Kreuzberger Teil des Berliner Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg liegt und aus den beiden Planungsräumen Reichenberger Straße und Wrangelkiez besteht. Im Rahmen des Projekts StadtTeilen wurden explorative Interviews sowie eine Bestandsaufnahme über Akteure des Teilens durchgeführt, deren Ergebnisse hier kurz dargestellt werden. Dabei soll keine repräsentative Darstellung aller Praktiken des Teilens im Untersuchungsgebiet durchgeführt als vielmehr exemplarisch das Verhältnis von Teilen und Postwachstumsstrategien aufgezeigt werden. Die Südliche Luisenstadt umfasst eine Fläche von ca. 145 ha, bei einer Einwohner\*innenzahl von 26.382 Personen (Stand 2017), der Wrangelkiez ist mit 52,7 ha deutlich kleiner als der Kiez Reichenberger Straße mit 93,2 ha, auch die Einwohner\*innenzahlen unterscheiden sich. Die Bevölkerungsdichten sowohl im Wrangelkiez als auch in der Reichenberger Straße sind sehr hoch und liegen deutlich über denen des Bezirks Friedrichshain-Kreuzbergs und des gesamtstädtischen Durchschnitts. In den letzten Jahren sind die Immobilienpreise teilweise erheblich angestiegen und insbesondere die Neuvermietungsmieten gehören mittlerweile zu den höchsten in Berlin. Einhergehend sind Gentrifizierungsprozesse sowohl was die Verdrängung aus Wohnungen als auch was die Verdrängung von alteingesessenen Gewerbieter\*innen betrifft, zu erkennen.

Die Südliche Luisenstadt verfügt, als Teil des ehemaligen Kreuzberger PLZ-Gebiet SO36, über eine Vielzahl zivilgesellschaftlicher Akteur\*innen, die sich insbesondere auch in den politischen Prozess im Bereich der Stadtentwicklung einbringen. Die Gruppen widmen sich gesellschafts- und stadtpolitischen Themen, setzen sich für soziale Gerechtigkeit ein und nehmen teilweise auch spürbaren Einfluss auf die Bezirks- und Stadtpolitik. Einige der heutigen Initiativen waren bereits vor der Wende aktiv, was die jahrzehntelange Präsenz von zivilgesellschaftlichen Engagement und gegenkulturellen, alternativen Initiativen in diesem Gebiet von Kreuzberg verdeutlicht (vgl. Lang 1998). Die Formen der

politischen Teilhabe sind vielfältig und breit aufgestellt. Die Themen reichen von Stadtentwicklung über Verkehr bis zu nachhaltigen Lebensweisen und ökologischer Verantwortung.

### **Praktiken des Teilens**

Innerhalb der Südlichen Luisenstadt existieren verschiedene Praktiken des Teilens. Mit Initiativen wie Bizim Kiez, GloReiche Nachbarschaft, Lause bleibt, Deutsche Wohnen und Co enteignen, Bündnis Zwangsräumung verhindern, Bündnis gemeinsam gegen Verdrängung und Mietenwahnsinn sowie anderen Initiativen und Zusammenschlüssen von Aktivist\*innen wird versucht, auf Probleme von Verdrängung und steigenden Mieten hinzuweisen und konkrete Gegenmaßnahmen zu entwickeln. Diese Initiativen entstanden aus Protest gegen eine kapitalistische Verwertungslogik von Boden und streben eine gerechtere Form der Bodenverteilung an. Innerhalb dieser Initiativen wird die Gemeinwohlorientierung des Bodens bzw. von Immobilien diskutiert und Teilen im Sinne von gleichberechtigten Zugängen zur Ressource Boden bzw. Wohn- und Gewerberaum verstanden. Einige der Initiativen sind nicht nur im Untersuchungsgebiet sondern berlinweit tätig.

Neben zivilgesellschaftlichen Initiativen existieren im Wrangelkiez und der Reichenberger Straße verschiedene konkrete Bau- und Hausprojekte und Initiativen, die auf Aspekten des Teilens beruhen. Zu nennen sind hier das bereits seit den 1980er Jahren bestehende »Kerngehäuse« (Blockkern-Gebäude-Komplex; aus der Besetzung hervorgegangenes Nutzer\*innenkollektiv – Kerngehäuse e.V.; 1981 besetzt, seit 1983 ist ein Verein Eigentümer der Gebäude), die AG-G51 (Nachbarschafts-Gruppe zur Rückführung des denkmalgeschützten Schulgebäudes der ehemalige Kurt-Held-Grundschule in eine Gemeinwohlnutzung), die Regenbogenfabrik e.V., welche 1981 besetzt wurde und die heute aus einer Kita, Selbsthilfewerkstätten, einem Kino/Veranstaltungsraum, einem Hostel, einer Kantine, einem Infobüro und einem Café besteht und gemeinsam von allen Beschäftigten selbstbestimmt betrieben wird, sowie anderen Projekten, in denen durch geteilte Raumressourcen ein Gegengewicht zu einer ökonomischen Verwertungslogik von Raum gebildet wird.

Betrachtet man die oben dargestellte Systematisierung von Teilen, dann zeigt sich, dass die *Güter*, die geteilt werden, sehr heterogen sind. So geht es bei den Wohn- und Bauprojekten konkret darum, ein neues Verhältnis zu materiellen Gütern wie Raum und Flächen umzusetzen, in denen klassische immobilien-

wirtschaftliche Verwertungslogiken ausgeklammert werden. Flächen werden geteilt und gemeinsame Nutzungen vereinbart. Um die gemeinsamen Nutzungen dauerhaft zu sichern, werden auch alternative Formen von *Eigentumstiteln* angewandt. Beispiele, wie die Ressource Boden bzw. Wohn- und Gewerberaum im Sinne alternativer Eigentumstitel geteilt werden kann, sind Hausprojekte wie die o.g. Regenbogenfabrik (e.V.) und das Kerngehäuse (e.V.), Initiativen wie die Community Land Trust (CLT), die im Rahmen der AG-G51 diskutiert wurde, oder die Aktivitäten des Mietshäusersyndikats und von Genossenschaften wie der DIESE eG, die nicht nur, aber auch in der Südlichen Luisenstadt diskutiert werden. Hier zeigt sich, dass durch das Teilen eine Herausnahme von Flächen aus einer kapitalistischen Verwertungslogik erfolgte bzw. erfolgen soll, d.h. eine Dekommodifizierung sowie Selbstverwaltung von Wohn- und Gewerberaum. Gleichzeitig sind die Güter, die geteilt werden, nicht nur materielle Güter. Im Sinne des Commoning-Prozesses sind Informationen, Netzwerke, Zeit und Hilfe ebenfalls Elemente, die geteilt werden können. Ein Beispiel hierfür sind die kleinräumigen Protestaktionen, die im Sinne von Helfrich/Bollier dauerhafte soziale Strukturen hergebracht haben. Bizim Kiez entstand 2015 als Reaktion auf die Kündigung des familiengeführten Obst- und Gemüseladens »Bizim Bakkal« und tritt mittlerweile als Nachbarschaftsinitiative gegen Verdrängung und für den Erhalt lebendiger Kieze ein. Bizim Kiez unterstützte beispielsweise auch die Aktionen gegen die Verdrängung des Gemischtwarenladen Bantelmann (BBB-Bantelmann Betriebe Berlin) und bietet Hilfe für von Verdrängung bedrohte Mieter\*innen an. Die GloReiche Nachbarschaft entstand 2017 durch den Protest gegen die Kündigung der Kiezbäckerei Filou und versteht sich mittlerweile als Initiative gegen Gentrifizierung. Beiden Initiativen ist gemein, dass sie neben Treffen auch über soziale Medien und Internetpräsenz Wissen teilen und eine größere Öffentlichkeit erreichen können.

Die *Organisation* der Praktiken des Teilens in der Südlichen Luisenstadt ist vielfältig, zeichnet sich aber durch den Versuch, keine ausschließlich unternehmerisch geprägte Organisationsstruktur umzusetzen, aus. So ist z.B. der aus Besetzungen hervorgegangene Wohnraum in den Hausprojekten nicht auf dem freien Wohnungsmarkt verfügbar, sondern genossenschaftlich organisiert. Die Genossenschaftsidee zeigt sich auch bei anderen Praktiken des Teilens wie z.B. bei der Initiative Solidarische Landwirtschaft. Bei vielen der hier aufgezeigten Praktiken des Teilens existieren enge Verbindungen zu staatlich unterstützten Organisationen. Insbesondere Nachbarschaftszentren, die öffentlich unterstützt werden, sind als Anlaufpunkte für die oben genannten und weitere Initiativen zu nennen.

Kein einheitliches Bild ergibt sich bei den am *Teilen* beteiligten Akteur\*innen). Dabei ist die Frage nach den Zugängen zu den am *Teilen* beteiligten Akteuer\*innen von großer Bedeutung, gerade im Hinblick auf das Stadtentwicklungs-Leitbild der sozial gemischten Stadt. Ein künftiger Untersuchungsschwerpunkt im Rahmen des Projekts wird daher die Analyse sein, wie homogen bzw. heterogen sich die Gruppen in Bezug auf die Sozialstruktur zusammensetzen und welche Möglichkeiten der Partizipation bestehen. Es zeigte sich aber bereits, dass bei größeren Projekten wie etwa den Protesten gegen die Verdrängung des Haushaltsgeschäfts Bantelmann unterschiedliche Gruppen teilnehmen, während bei einzelnen (Haus-) Projekten Personen mit einem engeren sozialen Profil und ähnlichen Wertvorstellungen mitmachen.

Ein erstes Fazit kann daher sein, dass sich durch den zunehmenden Druck auf dem Wohnungsmarkt verschiedene Praktiken des Teilens als Reaktion darauf gegründet haben. Es existieren einerseits immaterielle Aspekte, bei denen es um das Teilen gemeinsamer Ideen und der Entwicklung alternativer Bewirtschaftungsformen von Raum geht. Andererseits gibt es konkrete Bau- und Wohnprojekte, die ebenfalls als Reaktion auf angespannte Immobilienmärkte sowie dem Wunsch nach alternativen Wohn- und Eigentumsformen entstanden und innerhalb derer eine Dekommodifizierung einzelner Immobilien erfolgte.

### **Teilen als Element von Postwachstumsstrategien?**

Versucht man diese Prozesse des Teilens in Bezug zu Postwachstumsstrategien zu setzen, dann kann festgestellt werden, dass die hier schlaglichtartig vorgestellten Initiativen sich als Alternative zu bestehenden wachstumsorientierten Strategien verstehen. Im Rahmen einzelner Projekte gelang es auch, die Ressourcen Boden/Fläche/Wohnraum dem Markt zu entziehen und Dekommodifizierungsprozesse anzustoßen. Am deutlichsten ist dies in den Wohnprojekten erkennbar. Aber auch im Rahmen des Commoning, d.h. der Schaffung von dauerhaften sozialen Strukturen, in denen kooperiert und Nützliches erschaffen wird, haben sich marktferne Strukturen etabliert (z.B. bei der Unterstützung und Hilfeangeboten für die Bevölkerung). Bei anderen der Initiativen, z.B. bei den Protesten gegen die Verdrängung von Gewerbemiet\*innen, ist keine Dekommodifizierung erfolgt, allerdings haben die Proteste dazu geführt, dass bestehende Gewerbestrukturen erhalten blieben.

Aus den geführten Interviews geht hervor, dass dekommodifizierte Praktiken des Teilens im Untersuchungsgebiet auch jenseits der Initiativen und einzelnen

Projekte bestehen. Netzwerke des Teilens haben sich zwischen Bewohner\*innen informell aus Bedarfssituationen heraus verstetigt, ohne dass sie eine institutionelle Formalisierung (wie z.B. kommunal geförderte Nachbarschaftszentren) oder politische Agenda aufweisen. Eine explizite Abgrenzung gegenüber wachstumsorientierten Strategien liegt bei den Teilnehmenden dieser Netzwerke im Unterschied zu den Initiativen nicht vor. Durch die zunehmende ökonomische Inwertsetzung des Quartiers beschreiben deren Teilnehmende jedoch die Netzwerke als fragil.

Ein wesentlicher Punkt, der bei der Postwachstumsdefinition von Schmelzer und Vetter (2019) erwähnt wird, ist das Ziel, ein gutes Leben für alle zu erreichen. Während die hier dargestellten Projekte zwar das Dekommodifizierungspotenzial von Teilens aufzeigen, stellt sich die Frage, wie inklusiv Praktiken des Teilens sind. Aus den untersuchten Fällen ergibt sich bisher kein eindeutiges Bild, ob Teilens auch in sozial heterogenen Strukturen funktioniert oder eine Bedingung für Teilens soziale Homogenität ist.

## **Fazit**

Gegenwärtig werden gemeinwohlorientierte Ideen und Praktiken des Teilens zunehmend von gewinnorientierten Unternehmen vereinnahmt, wie beispielsweise Nachbarschaftshilfe, private Wohnungen (Airbnb) und Verkehr (Uber) (Bauwens et al. 2018 nach Schmelzer/Vetter 2019:189f). Dieser Prozess lässt sich gerade auch in der Südlichen Luisenstadt beobachten, wo Immobilienentwickler neue kommerzielle Co-Working und Co-Living-Projekte realisieren und sich eine der höchsten Dichten an AirBnB-Angeboten in Berlin findet. Den Projekten der kommerziellen Anbieter\*innen und denen der Initiativen ist gemeinsam, dass sie eine Reaktion auf Raumknappheit und steigende Preise für Grund und Boden darstellen. Auch die Grundidee in Bezug auf den Verbrauch von Raum ist ähnlich: Nicht mehr nur einzelne Nutzungen bzw. Nutzer\*innen haben Zugriff auf den Raum, sondern mehrere. Durch den Wegfall exklusiver Raumnutzungen können den gleichen Raum mehrere Nutzer\*innen nutzen. Allerdings grenzen sich die Initiativen in ihren Narrativen dezidiert von den gewinnorientierten Projekten des Raum-Teilens als gemeinwohlorientiert bis hin zu antikapitalistisch ab.

Als eine Strategie für Postwachstum können Praktiken des Teilens sicherlich nur dann funktionieren, wenn sie keiner ökonomischen Verwertungslogik folgen. Kommerziell organisierte Formen des Teilens bedienen sich der Praktiken

gemeinwohlorientierter Nutzungsformen von Boden, Raum und anderen Gütern, regulieren den Zugang zu diesen jedoch marktförmig und monetär. Damit kommt es in der Folge, besonders in innerstädtisch begehrten Lagen, zu einer Verschärfung der Ausgangslage: Raumkonkurrenzen werden weiter angetrieben, bei denen sich schließlich eine immer zahlungskräftigere Gruppe durchsetzt. Die Zahl der Teilnehmenden am Teilen von Raum wird durch die Regulation über den Markt und Geld zwar potenziell deutlich erweitert, jedoch auf eine durch monetäre Ressourcen definierte exklusive Gruppe beschränkt, innerhalb derer eine Opposition zwischen Anbieter\*innen und Nutzer\*innen bestehen bleibt resp. sich neu etabliert.

Entsprechend stellt sich auch für dekommodifizierte Praktiken des Teilens die Frage nach der Regulation und der Inklusivität. Nach Helfrich und Bollier (2019: 98ff) sind Regeln über die Nutzung von Gemeingütern notwendig, möchte man diese erfolgreich erhalten. Scheidet eine Regulation der Nutzung allein über den Markt und Geld aus, müssen sich andere Formen der Regulation etablieren. Inwiefern diese einen gerechteren Zugang zu Wohnraum, öffentlichem Raum und anderen Gütern ermöglichen, an dem sozial heterogene Gruppen teilhaben, stellt eine wichtige Frage für die weiteren Forschungen und öffentlichen Diskussionen dar.

## Literatur:

Belk, R. (2014): Sharing versus pseudo-sharing in web 2.0. *n Anthropologist* , 18(1), S. 7–23.

Georgi, D. et al. (2019): ShareCity, Sharing-Ansätze, Sharing-Verhalten, Sharing-Strategien, Sharing-Cases in Städten, Wiesbaden. [https://doi.org/10.1007/978-3-658-23700-4\\_1](https://doi.org/10.1007/978-3-658-23700-4_1)

Heinrichs, H. (2013): Sharing Economy: A Potential New Pathway to Sustainability. In *GAIA*, 22(4), 228-231.

Helfrich, S.; Bollier, D. (2019): *Frei, fair und lebendig – die Macht der Commons*, Bielefeld.  
Lang, B. (1998): *Mythos Kreuzberg. Ethnographie eines Stadtteils (1961-1995)*. Frankfurt (M.)

Lange, S.; Santarius, T. (2018): *Smarte grüne Welt? Digitalisierung zwischen Überwachung, Konsum und Nachhaltigkeit*. Oekom

Ryu, H.; Basu, M.; Saito, O. (2018): What and how are we sharing? A systematic review of the sharing paradigm and practices. In *Sustainability Science* <https://doi.org/10.1007/s11625-018-0638-2>

Schmelzer, M.; Vetter, A. (2019): *Degrowth / Postwachstum zur Einführung*, Junius.

Schroer, A. (2019): Mehrfach: Nutzen – Mehrfachnutzung und Space Sharing als Strategie zur nachhaltigen Stadtentwicklung. In Henckel, D.; Kramer, C. (Hrsg.): *Zeitgerechte Stadt - Konzepte und Perspektiven für die Planungspraxis*. Hannover, S.

## **Raus aus der Blase?! Postwachstumsansätze in Weimar zwischen Selbstbehauptung und Strategien des Wandels**

*von Anton Brokow-Loga, Franziska Felger, Jannis Koch und Anna-Maria Weber*

Die Logik der Wachstumsgesellschaft zieht ökologische und soziale Missstände nach sich – auf globaler wie lokaler Ebene. Bewegungsakteur\*innen aus dem Degrowth-Spektrum stellen in dieser Krisensituation gesamtgesellschaftliche Fragen nach ökologischer, ökonomischer, sozialer und politischer Transformation (vgl. Burkhart et al. 2017). In Weimar haben sich in den letzten Jahren verschiedene Projekte und Initiativen auf den Weg zu kooperativen Formen des Wirtschaftens, Handelns und Zusammenlebens gemacht. In diesem Kontext finden vielfältige Aktivitäten statt und werden unterschiedliche Strategien des Wandels erprobt – von denen einige fest in der Stadtgesellschaft etabliert sind, während andere erst entstehen und selten außerhalb ihrer *Nische* wahrgenommen werden. Welche Lösungsangebote werden hier gemacht? Angesichts drängender Krisen ist es höchste Zeit, diese Akteur\*innen des Wandels einer kritischen urbanistischen Analyse zu unterziehen.

Denn die Degrowth-Bewegung im konkreten Konfliktfeld Stadt ist weitaus weniger eindeutig konzeptualisiert als beispielsweise die Recht-auf-Stadt-Bewegung. Ausgehend von verschiedenen Studien (vgl. Markert 2007, S. 145 bis 148, Brand 2015, Burkhart et al. 2017, Maschkowski et al. 2017) zählen zu dieser Bewegung folgende Akteur\*innen: Transition-Town und Cittaslow Initiativen; Wohnprojekte; rbane (interkulturelle) Gartenprojekte und Urban Farming; In-



initiativen für Komplementär- und Regionalwährungen im Stadt-Umland-Rahmen; Foodsaving, Tauschökonomien, Verschenkeläden, Repaircafés und Fab Labs; uvm. Die Auflistung der Gruppierungen besteht aus äußerst heterogenen Akteur\*innen, die häufig nicht explizit als Degrowth-Akteur\*innen entstehen. Vielmehr befinden sie sich mit ihren konkreten Konflikten und Argumenten implizit (und zunehmend explizit) auf dem »politisch-begriffliche[n] Terrain der Degrowth-Perspektive« (Brand 2015, S. 12). Im Rahmen eines Studienprojekts wurden im zivilgesellschaftlichen Feld lokale Interviewpartner\*innen ausgewählt, deren Engagement und Aktivitäten als postwachstumsspezifisch einzuordnen sind bzw. deren Handeln Transformationsperspektiven aufzeigt.<sup>1</sup>

In der hier vorgestellten Studie wurde neben der Identifikation von Postwachstumsprojekten die folgenden Forschungsfragen untersucht: Wie verorten sich die (zivil-)gesellschaftlichen Akteur\*innen im Spannungsfeld zwischen Nische und *Mainstream* sowie im lokalen Weimarer Kontext? Wie und mit welchen Mitteln beabsichtigen Akteur\*innen die (sozial-ökologische) Transformation der Stadt Weimar? Vor welchen Herausforderungen stehen die Akteur\*innen?

## **Zivilgesellschaftliche Bewegungen zur städtischen Postwachstumswende**

Bei den Strategien und Maßnahmen für sozial-ökologisch orientierte Stadtentwicklung geht es »nicht nur um die Förderung einer ökologisch orientierten Planung ›von oben herab‹, sondern auch um den Einbezug von Bottom-up-Initiativen der Zivilgesellschaft, etwa für ›urbanes Gärtnern‹ oder für die ›Transition Town‹-Bewegung, die eine Hinwendung zu ökologisch orientierten Lebensstilen fördern« (Breuste et al. 2016, S. 22).

Von vielen dieser Akteur\*innen wird die »langsamere, genügsamere Stadt [...] als eine potenzielle Strategie gesehen, um auf die neuen Herausforderungen zu reagieren« (Markert 2007, S. 145). Die Vielfalt der Wege und konkreten Transformationsansätze charakterisiert Degrowth-Ansätze in städtischen Räumen. Ein zentrales Element der Bewegung besteht in *konkreten Utopien* als widerständige

---

<sup>1</sup> Das Semesterprojekt »Solidarische Ökonomie und Postwachstum zwischen Nische, *Mainstream* und Transformation« ist im Wintersemester 2018/19 an der Bauhaus-Universität Weimar zusammen mit zehn anderen Student\*innen entstanden. Deshalb gilt es, direkt zu Beginn unseren Dank für die Zusammenarbeit und das freundliche Einverständnis zur Nutzung unserer gemeinsamen Ergebnisse an unsere Kommiliton\*innen und Dozent\*innen sowie an alle Interviewpartner\*innen auszusprechen. An dem Projekt mitgewirkt haben Angelo Arendt, Anna Lena Eichhorn, Antonia Sipeer, Arne Siemer, Clemens Holland, Lara Daniele, Luisa Wagler, Markus Thölert, Melanie Förster, Siemen Reichenberg, Franziska Felger, Jannis Koch und Anna-Maria Weber unter der Betreuung von Franziska Werner Anton Brokow-Loga.

Praktiken und Alternativen zur Wachstumsgesellschaft: Daher liegt der Aktionsfokus der Bewegung auf alternativen Lebens-, Arbeits- und Produktionsweisen im Alltag (vgl. Schmelzer 2015). »Durch den Setting-Ansatz, das heißt die Arbeit im Stadtteil, erreichen die Initiativen aber auch andere Bevölkerungsgruppen, zum Beispiel mit den Repair-Cafes, beim Gärtnern im Kiez oder mit dem Projekt nachhaltige Nachbarschaften« (Maschkowski et al. 2017, S. 373).

Burkhart et al. (2017) sprechen in diesem Zusammenhang von einer Bewegung, die aufgrund ihrer Vielfalt und Kleinteiligkeit ein Mosaik ergibt, welches eine gesellschaftliche Transformation überhaupt erst denk- und durchführbar macht. Demgegenüber attestiert Van Dyk (2016, S. 257) den Akteur\*innen eine »small is beautiful«-Ideologie« (Van Dyk 2016, S. 250), die sich in der Konzentration auf Subsistenz, Gemeinschaften und der Überaffirmation von Mikro-Praktiken erschöpfe. Bei der konkreten Realisierung von Postwachstumsansätzen in der (lokalen) Praxis würden Möglichkeiten der Überwindung struktureller und systemischer Probleme immer noch kaum wahrgenommen (vgl.ebd.).

Dennoch bescheinigen nicht nur Maschkowski & Wanner (2014) den kreativen Aktionsformen und konstruktiven Ansätzen im lokalen Rahmen einen positiven Beitrag zum wirkmächtigen Diskurs über eine nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung – besonders durch die Konkretisierung abstrakter Konzepte wie *Transition* oder *Wandel*. Der Selbstermächtigung zum Handeln als Element, das insbesondere für Transition-Town Initiativen zentral ist, liegt demzufolge vor allem in der Entwicklung positiver Narrative und handlungsleitender Alternativen zum Gefühl der individuellen Macht- und Visionslosigkeit begründet. Diese »setzt auch einen pragmatischen Kontrapunkt zur theoretisch und moralisch aufgeladenen Diskussion um die Frage, ob der ›Staat‹ oder ›der Bürger‹ für die Transformation unserer Gesellschaft in die Verantwortung genommen werden sollten« (ebd., S. 8).

Diese Diskussion findet vor dem Hintergrund der Frage statt, wie Postwachstumsansätze auf der Makro-Ebene funktionieren bzw. auf städtischen (Meso-) Ebenen skalierbar werden können. Geels und Schot ziehen, wie in Abbildung 1 dargestellt, zur Beschreibung von Transformationsprozessen das Modell der *Multi-Level-Perspective* heran (Geels & Schot 2007, S. 399 bis 402, zur Anwendung der Perspektive auf den Ernährungssektor vgl. Beitrag von Evelyn Markoni und Franziska Götze in diesem Band), an dessen Erklärungsansatz diese Analyse kritisch anknüpft.

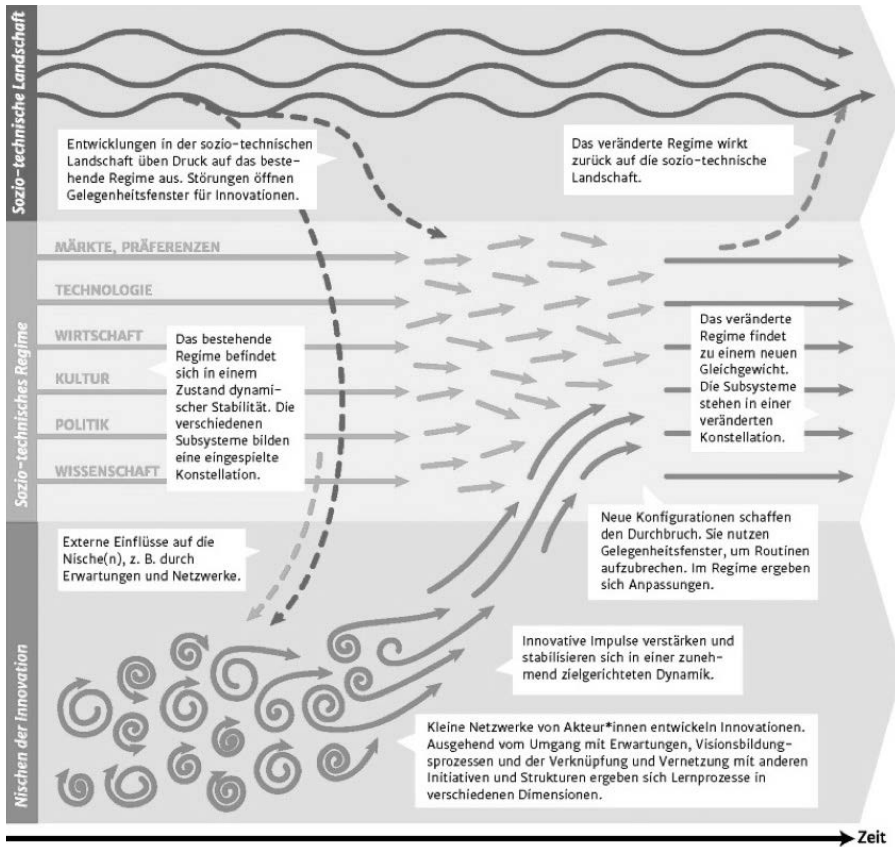


Abb. 1: Mehrebenen-Perspektive auf gesellschaftliche Transformationen. Grafik: Gesine Hildebrandt, in: Nachhaltig leben in Dresden - Bausteine für den Wandel zu einer zukunftsfähigen Stadtgesellschaft, Dresden: IÖR, 2016.

Informiert von diesem Diskurs war es das Ziel des Studienprojekts, das Selbstverständnis, die Strategien und die Herausforderungen der Akteur\*innen und Projekte zu untersuchen. Zusammengefasst werden hier die Aspekte, die sich in der Analyse als Gemeinsamkeiten beziehungsweise Merkmale dargestellt haben. Somit geht es darum, die Vielfalt und das »Mosaik« (Burkhart et al. 2017, S. 87) der Projekte als Bewegung wahrzunehmen und im konkreten Weimarer Kontext zu verstehen. Hierfür wurden 13 leitfadengestützte Interviews durchgeführt, welche die Grundlage der Analyse bilden. Befragt wurden Gruppen, Initiativen und Unternehmen mit möglichst vielfältigen Arbeitsschwerpunkten. Hierbei wurden wirtschaftlich agierende Akteur\*innen wie der kommunale Energieversorger und ÖPNV-Anbieter, eine Bio-Bäckerei, eine Beratungsstelle

für Wohnprojekte und ein genossenschaftlicher Bio-Laden befragt. Interviewpartner\*innen aus dem zivilgesellschaftlichen Bereich waren Akteur\*innen der politischen Bildung und Initiativen sowie ein Hausprojekt und eine Solidarische Landwirtschaft. Zusätzlich wurden die Stadtverwaltung sowie eine Green-Tech Agentur als kommunale Akteur\*innen interviewt. Die Interviews wurden mittels einer qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (2007) ausgewertet.

## **Postwachstum?! Fallstricke in der Empirie**

Im Untersuchungskontext wurde deutlich, dass für viele der Interviewpartner\*innen keine klare Definition von Postwachstum möglich ist (für unterschiedliche Nuancen des Degrowth- bzw. Postwachstumsbegriffs vgl. Beiträge von Brand und Schmelzer & Vetter in diesem Band). Vielfältige Bereiche, Ansätze und Handlungsstrategien wurden assoziiert. Für die meisten ist der Begriff positiv besetzt und mit einem Paradigmenwechsel, einer Utopie und einer gesamtgesellschaftlichen Lösung verknüpft. Dies zeigt unter anderem das folgende Zitat: »[E]s muss nicht nach dem Prinzip höher, schneller, weiter gehen. Sondern platt gesagt gut, besser, schöner« (IP-zivilgesellschaft-4, Z. 449 bis 451)<sup>2</sup>. Womöglich wenig überraschend zeigt sich, dass der Begriff Postwachstum hauptsächlich von zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen verwendet wird. Diese können sich mit dem Begriff identifizieren und nutzen ihn teilweise als Selbstzuschreibung. Die Akteur\*innengruppe geht zumeist selbstbewusst von einem ökologischen, sozialen und gesamtgesellschaftlichen Transformationspotenzial ihres Handelns aus. Die untersuchten kommunalen Akteur\*innen hingegen fokussieren sich tendenziell auf ökologische Aspekte und präferieren in Abgrenzung zum Postwachstums- den Nachhaltigkeitsbegriff, welcher in den Interviews vorrangig über Klima- und Naturschutz definiert wird.

Den, von vielen Interviewpartner\*innen ausführlich beschriebenen und sehr bewussten, Möglichkeiten der Postwachstumstransformation stehen einige Hindernisse entgegen, die im Widerspruch zu den positiven Narrativen stehen. Gesellschaftliche Normen und Werte mit einem immanenten Wohlstands- und Wachstumsstreben sowie einer vorherrschenden Profitorientierung werden als größte Hürden zur Transformation genannt und machen ein weitreichendes Umdenken in der Gesellschaft notwendig. Die besondere Verantwortung und Vorbildfunktion staatlicher Akteur\*innen wird betont. Weiter wird die oftmals

---

<sup>2</sup> Im Verlauf des Forschungsprojekts wurden die Interviewpartner\*innen in wirtschaftliche, kommunale und zivilgesellschaftliche Akteur\*innen unterteilt. Hieraus leiten sich auch die Anonymisierungen der hier verwendeten Zitate ab.

beobachtete Blockadewirkung der landes- und bundespolitischen Ebenen gegenüber positiven Entwicklungen auf kommunaler Ebene kritisiert. Verdeutlicht wird dies an der Wirkungsmacht rechtlicher Rahmenbedingungen, welche die Handlungsfähigkeit lokaler Akteur\*innen und deren kommunalen Kooperationspartner\*innen einschränkt: »[Wir haben] mit jemandem aus dem Stadtrat gesprochen, ob da Möglichkeiten von der Stadt bestehen, da hieß es Nein [...] verbunden mit der Bitte, wir mögen doch erstmal den Verein haben« (IP-zivilgesellschaft-3, 357-360).

Auch wenn einige Berührungspunkte mit dem Begriff Postwachstum die Interviews prägten, konnten trotzdem – ähnlich wie beim Nachhaltigkeitsbegriff – in der Mehrzahl positive Assoziationen mit dem Begriff festgestellt werden. Insbesondere die schiefe Notwendigkeit zur Transformation wird in vielen Gesprächen hervorgehoben. Allerdings wird, kongruent zum etablierten Postwachstumdiskurs, klar, dass »Transformation noch entstehen [muss] und zwar quer durch die Gesellschaft: in Parteien, Unternehmen, Medien, Gewerkschaften, NGOs, sozialen Bewegungen, Wissenschaft« (Brand 2009, S. 14). Wie sich dieser Veränderungsdruck akteur\*innenspezifisch im Weimarer Kontext äußert, soll im folgenden Abschnitt zur Stadtgesellschaft näher betrachtet werden.

### **Die Stadt der kurzen Wege – und getrennten Sphären?**

Dass Weimar sich durch eine aufgeschlossene und engagierte Bevölkerung sowie ein akademisches Milieu auszeichnet, das gegenüber Postwachstumsansätzen positiv gestimmt ist, wird in vielen Aussagen deutlich gemacht. In einer Selbstzuschreibung der zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen wird dies oft als Blase oder ähnliches beschrieben, wie die folgenden Zitate illustrieren: »Also das ist schon relativ exklusiv, so in einer gewissen Öko-Ecke« (IP-zivilgesellschaft-1, Z. 180 bis 181); »Weil ich mich im Dunstkreis bewege« (IP-zivilgesellschaftlich-2, Z. 285); »Ich lebe in einer Blase.« (IP-zivilgesellschaftlich-4, Z. 245).

Das immer wiederkehrende Symbol der Blase wird von den Interviewpartner\*innen als selbstverständlicher Teil der Stadtgesellschaft gesehen, der jedoch weitgehend isoliert und kaum durchlässig sei. Diese Exklusivität wird durchaus thematisiert und problematisiert, ohne dass konkrete Handlungen daraus abgeleitet beziehungsweise Potenziale gesehen werden, außerhalb dieser Blase zu agieren.

Für die Interaktionen in Weimar werden die räumliche Nähe und der hohe Grad an Vernetzung positiv bewertet. Die Postwachstums-Blase funktioniere zusätzlich zu einem großen Teil aufgrund ideeller Überschneidungen auch als Ideen-Netzwerk für weitere Projekte. Dies führt zu einem regen Wissens- und Informationsaustausch unter den Akteur\*innen. Die Stadt als institutionelle Akteurin hingegen wird als Weichenstellerin, Umsetzerin und Austauschpartnerin gesehen, die aber nicht selbst in zivilgesellschaftlichen Projekten interveniert. Ein positives Beispiel für die Rolle der postwachstumsorientierten Rahmumgebung ist die Veränderung des Flächenvergaberechts zu einem Vergabeverfahren, das die Qualität des Konzepts zur Entscheidungsgrundlage macht. Schwierigkeiten im Umgang mit der Stadt(-verwaltung) begründen sich aus Sicht der Initiativen meist auf Unsicherheiten bezüglich der Rechtsform derselben und damit einhergehende Kooperations- und Förderungshemmnisse.

Ausgehend von der speziellen Situation in Weimar wird von den Institutionen der Lokalpolitik gefordert, neue Formen der Beteiligung und transformative Projekte sowohl zu unterstützen als auch zu initiieren. Als Beispiel hierfür wird die Freigabe von Brachflächen zur Zwischennutzung oder die Stärkung der Sharing Economy genannt. Gerade durch Letztere könne in der Stadtgesellschaft das Bewusstsein für Umweltproblematiken und soziales Miteinander geschärft werden. Daraus leitet sich die Frage ab, inwieweit die internen – konzeptionellen und organisationsbezogenen – Strukturen zivilgesellschaftlicher Akteur\*innen in Weimar diesen Voraussetzungen angepasst sind.

## **Konzept und Organisationsform der Projekte**

Unter dem Begriff des Konzeptes werden die inhaltliche Orientierung und Ziele der Projekte, die Zielgruppe und die individuellen Motivationen verstanden. Der Begriff Organisation umfasst beispielsweise Mitgliederstruktur, Rechtliches und Finanzielles. Die Motivationen des\*der Einzelnen sind zumeist der Spaßfaktor und die Angebote der Projekte, wie etwa vergünstigte Mieten und Gemüse aus ökologischem Anbau. Wichtig ist vielen Involvierten dabei, etwas praktisch und gemeinschaftlich umzusetzen, nicht theoretisch zu bleiben. Wenn sich die Individuen mit ihren Ideen zu einer Gruppe zusammenschließen, geht es sowohl um die konkrete Lösung für ein Problem bezüglich Nachhaltigkeit, Umweltschutz und lokaler Ökonomie, als auch um abstrakte Ziele, wie eine Forderung nach Veränderung und Transformation der Stadtgesellschaft. Ein\*e Interviewpartner\*in sagt dazu: »Also es geht schon auch darum, durch

das Praktizieren zu zeigen, das kann funktionieren und andere zu animieren, da mitzumachen und etwas Eigenes zu starten.« (IP-zivilgesellschaft-5, Z. 385 bis 386) Hinter dem Konzept steckt demnach nicht selten eine Idealvorstellung, zum einen von einer Gesellschaft und zum anderen vom eigenen Projekt, etwas und viele zu erreichen.

Das Konzept wird aber zwischen Wunsch und Realität immer wieder vor neue organisatorische Herausforderungen gestellt. So bildet sich innerhalb der Gruppen eine Hierarchisierung heraus, die beispielsweise aufgrund von Rechtsformen stattfinden muss, etwa Vereinsvorstände, oder sich durch unterschiedliche Zeitkapazitäten ergibt. Dadurch entsteht eine Schwelle für das Mitmachen, selbst innerhalb der Blase. Auch nennen insbesondere die zivilgesellschaftlichen Interviewpartner\*innen Mangel an finanziellen Mitteln, Abhängigkeit von Förderung sowie einen Zwang zur Wahl einer Rechtsform als organisatorische Hindernisse.

Das Formelle bestimmt maßgeblich das Konzeptuelle. Die Frage ist, welchen inhaltlichen Fokus sich eine Gruppe organisatorisch leisten kann. Vom Finden möglicher Räumlichkeiten bis hin zum Gründen einer Vereinsstruktur, vom Ehrenamt bis zum Beruf muss stets ausgehandelt werden, ob die eigenen Ressourcen in die Verstetigung oder das praktische Handeln fließen. Das Konzept kann auch die Struktur bestimmen. Es stellen sich beispielsweise Fragen danach, wie groß das Projekt sein kann, und nach dem damit verbundenen Anspruch auf Kapazitäten für Heterogenität, Offenheit und Selbstverwaltung. Aus Gründen der persönlichen Einbindung und Komplexität der Entscheidungsstrukturen ist ein Ausbau der Projekte meist nur bedingt möglich und wird zum Teil bewusst nicht angestrebt. Die Fortführung von thematischen Auseinandersetzungen und Maßnahmen ist von der konkreten politischen Situation und Trendthemen abhängig und beispielsweise geprägt von der Langwierigkeit der Planungen. Bezüglich der personellen Struktur werden Wissensverlust, Sorge um die Zukunftsfähigkeit aufgrund des Altersdurchschnittes in den Projekten und Entpolitisierung im Handeln der Akteur\*innen als mögliche Herausforderungen genannt. Ein\*e Interviewpartner\*in fasst zusammen: »Am Anfang hatte man nichts, aber ganz viel blühenden Idealismus [...]. Und von dem ist halt nur noch wenig da und die Frage ist: Gibt es den noch? Kann man den nochmal aufbringen?« (IP-zivilgesellschaft-2, Z. 425 bis 427).

Aus Konzept und interner Organisation gehen dann die Handlungsweisen zur Umsetzung und Außenauftritt hervor. Die Projektlandschaft in Weimar ist dabei von einer Vielfältigkeit thematischer Inhalte, Ziele und Maßnahmen gekennzeichnet. Kooperation, Netzwerke und Personen an den Schnittstellen mehrerer

Projekte sind wichtige Faktoren für die Reichweite des Handelns nach außen. Es ist den Akteur\*innen zugleich wichtig, die Ideen und Projekte im Stadtbild sichtbar zu machen, langfristig zu verankern und die Reichweite zu vergrößern. Gerade für letzteres werden intensiv soziale Medien, Öffentlichkeits- und Pressearbeit, Informationsveranstaltungen, Planungswerkstätten, Zusammenarbeit mit Schulen und Ausstellungen mit dem Ziel genutzt, um Bewusstsein und Partizipation zu schaffen. Zur konkreten Umsetzung der Postwachstumsideen sind die Akteur\*innen mit unterschiedlicher Intensität der Maßnahmen und verschiedenen Handlungsansätzen in den Bereichen Ernährung, Bildung, Wohnen, Mobilität und Konsum aktiv: »Also wir fangen einfach an, in dem zu wirken, was wir auch bewirken können. Das ist eigentlich schon die Strategie, auch Mach‘ statt ach, also nicht meckern, sondern machen.« (IP-zivilgesellschaft-1, Z. 267 bis 270)

Entstehen also Ideen und Visionen, können sich Projekte entwickeln, stets unter der Voraussetzung ausreichender Mitglieder, finanzieller Mittel und weiterer Ressourcen. So ist eine Beeinflussung der gesellschaftlichen Umwelt durch das Zusammenwirken von Konzept, Organisation und Handeln zur Veränderung des Verhaltens Einzelner und kleiner Unternehmen, des Stadtimages und der Vorstellung von Quartiersentwicklungen sowie zur Umlenkung von Ressourcenflüssen aus dem Globalen in das Lokale angestrebt.

### **Zwischen Nische und Mainstream: Selbstverortung und Herausforderungen**

Nach der Multi-Level-Perspective (siehe oben) sind unter dem Begriff Regime gesellschaftliche und strukturelle Rahmenbedingungen, Werte und Normen gemeint (Geels & Schot 2007, S. 399 bis 400). Mainstream bezeichnet das in diesem Regime vorherrschende Meinungsbild, innerhalb dessen weitestgehender Konsens über Themensetzungen herrscht und Ansätze zur Lösungsfindung durch etablierte Organisationsformen umgesetzt werden. Die Nische beschreibt den gesellschaftlichen Bereich, der diesen Konsens hinterfragt, sich (bewusst) davon abgrenzt und in dem die meisten der von uns untersuchten, zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen entstehen und agieren. Auch eine Selbstverortung findet zum überwiegenden Teil in dieser Nische statt.



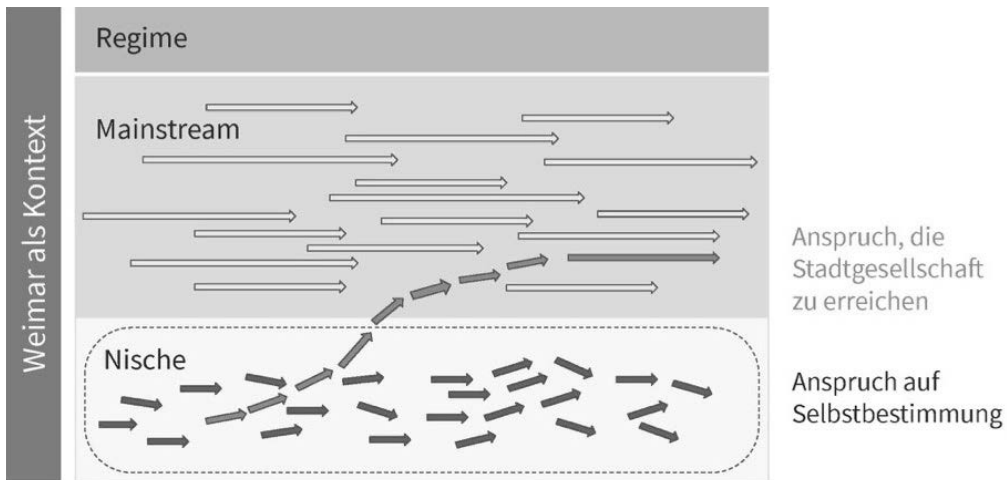


Abb. 2: Verortung und Ansprüche der Akteur\*innen. Eigene Grafik in Anlehnung an Geels/Schot (2007: 401).

Nun lassen sich in dieser Nische zwei Hauptströmungen erkennen, in deren Spannungsfeld die zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen sich vorrangig einordnen lassen (siehe Abbildung 2). Einerseits existiert der Anspruch, einhergehend mit dem Grundprinzip des Modells, den Mainstream, das heißt konkret die gesamte Stadtgesellschaft Weimars, zu erreichen. Diese Strömung setzt sich mit Fragen nach stadtpolitischen Zielrichtungen, Reichweitenerhöhung und Skalierung auseinander. Wir schlagen allerdings auch eine Erweiterung des Modells vor: Denn andererseits fokussieren sich einige der Nischenakteur\*innen auf den Verbleib in der Nische, um der Vorstellung von Selbstbestimmung und Selbstverwaltung gerecht werden zu können. Die Bestrebung, den Wirkungskreis innerhalb Weimars zu vergrößern, wird dabei entweder schon von Beginn an in den Hintergrund des Handelns gerückt oder schnell verworfen. Die Blase hat eine stabilisierende Wirkung auf Initiativen, deren Verhaltensmuster und Gruppenprozesse, da sie nicht auf die Stadtgesellschaft oder -politik ausgerichtet ist.

Dieses ideelle Spannungsfeld zwischen Weitergabe der Postwachstumsidee und Fokussierung auf teils einschränkende Gemeinschaftswerte spiegelt sich auch im Handeln der Akteur\*innen gegenüber dem Regime wider. Das politische System wird demnach unbewusst vom eigenen Handeln entkoppelt und nicht eingebunden. Brand schreibt dazu, »dass die sozialen Herrschaftsverhältnisse [...]

nicht als solche wahrgenommen werden, sondern als stummer Zwang anonymer Verhältnisse, als kaum zu steuernde Prozesse von technischem Fortschritt und globalem Markt, von Produktivismus und Globalisierung« (Brand 2014, S. 298). Dagegen zeigt sich die bewusste Entkopplung von Problem- und Lösungsebene bei Postwachstumsprojekten darin, dass offensichtlich eine Vielzahl der Interviewpartner\*innen die Probleme maßgeblich auf der globalen Systemebene identifiziert. Die Komplexität und das Ausmaß der aktuellen Probleme bezüglich Umwelt- und Klimaschutz sowie sozialer Gerechtigkeit etc. werden als globales Thema betrachtet und analysiert. Die Akteur\*innen sehen den Ansatzpunkt zum Handeln und damit zur Veränderung aber auf lokaler Ebene. Dabei sprechen etwa ein persönliches Netzwerk, Überschaubarkeit und kulturelle Vielfalt in Weimar für die Idee eines »Mach‘ statt ach« (IP-zivilgesellsch-1, Z. 269). Wichtig für den Ansatz zur Veränderung ist stets das Prinzip des persönlichen Handlungsspielraums, nach dem jede\*r individuell dort ansetzt, wo er\*sie Potenzial sieht. Diese Strategie grenzt sich somit von globalpolitischen Ansätzen für starke Nachhaltigkeit oder Degrowth ab.

Dennoch zeigt unsere Analyse, dass Postwachstum vor allem ein Begriff der zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen ist, der theoretisch für eine gesamtgesellschaftliche Transformation steht. Zum einen sehen viele der Akteur\*innen Herausforderungen bezüglich der Beharrungskräfte des derzeitigen Gesellschafts- und Politiksystems. Ökonomisches Wachstum wird als kaum anfechtbares Paradigma mit einer starken Geltungshoheit über alle gesellschaftlichen Sphären hinweg wahrgenommen. Zum anderen existieren Herausforderungen, die eine kollektive Handlungsfähigkeit und einen Zusammenschluss der Projekte innerhalb des Feldes erschweren. Van Dyk beschreibt Postwachstum »als Gemeinschaftsprojekt« (Van Dyk 2016, S. 245), dem verschiedene Grenzen gesetzt sind. Die Akteur\*innen nennen als Grenzen ganz konkret die beschränkte Reichweite auf bestimmte Zielgruppen, die Abhängigkeit von Ressourcen, beispielsweise finanzieller Art, und das sehr diverse Verständnis des Postwachstumsbegriffs. Organisatorische und konzeptionelle Aspekte der Gemeinschaftsideen können demnach die Handlungsfähigkeit der Akteur\*innen beeinträchtigen, Kooperationen mit städtischen Institutionen werden als ungenügend eingeschätzt. Die folgenden Thesen sollen erste Ansätze darstellen, diese Schwierigkeiten zu begründen.

## **Die Balance wahren: Thesen zu Milieu, Individuum und Politik**

Viele Zusammenhänge und Aspekte bleiben nach der Suche in Weimars Landschaft der Initiativen offen. Welchen Grund hat es etwa, dass die Akteur\*innen – auch wenn sie sich innerhalb einer Nische und Blase verorten und teilweise den Anspruch haben, *Mainstream* zu werden – nicht aus der Blase heraustreten können? Warum ergeben sich bestimmte Herausforderungen bezüglich der Grenzen von Ressourcen und des Handelns? Diese Fragen treten aus der konkreten Analyse der Interviews heraus. Die hier aufgestellten Thesen sollen als Denkanstoß über Zuständigkeiten, Strategieänderung und das Verhältnis zwischen den Akteur\*innen in Weimar generell dienen.

Die erste These greift den Begriff der Blase auf und konkretisiert ihn: Die von uns beobachtete Blase ist ein sozial relativ homogenes Milieu, das in der erweiterten Innenstadt räumlich verhaftet ist. Die Blase ist exklusiv und statisch. Hinsichtlich der thematischen Ausrichtung, Organisationsform und gesellschaftlichen Wahrnehmung besteht eine Begrenzung des Wirkkreises in der (Stadt-)Gesellschaft. Der Blase schreiben wir zwei zentrale Eigenschaften zu. Während sie einerseits eine Schutzfunktion hat, beispielsweise hinsichtlich rechtlicher Bedingungen, beschreibt sie andererseits eine Einschränkung der Zielgruppe und der Sichtbarkeit nach außen und zeigt eine sowohl soziale als auch räumliche Abgrenzung auf.

Der Begriff der Blase weist in gesellschaftswissenschaftlicher Perspektive auf spezifische Milieus hin, wenn nur bestimmte Personengruppen mit bestimmten Interessen und Lebensvorstellungen angesprochen werden. Angelehnt an die Definition von Frey (2012, S. 503) werden Milieus als soziale und gesellschaftliche Strukturen verknüpft mit räumlichen Situationen verstanden. Das gesellschaftliche Milieu, von dem wir hier sprechen, zeichnet sich vor allem durch einen sozial und ökologisch bewussten Lebensstil aus. In diesem Zusammenhang ist die festgestellte, signifikante Segregation in Weimar interessant: Nach einer Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (2018, S. 30 bis 31) weist Weimar sowohl beim Status quo der Segregation, als auch beim durchschnittlichen jährlichen Anstieg der sozialräumlichen Segregation von 2005 bis 2014 im Vergleich zum deutschen Durchschnitt einen beinahe doppelt so starken Trend auf. Demnach finden die sozialen Kreise und Milieus, charakterisiert nach Lebensstilen und Wertvorstellungen, in Weimar eine räumliche Entsprechung und Trennung. Auch wenn Ideen der Nachhaltigkeit heute weit verbreitet sind, bleibt die fundamentale Forderung nach einer sozialökologi-

schen Lebensweise und Gesellschaftstransformation auf bestimmte Bevölkerungsgruppen und Stadträume begrenzt. Diese lassen sich in Bezug auf die von uns untersuchten Akteur\*innen, mit wenigen Ausnahmen, als eine Konzentration auf die (erweiterte) Innenstadt verorten.

Aus dieser Beschränkung auf und Verhaftung in bestimmten Gesellschaftsgruppen resultiert eine Statik der Blase, deren wirksame Überwindung als weitere Herausforderung verstanden werden kann. Die Exklusivität macht sich daran fest, dass für die Teilnahme an Projekten in der Blase Ressourcen finanzieller als auch persönlicher Art sowie Wissen notwendig sind, die nicht allen zu Verfügung stehen. Die sozio-ökonomische Homogenität der Personengruppen im »Kuschel-Weimar« (IP-wirtschaft-1, Z. 260) wird durch die vornehmlich intern erfolgende Vernetzung kaum ernsthaft problematisiert.

Die zweite These greift auf, dass die Akteur\*innen in ihrem alltäglichen Handeln vor Grundsatzfragen zur konzeptionellen Ausrichtung ihres Projektes gestellt werden und ihre Entscheidungen immer wieder neu verhandeln müssen: Innerhalb des Spannungsfelds zwischen Verstetigung, Professionalisierung und dem Anspruch auf Selbstbestimmung stoßen die Akteur\*innen an Grenzen.

Verstetigung und Professionalisierung auf der einen Seite beschreiben, dass die Akteur\*innen durchaus das Ziel einer Vergrößerung und Verbreitung, zumindest ihrer Ideen, anstreben. Dazu braucht es beispielsweise eine stabile finanzielle und rechtliche Lage. Die Akteur\*innen sind angewiesen auf Ressourcen und befinden sich damit in einer Abhängigkeit, besonders zu Beginn, von externer Unterstützung. Auf der anderen Seite steht der Anspruch auf Nicht-Instrumentalisierung und Selbstbestimmung. Dieser Wunsch von und Anspruch auf Unabhängigkeit, die man sich bewahren will, verweist auf die Bedeutung individuellen Handelns. Dieser Balanceakt zwischen Abhängigkeit und Unabhängigkeit führt zum Entscheidungskonflikt, wofür die verfügbaren Ressourcen einzusetzen sind. So stehen Akteur\*innen beispielsweise vor der Entscheidung, ob finanzielle Mittel in die Aufrechterhaltung einer Selbstorganisation fließen oder damit Investitionen getätigt werden, die einer Verstetigung, beispielsweise durch die Beschäftigung von bezahlten Mitarbeiter\*innen, dienen sollen.

Die dritte These beschreibt die Relevanz individuellen Handelns und zugleich deren Auswirkungen auf das Gesellschaftssystem: Individuelles Handeln ist für den Wandel zentral, während sich politische Institutionen aus der Verantwortung ziehen. Diese Prozesse verstärken sich gegenseitig.

Die hier vorgestellten Perspektiven auf Postwachstum in der lokalen

Praxis sind deutlich individualistischer als die Argumentation theoretischer Vertreter\*innen (vgl. Brocchi 2016, S. 52; Brand 2017, S. 15; Kallis et al. 2016, S. 34). Sichtbar wurde in der empirischen Analyse eine deutliche Priorisierung des Handelns Einzelner vor Ansätzen strukturell-systemischer Transformation. Ökonomische Interessen und Neoliberalisierung bewirken, dass politische Institutionen, vom lokalen Kontext bis zur Bundesebene, nicht die geforderte Rolle in der Transformation einnehmen. (Frantzeskaki et al. 2016, S. 2) Die Folge ist der Rückzug politischer Institutionen, da diese sich auf die Initiative von Markt und Zivilgesellschaft verlassen (IP-kommunal-2, Z. 230 bis 236) und die Zivilgesellschaft als sogenannte Lückenfüllerin einspringen muss (Frantzeskaki et al. 2016, S. 2). In der Konsequenz fühlen sich zivilgesellschaftliche Akteur\*innen zunehmend von der Politik allein gelassen.

Die vierte These bezieht sich auf das Politikverständnis der Initiativen: Die Akteur\*innen sehen sich zumeist selbst als nicht politisch, aber ihr Handeln kann als politisch interpretiert werden. Die Selbstwahrnehmung verweist auf einen Politikbegriff, innerhalb dessen Politik als »Black Box« (Bundeszentrale für politische Bildung o.J.) wahrgenommen wird, die nur über mögliche Inputs und Outputs mit Außenstehenden kommuniziert. In dieser Perspektive stehen Bürger\*innen und Vereine einem als politisch identifizierten, formellen Entscheidungssystem gegenüber, die zwar Wünsche und Interessen äußern können – vor allem jedoch, wenn sie sich in Interessengruppen oder Parteien zusammenfinden (ebd.).

Die Parteiarbeit lehnen die meisten der zivilgesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Interviewpartner\*innen bewusst ab und nehmen sich selbst nicht als (partei-)politisch wahr. Gleichzeitig handeln sie beispielsweise mit Strategien der Bildungsarbeit oder dem Aufzeigen konkreter Utopien. Diese Bildungsarbeit und Utopien lassen sich als politisch einordnen, wenn man ein weites Politikverständnis voraussetzt. Der weite Politikbegriff beschreibt hier, dass politisches Handeln nicht nur institutionell, sondern als Prozess des Aushandelns gesellschaftlicher Werte und Entscheidungen über das formelle System hinaus, betrachtet werden muss (vgl. Schumacher 2007). Durch ihr Handeln und darin vermittelte Wertvorstellungen nehmen die Akteur\*innen also faktisch politischen Einfluss auf die Gesellschaft, auch wenn sie dies selbst nicht so betrachten.

## **Raus aus der Blase!**

Das hier dargestellte Studienprojekt ist als Erkundung zu verstehen, dessen Ziel eine erste Bestandsaufnahme von Akteur\*innen unter dem Ideenkomplex Postwachstum sowie die Analyse ihrer aktuellen Herausforderungen waren. Es ist gekennzeichnet durch die bewusste Aus- (und Nicht-)Wahl bestimmter Akteur\*innen und geht aus dem Interesse an Postwachstum und Transformation aus planerisch-sozialwissenschaftlichen Gesichtspunkten hervor. Das Forschen war dementsprechend ein Prozess der Nutzung bestehenden Wissens, der Aneignung neuen Wissens und der Interpretation von Aussagen unter diesen Gesichtspunkten – all dies vor dem Hintergrund eines zeitlich und räumlich begrenzten Semesterprojekts, in dem sicherlich auch internalisierte, subjektive Perspektiven der (studentischen) Forscher\*innen eine Rolle spielten.

Es stellte sich dabei heraus, dass das Wechselspiel zwischen Nische, Mainstream und Regime ein wichtiger Ansatzpunkt für die Analyse der Postwachstumsprojekte in Weimar sein kann. Die Devise, nach der das Handeln im Kleinen zur Transformation des Politiksystems führen soll, kann in diesem Kontext zugleich als eine Abwendung vom herkömmlichen Politiksystem verstanden werden. Doch stehen sich in Weimar auch verschiedene Werte, Vorstellungen und Organisationsformen teilweise auch konfliktuell gegenüber: Postwachstum vs. (nur ökologisch verstandene) Nachhaltigkeit, Bürokratie vs. Selbstverwaltung, Außenwirkung vs. Arbeit nach Innen etc. Im gleichen Zug wie die Initiativen, Einzelpersonen und Projekte vernetzen sich innerhalb der Zivilgesellschaft auch unterschiedliche Idealvorstellungen und inhaltliche Fokuspunkte. Während allerdings unter dem Begriff Postwachstum in Weimar diverse Ideen und Strategien entstehen, die in der Stadtkultur präsent sind, bleiben städtische Verwaltung und Politik diesem Feld gegenüber noch tendenziell verschlossen. Die Gefahr besteht unseres Erachtens darin, die Blase des Postwachstums nur als zwangsläufige Milieuwirkung zu benennen und weiterhin Verantwortung vor allem beim engagierten und sich informierenden Individuum zu suchen – statt mit einer inklusiven, solidarischen Idee und einem erweiterten Verständnis städtischer Politik neue Wege zu beschreiten.

## **Literatur:**

Adler, F.; Schachtschneider, U. (Hrsg.) (2017): Postwachstumspolitiken: Wege zur wachstumsunabhängigen Gesellschaft, München.

AK Postwachstum (Hrsg.) (2016): Wachstum – Krise und Kritik: Die Grenzen der kapitalistisch-industriellen Lebensweise, Frankfurt/New York.

Blum, A.; Egermann, M.; Ehnert, F.; Reiß, K. (2016): Nachhaltig leben in Dresden - Bausteine für den Wandel zu einer zukunftsfähigen Stadtgesellschaft, Dresden.

Brand, U. (2009): Die Multiple Krise. Dynamik und Zusammenhang der Krisendimensionen, Anforderungen an politische Institutionen und Chancen progressiver Politik, Berlin.

Brand, U. (2014): Kapitalistisches Wachstum und soziale Herrschaft: Motive, Argumente und Schwächen aktueller Wachstumskritik, in: PROKLA 175 (2), S. 289–306.

Brand, K. (2017): Einleitung: Problemstellung und Untersuchungsperspektive., in Brand, K. (Hrsg.): Die sozial-ökologische Transformation der Welt, Frankfurt/New York, S. 13–31.

Brand, K. (Hrsg.) (2017): Die sozial-ökologische Transformation der Welt, Frankfurt/New York.

Breuste, J.; Pauleit, S.; Haase, D.; Sauerwein, M. (2016): Stadtökosysteme, Berlin/ Heidelberg.

Brocchi, D. (2016): Urbane Transformation: Zum guten Leben in der eigenen Stadt, Dortmund.

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (o.J.): Politisches System. [<http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202096/politisches-system?p=all>; 13.08.2019].

Burkhart, C.; Schmelzer, M.; Treu, N (Hrsg.) (2017): Degrowth in Bewegung(en). 32 alternative Wege zur sozial-ökologischen Transformation, München.

Burkhardt, C.; Schmelzer, M.; Treu, N. (2017): Ohne Bewegung keine Transformation: Das Mosaik der Alternativen als Kompass für Postwachstumspolitiken, in: Adler, F.; Schachtschneider, U. (Hrsg.): Postwachstumspolitiken: Wege zur wachstumsunabhängigen Gesellschaft, München, S. 77–88.

D'Alisa, G.; Demaria, F.; Kallis, G. (Hrsg.) (2016): Degrowth: Handbuch für eine neue Ära, München.

Droege, P.; Knieling, J. (Hrsg.) (2007): Regenerative Räume. Leitbilder und Praktiken nachhaltiger Raumentwicklung, München.

Eckardt, F. (Hrsg.) (2012): Handbuch Stadtsoziologie, Wiesbaden.

Frantzeskaki, N.; Dumitru, A.; Avelino F. et al. (2016): The magic ingredient: The role of civil society in accelerating sustainability transitions. [<http://acceleratingtransitions.eu/wp/?wpdmdl=1550>, 15.08.2019].

Frey, O. 2012: Städtische Milieus, in: Eckardt, F. (Hrsg.): Handbuch Stadtsoziologie, Wiesbaden, S. 503–525.

Geels, F.; Schot, J. (2007): Typology of sociotechnical transition in pathways, in: Research Policy 36, S. 399–417.

Kallis, G.; Demaria, F.; D'Alisa, G. (2016): Degrowth, in: D'Alisa, G.; Demaria, F.; Kallis, G. (Hrsg.): Degrowth: Handbuch für eine neue Ära, München, S. 17–38.

Markert, S. (2007): Alternative Wege in der Stadtentwicklung. Slow Cities und Transition Towns als Anstöße für eine wachstumsunabhängige Stadt?, in: Droege, P.; Knieling, J. (Hrsg.): Regenerative Räume. Leitbilder und Praktiken nachhaltiger Raumentwicklung, München, S. 141–150.

Maschkowski, G.; Ristig-Bresser, S.; Hable, S.; Rost, N.; Schem, M. (2017): Vom Träumen, Planen, Machen und Feiern des Wandels, den wir selbst gestalten, in: Burkhardt, C.; Schmelzer, M.; Treu, N. (Hrsg.): Degrowth in Bewegung(en). 32 alternative Wege zur sozial-ökologischen Transformation, München, S. 368–379.

Maschkowski, G.; Wanner, M. (2014): Die Transition-Town-Bewegung – Empowerment für die große Transformation?, in: pnd online II, S. 1–11.



Mayring, P. (2007): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken, Weinheim.  
Schumacher, I. (2007): Das Modell des Politikzyklus. [<https://www.politische-bildung-bayern.net/fachbeitraege/item/339-das-modell-des-politikzyklus>, 13.08.2019].

Van Dyk, S. (2016): Vorwärts in die Vergangenheit: Postwachstum als Gemeinschaftsprojekt? Zur Wiederentdeckung des Gemeinsinns, in: AK Postwachstum (Hrsg.): Wachstum – Krise und Kritik: Die Grenzen der kapitalistisch-industriellen Lebensweise, Frankfurt/New York, S. 245–267.

Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) (Hrsg.) (2018): Arm und Reich, Jung und Alt: immer seltener Tür an Tür. [[www.wzb.eu/de/pressemitteilung/arm-und-reich-jung-und-alt-immer-seltener-tuer-an-tuer](http://www.wzb.eu/de/pressemitteilung/arm-und-reich-jung-und-alt-immer-seltener-tuer-an-tuer), 13.08.2019].

# **Anspruch und Wirklichkeit bei der Umsetzung eines nachhaltigen städtischen Ernährungssystems – eine empirische Vorstudie der Berner Ernährungsinitiativen<sup>1,2</sup>**

von Evelyn Markoni und Franziska Götze

## **I. Einleitung**

Städtische Ernährungsinitiativen streben mit individuellen Strategien eine Transformation hin zu einem nachhaltigen Ernährungssystem an. Sie verkaufen bspw. unverpackte Lebensmittel, um Plastik zu vermeiden, oder bieten biologische, regional produzierte Lebensmittel direkt ab Hof an. Beim Versuch ihre Ansprüche in die Wirklichkeit umzusetzen, sowie mit ihrer Pionierarbeit aus der gesellschaftlichen Nische hervorzutreten, stoßen die städtischen Lebensmittelproduzenten,<sup>3</sup> Händler, Gastronomen sowie sozial-ökologischen Unternehmer auf unterschiedliche Herausforderungen. So finden ökologische und

---

1 Dieser Beitrag basiert auf dem Workshop zu »Bewegungen – Stadtpolitik transformieren« der Postwachstumsstadt-Konferenz, welche an der Bauhaus-Universität Weimar im Mai 2019 stattgefunden hat. Die dadurch gewonnenen Erkenntnisse fließen in die Diskussion mit ein.

2 Gerne möchten sich die Autorinnen beim Amt für Umweltschutz der Stadt Bern (insbesondere bei Lea Eugster) und #bärenhunger für die fachliche Unterstützung und für das Gegenlesen des Manuskripts bedanken. Zudem bedanken wir uns bei Frank Eckardt, Anton Brokow-Loga und ihrem Team für die Organisation und Durchführung der Postwachstumsstadt-Konferenz sowie der Möglichkeit hiermit unsere ersten Ergebnisse zu publizieren und somit Teil dieses Buches zu sein.

3 Im vorliegenden Buchabschnitt verwenden wir aufgrund einer besseren Lesbarkeit die männliche Form. Diese bezieht sich jedoch auf alle Geschlechter.

soziale Ansprüche nicht unbedingt Einklang miteinander, wenn bspw. einerseits biologisch produzierte Lebensmittel angeboten werden, andererseits die Bezahlung eines fairen Lohns für die eigenen Mitarbeiter kaum umsetzbar ist. Neben dem Bereitstellen eines alternativen Angebots versuchen die Initiativen, Bürger für die Thematik zu sensibilisieren und politische Lobbyarbeit zu betreiben; dies um die vorhandenen Strukturen sowie Regime zu verändern. Hierbei müssen sie sich u.a. mit Themen der Ernährungssicherheit oder staatlichen Regulierungen auseinandersetzen. Derzeit ist unklar, inwiefern die Initiativen tatsächlich einen tiefgreifenden Einfluss auf die vorhandenen Strukturen der städtischen Ernährungssysteme haben. Diese Nischen, in denen sich die Ernährungsinitiativen immer noch bewegen, sind Gegenstand von Transitionstheorien, wie der Mehr-Ebenen-Perspektive (Geels, 2002) (vgl. auch den Beitrag von Anton Brokow-Loga, Franziska Felger, Jannis Koch und Anna-Maria Weber in diesem Band). Dabei werden u.a. der Einfluss des Handelns in den Nischen auf strukturelle Rahmenbedingungen sowie die Wechselwirkungen mit übergeordneten Entwicklungen wie dem Klimawandel analysiert. Innerhalb dieses Beitrags beschäftigen wir uns aus umweltsoziologischer und konsumwissenschaftlicher Perspektive mit den städtischen zivilgesellschaftlichen Ernährungsinitiativen in der Schweizer Hauptstadt Bern. Diesbezüglich stellen wir eine Vorstudie vor, in der wir mithilfe explorativer Experteninterviews die Ansprüche, Herausforderungen und Zielkonflikte der Ernährungsinitiativen sowie die strukturellen Rahmenbedingungen, in denen sie sich bewegen, untersucht haben. Des Weiteren diskutieren wir kritisch die Mehr-Ebenen-Perspektive und mögliche partizipative Ansätze bei der Erforschung von Ernährungssystemen allgemein. Partizipative Ansätze und eine demokratische Teilhabe der Stadtbevölkerung an einem urbanen Ernährungssystem könnten einen wichtigen Beitrag leisten, um städtische Strukturen resilienter gegenüber sozialen, politischen und ökologischen Herausforderungen zu gestalten. Dazu zählen u.a. der Klimawandel, der Verlust der Biodiversität oder die soziale Ungleichheit beim Zugang zu einer nachhaltigen und gesunden Ernährung. Einerseits produzieren Städte diese Herausforderungen, andererseits entstehen immer wieder neue, nachhaltige Lebensformen oder Initiativen, die dem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung Folge leisten wollen. Für eine sozial-ökologische Transformation von Städten benötigt es demzufolge sowohl die Förderung von Bottom-up-Initiativen und nachhaltigen Lebensformen durch geeignete Rahmenbedingungen und Partizipation (vgl. diesbezüglich auch den Beitrag von Sanna Frischknecht, Moritz Maurer und Dietmar Wetzel in diesem Band) als auch eine nachhaltige Stadtpolitik mit einem veränderten Verständnis von Stadtentwicklung und das

kritische Hinterfragen vorherrschender Wachstumsparadigmen. Ein Diskurs über eine solche Postwachstumsstadt setzt nicht zuletzt einen engen Austausch zwischen Wissenschaft und Politik voraus. Dieser Buchabschnitt präsentiert folglich kein fertiges Forschungsprojekt, sondern soll einen Beitrag leisten, die besonderen Strukturen städtischer Ernährungssysteme sowie die dazugehörigen Food Governance-Strategien besser zu verstehen. Schliesslich diskutieren wir mögliche Wege, wie die Herausforderungen eines nachhaltigen Berner Ernährungssystems gemeistert werden können.

## **2. Transformation eines städtischen Ernährungssystems? Das Beispiel Bern.**

Eine nachhaltige Gestaltung der städtischen Ernährungssysteme ist notwendig, um eine resiliente, umweltfreundliche, sozialverträgliche und gesunde Ernährungsversorgung langfristig zu gewährleisten (Brand, 2017). Gemäß der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) (2018) umfassen Ernährungssysteme alle Akteure entlang der Wertschöpfungskette, verknüpfen Aktivitäten aus der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft, sind beeinflusst von der Umwelt sowie gesellschaftlichen Normen und Werten und bestehen aus interagierenden Teilsystemen, wie dem Landwirtschaftssystem. Städtische Ernährungssysteme sehen sich mit unterschiedlichen Herausforderungen wie Klimawandel, Umweltverschmutzung, Urbanisierung, Food Waste oder einer gesunden und sicheren Ernährung der Stadtbevölkerung konfrontiert (u.a. FAO, 2018; Hirsch, 2018; Wiskerke & Viljoen, 2012). Eine weitere Herausforderung ist die Transformation von Lebensstilen, damit diese mit einer nachhaltigen Ernährung im Einklang sind (Markoni, 2017). Gemäß Hirsch (2018) müssen sich Stadtverwaltungen mit den genannten Herausforderungen auseinandersetzen, wobei oftmals geeignete Governance-Strategien fehlen, die einerseits die Partizipation der Bürger und andererseits Top-Down-Ansätze kommunaler Verwaltungen erfordern. Im Hinblick auf eine nachhaltige Stadtgestaltung werden vermehrt Postwachstumsstrategien diskutiert (u.a. Posse, 2015; Schubrink et al., 2013; Scherhorn, 2012; Reichel & Seeberg, 2011). Hierbei benötigt es neben einem nachhaltigen Unternehmertum jedoch adäquate politische Rahmenbedingungen und ein bewusstes, individuelles Handeln (v.a. Suffizienz-Strategien) (Posse, 2015). Hierfür ist laut Schmelzer (2017, S. 183) ein radikaler »Rückgang der «Fremdversorgung» zugunsten regionaler und lokaler Ökonomien, Selbstversorgung und Eigenproduktion“ notwendig.

## 2.1 Das Berner Ernährungssystem

Gemäß Lehmann (2016, S.10), dem ehemaligen Direktor des Bundesamts für Landwirtschaft (BLW) in der Schweiz, ist das Schweizer Ernährungssystem »ein komplexes Gebilde mit diversen Gruppen von Akteuren, die untereinander interagieren« und weist einen überdurchschnittlich hohen ökologischen Fußabdruck auf.<sup>4</sup> Dabei steht es in Wechselwirkung mit globalen Systemen, indem natürliche Ressourcen größtenteils aus dem Ausland stammen (Lehmann, 2016). Derzeit gestaltet der Bundesrat, so Lehmann (2016), Rahmenbedingungen, um in der Schweiz mithilfe einer standortangepassten und ressourceneffizienten Produktion, eines nachhaltigen Konsums und einer wettbewerbsfähigen Landwirtschaft die Ernährungssicherheit langfristig zu gewährleisten. Um Ernährungssysteme in Schweizer Städten nachhaltiger zu gestalten, wurden in den letzten Jahren unterschiedliche Netzwerke und Foren gegründet, sowie politische Ämter mit der Thematik betraut. Mehrere Städte haben diesbezüglich das »Mailänder Abkommen über städtische Ernährungspolitik« (Milan Urban Food Policy Pact (MUFFP)) unterschrieben (MUFFP, 2019). Das Ziel dieses Abkommens ist die Transformation der städtischen Ernährungssysteme mithilfe nachhaltiger Governance-Strategien (MUFFP, 2019). Dementsprechend wurde bspw. in Zürich ein Ernährungsforum lanciert und eine »Strategie nachhaltige Ernährung« verabschiedet (Ernährungsforum Zürich, 2019). Bern hat bislang den MUFFP nicht unterschrieben, diskutiert dennoch auf politischer Ebene mögliche Governance-Strategien. Der Kanton Bern, zu dem auch die Stadt Bern zählt und für den die Landwirtschaft ein wichtiger Wirtschaftsfaktor ist, hat sich u.a. zum Ziel gesetzt, die regionale Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit zu fördern (Amt für Landwirtschaft und Natur, 2019a). So bieten Landwirte aus dem umliegenden See- und Mittelland Lebensmittel auf Wochenmärkten, in Delikatessenzläden, direkt ab Hof, über das Internet und in Supermärkten an (LID, 2010). Weniger als 15 Prozent sind dabei Biobetriebe (Amt für Landwirtschaft und Natur, 2019b). In der Stadt Bern bieten unterschiedliche Ernährungsinitiativen Bio-Gemüse- und Fleischabonnements (Auslieferung per Fahrradkurier) oder Lebensmittel unverpackt an. Mit der regionalen Vertragslandwirtschaft kann sich die Stadtbevölkerung selbst an Anbau und Ernte beteiligen. Die Stadt Bern hat sich zudem aufgrund der Lokalen Agenda 21 verpflichtet, »nachhaltige Tätigkeiten, die ein gesundes Leben unter fairen gesellschaftlichen und wirt-

---

<sup>4</sup> Gemäß dem Schweizer Bundesamt für Statistik (BFS) (2019) werden in der Schweiz 2,8-mal mehr Umweltleistungen und -ressourcen konsumiert als global pro Person (1,6 globale Hektar, gha) verfügbar sind. Die Schweizer Bevölkerung lebt dementsprechend nicht nachhaltig, sondern auf Kosten anderer Erdteile und zukünftiger Generationen. Beinahe drei Erden wären nötig, würden alle wie die Schweizer Bevölkerung leben.

schaftlichen Bedingungen« ermöglichen, zu fördern (Amt für Umweltschutz, 2019a). Mit diesem politischen Engagement, mithilfe des Amtes für Umweltschutz, und aufgrund mehrerer Bottom-up-Anstöße aus der Zivilgesellschaft durch Ernährungsinitiativen und der »Oekonomischen Gemeinnützigen Gesellschaft« (OGG), die seit über 250 Jahren Projekte zur nachhaltigen Ernährung unterstützt, entstand 2017 das Netzwerk »KULINATA« (Amt für Umweltschutz, 2019a; Krähenbühl, 2018; Bosshardt et al., 12/2015). Heute zählen über 90 Mitglieder zu dem Netzwerk, welches seit 2018 die »KULINATA«, ein Event rund um die nachhaltige Ernährung in Bern, präsentiert (Amt für Umweltschutz, 2019b). Bislang fehlte eine strukturierte Vernetzung der Akteure bzw. fand der Austausch in losen Netzwerken statt. Die »KULINATA« soll diesbezüglich eine Plattform bieten, der Thematik Sichtbarkeit verleihen, die Vernetzung fördern und die Stadtbevölkerung sensibilisieren (Amt für Umweltschutz, 2019b). Eine weitere Vernetzung der Ernährungsinitiativen mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur findet durch #bärenhunger (2019), einem jungen Kollektiv aus der Zivilgesellschaft, statt. Dieses Kollektiv entwickelt derzeit partizipativ mit den genannten Akteuren ein Manifest zur nachhaltigen und regionalen Ernährung.

Derzeit ist ungewiss, inwiefern die städtischen Ernährungsinitiativen eine Transformation hin zu einem nachhaltigen städtischen Ernährungssystem mit bewirken können. Diesbezüglich sind ebenfalls die Stadtbevölkerung und ihre Ernährungsgewohnheiten richtungsweisend. Gemäß Eckardt (2013) sind Städte »Spiegelbilder für Veränderungen in der Gesellschaft« und Verwaltungsstädte, wie Bern als Hauptstadt der Schweiz, hatten historisch gesehen andere Bedürfnisse als bspw. Industriestädte. Heutzutage verändern jedoch zusätzlich mobile Arbeitsverhältnisse und flexible Lebensgewohnheiten die Bedürfnisse der Stadtbewohner (Eckardt, 2013). Diese Bedürfnisse manifestieren sich in Ernährungsgewohnheiten, wobei v.a. auch unterschiedliche Lebensstile und soziale Lagen den Geschmack und somit die Ernährung beeinflussen (Barlösius, 2011; Bourdieu, 1987). Schließlich haben Ernährungsgewohnheiten auch immer einen kulturellen Hintergrund, wobei, gemäß Kofahl (2014), mehrere Ernährungskulturen aufeinandertreffen und sich dadurch unterschiedliche Ernährungsidentitäten bilden. Innerhalb der Nachhaltigkeitsinnovationsforschung modelliert die Mehr-Ebenen-Perspektive (u.a. Köhler et al., 01/2017; Steinhilber et al., 2013; Geels, 2011) die Wechselwirkungen »zwischen technologischen, ökonomischen, politischen und kulturellen Veränderungsprozessen« (Schrape, 2014, S. 1). Dadurch kann sie zum Verständnis beitragen, inwiefern Nischen aufgrund dieser Wechselwirkungen breitenwirksam werden können.

## 2.2. Die Mehr-Ebenen-Perspektive am Beispiel der Ernährungsinitiativen in Bern

Innerhalb der Mehr-Ebenen-Perspektive werden drei sich gegenseitig beeinflussende Ebenen dargestellt: Landschaft (landscape), Regime (regimes) und Nischen (niches) (Köhler et al., 01/2017; Geels, 2002). Die Landschaft bildet den übergeordneten Rahmen, der nicht direkt zu beeinflussen ist. Dazu gehören Trends, wie die Globalisierung, oder Veränderungen, wie der Klimawandel (Köhler et al., 01/2017; Schrape, 2014). Soziotechnische Regime, Konstellationen unterschiedlicher Akteure und Teilsysteme, wie Wirtschaft, Politik oder Wissenschaft, werden von der Landschaft geprägt und bewegen sich in bestehenden sozioökonomischen, politischen und technischen Strukturen mit festgelegten Regeln und Konventionen (Köhler et al., 01/2017; Köhler et al. 2012; Schrape, 2014). Gemäß Köhler et al. (01/2017, S. 4) bestehen in Gesellschaften »divergierende Verhaltens- und Handlungsmuster, die in der Transitionstheorie als Nischen (niches) bezeichnet werden«. Diese Nischen formieren sich in Akteursnetzwerken mit gemeinsamen Ansprüchen und Erwartungen, die auf den Druck der Landschaft stärker reagieren als mit den in Wechselwirkung stehenden Regimen und durch Innovationen Transitionen hervorbringen können (Köhler et al., 01/2017; Schrape, 2014; Smith & Raven, 2012; Geels, 2002). Diesbezüglich sind geeignete soziale, ökonomische und politische Rahmenbedingungen sowie neuartige Technologien unabdingbar, »um verantwortliches, nachhaltiges Verhalten und Engagement der verschiedenen gesellschaftlichen Akteure zu ermöglichen und zu unterstützen sowie veränderte Kreisläufe und Nutzungsmuster von Ressourcen und Gütern zu erreichen« (Köhler et al., 01/2017, S. 2). Am Beispiel Bern können einerseits Ernährungsinitiativen als Nischen auf soziale und Umweltprobleme aufmerksam machen, Alternativen bieten und Druck auf das vorhandene Regime ausüben. Andererseits stoßen die Initiativen auf unterschiedliche Herausforderungen, indem sie bspw. in ihrer Nische bleiben oder sich mit Zielkonflikten bei den Nachhaltigkeitsdimensionen (Soziales, Ökologie, Ökonomie) konfrontiert sehen.

### 3. Fragestellung, methodische Herangehensweise und Ergebnisse

Da es über die Lebenswelten der Ernährungsinitiativen in Bern, ihre Ansprüche an ein nachhaltiges Ernährungssystem und die individuellen Zielkonflikte bei der Umsetzung derzeit wenig Erkenntnisse gibt, wurde für eine Vorstudie ein ex-

plorativer Forschungsansatz gewählt. Die Vorstudie soll als Ausgangspunkt für ein partizipatives Forschungsprojekt zur Erforschung des Berner Ernährungssystems dienen, in dem gemeinsam mit Ernährungsinitiativen, dem Amt für Umweltschutz der Stadt Bern und weiteren Akteuren u.a. Forschungsfragen entwickelt werden. In der Partizipativen Aktionsforschung wird, gemäß Chevalier und Buckles (2019), der Erforschte zum Ko-Forscher, indem eigenständig Daten generiert werden. Zudem wird der Forschungsprozess demokratisch bestimmt, wobei unterschiedliche Grade der Partizipation bestehen können (Bergold & Thomas, 2012). Dies birgt jedoch das Risiko, dass Rollen und Beziehungen nicht eindeutig geregelt sind (Bergold & Thomas, 2012). Schließlich tritt anstelle der Objektivität des Forschenden eine kritisch reflektierte Subjektivität (Bergold & Thomas, 2012) (vgl. den Beitrag von Aylin Yildirim Tschoepe und Susanne Käser, die ebenfalls die Rolle als partizipative Forschende kritisch reflektieren, in diesem Band). Aufgrund dieser methodischen Vorgehensweise vernetzen wir uns als Forschende bereits in unterschiedlichen städtischen Gremien und nehmen an Workshops zum Ernährungssystem Bern teil. Dies mit der »Bereitschaft, sich in diesen Prozess hineinzubegeben« (Bergold & Thomas, 2012). Für die Vorstudie wurde resultierend aus den Erkenntnissen dieser Workshops folgende Forschungsfragen gewählt: Welche Ansprüche haben Berner Ernährungsinitiativen an ein nachhaltiges Ernährungssystem? Welche Herausforderungen ergeben sich bei der Umsetzung ihrer Ansprüche? Zwischen 2017 und 2019 wurden acht qualitative, semi-strukturierte Experteninterviews<sup>5</sup> mit Vertretern der Ernährungsinitiativen der Stadt Bern durchgeführt, die zum Zeitpunkt der Interviews zwischen 20 und 60 Jahre alt waren. Die Interviews dauerten durchschnittlich 60 Minuten, wurden wörtlich transkribiert, ins Hochdeutsche übersetzt und anonymisiert. Für die Datenerhebung und -analyse orientierten wir uns an der qualitativen Inhaltsanalyse von Mayring (2015). Während Glaser und Strauss (1998) bei einer explorativen Vorgehensweise empfehlen, unvoreingenommen ins Feld zu gehen, um neue Hypothesen bilden zu können, ist es, gemäß Kluge und Kelle (1999), notwendig, durch eine Literaturstudie wissenschaftliches Vorwissen zu sammeln. So bildeten wir die ersten Kategorien deduktiv mithilfe unseres Vorwissens aus der Literatur sowie basierend auf dem halb-strukturierten Interviewleitfaden. Daraufhin teilten wir mithilfe von MAXQDA die erstellten Kategorien den jeweiligen Textstellen der Interview-Transkripte zu. Dies half uns die jeweiligen Interview-Transkripte zu vergleichen und zu systematisieren. Dennoch wurden weitere Kategorien induktiv direkt aus dem Datenmate-

---

5 Die Interviewpartner sind Experten, da sie über spezifische Kenntnisse verfügen und wir ihre Lebenswelten erforschen (Gläser & Laudel, 2010).



rial gewonnen, um das vorab erstellte Kategoriensystem zu verfeinern. Zudem sollte so die von Glaser und Strauss (1998) postulierte Unvoreingenommenheit bewahrt und neue, überraschende Erkenntnisse ebenfalls bewusst miteinbezogen und analysiert werden. Im Folgenden werden die Ergebnisse aus der Vorstudie vorgestellt.

### *3.1. »Gemeinsam etwas bewegen und zusätzlich die Stadtbevölkerung sensibilisieren« – Ansprüche an ein nachhaltiges Ernährungssystem*

Die interviewten Experten teilen das Ziel, gemeinsam und mit innovativen Bottom-up-Strategien das Ernährungssystem in Bern nachhaltiger zu gestalten. Sie nennen dabei gemeinsame Ansprüche, wie ein umweltschonender, regionaler Anbau von Getreide oder Gemüse, Verzicht auf Monokulturen, Biodiversität, keine Ausbeutung von Mensch, Land oder Grundwasser, die Sensibilisierung von Konsumierenden, das Tierwohl und schließlich sozial-verträgliche Arbeitsbedingungen auf landwirtschaftlichen Betrieben (z.B. faire Löhne). Neben Umwelt- und sozialen Faktoren, wird die Gesundheit sowie der Geschmack und die Qualität von Lebensmitteln angesprochen: »Ich finde das Idealprodukt für eine nachhaltige Ernährung wäre gesund, gut schmeckend, kommt aus der Region und belastet die Umwelt nicht« (Interview U.). Die Experten haben unterschiedliche Strategien, um eine Transformation mit zu bewirken und bieten alternative Angebote für die städtische Bevölkerung an. Einige Experten engagieren sich gegen Plastik und Food Waste, indem sie Lebensmittel unverpackt oder Kochkurse zur Verwendung aller essbaren Fleischstücke (»Nose to Tail«) anbieten. Andere produzieren biologisch Lebensmittel im städtischen Garten (urbane Landwirtschaft). Neben ihrem individuellen Angebot wollen sie die Stadtbevölkerung sensibilisieren, den Dialog zwischen Produzierenden und Konsumierenden fördern, Orte der Erholung und Spiritualität schaffen, sich untereinander vernetzen oder politische Lobbyarbeit betreiben. Einige Experten bieten zusätzlich Arbeitsplätze für sozial benachteiligte Personen oder einen Treffpunkt für Quartiersbewohner an. Die interviewten Experten haben schließlich gemein, dass sie regionale Wirtschaftskreisläufe fördern möchten. Teilweise sollen so Wertschöpfungsketten transparenter und kürzer gestaltet werden, um beispielsweise Lebensmittelskandalen vorzubeugen sowie globalen und komplexen Strukturen der Ernährungssysteme entgegenzuwirken. Durch Dialog und Einbezug der Stadtbevölkerung kann diesbezüglich Vertrauen sowie Bewusstsein geschaffen werden. Eine Vernetzung innerhalb der Initiativen erachten die Experten als wichtig, um sich auszutauschen und Synergien zu

nutzen. Dabei befürchten einige Experten einen administrativen Mehraufwand. Schließlich sind nicht alle Interviewten gleichermaßen dogmatisch bei der Umsetzung ihrer Ansprüche eines nachhaltigen Ernährungssystems in die Wirklichkeit, sondern suchen teils pragmatisch nach der nachhaltigeren Alternative, wollen gemeinsam etwas bewegen und bemessen ihren Erfolg an der Summe der einzelnen Aktivitäten. So benötige es neben dem eigenen Handeln, verbindliche Ziele und geeignete politische Rahmenbedingungen für ein nachhaltiges Ernährungssystem, wie die finanzielle Förderung von Projekten oder Bau- und Nutzfläche, um Raum für Ernährungsinitiativen bereit zu stellen.

### *3.2. Anspruch und Wirklichkeit: Zielkonflikte und Herausforderungen eines nachhaltigen Ernährungssystems*

Beim Umsetzen der Ansprüche in die Praxis stoßen die Experten auf unterschiedliche Herausforderungen sowie Zielkonflikte zwischen den und innerhalb der einzelnen Dimensionen der Nachhaltigkeit und nicht immer lassen sich die Ansprüche der Experten in die Praxis umsetzen. Ein Zielkonflikt zwischen den Dimensionen Ökonomie und Soziales ergibt sich beispielsweise, wenn aufgrund fehlender Rentabilität keine fairen Löhne an die Mitarbeitenden bezahlt werden können: »Wir haben niedrige Löhne und ein großer Teil ist das Engagement der Mitarbeitenden« (Interview Q.). Dadurch entstehen hohe Personalfluktuationen. Viele Experten betonen in diesem Zusammenhang, dass Arbeit in der Gesellschaft neu definiert werden muss und weniger vom Wirtschaftswachstum abhängig sein sollte. Zudem sei es ein Privileg, sich nachhaltige Lebensmittel leisten zu können. Dies trifft nicht für alle sozialen Schichten der Stadtbevölkerung zu. Die Experten suchen diesbezüglich nach Lösungen, wie gestaffelte Lebensmittelpreise. Des Weiteren bestehen Konflikte innerhalb der ökologischen Dimension der Nachhaltigkeit. Bspw. werden Lebensmittel, die aufgrund der Kosten oder klimatischen Bedingungen nicht regional produziert werden können, aus dem Ausland bezogen (ggf. mit Flugkompensation) oder konventionell produzierte Lebensmittel angeboten, um Food Waste zu vermeiden. Konflikte ergeben sich auch aufgrund des bestehenden Systems. Hierbei wird kritisiert, dass Energie einen zu tiefen Stellenwert hat, Treibstoff zu günstig ist und externe Kosten nicht im Preis abgebildet werden. Eine weitere Kritik spricht den Anspruch einiger Konsumierender an, jederzeit möglichst viele Lebensmittel zur Verfügung zu haben: »Das andere ist die Internationalität. (...) Warum muss man Erdbeeren aus Spanien haben? Wollen wir das unterstützen? Oder wollen wir konsequent sein? Das ist ein Spannungsfeld, in dem wir uns bewegen« (In-

terview E.). Die jeweiligen, individuellen Spannungsfelder werden teils im Team und mit Kunden diskutiert sowie nach Alternativen recherchiert. Schließlich versuchen die Experten mit kleinen Schritten die Lebensmittelkette und das -system nachhaltiger zu gestalten: »Ich denke, eine nachhaltige Ernährung gibt es nicht, weil zu leben Ressourcen verbraucht. Aber wir können es nachhaltiger gestalten« (Interview E.).

Neben den genannten Zielkonflikten stoßen die Experten auch auf politische, juristische oder individuelle Herausforderungen. Bei Lebensmitteln sehen sie sich mit Fragen der Hygiene und der Lebensmittelverordnung konfrontiert, wie beim Verzicht von Verpackungen und bei der Haltbarkeit von Produkten oder eingeschränkten Möglichkeiten aufgrund der strengen Lebensmittelkontrollen. Bei Bauvorhaben müssen sie administrativ aufwendige Gesuche einreichen. Eine weitere Herausforderung sind hohe Mietkosten bei Ladenflächen in der Innenstadt oder fehlende Möglichkeiten zur langfristigen Nutzung öffentlicher Flächen zum Anbau von Gemüse. Teilweise sind die Initiativen von Fremdfinanzierungen, wie beispielsweise Stiftungen, abhängig. Hier sehen die Experten die Politik in der Verantwortung, indem diese die Ernährungsinitiativen unterstützt und zeitgleich soziale sowie Abfall- und Entsorgungskosten einspart. Die Experten schätzen einerseits die Bemühungen der Stadt bspw. mithilfe der »KULINATA« die Ernährungsinitiativen stärker zu vernetzen, befürchten andererseits dahinter aber einen kurzlebigen Trend. Diesbezüglich ist die Breitenwirksamkeit der Berner Ernährungsinitiativen eine der größten Herausforderungen und damit die Frage, wie sie aus der Nische heraustreten können. Ein Experte sieht sich dabei als »Multiplikator von der Lust« und möchte vermitteln, dass »nachhaltig (zu) leben nicht heißt, auf alles zu verzichten« (Interview S.).

#### **4. Diskussion und Ausblick**

Ernährungsinitiativen in Bern, die mit einem umweltfreundlichen Lebensmittelangebot und einem sozialen Engagement einen Beitrag für eine nachhaltige Entwicklung leisten wollen, beeinflussen die Strukturen in Bern durch ihr Handeln als Nische. Dabei stellen sie ein alternatives Angebot bereit und üben Druck auf Politik und Verwaltung sowie auf Supermärkte aus.

Gemäß der Mehr-Ebenen-Perspektive können sich geltende Regime transformieren, indem Nachhaltigkeitsinnovationen breitenwirksam werden. Die Initiativen können ebenfalls Governance-Strategien von Politik und Verwaltung beeinflussen. So entstand u.a. die KULINATA, die eine nachhaltige Ernährung

in Bern fördern soll. Eine ganzheitlich strukturierte Vernetzung, um Symbiosen zu nutzen oder gemeinsam Lobbyarbeit zu leisten, oder ein Ernährungsforum, wie in Zürich, ist derzeit in Bern nicht vorhanden. Dennoch ist ein partizipativer Aufbau eines solchen Netzwerkes, unter Einbezug aller relevanten Akteure, durch das Amt für Umweltschutz der Stadt Bern geplant. Andererseits wurde in den geführten qualitativen Interviews mit ausgewählten Ernährungsinitiativen kritisiert, dass diese in ihrer Blase verweilen und zu wenig Einfluss auf die Sensibilisierung einer breiteren Stadtbevölkerung haben. Demzufolge interessieren sich nicht alle Konsumierenden für eine nachhaltige Ernährung und der Einfluss der Nischen auf die Veränderung von Lebensstilen ist schwer abzuschätzen. Gerade in der Ernährung zeigt sich in Städten die soziale Ungleichheit, wenn gesunde und nachhaltige Lebensmittel nicht gleichermaßen für alle zugänglich sind, wie beispielsweise in sogenannten Lebensmittelwüsten. Dies sind Stadtquartiere, in denen u.a. sozial schwache Familien ohne unmittelbaren Zugang zu frischen Lebensmitteln leben. Da in Lebensmittelwüsten zwar kaum Supermärkte, aber dennoch Fast-Food-Ketten zu finden sind, ernähren sich die Quartiersbewohner oftmals von fettigen und zuckerhaltigen Speisen, was wiederum mit einem erhöhten Adipositas-Risiko und dadurch gesundheitlichen Problemen (z.B. Herz-Kreislauf-Erkrankungen) einhergeht. Die Problematik ungleicher Lebensmittelversorgung verschärft sich, wenn in anderen Handlungsfeldern, wie beim Wohnen, die Kosten bei gleichbleibendem Einkommen steigen und somit prozentual weniger vom Haushaltseinkommen für Lebensmittel verfügbar ist bzw. teils aufgrund sozial prekärer Situationen auch weniger ausgegeben werden muss.

Verschiedene Ernährungsinitiativen teilen das finanzielle Risiko, indem städtische Konsumierende bei Anbau und Ernte miteinbezogen werden (Solidarische Vertragslandwirtschaft). So bekommen Lebensmittel außerdem einen höheren Stellenwert, indem die Produktion als wertvolles Handwerk anerkannt wird. Dies beansprucht allerdings Zeit und ein verändertes gesellschaftliches Verständnis von Arbeit sowie neue Arbeitszeit- und Familienmodelle. Zentral ist zusätzlich vor allem die Reduktion von Food Waste entlang der Lebensmittelwertschöpfungskette, um eine Stadtbevölkerung regional versorgen zu können. Hier können sich u.a. Restaurants aktiv beteiligen, indem kleinere Portionen mit Nachschlag angeboten oder Mehrwegverpackungen für Lebensmittelreste zur Verfügung gestellt werden. Dies setzt ein verändertes gesellschaftliches Verständnis voraus, das u.a. durch Bildung erreicht werden kann. Insofern implizieren die Resultate der Interviews, dass die Politik gefragt sein wird, indem sie Aufklärungsarbeit leistet und frühzeitig in Schulen und Kindergärten auf die

Problematik, z.B. durch einen eigenen Gemüsegarten oder ein regionales Lebensmittelangebot in Schulkantinen, hinweist und so sensibilisiert. Bei den geführten Diskussionen sollte, unseres Erachtens, jedoch beim Essen der Genuss im Vordergrund stehen, um die Lebensmittel wertzuschätzen. Dies würde u.a. bedeuten, sich gemeinsam mit Freunden und Familie Zeit fürs Kochen und Essen zu nehmen. Nichtsdestotrotz sind Essgewohnheiten, wie der in der Schweiz zu hohe Fleischkonsum, kulturell verankert und eine Reduktion diesbezüglich scheint schwer umsetzbar. Für eine Postwachstumsstadt müssten jedoch auf politischer Ebene Suffizienz-Strategien entwickelt werden, wie bspw. ein Konsumkorridor mit einer Ober- und Untergrenze, der den Konsum zwar reguliert, dennoch aber auch ein gutes Leben verspricht (Di Giulio & Fuchs, 2014). Eine Korridorobergrenze für ein urbanes, nachhaltiges Ernährungssystem könnte beispielsweise auf Ebene der Lebensmittelverschwendung erreicht werden, indem Lebensmittel, die aufgrund ihrer Form und Größe nicht der Norm entsprechen, ebenfalls im Detailhandel angeboten werden müssen und nicht aussortiert werden. Weiterhin könnten die Gebühren für die Abfallentsorgung von Lebensmitteln in Privathaushalten, Restaurants und der Gemeinschaftsgastronomie erhöht werden. Eine Untergrenze innerhalb des Korridors wäre beispielsweise der chancengleiche Zugang zu nachhaltig produzierten Lebensmitteln für die gesamte Stadtbevölkerung. Dies könnte beispielsweise durch gestaffelte Lebensmittelpreise, orientiert nach dem jeweiligen Haushaltseinkommen, wie es auch die interviewten Experten genannt haben, erreicht werden.

Schließlich benötigt es gemäß dem International Panel of Experts on Sustainable Food Systems (IPES-Food) (2015) eine transdisziplinäre und ganzheitliche Forschung, um einen Wandel hin zu einem nachhaltigen Ernährungssystem voranzutreiben. Dabei sei es wichtig, Ernährungssysteme als ein Netz aus komplexen Interaktionen involvierter Akteure, Machtverhältnissen und politischen Rahmenbedingungen zu begreifen (Debru & Brand, 2017; IPES-Food, 2015). Folglich haben für ein nachhaltiges Ernährungssystem neben Politik, Verwaltung oder Unternehmen, auch wissenschaftliche Institutionen eine Verantwortung. Die partizipative Aktionsforschung bezieht diesbezüglich alle genannten Akteure mit ein, welche zu Ko-Forschern werden. Dadurch wird es den Forschenden ermöglicht, vertieft in die Lebenswelten der städtischen Akteure einzutauchen. Aufbauend auf diesen ersten Erkenntnissen der Vorstudie ist ein partizipatives Forschungsprojekt mit den Ernährungsinitiativen und politischen Ämtern der Stadt Bern geplant. In Bern könnten so gemeinsam praxisrelevante Forschungsfragen mit den jeweiligen Akteuren entwickelt und das geplante, partizipativ aufgebaute Netzwerk, über die KULINATA hinaus, begleitend er-

forscht werden. Auch Spannungen, die sich aufgrund unterschiedlicher Ansprüche, Interessen und Machtstrukturen ergeben, würden so im Forschungsprozess analysiert. Weitere Herausforderungen könnten, unter Einbezug der Akteure, ermittelt und innovative Lösungsansätze entwickelt werden. Solche Lösungsansätze könnten verstärkt Akzeptanz finden, indem auf verschiedene Ansprüche und regionale, kulturell geprägte Besonderheiten Bezug genommen wird. Zudem könnte ein partizipativer Ansatz einerseits sowohl das Verständnis der Stadtpolitik zu sozialen und ökologischen Herausforderungen sowie einer demokratischen Teilhabe verändern und andererseits Bottom-up-Initiativen helfen, aus der Nische hervorzutreten und das geltende Regime mitzugestalten, um eine sozial-ökologische Transformation der Gesellschaft mit zu bewirken.

Neben dem Eintauchen in unterschiedliche Lebenswelten und Ansprüche benötigt es in der partizipativen Forschung aber auch eine kritische Reflektion gegenüber sich selbst und des eigenen Forschungsprozesses, um Objektivität bewahren zu können. Diesbezüglich erachten wir ebenfalls eine Koordination unter regionalen, aber auch überregionalen Forschungsinstituten als ebenso wichtig wie der Dialog mit wissenschaftlichen, politischen oder zivilgesellschaftlichen Akteuren anderer Städte, um voneinander zu lernen und sich auszutauschen. Die Herausforderung städtischer Ernährungssysteme sind nur gemeinsam zu meistern, um sie, gemäß dem Nachhaltigkeitsziel 11 der Vereinten Nationen »Nachhaltige Städte und Siedlungen«, resilient und nachhaltig gestalten zu können (UN, 2019).

## **Literatur:**

Amt für Landwirtschaft und Natur (2019a): Für eine wettbewerbsfähige, ökologische Landwirtschaft. [[www.vol.be.ch/vol/de/index/landwirtschaft/landwirtschaft.html](http://www.vol.be.ch/vol/de/index/landwirtschaft/landwirtschaft.html), abgerufen am 30.08.2019]

Amt für Landwirtschaft und Natur (2019b): Statistik. Die Berner Landwirtschaft in Zahlen 2014-2018. [[www.vol.be.ch/vol/de/index/landwirtschaft/landwirtschaft/statistik.html](http://www.vol.be.ch/vol/de/index/landwirtschaft/landwirtschaft/statistik.html), abgerufen am 30.08.2019]

Amt für Umweltschutz (2019a): Berner Platte 2.0. [[www.bern.ch/themen/umwelt-natur-und-energie/nachhaltigkeit/berner-platte-2.0](http://www.bern.ch/themen/umwelt-natur-und-energie/nachhaltigkeit/berner-platte-2.0), abgerufen am 30.08.2019]

Amt für Umweltschutz (2019b): KULINATA - Das Fest der Sinne. [[www.kulinata.ch](http://www.kulinata.ch), abgerufen am 30.08.2019]

#bärenhunger (2019): Foodstadt Bern. [[www.baerenhunger.ch](http://www.baerenhunger.ch), abgerufen am 30.08.2019]

Barlösius, E. (2011): Soziologie des Essens. Eine sozial- und kulturwissenschaftliche Einführung in die Ernährungsforschung. 2. Auflage. Weinheim, München: Juventa.

Bergold, J., & Thomas, S. (2012): Partizipative Forschungsmethoden: Ein methodischer Ansatz in Bewegung. Forum: Qualitative Social Research. Volume 13, No. 1, Art. 30.

Bosshardt, S. et al. (12/2015): OGG Bulletin. Von Mitteilungsblatt der Oekonomischen und Gemeinnützigen Gesellschaft des Kantons Bern. [[www.ogg.ch/fileadmin/user\\_upload/archiv\\_bulletins/bulletin\\_2015\\_4.pdf](http://www.ogg.ch/fileadmin/user_upload/archiv_bulletins/bulletin_2015_4.pdf), abgerufen am 30.08.2019]

Bourdieu, P. (1987): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Brand, C. et al. (2017): Designing Urban Food Policies - Concepts and Approaches. Cham: Springer.

Bundesamt für Statistik (BFS) (2019): Der ökologische Fussabdruck der Schweiz. Bundesamt für Statistik. [<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/nachhaltige-entwicklung/weitere-indikatoren-achhaltige-entwicklung/oekologischer-fussabdruck.html>, abgerufen am 08.11.2019]

Chevalier, J. M., & Buckles, D. J. (2019): *Participatory Action Research - Theory and Methods for Engaged Inquiry*. London: Routledge.

Debru, J., & Brand, C. (2017): Theoretical Approaches for Effective Sustainable Urban Food Policymaking. In: Brand, C. (Hrsg.): *Designing Urban Food Policies - Concepts and Approaches*. Cham: Springer. S. 75-105.

Di Giulio, A., & Fuchs, D. (07/2014): Sustainable Consumption Corridors: Concept, Objections, and Responses. In: *GAIA - Ecological Perspectives for Science and Society*, Volume 23, Supplement 1. S. 184-192.

Eckardt, F. (2013): Die Emotionalisierung der Stadt. In: Harm, K., & Aderhold, J.: *Die subjektive Seite der Stadt. Neue politische Herausforderungen und die Bedeutung von Eliten im lokalen Bereich*. Wiesbaden: Springer. S. 37-57.

Ernährungsforum Zürich (2019): Von der globalen Bewegung nach Zürich. [[www.ernaehrungsforum-zueri.ch](http://www.ernaehrungsforum-zueri.ch), abgerufen am 30.08.2019]

Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO) (2018): *Sustainable food systems-Concept and framework*. Rome.

Geels, F.W. (2002): Technological transitions as evolutionary reconfiguration processes: A multi-level perspective and a case-study. *Research Policy*, 31. S. 1257-1274.

Geels, F.W. (2011): The Multi-level Perspective on Sustainability Transitions: Responses to Seven Criticisms. *Environmental Innovation and Societal Transitions* 1 (1). S. 24-40.

Glaser, B. G., & Strauss, A. L. (1998): *Grounded Theory. Strategien qualitativer Forschung*. Göttingen: Hans Huber.

Gläser, J., & Laudel, G. (2010): *Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen*. Wiesbaden: Springer.



Hirsch, D. (2018): Rote Beete kommt in die Stadt zurück. In: A. Ghadiri, T. Vilgis, & T. Bosbach (Hrsg.): Wissen schmeckt. Wiesbaden: Springer. S. 255-271.

International Panel of Experts on Sustainable Food Systems (IPES-Food) (2015): The new science of sustainable food systems. Overcoming Barriers to Food Systems Reform. [www.groupedebruges.eu, abgerufen am 30.08.2019]

Köhler, J. et al. (2012): New directions in modelling innovation: applying agent-based methods to socio-technological transitions. In: Innovation System Revisited. Experiences from 40 years of Fraunhofer ISI research. Stuttgart: Fraunhofer Verlag.

Köhler, J. et al. (01/2017): Anwendung der Mehr-Ebenen-Perspektive auf Transitionen: Initiativen in den kommunal geprägten Handlungsfeldern Energie, Wasser, Bauen & Wohnen. Working Paper Sustainability and Innovation. Karlsruhe: Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung ISI.

Kofahl, D. (2014): Die Komplexität der Ernährung in der Gegenwartsgesellschaft. Kassel: university press.

Krähenbühl, E. (2018): Berner Platte 2.0., Berner Zeitung.

Lehmann, B. (2016): Nachhaltiges Ernährungssystem Schweiz. In: Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) (Hrsg.): Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Ernährung. Gute Beispiele für Kantone und Gemeinden.

Landwirtschaftlicher Informationsdiens (LID) (2010): Berner Landwirtschaft zum Erleben. [www.lid.ch/fileadmin/lid/Produkte/Kantonsbroschueren/55261\_Broschuere\_Berner-Landwirtschaft.pdf, abgerufen am 30.08.2019]

Markoni, E. (2017): Nachhaltiger Konsum und Lebensstile in der Schweiz. Eine soziologische Betrachtung individueller Selbstwahrnehmung des „Lifestyle of Health and Sustainability“. Bern, Berlin: Peter Lang.

Mayring, P. (2015): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. (12. überarbeitete Auflage). Weinheim, Basel: Beltz Verlag.

Milan Urban Food Policy Pact (MUFPP) (2019): Milan Urban Food Policy Pact. [www.milanurbanfoodpolicypact.org, abgerufen am 30.08.2019]

- Posse, D. (2015): Zukunftsfähige Unternehmen in einer Postwachstumsgesellschaft. Eine theoretische und empirische Untersuchung, Schriften der Vereinigung für Ökologische Ökonomie, Heidelberg: Vereinigung für Ökologische Ökonomie.
- Reichel, A., & Seeberg, B. (2011): The ecological allowance of enterprise: an absolute measure of corporate environmental performance, its implications for strategy, and a small case. *J. Environ. Sustain.* 1, 1. S. 81-92.
- Scherhorn, G. (2012): Unternehmensziele in einer Postwachstumsgesellschaft. In: E. Seidel, E. & Winter G. (Hrsg.): Pionier der umweltbewussten Unternehmensführung. Festschrift für Georg Winter zum 70. Geburtstag. Marburg: Metropolis-Verlag. S. 365-378.
- Schmelzer, M. (2017): Jenseits des Wirtschaftswachstums? ARL-Nachrichten. S. 9.
- Schrage, J.-F. (2014): Kurze Einführung in die Multi-Level Perspective. [[gedankenstrich.org/wp-content/uploads/2014/11/KurzeEinf%C3%BChrung-in-die-Multi-Level-Perspective.pdf](http://gedankenstrich.org/wp-content/uploads/2014/11/KurzeEinf%C3%BChrung-in-die-Multi-Level-Perspective.pdf), abgerufen am 30.08.2019]
- Schubrink, V. et al. (2013): Neue Strategien nachhaltigen Wirtschaftens. Unternehmen und Postwachstum: Das Beispiel Premium-Cola. *Ökologisches Wirtschaften* 1. S. 19-20.
- Smith, A., & Raven, R. (2012): What is protective space? Reconsidering niches in transitions to sustainability. *Research Policy* 41, 6. S. 1025-1036.
- Steinhilber, S., Wells, P., & Samarthia, T. (2013): Socio-technical inertia: Understanding the barriers to electric vehicles. *Energy Policy* 60. S. 531-539.
- Vereinte Nationen (UN) (2019): Ziele für eine nachhaltige Entwicklung. New York: Vereinte Nationen.
- Wiskerke, J. S., & Viljoen, A. (2012): Sustainable urban food provisioning: challenges for scientists, policymakers, planners and designers. In: Viljoen, A., & Wiskerke, J. S. (Hrsg.): *Sustainable Food Planning: Evolving Theory and Practice*. Wageningen: Wageningen Academy. S. 19-36.



# **IV Stadt-Utopien zwischen alten Mustern und neuen Freiheiten**



## **Call me trimtab: Storytelling, Zeitmaschinen und andere Vehikel**

von Saskia Hebert

Wer alternative, nachhaltige oder einfach »bevorzugte« Zukünfte entwerfen möchte, braucht nicht nur gute Ideen und Argumente, sondern auch Mut, Empathie und Überzeugungskraft. Im folgenden Text geht es – unter anderem anhand von Projektbeispielen aus dem Masterstudiengang Transformation Design an der HBK Braunschweig – um die Rolle von Gestalter\*innen bei der Herstellung neuer Narrative und prototypischer Übe-Situationen – auch und gerade im urbanen Kontext.

Die Postwachstumsstadt, die in diesem Buch in Frage und zur Debatte steht, existiert (noch) nicht: Sie ist ein utopischer Ort, von dem wir hoffen, ihn irgendwann erreichen zu können. Anders als in den frühen Utopien, die ihre Vorstellungen einer alternativen Gesellschaft noch synchron in ihrer eigenen Zeit verorten konnten<sup>1</sup>, ist die Postwachstumsstadt heute nicht Teil der inzwischen zur Gänze vermessenen Welt – und wird sich doch auf ihr und aus dem entwickeln müssen, was heute schon existiert.

Mit Blick auf die Vergangenheit erscheint es unwahrscheinlich, dass sich

---

<sup>1</sup> In Thomas Morus' Erzählung aus dem Jahr 1516 besaß die Rahmenhandlung von einer bis dato unbekanntem Insel samt ihrer Bewohner\*innen eine hohe Plausibilität – schließlich hatte nur eine Generation zuvor Christoph Kolumbus einen ganzen Kontinent »entdeckt«. Während spätere Autoren ihre Utopien gern in eine technoid geprägte Zukunft verlagerten, erscheint die Zukunft heute auch nicht mehr als das, was sie mal war – nämlich notwendigerweise besser als die Gegenwart.

eine, geschweige denn alle Städte in nicht allzu ferner Zukunft zu »Postwachstumsstädten« transformieren könnten: Trotz einzelner heterotopischer Ansätze für einen urbanen Kulturwandel<sup>2</sup> gibt es derzeit weder Staaten<sup>3</sup> noch einzelne Kommunen oder Gemeinwesen, die einen hohen zivilisatorischen Standard besitzen und zugleich einen dauerhaft nachhaltigen Umgang mit den ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen pflegen.<sup>4</sup> Andererseits wird beides dringend nötig sein, wenn das »Haus der Erde« (Franziskus et. al. 2015) langfristig bewohnbar bleiben soll<sup>5</sup> – nicht nur, aber auch für Menschen.

Es gilt also, den notwendigen Wandel nicht einfach zu ertragen, sondern ihn – im positiven Sinne und, wie Schmelzer und Vetter es in diesem Band (S. 211) formulieren, als Teil eines »wünschenswerten demokratischen Transformationsprozesses« – zu gestalten, was sowohl disruptive Momente der Abkehr vom Gewohnten, als auch diskursive Momente der Entwicklung alternativer Zukünfte beinhalten muss.

Das Format der *Erzählung*, mit dem Postulat des gestaltbaren Wandels verknüpft, kann hier mehrere Funktionen haben: Erstens können best-practice-Beispiele oder »Geschichten des Gelingens« ( wie z.B. in Giesecke et. al. 2016) dazu beitragen, sowohl Hoffnung als auch nützliches Wissen zu verbreiten. Zweitens können geschichtenförmige Zukunftsbilder zu einer Erweiterung der Palette von vorstellbaren und damit auch wünschbaren Zukünften beitragen. Drittens, ganz wichtig, sind Geschichten inklusiver als Pläne: Sie können unbegrenzt viele Beteiligte dazu einladen, sich an einer kollektiven Fiktion zu betei-

---

2 Erfolgreiche, aber meist insuläre oder partikuläre Gegenerzählungen werden »Bottom up« unter anderem durch die Commons-Bewegung, Urban Gardening- und Repair-Initiativen oder durch politische Bewegungen (Stadt von unten, Seebrücke, Volksentscheid Fahrrad und andere) entwickelt und ausprobiert. Sie erreichen allerdings den immer noch auf Wachstum fixierten Mainstream der Stadtentwicklung und der Planungspraxis (noch) nicht. (Vgl. Brokow-Loga et. al. in diesem Band)

3 Siehe die Analyse zum Verhältnis zwischen Human Development Index und ökologischem Fußabdruck verschiedener Länder im Living Planet Report 2012 des WWF unter [https://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/Living\\_Planet\\_Report\\_2012.pdf](https://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/Living_Planet_Report_2012.pdf), grafisch aufbereitet unter anderem im FUTURZWEI Zukunftsalmanach 2017/18 (Giesecke et. al 2016:17). Dort ist zu sehen, dass es kein Land gibt, das bei hohem zivilisatorischem Standard einen auf alle Weltbewohner skalierbaren Umweltverbrauch hat.

4 Zwar beschwört z.B. der WBGU in seinem Hauptgutachten 2016 die »transformative Kraft der Städte« (WBGU 2016), zeigt jedoch auch auf, wie komplex die systemischen Abhängigkeiten und politischen Verflechtungen sind, die die Handlungslogiken von Städten bestimmen und z.T. ganz erheblich einschränken. Zusammenschlüsse wie das »Parlament der Bürgermeister« (Barber 2013 sowie <https://globalparliamentofmayors.org/>) oder die C40 Cities sind erste und durchaus ausbaufähige Versuche, globale Probleme auf lokaler Ebene zu adressieren, werden jedoch bisher in den meisten Ländern nicht ausreichend gewürdigt und unterstützt.

5 Im Brundtland-Bericht (Hauff 1987) wird Nachhaltigkeit vor allem unter dem Aspekt der die intra- und intergenerationalen Gerechtigkeit gesehen – was, wenn es konsequent umgesetzt würde, die räumliche und zeitliche Externalisierung von ökologischen Folgekosten, wie sie beispielsweise Stephan Lessenich kritisiert (Lessenich 2016) unmöglich machen würde.

ligen, anstatt scheinbar fertige, von Expert\*innen angefertigte Entwürfe lediglich zur Kenntnis zu nehmen. Gerade letzteres wird immer wichtiger in Zeiten, in denen sich Teile der Gesellschaft aus dem öffentlichen Diskurs in faktenarme Parallelwelten verabschieden oder mit Hilfe machtvoller Bedrohungsszenarien angeblich alternativlose politische Entscheidungen rechtfertigen.

Nutzt man allerdings – für Architekt\*innen und Städtebauer\*innen vielleicht zunächst ungewohnt – *Geschichten* als Vehikel, um andere Zukünfte zu bereisen, dann spielt deren Form durchaus eine wichtige Rolle: »It matters, what stories tell stories«, wie es Donna Haraway in Anlehnung an Ursula K. Le Guin formuliert (Haraway 2016:35).

### **Erzählformate: von Held\*innen, Systemen und Beuteln**

Eine sehr vertraute Art Geschichte ist bis heute die Heldenreise, in der ein Einzelner (tatsächlich meist ein Mann) sich gegen Widerstände entwickelt, bewährt, schließlich Enormes bewirkt und dafür von seiner Gemeinschaft verehrt wird. Das kann nicht nur fiktiven Charakteren (von Odysseus bis Frodo), sondern auch realen Persönlichkeiten (von Einstein bis Mandela) zu Ruhm und Ehre verhelfen – einfach, weil sich ihre Geschichten so gut erzählen lassen.

Auch Designer\*innen sehen sich selbst oder werden gelegentlich von anderen als Helden dargestellt, wenn sie durch ihre Erfindungen und Entwürfe zu kulturellen Transformationen beitragen.<sup>6</sup> Ein solcher Erfinder-Ingenieur war zum Beispiel Richard Buckminster Fuller (1895–1983), der durch seine freitragenden Dome-Konstruktionen zu Ruhm gelangte, aber auch ein großer Redner war, der mit seinen Vorträgen sich selbst und andere begeisterte.

Eine seiner wirkmächtigsten Erzählungen war die Metapher vom Raumschiff Erde (Buckminster Fuller 2010), zu dem uns, wie es der Titel seines 1969 erschienenen Buches suggeriert, leider die Bedienungsanleitung fehlt. Dieses Sprachbild, das in Folge der damaligen Erkenntnisse der Umweltwissenschaften und der neuen Möglichkeit, die Erde aus dem Weltraum zu betrachten möglich wurde, macht uns alle zu Passagieren auf einem Himmelskörper und fordert uns dazu auf, nicht nur dessen Steuerung zu koordinieren, sondern auch herauszufinden, welche Art von Energie wir nutzen können, ohne die uns mitgegebenen

---

6 Manche ihrer Namen sind uns heute vertraut – Carl Benz etwa oder Thomas Alva Edison, schon weil es immer noch große Firmen gibt, die ihren Namen tragen. Heldengeschichten werden aber gerade in diesem Jubiläumjahr auch inflationär über das Bauhaus erzählt – was leider meist die Erzählungen von Unfertigem, von Experimenten und auch vom Scheitern in den Hintergrund drängt, obwohl man aus ihnen möglicherweise mehr lernen könnte.

fossilen Ressourcen (nach Fullers Ansicht lediglich eine Art »Starterbatterie«) verbrauchen zu müssen (Buckminster Fuller 2010:110).

Mit solchen und ähnlichen Ideen war Fuller seiner Zeit weit voraus: Gegen Ende seiner Karriere, als er in der Konsequenz damaliger Erkenntnisse immer deutlicher forderte, die Ressourcen der Erde zu schonen, zogen es Unternehmer- und Politiker\*innen vor, ihm nicht mehr zuzuhören – während die Hippie-Bewegung ihn als Helden und Propheten verehrte.<sup>7</sup>

Fuller selbst wünschte sich, dass die Redewendung »call me trimtab« in seinen Grabstein graviert würde, was sein Selbst- und Rollenverständnis treffend illustriert: Die Trimmklappe dient bei größeren Schiffen dazu, mit relativ geringem Energieaufwand erst das Ruder und schließlich den ganzen Tanker auf einen neuen Kurs zu bringen.

Den Kurs des Raumschiffs Erde haben jedoch leider weder Fuller noch die mit ihm sympathisierende junge Ökobewegung der 60er und 70er Jahre ändern können – und auch nicht die Wissenschaft, deren Speerspitze bereits 1972 dem Club of Rome den legendär gewordenen Bericht zu den »Grenzen des Wachstums« (Meadows et. al, 1972) vorlegte.

Während wir heute in einigen Bereichen die systemischen planetaren Belastungsgrenzen längst überschritten haben,<sup>8</sup> sind es im deutschen Sprachraum kurioserweise ausgerechnet »planetare Leitplanken« (WBGU 2016), die wir als Weltgesellschaft mit unserem expansiven Fahrstil immer wieder demolieren: Das exponentielle Wachstum so gut wie aller Verbräuche und auch der Abfälle, die erzeugt werden, lässt bei gleichzeitigem Anstieg der Weltbevölkerung keinen anderen Schluss zu, als dass dieses System nicht nachhaltig sein kann – auch nicht, wenn das Wachstum »grün« wäre.<sup>9</sup>

Donella Meadows (1941–2001), die gemeinsam mit ihrem Mann Dennis und anderen Wissenschaftlern den oben erwähnten Bericht an den Club of Rome verfasste, ist die Heldin der nächsten kurzen Geschichte: So soll sie der Legende nach bei einem Meeting anwesend gewesen sein, in dem es um die großen Welt-

---

7 Die Beatles sollen ihm ihren Song vom »Fool on the Hill« gewidmet haben, und die Dropouts der damals zahlreichen Hippiekommunen bastelten sich fleißig Trash Domes nach Fullers Vorbild.

8 Aktuelle Illustrationen und Berichte zum Status der planetaren Systemgrenzenüberschreitungen finden sich im Living Planet Report des WWF (WWF 2016:61).

9 siehe z.B. WWF 2016:59. Zur Illusion eines »Grünen« Wachstums siehe zum Beispiel die Argumentation von Niko Paech (Paech 2016) oder Ulrich Brand (Brand et. al 2017)) stellvertretend für einige der vielen an der Diskussion beteiligten Expert\*innen aus verschiedenen Disziplinen.

handelsabkommen ging – GATT, NAFTA und die WTO – und in dem sie begriff, dass die Menschen einfach nicht aufhören, mächtige Systeme zu erfinden, deren Wirkungsweisen sie nicht überblicken, geschweige denn kontrollieren können (Meadows 1999:2). Aufgrund dieser Erfahrungen entwarf Donella Meadows eine Liste von zunächst 9, später 12 Punkten, die ihrer Ansicht nach geeignet seien, um in komplexe Systeme (wenn nötig) korrigierend einzugreifen: die »Leverage Points to Intervene in a System« (Meadows 1999, 2010). Bis heute übt die Vorstellung, dass man solche Punkte finden und dann einen Hebel dort ansetzen kann – sei es ein gesellschafts- oder ein machtpolitischer – eine große Faszination aus;<sup>10</sup> vielleicht wären auch Greta Thunberg (als Hebelpunktfinderin) und die Fridays-for-Future-Bewegung (als Hebelarm) hier ein- bzw. zuzuordnen.

Doch so schön diese Heldengeschichten sind – Bucky, Donella und Greta waren bzw. sind beeindruckende Persönlichkeiten und werden zu Recht verehrt – mehren sich die Zweifel, ob solch anthropozentrische, auf einzelne, oft privilegierte Individuen zugespitzte Mythen das richtige Mittel sind, um die gegenwärtige Krise zu überwinden.

So kritisiert die Science-Fiction-Autorin Ursula K. Le Guin (1929–2018) in ihrer »Carrier Bag Theory of Fiction« (Le Guin 1989:149 ff) das Konzept der Heldengeschichte aus feministischer Sicht – egal, ob es sich um Helden oder Heldinnen handelt. Sie stellt in ihrer alternativen Evolutionsgeschichte dem Motiv des oder der Einzelnen, der / die mit Hilfe eines Werkzeugs / einer Waffe Großes vollbringt (zum Beispiel Mammuts erlegen) das Kollektiv der Sammelnden gegenüber, deren Utensil ein Beutel, eben die »Carrier Bag« ist. Sie plädiert für konvivialistische Beutelgeschichten an Stelle linearer Erzählungen von (persönlicher) Transformation – und für eine Aufwertung der mit einem Beutel verbundenen, meist als »weiblich« konnotierten Sorge-Arbeit (Austragen von Nachwuchs, Sammeln von Beeren oder Erzählen von Geschichten) gegenüber den Ego-Stories weitgereister, weltregierender Narzisst\*innen.

## **Urbane Zukunftsfähigkeiten**

Ein Beutel (ein Text, eine Stadt) kann Dinge, Fragmente und Ereignisse aus ganz unterschiedlichen Kategorien enthalten, die dennoch interdependent sind: In meiner eigenen Tätigkeit mischen sich zum Beispiel disziplinäre Hintergründe

---

<sup>10</sup> So richtete die Leuphana Universität Lüneburg vom 6. bis 8.2.2019 die »Leverage Points Conference on sustainability research and transformation« aus, die versuchte, direkt an Meadows' Modell anzuschließen und operabel zu machen.



(Architektur, Stadtforschung, Transformation Design) ebenso wie verschiedene Diskursrahmen (Praxis, Theorie und Lehre) und unterschiedliche Betrachtungsgegenstände (Stadt, Gesellschaft, Zukunft).

Die folgenden Geschichten gliedern sich unter drei Motive, die mir in einer Postwachstumsstadt unverzichtbar erscheinen: die *reduktive*, *kollaborative* und *offene Stadt*.<sup>11</sup>

Parallel dazu gibt es noch einen zweiten Set von Begrifflichkeiten: die »Zukunftsfähigkeiten«, die wir benötigen, um diese Städte zu entwerfen und, ganz wichtig, auch zu realisieren. Ich nenne sie *Sustain-Ability*, *Response-Ability* und *Prefer-Ability*.

### **Reduktive Stadt / Sustain-Ability**

Die *reduktive Stadt* müsste nicht nur einen ganz anderen Umgang mit Bestandsgebäuden und -räumen kultivieren und ihre Mobilitätskultur radikal ändern, sondern würde sich auch dadurch auszeichnen, dass Menschen mit weniger Wohnraum auskommen – zum Beispiel indem sie sich Räume teilen, die sie nicht oft nutzen, oder indem die funktionale Trennung von Wohnen und Arbeiten überwunden würde.

Neben dem zurzeit vor allem in der Bauindustrie vorherrschenden Paradigma der Effizienzsteigerung zur relativen Reduktion des Mittel- und Materialeinsatzes müssten Konsistenz- und vor allem Suffizienzansätze verfolgt werden – also Strategien zur absoluten Ressourcenersparnis und, ganz wichtig, veränderte Lebensstile. Die lassen sich nicht vorschreiben und nur bedingt dekretieren – aber sie lassen sich ermöglichen, vorleben und allmählich einüben.

In der reduktiven Stadt wäre daher die *Sustain-Ability*, die Fähigkeit, ererbte Strukturen, Wissensschätze und Fähigkeiten zu erhalten, zentral: Nicht um einer Musealisierung willen, im Gegenteil, es benötigt viel Vorstellungskraft und Geduld, um Transformationen im Bestand zu realisieren. Allerdings sind sie dafür, wenn sie denn gelingen, besonders ressourcenschonend – im sozialen, ökologischen und häufig sogar auch im ökonomischen Sinn.

Dazu ein Beispiel: Im Studienprojekt UN/REAL ESTATES stand 2017 zur Debatte, wie man eine ehemalige Betonfabrik in Stolpe an der Oder in einen »Kultur- und Gewerbepark« transformieren könnte – und wer außer dem Eigentümer daran zu beteiligen wäre. An diesem Projekt, das die Künstlerin Diana Lucas-Drogan, die Wirtschaftswissenschaftlerin Anke Strauß und die Performerin

---

11 Siehe auch: Hebert 2016

Christina Ciupke mit entwickelt haben, kollaborierten Studierende des Transformationsdesigns der HBK Braunschweig mit Studierenden der Organisations-  
theorie von der Europa Universität Viadrina Frankfurt / Oder.



Abb. 1: *Spekulative Forensik, Stolpe / Oder*  
(Foto: MA Transformation Design)

Das Semester umfasste zwei Exkursionen zum Gelände. Bei der ersten gab es Übungen in spekulativer Forensik: Aus Fundstücken und Überresten von Dingen auf dem Gelände wurden mit Hilfe von Vogelhaus-Bausätzen so genannte *Zukunftsnester* hergestellt, die als Skulpturen so auf dem Gelände positioniert wurden, dass sich im doppelten Wortsinn neue Horizonte und Perspektiven ergaben. Auf Grundlage dieser ersten, schnellen Übung bildeten sich interdisziplinäre Arbeitsgruppen zu unterschiedlichen Themen.



Abb. 2: *Zeitmaschine 1: Vereinsgründung »Multi e.V.«,*  
*Pedro Botelho Faim und Silvia Cojocar*  
(Foto: MA Transformation Design)

In einem zweiten Vor-Ort-Aufenthalt fünf Wochen später hatten diese Gruppen die Aufgabe, *Zeitmaschinen* zu bauen, mit denen man ihre wünschenswerte Zukunft schon mal im Hier und Jetzt »erfahren« konnte: Jedes Team konstruierte dazu im Rahmen eines öffentlichen Besichtigungs-Spaziergangs eine immersive Kernsituation der eigenen, noch in der Zukunft gelegenen Idee und lud das Publikum ein, diese mitzugestalten.

So wohnten die interessierten Zuschauer\*innen der fiktiven Gründungszereemonie des Vereins »Multi e.V.« bei, besichtigten das »Werk«, das sich für das Re-Skilling alter Handwerkstraditionen einsetzt, wurden für kurze Zeit Teil eines kulinarischen Diversity-Projekts und trafen sich zum Abschluss in der »Sonnenoase«, die neben dem Konsum von Kaltgetränken einen zwanglosen und freundlichen Austausch ermöglichte. In der anschließenden Debatte mit Anwohner\*innen wurde allerdings deutlich, dass so eine Überschreibung des Bestehenden (und des Gewesenen) viel Zeit und Engagement benötigt – mehr, als es in einem Semesterprojekt leistbar ist.<sup>12</sup>

### **Kollaborative Stadt / Response-Ability**

Die zweite wichtige Kapazität eines zukunftsfähigen Gemeinwesens, die ich hier erwähnen möchte, ist die *kollaborative* Stadt. Hier geht es vor allem um Kommunikation im Sinne einer *Response-Ability* (Haraway 2016: 72), also um gegenseitiges Zuhören, um Antwortfähigkeit und die Übernahme von Verantwortung für die Gemeinschaft.<sup>13</sup> Um eine Stadt als Gemeingut zu entwickeln, müssen viele Stimmen gehört werden – und man muss Wege finden, auch die zu hören, die sehr leise oder gar nicht sprechen: It matters, *whose stories tell stories*, könnte man das obige Zitat hier abwandeln.

Dazu ein Beispiel aus der Planungspraxis: Die Stadt Wittenberge beauftragte 2017 mein Büro *subsolar\*architektur & stadtforschung* und das Landschaftsarchitekturbüro Station C23, einen städtebaulichen Rahmenplan für das so genannte Packhofviertel zwischen Bahnhof und Elbe zu erarbeiten. Dieses Gründerzeitquartier, in dem ursprünglich Arbeiter\*innen aus inzwischen geschlossenen Fabriken wohnten, ist heute von strukturellen Schwächen, Leerstand und einer

---

12 Derzeit ist das Betonwerk als Reallabor Teil eines BOSCH-Forschungsprojektes aus dem Programm »Spielraum«.

13 Haraway erweitert das Motiv der Response-Ability auch auf nichtmenschliche Akteure, die sie in ihrem Entwurf eines »Chthuluzäns« als gleichberechtigte und an der gemeinsamen, geteilten Existenz ohnehin in »Sym-Poiesis« beteiligte Wesen beschreibt (Haraway 2016).

heterogenen räumlichen Entwicklung gezeichnet: Während ganze Blocks abgerissen und für den Bau von Einfamilienhäusern umgewidmet wurden, ist die Stadtstruktur an anderen Stellen mit geschlossenen Fassadenreihen und blickgeschützten, teilgewerblich genutzten Innenbereiche noch weitgehend intakt. Die lokale *Expertise* für unsere Planung erlangten wir in so genannten *Viertelrunden*, kleinen Gesprächskreisen, in denen interessierte Anwohner\*innen dazu beitrugen, so genannte »Schatzkarten« mit Potenzialen des Viertels zu erarbeiten. Diese Karten wurden anschließend in eine integrierte Planung überführt, die verschiedene Maßnahmen umfasste und zeitlich priorisierte. Um vorstellbar zu machen, was das konkret für die Stadt bedeuten könnte und, noch wichtiger, um Wittenberger\*innen und mögliche Zuzügler\*innen dazu einzuladen, sich an einer solchen Entwicklung zu beteiligen, erarbeiteten wir die *Wittenberger Transformationsgeschichten*, die aus dem Jahr 2025 von 13 dann erfolgreich realisierten, fiktiven Projekten erzählen.<sup>14</sup> Jede Geschichte füllt ein Plakat und zugleich ein Fenster in einem zentral gelegenen Leerstandsgebäude: Als Open-Air-Ausstellung zum Brandenburg-Tag 2018 eingeweiht, sprechen die Tafeln noch heute zu den Passant\*innen, die dort vorbeikommen.



Abb. 3: Zukunftsgeschichten am Leerstandsobjekt im öffentlichen Raum von Wittenberge (Foto: subsolar\*)

<sup>14</sup> Eine vollständige Dokumentation aller Geschichten befindet sich unter <http://www.subsolar.net/blog/2018/08/15/gruse-aus-der-zukunft-wittenberger-transformationsgeschichten/>

Das Grundprinzip dieser Zukunftsgeschichten ist das der Collage, die folgende Parameter umfasst: Erstens einen Titel, der neugierig macht,<sup>15</sup> zweitens eine fiktive, aber vorstellbare Akteur\*in, der / die von ihrem Projekt berichtet – die Akteure kommen aus unterschiedlichen Orten, sozialen Schichten und Altersgruppen, und sie vertreten verschiedene Organisationsformen (Baugruppen, Start-Ups, eine Genossenschaft, Mieterinitiativen, soziale Träger u.v.m.). Die fiktive Akteur\*in ist auf dem Plakat zeichnerisch dargestellt, und zwar vor dem realen Ort des möglichen Geschehens, wie er heute aussieht. Drittens die fiktive Geschichte selbst: Die Person berichtet hier in der Rückschau, was sie dazu motiviert hat, dieses Projekt zu starten und was sie alles unternommen hat, um diese spezielle Transformation möglich zu machen. Eine einfache Collage zeigt viertens, was hier einmal entstehen könnte (und wovon im Text die Rede ist), während fünftens je drei Referenzprojekten die vorgeschlagene Strategie plausibilisieren – sie zeigen vergleichbare reale Projekte, die hier oder woanders schon erfolgreich ausprobiert wurden.<sup>16</sup>

Was hier gut funktioniert, ist der Einladungscharakter: Fast jeder Mensch ist in der Lage, sich Dinge vorzustellen, und die hier vorgestellten Visionen von einer (besseren) Zukunft kommen ohne mahnenden Zeigefinger und ohne generische Renderings aus. Das aktive Sich-Hineindenken in eine mögliche, veränderte Zukunft kann so auch ein erster Schritt auf dem Weg zu einer veränderten Selbstwahrnehmung sein – und wenn es gelingt, Menschen so zu affizieren, dass sie selbst zu Akteur\*innen werden, ist viel gewonnen.

## Offene Stadt / Prefer-Ability

Die letzte ist die vielleicht größte Herausforderung unter den oben genannten Zukunftsstadt-Aspekten: die *offene Stadt*. Viele ihrer zentralen Aspekte – das Unfertige, die gelebte Komplexität des Bewohnens, die Integrations- und Inklusionsfähigkeit – hat Richard Sennett (Sennett 2018) ausführlich beschrieben; hinzufügen möchte ich den genuin zeitlichen Aspekt einer Stadt, die nicht nur offen sein, sondern auch offen *bleiben* muss, auch in Zukunft. Die große Herausforderung ist hier, zwischen als alternativlos beworbenen Technofixes und den

---

15 Zum Beispiel gibt es den »Ciderspace«, die »Konsum.Genossen« oder das Baugruppenprojekt »In der Reihe tanzen« – siehe auch <http://www.subsolar.net/blog/2018/08/15/gruse-aus-der-zukunft-wittenberger-transformationsgeschichten/>

16 Viele der hier genutzten Beispiele stammen aus den offenen Projektsammlungen des Mietshäusersyndikats und des Katalogs der Immovielen, die beide ganz verschiedene gemeinschaftliche Wohn- und Hausprojekte vorstellen: <https://www.syndikat.org/de/projekte/> und <https://www.netzwerk-immovielen.de/immovielen/>

aus den eigenen, mentalen Infrastrukturen resultierenden Pfadabhängigkeiten überhaupt Wünschenswertes auszumachen, also die *Prefer-Ability* zu trainieren – gerade in Bezug auf das, was (noch) nicht ist, aber sein könnte.<sup>17</sup>

Das letzte Beispiel im Geschichtenbeutel ist wieder ein Studierendenprojekt aus dem Transformationsdesign: Am Beginn des Projekts IM/MOBILE CULTURE\_SZ stand die scheinbar unlösbare Aufgabe, sich postfossile Mobilitätskulturen für Salzgitter vorzustellen, eine Flächenstadt mit 30 Ortsteilen ohne ausreichenden öffentlichen Nahverkehr, mehreren großen Werken der Stahl- und Automobil-Zuliefererindustrie und einem beachtlichen Defizit im städtischen Haushalt.

Auch hier fand zunächst eine Exkursion statt, aus deren Erkenntnissen sogenannte Rohszenarien entwickelt wurden.<sup>18</sup> Diese – zum Teil schönen, zum Teil dystopischen – Visionen wurden anschließend geclustert und in drei Projekte überführt, die einen je eigenen Ansatz zur Ermöglichung des Unmöglichen verfolgten. Alle drei haben schließlich Zukunftsszenarien erarbeitet, die mittels eines »Backcastings«<sup>19</sup> beschrieben werden.

So bekommt im ersten Szenario Emma, eine 15-jährige Schülerin, im Jahr 2032 die Aufgabe, die Mobilitätskultur ihrer Heimatstadt im Jahr ihrer Geburt zu beschreiben. Sie zieht los und befragt Zeitzeugen, die ihr erzählen, wie das so war im Jahr 2017 – und Emma wundert sich sehr: Dass jede\*r ein eigenes Auto hatte zum Beispiel und da meistens alleine dringessen hat, oder es stundenlang leer am Straßenrand hat stehen lassen! Verrückt geradezu... aber auch, dass man damals noch keine fahrerlosen On-Demand-Rufbusse kannte, nicht von zu Hause aus arbeiten und nebenher die Oma pflegen oder regionales Gemüse direkt im

---

17 In der Zukunftsforschungsmethode des »Strategic Foresight« und im Transformationsdesign unterscheidet man zwischen den »probable, plausible und possible futures«, die häufig als Trichter-Grafik dargestellt werden. Dieser Trichter beginnt auf der X-Achse (Zeit) an einem Punkt (Jetzt) und weitet sich zu einem Bündel möglicher Zukünfte, wobei sein mittleres Feld, das Wahrscheinliche, häufig stärker eingefärbt dargestellt wird als seine Ränder (des Möglichen, aber weniger Wahrscheinlichen). Interessant wird es nun, wenn man die »preferable futures«, die bevorzugten Zukünfte darin verortet: Diese können vom wahrscheinlichen Pfad mehr oder weniger stark abweichen – was die Frage aufwirft, wie man dorthin gelangen würde.

18 Hierfür wird ein einzelner beobachteter Fakt oder Trend isoliert und in eine mögliche Zukunft extrapoliert, die durchaus radikal sein kann und nicht den Anspruch erhebt, »realistisch« zu sein. So kann zum Beispiel die Existenz des atomaren Endlagers Schacht Konrad zu einem ganz anderen Rohszenario führen als die »IA-Börde-Böden«, von denen der ortskundige Busfahrer den Studierenden berichtete.

19 Beim Backcasting geht man von einer Zielvorstellung aus, beschreibt die Unterschiede zur gegenwärtigen Situation und entwirft Wege, wie die erkannten Hindernisse überwunden wurden. So lassen sich im Idealfall gegenwärtige Streitigkeiten suspendieren, gemeinsame Ziele formulieren und mögliche konkrete Handlungsoptionen identifizieren – ohne dass eine kohärente Planung oder der Anspruch vollständiger Kontrollierbarkeit existieren. Gelingt es dadurch beispielsweise in politischen Gremien »No-regret-Maßnahmen« zu identifizieren, kann das ein wichtiger Schritt zum konstruktiven Umgang mit Kontingenz und Unsicherheit sein.

Dorf kaufen konnte kann Emma kaum glauben – denn ihre Realität sieht ganz anders aus.

Im zweiten Szenario erklärt ein Mitarbeiter der Stadtverwaltung von Salzgitter im Jahr 2042 einer Delegation aus anderen Kommunen die historisch beispielhafte Verwandlung Salzgitters in eine Fahrradstadt: Nachdem man 2018 nach dem Vorbild Kopenhagens die Losung »Salzgitterize!« ausgerufen hatte, wurden hier alle Kräfte gebündelt. Behörden, Zivilgesellschaft und Unternehmen klärten auf, bauten um und riefen Aktionstage aus, um allen Bewohner\*innen der Stadt die Vorteile des Radfahrens nahezubringen – und siehe da: Auch hier war die Mobilitätswende am Ende geschafft!

Das dritte Szenario hieß »Zukunft pflanzen« und befasste sich mit regionaler Landwirtschaft. Denn der motorisierte Individualverkehr ist zwar ein großer Faktor bei der verkehrsbedingten CO<sub>2</sub>-Produktion, aber eben nicht der einzige: Transporte von Gütern und Lebensmitteln tragen erheblich zu Treibhausgas-Emissionen bei, wie auch die industrielle Landwirtschaft, die aufgrund eines fragwürdigen Subventionssystems zur Bedrohung der Biodiversität, zur Verseuchung des Grundwassers und zum Sterben kleinerer Hofbetriebe beiträgt. In diesem Szenario übernimmt daher nach einem Transformationsfestival im Jahr 2018 eine Gruppe junger Leute einen der aufgegebenen Höfe und startet dort eine Kulturlandkampagne, die mit Prinzipien der Permakultur arbeitet und schließlich sogar in der Lage ist, *Peak Phosphor* zu überstehen – eine klassische Wild Card in diesem Szenario. Die jungen Leute werden erst verlacht, dann beneidet und später bewundert – denn auch hier, wenig erstaunlich, kann natürlich eine Erfolgsgeschichte erzählt werden, in der die ehemalige Autostadt Salzgitter am Ende als Agrarregionalversorger sogar das benachbarte Braunschweig miternährt, das den notwendigen Wandel völlig verschlafen hat.

Alle drei Szenarien wurden Ende 2017 in Salzgitter dem Ausschuss für Bauen und Umwelt präsentiert, daraufhin fand Ende 2018 ein Zukunftsworkshop mit den Stadtverordneten statt – umgesetzt wurde allerdings leider bisher keine der vorgeschlagenen Maßnahmen.



Abb.4: Die Zukunft wird auf einer Stadtkarte von Salzgitter gepflanzt: Storytelling mit Requisiten  
(Foto: MA Transformation Design)

## Ausblick: Gegenstände der Gestaltung

All diese Geschichten berichten von einem Paradigmenwechsel in den Gestaltungsdisziplinen: Weg von der Gestaltung von Gegenständen (oder der Illusion von Kontrolle über langfristige Prozesse) hin zu Gegenständen der Gestaltung, die sehr viel offener und flexibler in ihrer Methodik, zugleich aber normativ und präzise in ihrer Zielsetzung sind.

Design, Architektur und Städtebau haben in diesem Diskursfeld, das transdisziplinäre stadtgesellschaftliche Integration erfordert, eine besondere Rolle: Sie können jenseits des Autorenprinzips dabei helfen, alternative Konzepte zu entwickeln, sie vorstellbar machen und sogar prototypisch oder modellhaft umsetzen. Dadurch entstehen *Übe-Situationen*, in denen man in der Zukunft quasi probebewohnen kann – was einerseits helfen kann, vorhandene Unsicherheiten und Ängste zu reduzieren und andererseits neue Horizonte, Perspektiven und Allianzen ermöglicht.

Die so erreichten *Ortsverschiebungen* (Hebert 2012, Waldenfels 2009) sind mögliche nachhaltige Meilensteine auf dem Weg in die Postwachstumsstadt. Allerdings lassen gegenwärtige Systemlogiken ein solches Handeln alles andere als trivial erscheinen: transformative Projekte werden schnell überkomplex, unkalkulierbar und unübersichtlich, bewegen sich außerhalb geltender Honorarordnungen und enthalten hohe Risiken. Dennoch ist es wichtiger, neue Fragen zu stellen, als auf gestellte Fragen mit vorhandenen Routinen zu antworten: Um einen breiten Diskurs darüber zu ermöglichen, wie wir eine positive Vorstellung von Zukünftigem irgendwo zwischen *Design* und *Disaster* erreichen können,<sup>20</sup> benötigen wir das, was andere *Zukunftskunst* nennen (Schneidewind 2018) oder auch *Arts of living on a damaged Planet* (Tsing 2017). Denn, um den berühmten Appell von Virginia Woolfe<sup>21</sup> auf die gegenwärtige Situation anzupassen: *Act we must / we must act!*

---

20 Beide Extreme des Wandels (»by disaster« / »by design«), die zu Beginn des Diskurses als zentrale Dichotomie im Transformationsdesign dargestellt wurden (Welzer et. al. 2014) können handlungsentlastend auf Individuen und Entscheidungsträger\*innen wirken: Fatalisten könnten der Ansicht sein, dass eh alles zu spät ist (und sie daher nicht handeln müssen) und Optimisten könnten sich darauf verlassen, dass eh alles gut wird (und sie daher nicht handeln müssen).

21 Virginia Woolfe schrieb 1938 in *Three Guineas* »Think we must – we must think« – und entwarf in dem enthaltenen »wir« eine weibliche Identität (Stengers 2014). Ich erlaube mir hier trotz möglicher berechtigter Einwände in Bezug auf meine eigene privilegierte Sprechposition und die mechanistische Metaphorik ein »Wir« zu verwenden, das anknüpfend an die oben erzählten Geschichten alle Passagiere des Raumschiffs Erde einschließt – und es selbst natürlich auch.



## **Literatur:**

Barber, B. R. (2013): *If mayors ruled the world: dysfunctional nations, rising cities*, New Haven.

Brand, U.; Wissen, M. (2017): *Imperiale Lebensweise: zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*, München.

Buckminster Fuller, R. (2010): *Bedienungsanleitung für das Raumschiff Erde und andere Schriften*.

Franziskus; Florin, C. (2015): *Enzyklika Laudato si': über die Sorge für das gemeinsame Haus: die Umwelt-Enzyklika mit Einführung und Themenschlüssel*, Stuttgart.

Giesecke, D.; Hebert, S.; Welzer, H. (Hrsg.) (2016): *FUTURZWEI Zukunftsalmanach 2017/18*, Frankfurt / M.

Haraway, D.J. (2016): *Staying with the trouble: making kin in the Chthulucene, Experimental futures: technological lives, scientific arts, anthropological voices*, Durham.

Hauff, Volker (Hrsg.) (1987): *Unsere gemeinsame Zukunft – Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung*, Greven.

Hebert, S. (2012): *Ortsverschiebungen - ein Plädoyer für den Möglichkeitssinn*, in: *dérive 47*, Zeitschrift für Stadtforschung.

Hebert, S. (2016): *Schwerpunkt Stadt – ein Reisebericht*, in: Giesecke, D.; Hebert, S.; Welzer, H. (Hrsg.): *FUTURZWEI Zukunftsalmanach*, Frankfurt / M..

Le Guin, U. K. (1989): *Dancing at the edge of the world: thoughts on words, women, places*, London.

Lessenich, S. (2016): *Neben uns die Sintflut: die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis*, Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung, Lizenzausgabe., Bonn.

Meadows, D. (1999): *Leverage Points. Places to Intervene in a System*, Hartland.

Meadows, D.; Meadows, D. H. (1972): Die Grenzen des Wachstums: Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit.

Meadows, D. H. and Wright, D. (2010): Die Grenzen des Denkens: wie wir sie mit System erkennen und überwinden können, München.

Paech, N. (2016): Befreiung vom Überfluss: auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie, München.

Schneidewind, U. (2018): Die große Transformation: eine Einführung in die Kunst gesellschaftlichen Wandels, Frankfurt / M.

Sennett, R. (2018): Die offene Stadt: eine Ethik des Bauens und Bewohnens, München.

Stengers, I. (2014): Women who make a fuss, Minneapolis, MN.

Tsing, A. L. (Ed.) (2017): Arts of living on a damaged planet, Minneapolis.

Waldenfels, B. (2009): Ortsverschiebungen, Zeitverschiebungen: Modi leibhaftiger Erfahrung, Frankfurt / M.

WBGU Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (Hrsg.) (2016): Der Umzug der Menschheit – Die transformative Kraft der Städte.

Welzer, H.; Sommer, B. (2014): Transformationsdesign: Wege in eine zukunftsfähige Moderne, München.

WWF (2016): Living Planet Report 2016. Risk and resilience in a new era. WWF International, Gland.



## **Formierungsprozesse »von unten« erforschen.**

### *Werkstattbericht einer Spurensuche im Wohnungswesen und in der Landwirtschaft*

*von Sanna Frischknecht, Moritz Maurer und Dietmar Wetzel<sup>1</sup>*

#### **Einleitung**

In den letzten Jahren wird in den Kultur- und Sozialwissenschaften, etwa im Kontext der Auseinandersetzung mit »Postwachstumsgesellschaften« (Wetzel, 2016) oder mit dem »Konvivialismus« (Adloff und Heins, 2015) wiederholt (und sozialtheoretisch untermauert) gefordert, gesellschaftlichen Problemlagen mit einer relativ dezentralen, demokratisch organisierten und von gemeinschaftlichen Beziehungen geprägten Produktion zu begegnen. In diesem Zusammenhang wecken Gruppen<sup>2</sup>, die ein Gut kooperativ, solidarisch, gemeinschaftlich,

---

1 Dieser Beitrag entstand im Rahmen des zwischen 2016 und 2020 unter der Leitung von Prof. Dr. Axel Paul (Universität Basel) und Prof. Dr. Dietmar Wetzel (MSH, Hamburg) laufenden und vom Schweizerischen Nationalfonds geförderten Projekts »Transformative Gemeinschaften als innovative Lebensformen? Eine Untersuchung am Beispiel von Deutschschweizer Cohousing und Vertragslandwirtschaftsprojekten«.

2 Um unserer Untersuchung nicht vorwegzunehmen, ob es sich bei den von uns untersuchten Personen tatsächlich um »Gemeinschaften«, »alternative Netzwerke« oder »Produktivgenossenschaften« handelt, haben wir uns darauf verständigt, Gruppen zu untersuchen. Der Begriff lässt es vorerst offen, wie lange, wie häufig und wie intensiv sich die untersuchten Akteure zur Aufnahme einer Wohnbau- oder Landwirtschaftstätigkeit treffen. Wir müssen mit den Begriff Gruppe den untersuchten Akteuren noch nicht zumuten, tatsächlich in erster Linie durch gemeinschaftsorientierte Beziehungen geprägt zu sein (skeptisch dazu bereits Geiger 1927). Zudem lässt es der Begriff zu, dass wir Zusammenkünfte untersuchen können, die sich unterschiedlicher Rechtsformen bedienen. Damit tragen wir dem Umstand Rechnung, dass Gruppen in unserem Forschungsfeld tatsächlich tatsächlicher Rechtskörperschaften verwenden (Webrecherche Maurer; siehe auch Gonzalez 2018, S. 17-25).

kollaborativ oder partizipativ herstellen möchten und dabei konventionelle Produktion, wegen der von ihr verursachten Schäden an Mensch und Natur kritisieren, sowohl im öffentlichen Diskurs als auch in der Forschung zusehends Interesse. In den Blick genommen werden unter anderem Wohnprojekte, die der städtischen Anonymität, dem ökonomischen Druck der »Ich-AG« oder dem ressourcenverzehrenden Leben im Einfamilienhaus mit gemeinschaftlich-kooperativen Wohnformen begegnen, und solidarische Landwirtschaften, welche die konventionelle Landwirtschaft mit der Möglichkeit regionaler ressourcenschonender Lebensmittelproduktion konfrontieren (Beck, 2012; Boddenberg et al., 2017; Sargisson, 2012). Forschungsarbeiten zu Cohousing, solidarischen Landwirtschaften, Ökodörfern, Konsumvereinen und Wohnbaugenossenschaften etc. zeigen, dass die häufig auch unter dem Begriff ›intentionale Gemeinschaften‹ (Kunze, 2013) verhandelten Gruppen durchaus in der Lage sind, postwachstumskonforme Lebensformen (Carolan, 2011; Lietaert, 2010) und nachhaltige Praktiken hervorzubringen (Kunze 2009; Schröder und Walk 2014). Mit Rückgriff auf die in den letzten Jahren in der Soziologie kontrovers geführten Debatte um soziale Innovation wird zudem verschiedentlich versucht, das Diffusions- oder Transformationspotenzial dieser Gruppen bzw. ihrer Projekte auszuloten (Franz und Kaletka, 2018).

In beiden Forschungssträngen fällt der Blick aber meist auf die Gemeinschaftsutopien, zum Beispiel auf die von Cohousing-Gruppen entwickelten ›Wohn(t)räume‹ oder auf die von alternativen Landwirt(inn)en entworfenen ›essbaren Städte‹. Die Forderungen des Konvivialismus sind aber auch auf organisationale Praktiken und die Etablierung alternativer – oder eben konvivialer – Organisationspraktiken gerichtet (Adloff und Leggewie, 2014). Diese werden bei den oben genannten Arbeiten zu konvivialen, gemeinschaftlichen, postwachstumskonformen Gruppen oder intentionalen Gemeinschaften zwar als Selektionskriterium für die Wahl der jeweils untersuchten Gruppen herangezogen, aber bislang kaum zum Gegenstand der Forschung gemacht. Beispielsweise gibt es kaum Studien, welche die konkrete Umsetzung demokratischer Verwaltung in konvivialistischen Gruppen untersuchen (dazu bereits Rothschild und Whitt, 1986; Schimmele, 2019). Als konvivialistische Gruppe bezeichnen wir im Folgenden Akteure, die eine gemeinsame Tätigkeit mit Intentionen begründen, die den von Konvivialist(inn)en vorgeschlagenen Idealen ähneln. Die Endung des Begriffs soll verdeutlichen, dass die von uns und anderen Autor(inn)en untersuchten Gruppen sich in der Regel nicht nur an den von Konvivialist(inn)en formulierten Idealen orientieren, sondern ihre Tätigkeit vielmehr mit Idealen aus einer Vielzahl unterschiedlicher wissenschaftlicher Quellen aus

unterschiedlichen Disziplinen begründen (Feldnotizen Frischknecht & Maurer, auch (Bietau et al.) 2013). Des Weiteren sind Formierungsprozesse, welche zur Verstetigung der Gruppen beitragen, genauer dazu, dass die in ihnen wirksamen Akteure erneut aufeinandertreffen, ihre Überlegungen weiterspinnen und, wenn auch in sich verändernder Zusammensetzung, die gemeinsame Arbeit zur Verwirklichung von Wohn, Gartenbau oder ähnlichen Träumen fortsetzen, bislang nur selten Gegenstand der Forschung (Grundmann, 2018; Sullivan, 2016a, 2016b). Dies erstaunt ebenso, wie die Tatsache, dass, obwohl viele Gruppen die Rechtsform der Genossenschaft wählen, bislang kaum Brücken von den Forschungsarbeiten zu konvivialistischen Gruppen zur Genossenschaftsforschung geschlagen wurden, die gemeinschaftlich-kooperative Organisationsformen und demokratisch geführte Organisationskulturen bereits vor fast genau 200 Jahren (Owen, 1817) zu ihrem Gegenstand erklärt hat.

Die geringe Beachtung gemeinschaftlich-kooperativer Organisationspraktiken, machen wir zum Ausgangspunkt unserer Untersuchungen. Mit zwei empirischen Arbeiten<sup>5</sup> an der Schnittstelle zwischen Gemeinschafts- und Genossenschaftsforschung fragen wir danach, wie konvivialistische Gruppen und ihre Projekte bzw. Netzwerke hervorgebracht werden und welche Rolle gemeinschaftlich-kooperative Praktiken sowie per Satzung festgelegte Prinzipien demokratischer Organisation in ihren Formierungsprozessen spielen. In unseren Arbeiten geht es dementsprechend nicht um das Potenzial oder die Nachhaltigkeit von Wohnformen oder Gemüseanbauvarianten. Vielmehr konzentrieren wir uns auf die dichte Beschreibung von Formierungsprozessen und die mit ihnen einhergehenden organisationalen Praktiken. Wir gehen in diesem Zusammenhang davon aus, dass beobachtbare Wechselwirkungen zwischen Formierungsprozessen und organisationalen Praktiken Hinweise dazu liefern, was gemeinschaftlich-kooperative Organisationsformen (zumindest bislang) davon abhält, zu einem entscheidenden Wirtschaftsfaktor zu werden und inwiefern sie womöglich aber dennoch dazu beitragen könn(t)en, gängige Praktiken im Wohnungswesen und der Landwirtschaft zu irritieren.

Im Beitrag diskutieren wir, erstens einige aus der Genossenschaftsforschung und unseren ersten Felderfahrungen abgeleitete Forschungsprämissen, sowie den Hintergrund unserer Forschungsarbeit. Daran anschliessend stellen wir unsere Überlegungen zu der von uns gewählten Erkenntnisstrategie, der refle-

---

3 In ihrer ethnografisch angelegten Promotionsarbeit untersucht Sanna Frischknecht, wie im Zuge der Entstehungs- und Institutionalierungsprozesse einer Wohnbaugenossenschaft eine partizipative Organisationskultur von unten hervorgebracht werden soll. Moritz Maurer widmet sich in seiner Arbeit der Bildung von Netzwerken alternativer Landwirtschaftsgruppen und fragt danach, welche organisationalen Praktiken in ihnen zum Entstehen neuer Gruppen beitragen.

xiven Ethnographie vor. Im dritten Teil des Beitrags beschreiben wir einige organisationale Praktiken der von uns in unserer Forschungsarbeit untersuchten Gruppen.

### **Hintergrund: Utopie ›für alle‹ – Verwirklichung für wenige?**

Die Ausbreitung konvivialistischer Gruppen oder zumindest die Vergrößerung ihrer Wirkung auf die Produktion und Verwaltung menschlicher Lebensgrundlagen erscheint uns prinzipiell wünschenswert. In Anbetracht des fortschreitenden Artensterbens, des Klimawandels, der trotz weiterer Mechanisierung anhaltend hoher Arbeitsbelastung ist es angebracht, über tiefgreifende Veränderungen in Produktion und Verwaltung nachzudenken. Die Idee, den Sinn von Produkten einer ernsthafteren Kontrolle durch Konsument(inn)en oder Produzent(inn)en auszusetzen, statt ihren Absatz mit immer aufwendigerem Marketing zu forcieren, leuchtet uns ein. Auch das Anliegen, den Spielraum für die Entwicklung von Produkten aufrechtzuerhalten, die in erster Linie auf die Verbesserung menschlichen Zusammenlebens im Sinne von mehr Gemeinschaft, Solidarität und Lebensfreude etc. und nicht auf das Renditeinteresse von Investor(inn)en abgestimmt sind, erachten wir als notwendig..

Allerdings ist die Existenz konvivialistischer Gruppen kein neues Phänomen. Ihre Eigenschaften und ihre Wirkung wurden bereits mit einigem Aufwand wissenschaftlich erhoben. Insbesondere hat die Genossenschaftsforschung die den konvivialistischen Gruppen zumindest teilweise ähnelnden Genossenschaften und genossenschaftsähnliche Organisationsformen intensiv untersucht (Brazda und Blisse, 2018; beispielsweise Rothschild, 2016, gesamtes Issue). Trotz ihrer prinzipiell eher wohlwollenden Beurteilung des Genossenschaftswesens ist ihr Ergebnis insgesamt ernüchternd. Genossenschaften können sich in ihrer Entwicklung auf unterschiedliche Weise der demokratischen Kontrolle ihrer Mitglieder entziehen (dazu bereits: Hettlage 1981, S. 288-289) und neigen dazu, genossenschaftliche Werte im Lauf der Zeit durch ›unternehmerische‹ zu ersetzen (Hind, 1997).<sup>4</sup> Zudem ist die Kontrolle in vielen Genossenschaften von vornherein nur zum Teil verwirklicht, weil sich letztlich die Rechte von Eigentümer(inn)en gegenüber denjenigen der Belegschaft und der Kund(inn)en stärker durchsetzen können (Schimmele 2019, S. 5-12).

Auf den Erkenntnissen der Genossenschaftsforschung aufbauend gehen wir in unserer Erforschung konvivialistischer Gruppen von der Prämisse aus, dass

---

<sup>4</sup> Beachtenswert zu dieser These ist die analog geführte Diskussion zum ›Iron Cage of Bureaucracy‹ in der Organisationsforschung (Courpasson und Clegg 2006).

ihre Mitglieder eine ihnen inhärente Spannung verarbeiten müssen. Zum einen orientieren sie sich an dem Ideal, ein Gut zur Verbesserung menschlichen Zusammenlebens bereitzustellen. Zum anderen sind die Mitglieder ökonomischen Zwängen unterworfen und hegen zumindest teilweise die Hoffnung, mit der Arbeit in der Gruppe ihre Einkommenschancen zu verbessern oder privilegierten Zugriff auf die hergestellten Produkte zu erhalten. Da sich beide Ziele tendenziell widersprechen, hängt der Erfolg der Gruppen davon ab, wie sie den Zielkonflikt zumindest zeitweise lösen oder ihm aus dem Weg gehen (siehe hierzu auch Novy, 1993).

Zwar wurden in der Literatur bereits einige Modi besprochen, mit denen konvivialistische Gruppen die ihnen inhärente Spannung verarbeiten. Behandelt werden vornehmlich die Effekte der beiden Randlösungen, also zum einen, dass es den Gruppen teilweise nur gelingt, Güter für eine kleine exklusive Gruppe bereitzustellen (vgl. zum Beispiel Guthman 2008); zum anderen, dass die Gruppen teilweise ihre Ideale in der Produktion oder ihre Ansprüche an die Qualität hergestellter Produkte zu Gunsten des Stellenerhalts oder zur Sicherung des Absatzes aushöhlen. Den Prozessen, in denen konvivialistische Gruppen die Spannung bearbeiten, wird wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Obwohl Beitrittsverfahren, Abstimmungen, die Gründung von Teilgruppen und ähnlichen typische organisationale Praktiken von dieser Spannung geprägt sein dürften, wurden ihre Details noch kaum erforscht. In unserer Forschungsarbeit gehen wir der Vermutung nach, dass die Entwicklung konvivialistischer Gruppen – und damit letztlich ihr Potential zur Veränderung menschlicher Produktion – wesentlich davon abhängt, mit welchen organisationalen Praktiken sie den ihnen inhärenten Zielkonflikt so lösen oder aufschieben, dass sie sich dennoch gründen, weiterbestehen oder ihre Tätigkeiten sogar ausweiten können.

Mit dem gegenwärtigen Forschungsstand war es für uns nicht absehbar, wie die Gruppen den angenommenen Zielkonflikt verarbeiten. Daher wählten wir ein dezidiert qualitatives Forschungsdesign, in dem es möglich ist, Prämissen, Fälle und Erhebungsstrategien fortlaufend an unvorhergesehene Entdeckungen anzupassen. Letztlich entschlossen wir uns *erstens*, die organisatorischen Praktiken konvivialistischer Gruppen in zwei unterschiedlichen Produktionsfeldern zu untersuchen, dem Wohnbau und der Landwirtschaft. Damit sollte berücksichtigt werden, dass sich die Produktionsvoraussetzungen in unterschiedlichen Wirtschaftszweigen massgeblich voneinander unterscheiden. *Zweitens* entschlossen wir uns dazu, eine ›Primär-‹ und eine ›Sekundärgruppe‹ zu untersuchen. Damit tragen wir dem Umstand Rechnung, dass es in beiden Feldern konvivialistische Gruppen gibt, die selbst ein Produkt erzeugen oder verwerten,



und solche, die es sich vielmehr zur Aufgabe gemacht haben, konvivialistische Gruppen zu Gründen oder Personen in ihrer Gründung zu unterstützen. *Drittens* konzentrierten wir uns in der Datenaufnahme auf die Erstellung von Ethnografien, um sicherzustellen, nicht nur die ›Aussendarstellung‹ (Kühl, 2011, S. 161) der von uns untersuchten Organisationspraktiken abzubilden, sondern uns den Praktiken der Gruppen direkt nähern zu können. Edit Viertens beschränkten wir uns auf Fälle in der Deutschschweiz. Die standortnahe Fallauswahl sollte es uns ermöglichen, den Erhebungszeitraum zu maximieren und sicherzustellen, dass sich der sozial- und wirtschaftspolitische Kontext in beiden Studien überschneidet.

### **Unser Ansatz: Ethnografie von Formierungsprozessen**

Möchte man Formierungsprozessen nachspüren, bedeutet dies, sich insbesondere auch den sozialen und organisationalen Praktiken zu widmen, welche die Gruppen hervorbringen. Dafür schien uns ein ethnografischer Zugang besonders gewinnbringend zu sein. Natürlich könnte man Formierungsprozesse zumindest teilweise aus Dokumenten und Archivmaterialien rekonstruieren oder diese sich in Interviews mit Beteiligten erzählen lassen. Allerdings liessen sich damit streng genommen nicht Formierungspraktiken, sondern ›bloss‹ Darstellungen über die Praktiken rekonstruieren. Das Material liesse uns zudem im Dunkeln über die für die Akteure selbstverständlichen Praxisbestandteile.<sup>5</sup> Ethnografie konzipieren wir im Anschluss an Klaus Amann und Stefan Hirschauer (Amann und Hirschauer, 1997, S. 34) allerdings weniger als eine Methode sondern vielmehr als Erkenntnisstrategie, nämlich der des Entdeckens (Amann und Hirschauer, 1997, S. 8). Dabei ist »die in der Ethnographie liegende Affinität zum Kuriosen [...] nicht eine Eigenschaft bevorzugter Gegenstände, sondern das Potenzial, alle möglichen Gegenstände ›kurious‹ also zum Objekt einer ebenso empirischen wie theoretischen Neugier zu machen.« (Amann und Hirschauer, 1997, S. 9). Die Prämisse ist dabei »die Unbekanntheit gerade auch jener Welten, die wir selbst bewohnen« (Amann und Hirschauer, 1997, S.9) oder in denen wir uns selbst bewegen. Sie erlangt in unserer Forschung in zweierlei Hinsicht Bedeutung. *Erstens* beforschen wir Gruppen in der Deutschschweiz. Damit bewegen wir uns tendenziell in uns vertrauten Gefilden und nicht, wie dies etwa in der Kulturanthropologie mit Referenz auf Bronislaw Malinowski bis heute

---

5 Zur methodischen Schwierigkeit, dass sich Praktiken teilweise der Wahrnehmung beteiligter Akteure entziehen können vgl. Bourdieu (1993).

vornehmlich praktiziert wird, in uns nicht vertrauten Kulturen. *Zweitens* repräsentieren wir, als der Alternativbewegung verbundene, weisse Akademiker(inn)en in den 30ern, eine der beiden im Feld hauptsächlich vertretenen Personengruppen.<sup>6</sup> Gerade weil wir uns bewusst sind, dass unsere eigene Lebenswelt viele Übereinstimmungen mit denjenigen der untersuchten Akteure hat, ist die genaue Analyse uns selbstverständlich erscheinender Prozesse in den untersuchten Gruppen ein wesentlicher Bestandteil unseres Forschungsdesigns. Insofern haben wir die methodologischen und methodischen Überlegungen einer jahrelang erprobten Erkenntnisstrategie fruchtbar gemacht, um uns von vermeintlich Bekanntem zu befremden und sozusagen »vor unserer Haustüre« auf Entdeckungsreise zu gehen.

Als zentrales Element einer ethnografischen Perspektive fungiert dabei die teilnehmende Perspektive, die sich durch die unmittelbare und dauerhafte Anwesenheit im Feld charakterisieren lässt. Sie »stiftet die soziale Form, in der alle möglichen Daten erst gewonnen werden können« (Breidenstein et al., 2015, S. 34). Sie verspricht Möglichkeiten, um Vertrauensbeziehungen aufzubauen, informelle Gespräche zu führen, Dokumente aller Art zu erheben, Skizzen anzufertigen, Fotos zu schießen oder Gespräche aufzuzeichnen (Breidenstein et al., 2015, S. 34). Mit dieser Strategie sind so über mehrere Monate Feldarbeit in beiden empirischen Projekten zwischen 2016 und 2019 Datenkorpora zusammengekommen, welche Beobachtungsprotokolle und Gesprächsnotizen, Interviews bzw. Transkriptionen von Interviews und von den Gruppen und ihrem Umfeld erstellte interne und öffentliche Dokumente umfassen. Die unterschiedlichen Quellen bringen wir miteinander ins Gespräch und erarbeiten daraus dichte Beschreibungen, mit denen wir die Formierungsprozesse der Gruppen in ihrer Komplexität und Eingebundenheit in ihre Umwelt(en) explizieren.

### **Werkstattbericht einer Spurensuche im Wohnungswesen und der Landwirtschaft**

Im Folgenden geben wir exemplarische Einblicke in unser empirisches Material zu den Entstehungs- und Institutionalisierungsprozessen einer bottom-up gegründeten Wohnbaugenossenschaft und eines Verbands alternativer Landwirtschaftsinitiativen, das wir in den beiden empirischen Projekten zwischen 2016 und 2019 erhoben haben. Für die Darstellung machen wir das

---

6 Bei der anderen Gruppe handelte es sich um Personen am oder kurz nach dem Übergang vom Erwerbsleben in die Pensionierung.

*Konzept der Passagen* fruchtbar, mit dem Ronald Hitzler und Paul Eisewicht (2016) verdeutlichen, dass sich aus dem Prozess, in dem eine Gruppe Forscher(inn)en den Zutritt zu eigentlich exklusiven Situationen gewährt, wichtige Erkenntnisse über die Gruppe ableiten lassen.

*Passage Nr. 1: Vom Schreibtisch ins Feld der semi-formalen Strukturen konvivialistischer Gruppen*

Der Weg und die Reflexion darüber, zur Forschungserlaubnis in konvivialistischen Gruppen zu gelangen, ist nicht nur aus methodischer Perspektive bemerkenswert. Er zeigt auch den semi-formalisierten Status der Gruppen und die Verhandlung darüber, wer mit welchen Motiven an den Gruppenprozessen und Aktivitäten teilnehmen darf. Unsere Beschreibung beginnen wir deshalb damit, wie man als Forscher(in) überhaupt den Zugang zu einer konvivialistischen Gruppe findet.

Unsere Recherchen führten uns via Internet quasi virtuell vom Schreibtisch ins Feld. Um uns einen Überblick über konvivialistische Gruppen in unseren beiden Forschungsfeldern und dem Forschungsraum zu verschaffen, haben wir uns durch ihre Websites geklickt, die Online-Darstellung unserer Felder untersucht und Verlinkungen zwischen den Gruppen analysiert. Wir haben Projektbeschreibungen von Gruppen studiert, uns durch Leitbilder, Visionspapiere und durch eine ganze Menge weitere Dokumente gekämpft und Veranstaltungskalender durchforstet (Feldnotizen Frischknecht & Maurer). Wir haben uns für die Newsletter von Gruppen angemeldet, wurden zu Mitgliedern und haben dabei festgestellt, dass wir dies tun können, ohne die Gruppen oder ihre Mitglieder auch nur einmal persönlich getroffen zu haben (Feldnotizen Frischknecht & Maurer). Wir haben uns bei den Gruppen per E-Mail bei den auf den Websites vermerkten Kontakten gemeldet (Feldnotizen Maurer), uns auf den Weg zu »In-foveranstaltungen für Interessierte« (Feldnotizen Frischknecht) gemacht, uns so langsam an die Gruppen herangetastet und die Fallauswahl nach und nach konkretisiert.

Während das Eingehen einer formalen Mitgliedschaft relativ einfach vorstättenging, war der Erhalt einer Forschungserlaubnis durch die Gruppen um einiges komplizierter. Nach einer formalen Anfrage per E-Mail an den Vorstand der jeweiligen Gruppen und einigen persönlichen Gesprächen an ihren Veranstaltungen, wurden wir von den Gruppen zu Vorstandssitzungen eingeladen, bei denen wir unser Vorhaben persönlich vortragen sollten. Die Gruppen überprüften unsere ideelle Verbundenheit mit ihren Zielen (Feldnotizen Frischknecht &

Maurer) und beschlossen erst nach eingehender Diskussion im Vorstand, ob wir unsere Forschungsvorhaben weiterführen durften (Feldnotizen Frischknecht & Maurer). In beiden Feldern sollten wir unsere Anfrage an ein gewähltes Gremium richten, das, davon gingen wir zumindest aus, von den Mitgliedern der Gruppen vorab ermächtigt wurde, in entsprechenden Anliegen entscheiden zu dürfen (Feldnotizen Frischknecht). Mit der Forschungserlaubnis wurden wir autorisiert, uns ganz offiziell auch als Forscher(inn)en in den Gruppen zu bewegen.

In beiden Feldern war es uns wichtig, uns immer wieder als Forschende zu erkennen zu geben. Wir haben beispielsweise in Vorstellungsrunden auf unser Forschungsinteresse hingewiesen oder unsere Position dadurch verdeutlicht, dass wir die Aufgabe der fotografischen Dokumentation übernommen hatten und so jeweils zu Beginn von Veranstaltungen auf die Doppelfunktion hingewiesen wurde: »Sanna fotografiert, für Ihre Arbeit und für die Genossenschaft, wer nicht auf Bildern erscheinen möchte, soll die Hand heben und oder sich bei Sanna melden« (Feldnotizen Frischknecht). Mit der Zeit bemerkten wir, dass wir längst nicht die einzigen im Feld waren, die »unterschiedliche Hüte« aufhatten (Feldnotizen Frischknecht). So mussten nicht nur wir uns immer wieder unsere unterschiedlichen Rollen vergegenwärtigen. Auch die Mitglieder der Gruppen mussten sich beispielsweise mit Interaktionen zwischen ihrem freiwilligen Engagement und bezahlter Arbeit einerseits und ihren unterschiedlichen Motiven der Beteiligung andererseits auseinandersetzen. Dabei hielten auch wir uns an das (unausgesprochene) Gebot der Transparenz, um dem Feld und insbesondere den Mitgliedern der Gruppen, die wir nicht direkt um Erlaubnis gebeten haben, und vor allem aber auch uns selbst, immer wieder zu vergegenwärtigen, in welcher Rolle wir uns im Feld bewegen (Feldnotizen Frischknecht).

Schon unser eigener Forschungszugang zeigt: Der Eintritt in die Gruppen ist ein komplexer Prozess, dessen Analyse nicht nur in Hinblick auf eine reflexive Forschungsstrategie von Bedeutung ist, sondern einerseits auch eine ganze Reihe von Hinweisen über die Komplexität der Funktionsweisen und organisationalen Praktiken im Feld vermittelt. Der initiale Zugang zu den Gruppen war zu unserem Erstaunen ein rein formaler Akt und ohne ein Vorstellungsprozedere bei der Gruppe, wie wir das für Gemeinschaften erwartet hätten, möglich. Sich allerdings in den Gremien, Entscheidungsstrukturen und Zuständigkeiten zurechtzufinden und sich die Konturen der Gruppen und der im Entstehen begriffenen Organisationen einzuverleiben, war mit deutlich mehr Aufwand verbunden, etwa in puncto Unmittelbarkeit und Dauerhaftigkeit der Teilnahme. Die Einholung der Forschungserlaubnis hat uns darüber hinaus

die Strukturierung der Gruppen in Untereinheiten mit unterschiedlichen Kompetenzzuschreibungen und Funktionen verdeutlicht.

*Passage Nr. 2: Von der Beobachtung in Situationen zur Beobachtung situationsübergreifender Praktiken und Emotionen*

Um Formierungsprozessen nachzuspüren, brauchen wir eine Perspektive, die sensibel dafür ist, dass die Gruppen nicht einfach so da sind, sondern in mühevollen Prozessen und Praktiken, hervorgebracht werden. Wir referieren dabei auf ein Verständnis, das Praktiken ins Zentrum setzt und damit gängige Dichotomien wie Mikro/Makro oder auch Gemeinschaft und Gesellschaft zu überwinden versucht. Ein Vorteil, der sich aus dem Zugriff über Praktiken ergibt, besteht darin, *Temporalität* und *Prozesshaftigkeit* des Organisierens stärker in den Blick nehmen zu können (Wilz, 2015, S. 257).

Um uns den Formierungspraktiken zu nähern, haben wir uns entsprechend statt auf Äckern und in Wohnprojekten in temporär genutzten Sitzungs- und Gemeinschaftsräumen aufgehalten und Dokumente und Protokolle studiert. Wir haben miterlebt, wie die Gruppen sich damit auseinandergesetzt haben, wie Gruppenprozesse organisiert und moderiert werden können, um möglichst viele an Entscheidungen teilhaben zu lassen, ohne damit das Projekt wegen mangelnder Fachkenntnisse der Beteiligten »an die Wand zu fahren« (Feldnotizen Frischknecht). Wir haben an Vorstandssitzungen und an unzähligen Plenen teilgenommen und beobachtet, wie lange ausverhandelte Diskussionsergebnisse durch die verschiedenen Gremien der Gruppen wanderten (Feldnotizen Frischknecht).

Erst durch die wiederholte Teilnahme an den vielfältigen Tätigkeiten der Gruppen, konnten wir Zusammenhänge zwischen den Situationen verstehen, in denen die Gruppenmitglieder aufeinandertreffen. Wir haben langsam zu verstehen begonnen, dass die immer ähnliche Strukturierung der Plenen (erst Information und dann Diskussion in Kleingruppen), nicht etwa dem fehlenden Methodenrepertoire für Moderationstechniken von Grossgruppen entspringt, sondern vielmehr Routine und (Erwartungs-)Sicherheit schafft. Wir haben zu erahnen begonnen, dass die langen und gewundenen Wege durch die unterschiedlichen Arbeitsgruppen und Gremien, nicht nur dazu dienen, möglichst viele an den Prozessen teilhaben zu lassen und Partizipationsmöglichkeiten über möglichst viele Gremien zu verteilen, sondern teilweise auch dazu, einen Ausweg aus festgefahrenen Diskussionen zu suchen, beispielsweise über die Art und Weise der konkreten Umsetzung von sozial-ökologischen Idealen oder

der Beteiligung von möglichst vielen Laien in einem hochkomplexen und Fachwissen erfordernden Planungs- und Entwicklungsprozess (Feldnotizen Frischknecht). Und wir haben sowohl bei Plenen und Sitzungen von Arbeitsgruppen als auch beim gemeinsamen Pizza backen und Fondue essen bemerkt, dass es sich dabei nicht nur um gesellige Anlässe handelt, sondern auch um Übungen in »Gemeinschaft und gegenseitiger Akzeptanz« (Feldnotizen Frischknecht). Wir haben miterlebt, wie Verzögerungen im Prozess seitens der öffentlichen Hand oder anderer für die Projekte relevanter Akteure wie Geldgeber(inn)en, die Gruppen immer mal wieder an ihre Grenzen gebracht haben. Gleichzeitig bemerkten wir, dass gerade der »steinige Weg« die Gruppen eher zusammenschweisst statt aufgehalten hat. Er wurde in Erzählungen zur eigenen Geschichte eingebunden und so Teil der Gruppenidentität.

Erst die Passage zur intensiven Teilnahme an den unterschiedlichen Situationen, in denen die Gruppenmitglieder aufeinandertreffen, verdeutlichte uns, wie diese zusammenhängen. Insbesondere zeigte sich, dass die emotionalen und affektiv aufgeladenen Situationen die Mitglieder für die teilweise auch zermürbende Gremienarbeit und die langwierigen Entwicklungsprozesse zusammenschweissen.

### *Passage Nr. 3: Von der Forschungsperspektive zur Mitgliedsperspektive und wieder zurück*

Zunehmend haben wir unsere Datenerhebung auch auf informelle Absprachen in den Gruppen erweitert. Der eigentlich unscheinbare formale Eintritt in die untersuchten Gruppen, sowie die Lösung der Mitgliedschaft, weckten unsere diesbezügliche Aufmerksamkeit. Erst als Mitglied wurden wir aufgrund unserer Stimmberechtigung in die Mobilisierungsversuche anderer Mitglieder eingebunden. Zwar wurde auch an den Versammlungen deutlich, dass es unterschiedliche Perspektiven auf die verhandelten Themen gibt, und dass dafür oder dagegen »emotional und mit viel Herzblut gekämpft« (Feldnotizen Frischknecht) wird. Dass und wie einer Versammlung aber eine Mobilisierung vorausging, die parallel zu den üblichen Bahnen der offiziellen Ankündigung und Festlegung der Tagesordnung (ver)laufen ist, wäre uns ohne die Mitgliedschaft verborgen geblieben.

Die Datenkorpora der beiden empirischen Projekte umfassen so auch Notizen über Aktivitäten und Gespräche ausserhalb der Gremien, etwa von Telefongesprächen oder E-Mailverkehr mit uns als Forscher(inn)en oder als Mitglied der Gruppen. Sie dokumentieren etwa, wie von einer Gruppe von Mitgliedern ver-

sucht wurde, vor der Mitgliederversammlung per E-Mail Verbündete für eine anstehende Abstimmung und ein Anliegen zu mobilisieren (Feldnotizen Frischknecht) oder wie per Telefon oder im Büro der Gruppe Absprachen auf dem »kurzen Dienstweg«, von Schreibtisch zu Schreibtisch getätigt und Debatten, die in den Plenen verhandelt, beim Mittagstisch weitergeführt wurden (Feldnotizen Frischknecht). Die Mitgliedschaft allein ist allerdings kein Garant dafür, alles mitzubekommen. Denn nicht nur die Forscher(inn)en bestimmen, was sie sehen wollen, sondern auch das Feld bestimmt, was die Forscher(inn)en zu Gesicht bekommen. Allerdings wird aus dem empirischen Material auch deutlich, dass es gerade der »Hut als Forscher(in)« ist, der Zugang zu Informationen ermöglicht, die selbst vielen Mitgliedern verschlossen bleiben (Feldnotizen Maurer & Frischknecht).

Zusammenfassend bedeutet dies: Um Formierungsprozesse in ihrer Komplexität zu erfassen, ist ein Vordringen zu den informellen Orten und Wegen der Entscheidungsfindung notwendig, da sich Formierungsprozesse nicht nur im Rahmen von offiziellen und dafür bezeichneten Gremien und dafür vorgesehenen Wegen abspielen (siehe dazu Groddeck und Wilz, 2015). Deswegen bietet sich die Mitgliederperspektive gerade in von Partizipation geprägten Feldern an. Sie ist aber trotzdem kein Garant dafür, alles mitzubekommen und bedarf zudem eines besonderen Augenmerks auf Distanzierungstechniken, die es dem/der Forscher(in) ermöglichen, »die persönliche Befremdung kontinuierlich zu erneuern« (Amann und Hirschauer, 1997, S. 29).

## **Fazit & Ausblick**

Ausgehend von der Forderung des Konvivialismus, gesellschaftlichen Problemlagen mit dezentral und demokratisch geführten Gruppen zu begegnen, haben wir uns in den Sektoren des Wohnungswesens und der Landwirtschaft auf Spurensuche nach Formierungsprozessen ›von unten‹ begeben.

Im Beitrag haben wir begründet, warum wir Aktivitäten in den Gruppen untersuchen, mit denen die Mitglieder ihre Zusammentreffen regeln und damit experimentieren, ihre Partizipations- und Gemeinschaftsideale trotz der ökonomischen Zwänge ihrer Mitglieder zu verwirklichen. Daran anschliessend haben wir gezeigt, weshalb wir dafür auf ethnographische Erkenntnisstrategien setzen. Zuletzt haben wir drei Passagen aus unserer Feldarbeit vorgestellt. Dabei handelt es sich um Momente beziehungsweise Prozesse, in denen uns jeweils der Zugang zu Situationen eröffnet wurde, die uns einen Schritt tiefer ins

Feld und damit näher zu den von uns untersuchten sozialen Phänomenen gebracht haben. Aus jeder dieser Passagen haben wir uns so der Formierung der Gruppen genähert und konnten zudem Eigenschaften der Organisationsweisen konvivialistischer Gruppen daraus ableiten.

Die *erste* Passage vom Schreibtisch zur Forschungserlaubnis verdeutlichte, dass die von uns untersuchten konvivialistischen Gruppen semi-formal organisiert sind. Sie haben eigenständige Untereinheiten gebildet, deren Beziehungen aber nicht eindeutig hierarchisch geregelt sind. In der *zweiten* Passage wurde es uns möglich, das Zusammenspiel verschiedener Praktiken und deren Funktionsweisen im Gesamtprozess zu beobachten. Es zeigte sich einerseits, dass die Zerstückelung von Entscheidungen auf unterschiedliche Gremien die Entschlussfassung trotz der weitgehenden Mitbestimmungsrechte der Mitglieder sicherstellt und zugleich auch der Diskussionsvermeidung dient. Andererseits halten gerade gemeinsame emotionale Erlebnisse die Gruppen zusammen. In der *dritten* Passage wurden wir als Mitglieder Teil der Auseinandersetzung der unterschiedlichen Positionen in den untersuchten Gruppen. Wir haben dabei erfahren, dass sich die Entscheidungsprozesse nicht nur in den dafür von den Gruppen organisierten partizipativen Treffen abspielen. Die Mobilisierungspassage steht vielmehr stellvertretend für eine ganze Reihe von Prozessen und Praktiken, die ausserhalb der ›offiziellen‹ und im Organigramm festgehaltenen Gremien stattfinden. In den drei Passagen haben wir erste Spuren davon gefunden, mit welchem Koordinationsaufwand die Formierung und die Organisationsweisen konvivialistischer Gruppen verbunden ist. Wir haben gesehen, dass die Gruppen komplexe Prozesse und Praktiken hervorgebracht haben, die etwa dazu dienen, zwischen ihren Idealen und den begrenzten zeitlichen und monetären Ressourcen ihrer Mitglieder zu vermitteln.

Im Beitrag haben wir argumentiert, dass wir, um das Irritationspotential konvivialistischer Gruppen beurteilen zu können, ein tieferes Verständnis für ihre Organisationsprozesse und -praktiken benötigen. Von besonderer Bedeutung haben sich bei der Formierung der Gruppen jene Prozesse und Praktiken erwiesen, mit denen die Gruppen ihren Bestand trotz des ihnen inhärenten Zielkonflikts zwischen den Idealen ihrer Mitglieder und ihren ökonomischen Bedingungen sichern.

In Bezug auf die Frage der Verbreitung der Gruppen bzw. ihres Irritationspotenzials, die sich unser Forschungsprojekt mit dem hier vorliegenden Band teilt, deutet vieles darauf hin, dass gemeinschaftlich-kooperative Prozesse und Praktiken für die Mitglieder der Gruppen viele *Möglichkeitsräume* eröffnen, die



über die Gestaltung des eigenen Wohnraums oder die Herstellung der eigenen Lebensmittel hinausreichen, etwa indem Mitglieder die Erfahrungen aus den Prozessen für ihre berufliche Tätigkeit fruchtbar machen können. Allerdings deutet gleichzeitig vieles darauf hin, dass der Verbreitung gemeinschaftlich-kooperativer Praktiken bzw. Gruppen in den umkämpften Märkten, gerade aufgrund der komplexen und voraussetzungsvollen partizipativen Prozessen/Beteiligungsprozessen, Grenzen gesetzt sind.

## **Literatur:**

Adloff, F.; Heins, V. (2015): Konvivialismus. Eine Debatte: X-Texte zu Kultur und Gesellschaft. Bielefeld: transcript-Verlag.

Adloff, F.; Leggewie, C. (Hrsg.) (2014): Das konvivialistische Manifest: Für eine neue Kunst des Zusammenlebens. Bielefeld: transcript.

Amann, K.; Hirschauer, S. (1997): Die Befremdung der eigenen Kultur. Ein Programm. In: Hirschauer, S.; Amann, K. (Hrsg.): Die Exotisierung des Eigenen. Kultursoziologie in ethnografischer Einstellung. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 7–52.

Beck, G. (2012): Gesellschaft innovativ: wer sind die Akteure? Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Bietau, P.; Boddenberg, M.; Dietze, F.; Heinrich Frauenlob, M.; Gunkel, L.; Kärgel, K.; Leierseder, S.; Munz, J.; Schmitz, S.; Segan, N.; Vaessen, F. (2013): Solidarische Landwirtschaft. eine soziale Innovation?: Eine empirische Studie aus soziologischer Perspektive. Frankfurt: Johann Wolfgang Goethe Universität Frankfurt am Main. [[http://www.fb03.uni-frankfurt.de/51753095/Abschlussbericht\\_SoLawi\\_final\\_mit-CC-Lizenz.pdf](http://www.fb03.uni-frankfurt.de/51753095/Abschlussbericht_SoLawi_final_mit-CC-Lizenz.pdf); 15.10.2019].

Boddenberg, M.; Gunkel, L.; Schmitz, S.; Vaessen, F.; Blättel-Mink, B. (2017): Jenseits des Marktes - Neue Praktiken der Versorgung in Zeiten der Krise: Das Beispiel solidarische Landwirtschaft. In: Sachweh, P.; Münnich, S. (Hrsg.): Kapitalismus als Lebensform? Deutungsmuster, Legitimation und Kritik in der Marktgesellschaft. Wiesbaden: Springer VS, S. 245–274.

Bourdieu, P. (1993): Sozialer Sinn: Kritik der theoretischen Vernunft. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Brazda, J.; Blisse, H. (Hrsg.) (2018): Beiträge zur kritischen Genossenschaftsforschung: Festschrift für Robert Schediwy zum 70. Geburtstag. Wien: Verlag des Forschungsvereins für Genossenschaftswesen der Universität Wien.

Breidenstein, G.; Hirschauer, S.; Kalthoff, H.; Nieswand, B. (2015): *Ethnografie: Die Praxis der Feldforschung*. Konstanz: UVK.

Carolan, M. S. (2011): *Embodied food politics*. Farnham: Ashgate.

Courpasson, D.; Clegg, S. (2006): *Dissolving the Iron Cages?: Tocqueville, Michels, Bureaucracy and the Perpetuation of Elite Power*. In: *Organization* 13 (3), S. 319–343.

Franz, H.-W.; Kaletka, C. (2018): *Soziale Innovationen Lokal Gestalten*. Wiesbaden: Springer.

Geiger, T. (1927): *Die Gruppe und die Kategorien Gemeinschaft und Gesellschaft*. In: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* (58), S. 338–374.

Gonzalez, R. A. (2018): *Farmers' cooperatives and sustainable food systems in Europe*. Abingdon: Routledge Taylor & Francis.

Groddeck, V. von; Wilz, S. M. (2015): *Formalität und Informalität in Organisationen*. Wiesbaden: Springer VS.

Grundmann, M. (2018): *Gesellschaft von unten!?: Studien zur Formierung zivilgesellschaftlicher Graswurzelinitiativen*. Weinheim: Beltz.

Guthman, J. (2008): *“If They Only Knew”*. *Color Blindness and Universalism in California Alternative Food Institutions*. In: *RTPG* 60 (3), S. 387–397.

Hettlage, R. (1981): *Genossenschaftssoziologie. Ein verdrängter Ansatz wirtschaftssoziologischer Forschung*. In: *Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen* (31), S. 279–295.

Hind, A. M. (1997): *The Changing Values of the Cooperative and its Business Focus*. In: *American Journal of Agricultural Economics* 79 (4), S. 1077–1082.

Hitzler, R.; Eisewicht, P. (2016): *Lebensweltanalytische Ethnographie: im Anschluss an Anne Honer*. Weinheim: Beltz Juventa.

Kühl, S. (2011): *Organisationen: Eine sehr kurze Einführung*. Wiesbaden: Springer.

Kunze, I. (2009): *Soziale Innovationen für eine zukunftsfähige Lebensweise*. Münster: Eco-transfer.

Kunze, I. (2013): *»Intentionale Gemeinschaften« – Experimentierorte einer religionshybriden, »spirituellen« Kultur?* In: Berger, P.A.; Hock, K.; Klie, T. (Hrsg.): *Religionshybride: Religion in posttraditionalem Kontexten*. Wiesbaden: Springer, S. 187–200.

- Lietaert, M. (2010): Cohousing's relevance to degrowth theories. In: *Journal of Cleaner Production* 18 (6), S. 576–580.
- Novy, K. (1993): Beiträge zum Planungs- und Wohnungswesen: Beiträge zur Stadtforschung, Stadtentwicklung und Stadtgestaltung. Wien: Magistrat der Stadt Wien, Magistratsabteilung 18, Stadtentwicklung und Stadtplanung.
- Owen, R. (1817): *New view of society: Essays on the Principle of the Formation of the Human Character, and the Application of the Principle to Practice*. London: Richard Taylor and Co.
- Rothschild, J. (2016): The Logic of A Co-Operative Economy and Democracy 2.0: Recovering the Possibilities for Autonomy, Creativity, Solidarity, and Common Purpose. In: *The Sociological Quarterly* 57 (1), S. 7–35.
- Rothschild, J.; Whitt, J. A. (1986): *The cooperative workplace : potentials and dilemmas of organizational democracy and participation: American Sociological Association Rose monograph series*. Cambridge [etc.]: Cambridge Univ. Press.
- Sargisson, L. (2012): *Fool's gold?: Utopianism in the twenty-first century*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Schimmele, C. (2019): *Zur Organisation demokratischer Unternehmen: Eine Studie erfolgreicher Produktivgenossenschaften in den USA*. Wiesbaden: Springer.
- Schröder, C.; Walk, H. (Hrsg.) (2014): *Genossenschaften und Klimaschutz. Akteure für zukunftsfähige, solidarische Städte*. Wiesbaden: Springer VS.
- Sullivan, E. (2016a): Individualizing Utopia: Individualist Pursuits in a Collective Cohousing Community. In: *Journal of Contemporary Ethnography* 45 (5), S. 602–627.
- Sullivan, E. (2016b): (Un)Intentional Community: Power and Expert Knowledge in a Sustainable Lifestyle Community. In: *Sociological Inquiry* 86 (4), S. 540–562.
- Wetzel, D. J. (2016): Two Examples of Recent Aesthetico-Political Forms of Community: Occupy and Sharing Economy."The Common Growl: Toward a Poetics of Precarious Community. In: Claviez, T. (Hrsg.): *The common growl. Toward a poetics of precarious community*. New York: Fordham University Press, S. 159–173.
- Wilz, S. M. (2015): Skizze zur praxistheoretischen Debatte um Organisatoin. In: Apelt, M.; Wilkesmann, U. (Hrsg.): *Zur Zukunft der Organisationssoziologie*. Wiesbaden: Springer VS, S. 253–270.

# **Das selbstverwaltete Wohnheim Collegium Academicum in Heidelberg: Suffizienz lernen, leben und verbreiten**

*Margarete Over, Lars-Arvid Brischke, Leon Leuser*

## **Einleitung**

Die nachhaltige Transformation von Städten erfordert es, die Bedürfnisse der Bewohner(innen) nach qualitativ hochwertigen urbanen Räumen, Zugang zu Ressourcen, Nutzungsoptionen für Güter und Dienstleistungen sowie sozialer Teilhabe mit den ökologischen Anforderungen der Nachhaltigkeit wie der Reduktion des Energie-, Material- und Flächenverbrauchs sowie der umweltrelevanten Emissionen in Einklang zu bringen. Aus Sicht des WBGU (2011) ist deshalb zu klären, wie »klimaverträgliche Stadtkulturen und Lebensstile« unter Einbeziehung der Bevölkerung gestaltet werden können, um die »Große Transformation« umsetzen zu können. Suffizienz ist der strategische Ansatz, mit dem diese Aufgabe adäquat adressiert werden kann (Wilhite et al., 2004). Suffizienz fokussiert anders als Effizienz nicht auf die technisch-ökologisch optimierte Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen, sondern komplementär dazu auf neue Formen der ressourcenleichten, umweltschonenden Bedürfnisbefriedigung. Damit verbunden ist ein anderer Umgang mit Raum, Zeit, Markt und Besitz (Schneidewind et al., 2013) mit dem Ziel, Lebensweisen zu entwickeln, die stärker von Respekt und Wertschätzung für Mitmenschen und zukünftige Generationen, für Natur, Ressourcen, Güter und Dinge, sowohl im lokalen als auch globalen Kontext geprägt sind.

Suffizienz steht dabei für die Gestaltung von Verhältnismäßigkeit in den gesellschaftlichen Beziehungen zur Mit- und Umwelt, die durch die Veränderungen von Verhaltens- und Handlungsweisen – angefangen von Konsumententscheidungen und -mustern, Alltagsroutinen, sozialen und kulturellen Praktiken bis hin zu grundsätzlichen Änderungen von Lebens- und Wirtschaftsweisen, bewirkt werden. Die geänderten Verhaltens- und Handlungsweisen (Suffizienzpraktiken) orientieren sich daran, dass ihre Auswirkungen innerhalb der ökologischen Tragfähigkeit der Erde bleiben (vgl. Fischer et al., 2013).

Suffizienzpraktiken im Stadtquartier können z.B. die gemeinschaftliche Nutzung von Flächen, neue Formen der lokalen Kooperation, Angebote zur verlängerten Nutzung von Gütern, Förderung der Nahmobilität oder selbst erbrachte, gemeinschaftlich organisierte Dienstleistungen sein, die definitionsgemäß eine ökologisch verträglichere und oft auch preisgünstigere Alternative zum marktvermittelten Zugang zu Gütern und Dienstleistungen darstellen.

### **Das Forschungsprojekt SuPraStadt**

Im Forschungsprojekt »SuPraStadt – Lebensqualität, Teilhabe und Ressourcenschonung durch soziale Diffusion von Suffizienzpraktiken in Stadtquartiere«, koordiniert vom Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg (ifeu) und gefördert im Rahmen des BMBF-Förderprogramms »Zukunftsstadt«, werden Suffizienzpraktiken im Stadtquartier mit Blick auf die Verbesserung der Lebensqualität, der sozialen Teilhabe, der Reduktion des Ressourcenverbrauchs identifiziert, initiiert oder weiterentwickelt sowie hinsichtlich ihrer sozialen und ökologischen Wirkungen analysiert.

Im Mittelpunkt des Projektes SuPraStadt steht die transdisziplinäre Zusammenarbeit mit drei Reallaboren mit drei unterschiedlichen Leitakteuren: Eine zivilgesellschaftliche Initiative in Heidelberg, die Kommune in Dortmund und ein Unternehmen der Wohnungswirtschaft in Kelsterbach. Die Initiative zur Konzeption, Durchführung und Diffusion von Suffizienzpraktiken ging maßgeblich von diesen Leitakteuren aus und die Umsetzung ihrer Initiativen hat bereits begonnen.

Das neu entstehende, selbstverwaltete Wohnheim Collegium Academicum (CA) in Heidelberg ist eines der drei Reallabore des Projektes. Es soll zum Nukleus für ein neues, suffizienzorientiertes Stadtquartier werden. Die Zielsetzung für diese Ausrichtung der Quartiersentwicklung geht von einer ehrenamtlichen zivilgesellschaftlichen Initiative aus. Es soll ein Ort für günstiges und selbst-

bestimmtes Leben für Studierende und Auszubildende geschaffen werden, der Demokratie erlebbar macht sowie den kulturellen und sozialen Austausch in einem Bildungskontext fördert. In Verbindung mit dem Heidelberger Reallabor CA soll ein lokales Suffizienznetzwerk aus städtischen und zivilgesellschaftlichen Akteur(inn)en aufgebaut werden, das zur Diffusion von Suffizienzpraktiken in verschiedene Stadtteile und Milieus beitragen soll.

Die zentrale Forschungsfrage des Projektes SuPraStadt ist, ob und wie eine Diffusion von Suffizienzpraktiken in ausgewählten sozialen Milieus (bürgerliche Mitte, kritisch-kreative, prekäre) und zwischen diesen erfolgen kann und welche wechselseitigen Lernprozesse dafür notwendig sind. Der Fokus liegt dabei auf den Handlungsfeldern Wohnen und Mobilität, die für die Ressourcenbeanspruchung und die soziale Teilhabe von zentraler Bedeutung sind.

Das Forschungsteam organisiert und begleitet die Erprobung und den Erfahrungs- und Wissenstransfer zwischen den beteiligten Reallaboren. In allen drei Reallaboren werden Kommunikations- und Kooperationsprozesse zwischen Zivilgesellschaft, Kommune und Wohnungsunternehmen initiiert und nach Möglichkeit verstetigt, die eine langfristige Diffusion der erprobten Suffizienzpraktiken unterstützen.

Die in den drei unterschiedlichen Reallaboren gewonnenen Erkenntnisse können Lösungsansätze liefern, wie Suffizienz als handlungsleitendes Prinzip in bestehende Strategien und Prozessen der Kommune integriert werden kann.

### **Das selbstverwaltete Wohnheim Collegium Academicum**

Eine wachsende Gruppe von derzeit etwa 25 Studierenden und jungen Berufstätigen arbeitet seit 2013 daran, auf einer Konversionsfläche in Heidelberg selbstverwalteten und ökologischen Wohnraum für über 200 Studierende und Auszubildende zu schaffen.

Der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum für Studierende in Heidelberg ist hoch. Dies zeigt sich in den wenigen verfügbaren Wohnheimsplätzen im Verhältnis zu den Studierendenzahlen einerseits und den teils sehr hohen Mieten auf dem privaten Wohnungsmarkt andererseits. Im Jahr 2017 standen 4.700 Wohnheimsplätzen (Studierendenwerk, 2017) gut 39.000 Studierende der insgesamt zehn Hochschulen, Universitäten und Berufsakademien (Stadt Heidelberg, 2019) gegenüber. Ein Beispiel für die hohen Mieten sind neu errichtete Studierendenapartments in privaten Wohnheimen, die mit Mieten über 500 Euro für viele Studierende keine Alternative darstellen. Auch auf dem privaten

Wohnungsmarkt steigen die Mieten stetig an. Laut dem F+B Mietspiegelindex (2015) liegen die Angebotsmieten in Heidelberg im Durchschnitt um 32 Prozent über dem Mietspiegel – und damit im Vergleich zu ähnlichen Universitätsstädten Baden-Württembergs kurz hinter Konstanz (33 Prozent) und noch vor Freiburg (25 Prozent) und Tübingen (21 Prozent).

Die Idee, ein neues selbstverwaltetes Wohnheim zu schaffen, geht zurück auf die Geschichte des Collegium Academicum. Denn von 1945 bis 1978 gab es, gegründet im Rahmen der Wiedereröffnung der Universität Heidelberg und unter Mithilfe der amerikanischen Militärregierung, bereits ein Collegium Academicum in Heidelberg, in welchem die »Umerziehung der deutschen Jugend« nach dem Nationalsozialismus und zur Demokratie erfolgen sollte. Nach seiner Schließung »überwinterte« die Idee des selbstverwalteten studentischen Zusammenlebens in zunächst zwei, später drei studentischen Wohngemeinschaften in der Altstadt. Mit dem Abzug der letzten US-Streitkräfte im Jahr 2014 öffnete sich ein neues Gelegenheitsfenster in Heidelberg: Eine Gesamtfläche von insgesamt 180 Hektar, verteilt auf fünf Konversionsflächen, wurde nach und nach zur Umnutzung frei. Nach städtischen Planungen sollen auf diesen Flächen vielfältig gemischte Quartiere entstehen – mit preiswertem Wohnraum, Kultur- und Freizeitangeboten sowie Raum für innovative Unternehmen, Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen.

Dies bot sich den Bewohner(innen) der Wohngemeinschaften als einzigartige Möglichkeit, den Versuch zu wagen, ein neues selbstverwaltetes Wohnheim zu initiieren, das mehr als nur Wohnraum bieten soll: Es sollen gemeinschaftliche Freiräume zum praktischen und fachübergreifenden Lernen entstehen, die auch der Nachbarschaft und anderen Interessierten offenstehen.

Insbesondere in der Anfangszeit war es für die Gruppe von Studierenden nicht leicht, sowohl die notwendige Unterstützung durch weitere Mitstreiter(innen) als auch von Politik und Stadtverwaltung zu erlangen. Doch durch beständige Gespräche mit den Gemeinderatsfraktionen und der Stadtverwaltung sowie durch wichtige Kooperationen wurde die Idee immer weiter ausgearbeitet und überzeugender. Zu den wichtigen Allianzen gehörte die Unterstützung durch die Internationale Bauausstellung (IBA). Deren Aufsichtsrat hatte das CA im Sommer 2015 als eines der ersten offiziellen IBA-Projekte ausgewählt. Zu Fragen der Finanzierung war die Beratung durch das Mietshäuser Syndikat unerlässlich und für das Nachhaltigkeitskonzept lieferte der Austausch mit dem ifeu wichtige Impulse. So konkretisierte sich die Idee und in den Gesprächen mit der Stadtverwaltung wurden verschiedene Grundstücksoptionen erörtert. Ab dem Frühjahr 2016 stand fest, dass das neue CA auf der Konversionsfläche »US-Hos-

pital« entwickelt werden soll. Die Stadt Heidelberg unterstützt die Initiative, indem sie ihr durch den Verkauf eines Grundstücks die Möglichkeit gegeben hat, auf der Konversionsfläche »US-Hospital« in Heidelberg-Rohrbach zu realisieren (siehe Abb. 1). Die ersten Bewohner(innen) sollen 2021 einziehen.

Die Pläne des CA liefern damit gleichzeitig einen praktischen Ansatz zur Umsetzung der Maßnahme BS09 im Heidelberger »Masterplan 100 % Klimaschutz«: Suffizienz erleichtern und bestärken Entwicklung eines Suffizienz-Quartiers im Konversionsareal, für dessen Umsetzung das Umweltamt Heidelberg verantwortlich ist.



Abb. 1.: Planung für das Collegium Academicum auf der Konversionsfläche US-Hospital in Heidelberg (Quelle: Collegium Academicum)

### **Die Kernziele des CA umfassen folgende Punkte:**

#### *Gemeinschaftliches und suffizientes Wohnen*

Das CA soll Flexibilität für unterschiedliche Wohnformen und das Ausprobieren des Wohnens mit geringer Wohnfläche pro Kopf ermöglichen. Dadurch entsteht ein Experimentierfeld für eine Mischnutzung aus privater und geteilter Fläche.



che. Damit wird die Reduktion des Wohnflächenbedarfs praktisch erprobt und gleichzeitig eine hohe Wohn- und Aufenthaltsqualität gewährleistet.

*Partizipative Bauplanung, nachhaltiges Bauen mit Holz, Selbstbau, Eigenstromversorgung*

Beim Neubau werden Kreislaufwirtschaft, verdeckte CO<sub>2</sub>-Emissionen in der Baukonstruktion, Energieerzeugung vor Ort und Nutzer(innen)verhalten im Planungsprozess berücksichtigt. Die primäre Baukonstruktion ist aus Holz und ohne metallische Verbindungen geplant und lässt sich so zerstörungsfrei umbauen oder wiederverwenden. Durch einen hohen Dämmstandard wird der Heizenergiebedarf minimiert. Zur Stromerzeugung ist eine Photovoltaik-Dachanlage geplant.

*Langfristig marktunabhängiges und bezahlbares Wohnen mit dem Mietshäuser Syndikat*

Das CA soll langfristig kostengünstiges Wohnen ermöglichen. Deshalb arbeitet das Projekt mit dem Mietshäuser Syndikat zusammen. Nach diesem Modell werden die Gebäude dauerhaft vom Immobilienmarkt genommen, so dass die Mieten niedrig bleiben. Die Bewohner(innen) übernehmen in der Selbstverwaltung gemeinschaftlich die Verantwortung für ihr Zusammenleben.

*Ein offener Ort mit Wirkung in die Stadt hinein*

Das CA plant ein breites Bildungsangebot zum kritischen fachübergreifenden und praktischen Lernen. Externe Gruppen sollen ebenfalls die Räume für ihre Initiativen nutzen können. Im Weiteren soll ein Café in einem angrenzenden Bestandsgebäude eingerichtet werden. Durch diese Angebote möchte das CA aktiv den Stadtteil, in dem es entsteht, als sozialen Treffpunkt mitgestalten und darüber hinaus in die Stadtgesellschaft hineinwirken.

**Systematische Integration von Suffizienz in die Gestaltung, Organisation und Nutzung des CA**

Das CA soll für die Bewohner(innen) ein Freiraum zum selbstbestimmten nachhaltigkeitsorientierten Leben und Lernen werden. Insbesondere sollen Suffizienzpraktiken ermöglicht, ausprobiert, mit einem kontinuierlichen Bildungsangebot vermittelt und dauerhaft etabliert werden. Suffizienz wird dabei als ein Erfolgsfaktor begriffen, um das Ziel, kostengünstiges und ökologisches Wohnen

mit sozialen Freiräumen zu vereinbaren, zu erreichen. Die Suffizienzmaßnahmen im CA lassen sich im Wesentlichen in drei Kategorien unterteilen: Planungsentscheidungen, gemeinschaftliche Suffizienzangebote und Bildungsmaßnahmen.

### *Planungsentscheidungen*

Unter suffizienten Planungsentscheidungen werden Planungsentscheidungen verstanden, die während der Entwurfs- und Planungsphase durch Planer(inn)en oder den Bauherrn (die ehrenamtliche Projektgruppe) unter Berücksichtigung von Suffizienzaspekten getroffen wurden und damit dauerhafte strukturelle Rahmenbedingungen schaffen. Sie fördern strukturell suffiziente Verhaltensweisen und führen in der Gesamtbilanz zu geringeren Treibhausgasemissionen im Vergleich zu nicht-suffizienten Verhaltensweisen. Sie spiegeln die Suffizienzbereitschaft auf Planer- bzw. Bauherrenseite wider. Auf einer übergeordneten Ebene sind sie vergleichbar mit suffizienzpolitischen Entscheidungen.

### *Raumkonzept*

Die architektonischen Planungen verknüpfen einen geringen Pro-Kopf-Flächenverbrauch mit hohen Freiheitsgraden in der räumlichen Ausgestaltung. Der Neubau wird in Holzskelettbauweise errichtet und bis auf wenige Ausnahmen können die Wände – sowohl zwischen als auch innerhalb der Wohnungen – versetzt oder entfernt werden. Auf diese Weise besteht langfristig eine hohe Flexibilität in den Grundrissen der Wohneinheiten. Das Grundprinzip der Dreier- und Vierer-Wohneinheiten besteht darin, dass jede/jeder Bewohner(in) ein Individualzimmer bestehend aus einer Kernzone und einer flexiblen Zone von jeweils sieben Quadratmetern zur Verfügung steht. Durch eine flexible Wand kann zwischen den beiden Ausbauvarianten gewechselt werden. Sofern sich alle vier Bewohner(innen) dazu entscheiden, ihre Zimmergröße auf die Kernzone zu beschränken, erhöht sich die in der WG liegende Gemeinschaftsfläche von 21 Quadratmetern (bei vier ausgebauten Zimmern) auf 49 Quadratmeter. Zwischen diesen beiden Varianten sind verschiedene Zwischenstufen möglich, wie beispielsweise eine Kernzone mit einem flexiblen Bereich, der individuell in Form eines Arbeitsbereichs genutzt wird und mit einem Regal oder einem Vorhang von der restlichen Wohnung abgetrennt ist. Auf diese Weise kann die standardisierte Bauweise durch Flexibilität an individuelle und kollektive Bedürfnisse angepasst werden. Zugleich liegt der Planung ein flächensparender Ansatz zu Grunde.

### *Gemeinschaftsflächen*

Ergänzend zu den Gemeinschaftsflächen innerhalb der Wohneinheiten stehen den Bewohner(innen) insgesamt über 400 Quadratmeter Gemeinschaftsflächen zur kollektiven Nutzung zur Verfügung. Dazu gehören eine Aula, ein Multifunktionsraum, eine Gemeinschaftsküche und eine Werkstatt. Die Aula dient als zentraler Versammlungsort der Vollversammlung aller Bewohner(innen) und soll darüber hinaus eine Vielzahl an Veranstaltungsformaten ermöglichen: Dazu gehören Konzerte und andere kulturelle Aufführungen sowie regelmäßige Vortragsabende zu wechselnden Themen. Der Multifunktionsraum kann ebenfalls vielfältig für gemeinschaftliche Aktionen genutzt werden, darunter Workshops und Seminare oder auch als Treffpunkt für diverse Initiativen.

### *Mobilität*

Im Mittelpunkt der Mobilität steht das Fahrrad sowie eine gute Anbindung zum öffentlichen Nahverkehr. Rund um das CA stehen überdachte Fahrradstellplätze in sehr hoher Anzahl zur Verfügung. Auf Autostellplätze soll so weit wie nur möglich verzichtet werden. Im Rahmen der Möglichkeiten der geltenden rechtlichen Vorgaben in der Landesbauordnung wurden die Stellplätze daher auf ein Minimum reduziert. Hierzu wurden ein sparsamer Personenschlüssel, eine gute ÖPNV-Verbindung sowie der Ersatz von PKW-Stellplätzen durch zusätzliche Fahrradstellplätze herangezogen. Es wurde entschieden, dass die zusätzlichen Stellplätze für die Aula als Versammlungsstätte ausdrücklich nur temporär während Veranstaltungen als Parkfläche zur Verfügung stehen sollen. Durch diese Maßnahmen konnten die nachzuweisenden Stellplätze um insgesamt 70 – 80 Prozent reduziert werden. Zugleich sollen bei der Nutzung der vorhandenen Stellplätze Carsharingkooperationen und Ladesäulen für Elektromobilität berücksichtigt werden.

## **Soziale und gemeinschaftliche Angebote**

Insbesondere die sozialen Nutzenaspekte von Suffizienz sollen durch soziale und gemeinschaftliche Handlungsangebote erfahrbar gemacht werden. Diese können im engeren Sinne als Suffizienzpraktiken bezeichnet werden. Anders als die Planungsentscheidungen, die gesetzt sind, hängt die Umsetzung und Verstetigung immer wieder aufs Neue von den jeweiligen Bewohner(innen) ab.

### *Gemeinschaftsflächen*

In der Nutzungsphase stehen den Bewohner(innen) zahlreiche Gemeinschaftsflächen zur Verfügung, die darauf ausgelegt sind, diversen gemeinschaftlichen Aktivitäten Raum zu geben. Neben allgemeinen Nutzungsmöglichkeiten soll ein Fokus auf Suffizienzpraktiken liegen. Dazu gehören regelmäßige Angebote in der Werkstatt, wie ein Repair Café. Es ist angedacht, dass in der Gemeinschaftsküche regelmäßig gekocht wird, z. B. ein gemeinsamer Mittagstisch pro Woche. Im Außenraum stehen eine Dachterrasse und ein Garten zur Verfügung, der von den Bewohner(innen) gestaltet werden soll.

### *Eigenleistungen*

Mittels einer CNC-Fräse sollen die zukünftigen Bewohner(innen) durch Eigenleistung in den Bauprozess eingebunden werden. Die Planungen sehen vor, dass unter anderem flexible Fassadenelemente und die Möbel für die Einzelzimmer von den zukünftigen Bewohner(innen) und anderen Freiwilligen selbst hergestellt werden. Parallel zum Selbstbau sollen Möbelspenden aus der Stadtbevölkerung gesammelt und in der Werkstatt aufbereitet werden. Auf diese Weise sollen Ressourcen geschont und Kosten gesenkt werden.

In der Werkstatt des fertiggestellten Neubaus wird die CNC-Fräse dauerhaft installiert, sodass die Bewohner(innen) weitere Möbel selber bauen können. Hierzu werden Open Source Möbelsätze bereitgestellt, welche kontinuierlich von den Bewohner(innen) und anderen Interessierten weiterentwickelt werden können. In der Werkstatt können die Bewohner(innen) zudem Reparaturen von Alltagsgegenständen selbst durchführen. Es sollen regelmäßig Workshops angeboten werden, in denen das praktische Wissen weitergegeben wird.

## **Bildungsmaßnahmen**

Zu den Bildungsmaßnahmen gehören schließlich alle Maßnahmen zur Nutzer(innen)sensibilisierung, die darauf abzielen, die Bewohner(innen) in Richtung suffiziente Verhaltensweisen in verschiedenen Lebens- und Konsumfeldern anzuregen. Diese Maßnahmen stellen keine unmittelbaren Handlungsangebote dar, sondern versuchen, das Bewusstsein für Suffizienz zu schärfen und in andere Bereiche zu übertragen.

### *Nutzer(innen)sensibilisierung*

Die Bewohner(innen) sollen in ihrem Nutzerverhalten in Richtung Suffizienz

sensibilisiert werden. Daher sollen bei Einzug Informationen zum richtigen Umgang mit dem Wohnheim geliefert werden. Darüber hinaus sollen regelmäßige Veranstaltungen zur Funktionsweise des Wohnheims stattfinden. Dies hat nicht nur Suffizienzgründe, sondern dient auch der langfristigen Funktionsfähigkeit des Wohnheims und der Vermeidung von Schäden durch fehlerhafte Nutzung. Aber auch technische Lösungen sollen die Nutzer(innen) dabei unterstützen, ein Bewusstsein für die eigenen Verbräuche zu entwickeln. Hierzu gehört insbesondere eine App, die den Bewohner(innen) für ihre eigene Wohneinheit die Stromverbräuche anzeigt.

### *Bildungskonzept*

Die Gemeinschaftsflächen dienen den Bewohner(innen) und externen Gruppen zum einen zur freien Nutzung für Projektinitiativen und sonstige Aktivitäten. Zum anderen soll ein studien- und ausbildungsbegleitendes Bildungsangebot geschaffen werden. Ziel ist es, den Bewohner(innen) und anderen Interessierten einen kritischen fachübergreifenden Austausch zu ermöglichen. In Kooperation mit anderen Institutionen sollen regelmäßig Veranstaltungen, Vortragsreihen, Seminare und Workshops stattfinden. Das Bildungsangebot soll sowohl akademische als auch praktische Inhalte umfassen. Zudem soll ein einjähriges, fachübergreifendes Orientierungsjahr angeboten werden, das Einblicke in weiterführende Bildungswege geben soll. Die Bewohner(innen) sollen gemeinsam einmal im Halbjahr einen Themenschwerpunkt festlegen. Dazu gehören insbesondere die Bereiche demokratische Selbstorganisation und ökologische Nachhaltigkeit. Im Bereich der ökologischen Nachhaltigkeit ist ein zentraler Themenfokus die Suffizienz. Hierbei sollen Problem- und Handlungswissen als Grundlage für suffiziente Verhaltensweisen vermittelt werden.

## **Selbstverwaltung als Grundlage für ein suffizientes Zusammenleben**

Das Collegium Academicum ist Teil des Mietshäuser Syndikats. Das Mietshäuser Syndikat ist ein Verbund von Haus- und Wirtschaftsprojekten sowie Projektinitiativen in Deutschland, welcher sich zum Ziel gesetzt hat, dauerhaften und mietpreisgünstigen Wohn- und Wirtschaftsraum zu schaffen. Allen Projekten gemeinsam sind die drei Prinzipien Selbstorganisation, Solidarität und Unverkäuflichkeit. Eigentümerin der einzelnen Wohnprojekte ist jeweils eine GmbH mit zwei Gesellschaftern: dem Bewohner(innen)-Verein, in dem alle Bewohner(innen) für die Zeit, in der sie im Haus wohnen, Mitglied sind, und das

Mietshäuser Syndikat. Über den alltäglichen Wohnheimsbetrieb entscheiden allein die Bewohner(innen) gemeinschaftlich und konsensorientiert in regelmäßigen Treffen. Das Stimmrecht des Mietshäuser Syndikats ist hingegen nur auf bestimmte Aspekte beschränkt. Dieses umfasst insbesondere den Verkauf der Gebäude bzw. Bauflächen. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass der geschaffene Wohnraum dem Markt entzogen bleibt und somit langfristig günstige Mieten garantiert sind.

Durch die Selbstverwaltung wird die konventionelle Trennung zwischen Eigentümer(inn)en / Vermieter(inn)en einerseits und den Mietenden/Nutzenden andererseits aufgehoben. Den Bewohner(innen) obliegt dadurch eine große gemeinschaftliche Verantwortung, aber sie sind zugleich auch unabhängiger von externen Interessen. Die Selbstverwaltung stellt damit einen kontinuierlichen Bildungs- und Lernprozess dar, der emanzipatorisches Potenzial bietet. Betrachtet man die Selbstverwaltung als geeigneten Weg zur Organisation eines Kollektivguts, kann dieses Modell einen wichtigen Beitrag zu einer Postwachstumsstadt leisten.

### **Von der Suffizienz im Quartier zu solidarischen, ressourcenleichten Lebensweisen**

Wie lassen sich die Suffizienzansätze und Erfahrungen mit Suffizienzpraktiken im CA und anderen Reallaboren verallgemeinern und welches Potenzial haben sie, zur Großen Transformation und zu einem grundlegenden gesellschaftlichen Wandel beizutragen?

Mit den »vier E« (Entschleunigung, Entflechtung, Entkommerzialisierung, Entrümpelung) hat Sachs (1993) eine inhaltliche Orientierung sowohl für suffizientes Handeln als auch für aktuelle Diskurse zur Ausgestaltung der Postwachstumsstadt gegeben. Diese vier »E« wurden im kürzlich wieder aufgenommenen Suffizienz-Diskurs von Schneidewind et al. (2013) neu formuliert als Orientierung für das »rechte Maß für Zeit und Raum, für Besitz und Markt«.

In Brischke et al. (2015) wurde den vier E die Emanzipation als fünftes »E« hinzugefügt, in einem weiten Sinne verstanden als ein anderer Umgang mit dem Sein, die ein Wiedergewinnen von Resonanz im Sinne von Rosa (2016) ermöglicht. In den vier »E« wird die Emanzipation als fünfte Dimension stets mittransportiert, aber nicht explizit benannt.

Entschleunigung bzw. ein anderer Umgang mit Zeit bietet die Chance für mehr Zeitwohlfahrt, d.h. mehr Muße, Achtsamkeit für eigene und natürliche

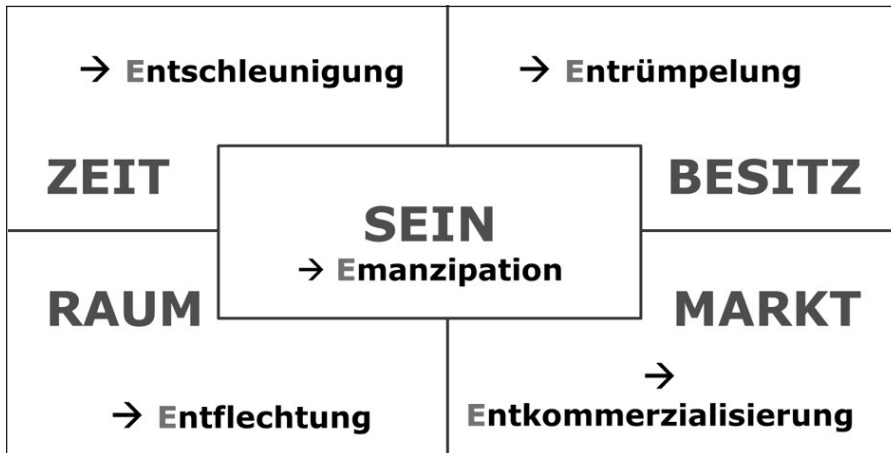


Abb. 2: Suffizienz-Orientierung an den fünf »E« für einen anderen Umgang mit Zeit, Raum, Besitz, Markt und Sein

Rhythmen, Zeit zum Verweilen. Das CA wird in diesem Sinne als Ort zum Verweilen konzipiert, indem Möglichkeiten zur Eigeninitiative, Erholung, Bildung und Gemeinschaft gleichermaßen geschaffen werden.

Entrümpelung oder ein anderer Umgang mit Besitz lässt sich nach Schneidewind et al. (2013) als »Zugang zu« statt »Besitz an« Gütern lesen. Damit verbunden ist die Konzentration auf das eigentlich Gewünschte, mehr Qualität, mehr individuelle Passgenauigkeit sowie einen bewussteren Umgang mit den Dingen. Im CA soll mit dem Ansatz des suffizienten Wohnens auf geringer individueller Fläche bei gleichzeitig vielfältigen Möglichkeiten gemeinschaftlich genutzter Ressourcen ein anderer Umgang mit Besitz ermöglicht, erprobt und gelebt werden.

Entflechtung oder ein anderer Umgang mit Raum steht für die Stärkung lokaler Wertschöpfung und Strukturen, eigener oder gemeinschaftlich lokal hergestellter, erbrachter oder vermittelter Güter und Dienstleistungen und stellt ein Gegenmodell zum globalisierten Konsum dar. Auch für dieses Handlungsfeld werden im CA durch die Selbstverwaltung, die Eigenleistungen beim Bau und langfristig durch die Werkstatt und die Gartenflächen konkrete Ansätze ausprobiert und als dauerhafter Bestandteil des CA konzipiert.

Entkommerzialisierung oder ein anderer Umgang mit Markt wird beim CA zum einen durch das Modell des Mietshäuser Syndikats verwirklicht, durch das die Gebäude des CA langfristig der kommerziellen Verwertung am Immobilienmarkt entzogen werden. Andererseits wird durch die im CA integrierten Kon-

zepte zur Eigen- und Gemeinschafts-Produktion und Nutzung nach gemeinsam festgelegten Regeln (Selbstverwaltung) das Prinzip der Commons gegenüber der kommerziellen, profitorientierten Verwertung gelebt. Dies ermöglicht Feedback, Wertschätzung und Solidarität zwischen Produzierenden und Konsumierenden. Die Beispiele für die Konkretisierungen der vier »E« im CA verdeutlichen, dass alle ins Konzept integrierten Suffizienzansätze und -praktiken über emanzipatorisches Potenzial im Sinne des fünften »E« verfügen. Emanzipation korrespondiert dabei mit den von Hunecke (2013) identifizierten psychischen Ressourcen für Postwachstumsgesellschaften: Genussfähigkeit, Selbstakzeptanz, Selbstwirksamkeit, Sinnkonstruktion, Achtsamkeit und Solidarität. Diese bieten Perspektiven für zivilgesellschaftliches Empowerment und können dazu beitragen, dass der Alltag im Quartier als lebenswert empfunden wird. Im fünften E spiegeln sich somit die Möglichkeiten und Chancen, die Suffizienz bieten kann, am deutlichsten wider: Die Wiederentdeckung und Stärkung der Wertschätzung für die Menschen sowohl untereinander als auch für künftige Generationen (Mit- und Nachwelt), die Umwelt, die Zeit und die Dinge und damit für die Verbesserung der Lebensqualität, für soziale Teilhabe und Zusammenhalt.

Aus dem emanzipatorischen Potenzial der Suffizienz ergeben sich Motivationen und Chancen für die Erprobung, Umsetzung und Weiterentwicklung von Suffizienzpraktiken auf lokaler Ebene und damit auch ein transformatives Potenzial hin zu solidarischen, ressourcenleichten Lebensweisen. Gleichzeitig hat die Emanzipation auch das größte Potenzial, Menschen für Suffizienz zu motivieren und damit eine Verbreitung zu ermöglichen. Speck (2016) und Holzinger (2016) stellen dar, dass Suffizienz sich leichter durchsetzt, wenn sie Vorteile wie Kosten- und Zeitgewinne, sozialen Zusammenhalt und Austausch sowie gemeinsames Praktizieren bietet.

### **Anmerkung**

Das Architektur-, Raum- und Selbstbaukonzept für den Neubau des CA wurde vom Architekturbüro DGJ aus Frankfurt unter Mitgestaltung der CA-Projektgruppe geplant ([www.dgj.eu](http://www.dgj.eu)). Das Nutzungs- und Bildungskonzept hat die ehrenamtliche Projektgruppe des CA gemeinschaftlich erarbeitet ([www.collegiumacademicum.de](http://www.collegiumacademicum.de)). Das Mietshäuser Syndikat steht dem CA beratend zur Seite ([www.syndikat.org](http://www.syndikat.org)). Das CA wurde 2015 zum Projekt der Internationalen Bauausstellung Heidelberg gekürt, die von 2012-2022 unter dem Motto »Wissenschaft Stadt« städtebauliche und architektonische Projekte begleitet und berät ([www.iba.heidelberg.de](http://www.iba.heidelberg.de)).



## **Literatur:**

Brischke, L.-A., et al. (2016): Energiesuffizienz – Strategien und Instrumente für eine technische, systemische und kulturelle Transformation zur nachhaltigen Begrenzung des Energiebedarfs im Konsumfeld Bauen / Wohnen. Endbericht, Heidelberg / Berlin / Wuppertal / Leipzig.

F+B Forschung und Beratung für Wohnen, Immobilien und Umwelt GmbH (2015): Mietpiegelindex.

Fischer, C., et al. (2013): Mehr als nur weniger – Suffizienz: Begriff, Begründung und Potentiale, Freiburg / Darmstadt / Berlin.

Holzinger, H. (2016): Von nichts zu viel – für alle genug. Perspektiven eines neuen Wohlstands, München.

Hunecke, M. (2013): Psychologie der Nachhaltigkeit. Psychische Ressourcen für Postwachstumsgesellschaften, München.

Rosa, H. (2016): Resonanz – Eine Soziologie der Weltbeziehung, Berlin.

Sachs, W. (1993): Die vier E's: Merkposten für einen maßvollen Wirtschaftsstil, in: Politische Ökologie. 33, S. 69–72.

Schneidewind, U.; Zahrnt, A. (2013): Damit gutes Leben einfacher wird: Perspektiven einer Suffizienzpolitik, München.

Speck, M. (2016): Konsum und Suffizienz – Eine empirische Untersuchung privater Haushalte in Deutschland, Wiesbaden.

Stadt Heidelberg (2019): Heidelberg in Zahlen. [<https://www.heidelberg.de/hd/HD/Leben/Heidelberg+in+Zahlen.html>; 03.09.2019].

Studierendenwerk Heidelberg (2017): Geschäftsbericht. [<https://www.stw.uni-heidelberg.de/de/geschaeftsberichte>; 03.09.2019].

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung für Globale Umweltfragen (2011): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, Berlin.

Wilhite, H.; Norgard, J. S. (2004): Equating efficiency with reduction: A self-deception in energy policy, in: Energy & Environment, 15, S. 991–1009.

# zukunften:

(sich) das Wünschenswerte vorstellen und es vorleben, um es wahr zu machen

## Visuelles Essay von Kris Krois

»Die Utopie der Zukunft formt die Gegenwart.«

**Slogans  
Bilder  
Praktiken**



Poster für die Notte Verde der Casa delle agriculture.

»Wer Utopie säht, erntet Realität«



»Die Casa delle agriculture engagiert sich seit 2011 mit den Zielen der Wiederherstellung des Lebens auf verlassenem Land, der Wiederbevölkerung des Landes, der Schaffung einer nachhaltigen Wirtschaft und der Stärkung der Gemeinschaftsbindungen«



**Von Aktionen und Protesten  
zu zukunftstauglicheren  
Infrastrukturen und  
Alltagspraktiken —  
beflügelt durch Erlebnisse,  
Bilder und Erzählungen.**

*Bilder:*

Autofreier Sonntag, 1973

Platzvergleich: 60 Menschen mit Auto, Bus  
und Fahrrad, Stadt Münster, 2001

Schwalbacher Strasse, City Hack 2018,  
Wiesbaden

Critical Mass Protest Ride, San Francisco,  
2005

Protest mit dem ›Gehzeug‹  
nach Hermann Knoflacher, Korea, 2010

Fahrradprotest, Kopenhagen, 1970er Jahre

Infrastrukturen für eine bessere Mobilität,

## Welche Science Fiction kennen Sie?

Bitte machen Sie eine kurze Liste.

Wie viele davon spielen in Welten, in denen Sie lieber nicht leben wollen?

Und wie viele in wünschenswerten Zukünften?

## Apokalypse und Dystopie

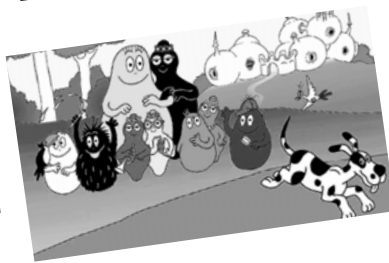
Apokalyptische Erzählungen, dystopische Science Fiction, wissenschaftliche Veröffentlichungen und seriöse Berichte über mehrfache Krisen und noch schlimmere Katastrophen der Zukunft sowie ein Dauerfeuer schrecklicher Nachrichten schaffen eine Atmosphäre der Angst, Hoffnungslosigkeit und Ohnmacht.

Gleichzeitig fühlen sich viele Menschen unter Druck im Wettbewerb um Ansehen, Arbeitsplätze, Aufstieg auf der Karriereleiter bzw. im Kampf gegen den Abstieg. Hinzu kommen die Ansprüche perfekte Eltern zu sein und die besten Kinder zu haben, bzw. als Tochter, Sohn, SchülerIn, Jugendliche/r oder immer jung gebliebene/r Erwachsene/r gut rüber zu kommen und was aus sich zu machen, toll auszusehen und zu »performen«, als LiebhaberIn, AbenteurerIn, ManagerIn des eigenen Lebens und vieles mehr. Dann auch noch etwas zu tun gegen Klimaerwärmung und Artenvernichtung, sich zu engagieren für eine gerechtere und freiere Welt, erscheint vielen in ihrem Stress und dem als ihr Grundrecht empfundenen Komfort als zu viel des Guten. Ausserdem: Was soll man/frau schon tun? In Anbetracht der vielfach hochgehaltenen Alternativlosigkeit, all der Sorgen um Sicherheit, Wohlstand und Status, und ohne wirklich positive Perspektiven. Ausserdem ist ja alles sooo komplex. Da ist halt nix machen.

Zwanghaft expansiv,



Zusammen kreativ in Vielfalt,



Das Miteinander aller



»... fast zweitausend Jahre, nachdem ein Mann an einen Baumstamm genagelt worden war, weil er gesagt hatte, wie phantastisch er sich das vorstelle, wenn die Leute zur Abwechslung mal nett zueinander wären, kam ein Mädchen [...] auf den Trichter, was die ganze Zeit so schiefgelaufen war, und sie wußte endlich, wie die Welt gut und glücklich werden könnte.« aus *Per Anhalter durch die Galaxis* von Douglas Adams

»Ich würde gern in einer nachhaltigen und friedlichen Welt leben, aber dafür gibt es viel zu viele Probleme.«

Typische Zukunftserzählung junger Menschen laut einer Studie der Stiftung Futur Zwei

»Ist es nicht seltsam, dass man in einer der reichsten Gesellschaften der Erde aufwachsen und trotzdem keinerlei Zukunftsvision haben kann?«

Harald Welzer, 2018

**»Never believe a prediction that doesn't empower you!«**

Sean Stephenson

Wo sind die Erzählungen, Visionen und Praktiken des guten Lebens für alle? Die konkreten Utopien von inklusiven, offenen und nachhaltigen Gesellschaften, die inspirieren und motivieren. Gerade SchriftstellerInnen, FilmemacherInnen, DesignerInnen, FotografInnen, JournalistInnen, KünstlerInnen, WissenschaftlerInnen, andere ErzählerInnen, EntwerferInnen, ForscherInnen und AktivistInnen können diese Utopien zusammen mit allen engagierten Menschen erschaffen. Sie können Erzählungen und Situationen gestalten, die Menschen dazu beflügeln sich positive Zukunftsszenarien vorstellen, sie zu (er)leben, zu erproben und weiter zu entwickeln. Schritt für Schritt. Vielfältig und Offen. Positive Visionen und Entwicklungspfade erzeugen Hoffnung und die Fähigkeit, jetzt etwas zu tun.

## Smart Futures und andere Scheinlösungen

Währenddessen werden ›smarter‹ Zukünfte von großen Technologiekonzernen entworfen und propogiert, die Komfort und Kontrolle versprechen – ohne zu erwähnen, dass Komfort und Kontrolle höchstwahrscheinlich Eliten vorbehalten sein werden. Gleichzeitig gewinnen Kontrollfantasien und faschistoide Narrationen von nationalistischen und rechtsextremen Kräften immer mehr an Popularität. Diese bieten allzu stark vereinfachte und gefährliche, aber für viele Menschen attraktive Antworten auf die vielfältigen Krisen und (vermeintlichen) Bedrohungen und auf das damit einhergehende Gefühl der Angst.



### Digitale Erfolgsrezepte

Egal, welches Anliegen Sie betrifft, wir zeigen Ihnen mit unserem Know-How und bestenfalls möglichen Lösungen

### Für Einsteiger Trainings vermitteln Onlinekurse

Nach Monaten und Jahren können wir Ihnen zeigen, wie Sie Ihre Fähigkeiten verbessern können. Wir bieten Ihnen die Möglichkeit, Ihre Fähigkeiten zu verbessern und Ihre Ziele zu erreichen. Wir sind hier, um Ihnen zu helfen, Ihre Fähigkeiten zu verbessern und Ihre Ziele zu erreichen.

Mission: Bunte Zukunft



## Obacht Utopie!

Leben in den großen Entwürfen ist nicht großartig. Ideale Welten lassen sich wunderbar entwerfen, aber nicht per Masterplan, Dogma oder Diktatur erreichen. »Fortschrittliche« Ideen — miese Realitäten!

### Das Kommunistische Manifest



## Rosinenpicken im Utopie-Theorie-Strudel

*Utopie als Methode,  
Strategie und Praxis  
zur Transformation von  
Gesellschaften*

### Konkrete Utopie

in *Das Prinzip Hoffnung* beschreibt Ernst Bloch 1954 die *Konkrete Utopie* als »Prozess der Verwirklichung, in dem die näheren Bestimmungen des Zukünftigen tastend und experimentierend hervorgebracht werden.«, *wikipedia / Konkrete Utopie*

### Heterotopien

Für Michel Foucault sind *Heterotopien* »wirkliche Orte, wirksame Orte, die in die Einrichtung der Gesellschaft hineingezeichnet sind, sozusagen Gegenplatzierungen oder Widerlager, tatsächlich realisierte Utopien, in denen die wirklichen Plätze innerhalb der Kultur gleichzeitig repräsentiert, bestritten und gewendet sind ...« aus: *Von anderen Räumen*, 1967

### Reale Utopien

Erik Olin Wright fragt »Welche Veränderungen sind a) möglich, b) wünschenswert und c) wie herbeizuführen? In seinem *Real Utopias Project* versuchte Wright, nicht nur theoretisch, sondern mit Blick auf konkrete zivilgesellschaftliche Projekte herauszufinden, ob und wie diese zu einer positiven Veränderung der Welt beitragen können.« aus der Rezension des Buches *Reale Utopien*, *Die Zeit*, 27. Juli 2017

Für **Utopien als Methode** positiven gesellschaftlichen Wandel zu denken und einzuleiten argumentiert Ruth Levitas in *Utopia as Method. The Imaginary Reconstitution of Society*, 2013

### Modulare Revolutionen

»... ein Mosaik gelingender Verbesserungen der Welt.«

Harald Welzer in *Alles könnte anders sein. Eine Gesellschaftsutopie für freie Menschen*, 2019

### Reallabore

»... sozial robuste Lösungen erarbeiten und ausprobieren.« (partizipativ)

*wikipedia nach Uwe Schneidewind*, 2014

**Kreisend schreiten wir voran!\***



**Zukunftsvorstellungen,  
-bilder und -geschichten**

Positive Science Fiction und Non-Fiction: Studien und Szenarios, Filme, Bücher, Comics, Pop, Bildbände, Gute Nachtgeschichten, Slogans, ...

Aus Vorstellungen werden Praktiken und Erlebnisse. Aus Praktiken Bilder und Erzählungen. Und umgekehrt. Aufbauend. Inspirierend. Sich selbst verstärkende positive Veränderungen, die verbreitet und verwandelt werden in vielfältigen Ausformungen.

**Zukunftspraktiken**

Jetzt anfangen so zu leben und zu wirtschaften, wie wir uns die Zukunft wünschen. Carl Boggs nannte das 1977 *Prefigurative politics*: »Building a new world in the shell of the old« oder »Be the change you want to see in the world« wie es angeblich Ghandi formuliert hat.

\* Mit »**Preguntando caminamos**« (Fragend schreiten wir voran) beschreiben die Zapatistas ihre Vorgehensweise, mit der sie sich Schritt für Schritt in Richtung einer positiven Vision bewegen, und dabei jeden Schritt selbstkritisch hinterfragen, um zu lernen und die nächsten Schritte entsprechend zu gestalten.

# Popkultur als Katalysator der Transformation

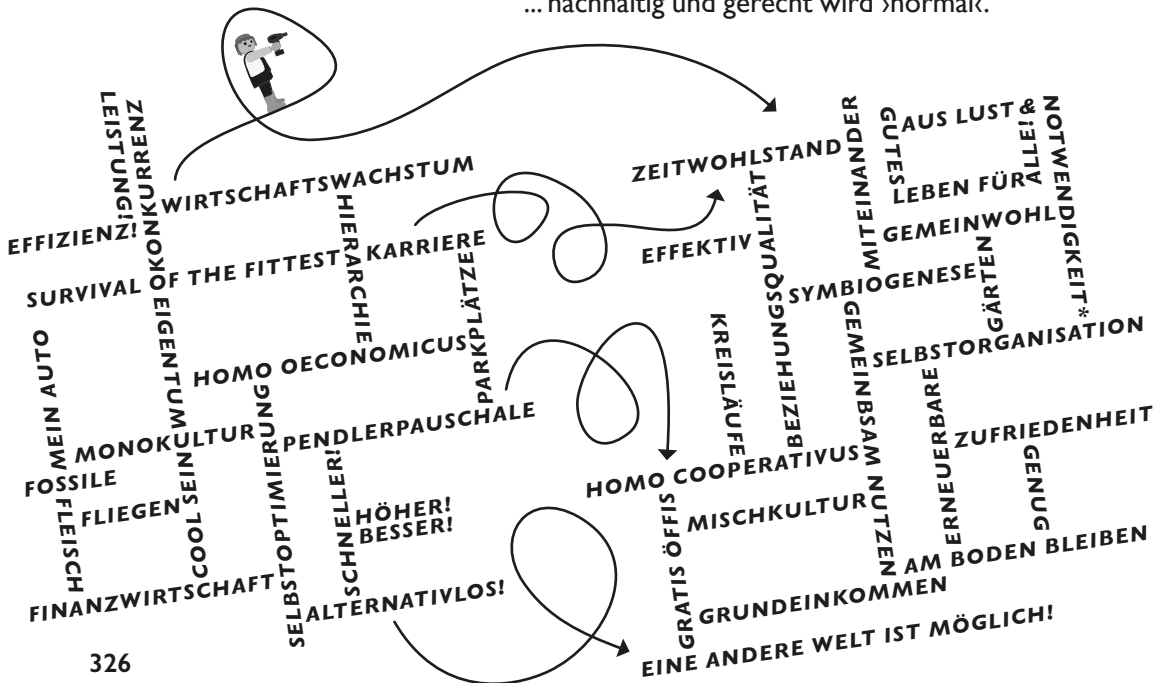
»Lieber mit dem Fahrrad zum Strand als mit dem Auto zur Arbeit« rappt Marsimoto und prägt damit den möglichen Slogan der kommenden Postwachstumsgesellschaft. **decrescita felice**.



Mit dem Clip »**Be Deutsch**« zeigt Jan Böhmermann 2016 ein positives, real existierendes und vielfältiges Deutschsein – stolz darauf nicht stolz zu sein, sondern tolerant, bescheiden, hilfsbereit, multikulturell ... bewaffnet mit Fahrradhelm und Grundgesetz in Sandalen mit Socken. Witzig und ernst.

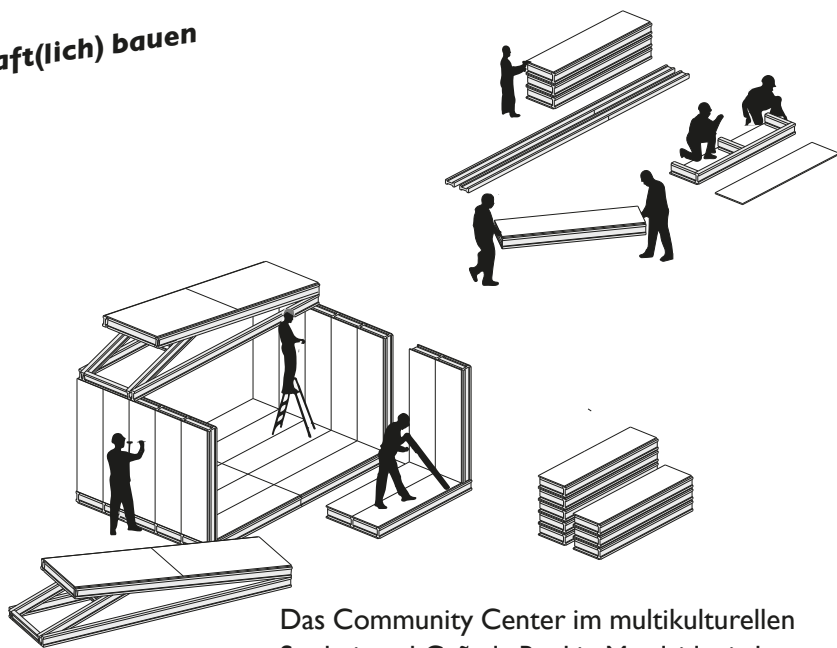
## Materielle, mentale und soziale Infrastrukturen umbauen

besser leben mit weniger, lebensfördernde und solidarische Strukturen und Vorstellungen stärken, ...  
... nachhaltig und gerecht wird »normal«.





## Gemeinschaft(lich) bauen



»650 Kinder im Alter von 8 bis 18 Jahren und ihre Familien einbeziehen, um herauszufinden, was in Cañada vor sich geht, auf die Beteiligung von Nachbarn zählen, die sich in Gefängnissen befinden, und dies als Instrument der Integration nutzen, mit einem lateinamerikanischen Netzwerk von Frauen, die Opfer geschlechtsspezifischer Gewalt geworden sind, marokkanischen Frauen, Roma... Es ermöglicht, dass sich die verschiedenen Gruppen die anerkennen und Teil voneinander werden. Das ist der Hammer!«

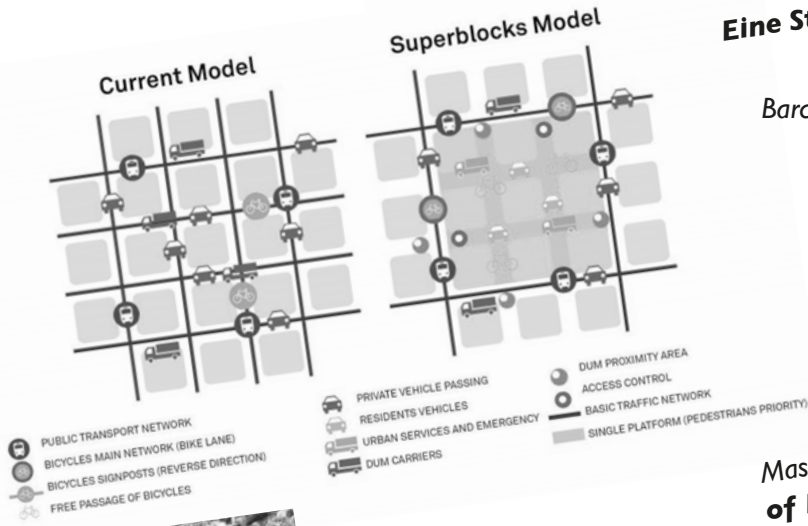
Santiago Cirugeda,  
Recetas Urbanas —  
Arquitectura Social

Das Community Center im multikulturellen Stadtviertel Cañada Real in Madrid wird gemeinsam in Schulen, Instituten, Universitäten und Gefängnissen sowie vor Ort von den BewohnerInnen der Nachbarschaft zusammen mit professionellen Arbeitern unter der Leitung des Teams von Recetas Urbanas (RU) gebaut. Das Architekturbüro RU ist auf kollektive Architektur und gemeinschaftliches Bauen spezialisiert – Architektur, die »das Soziale und die Partizipation in den Mittelpunkt stellt«, wie Santiago Cirugeda von RU es ausdrückt. Er wird versucht die Umweltbelastungen zu minimieren. Was Strom, Wasser und Sanitäreinrichtungen angeht, ist das Gebäude autark. Verwendet werden günstige, einfache und teilweise gebrauchte Materialien.



## Eine Stadt baut sich um

Barcelona



Barcelona's main public policy actions

Massively **reduce the cost of basic services** like housing, transport, education and health, in order to assist those in the most precarious strata of the population



End privatisation and transfer of public assets in private hands, while promoting **remunicipalisation of critical urban infrastructures**

Institute a citizens **basic income** focused on targeting poverty and social exclusion  
Build data-driven models of the economy, with real inputs (using real time data analytics) so that **participatory democracy** could model complex decisions



Establish itself as a global reference point as a city of **commons and collaborative production**

Prefer and promote **collaborative organisations** over both the centralised state and the market solutions (start investing higher percentages of public budget in innovative SMEs and the cooperative sector)



Build city **data commons**: decree that the networked data of the population generated in the context of using public services cannot be owned by services operators

Barcelona Digital City Plan 2015-2019

# Tipps und Tricks für's Zukunften

1. Es geht um **Positives**, nicht um Perfektion
  2. Macht es **wirklich** oder lasst es wirklich wirken
  3. Macht es **miteinander**
  4. Bildet Netzwerke und **Allianzen** quer zu Lagern
  5. Sorgt für **wirtschaftliche Grundlagen, ...**
  6. Geht **Schritt für Schritt...**
  7. Baut auf **Bestehendes** auf oder Bestehendes um
  8. Alles soll **weiterverwendbar**, anschlussfähig und offen sein
  9. Wesentliches **dokumentieren**, veröffentlichen und **verbreiten**
  10. Schönheit, Magie, **Tanzen**, Feiern und was auch immer Freude macht
- Sonst noch was?
- Los geht's!

Was echt besteht oder zumindest wirklich wirkt, kann überzeugen.

mit allen, die es angeht, und dem was da ist – in Co-spezifischen Zusammenhänge der jeweiligen Situation. Nicht vergessen: Unterprivilegierte, andere Lebewesen und lebensfördernde Wechselbeziehungen.

»Sie brauchen Verbündete, und zwar solche, die nicht sowieso schon zu Ihrer eigenen Gruppe gehören«

Srdja Popovic

...sonst geht's nicht lange gut. Das muss nicht unbedingt Geld sein, auch tauschlogikfreies ein Beitragen und Nutzen kann funktionieren (mehr hierzu u.a. in Friederike Habermann's Buch Ecommony, 2016).

...und schaut nach jedem Schritt, wie's gelaufen ist, um dann auszuhecken wie es weitergeht, in Richtung der positiven Vision – reflektierte Praxis statt Masterplan.

*Ja, mach nur einen Plan!*

*Sei nur ein großes Licht!*

*Und mach dann noch'nen zweiten Plan*

*Gehn tun sie beide nicht.*

Berthold Brecht

Das fördert die Kreativität und schont die Erde, Ökosysteme, Menschen, andere Lebewesen und unsere Nerven.

Damit andere davon erfahren und darauf aufbauen können. Das Prinzip Open Source.

»Wenn ich nicht tanzen kann ist es nicht meine Revolution«

Emma Goldman

Die Welt verändern in 3 Schritten:

1. Das Bestehende als gemacht erkennen
2. Das Positive zulassen
3. **Anfangen!**

Friederike Habermann, 2016



»Es ist verrückt normal zu sein« Pastor Leumund  
»Keine Ahnung« Shaban & Käptn Peng  
»Utopia« Björk  
»Her mit der Utopie« Bernadette La Hengst

## Bildquellen:

### Seite 1

Bubbico, M. (2018): Posterdesign »NOTTEVERDE 7a edizione« [<https://www.maurobubbico.it/notte-verde>; 3.9.2019].

Ausschnitt aus dem Foto eines Hauses mit dem Banner »Chi semina utopia raccoglie realtà« [<https://casadelleagriculture.wordpress.com>; 26.4.2019].

### Seite 2

*Linke Spalte:*

Ausschnitt aus einem Foto vom »Autofreier Sonntag im Moseltal, gesperrte Straßenlänge 2x 140 km« (1973) [<http://www.upi-institut.de/upi37.htm>; 28.9.2019].

Ausschnitt aus einem Poster der Stadt Münster (2001), Pressestelle der Stadt Münster

Ausschnitt aus dem Titelfoto von »City Hack – Auf die Schwalbacher Straße!« Volker Watschounek (2018), Wiesbaden, [<https://wiesbaden-lebt.de/city-hack-auf-die-schwalbacher-strasse>; 30.8.2019].

Ausschnitt aus dem Foto der Wohnstraße, Hamburg Falkenried, Hamburg, [<https://hallplats-haden.wordpress.com/2009/10/22/bilar-dodar>; 28.9.2019].

*Rechte Spalte:*

Ausschnitt aus dem Foto »Critical Mass and Muni Metro in San Francisco on San Jose Avenue near 30th Street in 2005«, [[https://en.wikipedia.org/wiki/Critical\\_Mass\\_\(cycling\)?oldformat=true#/media/File:Critical\\_Mass,\\_San\\_Francisco,\\_April\\_29,\\_2005.jpg](https://en.wikipedia.org/wiki/Critical_Mass_(cycling)?oldformat=true#/media/File:Critical_Mass,_San_Francisco,_April_29,_2005.jpg); 6.1.2020]

Ausschnitt aus dem Foto zu »Hermann Knoflacher: Wir sind vom Virus Auto befallen« (2015) [<https://www.youtube.com/watch?v=IzFIYSRF-q0>; 6.1.2020].

Ausschnitt aus dem Foto »dcf-0856« [<http://www.cycling-embassy.dk/facts-about-cycling-in-denmark/cycling-history/dcf-0856/>; 6.1.2020].

Ausschnitt aus dem Foto zu »First Ever Priority Plan for Bicycle Parking in Copenhagen« (Troels Heien, 2018) [<http://www.cycling-embassy.dk/2018/03/12/first-ever-priority-plan-bicycle-parking-copenhagen/>; 6.1.2020].

### Seite 3

Ausschnitt aus dem Bild zu »Ambientalisti e pure transgender. I Barbapapà sono ancora

avantik«, [<https://www.ilfattoquotidiano.it/in-edicola/articoli/2016/07/17/ambientalisti-e-pure-transgender-i-barbapapa-sono-ancora-avanti/2912749/>; 30.8.2019].

Star Trek, 1966, NBC

Avatar (2009), 20th Century Fox

### Seite 4

Zwei Ausschnitte aus Magazinen zur digitalen Transformation (2016-17), SZ Scala GmbH / Google Deutschland

Ausschnitt aus dem Titelfoto zu »mHealth, the future is now« Ricardo Funk (2015) [<https://medium.com/@rfunk82/mhealth-the-future-is-now-a8df5cdf12f1>; 30.8.2019].

Ausschnitt aus einem Screenshot von »2029 Singularity Year Neil deGrasse Tyson & Ray Kurzweil #2017« [<https://www.youtube.com/watch?v=y-vVteiU0AI>; 30.8.2019].

### Seite 5

Ausschnitt aus dem Titel von »Das kommunistische Manifest« (1922) Dietz Nachfolger/ Buchhandlung Vorwärts, Berlin,

Ausschnitt aus dem Bild zu »Totalitarismen i Sovjet« (2016) [<http://juniorlinken.no/totalitarismen-i-sovjet/>; 6.1.2020].

Ausschnitt aus dem Titel von »I Manifesti del futurismo« (1914)

Ausschnitt aus dem Foto »Palazzo braschi 1934« [[https://it.wikipedia.org/wiki/File:Palazzo\\_braschi\\_1934.jpg](https://it.wikipedia.org/wiki/File:Palazzo_braschi_1934.jpg)].

Ausschnitt aus einem Foto des Bauhaus Dessau (Foto: Tadashi Okochi)

Ausschnitt aus einem Foto der Gropiusstadt, euroluftbild.de/Robert Grahn, Berlin (2015)

Ausschnitt aus dem Bild Megapolis, Klaus Bürgle (1959)

Ausschnitt aus dem Foto »Stopped.«, Danielle Scott [[https://www.flickr.com/photos/danielle\\_scott/3767637774/](https://www.flickr.com/photos/danielle_scott/3767637774/); 6.1.2020]

### Seite 7

Ausschnitte aus Screenshots des Video Clips »BE DEUTSCH! [Achtung! Germans on the rise!« (2016), NEO MAGAZIN ROYALE / Jan Böhmermann

### **Seite 8**

Ausschnitte aus dem Handbuch der Eigenbauwerkstadt »TALLERES DE AUTOCONSTRUCCIÓN. Centro Comunitario Intercultural. Sector 5, Cañada Real« (2018) Recetas Urbanas / Santiago Cirugeda [[http://esdmadrid.es/esdmadrid\\_2.0/wp-content/uploads/2018/11/TALLERES-CANADA-REAL.pdf](http://esdmadrid.es/esdmadrid_2.0/wp-content/uploads/2018/11/TALLERES-CANADA-REAL.pdf); 6.1.2020].

Ausschnitt aus dem Foto der Facebook-Seite von Ricetas Urbanas (2019) [<https://www.facebook.com/126500177378564/photos/a.439278839434028/2683841701644386/?type=3&theater>; 6.1.2020].

Schematische Darstellung des Konzeptes der »Superblocks«, Agència d'Ecologia Urbana de Barcelona (2019)

### **Seite 9**

Ausschnitt aus dem Foto »The Poblenou Superblock« in »How Will Cities Change?«, Eric Carlson (2019) [<https://medium.com/@ericcarlson/how-will-cities-change-e849e04aa8da>; 6.1.2020].

Ausschnitt aus dem Foto »La superilla del Poblenou, amb la senyalització corresponent«, Oriol Duran (2016) [<http://www.elpuntavui.cat/territori/article/6-urbanisme/1001476-banc-de-proves-al-barri-del-poblenou.html>; 6.1.2020].

Ausschnitt aus dem Foto zu »Recull de notícies relacionades amb la implementació de Superilles a Barcelona«, (2018) [<http://www.bcnecologia.net/ca/premsa/recull-de-noticies-relacionades-amb-la-implementacio-de-superilles-barcelona>; 6.1.2020].

### **Seite 10**

Birds von Lee Mette vom Noun Project [<https://thenounproject.com/search/?q=Birds&creator=14119&i=170959>; 6.1.2020].

### **Bibliographie**

Adams, D. (1981): Per Anhalter durch die Galaxis, Berlin

Ajuntament de Barcelona: Barcelona Digital City Plan 2015-2019. [[https://ajuntament.barcelona.cat/digital/sites/default/files/pla\\_barcelona\\_digital\\_city\\_in.pdf](https://ajuntament.barcelona.cat/digital/sites/default/files/pla_barcelona_digital_city_in.pdf); 6.1.2020].

Boggs, C. (1977): Revolutionary Process, Political Strategy, and the Dilemma of Power. *Theory & Society* 4, No. 3 (Fall), 359-93.

Brecht, B. (1928): Ballade von der Unzulänglichkeit menschlichen Planens

Böhmermann, J. (2016): BE DEUTSCH!. Mainz

Casa delle agriculture: Chi siamo. [<https://casadelleagriculture.wordpress.com/about/>; 6.1.2019].

Emma Goldman. [[https://de.wikipedia.org/wiki/Emma\\_Goldman](https://de.wikipedia.org/wiki/Emma_Goldman); 6.1.2019].

Europa Press (2019): Mil voluntarios, entre estudiantes, presos y vecinos, ultiman el centro sociocomunitario de la Cañada Real. [<https://www.europapress.es/madrid/noticia-mil-voluntarios-estudiantes-presos-vecinos-ultiman-centro-sociocomunitario-canada-real-20190315094047.html>; 6.1.2020].

Foucault, M. (1967): Von anderen Räumen. In: Dünne, Jörg / Günzel, Stephan (Hg.) (2006): Raumtheorie. Grundlagentexte aus Philosophie und Kulturwissenschaften. Suhrkamp: Frankfurt/Main, S. 317.

Habermann, F. (2016): Ecommony. UmCARE zum Miteinander, Sulzbach.

Konkrete Utopie. [[https://de.wikipedia.org/wiki/Konkrete\\_Utopie](https://de.wikipedia.org/wiki/Konkrete_Utopie); 6.1.2020].

Kratzwald, B. (2014): Das Ganze des Lebens. Selbstorganisation zwischen Lust und Notwendigkeit, Sulzbach.

Levitas, R. (2013): Utopia as method: The imaginary reconstitution of society, Houndmills

Marsimoto (2012): Wellness, auf: Grüner Samt, Berlin

Popovic, Srdja (2017): In fünf Schritten zur Bewegung. Das Einmaleins einer Bewegung, in: futurzwei, 01.2017

Reallabor. [<https://de.wikipedia.org/wiki/Reallabor>; 6.1.2020].

Shaller, Caspar (2017): In den Rissen siedelt Neues. [<https://www.zeit.de/2017/31/utopien-erik-olin-wright-zukunftsalmanach>; 6.1.2020].

Welzer, H. (2019): Alles könnte anders sein. Eine Gesellschaftsutopie für freie Menschen, Frankfurt am Main

Welzer, H. (2018): Die Welt ist zum Verändern da! [[https://www.deutschlandfunkkultur.de/positive-utopien-die-welt-ist-zum-veraendern-da.1005.de.html?dram:article\\_id=421910](https://www.deutschlandfunkkultur.de/positive-utopien-die-welt-ist-zum-veraendern-da.1005.de.html?dram:article_id=421910); 6.1.2020].





## Wer hat zu diesem Buch beigetragen?

*Floris Bernhardt* ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachgebiet Stadt- und Regionalsoziologie an der Universität Kassel. Er hat einen Masterabschluss in allgemeiner Soziologie. Schwerpunktmäßig forscht er qualitativ und quantitativ zu den Themen alternative Wohnformen und Öffentlichkeit. Aktuell arbeitet er im Projektverbund »StadtTeilen – Öffentlicher Raum und Wohnen als neue Gemeingüter in sozial gemischten Nachbarschaften« mit Regionalsoziologie an der Universität Kassel.

*Prof. Dr. Ulrich Brand*, studiert, promoviert und habilitiert in Frankfurt/M., Buenos Aires, Mexiko-Stadt und Kassel, seit 2007 Professor für Internationale Politik an der Universität Wien. Mitherausgeber der »Blätter für deutsche und internationale Politik«, 2019 Mitbegründer von »Diskurs. Netzwerk Wissenschaft.« Verbrachte etwa drei Jahre seines Lebens in Lateinamerika. Forschungsschwerpunkte: politische Dimensionen der Globalisierung und ihrer Krise, Zivilgesellschaft und soziale Bewegungen in diesen Prozessen, sozial-ökologische Transformation und imperiale Lebensweise.

*Dr.-Ing. Lars-Arvid Brischke* ist als Themenleiter am ifeu – Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg GmbH, Büro Berlin tätig. Er studierte Energie- und Verfahrenstechnik an der TU Berlin, war Wissenschaftler am DLR Stuttgart, Projektleiter bei der Deutschen Energie-Agentur GmbH (dena) und promovierte in Energiesystemanalyse an der Universität Stuttgart. Schwerpunkte seiner Arbeit sind Politikberatung zur nachhaltigen Transformation des Energiesystems und transdisziplinäre Forschung zu Suffizienz und Suffizienzpolitik. Er ist Lehrbeauftragter der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin.

*Anton Brokow-Loga*, M.Sc. ist Politikwissenschaftler und Urbanist. Er forscht und lehrt an der Professur für sozialwissenschaftliche Stadtforschung an der Bauhaus-Universität Weimar im Kontext kritischer Urbanistik. Zu seinen Forschungsinteressen zählt er stadtsoziologische Perspektiven auf den Postwachstumdiskurs, imperiale/solidarische Lebensweise, kritische Transformationsstudien sowie Aushandlungsprozesse lokalstaatlicher Hegemonie. Er ist in stadt- und bildungspolitischen Zusammenhängen organisiert und unter anderem Teil des I.L.A.-Kollektivs für globale Gerechtigkeit.

*Dr. Michaela Christ*, ist Soziologin am Norbert Elias Center for Transformation Research & Design der Europa Universität Flensburg. Sie verantwortet den Forschungsbereich Diachrone Transformationsforschung und leitet den Master-Studiengang Transformationsstudien. Ihre Lehr- und Forschungsschwerpunkte sind historische Transformationsforschung, nachhaltige Stadtentwicklung, Wandel gesellschaftlicher Naturverhältnisse und Gewaltsoziologie.

*Prof. Dr. Frank Eckardt* ist promovierter Politikwissenschaftler und seit 2009 Professor für sozialwissenschaftliche Stadtforschung an der Bauhaus-Universität Weimar. Seine Forschungsschwerpunkte sind die kulturelle Diversität und soziale Ungleichheit von Städten. Neuste Publikation: Gentrifizierung: Forschung und Politik zu städtischen Verdrängungsprozessen, Wiesbaden 2018.

*Franziska Felger* ist seit 2017 Studentin der Urbanistik an der Bauhaus-Universität Weimar. 2018/19 hat sie an dem studentischen Forschungsprojekt »Raus der Blase?! Weimar im Postwachstum« an der Professur für sozialwissenschaftliche Stadtforschung teilgenommen. Zusammen mit ihren Kommiliton\*innen diskutiert sie die Rolle der Stadtplanung für eine sozialgerechte Stadt für alle und entwickelt Visionen für ökologische und solidarische Städte. Ein besonderer Interessenschwerpunkt liegt dabei auf dem Themenbereich Migration.

*Sanna Frischknecht* MA ist zurzeit wissenschaftliche Mitarbeiterin am Seminar für Soziologie der Universität Basel und forscht im Bereich der Stadt- und Wohnforschung zu zivilgesellschaftlichem Engagement und zu Wohnbaugenossenschaften. In ihrer Dissertation beschäftigt sie sich mit der Formierung von zivilgesellschaftlichen Initiativen im Wohnungswesen und fragt danach, wie eine Mitgliedergenossenschaft von unten hervorgebracht wird und ihr erstes Wohnprojekt partizipativ entwickelt.

*Dr. Julia Gamberini* ist seit 2018 als wissenschaftliche Mitarbeiterin und Postdoktorandin an der Professur Raumplanung und Raumforschung der Bauhaus-Universität Weimar tätig. Sie hat am Institut für Urbanistik der Grenoble Université des Alpes, Frankreich, promoviert. Ihre aktuellen Forschungsinteressen umfassen Themen wie urbane Energiewende und Klimaschutz, nachhaltige »faire« Transitionen sowie Umwelt- und Ressourcengovernance.

*Dr. Franziska Götze* ist seit 2016 wissenschaftliche Mitarbeiterin für Konsumentenverhalten an der BFH-HAFL. Sie studierte Agrarwissenschaften und Agrarökonomik an den Universitäten Göttingen und Berlin (HU) und promovierte zur »Nachfrage nach Bio-Lebensmitteln in der Schweiz« an der Eidgenössischen Forschungsanstalt Agroscope und der Universität Bonn. In ihrer jetzigen Arbeit forscht sie unter anderem zum Thema Fleisch- und Fischkonsum sowie zur gesunden und nachhaltigen Ernährung.

*Lea Hampel* ist Stadtteilarbeiterin in Berlin-Kreuzberg und wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsprojekt »StadtTeilen«. Sie setzt sich mit urbanen Gestaltungsprozessen sowie sozialräumlichen Veränderungsprozessen in der Praxis und der Forschung auseinander. Hierzu hat sie Strategien hinsichtlich der Verdrängung sozialer Projekte aus der Berliner Innenstadt untersucht und sich mit den Handlungsspielräumen in der Vermittlung von Wohnraum für Personen mit Fluchterfahrung in Berlin beschäftigt.

*Dr. Saskia Hebert* ist Architektin und betreibt gemeinsam mit Matthias Lohmann das Büro subsolar\* architektur & stadtforschung in Berlin. Sie promovierte 2012 zum Phänomen des »gelebten Raumes« und arbeitet seit Jahren in verschiedenen universitären, interdisziplinären und partizipativen Formaten an der Schnittstelle von Forschung, Lehre und Praxis der zukunftsfähigen Stadtentwicklung. Seit 2015 vertritt sie eine Professur im Studiengang Transformationsdesign an der Hochschule für Bildende Künste Braunschweig.  
[www.subsolar.net](http://www.subsolar.net) (Büro) und [www.transformazine.de](http://www.transformazine.de) (Studiengang)

*Susanne Käser* ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut Visuelle Kommunikation HGK FHNW in Basel. Ihr Forschungsinteresse gilt der Rolle von Bildern in der partizipativen Stadtplanungspraxis sowie der Visualisierung von städtischen Transformationsprozessen. Susanne Käser hat visuelle Kommunikation studiert und an der HGK FHNW in Basel mit einem Master in Visueller Kommunikation und Bildforschung abgeschlossen. In ihrer Thesis *Das Bild und der Tastsinn* untersuchte sie Möglichkeiten einer ganzheitlichen Dokumentationsform.

*Dr. phil. Carsten Keller* leitet das Fachgebiet Stadt- und Regionalsoziologie an der Universität Kassel. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen in der Sozialraum-, Segregations- und Migrationsforschung, außerdem beschäftigt er sich mit empirischen Methoden der Sozialforschung. In einer aktuellen Publikation untersucht er räumliche Muster der Zuwanderung (mit Timo Baldewein, in: Röder/Zifonun (Hg.): Migrationssoziologie, i.E.). Er forscht in den Projektverbänden »StadtTeilen – Öffentlicher Raum und Wohnen als neue Gemeingüter in sozial gemischten Nachbarschaften« und »Neue Suburbanität«.

*Torsten Klafft*, M.Sc. hat an der FH Erfurt, an der Beuth Hochschule für Technik Berlin sowie der Universität Ljubljana Architektur studiert. Durch ein Masterstudium der Soziologie an der TU Berlin und zahlreiche praktische Erfahrungen von Entwurf bis Bauausführung, verzahnen sich bei ihm Architekturpraxis und Sozialwissenschaften sehr eng miteinander. Dabei liegt sein Fokus auf Aushandlungsprozessen als Motor gesellschaftlichen Zusammenlebens und der Raumproduktion. Seit Anfang 2018 bei nonconform kuratierte er die Leerstandskonferenz in Luckenwalde und begleitet ein Forschungsprojekt zu gemeinschaftlichem Wohnen.

*Prof. Dr. Florian Koch* ist Professor für Immobilienwirtschaft, Smart Cities und Stadtentwicklung an der Hochschule für Technik und Wirtschaft, Berlin. Er beschäftigt sich mit nachhaltiger und digitaler Stadtentwicklung, Städten als globale Akteure, und der Lokalisierung der SDGs. Hierzu veröffentlichte er u.a. das Buch »Urban Transformations: Sustainable Urban Development Through Resource Efficiency, Quality of Life and Resilience« (Springer 2018) und den Artikel »Einmal Transformation für alle, bitte! Kommunen, Stadtforschung, Forschungsförderung und die Umsetzung der SDGs« (in GAIA 2019 4).

*Jannis Koch* ist seit 2017 Student der Urbanistik an der Bauhaus-Universität Weimar. 2018/19 hat er an dem studentischen Forschungsprojekt »Raus der Blase?! Weimar im Postwachstum« an der Professur für sozialwissenschaftliche Stadtforschung teilgenommen. In seinem Studium stellt er sich die Frage, wie urbane und ländliche Räume zukunftsfähig gestaltet werden können. Bereits vor dem Studium beschäftigte er sich mit Wirtschaftskreisläufen und Wachstumsalternativen, an der Universität weitete sich sein Blickfeld auf ökologische Aspekte und die Politik der Nachhaltigkeit in stadträumlichen Bezügen.

*Prof. Kris Krois* leitet den Masterstudiengang Eco-Social Design an der Freien Universität Bozen, verbunden mit Forschung in diesem Bereich. Vor seinem Studium hat er als Designer an Querschnitten von Web- und Markendesign, neuen Technologien und taktischen Medien gearbeitet. Das Unterrichten in verschiedenen Kontexten und Formaten wurde zu einer Gelegenheit, kritisch zu reflektieren und kreativ zu forschen. Unter anderem arbeitete er als Vertretungsprofessor für Grundlagen des Mediendesigns an der Akademie der Medienkunst (2005-2007).

*Korbinian Kroiß* hat Landschaftsarchitektur an der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf und der Universidade do Algarve studiert. Nach einem Praktikumsaufenthalt in Amsterdam folgte ein Masterstudium in der Urbanistik an der Technischen Universität München und der Bauhaus-Universität Weimar, welches er 2017 mit Auszeichnung abschloss. Als Projektleiter bei nonconform organisiert er räumliche Beteiligungsprozesse. Sein Hauptinteressensgebiet liegt in der Zukunft des ländlichen Raumes und der Frage, wer diese Zukunft und somit das Erscheinungsbild der ruralen Landschaft bestimmt und gestaltet.

*Dr. Timmo Krüger* ist promovierter Politologe und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS) in Erkner. Er beschäftigt sich aus Degrowth-Perspektive mit Prozessen der sozial-ökologischen Transformation und mit Konflikten in der Energie- und Klimapolitik. Seine Forschung ist durch die Verknüpfung theoretisch-konzeptioneller Fragen mit empirischen Analysen geprägt. Dabei arbeitet er mit poststrukturalistischen Ansätzen der Diskursforschung, der Hegemonieanalyse und der Politischen Ökologie sowie mit verschiedenen Methoden der qualitativen Sozialforschung.

*Jonas Lage* studierte Energie- und Umweltmanagement. Aktuell arbeitet er als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt »Entwicklungschancen und Hemmnisse suffizienzorientierter Stadtentwicklung« am Norbert Elias Center for Transformation Research & Design der Europa Universität Flensburg. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen sozial-ökologische Transformationen, Suffizienzforschung und nachhaltige Stadtentwicklung.

*Dr. Christian Lamker* ist Assistant Professor für Sustainable Transformation & Regional Planning an der Universität Groningen (Niederlande). Er ist Mitbegründer des Kollektivs Postwachstumsplanung und koordiniert in Groningen den Masterstudiengang Socio-Spatial Planning. Er forscht und lehrt zu Rollen in der Planung, Postwachstumsplanung, Planungstheorie, Regionalplanung und Leadership in nachhaltiger Transformation.  
[www.christian.lamker.de](http://www.christian.lamker.de).

*Dr. Friederike Landau* ist politische Theoretikerin, Stadtsoziologin und Kulturgeographin. In ihrer Dissertation *Agonistic Articulations in the ›Creative‹ City – On New Actors and Activism in Berlin’s Cultural Politics* (Routledge, 2019) beschäftigte sie Friederike mit den politischen Organisations- und Repräsentationspraktiken freischaffender Berliner Künstler\*innen sowie mit deren Einwirkungsstrategien auf die Berliner Kulturpolitik. Friederike arbeitet zu politischen Theorien von Konflikt und Raum, künstlerischen Praktiken der Kritik sowie neuen politischen Akteur\*innen im Kulturfeld.

*Leon Leuser* (M. Sc. in Socio-Ecological Economics and Policy) arbeitet bei adelphi als Projektmanager für Grundsatzfragen der Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik. Im Rahmen seiner Tätigkeit entwickelt er Instrumente und Strategien zu den Themen Digitalisierung, sozial-ökologische Stadtentwicklung, Suffizienzpolitik sowie Nachhaltiger Konsum. Zudem verfügt er über einen Bachelor in Energie- und Umwelttechnik. Er ist Mitinitiator des Forschungsnetzwerks Suffizienz und im Vorstand des Fördervereins Wachstumswende sowie Mitglied der Vereinigung Ökologische Ökonomie.

*Dr. phil. Evelyn Markoni* forscht und lehrt an der Berner Fachhochschule, Hochschule für Agrar-, Forst- und Lebensmittelwissenschaften (BFH-HAFL) zum nachhaltigen Konsum von Lebensmitteln, zu Lebensstilen und Sustainable Entrepreneurship. Nebenbei engagiert sie sich innerhalb des Berner Kollektivs #bärenhunger als Forschungspatin für eine nachhaltige »Foodstadt Bern«, indem sie eine Brücke zwischen Forschung und Praxis schlägt. Evelyn Markoni ist Umweltsoziologin mit einem betriebswirtschaftlichen und medienwissenschaftlichen Hintergrund.

*Moritz Maurer* M.Sc. forscht zurzeit am Seminar für Soziologie der Universität Basel. In seiner Dissertation beschäftigt er sich mit Verbänden alternativer landwirtschaftlicher Organisationen. Er fragt danach, welchen organisationalen Herausforderungen diese in ihrem Streben nach Wandel in der Landwirtschaft begegnen. Im Allgemeinen interessiert er sich für Organisations- und Wirtschaftssoziologie, insbesondere mit Bezug zum Agrarsektor. 2019 wurde Moritz Maurer in den Vorstand der Sektion für Land,- Agrar- und Ernährungssoziologie

*Margarete Over* (M. Sc. Psychologie) ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fachbereich Energie des Instituts für Energie- und Umweltforschung Heidelberg. Sie studierte Psychologie in Heidelberg, Madrid und Valparaíso (Chile). Schwerpunkt ihrer Forschungstätigkeit ist die transdisziplinäre Arbeit in Reallaboren zur Entwicklung und Umsetzung von Suffizienzmaßnahmen in Stadtquartieren. Sie engagiert sich seit 2014 ehrenamtlich für den Aufbau des selbstverwalteten Wohnheims Collegium Academicum in Heidelberg.

*Prof. Dr. Uwe Plank-Wiedenbeck* ist Professor für Verkehrssystemplanung an der Bauhaus-Universität Weimar und Dekan der Fakultät Bauingenieurwesen. Er studierte Bauingenieurwesen an der Technischen Hochschule Darmstadt und promovierte dort bei Prof. Retzko. Berufliche Stationen beinhalteten eine Tätigkeit als Projektleiter bei Albert Speer & Partner und als Geschäftsführer der pwp-systems GmbH. Forschungsschwerpunkte sind umweltorientiertes Verkehrsmanagement, Digitalisierung im Verkehrssektor und Wasserstofftechnologie.

*Dr. Matthias Schmelzer* arbeitet beim Konzeptwerk Neue Ökonomie, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena und lehrt im Bereich Wirtschaftsgeschichte an der Universität Zürich. Er ist in der globalisierungskritischen und Klimagerechtigkeitsbewegung aktiv. Aktuell beschäftigt er sich mit der Geschichte von Kapitalismus und Klima, Energietransformationen, politischer Ökonomie, mit Degrowth und mit sozialen Bewegungen.

*Viola Schulze Dieckhoff* ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fachgebiet Raumordnung und Planungstheorien der Fakultät Raumplanung an der TU Dortmund. Ihre große Neugier führte sie neben Berlin, Halle/Salle, Erfurt auch nach Australien und Nepal. Sie forscht und arbeitet zu Postwachstumsplanung, transformativen Aktion und Gemeingütern und ist aktiv im Arbeitskreis Postwachstumsökonomien der ARL sowie im Die Urbanisten e. V. und im Wall and Space e. V.

*Prof. Dr. Alexandra Regan Toland* ist Juniorprofessorin für Arts and Research an der Bauhaus-Universität Weimar und leitet dort das Ph.D. Programm in Kunst und Design. Sie erwarb ihren Master of Fine Arts am Dutch Art Institute (DAI) und studierte Landschaftsplanung (Dipl.-Ing.) an der TU-Berlin. Als DFG-Stipendiatin im Graduiertenkolleg, »Perspectives of Urban Ecology« hat sie über die Rolle der Künste in der Vermittlung von Bodenschutz promoviert und engagiert sich weiterhin zu Fragen der Umweltkunst und Ästhetik, die sich auf Anliegen des Umweltschutzes beziehen. In ihrer künstlerischen Praxis setzt sich Alexandra Toland mit sozialen und kulturellen Fragen der städtischen Böden, Vegetation, und Tierwelt auseinander. Forschungsinteressen umfassen: sozial engagierte Kunst, Stadtökologie, Bodenschutz, nachhaltige Landwirtschaft, das Anthropozän und transdisziplinäre Prozesse in den Nachhaltigkeitswissenschaften.

*Julius Uhlmann* ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Verkehrssystemplanung der Bauhaus-Universität Weimar. Er hat Verkehrsingenieurwesen an den Technischen Universitäten in Dresden und Riga studiert. Seine Forschungsschwerpunkte sind Verkehrssicherheit, Verkehrspolitik und kulturwissenschaftlich-orientierte Verkehrsforschung.

*Andrea Vetter* ist Kulturanthropologin, Wandelforscherin und Journalistin. Als Mitarbeiterin und Pressesprecherin des Konzeptwerk Neue Ökonomie (Leipzig), Redakteurin bei der Zeitschrift Oya - enkeltauglich leben und Mitgestalterin des Haus des Wandels (Heinersdorf/Steinhöfel, Ostbrandenburg) arbeitet sie zu den Themen Care, Konvivialität und Degrowth.

*Anna-Maria Weber* ist seit 2017 Studentin der Urbanistik an der Bauhaus-Universität Weimar. 2018/19 hat sie an dem studentischen Forschungsprojekt »Raus der Blase?! Weimar im Postwachstum« an der Professur für sozialwissenschaftliche Stadtforschung teilgenommen. Im Laufe ihres Studiums ist die Frage, wie sich Städte und Räume als politisches Handlungsfeld herausbilden, für sie immer wichtiger geworden. Einer De-Politisierung und von Stadtplanung möchte sie Visionen für sozialgerechte Städte entgegensetzen und das technokratische Planungsverständnis hinterfragen.



*Prof. Dr. Dietmar J. Wetzel*, Dipl. Frankreichwissenschaftler, Professur für Sozialwissenschaften an der MSH Medical School, University of Applied Sciences & Medical University, Hamburg; Co-Leiter SNF-Projekt »Transformative Gemeinschaften als innovative Lebensformen?«, Universität Basel (2016-2020); Forschungs- und Lehrschwerpunkte: Soziologische Theorien, Politische Theorie und Ideengeschichte, Mikrosoziologie, Soziologie der Nachhaltigkeit, Resonanzsoziologie, Qualitative Sozialforschung. Aktuelle Publikation: »Metamorphosen der Macht. Soziologische Erkundungen des Alltags« (BoD 2019).

*Dr. Aylin Yildirim Tschoepe* ist Anthropologin, Stadtforscherin und Architektin. In ihrer Forschung beschäftigt sie sich mit Fragen der Stadt- und Umweltanthropologie, Gender- und Migrationsstudien, sowie transdisziplinärer Methodik und Digital Humanities. Die Erfahrungen aus ihrer Masterarbeit (FH Frankfurt, TU Istanbul), als Doctor of Design in Urban Studies und ihrem PhD Studium in Anthropologie (Harvard Universität) setzt sie als Postdoktorandin im interdisziplinären SNF Projekt »Visuelle Kommunikation in partizipativen Stadtplanungsprozessen« um (Kooperation der Universität Basel und HGK FHNW).



Städte ohne Wachstum – eine bislang kaum vorstellbare Vision. Doch Klimawandel, Ressourcenverschwendung, wachsende soziale Ungleichheiten und viele andere Zukunftsgefahren stellen das bisherige Allheilmittel Wachstum grundsätzlich infrage. Wie wollen wir heute und morgen zusammenleben? Wie gestalten wir ein gutes Leben für alle in der Stadt? Während in einzelnen Nischen diese Fragen bereits ansatzweise beantwortet werden, fehlt es noch immer an umfassenden Entwürfen und Transformationsansätzen, die eine fundamental andere, solidarische Stadt konturieren. Diesen Versuch wagt das Projekt Postwachstumsstadt.

In diesem Buch werden konzeptionelle und pragmatische Aspekte aus verschiedenen Bereichen der Stadtpolitik zusammengebracht, um so neue Pfade aufzuzeigen und diese miteinander zu verknüpfen. Die Beiträge diskutieren städtische Wachstumskrisen, transformative Planung und Konflikte um Gestaltungsmacht. Nicht zuletzt wird dabei auch die Frage nach der Rolle von Stadtutopien neu gestellt. Dadurch soll eine längst fällige Debatte darüber angestoßen werden, wie sich notwendige städtische Wenden durch eine sozialökologische Neuorientierung vor Ort verwirklichen lassen.

**Anton Brokow-Loga** ist transdisziplinärer Forscher an der Schnittstelle von Urbanistik, Politikwissenschaft und Transformationsforschung. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Sozialwissenschaftliche Stadtforschung an der Bauhaus-Universität Weimar und Teil des I.L.A. Kollektivs.

**Frank Eckardt** hat an der Universität Kassel in Politikwissenschaften promoviert und hat seit 2008 die Professur für Sozialwissenschaftliche Stadtforschung an der Bauhaus-Universität Weimar inne.

[www.postwachstumsstadt.de](http://www.postwachstumsstadt.de)

 oekom

22,00 Euro [D]  
22,70 Euro [A]  
[www.oekom.de](http://www.oekom.de)

